

Dr. Rainer Rothfuß

Europa am Kipppunkt

**China und die Neuordnung globaler Geopolitik
– Europas strategische Positionierung
in Eurasien**

Studie für die ID-Fraktion im Europäischen Parlament

© ID-Fraktion 2022
Titelbild: © Google Earth Pro
Dr. Rainer Rothfuß, Rothfuss Consult
D-88131 Lindau (Bodensee)
info@rainer-rothfuss.de

Bearbeitungszeitraum:
07.07.-21.12.2022
Auftraggeber:
ID – Fraktion Identität und Demokratie des Europäischen Parlaments

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	5
Vorwort	8
Executive Summary: Europe at a Tipping Point	9
Zusammenfassung.....	10
1. Einleitung und Fragestellung der Studie	13
2. Chinas Aufstieg und geopolitische Bedeutung in der Welt.....	18
Das alte „Reich der Mitte“ und seine koloniale Unterwerfung durch den Westen.....	19
China als eurasische Herausforderung für die geopolitische US-Hegemonie.....	22
Chinas Aufstieg aus dem Kolonialchaos zur ordnenden Weltmacht	30
Chinas Aufstieg zur globalen Wirtschaftsmacht.....	34
Krisenanzeichen als Stresstest für Chinas gelenkten Staatskapitalismus	46
Chinas Bevölkerung: Herausforderungen am demographischen Zenit	48
Chinas politischer Machtzuwachs in regionalen und internationalen Organisationen	53
UNO: Chinas Weg vom Verstoßenen zum globalen Taktgeber internationaler Politik	54
SCO: Kooperationsplattform und Einflussverstärker Chinas in Eurasien	55
BRICS: aufstrebendes Machtnetzwerk für eine multipolare Weltordnung	59
Asiatische Freihandels- und Kooperationsabkommen: Chinas wachsende Einflussphäre.....	62
Chinas „Neue Seidenstraße“: Wettbewerb um die (Des-)Integration Eurasiens.....	65
Die Belt and Road-Initiative als eurasisches Welt-Raumordnungsvorhaben.....	66
BRI-Korridore zu Land und zu See als Entwicklungsachsen bzw. Entwicklungspole	68
Rivalisierende Initiativen zur Einhegung der Belt and Road-Initiative Chinas	73
BRI als Entwicklungsprogramm oder Schuldenfalle?	75
3. Chinas interne Konfliktlinien: christliche Minderheiten, uigurischer Separatismus und Taiwan-Frage	79
Chinas Umgang mit religiösen Minderheiten am Beispiel der Christen	79
Entwicklung des Christentums von der Kolonialzeit bis zur Reform- und Öffnungsphase	81
Quantitative Entwicklung des Christentums im modernen China	82
Strukturen und Prozesse staatlicher Steuerung und Repression christlicher Gemeinden	85
Xinjiang als Chinas geopolitisch unverzichtbares eurasisches Tor zum Westen.....	93
Chinas Streben nach Entwicklung und Integration der autonomen Provinz Xinjiang.....	93
Uigurischer Separatismus und Terrorismus als Herausforderung für die staatliche Integrität	97
Terroranschläge im Kontext uigurischen Separatismus‘ und islamischen Extremismus‘	99
Chinas Anti-Terror-Kampf und Politik der erzwungenen Assimilierung in Xinjiang.....	102
Maßnahmen zur Geburtenkontrolle als Bestandteil ethno-religiöser Steuerung	107

Separatismusbewegungen: Territoriale Integrität durch Assimilationsdruck.....	110
Taiwan als „Sprengfalle“ im geopolitischen Wettbewerb zwischen USA und China	112
Geschichtliche Hintergründe zum Taiwan-Konflikt	112
Taiwans Schwenk vom Alleinvertretungsanspruch zu indirekten Sezessionsbestrebungen	115
Aufbau tektonischer Spannungen für einen verheerenden Stellvertreterkrieg in Taiwan?	117
Kann die Thukydides-Falle der US-China-Rivalität in Taiwan zuschnappen?	120
4. Geopolitische Perspektiven, Risiken und Chancen für eine China-Kooperation Europas.....	123
Europas sinkender Stern in einer transatlantischen „Partnerschaft“	124
Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China in der Sackgasse	129
Regionale Kooperationsinitiativen als Instrument des Machtkampfes um Osteuropa	133
Chinas widersprüchliche Rolle im entstehenden globalen digitalen „COVID-Regime“	136
5. China und Europa: Kooperationsstrategie des eurasischen Friedens.....	142
Zum Autor der Studie	147
Abkürzungsverzeichnis	148
Literaturverzeichnis	150
Quellenverzeichnis Medien- und Kurzberichte	171

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Karikatur der faktischen Kolonialmächte und ihr Ringen um Einflussphären im unterworfenen China	21
Abb. 2: Mackinders Herzland-These mit dem kontinental gelegenen eurasischen „Pivot of History“	22
Abb. 3: Spykmans Rimland-These mit den eurasischen Konfliktzonen im das „Heartland“ umgebenden „Rimland“	23
Abb. 4: Brzezinskis Fehlprognose von 1997 der „politischen Reichweite der chinesischen Einflussphäre“ bis zum Jahr 2022	24
Abb. 5: Atomkräfte weltweit mit Anzahl der nuklearen Gefechtsköpfe im Jahr 2022.....	25
Abb. 6: Top 10 der Staaten mit den größten militärischen Streitkräften nach Truppenstärke im Jahr 2022	25
Abb. 7: Historische Entwicklung des Anteils einer Auswahl wichtigster Staaten am weltweiten PPP-BIP vom Jahr 1 bis 2017	27
Abb. 8: Zyklus des Aufstiegs und Falls der größten Weltmächte von 1500 bis heute, geschätzt und indiziert nach größter jemals erreichter Hegemonialität (USA 1950).....	28
Abb. 9: Zykluschema des Aufstiegs und Falls großer Weltmächte	28
Abb. 10: Westlich dominiertes Russland-Sanktionsregime und die Gegenpole als Treiber einer eurasischen Globalisierung	29
Abb. 11: Bruttoinlandsprodukt (BIP) führender Staaten bei Kaufkraftparität in Billionen US-Dollar von 1990 bis 2017	35
Abb. 12: Die 11 Länder mit dem größten Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden US-Dollar 2021... ..	37
Abb. 13: Die 11 Länder mit dem größten kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden US-Dollar 2021	38
Abb. 14: Weltkarte der Staaten mit USA bzw. China als größtem Handelspartner in den Jahren 2000 und 2020.....	38
Abb. 15: Entwicklung der Exporte der Volksrepublik China in Milliarden US-Dollar von 2011 bis 2021	39
Abb. 16: Die 11 Länder mit dem größten Exportvolumen in Milliarden US-Dollar im Jahr 2021	40
Abb. 17: Die 11 Länder mit dem größten Handelsbilanzüberschuss in Milliarden US-Dollar 2021.....	41
Abb. 18: Initiative „Made in China 2025“: Ziele für die nationale Marktdurchdringung mit chinesischen Produkten nach Bereichen bis 2020 und 2025 in %	41
Abb. 19: Vulnerabilität ausgewählter Industrienationen durch „Made in China 2025“ nach Industrie-Anteil am BIP in % (Y-Achse) und High-Tech-Anteil an nationaler Industrieproduktion in % (X-Achse)	42
Abb. 20: Jährliche chinesische Direktinvestitionen (Fusionen & Käufe / Neugründung) in der EU und UK von 2000 bis 2020 in Milliarden Euro	43
Abb. 21: Gesamtbestand chinesischer Direktinvestitionen in der EU und Großbritannien von 2000 bis 2020.....	44
Abb. 22: China: Bewertung der Innovationskraft nach dem Global Innovation Index von 2013 bis 2022	46
Abb. 23: Bevölkerung Chinas 1950 bis Oktober 2022 und Prognose bis 2100	49
Abb. 24: Bevölkerungsstruktur Chinas 2020 nach Alter und Geschlecht mit geschlechtsspezifischem Überhang.....	50
Abb. 25: Armutsquote in % (linke Y-Achse) mit verfügbarem täglichen Einkommen von 2,30 US\$ und Ausgaben der Zentralregierung für Armutsbekämpfung in Milliarden Yuan (rechte Y-Achse) von 2000 bis 2019	51
Abb. 26: Entwicklung des Human Development Index (HDI) der chinesischen Bevölkerung von 1970 bis 2010	52

Abb. 27: SCO: Mitglieder, Beobachter und Dialogpartner mit Mitglied im Aufnahmeprozess Iran (ab 2023).....	56
Abb. 28: SCO: Mitglieder, Beobachter und Dialogpartner nach Aufnahmejahr	58
Abb. 29: US-Spaltungs- und Einkreisungsstrategie im Verbund mit NATO und AUKUS zur Einhegung des eurasischen Integrationsbipols China-Russland	63
Abb. 30: Bevölkerungsverteilung und -dichte in China nach Provinzen 2020 in Einwohnern pro km ²	67
Abb. 31: Eurasische Hauptkorridore und Zielregionen der chinesischen „Belt and Road“-Initiative (BRI)	69
Abb. 32: Weltweite Routen in China und Hongkong registrierter Schiffe und strategische Punkte entlang der maritimen BRI	71
Abb. 33: Verkehrsinfrastrukturprojekte (Auswahl) der Belt and Road-Initiative (BRI) Stand Anfang 2019.....	72
Abb. 34: Staaten weltweit mit Absichtserklärung (MOU) mit China im Rahmen der Belt and Road-Initiative (BRI).....	73
Abb. 35: Entwicklung der Volumina der offiziellen Kreditvergabe der Volksrepublik China nach Regionen von 2010 bis 2020	76
Abb. 36: Der Hafen von Hambantota in Sri Lanka als Knotenpunkt der maritimen Seidenstraße im Indischen Ozean	77
Abb. 37: Prognose der absoluten und relativen Entwicklung der Religionszugehörigkeit weltweit von 2010 bis 2050	80
Abb. 38: Entwicklung der Anzahl der Mitglieder der KPCh im Vergleich zur Gesamtheit der Bürger christlichen Glaubens 1950 – 2013 und Projektion bis 2025	83
Abb. 39: Grad der Einschränkung der Religionsfreiheit für religiöse Minderheiten in China 2017	85
Abb. 40: Weltverfolgungsindex 2022 von Open Doors: Rangfolge der 50 Staaten weltweit, in denen Christen am stärksten Repression und Verfolgung ausgesetzt sind	87
Abb. 41: Einschränkung der Religionsfreiheit von Christen in China: Betroffene Lebensbereiche und der Faktor Gewalt.....	88
Abb. 42: Die staatlich anerkannte TSPM-Kirche Sanjiang vor und nach ihrer Zerstörung 2014 durch die Provinz Zhejiang	91
Abb. 43: Schätzung der kumuliert verhängten Hausarrest-Strafen nach gesetzlichen Vorgaben (ohne illegale Fälle) zwischen 2013 und 2021	92
Abb. 44: Bevölkerungsanteile indigener muslimischer Minderheiten und Han-Chinesen in Xinjiang 2018 in Prozent	94
Abb. 45: Bevölkerungsveränderung in China von 2000 bis 2010 nach Provinzen in Prozent.....	95
Abb. 46: Karte terroristische Anschläge in Asien von 1970 bis 2015 nach Anzahl und Intensität.....	98
Abb. 47: Terroranschläge gemäß Global Terrorism Database in China von 1970 bis 2020	101
Abb. 48: Gefängnis Nr. 3 in Dabancheng, Urumqi: 2018 bis 2020 um 130% erweitert	103
Abb. 49: Karte terroristische Anschläge in Europa, Afrika und Asien von 2020 nach Konzentration und Intensität	104
Abb. 50: Grad der Repression religiöser Minderheiten in Chinas Provinzen 2012 bis 2016.....	106
Abb. 51: Gesamtzahl der durch chinesische Behörden zerstörten (rot) und beschädigten (orange) Moscheen In Xinjiang nach Präfektur	107
Abb. 52: Geburtenrate (Geburten pro Jahr je 1.000 Einwohner) 2007 bis 2019 in China und der Provinz Xinjiang	108
Abb. 53: Natürliches Bevölkerungswachstum (durch Geburten) in Promille von 2005 bis 2018 in überwiegend von Han-Chinesen bzw. muslimischen Minderheiten besiedelten Gebieten der Provinz Xinjiang	109

Abb. 54: Sterilisationen pro Jahr je 100.000 Einwohner 2010 bis 2018 in China und der Provinz Xinjiang im Vergleich	109
Abb. 55: Gefahr der Sezession durch zentralstaatlich gesteuerte ethnisch-religiöse Repression gegen regionale Minderheiten.....	110
Abb. 56: Karte Taiwans mit der geostrategisch bedeutsamen ersten und zweiten Inselkette	113
Abb. 57: Identitätsentwicklung in der Bevölkerung Taiwans nach Selbstbezeichnung der Bürger von 1992 bis 2016	115
Abb. 58: Karte des Ostchinesischen Meeres mit Taiwan, Luftraumüberwachungszone und umliegenden Inseln	117
Abb. 59: Destabilisierung der europäischen Nachbarschaft durch US-geführte völkerrechtswidrige Militärinterventionen	124
Abb. 60: Globale geopolitische Allianzbildung EU – USA (NATO) bei erzwungener Abkapselung gegen Russland und China	125
Abb. 61: Langfristige Wachstumsprognose in PPP-BIP für China, Indien, USA und Deutschland bis 2050.....	127
Abb. 62: Entwicklung der CO ₂ -Emissionen weltweit zwischen 1990 und 2021 (Abnahme = blau, Zunahme = orange)	129
Abb. 63: Anteil der Befragten mit negativem China-Bild in Prozent nach Ländern	131
Abb. 64: Widersprüchliche China-Strategie des Europäischen Parlaments nach einer Entschließung vom September 2021	132
Abb. 65: Umfrage vom Januar 2021: Welche Aktivitäten chinesischer Firmen wären nicht akzeptabel in Europa?.....	132
Abb. 66: Die „Three Seas Initiative“ (3SI) als geopolitischer Wall zur Ost-West-Fragmentierung des europäischen Kontinents	134
Abb. 67: Infrastrukturprojekte der „Three Seas Initiative“ (3SI) zum Ausbau der Nord-Süd-Verbindungen und die (mittlerweile sabotierten) Nord Stream-Pipelines.....	135
Abb. 68: Initiatoren und Partner der globalen digitalen Identitätsinitiative „ID2020“	140
Abb. 69: Schrumpfender Anteil der Weltwirtschaftsleistung der EU in einer zunehmend multipolaren Welt (OECD-Daten).....	144

Vorwort

Drei Faktoren erschweren die Erkenntnis des Menschen in unserer Welt. Erstens ist die Welt sehr komplex und wir behelfen uns gerne mit vertrauten Denkmustern, um Geschehnisse so einzuordnen, wie wir es gewohnt sind. Zweitens laufen große Veränderungsprozesse so langsam ab, dass wir ihren Verlauf – ähnlich wie bei der für den Betrachter stillstehenden Sonne, die am Ende doch rasch untergeht – kaum erkennen können. Drittens leben wir Menschen in eigenen, kleineren oder größeren Erfahrungs-, Kommunikations- und damit auch Erkenntniswelten – sprich in den jeweils eigenen „Blasen“ –, die kaum jemals deckungsgleich mit den faktisch ablaufenden gesamtglobalen Entwicklungen sein können. Die vorliegende Studie, die dankenswerterweise von der Fraktion Identität & Demokratie für die Delegation der Alternative für Deutschland im Europäischen Parlament finanziert wurde, versucht im Hinblick auf die Potenziale und Risiken einer verstärkten Kooperation zwischen Europa und China genau in diesem Sinne erkenntnisweitend anzusetzen: a) soll die Komplexität der Zusammenhänge und Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, b) sollen globale Wandlungsprozesse und Langfristperspektiven berücksichtigt werden und c) soll die Vorstellung ad acta gelegt werden, dass wir Europäer nach nur wenigen Jahrhunderten der Vorherrschaft des Westens auch in Zukunft alleinige Richtschnur für Wertmaßstäbe, die Bildung globaler Allianzen und die weltweite Verortung von Wohlstandszentren sein werden.

Kurzgefasst durchlebt der „Westen“ derzeit eine Phase tiefer Verunsicherung in einer sich ungewohnt dynamisch und außerhalb „unserer“ alleinigen Kontrolle entwickelnden Welt. Die Vereinigten Staaten von Amerika, die nach dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung des östlichen Verteidigungsbündnisses Warschauer Pakt mittels einer sich rasch gen Osten erweiternden NATO die unangefochtene Führungsmacht der Welt waren, befinden sich im Abstiegskampf gegen China. Die Europäer stehen vor der Entscheidung, ob sie die USA im Ringen um den Erhalt ihrer globalen Vormachtstellung bei allen selbst zu tragenden Kosten und Risiken unterstützen wollen oder ob Europa besser fährt, wenn es sich früher als die USA und freiwillig in eine neu entstehende multipolare Weltordnung einbringt. Faktisch ist diese schon da. Der Rohstoffreichtum Russlands, der Bevölkerungsreichtum des aufstrebenden Indien und Chinas sowie dessen Wirtschaftskapazität als führende Industriemacht lassen sich nicht wegleugnen. In der Ukraine scheitert derzeit auf traurige und tragische Weise die Kompetenz des Westens, die großen Konflikte der Zeit mittels Diplomatie zu lösen und damit die Chance auf eine gleichwertige Rolle Europas in der neu entstehenden Weltordnung.

Europa steht am „Kipppunkt“. Der Begriff wird – so zeigt es rasch eine einfache Google-Recherche – zu rund 90% für den Diskurs um den „Klimawandel“ verwendet. Doch es gibt akutere Bedrohungen für Europa, die viel weniger Beachtung finden. Verstehen wir – kurz vor dem Erreichen des Kipppunkts – nicht die reale Bedrohung, können wir die Richtung der ablaufenden mächtigen Prozesse auch nicht mehr verändern. Um uns Europäer für diese dringend anstehende Debatte an der Weggabelung der Integrationsalternativen unseres eurasischen Doppelkontinents und damit auch unserer Positionierung in der entstehenden, von neuen Mächten angeführten multipolaren Weltordnung zu wappnen, habe ich diese Studie geschrieben. Trotz einer möglichst breiten, unvoreingenommenen und zugleich kritischen Herangehensweise kann sie alleine nicht alle Fragen berücksichtigen und auch nicht „richtig“, sondern allenfalls „richtungsweisend“ beantworten. Aus der Vogelperspektive soll sie der Ortung und Orientierung für uns Europäer dienen. In weiteren Arbeiten, Debatten und Verhandlungen – innerhalb Europas, aber vor allem auch mit all unseren bisherigen „Partnern“, „Wettbewerbern“ und auch „Gegnern“ (alles sind un-/bewusste Konstruktionen) – sollten wir uns rasch und intensiv auf den Weg machen, Europa in eine gute Zukunft zu steuern, statt die immer mehr Menschen bewusst werdenden Zerfalls- und Zerstörungsprozesse hinzunehmen und fortzusetzen.

Rainer Rothfuß, Lindau (Bodensee), 21. Dezember 2022

Executive Summary: Europe at a Tipping Point

The world's major economic growth centres have shifted away from the West towards east and south. Gradually a multipolar power setting is taking shape. The West's dominating power is still the United States which is slowly losing ground in its competition against its major rival, the rising East Asian power China. The escalation of the Ukraine war on behalf of Russia end of February 2022 has put the world, but above all Europe, at a crossroad. More visibly than ever before in the period since the end of the Cold War, the world is dividing into two separate geopolitical spheres: One is dominated by the U.S. and its allies, the other by China, Russia and the BRICS system as self-declared leaders towards a renewed and multipolar world order, representing more strongly the interests of the rising Global South. The BRICS members are convinced that the international system which has been built under leadership of the West after the end of World War II does no longer reflect the east and southward shift of economic weight and thus present time political power aspirations. So far, the West has displayed its power overtly in institutions as e.g. the IMF through its veto right and in the geopolitical realm through military interventions, often without the proper backing of international law, as in case of many of the 251 U.S. military interventions since 1991 which the Congressional Research Service has recently reported. In the past decades, security interests of nations beyond the West found little to no consideration with regard to Western policies and media reporting.

This imbalance became evident in the eastward expansion of NATO, contradicting the negotiated compromise laying ground for German reunification, basic also for European integration towards the east. Apparently, it was Russia which challenged the West openly for the first time in Syria in 2015, but with much farther-reaching consequences by invading parts of Ukraine in February 2022. What had made the difference between the geopolitical situation 2014 when the U.S. promoted a coup in Ukraine to install a government, trying to shift the country further away from the Russian sphere of influence and the present time is that Russia has progressed in its own built-up of power. Furthermore, it could count on the silent but factual backing of most countries from the Global South in its attempt to break the West's so far unchallenged domination in international rules-setting and interpretation. Russia was enabled by its main SCO and BRICS partners China and India to avert negative consequences of the Western sanctions regime by increased oil and gas imports and general trade. Europe has manoeuvred itself into a highly vulnerable situation by leaving the path of seeking peace and stability through dialogue and a balance of interests with both sides, the traditional course led by Europe's main economic power Germany in its decades-long relations with Russia. The breaking point has been marked by the destruction of the Nord Stream pipelines, an incident in which Germany has been hurt severely in its national interests and deserted overtly by its Western allies.

Germany as the EU's powerhouse and financial foundation has come under severe pressure with its industry suffering the consequences of steeply rising energy costs while attractive subsidies under Biden's Inflation Reduction Act may pull major capital flows away from Europe into the U.S. It's time for Europe to decide where it expects to find more promising perspectives in an increasingly multipolar world. China as the most dynamic Eurasian power has rolled out an immense infrastructure programme with the Belt and Road Initiative which has attracted partner countries from around the globe. The EU is well advised to partner with China in shaping Eurasian integration by adjusting its Global Gateway Initiative to complement integration processes to the benefit of all affected partners. The halted EU-China Comprehensive Agreement on Investment should be revived by reassessing the Uyghur's situation, as did Turkey after an OIC inspection on the ground on invitation by China. The imminent danger of an escalating Taiwan conflict threatens world peace and economic stability. Europe should support China in achieving a reliable "one country, two systems" solution to avert any danger of further proxy wars. Russia should be urged into an immediate peace conference stopping the war in Ukraine and seeking a stable ground for a Eurasian peace and integration architecture.

Zusammenfassung

Europas Aufstieg zu einer Region des Friedens und des Wohlstands ist keine Errungenschaft, die isoliert von den Nachbarn und Partnern in der Welt erzielt werden konnte. Entscheidend ist die Art und Weise, wie Chancen und Gefahren in den Verbindungen Europas mit seinen Nachbarn und der Welt genutzt bzw. abgewehrt werden konnten. Bis 2020 schien die Entwicklung Europas – trotz großer Herausforderungen wie der Migrationskrise seit 2015 – auf einem noch kontrollierbar scheinenden Entwicklungspfad zu verlaufen zwischen eurasischer Integration und transatlantischer Partnerschaft zur führenden Weltmacht USA. Eine gefährliche Unwucht kam ins globale System 2020 mit einer fehlgeleiteten Lockdown-Politik zulasten von Wirtschaft und Gesellschaft. Doch Anfang 2022 scheint mit der Eskalation des Ukraine-Kriegs in einen weltweiten „Stellvertreterkrieg“ (Uhle-Wettler 2022, S. 72) Europa an einen Kipppunkt gelangt zu sein: Die unsere Wirtschaft stützenden Verbindungen zum rohstoffreichen Russland wurden unwiederbringlich gekappt, symbolisch markiert durch die Sprengung der Nord Stream-Pipelines. Russland wandte sich noch intensiver seinen eurasischen Partnern China und Indien zu, die gemeinsam über ein Drittel der Weltbevölkerung und das neue bzw. zukünftige industrielle Zentrum der Welt ausmachen.

Das US-Ziel die eurasische Integration entlang der Achse Deutschland-Russland zu stoppen, scheint erreicht zu sein. Diesem Anliegen galt laut George Friedman (2015)¹, dem Gründer und ehemaligen Leiter des einflussreichen privaten US-Nachrichtendienstes STRATFOR stets das „Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts – im Ersten und im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg“. Denn „[v]ereint sind [Deutschland und Russland] die einzige Macht, die [Amerika] bedrohen kann. [...] Die Urangst der USA ist, dass deutsches Kapital und deutsche Technologien sich mit russischen Rohstoffen und russischer Arbeitskraft verbinden. Eine einzigartige Kombination, vor der die USA seit Jahrhunderten eine Höllenangst haben. [...] Wer mir nun sagen kann, was die Deutschen tun werden, der kann mir auch sagen wie die Geschichte der nächsten 20 Jahre aussehen wird. Aber leider haben sich die Deutschen noch nicht entschieden.“ Die Deutschen haben sich nun entschieden, wenn auch unter einseitiger „Nachhilfe“ im Rahmen eines gezielt politisch-medial verengt gehaltenen Diskurskorridors, flankiert durch die EU-Zensur russischer Medien. Verbal gepeitscht wurde contra Dialog und pro endlose Waffenlieferungen für einen Weltstellvertreterkrieg zulasten Europas, Russlands und vor allem der Ukraine als favorisiertes Rezept der „Konfliktlösung“.

Doch letztlich wurde nur eines der Anliegen des geopolitischen Wettbewerbers auf der anderen Seite des Atlantik erreicht: Die Herauslösung Europas aus dem eurasischen Integrationsprozess und seine Schwächung zugunsten der USA als hegemonialer Führungsmacht im Abstiegskampf gegen den aufstrebenden geopolitischen Rivalen China, der angibt eine neue, eine multipolare statt der US-geführten monopolaren Weltordnung, gestalten zu wollen. Die mit dem Kappen der Russlandverbindungen verschlechterten Wettbewerbsbedingungen für die Industrie im rohstoff- und energieressourcenarmen Europa einerseits und das von den USA aufgelegte, als mächtiger Investitionsstaubsauger konzipierte Mega-Subventionsprogramm „Inflation Reduction Act“ auf der anderen Seite, haben das Potenzial, den kaum revidierbaren Niedergang des europäischen Wohlstandsraums einzuleiten.

Das andere geopolitische Anliegen hat die scheidende Weltmacht USA (noch) nicht erreicht: Das Stoppen der eurasischen Integration. Ohne Europa als maßgeblichen Mitgestalter verschiebt sich der Entwicklungs- und Integrationsfokus Eurasiens 10.000 Kilometer nach Osten. Russland hatte die abwehrende Haltung des Westens gegenüber seinen europäischen Partnerschaftsambitionen der

¹ Rede beim „Chicago Council on Global Affairs“: https://youtu.be/vln_ApfoFgw

frühen 2000er-Jahre spätestens 2014 mit dem US-gesteuerten „F*** the EU“-Regime Change² in der Ukraine hingenommen. Zwecks Erweiterung seiner Handlungsoptionen trieb das eurasische Brückenland seinen Ausbau der infrastrukturellen und politischen Verbindungen mit dem übrigen Eurasien und anderen Teilen der Welt erfolgreich voran. Symbolisch hierfür stehen die massiv erhöhten russischen Energieexporte nach China und Indien sowie infrastrukturell die Planung einer Hochgeschwindigkeitszugverbindung von Moskau nach Beijing mit einer von sechs Tagen auf 30 Stunden verkürzten Reisezeit. Dass die eurasische Integration und die Ausgestaltung einer multipolaren Weltordnung ohne Europas Zutun und Wohlwollen zum Scheitern verurteilt sei, wäre eine gefährliche Fehleinschätzung. Russland befindet sich im Rahmen von BRICS und Chinas SCO in einem Club dynamisch aufstrebender Regional- und Weltmächte, die vor allem aus klugem Selbstschutz und diplomatischem Kalkül noch keine so offene Konfrontation mit dem Westen gesucht haben wie Russland.

China hat sich in den vergangenen 40 Jahren vom Entwicklungsland zur nach Kaufkraftparität größten Wirtschaftsmacht der Welt aufgeschwungen. Dabei bewies das staatskapitalistisch-kommunistische System Chinas weit mehr Flexibilität als seine Partner wie etwa Deutschland, das 2017 noch 630 Millionen Euro (vgl. Focus Online, 24.08.2021) an Entwicklungshilfegeldern und 2020 immerhin noch 475 Millionen (vgl. Welt, 22.06.2022) finanzierte, wenngleich diese heute vermehrt in beidseitige Anliegen der internationalen Kooperation als in klassische Projekte der Entwicklungszusammenarbeit fließen. Chinas Aufstieg ist breit angelegt. Er umfasst Schritte, die die Übernahme der weltweiten technologischen Führerschaft in sensiblen Bereichen wie Raumfahrt, Künstlicher Intelligenz, Gentechnologie und Militär anbahnt. Er stützt sich auf politische Kooperationsforen wie UNO, BRICS und SCO, die Chinas Kapazitäten zum Aufbau neuer Gestaltungsinstrumente für eine multipolare Weltordnung unter Umgehung bisheriger, westlich kontrollierter Machtinstrumente wie IWF, SWIFT und US-Dollar stärken. Der Aufstieg zur führenden Weltmacht materialisiert sich zudem im Billionenschweren Infrastrukturprojekt der „Neuen Seidenstraße“, die mit 147 Partnerstaaten die Dimension eines historisch einmaligen Welt-Raumordnungs- und Entwicklungsvorhabens angenommen hat.

Sich unkritisch und undifferenziert allein den Machtverhältnissen zu fügen wäre jedoch für Europa kein guter Rat für die Auswahl und Ausgestaltung aktueller wie zukünftiger Partnerschaften, weder über den Atlantik nach Westen, noch quer durch Eurasien nach Osten. Ein kritischer Blick auf den Umgang der Volksrepublik China mit nationalen Herausforderungen wie die in dieser Studie untersuchte, rasch wachsende christliche Minderheit von rund 100 Millionen Mitgliedern, auf die Situation der von uigurischem Separatismus, Extremismus und Terrorismus bedrohten Autonomen Region Xinjiang bei harschem Intervenieren des chinesischen Staates sowie auf die ungelöste, hochexplosive Taiwan-Frage, offenbart Risiken in Verbindung mit dem Aufstieg Chinas zu einer Weltordnungsmacht. Ein weiterer kritischer Aspekt für zukünftige Perspektiven einer vertieften Zusammenarbeit ist aus der Warte pro freiheitliche, demokratische und souveräne Nationalstaaten das Aufkommen eines übermächtigen digitalen Überwachungs- und Steuerungsapparats in China, dessen Reichweite sich über ein weltweites Netzwerk extraterritorialer Polizeidienststellen in über 30 Staaten fortsetzt (Safeguard Defenders 2022b). Würden sich globale, europäische und chinesische Ansätze zur Durchsetzung einer totalen digitalen Kontrolle des Menschen in all seinen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und privaten Aktivitätssphären zu einem undurchdringbaren Netz der Freiheitsberaubung verbinden? Wäre mittels (in China am 12.12.2022 abgeschaffter) Covid-Tracking-App, mit digitalem EU- und künftig globalem Impfausweis, mit Bargeldabschaffung zugunsten gläserner Zentralbank-Digitalwährungen, mit Sozialkredit-Systemen, mit digitalen IDs, verknüpft mit Zahlungs-

² In einem Telefonat mit dem US-Botschafter in der Ukraine besprach die stellvertretende US-Außenministerin der Regierung Obama, Victoria Nuland, die gewünschte Zusammenstellung der neu einzusetzenden und lediglich pro forma zu wählenden Regierung in Kiew (vgl. BBC, 07.02.2014).

funktion und Impfstatus (ID2020) die Freiheit des Individuums endgültig bedroht und in die Hände kontrollsüchtiger Staatsapparate und Konzerne gelegt? Dies sind essenzielle Fragen der Demokratie.

Europa steht am Kipppunkt und vor einer dringlichen Kurskorrektur. Die asymmetrische transatlantische Partnerschaft und die in diesem Kontext provozierte Ost-West-Spaltung sowie die Süd-Nord-Massenmigration nach Europa bedrohen unsere Zukunftsperspektiven in einer hochkompetitiven Welt. Wir Europäer sollten die Wahrung der Freiheit des Individuums als Grundvoraussetzung für eine Partnerschaft mit China im eurasischen Kontext als unverhandelbar sicherstellen und unsere eigenen legitimen Interessen zur Behauptung in einer multipolaren Welt formulieren: Wahrung des Friedens in Europa, Zugang zu kostengünstiger Energie, Sicherung europäischer Arbeitsplätze, Schutz geistigen Eigentums, Ausbau und Sicherung der Transportwege und Markzugänge, Gleichberechtigung in der Mitgestaltung einer multipolaren Weltordnung, Schutz und Wiederbelebung christlich-europäischer kultureller Grundlagen, Stopp irregulärer Massenzuwanderung, Allianzen für beidseitig wirtschaftlich erfolgreiche Remigration und Aufbau einer langfristig verlässlichen, ausbalancierten Sicherheitspartnerschaft für Eurasien unter Einbeziehung der nördlichen Hemisphäre insgesamt.

Grundvoraussetzung für die Wahrung dieser legitimen europäischen Interessen im Rahmen einer ausgeglicheneren Weltordnung ist die Emanzipierung des „Juniorpartners“ Europa aus einer transatlantischen Umklammerung, die mit dem Ende des Kalten Krieges und der mehrfachen US-geführten Destabilisierung der europäischen Nachbarschaft im Süden und Osten ihre Daseinsberechtigung verloren hatte. Nicht eine bisherige Abhängigkeit von Russland oder eine mögliche von China ist per se das Problem, sondern das Unterlassen eines offenen und auf Ausgleich bedachten Dialogs – ohne einseitige Verurteilung im Zuge völkerrechtlicher „Doppelmoral“ (Ambos 2022). Auch starke länderspezifische Außenabhängigkeiten sind in einer globalisierten Welt nicht unüblich. Sie bedürfen lediglich eines verantwortungsvollen, vertrauenswürdigen und vorausschauenden Managements.

Ein von den einseitigen geopolitischen Interessen der USA emanzipiertes Europa sollte umgehend eine eurasische Friedenskonferenz initiieren und alle Waffenlieferungen in die Ukraine einstellen. Ein akzeptabler Ausgleich im fahrlässig in Kauf genommenen Ost-West-Konflikt sollte ausgehandelt und dauerhaft und transparent durch OSZE und OVKS (Bordjusch 2010, S. 384) überwacht werden. Ein Europa mit erweiterter Handlungsautonomie sollte sich für eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur auf der Grundlage des ausgleichenden Grundsatzes der unteilbaren Sicherheit einsetzen. Nur so kann der Weg für eine fortgesetzte eurasische Integration unter Einbeziehung der zur Spaltung Europas instrumentalisierten Nationen Mittel- und Osteuropas als Mitgewinner der friedlichen Koexistenz und gemeinsamen Entwicklung wieder geöffnet werden.

Das vom EU-Parlament gestoppte Investitionsschutzabkommen mit China sollte auf der neuen Verständigungsgrundlage umgehend ratifiziert werden. Im Rahmen einer Seidenstraßenpartnerschaft sollten die europäische Global Gateway- und die chinesischen Belt and Road-Initiative in synergetischer Ergänzung statt in konflikt- und kostentreibender Konkurrenz zueinander durchgeführt werden. Essenziell für die Stabilisierung der erzielten eurasischen Kooperationserfolge ist die Vermittlung zwischen China und Taiwan für einen friedlichen Prozess der Wiedervereinigung zur Entschärfung eines punktuellen Konflikts mit dem Potenzial zur Auslösung einer verheerenden Weltkrise. Im Sinne des Mottos „Europa – China: Eine Partnerschaft, zwei (transformierte) Systeme“ sollte die EU angesichts eigener Korruptionsprobleme (z.B. „Qatar Gate“) von ihrem insbesondere seitens der Partner im globalen Süden kritisierten hohen Ross der Belehrung herabsteigen (vgl. WION, 12.12. 2022) und sich nach Jahrhunderten der weltweiten kolonialen und ökonomischen Dominanz an eine neue Ära gleichberechtigter Partnerschaften ohne Doppelstandards und zum fairen wechselseitigen Nutzen gewöhnen. Nur so ist der Übergang vom „Juniorpartner“ in einer monopolaren Weltordnung zum gleichberechtigten „Mitspieler Europa“ in einer multipolaren Weltordnung zu bewältigen.

1. Einleitung und Fragestellung der Studie

Menschliche Gesellschaften entwickeln sich, steigen im jeweiligen regionalen oder auch globalen Kontext auf und steigen ab aufgrund vielfältiger Faktoren. Stets geschehen solche langfristigen Prozesse im jeweiligen zeitgenössischen Kontext von Kultur, Wirtschaft und Politik. Dieser wird richtungsweisend geprägt von der geographischen Lage und den damit verbundenen Potenzialen, von der Geschichte und den in ihrem Verlauf akkumulierten Erfahrungen, von den verfügbaren Technologien und den durch sie erschließbaren Möglichkeiten sowie von den aufrecht erhaltenen Werten und den durch sie definierten Entwicklungszielen und -kapazitäten. Immer finden solche Entwicklungsprozesse, wie sie in dieser Studie im Hinblick auf das zeitgenössische und zukünftige Europa und seine geopolitischen Beziehungsperspektiven zu China betrachtet werden sollen, in Wechselwirkung mit anderen Gesellschaften statt. Diese durchlaufen ihre eigenen Entwicklungsprozesse und eröffnen dabei in Wechselwirkung zu unserem Entwicklungsweg in Deutschland und Europa Potenziale, verschärfen möglicherweise aber auch Risiken und Gefahren, ja setzen uns sogar harte Grenzen angesichts bisheriger und sich verschiebender Machtkonstellationen.

Anfang 2020 wurde die Welt durch die sogenannte Corona-Pandemie einem mächtigen Hebel der globalen Restrukturierung ausgesetzt. Klaus Schwab, Kopf des globalen Elitennetzwerks „World Economic Forum“ (WEF) und seine weltweit vernetzten Partner in den Spitzen von Wirtschaft und Politik betitelten diesen als „Great Reset“ (Schwab & Malleret 2020). Er soll den Eintritt in das transhumanistische Zeitalter der „Vierten Industriellen Revolution“ (Schwab 2016, S. 172) beschleunigen: „Geräte werden [...] in den Körper implantiert. Sie dienen der Kommunikation, der Ortung, der Verhaltensüberwachung und medizinischen Zwecken. [...] Implantierte Geräte dürften auch dazu dienen, Gedanken, die üblicherweise verbal kommuniziert werden, durch ‚eingebaute‘ Smartphones zu übermitteln“. Nationale Gesundheitssysteme wurden unter Verweis auf eine Pandemie unter Anleitung der WHO gleichgeschaltet und zu einem alle anderen Fachpolitiken dominierenden globalen und weitgehend digitalisierten Covid- und Impf-Regime verkoppelt, das eine massive Auswirkung auf fast alle Gesellschaften und Volkswirtschaften hatte und voraussichtlich weiterhin haben wird.

Der nächste Wendepunkt in den globalen Neuordnungsprozessen wurde durch die Eskalation des seit dem US-gestützten „Regime Change“ (Generalmajor a. D. der Bundeswehr Schultze-Rhonhoff 2022, S. 22) 2014 währenden Ukraine-Kriegs durch Russland Anfang 2022 gesetzt. Europa entschied sich in interessenignoranter Gefolgschaft der USA für einen harten Sanktionskurs und eine indirekte Kriegsbeteiligung gegenüber Russland durch Waffenlieferungen in einem „Stellvertreterkrieg“ in der Ukraine, wie der Brigadegeneral a. D. der Bundeswehr Uhle-Wettler (2022, S. 72) diesen Konflikt kategorisiert. Zudem initiierten die EU und G7 das Kappen jahrzehntealter Verbindungen der Energie- und Rohstoffversorgung aus Russland. Diese hatten zuvor selbst die Spannungen des Kalten Krieges zwischen 1945 und 1989 unbeschadet überstanden und waren wichtiger Standort- und Erfolgsfaktor für das industriell aufstrebende Deutschland als Motor Europas in der Nachkriegszeit.

Europa als aktuell größter Binnenmarkt der Welt macht bevölkerungs-, vor allem aber flächen- und rohstoffmäßig nur einen Bruchteil der eurasischen Landmasse aus. Europas zentrale Lage zwischen den Amerikas und Asien in direkter Nachbarschaft zum südlich gelegenen Afrika schuf die Voraussetzung für die Entdeckung, Eroberung und über Jahrhunderte auch Beherrschung der Welt. Nachdem die Sowjetunion und die USA bis 1989 eine bipolare Weltordnung dominiert hatten, nahmen letztere bis heute eine hegemoniale Vormachtstellung ein. Diese manifestierte sich insbesondere in der Beherrschung der Weltmeere, dem Aufbau weltweiter Militärstützpunkte und in 251 Militärinterventionen seit 1991 (vgl. Salazar Torreon & Plagakis 2022), meist interessengeleitet gegen unliebsame Regierungen (vgl. Thomann 2022c). Sie basierte zudem auf der Beherrschung des Welt-

finanzsystems mittels Petro-Dollar als Weltleitwährung und der Dominanz im Banken- und Bretton-Woods-System.

Die zentrale Brückenlage Europas zwischen den Kontinenten birgt – in einer von Umbrüchen in Wirtschaftsdynamik, Bevölkerungsentwicklung und geopolitischen Machtverschiebungen geprägten Zeit – Chancen, Herausforderungen und Risiken. Während in der vorangegangenen Studie „Wege aus der Migrationskrise“ für die Fraktion Identität und Demokratie im Europäischen Parlament gefährliche Entwicklungen und entsprechende Lösungskonzepte in puncto demographischer Entwicklung und Remigration eruiert bzw. entwickelt wurden (vgl. Rothfuß 2020), widmet sich die vorliegende Studie der Frage nach einer möglichen geostrategischen Partnerschaft im eurasischen Kontext einer entstehenden multipolaren Weltordnung: Im Mittelpunkt steht dabei das bevölkerungsreichste Land und die nach Kaufkraftparität größte Volkswirtschaft der Erde – China.

Jede langfristige Partnerschaft – nicht nur tiefgreifende politische Integrationsprozesse wie der, dem sich Deutschland innerhalb der EU unter schrittweiser Souveränitätsaufgabe seit Jahrzehnten unterzieht oder jener innerhalb des NATO-Militärbündnisses – bringen auch Abhängigkeiten und Gefahren mit sich. Selbst infrastrukturelle Integrationsprozesse, wie etwa durch die chinesische Initiative der „Neuen Seidenstraße“, können sowohl durch neu entstehende Interdependenzen Autonomiegewinne als auch durch Abhängigkeiten graduelle Souveränitätsverluste bedeuten.

In jeder Demokratie (altgriechisch δημοκρατία, *dēmokratía* für „Volksherrschaft“) liegt die eigentliche Souveränität als „Bürgersouveränität“ (vgl. Schachtschneider 2015) per definitionem beim Volk. Deren regierungsseitige Übertragung an zwischen- oder suprastaatliche Partnerschaftskonstruktionen bedarf daher der demokratischen Legitimation und beständigen Kontrolle durch das Volk. Folglich muss – entsprechend dem Demokratie erst ermöglichenden Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker – das betreffende Volk dauerhaft das Recht auf Entscheidung einer möglichen Umkehrung, also der Wiederaneignung von Souveränität, behalten. Es ist von zentraler Bedeutung, dass mögliche Implikationen langfristiger Partnerschaftsperspektiven daher vorab und fortlaufend kritisch analysiert werden, um Risiken frühzeitig zu erkennen und entsprechend informierte und somit tragfähige demokratische Entscheidungen zu ermöglichen.

Die vorliegende Studie geht von der Prämisse aus, dass strategische Partnerschaften und Integrationsprozesse von der ideologischen und wertemäßigen Positionierung des Partners bzw. des übergeordneten Integrationsleitbildes beeinflusst werden und somit Auswirkungen auf die eigene gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Struktur und Konstitution zu erwarten sind. Die bisherigen makroökonomischen Entwicklungen und die zunehmende Gestaltungskraft Chinas in den Beziehungen zu mittlerweile 147 Staaten (vgl. South China Morning Post, 12.03.2022) im Rahmen der 2013 lancierten globalen Infrastruktur-Initiative Chinas „One Belt, One Road“ (OBOR) bzw. heute „Belt and Road Initiative“ (BRI), lässt den Schluss zu, dass das gesellschaftliche, wirtschaftliche und auch politische Steuerungsmodell des nach Kaufkraftparität wirtschaftsstärksten Landes der Erde entsprechend sich entwickelnder Machtasymmetrien auch Einfluss auf seine Partner und auf die zukünftige Entwicklung des Weltsystems haben wird.

Deutlich wurde dieser sonst lange Zeit unmerklich ablaufende Prozess der politischen Einflusszunahme Chinas im Zuge der sogenannten Corona-Pandemie, die erstmals in Wuhan auftrat: Dort hatte das Wuhan Institute of Virology mit Hilfe staatlicher US-Finanzierung an Corona-Viren gefährliche „Gain of Function“-Forschung durchgeführt (The New York Post, 21.10.2021), weil diese 2014 in den USA verboten worden war. Nach dem als natürlicher Vorgang dargestellten Ausbruch setzte die Volksrepublik die Maßstäbe für den autoritären und freiheitsberaubenden Umgang mit der Gesundheitsherausforderung. Die vorhandenen globalen Strukturen im Gesundheitswesen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie bei der Impfstrategie die transnational agierenden Phar-

makonzerne dienten als Transmissionsriemen für die Fixierung einer autoritären Politikantwort als nahezu unausweichlichem Maßstab für die weltweite Staatengemeinschaft (vgl. Rockefeller Foundation 2022).

Demzufolge ist es indiziert, das chinesische Steuerungsmodell in der Breite näher zu untersuchen um die im Zuge einer vertieften Partnerschaft voraussichtlich zur Wirkung kommenden systemischen Kräfte und Einflüsse vorausschauend abschätzen zu können. Von besonderer Bedeutung für die vorliegende Studie ist dabei mit Blick auf China der Umgang der chinesischen Regierung mit den schwächeren Teilen der Gesellschaft des Riesenreiches: den religiösen Minderheiten und hier insbesondere den Christen und den Muslimen. Der Umgang mit aus dem Blickwinkel der Herrschaftsausübung in China „störenden“ Minderheiten innerhalb des eigenen Landes mag nicht automatisch maßgeblich sein für den Umgang mit konfligierenden Ansichten bzw. Gruppierungen außerhalb des Landes. Schließlich befolgt China in seinen Außenbeziehungen entsprechend den außenpolitischen „fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz“ (Stanzel 2021, S. 15) das Gebot der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten (vgl. Heiducoff 2022, S. 173). Doch angesichts des langfristig zu erwartenden Prozesses der globalen Verschiebung der dominierenden geopolitischen Gestaltungsmacht von den USA in Richtung China, bei dem nicht das von China zumindest offiziell angestrebte, theoretisch ausgewogene Konstrukt eines gleichberechtigten Multilateralismus den Endpunkt der Entwicklungen im globalen System darstellen könnte, sondern möglicherweise die Ablösung des alten Hegemons durch einen neuen, ist zumindest entsprechend der Realismus-Schule der Internationalen Beziehungen (vgl. Jacobs 2003) zu erwarten, dass dieser seine Werte und Regulierungsansprüche unter Ausnutzung einer zukünftigen Machtasymmetrie auch geltend machen und durchsetzen könnte.

Aus der Gesamtkonstellation der relevanten Fragen für den vorliegenden Themenfokus werden folgende Kernpunkte forschungsleitend in den Mittelpunkt der Studie gestellt:

1. Wie hat sich Chinas geopolitische Gestaltungskraft in der Welt verändert, insbesondere im Hinblick auf die Wirtschaft, zwischenstaatliche Bündnisse und die „Neue Seidenstraße“?
2. Welches gesellschaftliche und politische Steuerungsmodell praktiziert China im Hinblick auf religiöse Minderheiten im Land?
3. Welches Chancen-, aber auch Konfliktpotenzial birgt die geopolitische Frage einer vertieften China-Kooperation für Deutschland und Europa?
4. Welche Kooperationsstrategie sollten Deutschland und Europa im eurasischen Kontext angesichts der wohlstandsgefährdenden aktuellen geopolitischen Umbruchphase verfolgen?

Die Studie erhebt den Anspruch, etwaige Gefahrenpotenziale einer intensivierten Kooperation *mit* und damit Abhängigkeit *von* einer autoritären Großmacht wie China eingehend zu erörtern, zugleich aber auch Chancen einer konstruktiven Kooperation zum beidseitigen Nutzen unvoreingenommen aufzuzeigen. Geostrategische Partnerschaften weisen stets Licht- und Schattenseiten auf, wie dies die seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts maßgebliche europäische „Sicherheitspartnerschaft“ mit den USA im Rahmen der NATO belegt: Deren (indirekte) militärische Interventionen in Europas unmittelbarer südlicher (Libyen), südöstlicher (Jugoslawien, Irak, Syrien) und östlicher (Ukraine) Nachbarschaft haben seit Jahrzehnten zu Instabilität geführt (vgl. Effenberger & Wimmer 2015, S. 486ff; Ganser 2017, S. 157ff; Mitschka 2019, S. 23ff und Thomann 2022c). Diese bedeutet für die europäischen Staaten, Gesellschaften und Volkswirtschaften enorme Lasten³, nicht zuletzt in Form

³ Allein 2022 flüchteten über 7,7 Millionen Menschen aus der Ukraine (Statista, 28.10.2022). Durch den Rat der Europäischen Union wurde am 04.03.2022 erstmals seit 20 Jahren die „EU-Massenzustromrichtlinie“ für „vorübergehende[n] Schutz“ aktiviert (Europäischer Rat 2022a). Diese ermöglichte es, ohne individuelles Prüf-

einer in „dammbruchartigen Wellen“ (Rothfuß 2020, S. 113) ablaufenden und kaum kontrollierbaren Migrationskrise (vgl. Braunsdorf 2019, S. 8).

Bei der Einschätzung der Gefahrenpotenziale einer engeren Partnerschaft mit einem sich zur Supermacht, möglicherweise langfristig sogar zum Hegemon entwickelnden China (vgl. Easton 2022, S. 183ff) sollte der Fehler vermieden werden, vom Umgang des autoritären Staates mit seinen nationalen Minderheiten und politischen Oppositionellen sowie vom etablierten Kontrollsystem zur Führung des 1,4 Milliarden Einwohner zählenden und von zahlreichen Ethnien und Religionen geprägten Staates in unmittelbarer Analogie auf den Umgang Chinas mit externen Partnern in der Welt zu schließen. Während die chinesische Regierung national ein striktes Steuerungs- und Kontrollsystem in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft etabliert hat, so charakterisiert sich China im Gegensatz zu westlichen Akteuren in seinen Außenbeziehungen weitgehend durch das oben erwähnte Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und der Nichtübertragung des eigenen Entwicklungsmodells (vgl. Kaiser 2022, S. 44). Ist China deshalb vor imperialistischen Neigungen im Sinne von „Machtausdehnung und Einfluß jenseits seiner Grenzen“ durch „politische, ökonomische oder militärische Dominanz gegenüber anderen Staaten“ (Heinrich 2003, S. 279) gefeit?

Sicherlich kann diese Frage grundsätzlich verneint werden. Denn mit wachsendem Emanzipations- und auch ordnendem Weltmachtanspruch gegenüber dem bisherigen Hegemon USA mit seiner „imperialistische[n] Grundlinie“ (von Dohnanyi 2022, S. 32) wird China zukünftig verstärkt versuchen müssen, die eigenen Regelsetzungen im internationalen System durchzusetzen und gegen wahrgenommene Konkurrenten bzw. Rivalen und auch Gegner zu verteidigen. Zudem ist davon auszugehen, dass Wertvorstellungen, Ideologien, Strategieziele und Steuerungsmethoden der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) auch bei einzelnen Akteursgruppen in Europa und anderen Teilen der Welt auf eine gewisse Resonanz stoßen werden. Dieser Effekt könnte beispielsweise relevant werden in der Klimapolitik beim rigiden Makro-, ja sogar Mikrosteuerungsanspruch in puncto CO₂-Emissionen von Staaten bzw. Firmen und Individuen, wie auch im Bereich der Digitalisierung einschließlich lückenlos kontrollierbarer digitaler Währungen, dem Einsatz künstlicher Intelligenz und auch von herrschaftssichernden Überwachungstechnologien unter dem Deckmantel wahlweise der „Sicherheit“, des „Klimaschutzes“ oder der „Gesundheitsvorsorge“. Ideologische Strömungen wie der in China dominante Staatszentrismus, die autoritäre Gesellschaftsteuerung und auch der staatlich forcierte Atheismus mit der Tendenz zur Religionsfeindlichkeit treffen in Europa und weltweit auf ähnlich gelagerte politische wie zivilgesellschaftliche Strömungen und Akteure, die sich von einem Einflusszuwachs Chinas eine „Win-Win-Situation“ und Auftrieb für geteilte politische Agenden erhoffen könnten.

Nicht außer Acht gelassen werden darf bei jeglicher Bewertung der autoritären Maßnahmen der Volksrepublik in strategisch als besonders bedeutsam bewerteten Fragen, dass die Sorge Chinas vor gezielter Destabilisierung von außen durchaus ihre Berechtigung hat. Der das globale System nach wie vor im medialen Diskurs, in der militärischen Schlagkraft und in den internationalen Beziehungen dominierende Westen befindet sich in einem offenen Einflusswettbewerb mit China und dessen eurasischem Partner Russland. Steuerungsversuche des Westens, nicht nur über mediale Diskurssteuerung, sondern auch in Form völkerrechtswidriger Militärinterventionen (teilweise mittels Bewaffnung von Rebellen) bis hin zur verdeckten bis offenen Unterstützung oppositioneller Kräfte in Farbrevolutionen, sind historisch vielfach belegt. In Russland wird mit Partnern aus dem Nahen und Mittleren Osten wie Iran und Syrien seit dem Maidan-Putsch 2014 auf höchster politischer Ebene die Gefahr der Inszenierung von Farbrevolutionen als Instrument zur Destabilisierung und letztlich zum

verfahren, allen Flüchtlingen mit ukrainischem Pass in den Arbeitsmarkt und das Sozialsicherungs- bzw. Rentensystem Deutschlands dauerhaft zu migrieren (vgl. Deutschlandfunk, 06.05.2022).

Umsturz von westlichen Interessen widersprechenden Regierungen diskutiert und entsprechende Abwehrmaßnahmen vorbereitet (vgl. Cordesman 2014 und Sputnik International, 23.05.2014).

Auch China sieht sich aufgrund der Analyse weltweiter Vorgänge im Zusammenhang mit Farbrevolutionen (Global Times, 02.12.2021) veranlasst, Destabilisierungsmaßnahmen westlicher Akteure im eigenen Land frühzeitig zu detektieren und entsprechend entgegenzuwirken. Die auch in diesem Kontext zu sehende Repression religiöser Minderheiten und politischer Dissidenten soll damit keineswegs rechtfertigt werden. Es wäre jedoch naiv anzunehmen, dass sich christliche Gemeinden als wahrgenommene Repräsentanten eines westlichen Wertesystems mit einer Anhängerschaft von möglicherweise bereits 100 Millionen Menschen in China in einem politischen Vakuum bewegen würden. Noch stärker trifft dies auf uigurische Muslime zu, die sich – bewusst oder unbewusst – im Kräftefeld transnationaler separatistischer und terroristischer Bewegungen von Syrien bis Indonesien sowie im Kontext von Islamismus und Panturkismus befinden. Sie stellen, ob beabsichtigt oder nicht, für externe Akteure, die die aktuelle politische Verfasstheit Chinas in Frage stellen, ein interessantes Potenzial zur Förderung von Konflikten und nationaler Spaltung dar. Für die chinesische Regierung sind sie eine stets verdächtige, potenzielle Bedrohung für den Herrschafts- und Kontrollanspruch über das multiethnisch und multireligiös geprägte Riesenreich.

Bei der Frage nach den Kooperationsoptionen Europas, das heißt der Europäischen Union als Staatenbund, einzelner Mitgliedsstaaten und auch von europäischen Staaten außerhalb des EU-Rahmens, soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass sich Europa – bedingt durch die weitgehend einseitige Positionierung im Ukraine-Krieg – derzeit in einer Umbruchphase befindet. Jegliche Kooperationsoptionen hängen selbstverständlich davon ab, ob europäische Akteure zukünftig noch aus einer bislang innegehabten Position der wirtschaftlichen Stärke und (zumindest beanspruchten) moralischen Autorität (Soft Power) heraus Kooperationspartner auswählen und Bedingungen verhandeln können oder möglicherweise bereits aus einer Position der Schwäche bis hin zur Erpressbarkeit aufgrund von Abhängigkeiten und Versorgungsengpässen.

Entwickelt sich der für die industrielle Struktur Europas maßgebliche Standortfaktor „kostengünstige Energieversorgung“ weiterhin so negativ wie verstärkt seit Anfang des Jahres 2022, dann könnte massiv Kapital aus diversen Sparten industrieller Produktion samt dem relevanten Humankapital und Know-how aus Europa in Richtung BRICS-Staaten und USA – aktuell verstärkt durch einen massiven Subventionssog durch Bidens „Inflation Reduction Act“ – abwandern.⁴ Eine Lawine der „Deindustrialisierung“ (Focus, 29.10.2022) könnte ins Rollen kommen. Selbst autonom agierende europäische Staaten, die – der Mehrheit der Länder weltweit folgend – aus dem rigiden US- und EU-diktierten Russland-Sanktionsregime ausscheren, wie etwa Ungarn und Serbien, könnten trotz individuell ausgehandelter präferenzeller Versorgungsverträge mit Russland (vgl. RND, 29.05.2022 und Tageschau, 21.07.2022) in eine drohende, europaweite Abwärtsspirale von Rezession und Kapitalflucht hineingerissen werden. Die zur Diskussion stehenden zukünftigen Kooperationsoptionen Europas könnten sich im Lichte dieses sich bereits deutlich abzeichnenden Negativ-Szenarios mittelfristig auf Strategien der Überlebenssicherung reduzieren, anstelle der bisherigen Vorstellungen, Deutschland als „Führungsmacht“ (SPD-Vorsitzender Klingbeil, zit. in German Foreign Policy, 21.09.2022) und die Europäische Union als dominanten „geopolitischen Akteur“ (Bundeskanzler Scholz, zit. in German Foreign Policy, 19.07.2022) in der Welt zu positionieren.

⁴ In einer Konjunkturumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages gaben bereits 8% der Betriebe an, ihre Produktion aufgrund gestiegener Kosten ins Ausland verlagern zu wollen, bei den Automobilherstellern sogar 17% (vgl. Spiegel, 01.11.2022).

2. Chinas Aufstieg und geopolitische Bedeutung in der Welt

China zu verstehen ist die Grundvoraussetzung für die Entwicklung einer tragfähigen Kooperationsstrategie für Eurasien. Politische Diskurse und strategische Entscheidungen im Umgang mit China werden zu großen Teilen vom vorherrschenden medialen Diskurs bestimmt. Dieser ist jedoch zunehmend vom „Feindbild China“ (Behrens 2022) geprägt, statt von einem tieferen Verständnis der komplexen Realität des 1,4 Milliarden Menschen und 55 Ethnien zählenden Wirtschaftsriesen mit seiner 5000-jährigen Geschichte. Bis auf ein Jahrhundert verheerender kolonialer Unterwerfung mit vielen Millionen Toten war China stets eine führende Wirtschaftsmacht und Hochkultur, während Europa sich über zweitausend Jahre noch sammelte und wieder zersplitterte. Eine entsprechende Achtung erwarten die Chinesen im Umgang mit ihrem Land.

Der rasante wirtschaftliche Aufstieg Chinas von einer armen bäuerlichen Gesellschaft zur High Tech-Nation, die im Jahr 2022 eine eigene Raumstation ins Weltall beförderte, ist ein klares Indiz dafür, welches Potenzial in der Bevölkerung Chinas steckt – ohne das System und begangene Fehler an dieser Stelle bewerten zu wollen. Fakt ist, dass Chinas Aufstieg vom Entwicklungsland zum weltgrößten industriellen Produzenten erfolgreich verlaufen ist. Viele Faktoren spielten dabei eine Rolle, neben dem autochthonen Potenzial des Landes auch geschickt genutzte, teilweise illegale Transfers von außen. Auch China ist nicht vor zukünftigen Turbulenzen gefeit, die sowohl im Innern, erwähnt sei hier der gefährlich überdehnte Immobilienmarkt, als auch im Äußeren, hier sticht die ungelöste Taiwan-Frage hervor, aufbrechen können. Die 1,4 Milliarden Chinesen bilden eine bislang vergleichsweise resiliente Einheit, zusammengeschweißt nicht durch die Idee der westlichen Demokratie oder auch neomarxistisch-liberale Spleens, sondern durch gemeinsamen Fortschritt und Wohlstand.

China hat die eigene Geschichte und die schmerzhaft historische Konfrontation mit dem Westen gut analysiert und in Betrachtung der wichtigsten geopolitischen Strukturen und Prozesse in der heutigen Welt eine durchdachte Strategie für seine Außenbeziehungen entwickelt und konsequent umgesetzt. China unterwirft sich weitgehend völkerrechtlichen Normen, aber keinen fremden Interessen. China sucht die friedliche Kooperation zum beidseitigen wirtschaftlichen Nutzen mit Partnern in aller Welt, rüstet sich aber zugleich militärisch in einer Weise, dass das Land im Falle einer externen Aggression unschlagbar wäre. Doch außer kleineren Scharmützeln an umstrittenen Grenzabschnitten mit Indien, verhielt sich China trotz seiner Stärke gegenüber auch kleinen Nachbarn zwar stets interessengeleitet, aber zurückhaltend, was von der sich in ihrer unipolaren globalen Führungsrolle bedroht sehenden NATO-Führungsmacht USA aus historischer Perspektive nicht bestätigt werden kann.

China beansprucht zunehmend Einfluss in den Vereinten Nationen, bildet und dominiert internationale Kooperationsforen wie die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit oder den BRICS-Staatenbund, die beide die westliche Hegemonie herausfordern mit dem Argument, dass sich die Gewichte in der Welt verschoben haben und eine gerechte Repräsentation der Interessen aller Völker einer ausgeglicheneren multipolaren Weltordnung bedarf. Während die westlich orientierten Staaten in einer Art Wagenburgmentalität versuchen, ihre eigene Position gegen jegliche Herausforderer mit Sanktionen, Dialog- und Kooperationsverweigerung vorzugehen, zimmert China im Verbund mit weiteren aufstrebenden Staaten an einer Währungskorb-basierten alternativen Weltleitwährung inklusive SWIFT-Alternative, baut die Infrastrukturverbindungen in Eurasien, Afrika und Lateinamerika aus und bildet neue Energieversorgungs- und Handelsallianzen. Europa gefährdet zeitgleich die sichere Energieversorgung seiner Industrie als unerlässliche Wohlstandsgrundlage und stoppt ein über Jahre ausgehandeltes Investitionsschutzabkommen mit China dauerhaft. Es ist Zeit innezuhalten und über die Positionierung und Zukunft Europas in einer sich dynamisch verändernden Welt nachzudenken.

Das alte „Reich der Mitte“ und seine koloniale Unterwerfung durch den Westen

Aus chinesischer Sicht ist der Aufstieg des Landes zur Großmacht die „Wiederherstellung der globalen historischen Normalität“ (Elsner 2022, S. 85). Über mindestens 4.200 Jahre hinweg bis zur Xia-Dynastie ab 2070 vor Christus – also kurz nach Beginn der Bronzezeit in Mitteleuropa (vgl. Baron & Yin-Baron 2020, S. 65) – lassen sich die frühen Dynastien als politische Herrschaftssysteme und älteste geregelte Regierungsabfolge im Altertum im Raum des heutigen China rückverfolgen. Die ältesten Funde von Seide als Marker des Beginns einer höher entwickelten Zivilisation im Raum China wurden auf ein Alter von 5.300 Jahren datiert (vgl. Rupold 2020, S. 20ff). Wenngleich zur Zeit der Zhou-Dynastie im 1. Jahrtausend vor Christus zeitweise noch 170 verschiedene, oft im Konflikt miteinander befindliche Königreiche existierten, gab es doch schon eine flächendeckende gemeinsame Identifikation, die China – im Gegensatz zum hochmittelalterlichen Europa noch rund 2.000 Jahre später – eine frühe Stabilisierung, Modernisierung und damit auch Wohlstandszuwachs durch ein „strenges Regime von Recht und Ordnung“ (Baron & Yin-Baron 2020, S. 65) erlaubten.

Die konfliktträchtige Epoche der „Streitenden Staaten“ (ebd., S. 66) zwischen dem fünften und dritten Jahrhundert vor Christus prägte China durch die Lehren der „100 Denkschulen“ (ebd.), der auch die Philosophen Konfuzius und Laotse zugeordnet werden, den wichtigsten Begründern der chinesischen „politischen Ordnungs- und Moralphilosophie“ (ebd.). Aus dieser Zeit stammen die Wurzeln des chinesischen Gesellschaftsverständnisses, das auch im 21. Jahrhundert noch als implizite politische „Legitimation“ für eine straffe Steuerung des Landes dient: Der „Einordnung in das gesellschaftliche System“ bei „weitgehendem Verzicht auf Individualität und eigenständiges Denken“ (Stückelberger 2019, S. 51) wird ein höherer moralischer Stellenwert beigemessen als im liberalen und – gemäß christlich-aufklärerischem Verständnis – auf die Freiheiten des Individuums fokussierten Westen.

Kaiser Qin Shi Huang Di gelang 221 vor Christus die „Reichseinigung“ (Noesselt 2016, S. 44). Von seinem Namen „Qin“ rührt der im Westen gebräuchliche Name „China“ für das „Reich der Mitte“ (chinesisch „Zhongguo“) her. Das geeinte Riesenreich erfuhr unter der von Qin begründeten rigiden Herrschaftskultur des Legalismus („Gesetzesherrschaft“; Noesselt 2016, S. 102), geprägt durch Kontrolle, Zwang und Furcht, einen Modernisierungsschub und sein Straßennetz wurde mit insgesamt 6.800 Kilometern zu einer beeindruckenden Länge ausgebaut und somit das weite Territorium räumlich integriert (vgl. Baron & Yin-Baron 2020, S. 70).

Verschiedene technologische Innovationen, die in einer eurozentrischen Geschichtsschreibung später Europa zugeschrieben werden sollten, fanden in China bereits viele Jahrhunderte früher statt (vgl. Elsner 2022, S. 59ff): So z.B. die Erfindung von Papier und Schwarzpulver, im 4. Jahrhundert das Gusseisen, im 6. Jahrhundert die Eisenhärtung und Herstellung von Stahl, im 9. Jahrhundert der Buchdruck im Holzblockdruckverfahren und ab 1040 mit Keramikstempeln. Bereits um 1100 erreichte China, das im 12. Jahrhundert schon 100 Millionen Einwohner zählte, eine Jahresproduktion von Stahl von 150.000 Tonnen – mehr als alle europäischen Nationen zusammen zu Beginn der Industrialisierung im 18. Jahrhundert (vgl. Rupold 2020, S. 26f.).

Die Innovationskraft, sowie die wirtschaftliche und politische Bedeutung Chinas als Entwicklungspol in Asien beruhten immer schon auf einem beachtlichen Bevölkerungsreichtum. So hatte China zu Zeiten der Han-Kaiser zwei Jahre vor Jesu Geburt laut einem kaiserlichen Steuer-Zensus bereits 57,6 Millionen Einwohner und stellte damit ein Drittel der damaligen Erdbevölkerung von rund 160 Millionen Menschen (das Römische Reich als der zweite damalige globale Machtpol zählte vergleichbare 55 bis 60 Millionen Einwohner).

Im ersten Jahrhundert der Qing-Dynastie ab 1644 erreichte China seine bislang größte Ausdehnung. Wirtschaft und Kultur blühten. Aber just in der Epoche, als von Europa ausgehend, ein globale Macht

konstituierendes Welthandelssystem etabliert wurde, schottete sich China im „überholten kulturellen Überlegenheitsgefühl“ (Baron & Yin-Baron 2020, S. 87) eines überbordenden Sinozentrismus ab: China als „Reich der Mitte“, das einzig wirklich zivilisierte Land der Welt, das sich nicht mehr anstrengen musste, um gegen die „Barbaren“ der umliegenden Länder und auch Europas anzukommen (vgl. Rupold 2020, S. 29f.). Zudem wurden jahrhundertlang bedeutende Kräfte innerhalb des Landes gebunden, um die aus dem Norden einfallenden Mongolen abzuwehren (vgl. Stückelberger 2019, S. 48).

Für Großbritannien waren die Handelsbeziehungen mit China im 18. Jahrhundert aufgrund der reichlich nachgefragten chinesischen Luxusprodukte wie Seide, Tee und Porzellan von einem ausgeprägten Handelsdefizit belastet (vgl. Baron & Yin-Baron 2020, S. 88). Da dieses Ungleichgewicht seinerzeit nicht wie heute seitens der USA oder der EU mittels fast beliebig vermehrbarer „Fiat-Währung“ ausgeglichen werden konnte, sondern in wertvollem Silber beglichen werden musste, versuchte die britische Regierung vergeblich Druck auf China auszuüben mit dem Ziel einer Markttöffnung für die dort kaum nachgefragten englischen Produkte der seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in England beginnenden industriellen Revolution.

Schließlich verlegte sich Großbritannien auf den einträglichen Opium-Schmuggel über den Hafen von Guangzhou an der chinesischen Südküste um seine Handelsbilanz aufzubessern. Jahrelang unterband die Regierung im fernen Beijing den illegalen Rauschgifthandel der Briten nicht. Als aber immer größere Teile der Gesellschaft im ganzen Land dem Drogenkonsum verfallen waren, ließ der Kaiser 1839 den illegalen Opiumhandel der Briten unterbinden, indem der Hafen von Guangzhou blockiert und die Opiumvorräte in den britischen Lagerhäusern verbrannt wurden. Statt die Forderung des chinesischen Kaisers zu erfüllen, den Opium-Schmuggel nach China „sofort und ein für alle Mal“ (Baron & Yin-Baron 2020, S. 91) zu stoppen, begannen die Briten 1839 den Ersten Opiumkrieg.

Das zu dieser Zeit durch „innere Ermüdung, Sittenverfall, Hedonismus“ (Brzezinski 1997, S. 30) und starre Bürokratie gelähmte, aber immer noch wirtschaftlich mächtige China, dessen Bruttoinlandsprodukt noch ein Viertel der Weltwirtschaft ausmachte, wurde von der dank moderner Kriegstechnik weit überlegenen britischen Armee 1842 vernichtend geschlagen. Im Vertrag von Nanjing musste China sich verpflichten, Großbritannien für seine Kriegskosten voll zu entschädigen, Hongkong an das Empire abzutreten und die bislang illegale Einfuhr des Rauschgifts Opium offiziell zu genehmigen und auch über weitere vier Häfen zu ermöglichen.

Da die Chinesen die für 1850 angesetzte Neuverhandlung des schmachvollen Vertrags von Nanjing boykottierten, begannen die Briten, diesmal unterstützt von den Franzosen, 1856 den Zweiten Opiumkrieg. Nach einer erneuten demütigenden Niederlage des zudem durch den blutigsten Bürgerkrieg der Menschheitsgeschichte, die Taiping-Rebellion, geschwächten Kaiserreichs, mussten die Chinesen im Vertrag von Tianjin die Öffnung weiterer Seehäfen, den Zugang für Händler entlang dem Jangtse-Fluss ins Landesinnere und „Arbeits- und Bewegungsfreiheit für christliche Missionare“ (Baron & Yin-Baron 2020, S. 93) gewähren. Bis Ende des 19. Jahrhunderts galten weite Teile der wohlhabenderen Schicht, insgesamt fast 5% der Bevölkerung, als drogenabhängig (vgl. ebd. und Rupold 2020, S. 33).

Eine weitere Schmach im „Jahrhundert der Demütigung“ (Elsner 2022, S. 56) wurde China im Krieg mit Japan 1894/95 um den politischen Status Koreas zugefügt. Trotz mittlerweile angeschaffter westlicher Kriegsausrüstung erwiesen sich die chinesischen Seestreitkräfte aufgrund mangelnder Erfahrung als hoffnungslos unterlegen. Japan kolonialisierte daraufhin nach einem mehrmonatigen Feldzug gegen die Widerstandsregierung „Republik Formosa“ die bereits zu über 90% von Han-Chinesen besiedelte Insel Taiwan, die zuvor bereits 212 Jahre zum Kaiserreich der Qing-Dynastie gehört hatte.

Das durch ausländische Mächte teilkolonialisierte und degradierte China verzeichnete drastische Einbrüche im Außenhandel. Durch die verschiedenen Kriege, Überschwemmungen, Dürren und den Zusammenbruch des Wirtschaftssystems kam es zu Massenarmut und erneuten Aufständen. Am folgenschwersten für das Kaiserreich verlief der Boxeraufstand gegen die Kolonialeinflüsse ab Oktober 1899 (die vielsagende Karikatur in Abb. 1 war nur zwei Monate zuvor in der amerikanischen Zeitschrift Puck abgedruckt worden). Traditionsbewusste chinesische Bauern schlossen sich als Yihequan, die „Fäuste der Gerechtigkeit und Harmonie“ (Rupold 2020, S. 35), zusammen. Die Widerstandskämpfer lehnten die westlichen Einflüsse vehement ab, töteten insgesamt 32.000 zum Christentum konvertierte Landsleute und wollten die christlichen Missionare töten bzw. aus dem Land werfen (vgl. Baron & Yin-Baron 2020, S. 95).



Quelle: J.S. Puck, Puck, 23.08.1899 in Wikipedia, 29.05.2022

Abb. 1: Karikatur der faktischen Kolonialmächte und ihr Ringen um Einflussssphären im unterworfenen China⁵

Als die Aufständischen im Jahr 1900 schließlich das Gesandtschaftsviertel in Beijing belagerten, schlossen sich Kolonialtruppen aus den USA, Japan, Russland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Österreich und Deutschland mit über 50.000 Soldaten zusammen. Mit modernen Feuerwaffen wurden die nur rudimentär bewaffneten Bauernaufstände blutig niedergeschlagen, die Hauptstadt geplündert und gebrandschatzt. Über 100.000 Menschen starben. China wurde zu so hohen Reparationszahlungen verpflichtet, dass Zins und Tilgung im letzten Jahr der Qing-Dynastie 1911 die Hälfte des Staatshaushalts aufzehrten (vgl. Baron & Yin-Baron 2020, S. 96 und Noesselt 2016, S. 103).

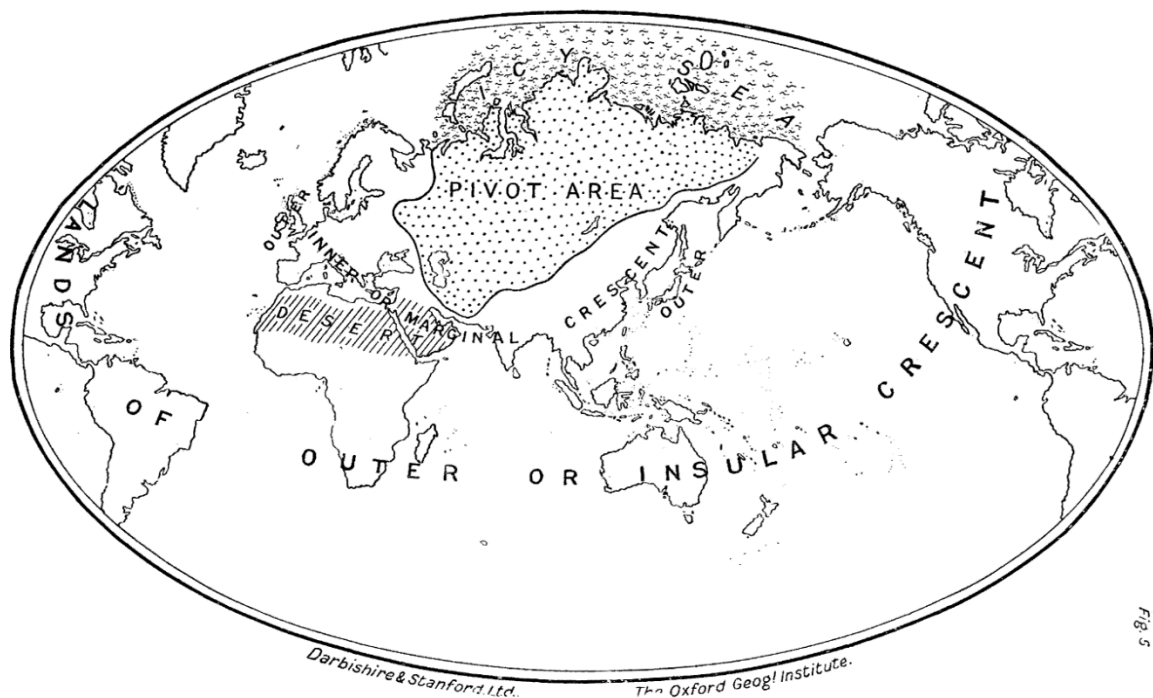
⁵ Wikipedia, 29.05.2022: „Print shows Uncle Sam holding a 'Trade Treaty with China', standing on a 'Map of China' in the midst of foreign rulers labeled 'Germany, Italy, England, Austria, Russia [and] France'; depicted are William II, Umberto I, John Bull, Franz Joseph I sharpening scissors at a grinding stone in the background, Uncle Sam, Nicholas II, and Emile Loubet, each with large scissors, intent on cutting up the map. Uncle Sam says: 'Gentlemen, you may cut up this map as much as you like; but remember that I'm here to stay, and that you can't divide me up into spheres of influence!'“

Aus geostrategischer Sicht hatten die zur Bekämpfung des Boxeraufstands zusammengeschlossenen „Vereinigten acht Staaten“ durch ihre Kolonialisierungspolitik seit Mitte des 19. Jahrhunderts das Kaiserreich China nach über zwei Jahrtausenden als epochenübergreifende eurasische Großmacht mit sehr vielen Opfern niedergerungen und langfristig geschwächt.

China als eurasische Herausforderung für die geopolitische US-Hegemonie

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stand Russland aufgrund eigener territorialer Interessen im Konflikt mit China noch auf der Seite der europäischen Kolonialmächte und es konnte keine von Sir Halford Mackinder (vgl. 1904) befürchtete übermächtige Kräftekonstellation im kontinentalen Eurasien entstehen, die den bislang weltbeherrschenden flottengestützten Kolonialmächten des „Inner and Outer Crescent“ (s. Abb. 2) hätte gefährlich werden können. Bis es so weit kommen würde, dass die eurasische Landmasse mittels schienengebundener, sicherer und schneller Verbindungswege erschlossen und diese der Kontrolle der Seemächte weitgehend entzogen werden könnten, sollten noch weitere über 110 Jahre vergehen bis zum Start der chinesischen „Belt and Road Initiative“ (BRI) im Jahr 2013.

Diese könnte bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts durchaus dafür sorgen, dass nicht die geopolitische Drei-Meere-Theorie (vgl. Hamer 2016, S. 219f.) die räumliche Verlagerung der in der jeweiligen historischen Epoche führenden globalen Machträume bestimmen wird (Machtraum Mittelmeer in der Antike, atlantischer Raum in der Neuzeit und Pazifik in der Zukunft), sondern – entsprechend der Kernthese Mackinders – die Fähigkeit eines kontinentalen Akteurs zur raumgreifenden infrastrukturellen Integration der eurasischen Landmasse. Ein neues Gravitationszentrum globaler Macht- und Wohlstandskonzentration könnte so entstehen und sich möglicherweise dauerhaft etablieren.

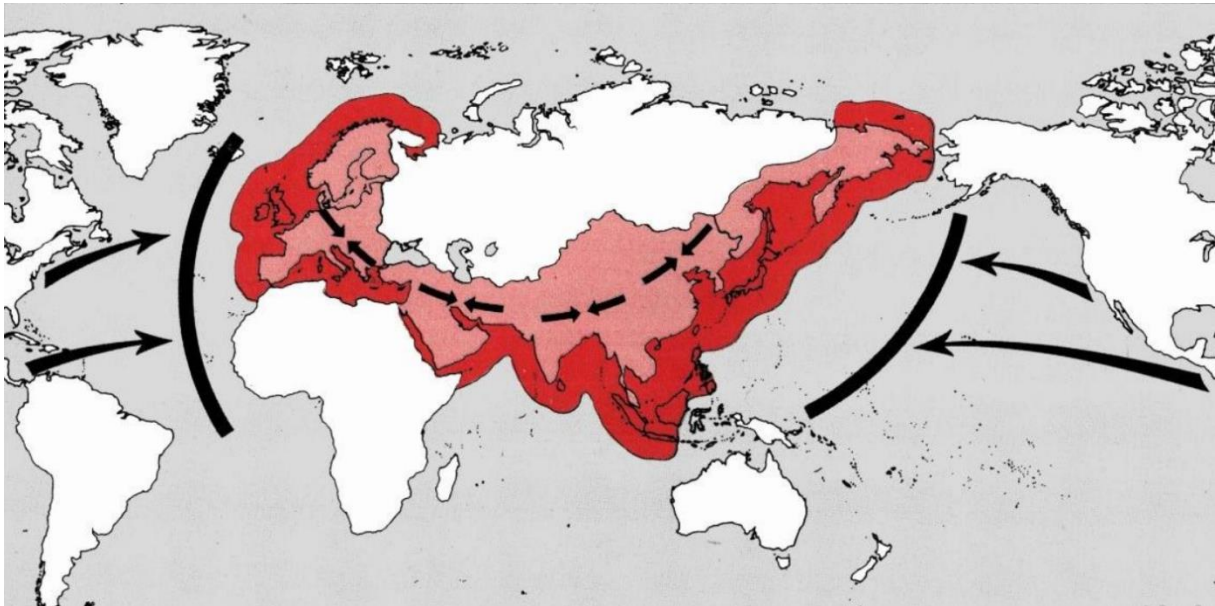


THE NATURAL SEATS OF POWER.
Pivot area—wholly continental. Outer crescent—wholly oceanic. Inner crescent—partly continental, partly oceanic.

Quelle: Mackinder 1904, S. 312

Abb. 2: Mackinders Herzland-These mit dem kontinental gelegenen eurasischen „Pivot of History“

Der geostrategischen Empfehlung Nicholas Spykmans (vgl. 1944, S. 60; s. Abb. 3) zufolge müssten die USA mithilfe ihrer Verbündeten zur dauerhaften Absicherung ihrer Vormachtstellung dafür sorgen, „that no overwhelming power is allowed to build itself up“ im von ihm als „Rimland“ bezeichneten Randbereich der eurasischen Landmasse, an dessen östlichem Ende China, als historischem „Zentrum Eurasiens“ (Behrens 2022, S. 56), liegt. Eurasische Machtkämpfe, so Spykman, seien immer schon abhängig von a) den Beziehungen zwischen „Herzland“ und „Randland“, b) der Machtkonstellationen innerhalb des Randlands und c) dem Druck Nordamerikas bzw. der „westlichen Hemisphäre“ auf die Küstenzone Eurasiens entschieden worden.



Quelle: Spykman 1944, S. 61

Abb. 3: Spykmans Rimland-These mit den eurasischen Konfliktzonen im das „Heartland“ umgebenden „Rimland“

Mit dem in der Folge zu analysierenden Aufstieg Chinas zur Weltwirtschaftsmacht und dem relativen Abstieg der USA, als seit Ende des Kalten Krieges global dominierendem Machtpol, scheint nun aber genau diese „overwhelming power“ zu entstehen. Diese ist in der Lage, wichtige Regionalmächte im „Rimland“ als Partner an sich zu binden und zudem eine sichere, infrastrukturell manifestierte Verbindung mit dem „Heartland“ herzustellen. Wie im Kapitel über die chinesische „Belt and Road“-Initiative (BRI) in Partnerschaft mit 147 Staaten weltweit (South China Morning Post, 12.03.2022) deutlich werden wird, ist es China gelungen, eine deutlich größere Einflussphäre in Eurasien und darüber hinaus sogar in Afrika und Südamerika aufzubauen als dies der amerikanische Geostrategie und Präsidentenberater Brzezinski (vgl. 1997, S. 207) in seiner Langfristprognose für das Jahr 2022 vorhergesehen hatte (s. Abb. 4).

Das Spektrum der sich akkumulierenden Dominanz Chinas in Eurasien beschränkt sich nicht auf die Bereiche Wirtschaft und politische Integrationskraft, sondern zeigt sich auch deutlich im Aufbau des nach einzelnen Indikatoren bereits größten und in spezifischen Bereichen technologisch sogar führenden Militärs weltweit. Bezüglich des Verteidigungshaushalts lag China 2021 mit 293 Milliarden US-Dollar und somit knapp über einem Drittel des US-Militärbudgets an zweiter Stelle weltweit (vgl. Statista, 27.07.2022c). Die Volksrepublik hätte aber im Bedarfsfall in Relation zum BIP mit bisher nur 1,7% (USA: 3,5%) – ein Wert deutlich unter dem weltweiten Durchschnitt von 2,2% (vgl. Statista, 26.04.2022) – noch deutliche Kapazitäten für eine Ausweitung der Militärausgaben. Im aktuellen Armee-Ranking von Global Firepower (vgl. 2022) liegt China knapp hinter Russland und diese nur wenig hinter den USA. In puncto Truppenstärke, Anzahl der Marine-Schiffe (auch in den Unter-

kategorien der Fregatten und U-Boote) und bei einzelnen Waffentechnologien (z.B. Tauch-Flug-Drohnen, Drohnenschiffe, Zerstörer mit Radar-Tarnung, erdumrundende Hyperschallraketen; vgl. CNN, 26.06.2022, Easton 2022, S. 121 und RND, 29.07.2022), liegt China weltweit bereits in Führung und will diese bis 2049 in der Breite ausbauen mit dem bereits 2015 von Präsident Xi Jinping ausgegebenen Ziel, über eine „world-class fighting force“ (CNN, 27.10.2022) auf Augenhöhe mit den USA zu verfügen.



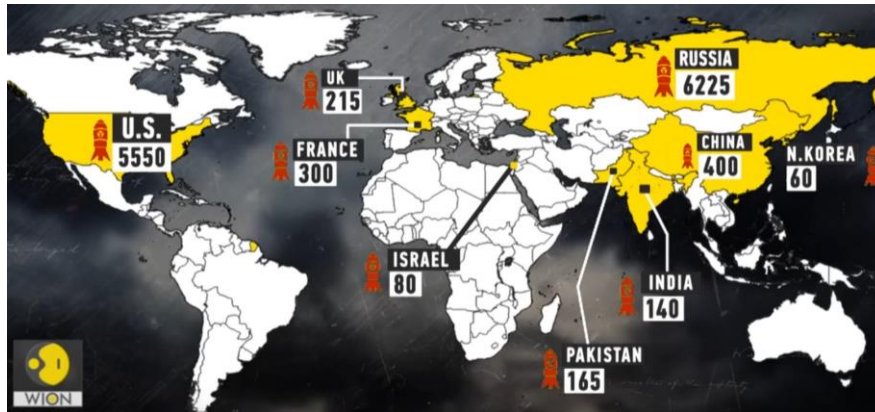
Quelle: Brzezinski 1997, S. 207

Abb. 4: Brzezinskis Fehlprognose von 1997 der „politischen Reichweite der chinesischen Einflussphäre“ bis zum Jahr 2022

Vergleicht man die nach Truppenstärke größten Streitkräfte weltweit in Abb. 6, so wird klar, dass China mit zwei Millionen aktiven Soldaten⁶ nicht nur über die umfangreichsten Truppen aller Staaten verfügt (vgl. Statista, 27.07.2021b), sondern auch innerhalb Asiens über ein relativ freundlich gesonnenes Staatenumfeld unter den Top-10 der truppenstärksten Armeen weltweit. Darunter befinden sich auch die vier innerhalb der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) verbundenen Atomkräfte Asiens. Hervorzuheben ist jedoch, dass die Mitgliedstaaten der SCO keiner formalen militärischen Beistandsverpflichtung zueinander unterliegen (vgl. Norov 2019, S. 23) wie die NATO-Artikel 5) oder auch die EU-Staaten (Artikel 42, 7 EUV).

China ist zwar eine der weltweit neun Nuklearmächte und in den vergangenen zwei Jahren an Großbritannien und Frankreich vorbei auf Platz drei vorgerückt bezüglich der Anzahl der nuklearen Gefechtsköpfe. Die Volksrepublik liegt trotz raschen Ausbaus aber nur bei 7% des atomaren US-Waffenarsenals (vgl. WION, 10.12.2022). Das Pentagon hatte einem aktuellen Bericht zufolge die Steigerung der Anzahl der Gefechtsköpfe Chinas von etwas über 200 im Jahr 2020 auf aktuell über 400 deutlich langsamer erwartet (s. Abb. 5). Der weiter erwartete Ausbau der Nuklearstreitkräfte Chinas bis 2027 soll 700 und bis zum Jahr 2035 bereits 1.500 atomare Gefechtsköpfe umfassen (vgl. CNN, 29.11.2022). Addiert man die nukleare Schlagkraft Chinas in einem hypothetischen US-Konflikt mit der Russlands, dann ist schon heute eine Überlegenheit von rund 20% in der Anzahl der Nuklearsprengköpfe einer möglichen russisch-chinesischen Allianz gegeben, die sich in den kommenden Jahren kontinuierlich weiter zulasten der USA verschieben wird. Vor dem strategischen Fehler, „Russland in eine stärkere Allianz mit China [zu] drängen“ hatte der deutsch-amerikanische Ex-US-Außenminister Henry Kissinger beim WEF 2022 in Davos daher gewarnt (zit. in Backerra 2022, S. 51).

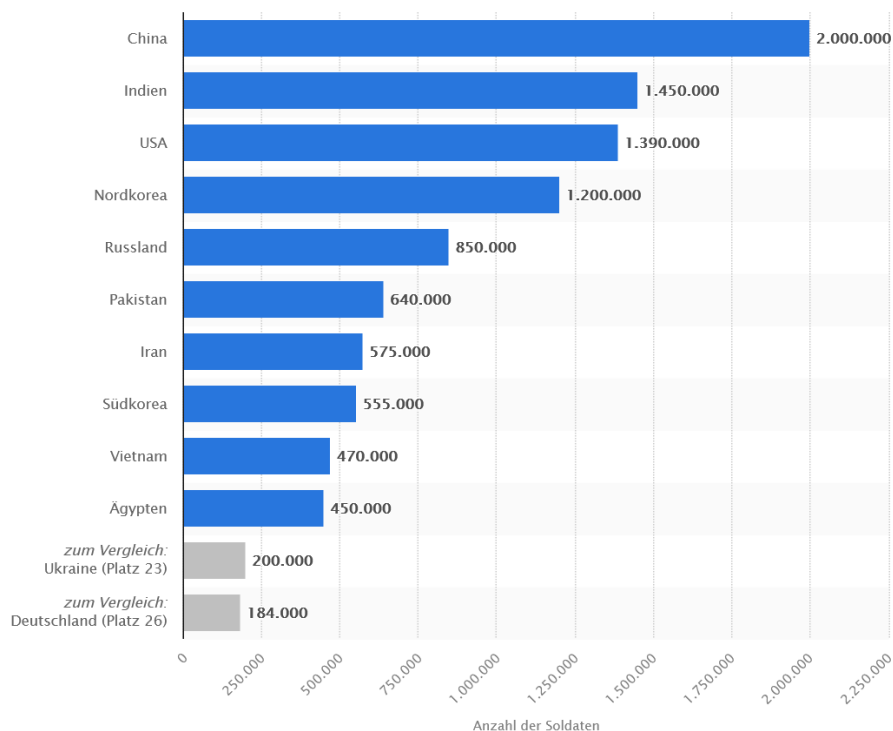
⁶ Laut World Population Review (vgl. 2022b) belief sich die Anzahl aktiver Soldaten in China 2022 bereits auf 2,185 Millionen.



Quelle: WION, 09.12.2022

Abb. 5: Atommächte weltweit mit Anzahl der nuklearen Gefechtsköpfe im Jahr 2022

Zu den China-freundlichen Staaten der Top 10 zählen die traditionell US-feindlichen Länder Nordkorea (1,2 Millionen Soldaten) und Iran (575.000). Spätestens seit der Eskalation des Ukraine-Kriegs hat sich auch Chinas Partnerschaft zum aktuellen Hauptrivalen der NATO, Russland (850.000)⁷, das militärisch schon ab 2015 in Syrien die US-geführte „Regime Change“-Operation (vgl. Springmann 2016, S. 179) indirekt zu stoppen vermochte (vgl. Thomann 2022c), vertieft.⁸ Statt einer vom Westen erwarteten Verurteilung des Angriffs Russlands auf die Ukraine, veröffentlichte die chinesische Botschaft in den USA eine lange Liste von Schuldzuweisungen US-amerikanischer Experten an die Adresse Washingtons und der NATO für die selbst provozierte Eskalation des Ukraine-Konflikts, seit dem Land 2006 eine NATO-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt worden war (US China Embassy 2022a).



Quelle: Statista, 27.07.2021b

Abb. 6: Top 10 der Staaten mit den größten militärischen Streitkräften nach Truppenstärke im Jahr 2022

⁷ Der World Population Review (vgl. 2022b) gibt für 2022 bereits 1,014 Millionen aktive russische Soldaten an.

⁸ Chinas Außenminister Wang Yi unterstrich die Partnerschaft mit Russland erst Ende Oktober 2022 überdeutlich (Global Times, 28.10.2022): „China and Russia have legitimate rights to realize their own development and revitalization, which is in line with the trend of the times. Any attempt to stop China and Russia from marching forward is doomed to fail“.

Der Volksrepublik freundlich gesonnen sind zudem das traditionell stärker mit China verbundene Pakistan (640.000 Mann) und Vietnam (470.000), zu dem in den vergangenen Jahren nach der Beilegung von Grenzkonflikten die Beziehungen deutlich verbessert werden konnten. Beide Staaten sind die größten Empfänger von Infrastrukturinvestitionen im Rahmen des chinesischen BRI-Vorhabens (vgl. Viet Anh & Le Quynh Chi 2021). Auch Ägypten, das die zehntgrößte Armee der Welt unterhält (450.000 Mann), konnte – wie der bisherige enge US-Verbündete Saudi Arabien – seitens China 2022 neu in den auch sicherheitspolitische Fragen umfassenden Kooperationsrahmen SCO als Dialogpartner eingebunden werden.

Saudi-Arabiens jüngste Abwendung von den USA und Hinwendung zu BRICS (vgl. Morning Star, 14.11.2022) und im speziellen zu China in Form einer „chinesisch-arabischen Strategischen Partnerschaft für Frieden und Entwicklung“⁹ (German Foreign Policy, 12.12.2022; vgl. hierzu auch die US-Einschätzung in The New York Times, 08.12.2022) ist beachtlich, auch wenn die Armee des Landes nicht zu den zehn truppenstärksten der Welt zählt. Saudi-Arabien hat mit 6,6% des BIP die relativ gesehen weltweit höchsten Verteidigungsausgaben (vgl. Statista, 26.04.2022) und Dank Aufrüstung durch den Westen – ungeachtet des völkerrechtswidrigen Jemenkriegs – eine der modernsten Armeen der Welt. Huntington (1993, S. 34) hatte bereits Anfang der 1990er Jahre vor der Herausbildung einer „Confucian-Islamic military connection [...] to counter the military power of the West“ gewarnt. Dass China eine solche, sich spezifisch auf den Islam stützende Strategie dezidiert verfolgt, bleibt eine unbestätigte These. Unbestritten ist jedoch, dass Chinas autoritäre Partnerregierungen das außenpolitische Paradigma der Nichteinmischung Beijings in ihre inneren Angelegenheiten durchaus schätzen. Seitens westlicher Staaten ist die Konditionalisierung der Zusammenarbeit und die Kritik der Menschenrechtslage anderer Staaten zwar Usus, geschieht aber sehr selektiv, kontext- und interessenabhängig, so die Kritiker (vgl. Mitschka & Anderson 2018).

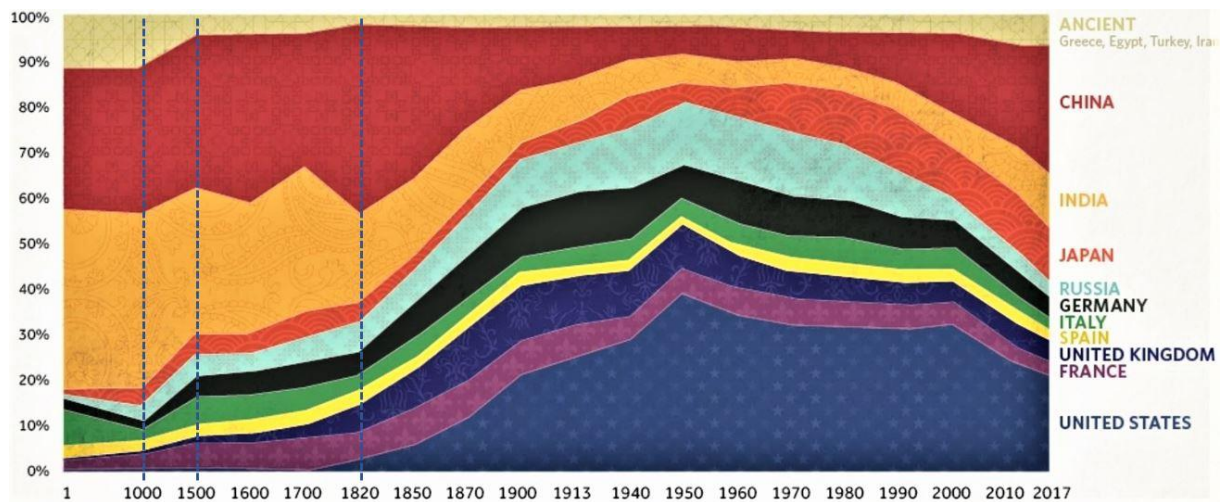
Im Konfliktfall mit China blieben der in puncto Truppenstärke weltweit drittgrößten Armee der USA (1,39 Millionen Soldaten), die aber global gesehen über das mit weitem Abstand größte Netzwerk an Militärbasen und Militärbudget verfügt (801 Milliarden US-Dollar; vgl. Statista, 27.07.2022c), unter den zehn größten Armeen der Welt die potenziellen Partner – mit gewisser Einschränkung¹⁰ – Indien (1,45 Millionen) und Südkorea (555.000 aktive Soldaten). Weder der rein quantitative Vergleich von Truppenstärken, noch der von Verteidigungsbudgets kann eine wirklichkeitsgetreue Darstellung der komplexen Realität der verteidigungsrelevanten Kapazitäten eines Staates bieten. Als einfacher Indikator für ein sich zunehmend auf China ausrichtendes geopolitisches und militärisches Kräftefeld in Eurasien sind sie aber durchaus richtungsweisend.

In Anbetracht der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Entwicklungsdynamik zu Beginn des 21. Jahrhunderts könnte die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert dominante Macht des Westens kippen und mit der Volksrepublik, geopolitisch gestärkt durch eine vertiefte Partnerschaft mit Russland, ein neuer Gravitationspunkt im Weltsystem entstehen, an dem sich nicht nur die Mächte Eurasiens ausrichten, sondern auch bisherige Verbündete des Westens im globalen Süden. Mit dem seit den 1980er Jahren beginnenden Wiederaufstieg Chinas zu einer bedeutenden

⁹ Vereinbarung wurde, den saudischen Entwicklungsplan Vision 2030 mit der chinesischen Belt and Road-Initiative zu verknüpfen und das nationale 5G-Netz auf der technologischen Grundlage des von den USA sanktionierten und boykottierten Mobilfunkkonzerns Huawei aufzubauen. Zudem wurde beim ersten chinesisch-arabischen Gipfel vereinbart, die gesteigerten Öllieferungen der Golfstaaten zukünftig teilweise in Renminbi statt über den US-Dollar abzuwickeln. Anvisiert wird darüber hinaus eine gemeinsame Sicherheitspartnerschaft mit den Golfstaaten, was unter Vermittlung Chinas auch die historischen Spannungen mit dem rivalisierenden schiitischen Iran, einem engen Partner Chinas, lindern helfen könnte (vgl. German Foreign Policy, 12.12.2022).

¹⁰ Aus Sicht der Amerikaner gilt das außenpolitisch tendenziell ungebundene Indien jedoch als „reliably unreliable“ (The Economist, 24.11.2022) und als unberechenbarer „Global Swing State“ (Kliman & Fontaine 2012).

wirtschaftlichen Macht in einem multipolaren Weltsystem wird aus historischer Perspektive lediglich eine historische Normalität wiederhergestellt. Diese war durch eine ca. 200 Jahre andauernde Phase westlicher Dominanz, geprägt einerseits durch technologischen Vorsprung im Zuge der Industrialisierung und andererseits der ausbeuterischen Kolonialisierung der zuvor historisch führenden Wirtschaftszentren Chinas und Indiens, lediglich unterbrochen worden (s. Abb. 7; man beachte die Variabilität der Zeitskala auf der X-Achse).



Quelle: verändert nach Desjardins 2017

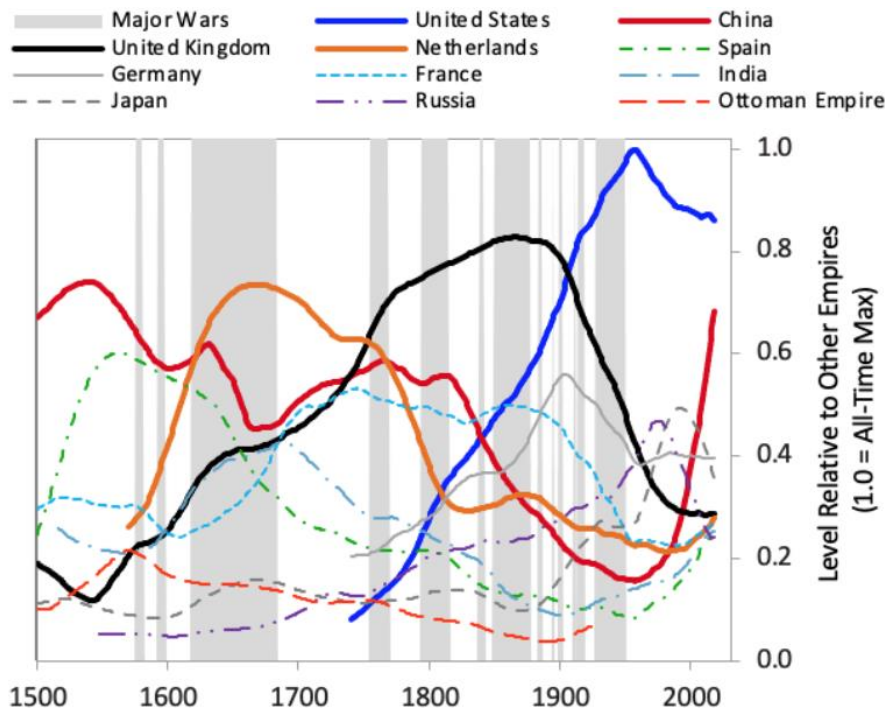
Abb. 7: Historische Entwicklung des Anteils einer Auswahl wichtigster Staaten am weltweiten PPP-BIP vom Jahr 1 bis 2017

Dalio (vgl. 2020, S. 28) sieht die seit Ende des 19. Jahrhunderts wirtschaftlich führende Weltmacht USA erst durch den steilen Aufwärtstrend Chinas seit Beginn der ökonomischen Reformpolitik der 1980er Jahre herausgefordert (s. Abb. 8) – mehr als je zuvor zu Zeiten des Kalten Krieges in einem üblicherweise als bipolar beschriebenen Weltsystem mit dem Gegenpol UdSSR. Russlands Abwärtstrend seit den 1980er und vor allem in den 90er Jahren (s. Abb. 8) scheint nach den jüngsten Entwicklungen der Hinwendung zu den weltgrößten Märkten China und Indien (Öl- und Gaslieferungsabkommen) definitiv gebrochen: Vom westlichen Europa durch die absprachewidrigen NATO-Osterweiterungen (vgl. Generalmajor a. D. der Bundeswehr Schultze-Rhonhoff 2022, S. 15ff), den Beginn 2014 und die Eskalation 2022 des Ukraine-Kriegs¹¹ mit darauffolgendem Wirtschafts- und Stellvertreterkrieg entfremdet und entkoppelt, ist eine vertiefte Partnerschaft Russlands mit China¹², jüngst auch eine intensiviertere Zusammenarbeit mit dem ebenfalls aufstrebenden zweiten 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Riesenstaat Indien, festzustellen. Während diese Konstellation den aktuellen Hauptkonkurrenten der Vereinigten Staaten von Amerika – China – stärkt, könnten die USA langfristig eventuell nur noch auf die in ihrer Stabilität durch überhöhte Energiepreise selbst geschwächten europäischen Verbündeten und weitere Staaten des globalen Westens hoffen, deren

¹¹ Manfred Backerra (vgl. 2022, S. 46), Oberst a. D. und ehemaliger Chefdozent des Militärischen Nachrichtenswesens der Führungsakademie der Bundeswehr, betont, dass der Ukraine-Krieg ohne besondere Aufmerksamkeit des Westens in den acht Jahren vor 2022 schon 14.000 Opfer gekostet hatte, vor allem durch Beschuss der ukrainischen Armee gegen die beiden östlichen Volksrepubliken, die sich unabhängig erklärt hatten.

¹² Die NATO (2022, S. 6) problematisiert in ihrem neuesten „strategic concept“ Chinas Herausfordern – in Allianz mit Russland – der westlichen „Interessen, Sicherheit und Werte“ und warnt vor einer „deepening strategic partnership between the People’s Republic of China and the Russian Federation“ als Versuch, die internationale regelbasierte Ordnung zu untergraben („undercut“; ebd.).

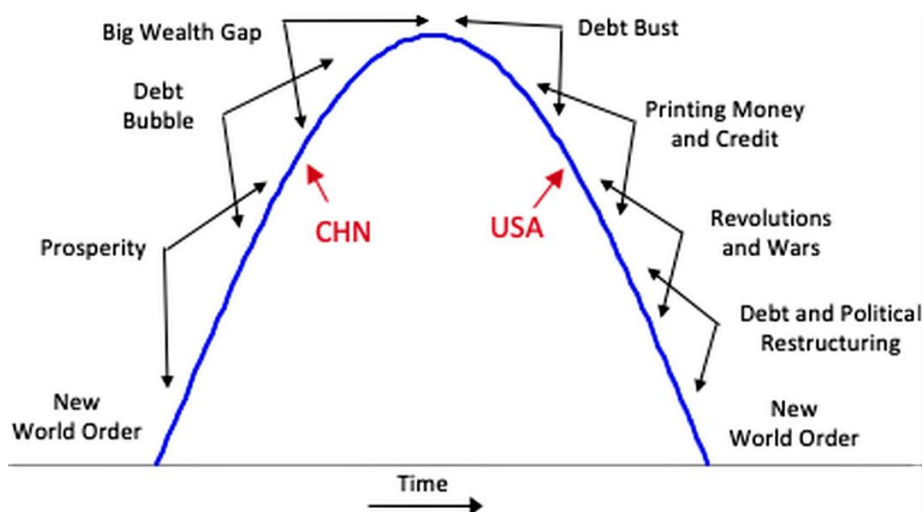
Wachstumspotenzial – anders als bei China, Indien und Russland – jedoch weitgehend ausgeschöpft scheint.



Quelle: Dalio 2020, S. 28

Abb. 8: Zyklus des Aufstiegs und Falls der größten Weltmächte von 1500 bis heute, geschätzt und indiziert nach größter jemals erreichter Hegemonialität (USA 1950)

Es könnte somit ein Kipppunkt nahen, an dem die alte Vorherrschaft der westlichen Staaten, die das bisherige internationale Finanz- und Wirtschaftssystem reguliert, kontrolliert und dominiert haben, ins Wanken gerät und jene Staaten die Kontrolle übernehmen, die sich sukzessive von einem historisch bedingten technologischen Rückstand zu einer High Tech-Führerschaft bewegen, aber im Unterschied zu Europa den harten Standortfaktor der Energie- und Rohstoffkontrolle auf ihr langfristiges geopolitisches Machtkonto verbuchen können.

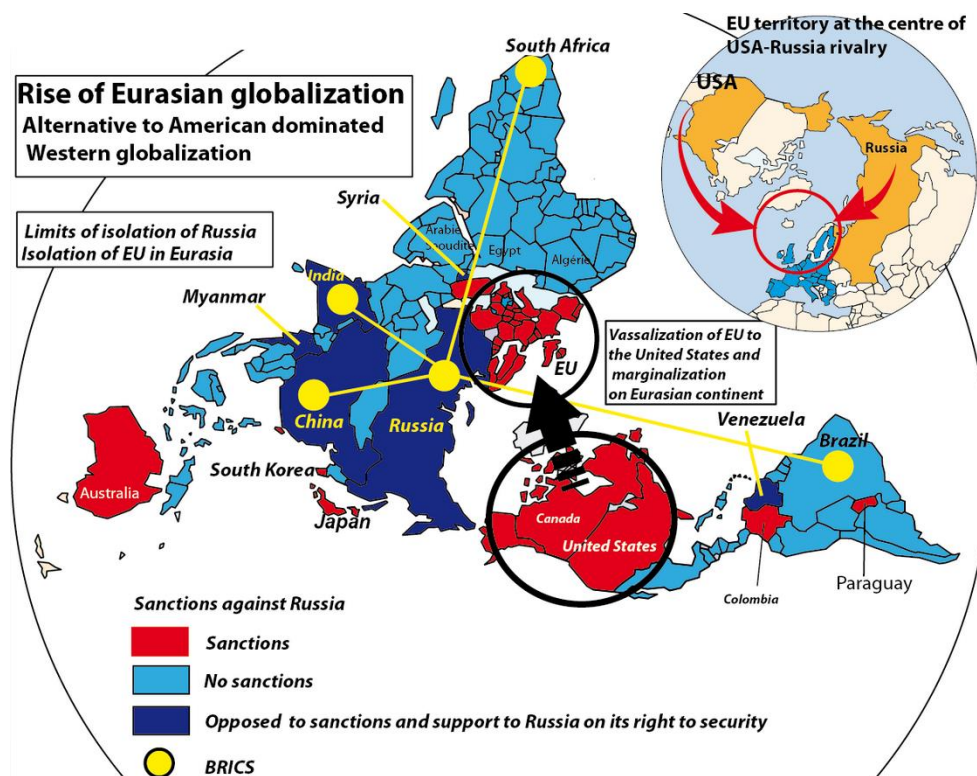


Quelle: Dalio 2020, S. 3

Abb. 9: Zyklusschema des Aufstiegs und Falls großer Weltmächte

Jahrzehntelang undenkbar, hat Saudi-Arabien direkt vor den richtungsweisenden Mid-Term Elections am 8. November 2022 dem Drängen Bidens auf eine Erhöhung der OPEC-Fördermenge für ein

Absenken des Ölpreises als politisch opportunes Wahlkampfgeschenk an die US-Bürger eine überraschend klare Absage erteilt (The New York Times, 25.10.2022). Escobar (2022a) erkennt in dieser diplomatischen Demütigung der USA, dass „OPEC+ de facto chose the BRICS/SCO path led by Russia-China“ und interpretiert sie als „soft‘ preamble for the end of the petrodollar“. Damit würde auch das nahende Ende der globalen US-Hegemonie eingeleitet werden. Auch aus dieser Perspektive schwindender Bündnistreue bisheriger westlicher Verbündeter lässt sich die These Dalios (2020) erhärten, dass sich die USA im „Big Cycle Behind Empires‘ Rises and Declines“ bereits im kaum umkehrbaren Abschwung befinden, während China seinen Aufstieg durch die in dieser Zyklus-Theorie relevanten Kriterien „Prosperity“, „Debt Bubble“ und „Big Wealth Gap“ ebenso klar erkennen lässt, wie die fortfolgenden Kapitel zeigen werden.



Quelle: Thomann 2022a

Abb. 10: Westlich dominiertes Russland-Sanktionsregime und die Gegenpole als Treiber einer eurasischen Globalisierung

Ein erfolgversprechender Weg für die USA zur Sicherung ihrer Vorherrschaft nach dem 20. auch im 21. Jahrhundert läge in einer zunehmend kompetitiven Welt theoretisch in einer Schwächung seiner Wettbewerber und auch Partner, einhergehend mit dem Abwerben von Kapital und Know-how zur Verfolgung und Fokussierung auf eigene Wachstumsinteressen. So hatte etwa der Ukraine-Krieg und die auf Druck der USA verhängten Russland-Sanktionen samt massiven Waffenlieferungen für den Kampf gegen Russland¹³ im Zusammenspiel mit russischen Gegensanktionen verheerende ökonomische Auswirkungen in erster Linie für die geographisch näher gelegenen und mit Russland enger verflochtenen europäischen Volkswirtschaften (vgl. Dieter 2022): „the Ukraine war is just one facet of the U.S.’s larger strategic duel with China, which will always take precedence over EU interests“ (Politico, 25.11.2022).

¹³ Uhle-Wettler (2022, S. 72) bezeichnet „grenzenlose Waffenlieferungen mit dem Verweis, keine Kriegspartei zu sein“ als „unsinnig und leichtfertig“. Für eine weitere gefährliche Eskalation zum Schaden Europas könnte die Entscheidung des Pentagon von Anfang Dezember 2022 sorgen, ukrainische Drohnenschläge auf russischem Territorium im Reichweitenradius von Moskau zu unterstützen (The Times, 09.12.2022).

Thomann (2022a; s. Abb. 10) sieht in weltweiter Perspektive anhand der durch die Russlandsanktionen erzwungenen Bipolarisierung der Welt eine „Vasallisierung“ Europas zur Unterstützung des US-Abwehrkampfes zum Einhegen der kooperierenden eurasischen Machtpole Russland und China. Er betont, dass die zwei bevölkerungsreichsten Staaten China und Indien die Sanktionspolitik gegen Russland offen ablehnen und bewusst unterlaufen. Auch die beiden anderen BRICS-Staaten, so wie fast alle Entwicklungs- und Schwellenländer weltweit, sind dem westlichen Sanktionsregime zumindest nicht gefolgt, um eigene Handels- und Kooperationsinteressen nicht zu gefährden.

Symptomatisch für den versteckten innerwestlichen Machtkampf, der sich hinter der offensichtlicheren US-China-Rivalität entfaltet, ist die europäische Gasversorgung: Die von den USA seit Jahren mit Wirtschaftssanktionen bekämpfte, Mitte 2021 fertiggestellte Erdgas-Pipeline Nord Stream 2 wurde auf „Anordnung“ Joe Bidens¹⁴ zunächst seitens Deutschlands – entgegen eigener Interessen – boykottiert und schließlich auf ominöse Weise gesprengt. Die ersatzweise Lieferung von Flüssiggas aus den USA geschieht – zur Verwunderung der Europäer – nicht unbedingt unter als fair empfundenen Bedingungen, sondern scheint als weiteres Instrument zur Bekämpfung des exorbitanten US-Handelsbilanzdefizits zu dienen, wie Binnenmarkt-Kommissar Thierry Breton feststellt (Politico, 24.11.2022): „The United States sells us its gas with a multiplier effect of four when it crosses the Atlantic“. Washington erwartet offensichtlich von den Europäern, dass sich diese unter Preisgabe ihrer eigenen strategischen Autonomie als sein wollende „Weltmacht“ (Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen, zit. in Europäische Kommission 2022c) bzw. „globale[] Führungsmacht“ (Europäisches Parlament 2021, S. 11) den USA in ihrem anti-chinesisch-russischen Abwehrkampf beim drohenden Führungswechsel an der Spitze des globalen geopolitischen Systems unterordnen.

Chinas Aufstieg aus dem Kolonialchaos zur ordnenden Weltmacht

Im krisengeplagten China des Jahres 1911 gelang es aus dem Ausland, vor allem aus Japan zurückkehrenden Studenten Dank wachsender Unterstützung der einheimischen Bevölkerung in der Xinhai-Revolution die von der ethnischen Minderheit der Mandschuren geführte und zunehmend unbeliebt gewordene „Fremddynastie“ (Noesselt 2016, S. 44) des Qing-Herrscherhauses zu stürzen und am 1. Januar 1912 die Republik China auszurufen. Mit der Abdankung des letzten Qing-Kaisers, des nur sechsjährigen Puyi am 12. Februar 1912 endete die über 2.100 Jahre währende Epoche des chinesischen Kaiserreichs. Der Gründer der 1912 etablierten Nationalen Volkspartei „Kuomintang“, Sun Yat-sen, ein anglikanischer Christ und zum Arzt ausgebildeter Bauernsohn, musste als provisorischer Präsident die Macht jedoch an General Yuan Shikai abgeben. Nach einer Episode äußerst autoritärer Herrschaft, sogar dem Verbot der Kuomintang und dem restauratorischen Versuch, sich 1915 selbst als Kaiser wieder einzusetzen (vgl. Noesselt 2016, S. 104), verstarb dieser 1916.

Sun Yat-sen konnte als Nachfolger seine republikanischen Ideen nach westlichem Vorbild nicht durchsetzen. Es kam zu einer „Phase der Fragmentierung“ (ebd.) und real lag die Macht in vielen Teilen des Landes bei lokalen Militärmachthabern, die sich ihre Herrschaftsbereiche teilweise schon seit der Taiping-Rebellion Mitte des 20. Jahrhunderts gesichert hatten. Japan nutzte im Wettlauf um Einfluss in China die Instabilität und unterstützte diverse regional herrschende Warlords (vgl. Baron & Yin-Baron 2020, S. 97). Die übrigen, weiterhin in China agierenden Fremdmächte Sowjetunion, USA, Frankreich und Großbritannien unterstützten ebenfalls jeweils unterschiedliche Warlords und

¹⁴ Bidens autoritäre Äußerung im Beisein des Bundeskanzlers des souveränen NATO-Partners Deutschland vor der Eskalation des Ukraine-Kriegs erregte international Aufsehen (Forbes, 07.02.2022): „there will be no longer a Nord Stream 2“.

Generäle. Waffenlieferungen wurden zu einem lukrativen Geschäft und das verarmte und krisen-gebeutelte China zeitweise zum weltgrößten Waffenimporteure (vgl. Rupold 2020, S. 40).

Wie der Friedensvertrag von Versailles offenbarte, hatten die europäischen Siegermächte des Ersten Weltkriegs offenbar weiterhin Interesse an der geopolitischen Schwächung Chinas. Denn obwohl die chinesische Republik 1917 aufseiten der Alliierten in den Krieg eingetreten war und 200.000 Chinesen in Frankreich halfen, an der Front gegen das Deutsche Kaiserreich Schützengräben auszuheben, bekam nicht China die vom deutschen Kaiserreich fremdbesetzte Kolonie (Pachtgebiet und Flottenstützpunkt) Kiautschou bzw. Qingdao in der ostchinesischen Provinz Shandong zurück, sondern sie wurde dem mit China verfeindeten Japan zugesprochen (vgl. Baron & Yin-Baron 2020, S. 97). Die ostasiatische Kolonialmacht hatte schon 1895, nach dem Ersten Japanisch-Chinesischen Krieg, das über 212 Jahre lang China zugehörige Taiwan besetzt und kolonialisiert.

Aus dieser bitteren Enttäuschung und erneuten Demütigung durch die westeuropäischen Siegermächte des Ersten Weltkriegs entstand die Bewegung des 4. Mai. An diesem Tag im Jahr 1919 demonstrierten Studenten auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Beijing gegen die empfundene Ungerechtigkeit von Versailles (vgl. Noesselt 2016, S. 33) und setzten den „Startschuss für die Radikalisierung der Modernisierer und ihre Hinwendung zum Sozialismus“ (Baron & Yin-Baron 2020, S. 98). In der Folge wurde 1921 die Kommunistische Partei Chinas (KPC) mit anfangs 53 Parteimitgliedern gegründet. Der Gründungskongress war von der „Kommunistischen Internationalen“ (Komintern) aus Moskau finanziell unterstützt worden. Um die Bedeutung der jungen KPC zu steigern, unterstützte die Sowjetunion 1923 die Bildung der „Ersten Einheitsfront“ zwischen den Kommunisten der KPC und den Nationalisten der Kuomintang, die bei gemeinsamen Feldzügen gegen Warlords einige militärische Erfolge erzielte (vgl. Rupold 2020, S. 41).

Chiang Kai-shek übernahm nach dem Tod Sun Yat-sens 1925 die Kontrolle der regierenden Kuomintang und damit auch die politische Führung im weiterhin von Chaos gezeichneten China. Chiang Kai-shek war als junger Mann Mitglied des mächtigen Drogenkartells und Gangstersyndikats „Grüne Bande“ in Shanghai gewesen. Er heiratete die in den USA ausgebildete evangelische Christin Soong Mailing aus einer der reichsten Familien Shanghais und trat selbst zum Christentum über. Einerseits genoss Chiang Kai-shek die Unterstützung des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt, andererseits paktierte er „mit den durch Schmuggel reich gewordenen Bankern seiner Geburtsstadt Ningbo und kassiert[e] von ihnen Schutzgeld“ (Baron & Yin-Baron 2020, S. 99). Als es Chiang Kai-shek 1927 gelang, statt von der Sowjetunion ausreichend finanzielle Unterstützung von Industriellen aus Shanghai und Nanjing zu mobilisieren, kündigte er die „Erste Einheitsfront“ mit der KPC auf (vgl. Noesselt 2016, S. 105). Der Bruch markierte den Beginn des chinesischen Bürgerkriegs, der erst mit der Machtübernahme der Kommunisten und der Ausrufung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 enden sollte. Bei der 1927 einsetzenden Verfolgung kamen Tausende Kommunisten um (den „Langen Marsch“ überlebten nur rund 10%; vgl. Elsner 2022, S. 155) und bis 1935 war die KPC „nahezu zur Bedeutungslosigkeit dezimiert“ (Baron & Yin-Baron 2020, S. 99), nachdem sie 1927 bereits 58.000 Mitglieder gehabt hatte.

China kam trotz des 1928 von der Kuomintang-Regierung formal ausgerufenen geeinten Staates nicht zur Ruhe: 1929 verlor es Gebiete im Norden an die Sowjetunion und britische Truppen starteten Eroberungsversuche im Süden Chinas (vgl. Rupold 2020, S. 42). 1932 erklärte die Mandschurei im Norden die Unabhängigkeit und wurde unter dem 1912 abgesetzten, mittlerweile 26-jährigen Kaiser Puyi zum 1937 von Hitler-Deutschland anerkannten „Marionettenstaat“ Mandschukuo der Japaner (Noesselt 2016, S. 105). Der gemeinsame Feind von außen, das „faschistische Japan“ (Elsner 2022, S. 155), brachte die beiden sich im chinesischen Bürgerkrieg ab 1927 bekämpfenden Parteien zur Bildung der „Zweiten Einheitsfront“: Der erneute Angriff der Japaner auf China 1937, der zum

Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieg führte, kann als kaum beachteter eigentlicher Beginn des Zweiten Weltkriegs gewertet werden (vgl. ebd.).

Die Zweite Einheitsfront glich eher einem Stillhalteabkommen und einem brüchigen Waffenstillstand im innerchinesischen Kampf um die Vorherrschaft zwischen der regierenden Kuomintang und der KPC. Die anfangs noch um den Faktor 1:60 schwächere KPC-Streitkraft „reduzierte [...] ihre Kriegsbeteiligung auf das Nötigste“ (Rupold 2020, S. 43) und die KPC-Strategen „nutzten den Kampf gegen die japanischen Invasoren [...] geschickt, um sich als die besseren Patrioten zu zeigen“ (Baron & Yin-Baron 2020, S. 99). Rund 1,1 Million Japaner und über 20 Millionen Chinesen, darunter mehr als 17 Millionen Zivilisten, verloren durch die seitens der Japaner besonders grausam geführten (vgl. Elsner 2022, S. 80 und Kronauer 2019, S. 21), in China als „Widerstandskrieg“ oder „Anti-japanischer Krieg“ bezeichneten Kämpfe, bei denen große Teile Ostchinas besetzt und zerstört wurden, ihr Leben. Der Zweite Japanisch-Chinesische Krieg endete erst mit der Weltkriegskapitulation Japans am 9. September 1945. Trotz der hohen Verluste und immensen Schäden auf chinesischer Seite verzichtete China 1972 völkerrechtsverbindlich auf jegliche japanische Reparationszahlungen.

Nach dem Zerbrechen der „Zweiten Einheitsfront“ Anfang 1946 erkannte die Sowjetunion die Kuomintang-Regierung in Beijing auf Wunsch der Alliierten zwar offiziell an, unterstützte aber unter höchster Geheimhaltung die KPC weiter, die schließlich die Kuomintang-Regierung bezwang und den insgesamt 22 Jahre währenden chinesischen Bürgerkrieg um die politische Vorherrschaft in China für sich entschied. KPC-Führer Mao Zedong rief am 1. Oktober 1949 die Volksrepublik China aus und einte somit das Riesenreich als souveräne Nation erstmals seit über 100 Jahren. Die KPC hatte aufgrund der allgemeinen Not im Land vor allem bei der besonders vernachlässigten ländlichen Bevölkerung im Landesinnern großen Zulauf erhalten. Die Kuomintang hatten sich von einer anfangs „bürgerlichen Partei zu einer Terrororganisation gegen die Bauern“ (Elsner 2022, S. 155) wegen deren Unterstützung der politischen Konkurrenz entwickelt. Diese Wandlung geschah im Zuge des Kampfes gegen die Kommunisten und gegen ihre rasch wachsende bäuerliche Anhängerschaft „in Kooperation mit den acht westlichen Kolonial- und Interventionsstaaten, unterstützt von den Mussolini-Faschisten“ (ebd.).

Im späteren Verlauf des Bürgerkriegs waren selbst die „von dem korrupten und verderbten Regime“ der Kuomintang unter Chiang Kai-shek „angeekelt[en]“ (Baron & Yin-Baron 2020, S. 100) intellektuellen Eliten Chinas zu den Kommunisten übergelaufen. Nach Maos Sieg ergriffen die Kuomintang-Nationalisten mit ihren Unterstützern und 500.000 Soldaten, insgesamt 2,5 Millionen Menschen (vgl. Statista, 13.01.2021), unter der Führung von Chiang Kai-shek die Flucht nach Taiwan. Sie sicherten sich die erst drei Jahre zuvor aus japanischer Kolonialherrschaft an die Republik China zurückgegebene Insel mit ihren zuvor schon über 90% Han-chinesischen Einwohnern als Herrschaftsbereich.

Die Verfassung von 1946 der früheren, auch Festland-China umfassenden Republik China bestand ohne den Geltungsbereich der neu ausgerufenen Volksrepublik fort und behielt bis in die 1970er Jahre ihre internationale Anerkennung samt dem Alleinvertretungsanspruch für Gesamt-China (vgl. Noesselt 2016, S. 106). Die vielen Wissenschaftler, Ingenieure und Intellektuellen der gesellschaftlichen Elite, die bei Ausrufung der Volksrepublik vom kommunistischen Festlandchina nach Taiwan geflohen waren, stellten als wertvolles Humankapital einen entscheidenden Faktor dar für den rasanten ökonomischen Aufstieg vom rückständigen, gerade erst entkolonialisierten Agrarland

über eine militärgestützte Entwicklungsdiktatur zur liberalsten Demokratie Asiens¹⁵ und einem der technologisch führenden Industriezentren der Welt.

In der Volksrepublik China hingegen startete „Maos Maschinerie der ideologischen Indoktrination“ (Baron & Yin-Baron 2020, S. 100) gegen die sogenannten „Vier Alten“, die „alte Kultur, die alten Sitten, Gewohnheiten und Ideen“ (ebd., S. 100f.). Die feudalistische Gesellschaftsordnung aus dem Kaiserreich sollte in einer Bodenreformkampagne umgeformt werden: Wer sich der Landenteignung und Umverteilung an land- und mittellose Bauern in den Weg stellte, wurde zum Tode verurteilt (vgl. Rupold 2020, S. 49f.). Das kommunistische Regime stand zugleich unter enormem Druck, die darbende Bevölkerung von mittlerweile über 580 Millionen Menschen zu versorgen. Das kaufkraftbereinigte BIP lag 1952 sogar unterhalb des Wertes von 1700 (vgl. Maddison 2007, zit. in Kronauer 2019, S. 21) und der Anteil am weltweiten BIP trotz eines Weltbevölkerungsanteils von 22,5% bei nur 4,6% (1820 lag es noch bei fast einem Drittel; vgl. ebd.).

Die in China zu dieser Zeit herrschende Lebenserwartung von nur 38 Jahren und eine Säuglingssterblichkeit von weit über 20% (vgl. Banister 1987, zit. in Kronauer 2019, S. 21) sind trauriger Ausdruck der humanitären Notlage, in der sich das Land nach 22 Jahren Bürgerkrieg, nach dem für China äußerst verlustreichen und zerstörerischen Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieg und nach dem Ende des Jahrhunderts kolonialer Demütigungen befand. In den 1950er Jahren gelang Maos Regierung zunächst eine weitgehende Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Soziale Sicherungssysteme wurden etabliert, die Landwirtschaft und Industrie befanden sich im Aufschwung und eine stabile Verwaltungsstruktur wurde aufgebaut. Das aus Trümmern wiedererstehende Land und seine Gesellschaft hegten zunehmende Sympathien für die KPC. Diese begann die Gesellschaft nach dem kommunistischen Leitbild umzuformen und im gesamten Bildungswesen auf eine sozialistische Denkweise zu trimmen (vgl. Rupold 2020, S. 49).

Maos 1958 bis 1961 durchgeführte Kampagne „Großer Sprung nach vorne“ sollte „das Agrarland China über Nacht zum Industriestaat“ (Baron & Yin-Baron 2020, S. 100) machen. Das Ziel des 1953 lancierten ersten „Fünf-Jahres-Plans“ der Förderung der Schwerindustrie, unter dem bereits eine Kampagne der Verstaatlichung kleiner Unternehmen durchgeführt worden war, sollte radikal fortgesetzt werden (vgl. Rupold 2020, S. 50). Die Wirtschaftsstruktur hatte 1952 noch eine starke Fokussierung auf die Landwirtschaft mit einem Anteil von 59,7% des BIP gezeigt, während die Industrie nur 8,3% zur Wirtschaftsleistung beitrug (vgl. Kronauer 2019, S. 21). Doch während beim „Großen Sprung“ nun unzureichend qualifizierte Bauern primitive Schmelzöfen bauen und bedienen sollten, verkam die Ernte auf den vernachlässigten und von einer Heuschreckenplage heimgesuchten Feldern. Weil die örtlichen kommunistischen Politkommissare geschönte Erntezahlen zur Zufriedenstellung der höheren Verwaltungsstellen weitermelden, blieben die vollen staatlichen Getreidespeicher für das hungernde Volk tragischerweise geschlossen. Zeitgleich lieferte die Regierung sieben Millionen Tonnen Getreide an die Sowjetunion um damit Waffenkäufe zu bezahlen, während zwischen 1959 und 1961 bis zu 45 Millionen Menschen an den Folgen der Unterernährung starben (vgl. Baron & Yin-Baron 2020, S. 102 und Rupold 2020, S. 54).

„Maos Barbarei am kulturellen Erbe“ (ebd.) der alten Hochkultur China erreichte ihren Höhepunkt schließlich mit der „großen proletarischen Kulturrevolution“ von 1966 bis 1976. Zunächst erntete Mao gesellschaftlichen Zuspruch für die Kampagne, da in ihrem Zuge auch die bereits weit verbreitete Korruption in der KPC beendet werden sollte (vgl. Rupold 2020, S. 54). Nur ein Viertel der Funktionäre behielt ihren Posten. Die durch marxistischen Klassenkampf angestrebte radikale

¹⁵ Im Democracy Index 2021 der mit der britischen Wochenzeitung Economist verbundenen „Economist Intelligence Unit“ lag Taiwan weltweit auf Rang 8 noch vor der Schweiz auf Platz 9 und deutlich vor Deutschland an 15., USA an 24. und China an 148. Stelle von 167 bewerteten Staaten weltweit (vgl. Taipei Times, 12.02.2022).

kommunistische Umformung der Gesellschaft ging einher mit massenhafter, systematischer und entfesselter Gewalt gegen die „Konterrevolutionäre“ oder „Landesverräter“ (Grosch 2022, S. 121) und die „als ‚Feinde des Volkes‘ diffamierten Gruppen der Intellektuellen und die führenden (kapitalistischen) Wirtschaftseliten“ (Noesselt 2016, S. 43).

Die Gewalt selbst gegen Eltern, Familienmitglieder und Lehrer führte für die damalige, in großen Teilen nach wie vor konfuzianisch geprägte Gesellschaft zu einem „moralischen Trauma, das bis heute nachwirkt“ (Baron & Yin-Baron 2020, S. 103). Während der Kulturrevolution kam es auch zum Versuch der „Gleichschaltung“ (Noesselt 2016, S. 44) der ethnischen Minderheiten, indem ihre Sprachen und Schriften sowie ihre Traditionen und Bräuche verboten und religiöse Kultstätten systematisch zerstört wurden. Die Berechnungen und Schätzungen der Zahl der Todesopfer der Kulturrevolution reichen von über 1,7 Millionen (KPC-Angaben von 1996) bis zu 20 Millionen (vgl. Chirot 1996, S. 198).

In Chinas internationalen Beziehungen sorgten Ende der 1950er Jahre zunehmende Spannungen mit der UdSSR zu einer außenpolitischen Emanzipation von der Sowjetunion (vgl. Elsner 2022, S. 156; Grosch 2022, S. 120 und Kronauer 2019, S. 22) und für eine vorsichtige diplomatische Öffnung Chinas gen Westen. Einher ging damit ein verstärktes Interesse der USA und auch Deutschlands an dem Riesenreich als vielversprechendem Zukunftsmarkt und auch als Partner im Eindämmen des Einflusses der Sowjetunion in der noch bipolaren Welt des Kalten Krieges. So empfing Mao – nach einem Geheimbesuch Henry Kissingers auf Vermittlung Pakistans 1971 – im Jahr 1972¹⁶ zunächst US-Präsident Richard Nixon, dann 1975 Franz-Josef Strauß und schließlich Bundeskanzler Helmut Schmidt. Doch erst mit dem Tod Mao Zedongs 1976, dem „Zerstörer des traditionellen China“ (Grosch 2022, S. 120), endete die „Ära der Massenbewegungen, des Kultur- und Klassenkampfes“ (Baron & Yin-Baron 2020, S. 103).

Chinas Aufstieg zur globalen Wirtschaftsmacht

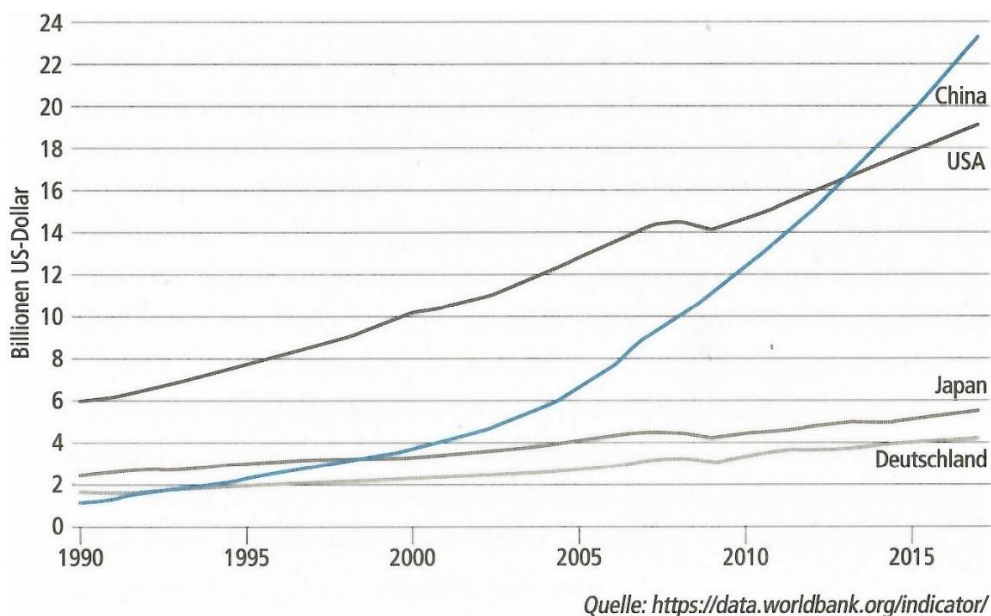
Mit seinem Nachfolger Deng Xiaoping endete die isolationistische Phase Chinas und die KPC machte 1978 den Weg frei für eine neue Ära der „Reform und Öffnung“ (Elsner 2022, S. 156). Der vollzogene Kurswechsel unter Deng Xiaoping lässt sich zusammenfassen als Übergang von der „E r z i e h u n g s diktatur“ Maos zu einer „E n t w i c k l u n g s diktatur“ Deng Xiaopings (Hervorhebung im Original; Baron & Yin-Baron 2020, S. 104) und seiner Nachfolger. Der durch das „autoritäre Ein-Parteien-System staatlich gelenkte[] Kapitalismus“ (ebd.) konnte sich dabei auf die Vorbilder der zuvor schon ökonomisch besonders erfolgreichen, seinerzeit autoritär regierten „Tigerstaaten“ Taiwan, Südkorea und Singapur berufen. Auch in China existierte im Verborgenen bereits eine bemerkenswerte wissenschaftliche und technologische Grundlage für den Aufschwung: So war China bereits 1970 – also Mitten im Chaos der Kulturrevolution und nur zwölf Jahre nach den USA – in der Lage, den ersten Satelliten ins Weltall zu transportieren (vgl. Spektrum, 18.10.2017).

Die von der KPC unter Deng Xiaoping 1978 programmatisch festgeschriebenen „Vier Modernisierungen“ sollten auf die Bereiche Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technologie sowie das Militär abzielen. Reformen im Bereich der privaten Wirtschaftstätigkeit schufen die Grundlagen für eine „sozialistische Marktwirtschaft“ (Grosch 2022, S. 122 und Rupold 2020, S. 56). Die Umsetzung

¹⁶ Dies ist zugleich das Jahr der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und China.

erfolgte zunächst räumlich fokussiert in vier Sonderwirtschaftszonen¹⁷, die an der südöstlichen Küste Chinas eingerichtet wurden. Ziel war es, ausländische Direktinvestitionen („Foreign Direct Investment“ – FDI) unter nur in diesen Zonen geltenden Freiheiten und Sonderbedingungen anzulocken. Diese sollten neben Investoren-Interessen zugleich auch chinesische Interessen in den Mittelpunkt stellen (vgl. Kronauer 2019, S. 22). Shantou, Shenzhen, Xiamen und Zhuhai bildeten den Anfang, 1984 folgten 14 weitere Sonderwirtschaftszonen in Städten entlang der Pazifikküste.

Zu Beginn warb die Regierung besonders erfolgreich Investitionen reicher Überseechinesen ein. Sie machten in den Anfangsjahren der Öffnung bis 1992 noch 80% aller Auslandsinvestitionen in China aus, 68,3% allein aus Hongkong, gegenüber nur 4,6% aus den USA (vgl. Baron & Yin-Baron 2020, S. 106 und Huntington 1996, S. 273): „Die Kombination aus wachsender wirtschaftlicher Macht und gemeinsamer chinesischer Kultur führte Hongkong, Taiwan und Singapur zunehmend dazu, sich in der chinesischen Heimat zu engagieren“ (ebd., S. 277). Barnett (vgl. 2005, S. 228) betont, dass in den letzten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts generell überwiegend innerasiatische ausländische Direktinvestitionen zum Wirtschaftsboom in Ost- und Südostasien geführt hatten und insgesamt nur rund ein Viertel der Finanzströme aus den USA und Europa stammten.



Quelle: Otte 2020, S. 77

Abb. 11: Bruttoinlandsprodukt (BIP) führender Staaten bei Kaufkraftparität in Billionen US-Dollar von 1990 bis 2017

Der Beginn ausländischer Investitionstätigkeit im sich neu öffnenden China wies dem Land mit seiner noch grassierenden Armut (die ländliche Armutsquote lag 1978 noch bei 97,5%; vgl. Kronauer 2019, S. 25) und daher sehr niedrigen Löhnen¹⁸ sowie niedrigsten Umweltstandards zunächst die Rolle als „verlängerte Werkbank“ der Welt zu. China siedelte vor allem die „ausgelagerte[] westliche[] ‚Billig- und Dreckig‘-Produktion“ an (Elsner 2022, S. 156). Das erzielte Wachstums- und auch Entwicklungstempo war rasant: Die Spitzenwerte des jährlichen Wirtschaftswachstums erreichten 1984 bereits

¹⁷ Zum Konzept der „Special Economic Zones“ oder „Sonderwirtschaftszonen“ sowie zu ihrer Verbreitung in Entwicklungs- und Schwellenländern vgl. UNCTAD (2019).

¹⁸ Der US-Automobilzulieferer Delphi musste chinesischen Mitarbeitern um die Jahrtausendwende nur 20 Cent pro Stunde bezahlen, also deutlich weniger als seinen mexikanischen Arbeitern mit 50 Cent pro Stunde (vgl. Sieren 2013, S. 101).

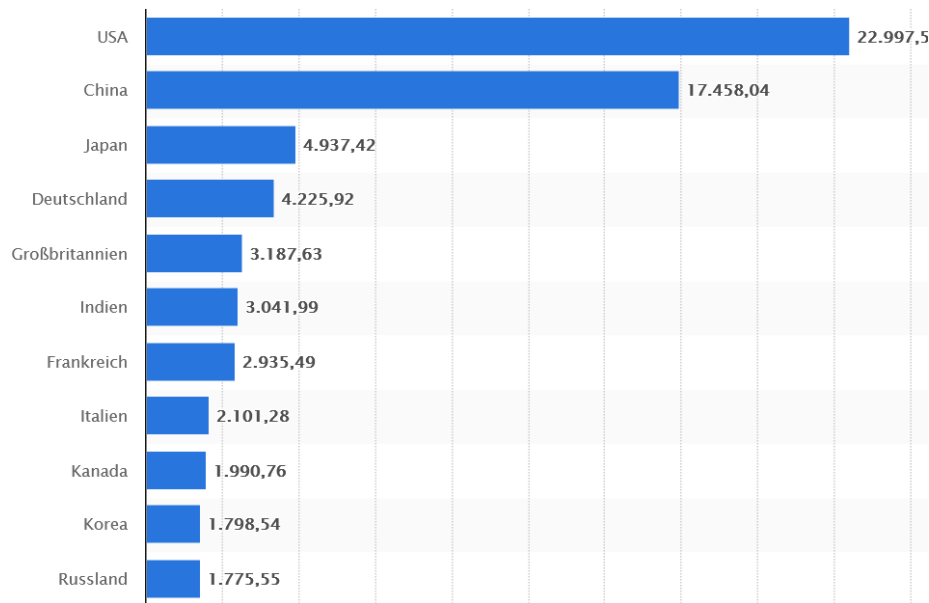
15,2% und auch 1992 und 2007 erneut – dann aber bereits auf einem viel höheren Sockel – beeindruckende 14,2% (vgl. Kronauer 2019, S. 23).

Mit dem rasanten Wirtschaftsaufschwung und der zunehmenden Qualifizierung der chinesischen Fachkräfte stiegen auch die Löhne. Während in China zum Rekordtief im Juni 2000 nur 83 US-Dollar Monatslohn bezahlt worden waren, stieg das Monatseinkommen bis 2021 auf 1.393 Dollar an (vgl. CEIC Data 2022). Damit überstiegen die Löhne bereits das Niveau einzelner osteuropäischer EU-Staaten. Allerdings sanken auch die jährlichen Wachstumsraten der chinesischen Wirtschaft zwischen 2012 und 2019 von knapp acht auf ca. sechs Prozent. Das schwache Lockdown-Jahr 2020 verzeichnete mit 2,2% ein historisch niedriges Wachstum. Es wurde zwar mit 8,1% Zuwachs 2021 ausgeglichen, scheint sich aber 2022 wieder auf 3,2% abzusenken und Prognosen zufolge in den kommenden fünf Jahren zwischen „nur“ vier bis fünf Prozent – also deutlich über dem Wachstumsniveau der westlichen Industrieländer – einzupegeln (vgl. Statista, 11.11.2022a).

Auch bezüglich der Wirtschaftsstruktur bewegte sich China im Laufe des Reform- und Industrialisierungsprozesses vom klassischen Agrarland Mitte des 20. Jahrhunderts ausgehend, auf den Status einer modernen Industrie- und zunehmend auch Dienstleistungsgesellschaft zu: Auf die Landwirtschaft entfielen 2021 nur noch 7,3% des BIP, auf die Industrie 39,4% (Deutschland 30,7%) und auf den Dienstleistungssektor bereits 53,3% (vgl. Statista, 05.07.2022).

Während 1980 die amerikanische Volkswirtschaft noch die siebenfache Größe der chinesischen erreichte, zog China bei der kaufkraftbereinigten Wirtschaftskraft bereits 2013 an den USA vorbei (s. Abb. 11; vgl. Otte 2020, S. 76). Die chinesische Industrie kam nach dem erfolgreichen Jahrzehnt der Öffnung der 1980er Jahre im Jahr 1990 nur auf einen Anteil von 2,7% der Weltproduktion (vgl. Sommer 2022, S. 64). Der Anteil wuchs allerdings – 2010 die USA auf Platz 2 verweisend – bis 2013 auf bereits 20,8% und bis 2017 auf 27% an (vgl. China Internet Information Center, 15.07.2019). Nimmt man die frühe Volksrepublik China im Jahr 1952 als Vergleichsbasis, so war die Industrieproduktion des Landes bis 2018 bereits um das 970-fache angewachsen (vgl. ebd.).

Nicht mehr allein in Low-Tech-Bereichen wie der Bekleidungsindustrie hat China seine weltweit führende Stellung gefestigt. Das Land produzierte bereits 2018 rund 90% aller LED-Lampen der Welt, 80% aller Computer (300 Millionen Stück pro Jahr), Klimaanlage und Photovoltaikmodule, 70% aller LED-Fernseher und Smartphones (zwei Milliarden jährlich) und fast 50% des gesamten Stahls der Welt. Mit einem Viertel der weltweiten Auto- und Nutzfahrzeugproduktion ist China außerdem größter Autoproduzent. Mit 28,1 Millionen im Jahr 2018 im Land verkauften Fahrzeugen ist China zugleich der weltgrößte Automarkt. Er ist doppelt so groß wie der der 27 EU-Mitgliedstaaten in Summe und blickt auf viel höhere Wachstumsprognosen als alle anderen, weitgehend gesättigten Märkte der klassischen Industrienationen (prognostiziert wird ein Absatz von 34,5 Millionen Fahrzeugen bis 2025; vgl. Focus, 24.04.2018). Der deutsche Autokonzern VW (das Joint Venture Shanghai Volkswagen) erkannte diese Chancen früh, errichtete seit 1984 insgesamt 33 Werke mit rund 100.000 Mitarbeitern und produzierte 2019 bereits 4,5 Millionen Stück und damit 40% seiner gesamten Fahrzeuge weltweit allein in China (vgl. Sommer 2022, S. 70 u. 74f.).

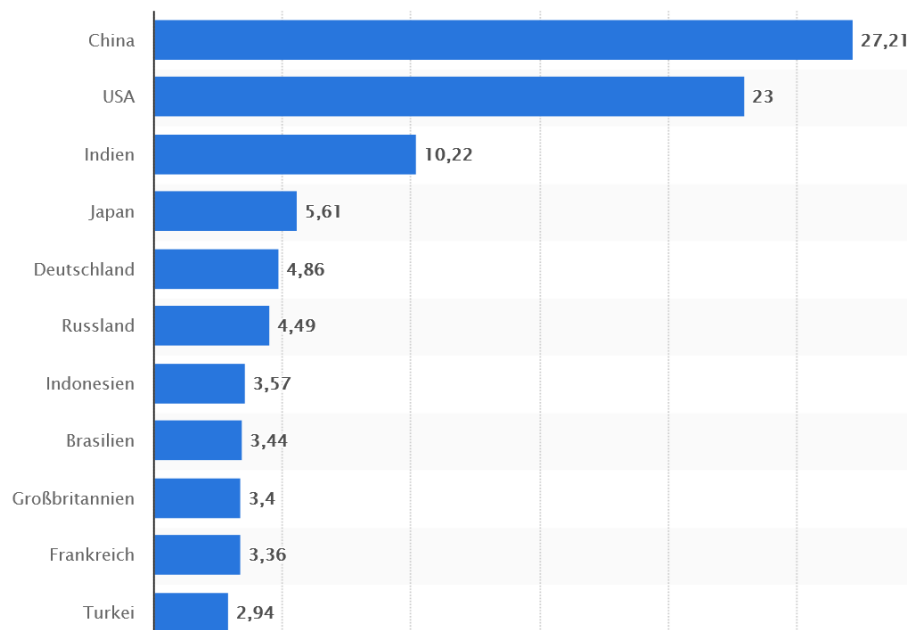


Quelle: Statista, 10.08.2022

Abb. 12: Die 11 Länder mit dem größten Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden US-Dollar 2021

Beim nominalen Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar ohne Kaufkraftbereinigung (ohne Berücksichtigung der zwischen USA und China nicht gegebenen „Purchasing Power Parity“ – PPP) lagen die USA im Jahr 2021 mit einem BIP von 23 Billionen US-Dollar weiterhin deutlich vor China mit knapp 17,5 Billionen (s. Abb. 12; vgl. Statista, 10.08.2022). Rund 60% des BIP in China wird mittlerweile von privatwirtschaftlichen Firmen erzielt (vgl. UNDP 2019, S. 36).

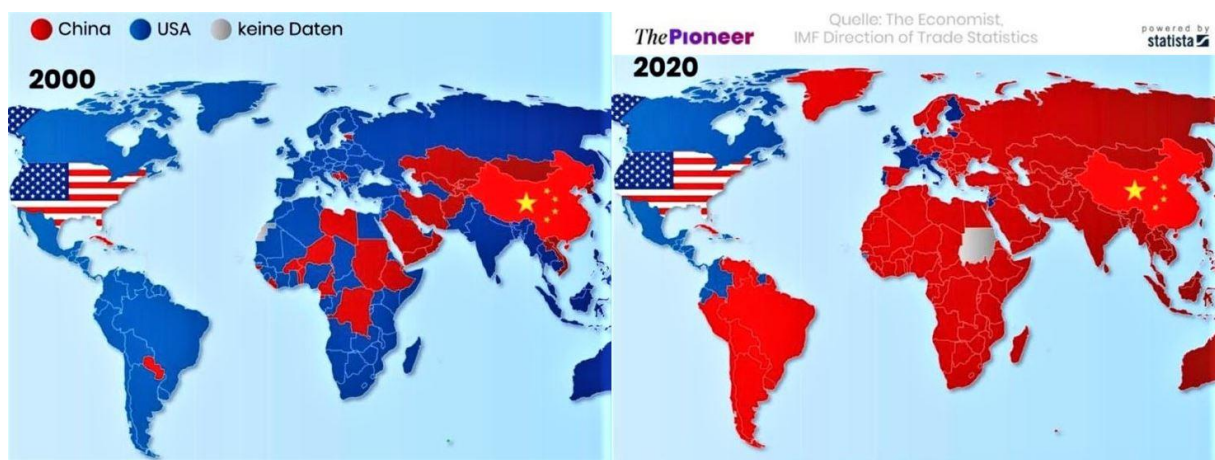
Besonders aussagekräftig für die vergleichende Bewertung des Volumens der erzielten Wirtschaftsleistung in Volkswirtschaften mit währungsbereinigt teilweise sehr unterschiedlichen Preisniveaus ist die Gegenüberstellung des kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukts (PPP-BIP). Bei diesem volkswirtschaftlichen Vergleichswert überholte China mit seinem Wirtschaftsvolumen in PPP-BIP die USA bereits 2013 (vgl. Otte 2020, S. 76f.), die 1945 noch von einem Anteil von über 40 bis 50% der Weltwirtschaftsleistung gestartet waren (vgl. Brzezinski 1997, S. 38). China lag beim PPP-BIP 2021 mit 27,21 Billionen US-Dollar bereits deutlich vor den Vereinigten Staaten mit 23 Billionen (s. Abb. 13; vgl. Statista, 09.08.2022). Die einzigen europäischen G7-Staaten, die es 2021 beim PPP-BIP noch unter die Top-10 schafften, sind auf Platz 5 Deutschland mit 4,86 Billionen US-Dollar in, auf Platz 9 Großbritannien mit 3,4 und auf Platz 10 Frankreich mit 3,36 Billionen (vgl. ebd.). Laut Weltbank stellte Chinas rasanter Aufschwung „die schnellste anhaltende Entwicklung einer größeren Wirtschaft in der Geschichte“ der Menschheit dar (World Bank Group 2018, zit. in Kronauer 2019, S. 23).



Quelle: Statista, 09.08.2022

Abb. 13: Die 11 Länder mit dem größten kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Milliarden US-Dollar 2021

Der Anteil Chinas am kaufkraftbereinigten weltweiten BIP erreichte 2021 erstmals wieder annähernd die historischen Werte Chinas in der Kaiserzeit, bevor das Land dem Jahrhundert der kolonialen Unterwerfung und verlustreichen Kriegen ausgesetzt war: Während die Weltbevölkerung 2021 von 7,88 Milliarden Menschen (vgl. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung 2021, S. 96) ein globales BIP von 96,29 Billionen US-Dollar erwirtschaftete (vgl. Statista, 20.09.2022), entfiel auf das im selben Jahr 1,44 Milliarden Einwohner zählende China (vgl. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung 2021, S. 97) nach fast zwei Jahrhunderten¹⁹ erstmals wieder ein leicht überproportional hoher Anteil von 18,6% des Welt-BIP (vgl. Statista, 11.11.2022b), bezogen auf den Weltbevölkerungsanteil von 18,3%. Prognostiziert wird bis 2027 ein weiterer Anstieg des Anteils Chinas am weltweiten kaufkraftbereinigten BIP auf knapp 20% (vgl. ebd.), bei heute schon sinkendem chinesischen Weltbevölkerungsanteil. In Langfristperspektive vertreten manche Wirtschaftsexperten die sicherlich gewagte These, dass China bis 2050 sogar 50% des PPP Welt-BIP erwirtschaften könnte (vgl. Sommer 2022, S. 65).

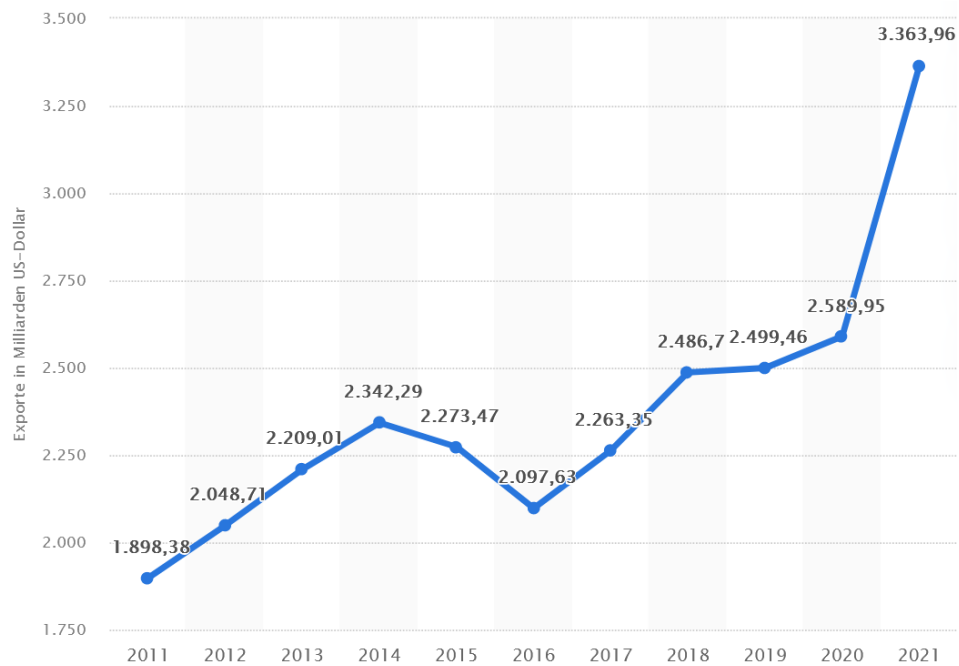


Quelle: The Economist, 17.07.2021

Abb. 14: Weltkarte der Staaten mit USA bzw. China als größtem Handelspartner in den Jahren 2000 und 2020

¹⁹ Zu Beginn des „Jahrhunderts der Demütigung“ mit dem Ersten Opiumkrieg ab 1839 hatte China im Jahr 1820 noch einen Anteil von 32,9% an der Weltwirtschaftsleistung (vgl. Kronauer 2019, S. 24).

Entsprechend dem rasanten Anwachsen der industriellen Produktionskapazitäten erhöhte sich auch Chinas Exportvolumen. Zu Beginn der Reformpolitik beliefen sich die Exporte Chinas 1980 auf überschaubare 18 Milliarden US-Dollar. Sie erreichten 1990 nach einer Verdreifachung 62 Milliarden und erzielten zur Jahrtausendwende eine nochmalige Vervielfachung auf 259 Milliarden (vgl. Chinability, 16.04.2010).

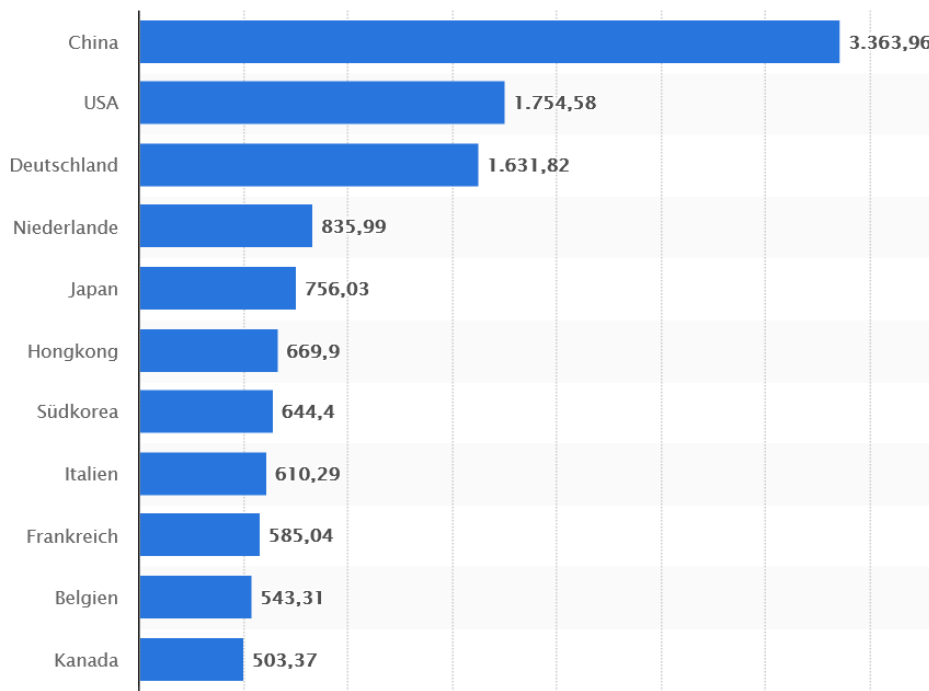


Quelle: Statista, 14.04.2022

Abb. 15: Entwicklung der Exporte der Volksrepublik China in Milliarden US-Dollar von 2011 bis 2021

Chinas Aufnahmeantrag in die 1994 aus dem General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) hervorgegangene World Trade Organization (WTO) war 1996 noch abgelehnt worden. Im Jahr 2001 wurde die Volksrepublik schließlich aufgenommen, genoss in der WTO die begünstigenden Konditionen eines Entwicklungslandes und konnte seinen Marktzugang weltweit deutlich verbessern. Mit dem WTO-Beitritt schnellte das Exportvolumen von 2000 bis 2011 um das fast Achtfache auf knapp 1,9 Billionen US-Dollar in die Höhe, um nach einem kurzzeitigen Rückgang 2015 und 2016 schließlich – trotz Corona-Lockdown-Krise – 2021 einen besonders markanten Sprung von 2,6 auf fast 3,4 Billionen US-Dollar zu vollziehen (s. Abb. 15; vgl. Statista, 14.04.2022). Viele Investoren beklagten sich aber zunehmend über mangelnde Öffnung und unfairen Wettbewerb auf dem chinesischen Markt (vgl. Mahbubani 2021, S. 48f.).

China etablierte sich im Zuge der Corona-Lockdown-Krise als unangefochtene Exportmacht. Mit einem Anteil am weltweiten Außenhandelsvolumen von 15,1% im Jahr 2021 (vgl. Statista, 20.09.2022) ließ China seinen weltweit stärksten Konkurrenten USA mit einem nur gut halb so großen Anteil von 7,9% und Deutschland – immerhin „Exportweltmeister“ bis 2009 (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2022) – mit 7,3% weit hinter sich (s. Abb. 16; vgl. Statista, 23.05.2022). Die bereits erreichte Vormachtstellung Chinas im Außenhandel zeigt auch auf der Weltkarte ihre Auswirkungen (s. Abb. 14). Für mittlerweile über 130 Staaten der Welt ist China der wichtigste Handelspartner (vgl. Diplomatisches Magazin, 01.11.2019 und Sommer 2022, S. 64). Damit verlagern sich schrittweise die Interdependenzen bzw. Abhängigkeiten als zentraler geoökonomischer Machtfaktor von West nach Ost und es gelingt China das Fundament für die Übernahme der Vormachtstellung im Welthandels- und längerfristig möglicherweise auch im Weltwirtschaftssystem vorzubereiten.

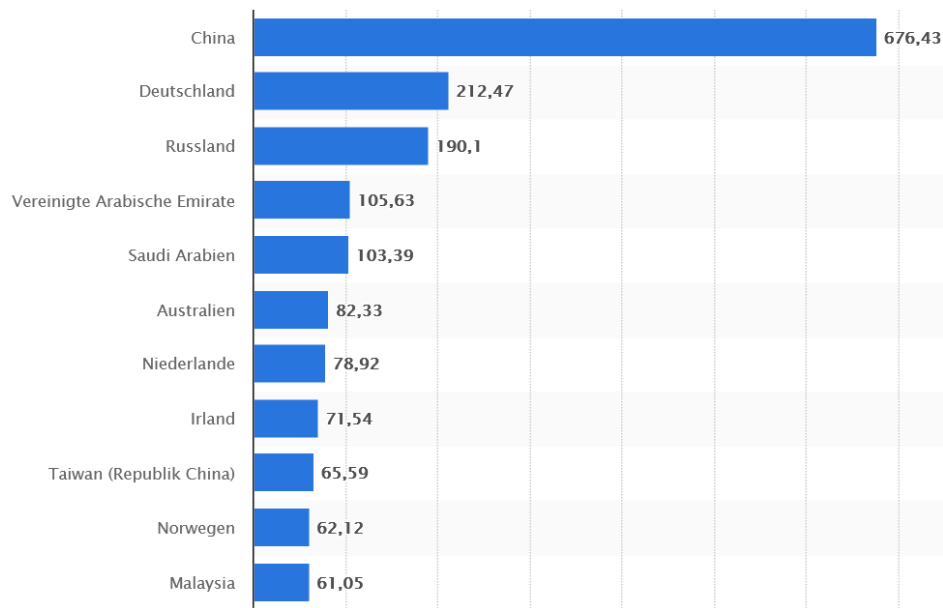


Quelle: Statista, 02.06.2022

Abb. 16: Die 11 Länder mit dem größten Exportvolumen in Milliarden US-Dollar im Jahr 2021

Während unter den Top-10 der Länder mit dem weltweit größten Exportvolumen immerhin noch fünf der G7-Staaten rangieren (s. Abb. 16), fallen alle G7-Staaten außer Deutschland bei der Bilanzierung von Exporten versus Importen aus der 2021er Liste der Top-10-Staaten mit dem größten Handelsbilanzüberschuss heraus (s. Abb. 17). Deutschlands Einbruch im Handelsbilanzüberschuss beginnt sich seit der Eskalation des Ukraine-Kriegs jedoch deutlich abzuzeichnen: Obwohl im 1. Halbjahr 2022 die Exporte um 13,4% gegenüber dem von Lockdown-Politik und Lieferketten-schwierigkeiten überschatteten Vorjahreszeitraum angewachsen waren, blieben vom deutschen Exportüberschuss im 1. Halbjahr 2021 in Höhe von 96,5 Milliarden Euro aufgrund gestiegener Importpreise für Energie und Rohstoffe nur noch 34,3 Milliarden Euro übrig, also nur 35% des Vorjahreswertes (vgl. Statistisches Bundesamt 2022c). Im Mai 2022 war die deutsche Handelsbilanz sogar erstmals seit der Weltfinanzkrise 2008 kurzzeitig ins Minus gerutscht (vgl. Business Insider Deutschland, 03.08.2022). Der Negativtrend wird sich fortsetzen und sogar verstärken, wenn in Deutschland ansässige Industriebetriebe wegen politisch bedingt dauerhaft überhöhter Energiekosten (Politik der „Energiewende“ und Russlandsanktionen) ihre Produktionsstandorte ins Ausland verlagern bzw. von dort verstärkt energieintensive Zulieferprodukte zukaufen müssen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

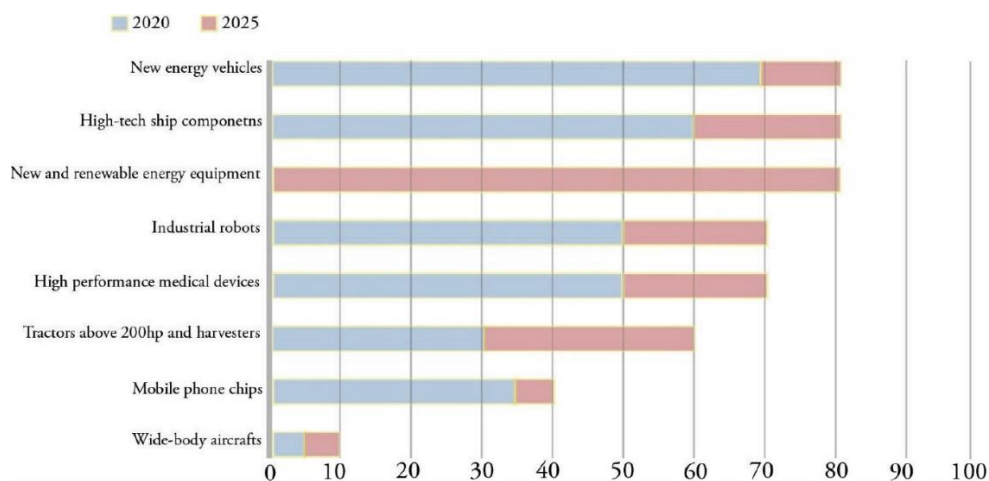
Jahrelang hat China durch den Joint Venture-Zwang für ausländische Investoren und auch durch umfangreiche Wirtschaftsspionage im Ausland (vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz 2021, S. 31ff) für einen konstanten Technologietransfer in die Volksrepublik gesorgt. Die schärfste öffentliche Opposition gegen diese Praktiken Chinas kam unter der Trump-Regierung aus den USA, die ein seit 2009 kontinuierlich wachsendes und bereits 2018 mit 419,3 Milliarden US-Dollar das mit Abstand größte Handelsbilanzdefizit mit China aufwies (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.05.2019). Premierminister Li Keqiang hatte 2015 die von westlichen Konkurrenten mit Sorge beobachtete, in Anlehnung an die High-Tech-Strategie 2020 („Industrie 4.0“) der Bundesregierung konzipierte Initiative „Made in China 2025“, verkündet (vgl. Institute for Security and Development Policy 2018).



Quelle: Statista, 09.05.2022

Abb. 17: Die 11 Länder mit dem größten Handelsbilanzüberschuss in Milliarden US-Dollar 2021

Sie soll das Land innerhalb von zehn Jahren bis 2025 technologisch noch weiter voranbringen und autonomer sowie unverwundbarer gegenüber externem politischen Druck und Schocks machen. Die zusammenfassende Bewertung des Verfassungsschutzes ist (Bundesamt für Verfassungsschutz 2021, S. 32): „„Made in China 2025“ zielt darauf ab, bis zum Jahr 2025 aus China die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt zu machen“. In zehn Schlüsselbereichen soll die auswärtige Technologie-Abhängigkeit Chinas durch den Ausbau eigener Innovationskompetenzen und Produktionskapazitäten reduziert (s. Abb. 18) und dem Verhaften des Landes in der – bei Schwellenländern ab einem gewissen Entwicklungsniveau drohenden – „Middle-Income Trap“ (Glawe & Wagner 2016) vorgebeugt werden. Informationstechnologie, Robotik, Luftfahrt, Schiffbau, Eisenbahn, Energieeffizienz, Energieerzeugung, innovative Materialien, Medizinapparate und Landmaschinen stehen im Fokus der Kampagne zur Steigerung der globalen Wettbewerbsfähigkeit und nationalen Autarkie (vgl. Institute for Security and Development Policy 2018, S. 2).

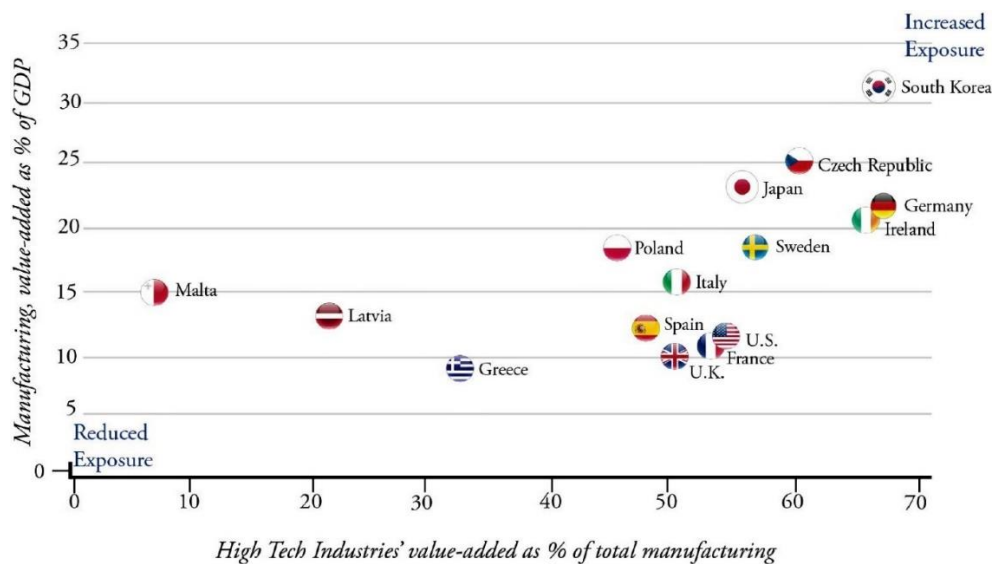


Quelle: Institute for Security and Development Policy 2018, S. 4

Abb. 18: Initiative „Made in China 2025“: Ziele für die nationale Marktdurchdringung mit chinesischen Produkten nach Bereichen bis 2020 und 2025 in %

Staaten mit einem hohen Anteil an produzierendem Gewerbe und zugleich an High-Tech-Industrie sind durch ihre jeweils spezifische Exportabhängigkeit vom riesigen chinesischen Markt tendenziell stärker betroffen von den Autarkiebestrebungen des Programms „Made in China 2025“ (s. Abb. 19;

vgl. Institute for Security and Development Policy 2018, S. 7). Die betroffenen Industrieunternehmen in den Staaten mit „increased exposure“, wie etwa Deutschland, das China 2021 bereits im sechsten Jahr in Folge als wichtigsten Handelspartner hatte (Statistisches Bundesamt 2022a), könnten mit verstärkten Standortverlagerungen nach China reagieren, um im Rahmen der Autarkiebestrebungen des Landes weiterhin im Geschäft zu bleiben.



Quelle: Institute for Security and Development Policy 2018, S. 7

Abb. 19: Vulnerabilität ausgewählter Industrienationen durch „Made in China 2025“ nach Industrie-Anteil am BIP in % (Y-Achse) und High-Tech-Anteil an nationaler Industrieproduktion in % (X-Achse)

China kann in der Technologieförderung auf bereits lange vor der „Made in China 2025“-Initiative gestartete, langfristige Programme zur Technologieförderung aufbauen wie die seit 2006 laufende Initiative „Strategic Emerging Industries“ zur stärkeren Positionierung Chinas im Bereich erneuerbare Energien und alternative Kraftstoffe (vgl. Institute for Security and Development Policy 2018, S. 2f.). Seit 2008 warb die chinesische Regierung zudem im Rahmen des „Tausend-Talente-Plans“ mit äußerst attraktiven Konditionen systematisch chinesisch-stämmige Wissenschaftler aus führenden Forschungseinrichtungen des Westens ab, einen „illegitimen Know-how-Abfluss“ (Bundesamt für Verfassungsschutz 2021, S. 33) nach China fördernd. Entscheidend für den Transfer technologischer Kompetenz in die chinesische Industrie waren zudem die von der Regierung unterstützten gezielten internationalen Firmenübernahmen, die sich 2005 bis 2016 in Deutschland auf 13,6 Milliarden US-Dollar (chinesischer FDI-Bestand in Deutschland von 2000 bis 2020: 24,8 Milliarden Euro; s. Abb. 21) und in den USA auf 135 Milliarden beliefen (vgl. Institute for Security and Development Policy 2018, S. 5).

Um den Umfang chinesischer ausländischer Direktinvestitionen (FDI) jenseits weit verbreiteter Panikmache in westlicher Politik und Medien einordnen zu können, ist ein Vergleich der kumulativen FDI-Bestände hilfreich: Der weltweite FDI-Bestand betrug 2020 seitens China in der Welt 2,4 Billionen US-Dollar, von den USA gingen 8,2 Billionen FDI aus und aus der EU stammende Investoren hatten ganze 13,1 Billionen US-Dollar, also das über 5-fache des chinesischen FDI-Bestands, in der Welt investiert (vgl. Brown, Gunter & Zenglein 2021, S. 7). Seit Beginn der Präsidentschaft Xi Jinpings 2013 schnellten die chinesischen FDI in der EU und Großbritannien in Fortsetzung der 1999 beschlossenen „Going Out“ bzw. „Going Global“-Strategie zur Förderung chinesischer Auslandsinvestitionen zunächst exponentiell in die Höhe. Ausgelöst durch den strategischen Kurswechsel der „Made in China 2025“-Initiative reduzierten sich diese jedoch rasch wieder – bereits vor dem Lockdown-Krisenjahr 2020 (s.

Abb. 20). Kratz, Zenglein & Sebastian (vgl. ebd., S. 11) zufolge nahm der staatliche Anteil²⁰ der chinesischen FDI, die in die EU und nach Großbritannien flossen, von 83 bzw. 87% in 2011/12 auf nur noch 11 bzw. 18% in 2019/20 ab.

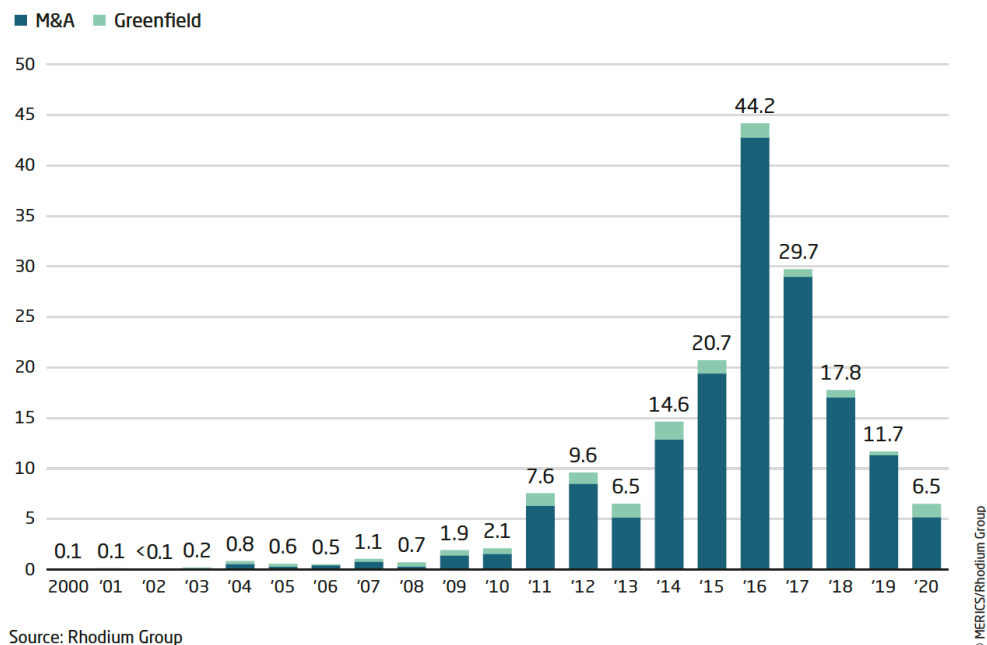


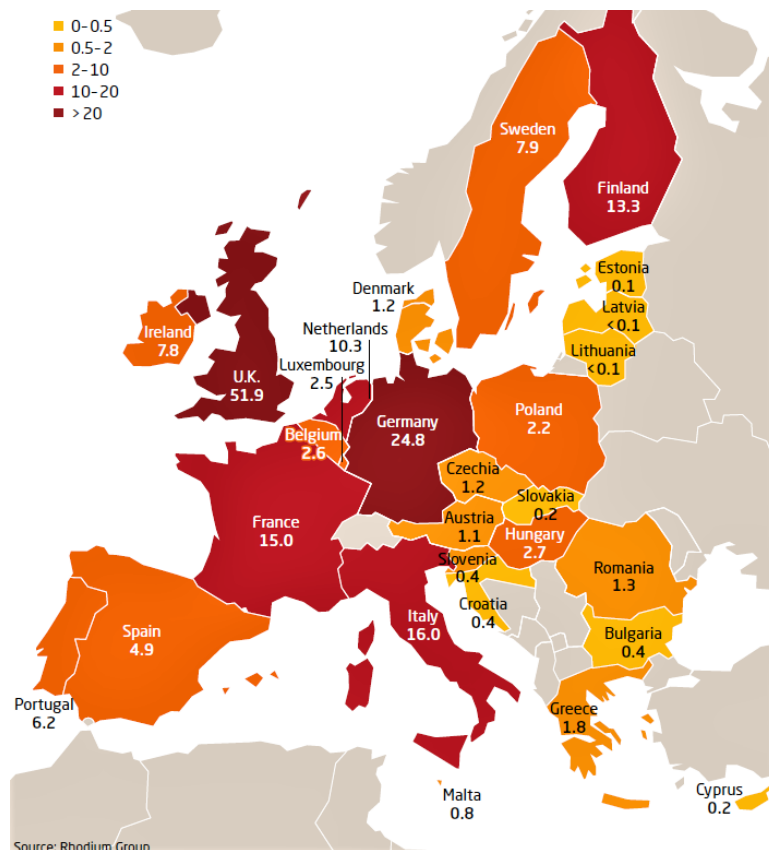
Abb. 20: Jährliche chinesische Direktinvestitionen (Fusionen & Käufe / Neugründung) in der EU und UK von 2000 bis 2020 in Milliarden Euro

Im Jahr 2018 war China nach den USA das Land, das mit 203 Milliarden US-Dollar den stärksten FDI-Zustrom weltweit hatte, während im gleichen Jahr 98 Milliarden an chinesischen FDI in die Welt gingen, also nur 48% des Zuflusses (vgl. UNDP 2019, S. 37). Der Zustrom weltweiter FDI nach China scheint sich nach zwei schwierigen Lockdown-Jahren 2022 wieder deutlich zu steigern: In den ersten acht Monaten 2022 lagen die Neuinvestitionen in US-Dollar 20,4% über dem Vorjahresvergleichszeitraum, bei den deutschen FDI betrug das Wachstum sogar 30,3% und bei Südkorea 58,9% (vgl. US China Embassy 2022b).

Das Volumen der im 1. Halbjahr 2022 in Richtung China geflossenen deutschen FDI belief sich nach Daten der Deutschen Bundesbank aufgrund umfangreicher Investitionen von BASF und BMW im chinesischen Markt auf 10,1 Milliarden Euro (vgl. Handelsblatt, 21.09.2022). Entsprechend stieg der Druck westlicher Partner auf die Bundesregierung, die Verbindungen der deutschen Wirtschaft nach China einzuschränken (vgl. Politico, 12.08.2022 und Reuters, 19.08.2022). Bis 2022 waren kumuliert fast 100 Milliarden Euro an deutschen FDI in China investiert worden, also das über Dreifache des Volumens, das bislang an chinesischen Investitionen nach Deutschland geflossen ist (vgl. German Foreign Policy, 18.11.2022, S. 5). Die Bundesregierung hatte die Offenheit für eine Vertiefung der wechselseitigen Investitions- und Handelsbeziehungen mit China bis zur Eskalation des Ukraine-Kriegs Anfang 2022 stets als Beitrag zur Erreichung des auf China bezogenen Leitziels „Wandel durch Handel“ verteidigt, welches zumindest im Sinne einer einseitigen Westbindung Chinas scheiterte.

²⁰ Angesetzt wurde bei der Definition „staatlicher“ FDI die relativ niedrige Schwelle von mindestens 20% Kapitalanteil aus staatlichen Mitteln bzw. von zentralstaatlich kontrollierten Firmen (vgl. Kratz, Zenglein & Sebastian 2021, S. 11).

Chinesische FDI, die in deutsche Schlüsselbranchen fließen, wie die mittlerweile 100%ige Übernahme der Augsburger Robotertechnik von Kuka (vgl. Tagesschau, 17.05.2022), der maximal zu 24,9% ermöglichte Einkauf durch COSCO im Hamburger Hafen oder die Übernahme der Dortmunder Chip-Fertigung der Firma Elmos sorgten jeweils für große Schlagzeilen und riefen sogar den Bundesnachrichtendienst und den Verfassungsschutz auf den Plan. Im Falle der Firma Elmos zeigt sich jedoch, dass chinesische Investitionen auch helfen können, eine nicht mehr konkurrenzfähige Chip-Fertigung für den Automobilsektor in Deutschland zu erhalten (vgl. Neue Zürcher Zeitung, 28.10.2022).



Quelle: Kratz, Zenglein & Sebastian 2021, S. 11

Abb. 21: Gesamtbestand chinesischer Direktinvestitionen in der EU und Großbritannien von 2000 bis 2020

Aufgrund des unter der Trump-Administration intensivierten Handelsstreits im Rahmen der US-Initiative des „Decoupling“ (Schmitt 2020) entwickelte Xi Jinping 2020 die Konzeptidee des Vize-Premier und Harvard-Absolventen Liu He (vgl. Deutsche Welle, 29.10.2020) zu einem weiteren Instrument der gezielten Reduktion der geopolitischen Verwundbarkeit: das Wirtschaftskonzept der doppelten bzw. zwei Kreisläufe („Dual Circulation Strategy“; vgl. Brown, Gunter & Zenglein 2021 und Schmitt 2020). Dem Strategiemodell zufolge, das beim 20. Parteikongress im Oktober 2022 in die KPC-Verfassung übernommen wurde (vgl. South China Morning Post, 31.10.2022), „besteht die Wirtschaft aus einem inneren Kreislauf (Binnenwirtschaft) und einem äußeren (Außenwirtschaft)“ (Schmitt 2020). Gestärkt werden soll prioritär der innere Kreislauf durch verminderte Importe und verstärkte Binnennachfrage, was auch für ausländische Investoren in China Chancen bietet.

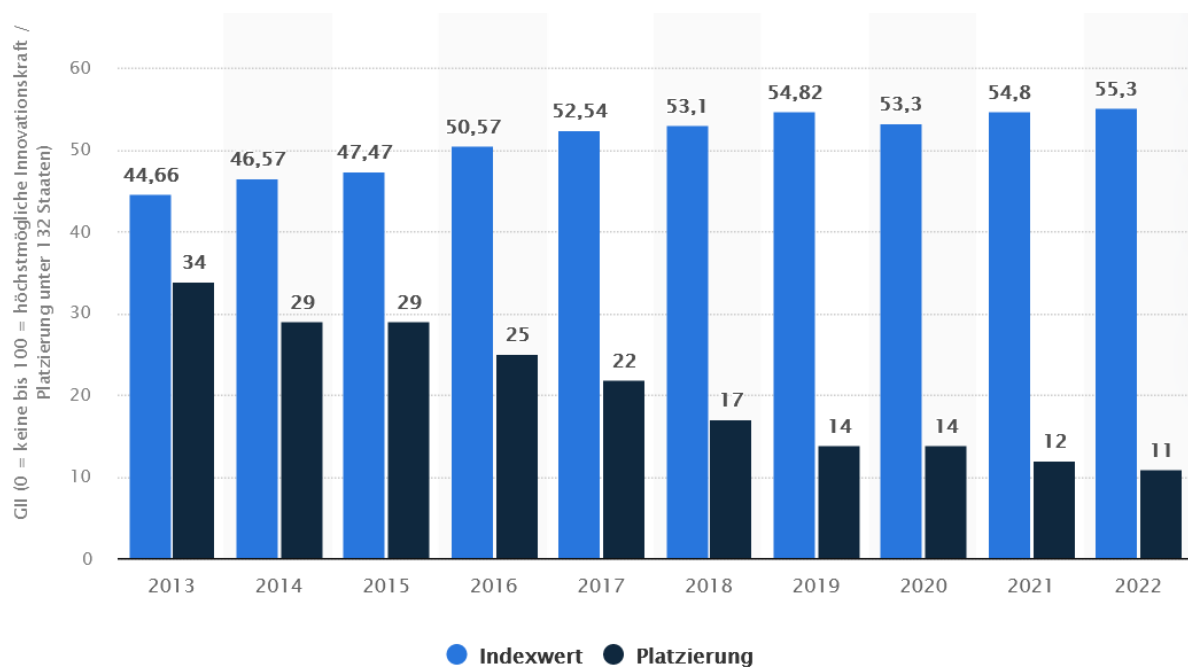
Die grundlegende Zielsetzung des Modells der zwei Kreisläufe ist, China in einem geopolitisch feindlicheren Umfeld weniger abhängig und verwundbar durch Wirtschaftssanktionen zu machen in Bereichen, die für den technologischen Fortschritt und die High Tech-Produktion Chinas besonders wichtig sind (z.B. beim sektorspezifischen Handelsbilanzdefizit der Volksrepublik im Bereich der strategisch entscheidenden Halbleiter in Höhe von 232,7 Milliarden US-Dollar in 2020; vgl. Brown,

Gunter & Zenglein 2021, S. 7). Chinesische Auslandsinvestitionen sollen nicht mehr an Quantität, sondern am Ziel strategisch-technologischer Qualität ausgerichtet werden.

In strategisch nicht mehr besonders kritischen Sektoren wie der Automobilindustrie sowie in zur Eigenversorgung essenziellen Bereichen wie der chemischen Industrie, wo technologisches Know-how und Produktionskapazitäten benötigt werden, um den nationalen Markt krisenfest aus dem eigenen Land heraus zu versorgen, werden mit gelockerten Investitionsbedingungen und der Deregulierung der bislang sehr strikten Joint Venture-Bestimmungen ausländische Investoren angezogen (vgl. ebd., S. 8). Bereits 2018 war beschlossen worden die Begrenzung für ausländische Beteiligungen etwa beim Bau von Elektroautos, Flugzeugen und Schiffen schrittweise abzubauen und nach einer fünfjährigen Übergangsfrist bis 2023 Beteiligungsbeschränkungen ganz fallen zu lassen (vgl. Focus, 24.04.2018).

In Summe zeigen die chinesischen Bemühungen um nationalen Kompetenzgewinn gerade im High-Tech-Bereich Wirkung. Dazu gehört für eine Macht mit globalem Führungsanspruch auch die Raumfahrt, die für Forschung und Entwicklung sowie militärische Anwendungen von wachsender Bedeutung ist. Das chinesische Raumfahrtprogramm landete 2019 erfolgreich eine Sonde auf der vom Funkkontakt abgeschnittenen erdabgewandten Seite des Mondes und 2021 eine weitere auf dem Mars (vgl. The Washington Post, 29.11.2022). Das chinesische Satelliten-Navigationssystem BeiDou verfügt mit 35 Satelliten bereits über vier Satelliten mehr und vergleichbare Genauigkeit wie das amerikanische Global Positioning System – GPS. Seit Jahren beherrschen China und Indien die Technik, ihre alten – oder im Ernstfall auch feindliche – Satelliten per Laser in ihrer Umlaufbahn zu vernichten (vgl. Schladebach 2019, S. 28). China verfügt seit Juni 2022 über eine eigene Raumstation – möglicherweise ab 2024 die einzige funktionsfähige im Weltall, sollte die alternde russisch-amerikanische International Space Station außer Dienst genommen werden müssen. Ende November 2022 beförderte China erfolgreich drei Astronauten zur Tiangong-Raumstation, für die 17 Staaten, darunter auch Deutschland, Bewerbungen an China zur Entsendung eigener Astronauten abgegeben haben (vgl. The Washington Post, 29.11.2022).

Zwischen 2009 und 2018 hat China die Ausgaben für Forschung und Entwicklung verdreifacht auf kaufkraftbereinigt 554 Milliarden US-Dollar gegenüber dem Innovationsbudget der EU-27 im Jahr 2018 in Höhe von 411 Milliarden und den weltweit noch führenden USA mit 582 Milliarden. Während China den Anteil an den weltweit getätigten Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Zehnjahreszeitraum von 2009 bis 2018 kontinuierlich von 15 auf über 26% steigern konnte, nahm der Anteil der US-Ausgaben zur Absicherung der zukünftigen Innovationsstärke von 33 auf unter 28% ab und der EU-seitige von über 21% auf knapp 20% (vgl. Bauer-Hailer & Debes 2020, S. 9). Dementsprechend verbesserte China seit 2015, dem Startjahr für die Kampagne „Made in China 2025“ seinen absoluten Innovationsindex und seine relative Positionierung im „Global Innovation Index“ deutlich und bis 2022 anhaltend bis auf Platz 11 des weltweiten Rankings der innovationsstärksten Volkswirtschaften (s. Abb. 22).



Quelle: Statista, 29.09.2022

Abb. 22: China: Bewertung der Innovationskraft nach dem Global Innovation Index von 2013 bis 2022

Auch die World Intellectual Property Organization, WIPO (vgl. 2021) – die UN-Sonderorganisation für den weltweiten Schutz des geistigen Eigentums – meldet einen sprunghaften Anstieg chinesischer Patentanmeldungen über das „WIPO Patent Cooperation Treaty“-System um 16,1% für 2020 (in absoluten Zahlen 68.720) gegenüber dem Vorjahr. Im Vergleich zum nun erstplatzierten China fielen die USA mit 59.230 Anmeldungen (Anstieg von 3% zu 2019) relativ und Deutschland mit einem Absinken gegenüber dem Vorjahreswert um 3,7% (18.643 Patente) auch in absoluten Zahlen zurück. China scheint demnach durch gesteigerte Innovationskraft tatsächlich der für Schwellenländer typischen „Middle-Income Trap“ zu entkommen und setzt seine schiere Marktmacht als bevölkerungsreichstes Land der Erde erfolgreich ein, um seine weltweite Position als ökonomische Großmacht weiter auszubauen und sich für eine Führungsrolle in der seitens China angestrebten multipolaren Weltordnung in Stellung zu bringen.

Krisenanzeichen als Stresstest für Chinas gelenkten Staatskapitalismus

Trotz der atemberaubenden Entwicklung der staatskapitalistisch gesteuerten chinesischen Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten und der Anstrengungen für einen Strukturwandel hin zur innovationsstarken High Tech-Industrie, steht China aktuell vor wachsenden finanzpolitischen Herausforderungen. Zunehmende öffentliche Proteste gegen Missstände im Immobilien- und Finanzsektor sowie auch direkt gegen die Regierungspolitik im Hinblick auf deren freiheitsberaubende „Zero Covid Policy“ („White Paper Revolution“; Radio Free Asia, 08.12.2022) sind ein Indikator, dass auch in China eine demokratische Bewusstseinsbildung im Zuge des jahrzehntelangen Wohlstandszuwachs in der Breite der Gesellschaft nicht ausgeblieben ist.

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik warnt angesichts der sich zuspitzenden Finanzsituation in China (Rühlig 2021, S. 49): „Die Verschuldung von Staat, Unternehmen und privaten

Haushalten steigt rapide und beträgt mindestens 270 Prozent²¹ des Bruttoinlandsproduktes. Die tatsächliche Kreditausfallquote liegt weit über den offiziellen Angaben.“ Laut Bankenaufsichtsbehörde mussten bis Mai 2022 bereits faule Kredite in Höhe von 386 Milliarden Euro staatlicherseits aufgekauft werden, um Chinas Banken zu stabilisieren. Der chinesische Bankensektor ist sehr umfangreich mit – neben weltweit führenden Großbanken²² – fast 4.000 kleinen und mittelgroßen Bankhäusern, welche allein fast 14 Billionen US-Dollar an Vermögenswerten verwalten. Die Regierung steht vor der Herausforderung deren Stabilität zu überwachen und hat hierfür begonnen einen Stabilitätsfonds zur Rettung strauchelnder Finanzunternehmen einzurichten (vgl. Capital, 12.07.2022).

Die Privathaushalte waren 2021 mit 61% des BIP verschuldet. Das Anschwellen dieses Wertes um mehr als das Fünffache seit 2006 (11,5%) lag vor allem am Immobilienboom dank günstiger Kredite. Auf den unternehmerischen Sektor fielen 2021 bereits 160% der Verschuldung (drei Viertel davon allein auf staatliche Betriebe), ausgehend von 95% im Jahr der Weltfinanzkrise 2008 (Vergleichswert Deutschland 2021: 74%; vgl. Beer 2022, S. 6f.). Ein essenzieller Risikofaktor, warum sich der chinesische Staat mit einer Staatsverschuldungsquote von 71,5% des BIP (vgl. Statista, 02.11.2022) im Jahr 2021 (die reale Quote könnte 2020 jedoch schon bei 91,7% gelegen haben; vgl. Beer 2022, S. 7) nicht so hoch verschulden kann wie die USA²³ mit 128,1% (zum Vergleich: Japan 262%, Griechenland 199% und Italien 151%; vgl. Statista, 01.12.2022) ist die Tatsache, dass China seinen Finanzmarkt und die nationale Währung Renminbi noch relativ stark gegenüber den internationalen Finanzmärkten abschottet und daher keine so großen Kreditfinanzierungsspielräume vorhanden sind wie im Falle der Vereinigten Staaten mit ihrem bislang zudem tragenden finanztechnischen Vorteil der Weltleitwährung.

Der Belastungsindikator des Schuldendienstdeckungsgrades, also der prozentuale Anteil des Einkommens privater Haushalte, der für Zinszahlungen und Tilgungen aufgebracht werden muss, stieg von rund 12% im Jahr 2008 auf fast 21% Anfang 2021 (in den USA fiel dieser Wert im gleichen Zeitraum von fast 18 auf knapp 14% und in Deutschland von fast 13 auf 12%; vgl. Beer 2022, S. 6f.). Die chinesischen Haushalte profitieren aber von einer seit 2012 stets unter 3% liegenden Inflationsrate, die sich 2021 sogar auf 0,85% absenkte und für 2022 mit knapp 2,2% prognostiziert wird (vgl. Statista, 11.11.2022c), während diese in westlichen Ökonomien seit Anfang 2022 überwiegend auf zweistellige Werte angestiegen ist.

Als einzigartige finanzielle Stabilitätsanker angesichts des besorgniserregenden Schuldenniveaus verfügt China seit 2013 (vgl. Focus Online, 13.11.2013) relativ stabil über Devisenreserven im Wert von 3,2 Billionen US-Dollar (hinzu kommt Hongkong mit fast 480 Milliarden). Damit hat die Volksrepublik ein Vielfaches der Währungsreserven westlicher Staaten aufgebaut: Die Exportnation Deutschland z.B. verfügt mit nur 36,8 Milliarden US-Dollar über nur 1,1% des chinesischen Volumens (vgl. Statista, 20.01.2022). Ein weiteres, die Finanzmarktsituation Chinas stabilisierendes Element ist, dass nur knapp 17% der Gesamtverschuldung öffentlicher und privater Haushalte im Ausland aufgenommen wurden. Somit bestehen umfangreiche Möglichkeiten zur Regelung der Verschuldungsproblematik mittels autonomer chinesischer Steuerungsinstrumente (vgl. Beer 2022, S. 8f.). Für

²¹ Beer (vgl. 2022, S. 6) zeigt anhand von Zahlen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) auf, dass die Gesamtverschuldungsquote staatlicher, unternehmerischer und privater Haushalte im ersten Quartal 2021 bereits bei 287% lag.

²² Laut S&P Global Market Intelligence (vgl. 11.04.2022) belegten chinesische Banken Anfang 2022 die ersten vier Ränge der weltgrößten Banken nach Marktkapitalisierung.

²³ Die Staatsverschuldung Chinas betrug Ende 2022 rund 10,9 Billionen US-Dollar und im Falle der USA über 31,4 Billionen (aktualisierte Vergleichswerte für ausgewählte Staaten weltweit unter:

<https://usdebtclock.org/world-debt-clock.html>).

einen konstanten Kaufkraftzufluss sorgt zudem der hohe Handelsbilanzüberschuss Chinas von 676 Milliarden US-Dollar im Jahr 2021 (vgl. Statista, 09.05.2022), gegenüber einem Handelsbilanzdefizit der USA von 1,183 Billionen Dollar (vgl. Statista, 14.04.2022). Im 19. Jahrhundert hatte das große Handelsbilanzdefizit Großbritanniens gegenüber China die Briten zum Führen des Opiumkriegs verleitet. Es kann daher als realistisches Szenario bewertet werden, dass die USA sich zu einer Schwächung Chinas mit militärischen Mitteln (möglicherweise mittels Stellvertreterkrieg um Taiwan) gezwungen sehen können, sollten die BRICS-Staaten in ihren aktuellen Bemühungen der Emanzipierung vom US-Dollar als Weltleitwährung substantiell vorankommen.

Der chinesische Immobilienmarkt muss in der Betrachtung der Gesamtverschuldung der chinesischen Volkswirtschaft gesondert betrachtet werden. Da der Immobiliensektor einer der wenigen Bereiche ist, in dem chinesische Bürger relativ frei Kapital bilden können, flossen in diese Geldanlageform in den vergangenen Jahren rund 70% des Vermögens aller privaten Haushalte. Das spezifisch chinesische Finanzierungsmodell der Immobilienentwickler stützt sich zu einem von 2008 bis 2021 von 24 auf 38% gestiegenen Anteil auf bereits vor Baubeginn abgewickelte Verkäufe (vgl. Reents 2022, S. 1 u. 3). Solange die steigenden Immobilienwerte die käuferseitigen Kosten der Kreditfinanzierung mehr als deckten, war der zeitliche Verzug zwischen Kaufdatum und Fertigstellung der Immobilien für die Käufer kein Problem. Doch von 2002 bis 2022 steigerte sich diese Zeitspanne kontinuierlich von etwas über zwei auf acht Jahre. Seit 2020 stagnierten zudem kurzzeitig die Immobilienpreise in den 70 größten Städten Chinas und nach kurzzeitigen leichten Anstiegen waren sie ab 2021 sogar rückläufig (vgl. ebd., S. 2).

Nachdem einzelne Immobiliensegmente bereits 2018 eine negative Entwicklung erlebt hatten, begannen erste gewaltsame Straßenproteste der um ihre Kapitalanlage fürchtenden Privatpersonen gegen Immobilienentwickler in Shanghai und weiteren Städten Chinas (vgl. Manager Magazin, 18.10.2018). Bis Mitte 2022 hatte sich die Protestbewegung privater Immobilienkäufer bereits zu einer mächtigen Bewegung vernetzt, die Ratenzahlungen für ihre Kredite aussetzte, weil die Bauprojekte durchschnittlich acht Jahre im Verzug waren. Der Umfang ist enorm, trotz des kleinen Anteils am gesamten chinesischen Bauvolumen: In 91 Städten Chinas sind insgesamt 300 Bauprojekte mit einem Finanzvolumen von 291 Milliarden Euro von der „Mortgage Revolt“ (Capital, 22.07.2022) betroffen. Mitte 2022 kam es auch zu öffentlichen Protesten von Bürgern, deren Bankeinlagen im Zuge von Ermittlungen wegen organisierten Kapitalbetrugs in fünf kleineren ländlichen Banken zeitweise eingefroren worden waren. Für weltweites Aufsehen sorgte in diesem Kontext der Missbrauch der bis zum 12.12.2022 für alle Chinesen obligatorischen Covid-Tracking-App seitens einer Provinzregierung: So wurden alle Kunden der betroffenen Bank auf Status „Rot“ geschaltet, um zu verhindern, dass sie zu den Protesten anreisen konnten (vgl. Tagesschau 17.07.2022).

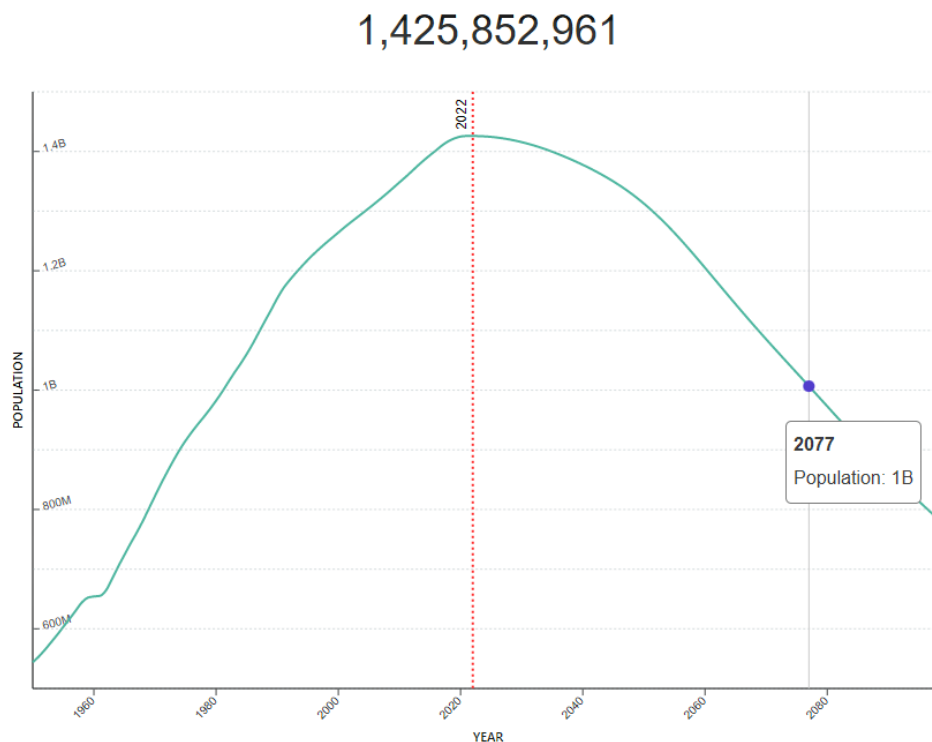
Ein mit dem Straucheln des Immobiliengiganten Evergrande und weiteren 24 großen Immobilienunternehmen am „Rand des Zusammenbruchs“ (ebd.) sich abzeichnendes Platzen der Immobilienblase birgt enorme Risiken für die chinesische Wirtschaftskonjunktur, da der Bausektor über ein Viertel der nationalen Wirtschaftstätigkeit ausmacht (vgl. Reents 2022, S. 3). Angesichts der stark gestiegenen Schuldenlast privater Haushalte stellt eine Immobilienkrise auch ein politisches Risiko dar. Große Teile der Bevölkerung, insbesondere die rasant angewachsene Mittelschicht Chinas, wäre betroffen und könnte massiv gegen die Regierung aufgebracht werden, wenn sich für sie das Platzen des von Xi Jinping versprochenen „Chinese Dream“ (Peters 2017) abzeichnen sollte.

Chinas Bevölkerung: Herausforderungen am demographischen Zenit

Laut Daten des World Population Review (2022a) überschreitet China derzeit den Zenit der Gesamtbevölkerungsentwicklung mit 1,426 Milliarden (s. Abb. 23; für 2022 gibt die UNFPA 1,448 Milliarden und noch 0,3% Wachstum an; vgl. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung 2022, S. 94). Das

derzeit 1,422 Milliarden Einwohner zählende Indien (UNFPA: 1,407) wird aufgrund einer mit 0,9% noch dreimal so hohen jährlichen Wachstumsrate (vgl. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung 2022, S. 95) China laut Berechnungen der Vereinten Nationen (UNFPA) bereits 2023 als bevölkerungsreichstes Land der Erde ablösen (vgl. Statista, 15.11.2022). Gegen Ende des 21. Jahrhunderts wird China mit 776 Millionen Einwohnern nur noch rund die Hälfte der Bevölkerung des dann immer noch 1,5 Milliarden Menschen zählenden Indiens aufweisen und im Jahr 2100 nur noch knapp die doppelte Bevölkerungsgröße wie Chinas größter geopolitischer Rivale USA (394 Millionen; vgl. ebd.).

Beschleunigt durch die von 1979 bis 2016 durchgesetzte Ein-Kind-Politik²⁴ hat China den Prozess der für alle Industrieländer typischen demographischen Transformation (sinkende Sterberaten, sinkende Geburtenraten, fortschreitende Alterung) sehr rasch durchschritten. Die für das Jahr 2077 prognostizierte Unterschreitung der Milliardenschwelle für die Gesamtbevölkerung, die bei noch starkem Wachstum 1981 erstmals überschritten worden war, lässt sich bereits heute an der Form der „Bevölkerungspyramide“ Chinas ablesen (s. Abb. 24). Diese nahm bereits in den 1970er, spätestens aber in den 1990er Jahren die für westliche Industrieländer typische „Urnenform“ an, da aufgrund rückgängiger Geburtenzahlen weniger starke jüngere Jahrgänge die Basis der Bevölkerungspyramide schmälerten.



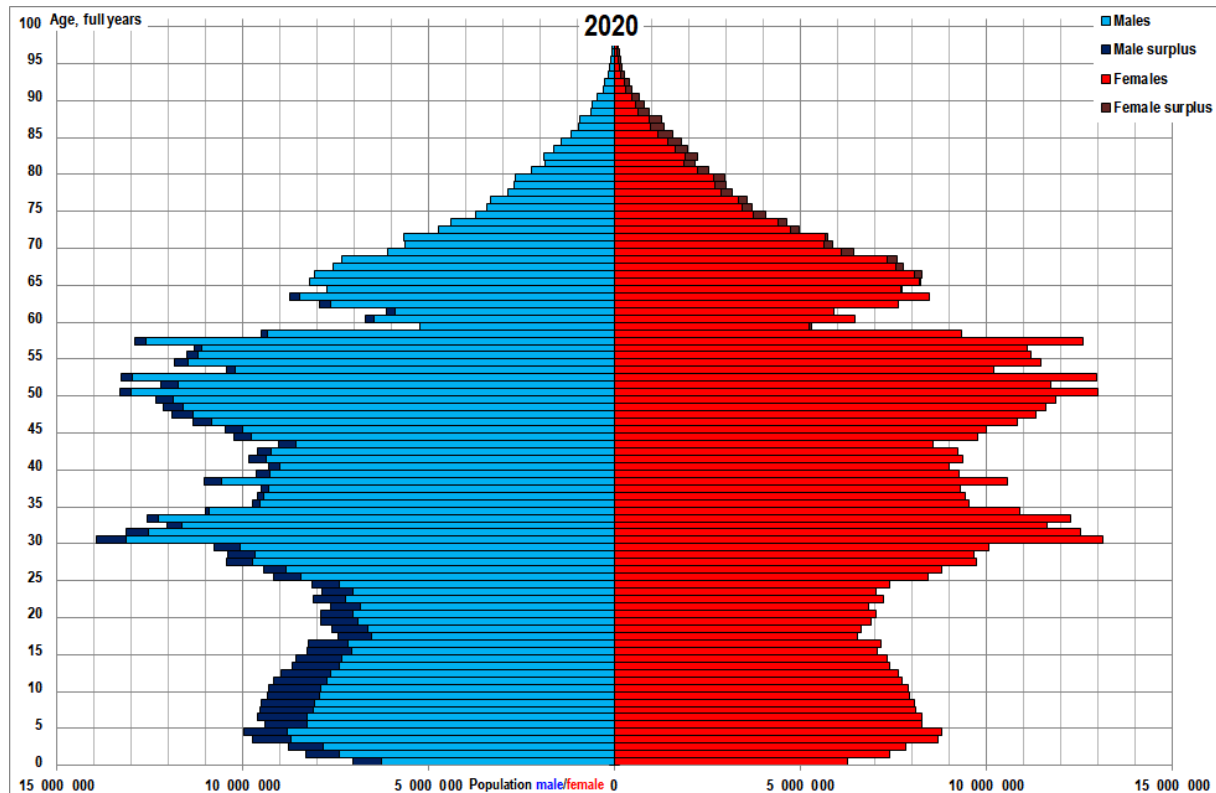
Quelle: World Population Review (2022a)

Abb. 23: Bevölkerung Chinas 1950 bis Oktober 2022 und Prognose bis 2100

Laut offiziellen Bevölkerungsstatistiken ist der Anteil der bis 14-Jährigen an der Gesamtbevölkerung Chinas durch die restriktive und autoritär durchgesetzte Ein-Kind-Politik von 40,9% im Jahr 1970 auf 17,7% in 2021 gefallen (vgl. Statista, 09.08.2022). Bis 2035 wird das Medianalter der chinesischen Bevölkerung von 37 Jahren Mitte der 2010er Jahre auf 46 Jahre angestiegen sein (vgl. National Intelligence Council 2018, S. 149). Eine für Chinas zukünftiges wirtschaftliches Wachstumspotenzial relevante Folge ist, dass auch die Zahl der Werktätigen in China seit 2012 zurückgeht. Damit wächst

²⁴ Die chinesische Regierung erlaubte ab 2013 zumindest jenen Eltern, die beide Einzelkinder sind, ein zweites Kind, wovon jedoch weniger Eltern als von der Regierung erwartet Gebrauch machten (vgl. Tagesspiegel, 29.10.2015). Ab 2016 galt die Zwei-Kinder- und seit 2021 die Drei-Kinder-Politik. Die Gesamtfruchtbarkeitsrate pro Frau lag 2022 laut UNFPA bei 1,7 (Indien: 2,1; Deutsche Stiftung Weltbevölkerung 2022, S. 94f.).

der Druck auf chinesische Firmen, arbeitsintensive Produktionsbetriebe nach Südostasien und Afrika auszulagern, was wiederum positive Spill-Effekte für die dortige Wirtschaftsentwicklung bedeutet. Laut einer Prognose des Paulson Instituts könnten im Jahr 2050 auf einen chinesischen Rentner nur noch 1,3 Arbeitnehmer kommen (vgl. Tagesspiegel, 29.10.2015). Damit wird sich für China eine ähnliche Problematik hinsichtlich der Finanzierung des Rentensystems ergeben, wie dies in den klassischen Industrienationen mit bereits stärker ausgeprägter Überalterung schon heute der Fall ist.



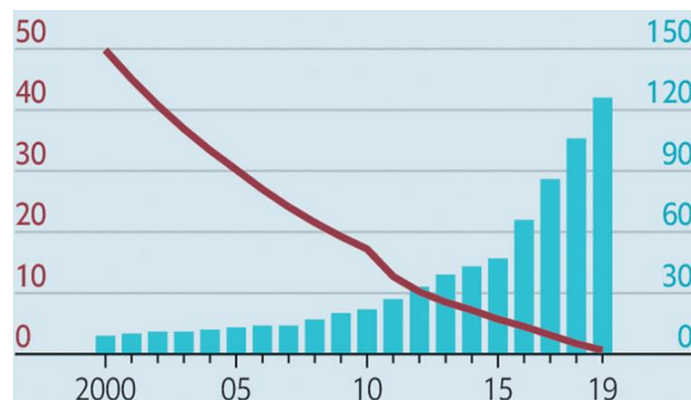
Quelle: Wikipedia, 07.06.2021

Abb. 24: Bevölkerungsstruktur Chinas 2020 nach Alter und Geschlecht mit geschlechtsspezifischem Überhang

Hinzu kommt eine weitere, China-spezifische Problematik: Da aus kulturellen Gründen in China Jungen bevorzugt werden, hat sich aufgrund der jahrzehntelang sehr restriktiven Familienplanungspolitik eine Tendenz zur selektiven Abtreibung von Mädchen, also zum Femizid durchgesetzt (vgl. Institut für Medizinische Anthropologie und Bioethik 2021). Statistisch kommen seit Jahren auf 100 geborene Mädchen rund 112 Jungen zur Welt. Laut dem Weltbevölkerungsfonds (vgl. UNFPA 2020, S. 48ff) der UNO fehlten im Jahr 2020 allein in China 72 Millionen und in Indien knapp 46 Millionen Mädchen und Frauen. Seit Jahren entfallen auf diese beiden bevölkerungsreichsten Länder der Erde zwischen 90 und 95% der gesamten vorgeburtlichen und sogar postnatalen Kindestötungen gezielt von Mädchen. Folge sind nicht nur langfristig zusätzlich eingeschränkte Fruchtbarkeitsraten im rasch alternden China (vgl. ebd., S. 60), sondern auch soziale Spannungen. Viele Männer im heiratsfähigen Alter, die keine Partnerin mehr finden, suchen sich inzwischen in Myanmar, Vietnam oder Nordkorea eine Ehefrau und verlagern damit das Problem des demographischen Ungleichgewichts in die Nachbarstaaten Chinas (vgl. Tagesspiegel, 29.10.2015).

Im Jahr 2000 lebten noch 49,8% der chinesischen Bevölkerung in extremer Armut, 2019 noch 0,6% (vgl. Statista, 12.03.2021). Im Dezember 2020 gab die chinesische Regierung an, die extreme Armut in der Volksrepublik besiegt zu haben: Laut Schätzungen der Weltbank wurden innerhalb von vier Jahrzehnten über 800 Millionen Einwohner Chinas aus der extremen Armut befreit (vgl. Economist,

02.01.2021). Im Zeitraum zwischen 1981 und 2012 trug die Volksrepublik als einzelner Staat zu 71,8% zur gesamten erfolgten Armutsreduktion weltweit bei (vgl. Kronauer 2019, S. 24). Die rasche Bekämpfung der Armut in China ist nicht allein auf den dynamischen Industrialisierungsprozess zurückzuführen. Auch sozialpolitisch wurde Armutsbekämpfung als „key national goal“ (UNDP 2019, S. 46) entsprechend flankiert, wie die seit 2010 stark steigenden Staatsausgaben für Armutsminderung in Abb. 25 zeigen (vgl. Economist, 02.01.2021). Parallel konnte der Anteil der krankenversicherten Bevölkerung von nur 10% im Jahr 2003 innerhalb von nur zehn Jahren auf 95% gesteigert werden (vgl. ebd.). Nicht einmal die USA erreichten diese Versichertenquote 2015 (90,9%), also nach der „Obama Care“-Kampagne zur Nachversicherung ärmerer US-Bevölkerungsschichten (vgl. Statista, 24.09.2020).



Quelle: Economist, 02.01.2021

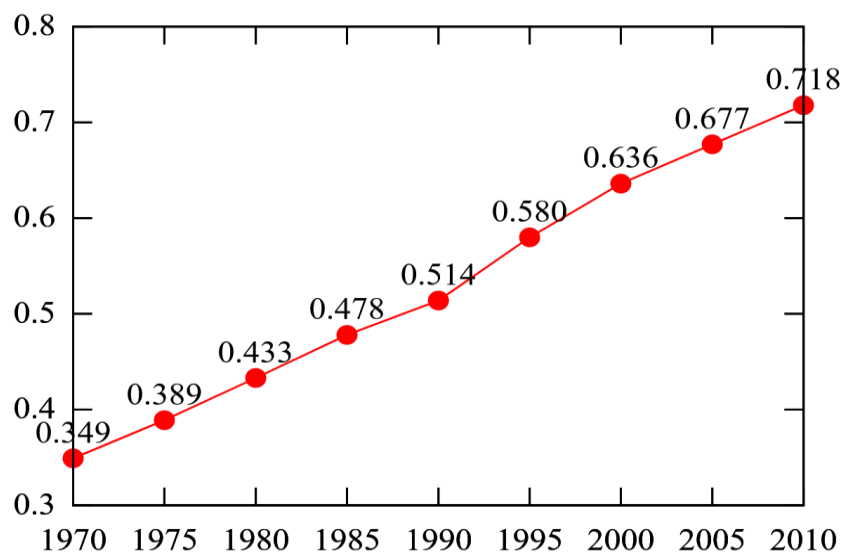
Abb. 25: Armutsquote in % (linke Y-Achse) mit verfügbarem täglichen Einkommen von 2,30 US\$ und Ausgaben der Zentralregierung für Armutsbekämpfung in Milliarden Yuan (rechte Y-Achse) von 2000 bis 2019

Der chinesische Wirtschaftsboom sorgte – trotz erfolgreicher sozialpolitischer Anstrengungen zur Armutsminderung – aufgrund der Privilegierung der Kapitaleigner und Top-Verdiener für eine massive Verstärkung der sozialen Ungleichheit (Guo 2021, S. 9): „Im Jahr 2020 gehörten den oberen 1% der chinesischen Bevölkerung 30,6% des gesamten Reichtums. Das Ausmaß der Ungleichheit weckt Zweifel am Anspruch der KPCh, dass die Partei die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung vertritt und für soziale Gerechtigkeit sorgt“. Der Gini-Koeffizient, als Maßzahl für die Einkommensungleichheit in einer Gesellschaft, betrug in China 1981 noch 0,28 (vgl. Kronauer 2019, S. 24; zum Vergleich: Deutschlands Gini-Koeffizient lag 2020 bei 0,30; vgl. Statistisches Bundesamt 2022b). Er stieg bis 2020 auf 0,468 (vgl. Statista, 27.07.2022a), also fast auf das Niveau an Ungleichheit, das in den USA herrscht (0,49; vgl. Statista, 30.09.2022; die ungleichste Gesellschaft weltweit ist Südafrika mit 0,63).

Ein Teil dieser starken Einkommensungleichheit muss im Kontext des ausgeprägten Land-Stadt-Gegensatzes in China gesehen werden (vgl. Kronauer 2019, S. 24). Die höher entlohten industriellen und Dienstleistungsarbeitsplätze konzentrieren sich vor allem im urbanen Raum an der Pazifikküste, während die abgekoppelten ländlichen Räume ohne geeignetes Agrarpotenzial kaum Entwicklungsperspektiven aufweisen. Doch auch innerhalb der urbanen Gesellschaft geht die Schere zwischen Arm und Reich entgegen dem ideologischen Anspruch eines sozialistischen Landes, das von einer „kommunistischen“ Partei regiert wird, immer weiter auseinander: So verdoppelte sich die Zahl der Superreichen in China im enorm kurzen Zeitraum von vier Jahren mit 318 Milliarden in 2016 (vgl. BBC, 26.10.2018) auf den weltweiten Spitzenwert von 698 Milliarden (71 davon in der Sonderverwaltungszone Hongkong und ein weiterer in Macau; vgl. WirtschaftsWoche, 09.04.2021).

Doch auch in der Breite der Bevölkerungsschichten durchlief China über Jahrzehnte hinweg einen beachtlichen qualitativen Entwicklungsprozess. Misst man diesen mit Hilfe des „Index der menschlichen Entwicklung“ („Human Development Index“ – HDI), so vollzog die chinesische Bevölkerung seit 1970 einen Aufstieg aus der Klasse eines „low human development country“ mit einem HDI-Wert von 0,349 (s. Abb. 26) zu einem „high human development country“ nach UNDP-Klassifikation (2019, S. 36) mit einem HDI von 0.733 im Jahr 2015 und von 0.768 in 2021 (UNDP 2022, S. 278). Bei der Berechnung des HDI fließen neben dem Bruttonationaleinkommen pro Kopf auch die Lebenserwartung²⁵ und die Ausbildung anhand absolvierter Schuljahre²⁶ bis zum 25. Lebensjahr ein (vgl. UNDP 2019, S. 61).

Entsprechend dem rein ökonomisch fokussierten Wachstumsmodell, das die „Entwicklungsdiktatur China“ (Baron & Yin-Baron 2020, S. 104) nach Mao beherrschte, war der beeindruckende HDI-Zuwachs zwischen 1980 und 2000 ausschließlich dem rasanten Anstieg des HDI-Faktors Bruttonationaleinkommen geschuldet (vgl. UNDP 2019, S. 40). Das in den 1980er und 90er Jahren dominante chinesische Wachstumsmodell „relying on low-cost competitive export-oriented manufacturing“ (UNDP 2019, S. 41) hatte sich unter dem Aspekt einer ganzheitlichen, auch menschlichen Entwicklung als problematisch erwiesen: „growth based on resource waste, environmental pollution and ecological destruction, plus chronic low wages for workers, leading to weak domestic demand“ (ebd.).



Quelle: Wikipedia, 18.11.2013

Abb. 26: Entwicklung des Human Development Index (HDI) der chinesischen Bevölkerung von 1970 bis 2010

Erst 2002 wurde eine strategische Umentorichtung vom über zwei Jahrzehnte dominanten Wachstumsmodell auf Grundlage niedriger Umwelt- und Sozialstandards hin zu einem breiteren Entwicklungsverständnis eingeleitet, welches auch Armutsbekämpfung, Umweltschutz, Bildung, und Gesundheitsvorsorge als ergänzende Ziele anerkannte. Ab 2012 nahm eine dritte Phase entwicklungspolitischer Zielorientierung Konturen an: Bei Abkehr von der Fokussierung auf hohe quantitative Wachstumsraten rückten verstärkt Ziele wie Produktivitätssteigerung durch technologische Innovation, Bildung, Zugang der Bevölkerung zu Konsum und hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen sowie langfristige umweltpolitische Zielsetzungen in den Vordergrund (vgl. UNDP

²⁵ In China lag die Lebenserwartung im Jahr 2021 mit 75 Jahren für Männer und 80 Jahren für Frauen (im Mittel 78,2 Jahre; vgl. UNDP 2022, S. 273) bereits auf dem unteren Niveau europäischer Staaten (vgl. Deutsche Stiftung Weltbevölkerung 2022, S. 94).

²⁶ Die erwartete Gesamtbildungsdauer eines chinesischen Kindes lag 2021 für China bei durchschnittlich 14,2 Schul- bzw. Studienjahren (vgl. UNDP 2022, S. 273).

2019, S. 42f.). Trotz durchgehender HDI-Steigerung in allen chinesischen Provinzen blieben regionale Disparitäten weiterhin ausgeprägt. Während die Sonderverwaltungszone Hongkong 2021 mit einem HDI von 0,952 weltweit auf Platz 4 hinter Island zu liegen kam, rangierte die autonome Region Tibet mit einem Wert von 0,608 noch hinter Namibia.

Chinas politischer Machtzuwachs in regionalen und internationalen Organisationen

Chinas wirtschaftlichen Aufstieg und damit auch Machtzuwachs im Vergleich zur bisher dominanten Supermacht USA allein quantitativ zu vergleichen und daraus eine perspektivisch anstehende simple Ablösung des alten durch einen neuen Hegemon abzuleiten, der in einer asymmetrischen Machtkonstellation als unangefochtene Ordnungsmacht das Völkerrecht zukünftig in seinem jeweiligen Interesse auslegt, wäre zu simplizistisch. Historisch und kulturpsychologisch betrachtet hatte China nicht nur in der Phase der kolonialen Unterwerfung und der Konsolidierungsphase der Volksrepublik, sondern auch als historisch lange Zeit technologisch weltweit führende eurasische Wirtschaftsmacht nicht die Tendenz gezeigt, seinen Einfluss in Gebieten direkter Handelsbeziehungen mit dem Ziel der Unterwerfung anderer Völker im europäisch-kolonialen Sinne und zur Aufoktroyierung der eigenen Ordnung auszunutzen (vgl. Noesselt 2016, S. 180).

Stanzel (2021, S. 15) weist darauf hin, dass auch die zeitgenössische chinesische Außenpolitik dem für China traditionell bedeutsamen, von westlichen Kritikern aber als opportunistische Kooperationsbereitschaft mit Despotenregimen interpretierten „Prinzip der Nichteinmischung“ (Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags 2020, S. 4) folgt, welches vom in der Charta der Vereinten Nationen festgeschriebenen Selbstbestimmungsrecht der Völker abzuleiten ist.²⁷ Teil der chinesischen Außenpolitikdoktrin sind die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ als „generelle Grundlage zwischenstaatlicher Beziehungen“ (Stanzel 2021, S. 15): „territoriale Integrität, gegenseitiger Verzicht auf Aggression, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung, gegenseitiger Nutzen in einem friedlichen Miteinander“. Diese fünf Prinzipien propagiert China auch auf UNO-Ebene als Grundlage zwischenstaatlicher Beziehungen.

Der durch ein Set wirtschaftspolitischer Strategien und die Belt and Road-Initiative zusätzlich untermauerte Aufstieg Chinas zum Global Player wird von den bisherigen westlichen Ordnungsmächten des internationalen Systems als Bedrohung wahrgenommen. Das Europäische Parlament (2021, S. 3) fasste diese Einordnung in der „neue[n] China-Strategie der EU“ zusammen und kritisierte dass „China [...] eine stärkere globale Rolle sowohl als Wirtschaftsmacht als auch als außenpolitischer Akteur zukommt, was die EU vor ernsthafte politische, wirtschaftliche, sicherheitspolitische und technologische Herausforderungen stellt, was wiederum erhebliche und dauerhafte Folgen für die Weltordnung hat und eine Bedrohung für den regelbasierten Multilateralismus und demokratisch zentrale Werte darstellt“. Faktisch verhält sich China in der politischen Arena der Vereinten Nationen jedoch ähnlich wie der Westen in seiner aufstrebenden Phase in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Volksrepublik übt wachsenden Einfluss in der UNO aus, schafft darüber hinaus selbst und beteiligt sich an regionalen Kooperationsbündnissen und fördert die infrastrukturelle sowie wirtschaftliche Entwicklung ärmerer Staaten entsprechend seinen (Rohstoff-) Interessen als mittlerweile größte Exportnation der Welt.

²⁷ UN-Charta, Art. 2, 7 (<https://unric.org/de/charta>): „Aus dieser Charta kann eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, oder eine Verpflichtung der Mitglieder, solche Angelegenheiten einer Regelung auf Grund dieser Charta zu unterwerfen, nicht abgeleitet werden“

UNO: Chinas Weg vom Verstoßenen zum globalen Taktgeber internationaler Politik

In den Vereinten Nationen ist die Volksrepublik China erst seit 1971 vertreten, seit der „Republik China“ (Taiwan) der Alleinvertretungsanspruch für Gesamt-China aberkannt wurde. Als eines von fünf ständigen Mitgliedern im UN-Sicherheitsrat verfügt die Volksrepublik seither über das Veto-Recht bei jeglichen völkerrechtlich bindenden Entscheidungen des höchsten UNO-Gremiums. China geht mit diesem Machtinstrument jedoch sehr zurückhaltend um und kommt mit insgesamt 15 Vetos auf die geringste Anzahl aller fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder (USA 82 und UdSSR / Russland 119 Vetos; vgl. Statista, 01.03.2022). Angesichts Xi Jinpings proaktiver und durchsetzungsfähiger Außenpolitik wächst die Bedeutung des Landes als zweitgrößter Beitragszahler in der UNO (15,3% in 2022) nach den USA (22%; vgl. Schaefer 2022, S. 3). Feltman (vgl. 2021, S. 1) stellt fest: „China’s growing influence inside the United Nations is inevitable“.

China stellt derzeit drei Generaldirektoren der insgesamt 15 UNO-Sonderorganisationen und übt über diese entsprechend Einfluss aus (vgl. Schaefer 2022, S. 4f.). Unbedeutendere Mitgliedsstaaten, die ein China-affines Stimmverhalten in der UNO an den Tag legen, verbessern durch chinesischen Einfluss Lam & Fung (vgl. 2021) zufolge ihre Chancen, in höheren Rängen der UN-Institutionen Führungspersonal zu platzieren. Zur internationalen Legitimation der Seidenstraßen-Initiative (BRI) erwirkte China die Unterzeichnung von BRI-Vereinbarungen mit verschiedenen UNO-Organisationen (vgl. Hamilton & Ohlberg 2022, S. 364).

Die Volksrepublik engagiert sich zudem vermehrt in internationalen Friedenssicherungsmissionen mit einem Kontingent von 2.222 Blauhelmsoldaten im Jahr 2022 von insgesamt 97.000 uniformierten (Militär und Polizei) Friedenssicherungskräften. Damit rückte China unter allen 193 UNO-Mitgliedsstaaten auf Platz 10 vor, weit vor westlichen Staaten wie Deutschland (694, allerdings als viertgrößter Financier der Friedensmissionen nach USA, China und Japan; vgl. Auswärtiges Amt 2021) einschließlich der USA (32; vgl. United Nations Peacekeeping 2022). Auch mit Vorschlägen für strategische Leitlinien für die UNO-Politik bringt sich China vermehrt in die Strategie- und Reformdebatte der UN ein. Drei propagierte chinesische Konzepte hebt Rudolf (2018, S. 9) als Leitlinien in den Bereichen Nachhaltigkeit, Wirtschaftskooperation und Friedenssicherung besonders hervor: „community of shared future of mankind“; „new developmental concept of win-win cooperation“ und das „new security concept that goes beyond zero-sum game thinking“.

Chinas wachsender Einfluss im Rahmen der Vereinten Nationen – oft in Abstimmung mit der 134 Staaten umfassenden Entwicklungsländergruppe G77 (vgl. Hamilton & Ohlberg 2022, S. 363) und zusätzlich verstärkt durch (in-)direkte Partnerschaft mit dem Sicherheitsratsmitglied Russland (vgl. Feltman 2020, S. 2) – wird vor allem seitens US-Analysten seit Jahren mit Sorge verfolgt und offen kritisiert (Leonard, 2009): „the Chinese approach is to go for an ‚asymmetrical‘ strategy of finding and exploiting the enemy’s soft spots“. Die Volksrepublik spiele ihre Macht jedoch weniger offen aus als das Sicherheitsratsmitglied Russland mit einem oft offen konfrontativen Kurs gegen die westlichen Mächte.

Schritt für Schritt konnte China mehr und die USA weniger Staaten hinter sich versammeln, wenn Anträge zur Abstimmung gestellt wurden: Während die USA 1995 in der Generalversammlung noch 50,6% der Stimmen auf sich vereinigen konnten, hatten sich diese schon 2006 mehr als halbiert auf nur noch 23,6%. In Menschenrechtsfragen fiel der Abstieg der USA noch steiler aus von 57 auf 22%, während China seine Unterstützung von 43 auf 82% fast verdoppeln konnte (vgl. ebd.). Als konkretes Beispiel kann die Abstimmung zur Absetzung eines von den USA in den UN-Menschenrechtsausschuss eingebrachten Berichts von Anfang Oktober 2022 herangezogen werden, in dem China im Hinblick auf die Uiguren in Xinjiang der „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, ein schwerwieg-

ender Straftatbestand im Völkerstrafrecht, angeklagt werden sollte. Selbst muslimische Staaten wie Indonesien, Kasachstan, Pakistan, Qatar, Vereinigte Arabische Emirate, Usbekistan, Libyen und Malaysia trugen zur China unterstützenden Mehrheit von 19 zu 17 zur Absetzung des Berichts bei (vgl. Delius 2021, S. 415 und Radio Free Asia, 07.10.2022).

Die Fronten zwischen einer US-geführten Staatenallianz auf der einen Seite und den von China und Russland angeführten Kräften haben sich insbesondere entlang der Konfliktlinie um die Legitimität von Militärinterventionen²⁸ verändert und verhärtet. Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (vgl. 2020a, S. 12) zeigen auf, wie China nach der missbräuchlichen Überdehnung der UN-Resolution Nr. 1970 im Zuge der US-geführten Bombardierung Libyens im Jahr 2011 das 2001 von westlichen Staaten etablierte Konzept der „internationalen Schutzverantwortung“ („Responsibility to Protect“ – R2P) in der Folge ablehnte und entsprechende Sicherheitsratsresolutionen im Syrienkonflikt ab 2011 gemeinsam mit Russland zehn Mal mittels Veto verhinderte (vgl. Feltman 2020, S. 10).

Die NATO-geführte Bombardierung Libyens markiert damit eine Zeitenwende zum verstärkten Schulterschluss und der offenen Opposition Chinas und Russlands im UN-Sicherheitsrat gegen US-geführte Militärinterventionen in Drittstaaten als unausgesprochenem integralem Bestandteil der US-geführten „Weltordnung“. Die NATO (2022, S. 6) bestätigt in ihrem jüngsten „Strategic Concept“ die für ihre „Werte und Interessen“ massive geopolitische Herausforderung der die beiden UN-Sicherheitsratsmitglieder umfassenden „deepening strategic partnership between the People’s Republic of China and the Russian Federation and their mutually reinforcing attempts to undercut the rules-based international order“. Unter Berücksichtigung des gewachsenen Einflusses Chinas in internationalen Organisationen stellen US-Analysten ein Erstarken der Volksrepublik als „competitor with [...] the intent to reshape the international order“ (White House 2022b) fest: „China’s increasing influence in the U.N. and other international organizations threatens U.S. interests“ (Schaefer 2022, S. 14).

SCO: Kooperationsplattform und Einflussverstärker Chinas in Eurasien

Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 ergab sich für China eine unübersichtliche und zunehmend gefährliche Situation an seinen teilweise ungeklärten zentralasiatischen Grenzen mit neu entstandenen Staaten und erstarkenden islamistischen Terrororganisationen sowie separatistischen Bewegungen, die auch Unterstützung in der westlichen Provinz Xinjiang fanden (s. ausführlicher hierzu das Kapitel zu Xinjiang). China initiierte 1996 gemeinsam mit den angrenzenden Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Russland das vertrauensbildende Dialogforum der „Shanghai Five“ zur Lösung von Grenzkonflikten (vgl. Kronauer 2019, S. 34f.). Am 15. Juni 2001 wurde der Zusammenschluss um Usbekistan erweitert und in die Shanghai Cooperation Organization (SCO) überführt. Auch wenn die Bekämpfung der „Drei Übel“, nämlich „Terrorismus, Separatismus und Extremismus“ (ebd., S. 35) im Mittelpunkt des Interesses der neuen Regionalorganisation stand, so greift die Bezeichnung „Antiterror-Vereinigung“ (Behrens 2021, S. 186) doch zu kurz. Die 2002 in St. Petersburg unterzeichnete Charta der SCO (vgl. Shanghai Cooperation Organization 2002, S. 245ff) steckt die Kooperationsziele der völkerrechtlich etablierten Regionalorganisation mit einem ständigen Sekretariat in Beijing und einer „Regional Anti-Terrorist Structure“ (RATS) in Bischkek, Kirgisistan deutlich weiter:

- Stärkung von Vertrauen, Freundschaft und gutnachbarschaftlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedern;

²⁸ Der Congressional Research Service der USA hat für den Zeitraum seit 1991 weltweit 251 US-Militärinterventionen registriert (vgl. Salazar Torreón & Plagakis 2022)

- Stärkung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region;
- Förderung einer neuen demokratischen, fairen und rationalen politischen und wirtschaftlichen internationalen Ordnung;
- Gegenmaßnahmen gegen Terrorismus, Separatismus und Extremismus;
- Kampf gegen unerlaubten Drogenhandel, Waffenschmuggel, transnationales Verbrechen und illegale Migration;
- Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit in Politik, Handel, Wirtschaft, Verteidigung, Strafverfolgung, Umweltschutz, Kultur, Wissenschaft und Technologie, Bildung, Sport, Tourismus, Energie, Transport, Kredit- und Finanzwesen;
- Ermöglichung einer umfassenden und ausgewogenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung einschließlich der Integration des Raumes in die globale Wirtschaft;
- Förderung der Menschen- und Grundrechte;
- Entwicklung von Beziehungen zu anderen Staaten und internationalen Organisationen;
- Verhütung internationaler Konflikte bzw. ihre friedliche Beilegung.



Quelle: Wikipedia, 01.09.2022

Abb. 27: SCO: Mitglieder, Beobachter und Dialogpartner mit Mitglied im Aufnahmeprozess Iran (ab 2023)

Zu betonen ist, dass die mittlerweile 60% Eurasiens (s. Abb. 27), 40% der Weltbevölkerung und mindestens 30% des globalen BIP umfassende SCO keinen Staatenbund im supranationalen Sinne darstellt, an den die Mitgliedstaaten Souveränitätsrechte abtreten müssen. Es besteht auch keine militärische Beistandspflicht wie im Rahmen der NATO mit Artikel 5 oder im Rahmen der EU mit dem Artikel 42, 7 des EU-Vertrags. Betont werden in der Charta die Prinzipien der gegenseitigen Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit sowie die Achtung der territorialen Integrität. Weitere Prinzipien sind die Nicht-Aggression, die Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten und entsprechend die Nicht-Anwendung bzw. -Androhung von Gewalt in internationalen Beziehungen generell – nicht nur zwischen den Mitgliedstaaten (vgl. Shanghai Cooperation Organization 2002, S. 247). Gemäß

Artikel 16 der SCO-Charta müssen alle Entscheidungen im Konsens getroffen werden, so dass auch die Positionen der kleineren Mitgliedstaaten als souveräne Entitäten Berücksichtigung finden müssen (vgl. ebd., S. 253).

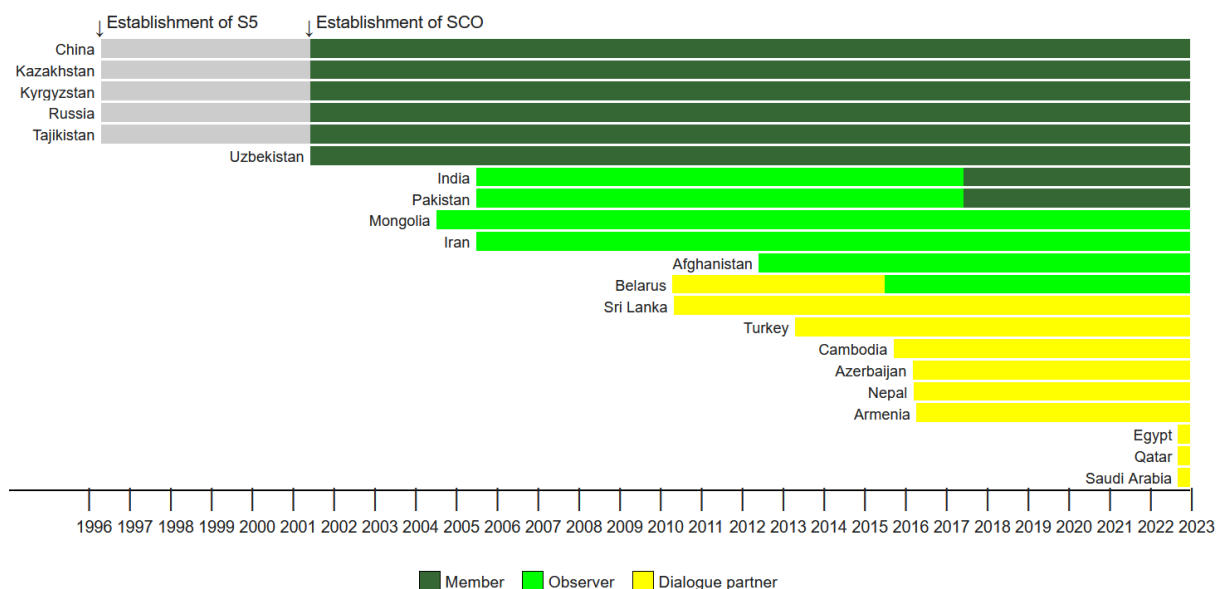
Aus historischer Perspektive war schon die Einbindung Russlands und Chinas als frühere Feinde und Rivalen in einen Kooperationsmechanismus eine beachtliche Leistung. Als sich die Mitgliedschaft 2017 durch die Aufnahme Indiens und Pakistans – beide zeitweise enge Partner der USA – auf acht Mitglieder erweiterte, ergaben sich angesichts virulenter Grenzkonflikte zwischen China und Indien sowie zwischen Indien und Pakistan noch größere Herausforderungen. Anzeichen erfolgreicher Schlichtung in den verschiedenen virulenten Grenzkonflikten mit teilweise tödlichen Zusammenstößen des chinesischen und indischen Militärs (letztmals 2020 mit 20 Toten allein auf indischer und zwischen vier und 40 Opfern auf chinesischer Seite) konnten im September 2022 in einem umstrittenen Gebiet im Osten Ladakhs nach 16 indisch-chinesischen Verhandlungsrunden auf Ebene der Heeresleitung durch einen Kompromiss gelöst werden (vgl. The Times of India, 20.08.2022 und Voice of America, 25.10.2022). Doch die Lage entlang der rund 3.400 Kilometer langen umstrittenen indisch-chinesischen de facto-Grenze („Line of Actual Control“ – LAC) bleibt konfliktanfällig mit am 09.12.2022 erneut ausgebrochenen Kämpfen im direkt östlich von Bhutan gelegenen Grenzabschnitt der Region Arunachal Pradesh (vgl. BBC, 13.12.2022).

Die erfolgreiche Einbindung Indiens in die SCO – als Partner des Westens aus der Sicht der USA „reliably unreliable“ (The Economist, 24.11.2022) – ist bemerkenswert angesichts der offenen Rivalität mit China. Indien, als „Global Swing State“ (Kliman & Fontaine 2012) in der weltpolitischen Ordnung, bewertet offensichtlich die Potenziale, die der aufstrebenden südasiatischen Großmacht durch eine vertiefte intraasiatische Kooperation unter Einschluss Chinas erwachsen, realpolitisch positiv. Der indische Außenminister Jaishankar hob die Bedeutung einer indisch-chinesischen Partnerschaft erst jüngst in einem ungewohnt positiven Tonfall hervor (The Times of India, 20.08.2022): „an ‚Asian century‘ cannot happen if India and China don’t join hands“. Dass die beiden Nachbarn viel mehr Gemeinsamkeiten als Differenzen untereinander hätten, bestätigte umgehend auch das chinesische Außenministerium (vgl. ebd.).

Indiens SCO-Integration vertieft sich durch die erstmalige Übernahme der im jährlichen Turnus rotierenden Präsidentschaft, die das ab 2023 wohl bevölkerungsreichste Land der Welt am 16. September 2022 übernahm. Das Anliegen Indiens, Englisch als offizielle oder zumindest Arbeitssprache der SCO neben Chinesisch (Mandarin) und Russisch zu etablieren (vgl. The Economic Times, 26.08.2020), könnte in dieser Periode vorangetrieben werden und damit einer weiteren regionalen Öffnung und Integrationskraft der Regionalorganisation Vorschub leisten.

Indien scheint sich trotz seiner traditionellen Nähe zu westlichen Mächten seit der Eskalation des Ukraine-Kriegs realpolitisch an eigenen Interessen orientiert verstärkt in Richtung Russland auszurichten. Dies zeigt sich in einem sprunghaften Anstieg indischer Ölimporte aus Russland (die Gesamtimporte Indiens aus Russland stiegen 2022 gegenüber dem Vorjahr fast um das Fünffache; German Foreign Policy, 06.12.2022). Evident wird diese sich vom Westen absetzende Orientierung aber auch in provokant freundschaftlichen Äußerungen des indischen Premierministers Modi gegenüber dem russischen Präsidenten Putin beim letzten SOZ-Gipfel Mitte September 2022 in Samarkant, Usbekistan (Russische Föderation, 16.09.2022): „Die Beziehungen zwischen Russland und Indien haben sich deutlich verbessert. Wir glauben, dass diese Beziehung äußerst wichtig ist. Wir sind Freunde, und wir stehen seit Jahrzehnten Seite an Seite. Die ganze Welt ist sich des Charakters der russisch-indischen Beziehungen bewusst, und die Welt weiß auch um die tiefe Freundschaft, vor allem um die persönlichen Bande der Freundschaft, die uns verbinden“.

Die SCO wird gelegentlich als „Anti-NATO“ (Behrens 2022, S. 55), als „Gegenpol zur NATO“ (Pany 2021) oder gar als „NATO des Ostens“ (Deutsche Wirtschaftsnachrichten, 02.12.2021 und Kronauer 2019, S. 36) portraitiert. Doch die Regionalorganisation ist trotz eines gewissen Grades militärischer (z.B. gemeinsame Manöver) und geheimdienstlicher Zusammenarbeit, vor allem im Bereich der Terrorismusbekämpfung, laut ihrer Charta kein Militärbündnis mit Beistandsverpflichtung (vgl. Norov 2019, S. 23) wie die NATO (Artikel 5) oder die EU (Europäische Verteidigungsunion; Artikel 42, 7 EUV). Nicht zu unterschätzen ist trotzdem die geoökonomische und damit auch geopolitische Gestaltungsmacht, die die SCO als alternatives Ordnungsmodell in einer multipolar gedachten Welt entfaltet. Dabei ist die Zielsetzung der Einhegung westlicher und insbesondere US-amerikanischer Dominanz in Asien durchaus spürbar. Die USA hatten sich um die Aufnahme als SCO-Beobachter beworben, wurden aber 2005 abgelehnt. Stattdessen verabschiedeten die Teilnehmer eine Gipfelerklärung, in der sie sich gegen eine „unipolare hegemoniale Politik“ und „gegen jegliche westliche Militärpräsenz in Zentralasien“ (Kronauer 2019, S. 36) aussprachen.



Quelle: Wikipedia 12.12.2022

Abb. 28: SCO: Mitglieder, Beobachter und Dialogpartner nach Aufnahmejahr

Die 2022 beschlossene und 2023 zu vollziehende Aufnahme des Iran als Vollmitglied der SCO – ungeachtet des strikten Sanktionsregimes der USA auch extraterritorial gegen Drittstaaten – zeigt den klaren Trend, dass sich China samt seinen SCO-Partnern Indien und Russland nicht länger vom Westen die Kooperationsbeziehungen diktieren lassen. China hatte bereits 2021 gemäß dem seitens Xi Jinping 2014 ausgegebenen Prinzip der „Großmacht-Diplomatie mit chinesischem Charakter“ (Stanzel 2021, S. 9; vgl. hierzu auch Easton 2022, S. 157) eine strategische Absichtserklärung mit dem Iran unterzeichnet, die Investitionen im Wert von 400 Milliarden US-Dollar im Öl- und Finanzsektor sowie im Infrastrukturbereich vorsieht. Der Iran spielt als Energielieferant für China und Indien eine bedeutende Rolle. Aber auch als alternativer Transportkorridor im Rahmen der Belt and Road-Initiative soll die Bedeutung Irans mit einem neuen Hafen in Tschahbahar (bisher Bandar Abbas) am Golf von Oman wachsen. Indien investiert 500 Millionen US-Dollar in den Ausbau des Hafens (vgl. Frankopan 2022, S. 209). Der International North-South Transport Corridor (INSTC) soll mit einer Bahnverbindung zum Kaspischen Meer zukünftig einen Alternativkorridor zu Russland über Georgien und die Türkei nach Europa ermöglichen (vgl. Pany 2021 und Vinokurov & Ahunbaev 2021).

Der 2022 erfolgte SCO-Beitritt Saudi-Arabiens als Dialogpartner (s. Abb. 28) ist ein Indikator, dass vormals enge Kooperationspartner der USA sich emanzipieren und ihre Bündnisorientierung zumin-

dest diversifizieren. Auch sicherheitspolitisch relevante Partnerschaften spielen für die SCO eine bedeutende Rolle: Mit der russisch dominierten Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS; weitere Mitglieder sind die GUS-Staaten Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan) unterzeichnete die SCO bereits 2007 eine Vereinbarung zur vertieften Zusammenarbeit in den SCO-Arbeitsfeldern Sicherheit, grenzüberschreitende Kriminalität und Drogenhandel.

BRICS: aufstrebendes Machtnetzwerk für eine multipolare Weltordnung

Ein erster markanter Wendepunkt in der globalen Verschiebung des weltweiten Machtverhältnisses zwischen den westlichen Industriestaaten und den aufstrebenden Schwellenländern war der Ausbruch der von den USA ausgehenden Weltfinanzkrise 2007/2008. Zudem sorgte das weitgehende Scheitern der langjährigen Forderungen der Schwellenländer nach einem ihr wachsendes Gewicht angemessener repräsentierenden Mitspracherecht in den internationalen Finanzinstitutionen für Frust unter den aufstrebenden Mächten (vgl. Effenberger 2016, S. 238). Im Internationalen Währungsfonds (IWF) verfügen, entgegen den weltwirtschaftlichen Trends der vergangenen Jahrzehnte, weiterhin allein die USA – und bei Einigkeit auch alle EU-Staaten gemeinsam – über eine Sperrminorität bei den mit einer ungewöhnlich hohen 85%-Mehrheit zu treffenden Entscheidungen.

Seit der Weltfinanzkrise 2008, die die Schwellenländer weniger hart traf als die klassischen Industrieländer, trat China zunehmend selbstbewusst gegenüber westlichen Akteuren auf (vgl. Mahbubani 2019, S. 50). Russland lud am 16. Juni 2009 zum ersten Gipfeltreffen der Staaten Brasilien, Russland, Indien und China (BRIC; Südafrika wurde erst auf Einladung Chinas Ende 2010 Mitglied der Staatengruppe) in Jekaterinburg ein. BRICS vereint mit den fünf Schwellenländern, die im Gegensatz zu den meisten Industrieländern des Westens einen ungeheuren Ressourcenreichtum und damit ein dauerhaftes Wachstums- und Machtpotenzial vorzuweisen haben, über 40% der Weltbevölkerung und – die G7-Rivalen bereits übertreffend (vgl. Forbes, 21.07.2022) – rund ein Drittel des kaufkraftbereinigten weltweiten BIP in diesem geopolitischen Block der aufstrebenden Schwellenländer.

Formelle Bewerbungen um BRICS-Mitgliedschaft seitens Argentinien und Iran im Sommer 2022 und die signalisierte Rückendeckung durch das derzeit Vorsitz führende China zur Erweiterung signalisieren den strategischen Willen des Bündnisses, über den bislang exklusiven Club der größten Schwellenländer hinaus zu einem alternativen Ordnungs- und Machtpol in einer gemäß BRICS-Sicht zunehmend multipolar geprägten Welt zu werden. Interessensbekundungen für einen Beitritt liegen zudem vor von den strategisch wichtigen SCO-Beobachter- bzw. Dialogpartnerstaaten Saudi-Arabien (Erdöl), Türkei (Integrationspol der zentralasiatischen Turkstaaten und NATO-Mitglied, aber zugleich geopolitisch volatiler „Global Swing State“; Kliman & Fontaine 2012), und Ägypten (Suez-Kanal mit 10% des global transportierten Warenflusses und geostrategisch bedeutsames Nadelöhr für die Passage von Kriegsschiffen zwischen Europa und Asien; vgl. German Foreign Policy, 10.11.2022). Formale Bewerbungen der drei geostrategisch bedeutsamen Anwärterstaaten für eine volle BRICS-Mitgliedschaft erwartet China im Jahresverlauf 2023 (vgl. Morning Star, 14.11.2022).

BRICS fokussierte von Anfang an seine Arbeit auf die Schaffung von Instrumenten und Institutionen im machtpolitisch besonders zentralen Finanzbereich. Die aufstrebenden Volkswirtschaften streben nach Emanzipation und Resilienz im geopolitischen Wettbewerb, um sich auch für den Einsatz repressiver Mittel im Abstiegskampf des Westens zu wappnen. Aus chinesischer Sicht in Ergänzung zur Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) sollte die Schaffung der New Development Bank bzw. BRICS Development Bank (NDB) für leicht zugängliche Kredite – ohne die bei der Weltbank typische und oft gezielt in die Souveränität von Staaten eingreifende politische Konditionalisierung der Kreditvergabe (vgl. The Nation, 15.06.2022) – sorgen.

Die NDB startete 2015 mit einem Kapitalstock von umgerechnet 50 Milliarden US-Dollar und gleichen Kapitalanteilen sowie Stimmrechten für alle fünf Mitgliedstaaten. Obwohl China alleine fast das Dreifache der Wirtschaftsleistung der anderen vier BRICS-Staaten aufweist, beanspruchte das initiiierende Land bei den Entscheidungen der NDB mit Sitz in Shanghai kein Vetorecht wie die USA im IWF. Die Kreditvergabe erfolgt überwiegend im Bereich Infrastrukturprojekte. Mit dem BRICS Contingent Reserve Arrangement (CRA) wurde parallel zur NDB ein Finanzinstrument zur Abfederung von Liquiditätsengpässen zwischen den beteiligten Staaten geschaffen, womit BRICS funktional in direkte Konkurrenz zum IWF tritt.

Bereits beim BRICS-Gipfel 2015 in Russland vereinbarten die Mitgliedstaaten an alternativen, von SWIFT unabhängigen Systemen für internationale Finanztransaktionen zu arbeiten. Mit dem Einsatz des SWIFT-Systems als Waffe im Wirtschaftskrieg gegen Russland nach dem Einmarsch in der Ukraine erwies sich, insbesondere für die westlichen Systemrivalen Russland und China, die Notwendigkeit eigenständiger Transfersysteme, um unverwundbar gegen US- und EU-Sanktionen zu werden. Bisher entwickelte China das Cross-Border „Inter-Bank Payments System“ (CIPS), Indien das „Structured Financial Messaging System“ (SFMS) und Russland das „System for Transfer of Financial Messages“ (SPFS).

Perspektivisch ist zu erwarten, dass nicht nur die BRICS-Staaten, sondern bei weiterer Eskalation des geopolitischen Ost-West-Konflikts längerfristig auch deren Handelspartner weltweit schrittweise dazu übergehen könnten, ihre Finanztransaktionen unabhängig von der Weltleitwährung US-Dollar und von SWIFT in eigenen Währungen und alternativen Systemen zu vollziehen. Mit dieser Entkopplung könnten die BRICS-Staaten mittel- bis langfristig ein vom westlich dominierten Weltfinanzsystem der Nachkriegszeit unabhängiges paralleles und rivalisierendes Weltfinanzsystem etablieren.

Die ultimative Bedrohung der US-Dominanz im Weltwirtschaftssystem seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs liegt aber in der Schlüsselfrage der Weltleitwährung. In dem Maße, wie NATO- und US-Strategiepapiere die geopolitisch besonders dynamischen Rivalen des Westens, Russland und China, zunehmend als einzuhegende Gefahr im globalen Einflusskampf porträtieren (vgl. NATO 2022 und White House 2022b), treiben die BRICS-Staaten ihre Pläne zur Schaffung einer BRICS-Weltleitwährung zur Ablösung des Petro-Dollars voran (vgl. Forbes, 21.07.2022). Liu & Papa (2022, S. 5) sehen den Prozess im Analysezeitraum bis 2021 schon als fortgeschritten an und konstatieren: „BRICS coalitional de-dollarization initiatives have established critical infrastructure for a prospective alternative nondollar global financial system“.

Die Ankündigung seitens Russlands Präsident Wladimir Putin im Juni 2022, die BRICS-Staaten planten eine alternative Währungskorb-basierte Weltreservewährung (vgl. Money Control, 05.10.2022), ist eine direkte Antwort auf das sanktionsbedingte „Einfrieren“²⁹ von rund der Hälfte aller im Ausland lagernden Devisenreserven der Russischen Föderation im Umfang von rund 300 Milliarden US-Dollar (vgl. ING, 22.06.2022 und The Wall Street Journal, 30.11.2022). Auch wenn der Rubel diesen Angriff als „world's best-performing currency“ (Forbes, 21.07.2022) aufgrund explodierender Energiepreise und zugleich erzwungener Rubel-Bezahlung von Importen der Westallianz aus Russland bisher glänzend überstanden hat, so handelte es sich dabei doch um eine Maßnahme, die das Vertrauen der nicht-westlichen Staaten der Weltgemeinschaft in die Verlässlichkeit von Devisenreserven in westlichen Währungen und Banken gefährlich erschüttert hat.

²⁹ Die EU teilte Ende November mit, dass die geplante Enteignung und Verwendung der russischen Zentralbank-Gelder für den Wiederaufbau in der Ukraine wegen dem völkerrechtlichen Prinzip der Staatenimmunität nicht möglich sei (vgl. The Wall Street Journal, 30.11.2022). Dass die russischen Devisenreserven von westlichen Regierungen aber wieder freigegeben werden, ist bislang nicht absehbar.

Der auf den BRICS-Währungen Real, Rubel, Rupie, Renminbi und Rand basierende Währungskorb soll in Konkurrenz treten zu den Sonderziehungsrechten des IWF und den internationalen Handel zwischen den BRICS-Staaten, aber auch interessierten weiteren Ländern – völlig unabhängig vom US-Dollar und dem Euro – ermöglichen (vgl. Forbes, 16.08.2022). Das erfolgreiche Etablieren einer BRICS-Reservewährung, so Forbes (21.07.2022), „would constitute an effective end to the petrodollar, a key pillar of the G7-led global financial system“.

ING (22.06.2022) sieht eine BRICS-Weltreservewährung jedoch nur als eine mögliche Option auf die „increasing weaponization of the dollar“ zu reagieren. Hinzu kommt der Trend der Nationalbanken, nationale Währungsreserven in Gold zu konvertieren (vgl. Wallstreet Online, 15.11.2022). China allein hat in den ersten drei Quartalen 2022 nicht nur US-Staatsanleihen im Volumen von 121 Milliarden US-Dollar abgestoßen, sondern auch fast drei Viertel der weltweiten, gegenüber dem Vorjahreszeitraum vervierfachen Nationalbankkäufe an Gold getätigt (vgl. Asia Times, 24.11.2022). Noch wurden im März 2022 laut Cambridge Analysis und IWF (zit. in Money Control, 05.10.2022) 58,8% aller Währungsreserven weltweit in US-Dollar gehalten – der tiefste Wert seit 1995 –, im Jahr 2000 waren es noch 71%. Was im Hinblick auf die BRICS-Pläne in jedem Fall zu erwarten ist, so Forbes (21.07.2022), ist „a world forever changed by the US-led financial sanctions on Russia“.

Der „Game Changer“ im internationalen Finanzsystem wird voraussichtlich die Umstellung auf rein digitale Zentralbankwährungen sein („Central Bank Digital Currency“ – CBDC). China ist in der Vorbereitung dieses Transformationsschrittes weiter fortgeschritten als alle anderen BRICS-Staaten und zugleich weltweit führend (vgl. Digital Monetary Institute 2022, S. 36). Seit dem Start des „digitalen Yuan“ (e-CNY) im Dezember 2019 akzeptieren bereits 5,6 Millionen Geschäfte in China die Digitalwährung (vgl. South China Morning Post, 12.12.2022). Zwei Jahre nach Einführung hatte der e-CNY Ende 2021 bereits 261 Millionen Nutzer in China (vgl. Unlock Media, 21.01.2022).

Die Einführung flankierend hat China im September 2021 das Schürfen und den Handel mit anonymen und staatlich nicht kontrollierbaren Kryptowährungen verboten (vgl. Tagesschau, 24.09.2021). Die Volksrepublik will mit der staatlich gesteuerten CBDC des datenschutzrechtlich gläsernen e-CNY langfristig die seit 2012 gesetzlich erlaubten privaten Zahlungsdienste Alipay und WeChat Pay ablösen, die jeweils rund 900 Millionen Nutzer haben. Diese haben ihrerseits finanzielle Hürden gesetzt, damit Kunden ihr Guthaben möglichst nicht aus dem jeweiligen Zahlungssystem herausnehmen (vgl. Biedermann & Gutierrez 2022).

China ist mit der Einführung einer staatlich kontrollierten digitalen Zentralbankwährung ein Modell für viele Länder, die bereits eigene CBDCs in Vorbereitung haben (vgl. Akolkar 2020 und ShareCast, 13.12.2022). Langfristig ist zu erwarten, dass auch westliche Staaten die Abschaffung von Bargeld anstreben, um alle Zahlungsvorgänge in einer Volkswirtschaft nachvollziehbar und kontrollierbar zu machen – das ultimative Machtinstrument in den Händen des Staates (ein „vergiftete[r] Apfel“ in den Worten von Degussa-Chefvolkswirt Polleit, zit. in WirtschaftsWoche, 11.10.2020; vgl. hierzu auch Suberg 2022).

Die jüngst bekannt gegebene Strategie des e-CNY ist, jegliches Digitalwährungsguthaben mit einem Verfallsmechanismus zu versehen, so dass es nicht akkumuliert, sondern möglichst umgehend wieder ausgegeben wird (vgl. Akolkar 2020). Nicht nur die Gefahr der Überwachbarkeit sämtlicher Transaktionen der Bürger, sondern auch die Verunmöglichung autonom gesteuerten privaten Sparens könnte hierdurch auf dem Wege der Digitalwährungen drohen. Zur Ermöglichung des internationalen Handels arbeitet China mit anderen Zentralbanken zusammen, um eine „multiple central bank digital currency (m-CBDC) bridge“ einzurichten, die ein Umgehen des SWIFT-Systems bei internationalen Zahlungsvorgängen ermöglichen würde (vgl. Digital Monetary Institute 2022, S. 36).

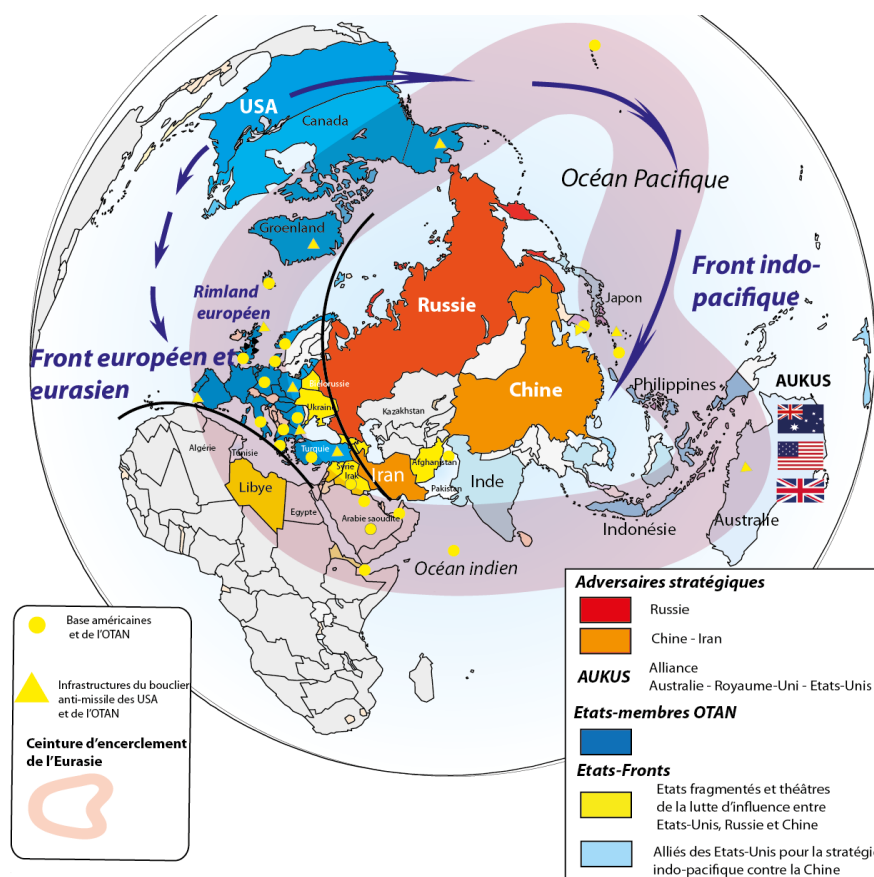
Asiatische Freihandels- und Kooperationsabkommen: Chinas wachsende Einflussosphäre

Freihandelsabkommen sind für große Exportnationen wie China von essenzieller Bedeutung, um sich den möglichst ungehinderten Zugang zu ausländischen Märkten und damit Wachstumspotenziale zu sichern. US-Präsident Barack Obama hatte im Zuge seiner verstärkten geopolitischen Ausrichtung auf Asien („pivot to Asia“) das Freihandelsabkommen der Trans-Pacific Partnership (TPP) unter Ausschluss Chinas ausgehandelt. Die USA zogen sich unter Donald Trump aus TPP zurück, was den Weg ebnete für eine Neuverhandlung der Freihandelszone unter Führung Japans und mit der Folge der Streichung der von den USA eingeforderten Sonderbedingungen.

Schließlich konnte 2018 das „Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership“ (CPTPP) zwischen Australien, Brunei, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam mit „klar antichinesische[r] Stoßrichtung“ (Grosch 2022, S. 154) abgeschlossen werden. Es umfasst über 13% der weltweiten Wirtschaftsleistung und rund 500 Millionen Einwohner. Großbritannien wird das erste Land sein, das voraussichtlich 2023 der CPTPP neu beitreten wird, um sich nach dem Brexit globaler zu positionieren. Auch China stellte im September 2021 – am Tag nach der Verkündung des US-geführten und gegen Chinas Einfluss im Indo-Pazifik gerichteten AUKUS-Militärbündnisses (s. Abb. 29; vgl. BBC, 17.09.2021 und Grosch 2022, S. 154) – einen Aufnahmeantrag (vgl. South China Morning Post, 10.10.2021 und 05.05.2022). Doch eine wirkliche Beitrittsabsicht der Volksrepublik zur vergleichsweise kleinen Freihandelszone ist fraglich, da anspruchsvolle Standards eingehalten werden müssten bezüglich öffentlichen Ausschreibungsregeln, Bindung von Staatsunternehmen an Regeln des freien Marktes und Korruptionsbekämpfung. Zudem gilt es als unwahrscheinlich, dass alle anderen, teilweise stark von den USA beeinflussten Mitglieder, zustimmen würden.

Der große transpazifische Wettbewerber Chinas, die USA unter Biden, will nicht zurück in die den US-Sonderforderungen nicht mehr entsprechende CPTPP. Die Vereinigten Staaten haben 13 Staaten mit insgesamt 2,5 Milliarden Einwohnern und 40% des weltweiten BIP, einschließlich Indien als asiatisches Gegengewicht zu China, im Mai 2022 bewegen können, sich der Initiative „Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity“ (IPEF) anzuschließen. Manche Analysten sehen IPEF als Gegeninitiative zu Chinas BRI-Projekt und werten es als „more ideological than economic“ im Sinne eines „consortium of friends instead of a relationship just for business partners“ (The Diplomat, 25.05.2022). Trotzdem wurde Taiwans Aufnahmegesuch nicht stattgegeben, wohl weil alle Beteiligten aufgrund ihrer starken China-Interdependenzen negative Konsequenzen fürchten.

Der malaysische Ex-Premierminister Mahathir Mohamad, bekannt als Interessenvertreter der Entwicklungsländer und häufiger Kritiker des Westens, wertete das US-geführte Abkommen als Versuch der Isolierung Chinas und, ohne diesen größten Wirtschaftsmotor Asiens, als nicht hilfreich zur Förderung des regionalen Wachstums (vgl. AP News, 27.05.2022). Selbst in den USA wird IPEF als „Baby Step“ (Bloomberg, 27.05.2022) verniedlicht, da bisher nur vier prioritäre Kooperationsgebiete definiert, aber keinerlei bindende Reglements oder Zollsenkungen beschlossen bzw. für die asiatischen Partner attraktive Marktzugänge seitens der USA angeboten wurden. Sie empfehlen der US-Regierung daher eher den Beitritt zu CPTPP. Da das IPEF-Abkommen niederschwellig – ohne einen, die profunde politische Unterstützung dokumentierenden Beschluss des US-Kongresses – zustande kam, besteht zudem das Risiko, dass das Abkommen bei einem erneuten Führungswechsel in Washington US-seitig unvermittelt fallen gelassen werden könnte (vgl. ebd.).



Quelle: Thomann 2021

Abb. 29: US-Splittings- und Einkreisungsstrategie im Verbund mit NATO und AUKUS zur Einhegung des eurasischen Integrationsbipols China-Russland

Die derzeit größte Freihandelszone der Welt, die „Regional Comprehensive Economic Partnership“ (RCEP), entstand 2020 durch den Zusammenschluss der zehn ASEAN-Staaten³⁰ mit ihrer „ASEAN Free Trade Area“ und fünf weiteren Staaten der Region,³¹ darunter China. ASEAN war 1967 noch in deutlicher Opposition zum damaligen Ostblock und dem kommunistischen China gegründet worden. 2009 beschlossen die ASEAN-Mitglieder einen gemeinsamen Wirtschaftsraum nach Vorbild der EU zu gründen. Die schrittweise vollzogene Annäherung an die erstarkende Wirtschaftsmacht China wurde 2010 mittels der Gründung des ASEAN-China-Freihandelabkommens besiegelt. Die Verhandlungen einer noch umfassenderen Freihandelszone begannen 2012 gemeinsam mit den ASEAN+6-Staaten³², kamen aber nicht, wie ursprünglich geplant, bis 2017 zum Abschluss.

Am 1. Januar 2022 trat das jeweils rund ein Drittel der Weltbevölkerung, des Welt-BIP und der weltweiten Exporte umfassende Wirtschafts- und Freihandelsabkommen RCEP in Kraft. Bereits im Oktober 2021 schlug der chinesische Premierminister Li Keqiang vor, RCEP im Sinne eines Sicherheitsbündnisses um die Komponente eines „System[s] kollektiver Sicherheit zur Friedenssicherung“ (Behrens 2022, S. 66) zu vertiefen. Im Vergleich zum transpazifischen Gegengewicht CPTPP strebt RCEP keinen so rigiden Abbau der Zölle (Ziel sind 90% innerhalb von 20 Jahren) samt Liberalisierung der Wirtschaft und keine so weitreichende Durchsetzung von Umwelt- und Sozialstandards an (vgl. The Globe and Mail, 15.11.2022).

Die „Association of Southeast Asian Nations“ (ASEAN) besteht unabhängig von RCEP als eigenständige internationale Organisation fort und ist trotz der RCEP-Einbindung der Volksrepublik um die

³⁰ Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam.

³¹ Außer China noch Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland.

³² China, Japan, Südkorea, Neuseeland, Australien und Indien.

Wahrung einer gewissen Balance zwischen China und den USA bemüht. ASEAN hatte mit China bereits 2003 eine „strategic partnership“ (vgl. ASEAN 2022a) vereinbart. Zum Ausgleich ging sie 12 Jahre später, also im Jahr 2015, mit den USA ein vergleichbares Abkommen ein, das 2022 zur „comprehensive strategic partnership“ aufgewertet wurde (vgl. ASEAN 2022b).

Das traditionell freihandelskritische Indien, das auf den Schutz heimischer Märkte vor konkurrenzlos günstigen Industrieprodukten aus China und Agrarprodukten aus Australien und Neuseeland pochte (vgl. Behrens 2022, S. 64) und dessen Handelsbilanzdefizit sich gegenüber den ASEAN-Staaten und China trotz Einfuhrzöllen immer weiter vergrößert hatte, zog sich 2019 aus der RECEP-Initiative zurück (vgl. Chakraborty 2022). Indien präferiert bilaterale Abkommen, um die nationale Wirtschaftspolitik differenzierter flankieren zu können. Mittels heimischer Industrieförderung unter dem Slogan „Vocal for Local“ will Indien – als politisch propagiertes anti-chinesisches Signal³³ nach dem tödlich eskalierten chinesisch-indischen Grenzstreit in der von Indien beanspruchten, aber von China kontrollierten Region Aksai Chin bzw. Ladakh (vgl. The Times of India, 21.10.2022) – die Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrie steigern, um folglich besser auf dem von chinesischen Produkten dominierten nationalen (vgl. Nag 2021, S. 121f.) sowie auf globalen Märkten konkurrieren zu können (vgl. Government of India 2021).

Im Rahmen der „Gati Shakti“-Initiative („speed and power“; Government of India Ministry of Information and Broadcasting 2021) soll in einem multimodalen Masterplan die Infrastrukturbasis für die Wettbewerbsfähigkeit Indiens als Industriestandort verbessert werden. Internationale Firmen, die wegen angeblich schwieriger werdender Investitions- und Marktbedingungen (vgl. Huotari & Jean 2022, S. 2f.) sowie wegen der wirtschaftsschädigenden „Zero-Covid Policy“ ihre Produktionsstandorte aus China verlagern (aus geostrategischer Sicht der Rivalen Chinas sogenannte „Entkoppelungsverlagerungen“; Elsner 2022, S. 239 bzw. „Friend-Shoring“; Maihold 2022), sollen im Wettbewerb mit den prioritären Verlagerungsdestinationen Vietnam, Taiwan und Thailand verstärkt nach Indien gelockt werden (vgl. The New Indian Express, 15.02.2021). Die Volksrepublik hingegen sieht einen, angeblich von westlichen Medien strategisch gegen China lancierten „capital withdrawal‘ hype“ (Global Times, 12.05.2022) durch satte Wachstumsraten nach China zufließender FDI aus allen Teilen der Welt widerlegt.

Die internationale politische Zusammenarbeit in Asien, sowohl bei ASEAN, als auch bei ASEM³⁴ oder APEC³⁵ und RECEP erfolgt – anders als bei der Europäischen Union, die zunehmend die Übertragung von Kompetenzen und damit die Abgabe faktischer Souveränität an die EU-Kommission von ihren Mitgliedern fordert – grundsätzlich unter Wahrung des Primats der nationalen Souveränität und der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten der beteiligten Staaten. Insbesondere in den gemeinsamen öffentlichen Erklärungen wird deutlich, dass der „politische Wille zur kooperativen Einschränkung der eigenen Handlungsfreiheit nicht vorhanden“ ist (Hund & Okfen 2002, S. 4). Gefolgt wird im Kooperationsgeschehen den entsprechenden „klassischen ASEAN-Normen“ (ebd., S. 3f.):

³³ Eine öffentliche Bewerbung des Industrieförderprogramms führte Premierminister Narendra Modi symbolträchtig in einem Dorf in der Nähe des gewaltsamen chinesisch-indischen Grenzkonflikts durch, der im Juni 2020 die indische Nation sehr aufgewühlt hatte. Angesichts des medial sehr emotional aufgeladenen Konflikts wundert sich Nag (2021, S. 139): „It is strange that there is apparently no anti-Indian sentiment in the general public in China“.

³⁴ Asia-Europe Meeting (ASEM): 1996 gegründetes, interregionales zwischenstaatliches Gesprächsforum, geprägt durch „relative[] Substanzlosigkeit“ (vgl. Hund & Okfen 2002, S. 9), mit 51 Mitgliedstaaten, darunter 27 EU-Mitglieder, 10 ASEAN-Mitglieder sowie u.a. Russland, China, Indien und Australien.

³⁵ Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC): 1989 gegründetes, weltweit größtes Wirtschaftsforum mit 21 Mitgliedstaaten einschließlich Russland, China, Australien, Kanada, USA und Chile, aber ohne Indien.

1. „Norm der Informalität“: freier und offener Gedanken- und Meinungsaustausch in einer ungezwungenen Atmosphäre;
2. „Norm der Einstimmigkeit“: maßgeblich vor allem bei prozeduralen und konstitutiven Entscheidungen wie z.B. bei Fragen der Mitgliedschaft oder bindenden Regulierungen bzw. Formulierungen, wodurch oft nur der kleinste gemeinsame Nenner zum Tragen kommt;
3. „Norm der Freiwilligkeit“: es bleibt im Ermessen des jeweiligen Mitgliedsstaats, ob er sich an Projekten beteiligen oder gemeinsamen politischen Zielen unterwerfen will.

Als erkennbarer „roter Faden“ kristallisiert sich damit die Leitlinie regionaler Kooperationsabkommen in Asien heraus, dass die jeweiligen nationalen Interessen handlungsleitend bleiben und die Souveränität des Nationalstaats als handelndes Subjekt unantastbar ist. Diese Prioritätensetzung erlaubt es den Staaten der Region flexibel auf Chancen und Risiken der regionalen Kooperation zu reagieren. Anders als in der supranationalen, also den Mitgliedstaaten in einigen Kompetenzfeldern hierarchisch übergeordneten Europäischen Union, werden Spannungen in den asiatischen Kooperationsforen minimiert, weil Unterschiede im System und in der politischen Kultur als natürlich betrachtet werden und es Konsens ist, dass sich eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten selbst kleinerer Staaten verbietet. Auch die übermächtige Volksrepublik China sieht sich an diese Leitlinien weitgehend gebunden und darf sich als historische sowie aktuell erneut führende Wirtschaftsmacht der Region allenfalls als „primus inter pares“ verhalten, um nicht wertvolles Ansehen und Vertrauen als Fundament von „Soft Power“ und als wichtigste Ressource konstruktiver Zusammenarbeit einzubüßen.

Chinas „Neue Seidenstraße“: Wettbewerb um die (Des-)Integration Eurasiens

Erste historische Belege über den Handel mit Seide zwischen China und Europa gehen bis ins Jahr 1200 vor Christus zurück. Im 1877 erschienenen Bericht über seine mehrjährigen Forschungsreisen nach China prägte der oberschlesische Geograph Ferdinand P.W. Freiherr von Richthofen erstmals den Begriff „Seidenstraße“ für ein Netzwerk von Handelsrouten zwischen China, Zentralasien, dem Nahen Osten und Europa.

In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg hatte das Deutsche Kaiserreich in Kooperation mit Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich versucht, aus dem Westen Europas mittels der Bagdadbahn eine dauerhafte Transportverbindung in den Nahen Osten herzustellen (vgl. Otte 2020, S. 81). In den 1960er Jahren kam es aufgrund sowjetischer Eisenbahn-Subventionen über die Transsibirische Eisenbahn zu einer ersten faktischen Neubelebung der transeurasischen Handelsroute zwischen China, Südkorea und Japan im Osten und Europa im Westen. Das Volumen des Schienengüterverkehrs auf der mit 11.000 Kilometern von Shanghai nach Hamburg deutlich kürzeren Verbindungsstrecke als auf dem Seeweg (23.000 Kilometer) blieb mit 62.000 TEU³⁶ im Jahr 1979 zu Sowjetzeiten marginal. Der transeurasische Schienentransport kam mit dem Zerfall der UdSSR komplett zum Erliegen (vgl. Behrens 2022, S. 34ff).

Die erste Idee einer neuen „Seidenstraßenstrategie“ kam nicht aus China, sondern aus den USA. 1999 hatte das Repräsentantenhaus den „Silk Road Act“ (vgl. ebd., S. 42) verabschiedet, der aber nie vom Senat bestätigt wurde. Die ehemalige Außenministerin Hillary Clinton bezeichnete bei einem Indien-Besuch 2011 die Wiederbelebung der Seidenstraße als eine „Vision für das 21. Jahrhundert“ (zit. in ebd.). Erst als Xi Jinping die „One Belt, One Road“-Initiative im September 2013 an der Nazarbayev Universität in Kasachstan und die 2015 vom chinesischen Staatsrat genehmigte und 2017 in die

³⁶ „Twenty-foot Equivalent Unit“, also Zwanzig-Fuß-Standardcontainer als Maßeinheit für Gütertransporte.

Verfassung der KPC übernommene „Belt and Road Initiative“ (BRI; vgl. Xinhua, 24.10.2017) beim World Economic Forum (WEF) 2017 in Davos vorstellte, begannen die rivalisierenden Geostrategen des Westens im vollen Umfang zu realisieren, dass mit dem modernen China erstmals eine Großmacht am Entstehen war, die außerhalb des Steuerungszugriffs des Westens sich anschickte, als Planer, Netzwerker, Financier und Umsetzer in Partnerschaft mit vielen Staaten der Welt eine globale Raumordnungspolitik voranzutreiben. Der frühere Herausgeber der Times of India, Kingshuk Nag (2021, S. 46), fasste die Analyse der Opponenten Chinas in Bezug auf das Projekt der Neuen Seidenstraße griffig zusammen: „China wants to dominate the world“.

Die Belt and Road-Initiative als eurasisches Welt-Raumordnungsvorhaben

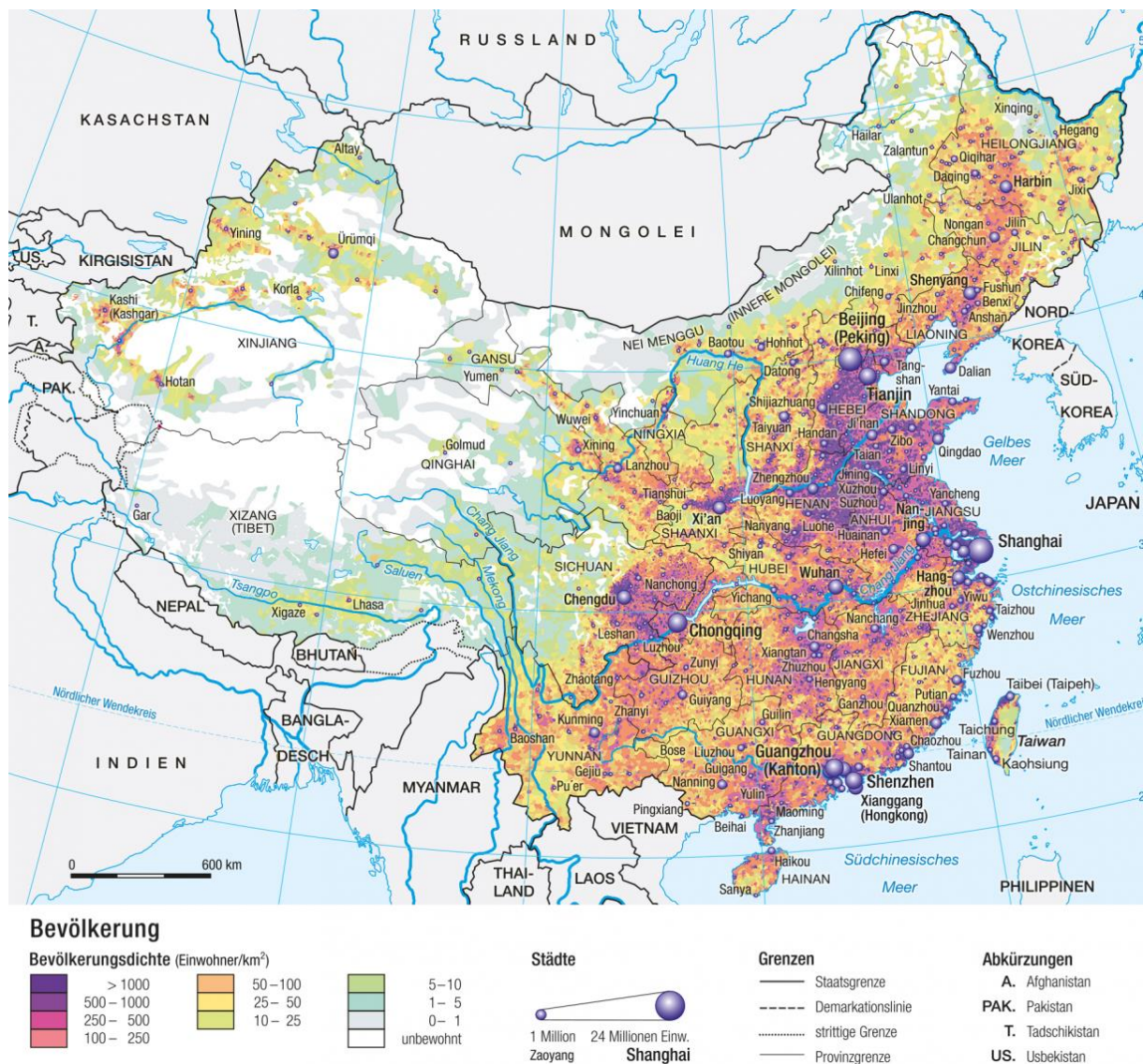
Im Kern betrifft die Belt and Road-Initiative (BRI) rund 70 Staaten, die bereits 2017 rund 40% der weltweiten Warenexporte, 35% des Zuflusses aller ausländischen Direktinvestitionen (FDI) und 60% der Weltbevölkerung repräsentierten (vgl. World Bank 2019, S. 16ff). Bis zum 100. Jahrestag des Bestehens der Volksrepublik China im Jahr 2049 soll das globale Infrastrukturnetz fertig ausgebaut sein, so das Ziel der chinesischen Regierung. Dafür wurden 2017 seitens China initiativ Finanzierungsvolumina in Höhe von insgesamt über 300 Milliarden US-Dollar bereitgestellt: 113 Milliarden aus dem 2015 geschaffenen Silk Road Fund, 40 Milliarden von der China Development Bank und der Export-Import Bank of China, 100 Milliarden von der 2015 gegründeten und aktuell 87, zukünftig 103 Mitgliedstaaten umfassenden Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) sowie 50 Milliarden von der in Shanghai ansässigen New Development Bank (NDB) der BRICS-Staaten (vgl. Nag 2021, S. 81 und Otte 2020, S. 80). Bis Ende 2017 waren in 70 betroffenen Ländern in bereits gebauten, im Bau befindlichen bzw. fest geplanten BRI-Projekten schon Geldmittel in Höhe von 575 Milliarden US-Dollar verausgabt bzw. verplant (vgl. World Bank 2019, S. 37).

Das vorgesehene Gesamtvolumen der „Belt and Road Initiative“ wurde in den vergangenen Jahren stets auf ca. 1,1 Billionen US-Dollar beziffert (vgl. Otte 2020, S.80). Morgan Stanley (2018) erwartete für den Zeitraum bis 2027 eine BRI-Investitionssumme von insgesamt 1,2 bis 1,3 Billionen US-Dollar und schloss daraus bereits auf einen geopolitischen und geoökonomischen Machttransfer zugunsten Chinas: „The initiative will accelerate China's transformation into a high-income economy and cement its position as a global economic superpower“. Tatsächlich wurde aber bereits für das erste Quartal 2020 das Überschreiten der BRI-Investitionssumme von vier Billionen [sic] US-Dollar gemeldet. Laut Weltbank wurden allein im Jahr 2020 eine halbe Billion US-Dollar in BRI-Projekte investiert, 300 Milliarden davon öffentlich finanziert bzw. abgesichert (vgl. Silk Road Briefing, 16.09.2021).

Manche Experten schätzen das langfristige BRI-Investitionsvolumen auf bis zu acht Billionen US-Dollar (vgl. Hillman 2018 und Rolland 2019, S. 4). Trotzdem entspräche dies nur einem Anteil von wenigen Prozent der gesamten allein im Zehnjahreszeitraum bis 2025 erwarteten 78 Billionen US-Dollar an Infrastrukturinvestitionen weltweit. Im Jahr 2013 lag das global investierte Jahresgesamtvolumen für Infrastrukturprojekte bei vier Billionen. Laut Prognosen von Oxford Economics soll es sich bis 2025 auf neun Billionen US-Dollar pro Jahr erhöhen. Rechnet man zu den dezidiert BRI gewidmeten Volumina die übrigen chinesischen Infrastrukturinvestitionen hinzu, so wird Chinas Anteil bis 2025 auf 60% des Weltvolumens an Infrastrukturinvestitionen ansteigen, während sich der Anteil Westeuropas in diesem Zeitraum von nur wenigen Jahren auf 10% der weltweiten Investitionen halbiert haben soll (vgl. Pricewaterhouse Coopers 2014, S. 6).

Für China bedeutete die Initiative der „Neuen Seidenstraße“ die Chance durch die Schaffung von Win-Win-Situationen entlang der Transportkorridore und Entwicklungsachsen internationale Partnerschaften fast flächendeckend über weite Teile des Globus zu etablieren. Damit würden sich jenseits der krisenanfälligen Seehandelswege auf zuverlässiger kontrollierbaren Landrouten alternative und

schnellere Transportmöglichkeiten sowie neue Märkte erschließen lassen. Die erste zu nehmende infrastrukturelle Hürde lag jedoch in der disparitären Entwicklungsstruktur des mit fast zehn Millionen Quadratkilometern viertgrößten Landes der Erde selbst. Fast alle Industriezentren hatten sich in den Hafenstädten und der Küstenregion der Pazifikküste im äußersten Osten und Süden des Landes gebildet. Neben dem größten Containerhafen der Welt in Shanghai befinden sich dort sechs weitere der zehn umschlagstärksten Häfen der Welt (vgl. Sommer 2022, S. 72). An der Pazifikküste konzentriert sich neben der Wirtschaftskraft auch ein Großteil der Bevölkerung (s. Abb. 30).



Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung 2021

Abb. 30: Bevölkerungsverteilung und -dichte in China nach Provinzen 2020 in Einwohnern pro km²

Die infrastrukturellen Defizite des Landesinnern ging der chinesische Staat mit historisch weltweit beispiellos umfangreichen Infrastrukturprogrammen an. Das Autobahnnetz wurde ab 1988 von Null auf 131.000 Kilometer bis Ende 2016 ausgebaut. Das gesamte Schienennetz Chinas sollte 2020 eine Länge von 150.000 Kilometern erreichen, die Hochgeschwindigkeitsstrecken Ende 2019 bereits 30.000 Kilometer (vgl. Sommer 2022, S. 71). Stand 01.09.2022 betrug die Länge des chinesischen Hochgeschwindigkeitsnetzes mit 40.474 Kilometern³⁷ nur drei Jahre später bereits das 55-fache des

³⁷ Geplant war ursprünglich, das Ziel von 38.000 Kilometern erst 2025 zu erreichen (vgl. Otte 2020, S. 80).

US- und das 25-fache des schon deutlich früher ausgebauten deutschen Netzes (vgl. Statista, 20.10.2022). Als BRI-Rückgrat für den schienengebundenen Anschluss der Volksrepublik an die westlichen Teile Eurasiens gilt die fast 2.000 Kilometer lange Hochgeschwindigkeitsstrecke von Lanzhou in der Provinz Gansu nach Urumqi, der Hauptstadt der im Nordwesten des Landes gelegenen Autonomen Region Xinjiang (vgl. CNBC, 31.10.2027).

Den Bestand von 202 nationalen und internationalen Flughäfen im Jahr 2016 hat China innerhalb von nur vier Jahren um 93 neu gebaute Flughäfen erweitert. Von 2021 bis 2025 sollen nochmals 85 neue Flughäfen³⁸ hinzukommen (vgl. Sommer 2022, S. 72). Entsprechend rechnet sich Boeing in den kommenden zwei Jahrzehnten in China einen Markt von 1,1 Billionen US-Dollar aus, der mit dem Verkauf von insgesamt 7.000 Verkehrsflugzeugen erzielt werden soll (vgl. Frankopan 2022, S. 190). Insgesamt verbaute China allein zwischen 2011 und 2013 ganze 6,4 Milliarden Tonnen Sand und damit fast die Hälfte mehr als die USA im gesamten 20. Jahrhundert verbrauchten (vgl. Sommer 2022, S. 71).

BRI-Korridore zu Land und zu See als Entwicklungsachsen bzw. Entwicklungspole

Mit der für den gesamten chinesischen Staatsapparat rahmensetzenden Übernahme der BRI in die KPC-Verfassung im Jahr 2017 im Sinne von „following the principle of achieving shared growth through discussion and collaboration, and pursuing the Belt and Road Initiative“ (Xinhua, 24.10.2017), wurde das Projekt innenpolitisch und als Signal an potenzielle Partnerländer nach außen als dauerhafte politische Top-Priorität Chinas festgeschrieben, die unabhängig von personeller Partei- und Staatsführung dauerhaft verfolgt werden würde (vgl. Panda 2017). Die zwei Hauptkomponenten des Mega-Programms der „Belt and Road“-Initiative sind einerseits der landgestützte „Silk Road Economic Belt“ und zum anderen die „21st Century Maritime Silk Road“ (Xinhua, 24.10.2017). Die wichtigsten landgestützten Korridore in Eurasien gliedern sich in folgende Transport- und Entwicklungsachsen (s. Abb. 31):

- A. Nordost-China – Mongolei – Russland;
- B. China – Kasachstan – Russland – Westeuropa³⁹;
- C. China – Zentralasien – Iran – Türkei – Europa⁴⁰;
- D. China – Pakistan⁴¹;
- E. China – Nepal – Indien;
- F. China – Myanmar – Indien – Bangladesch;
- G. China – Vietnam / China – Thailand – Malaysia – Singapur.

Die in der BRI-Routenkarte als „B“ gekennzeichnete „Neue Eurasische Landbrücke“ ist die Bahnachse, die durch jahrelange Modernisierungsarbeiten seitens Russland an der Transsibirischen Eisenbahn schon vor dem Aufkommen der chinesischen Belt and Road-Initiative einen stärkeren Zuwachs an

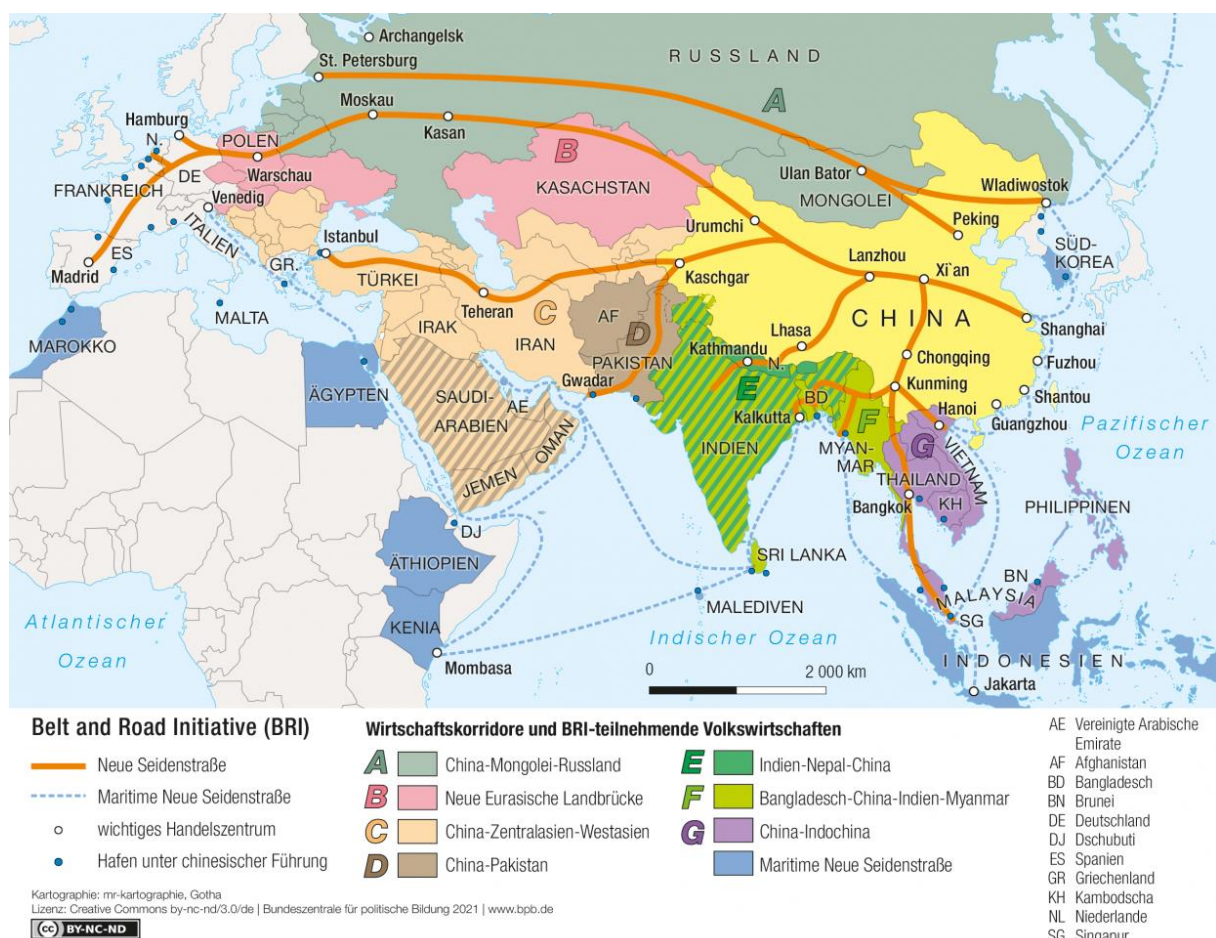
³⁸ Man beachte, dass in Deutschland die Bauzeit allein des Flughafen Berlin 14 Jahre betrug (9 Jahre bzw. zwei Drittel davon betrug allein die außerplanmäßige Verzögerung).

³⁹ Als „Neue Eurasische Landbrücke“ war dieser Schienenkorridor bis zur Eskalation des Ukraine-Kriegs und der Russland-Sanktionen das Herzstück der „Neuen Seidenstraße“. In der Karte fehlt die seit 2019 nutzbare „Mittlere Route“, allerdings mit deutlich geringerer Kapazität und hohem Zeitaufwand: China – Kasachstan – Schiffsverladung nach Aserbaidschan – Georgien – Türkei – (Süd-)Osteuropa (vgl. Statista, 17.11.2020).

⁴⁰ Geplanter Baubeginn für die chinesisch-zentralasiatische Lückenschließung ist 2023. In der Karte fehlt der 2020 zwischen Russland, Iran und Indien vereinbarte „International North-South Transport Corridor“ (INSTC; vgl. Vinokurov & Ahunbaev 2021, S. 4).

⁴¹ Der 2015 begonnene „China-Pakistan Economic Corridor“ (CPEC) verläuft durch das zwischen Indien und Pakistan umstrittene Kaschmir-Gebiet und bildet einen investiven Hauptschwerpunkt der BRI.

Güterverkehrsaufkommen zu verzeichnen hatte. Gegenüber einem Monat Laufzeit auf dem Seeweg (derzeit kann sich diese wegen Logistikproblemen in China auch auf zwei Monate verlängern; vgl. Kloss 2022) dauerten Gütertransporte auf dem Schienenweg auf dieser Route 2008 noch 28 Tage und 2013, also dem Jahr der BRI-Ankündigung, nur noch 16 bis 21 Tage. Bereits 2015 war eine Transportdauer über den gesamten eurasischen Doppelkontinent hinweg von 12 bis 14 Tagen erreicht worden (vgl. Hennig 2017). Insgesamt verkehrten von China nach Europa 2013 nur 80 Züge (2011 waren es erst 17 gewesen), in der Gegenrichtung noch keiner. Zwei Jahre später hatte sich der Bahnverkehr schon verzehnfacht mit 815 Güterzügen 2015, fast ein Drittel bereits von Europa in Richtung China (vgl. Mordor Intelligence 2022).



Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung 2021

Abb. 31: Eurasische Hauptkorridore und Zielregionen der chinesischen „Belt and Road“-Initiative (BRI)

Eine weitere Verzehnfachung der Güterzüge konnte bereits 2019 mit über 8.000 erreicht werden, nun bereits mit fast der Hälfte der Züge aus Europa gen China. 2021 wurde schließlich der vorläufige Gipfelpunkt mit etwas über 15.000 Güterzügen erreicht, was einem Wert der transportierten Waren von 75 Milliarden US-Dollar entsprach – gegenüber nur acht Milliarden 2016 (vgl. The Economist, 06.09.2022) als die auf dem Schienenweg transportierten Waren nur 2,1% des gesamten Warenhandels zwischen China und der EU ausgemacht hatten (vgl. Europäische Kommission 2019a, S. 8). Die Güter aus China, die über die bis 2019 allein nutzbare Nord-Route via Russland transportiert wurden, landeten bis zur Eskalation des Ukraine-Kriegs zu rund 30% im Duisburger Hafen, dem größten Binnenhafen Europas und dem Haupt-Brückenkopf der „Neuen Seidenstraße“ in Westeuropa (vgl. Statista, 17.11.2020). Die Wettbewerbsfähigkeit des eurasischen Schienengüterverkehrs war erreicht: Er war deutlich kostengünstiger als Luftfracht und deutlich schneller als der Seeweg.

Der vor allem in den Jahren 2014 bis 2019 wachsende Anteil von Zügen aus Europa in Richtung China bestätigt die Potenziale, die eine Studie des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche für die österreichische Wirtschaft betonte (vgl. Reggentin 2019). Während der damalige FPÖ-Verkehrsminister Andreas Reichhardt als klarer Befürworter des Großprojekts auftrat, sahen einzelne Logistikunternehmen den Nutzen eher bei chinesischen Firmen, die den EU-Markt noch leichter mit ihren Waren versorgen könnten (vgl. ebd.).

Doch auch die EU verfolgt eigene Interessen für Rohstoffbezug aus und Absatzmärkte in Zentralasien. In der Region hat sie in den vergangenen Jahren – an zweiter Stelle hinter China – den nördlichen Nachbarn Russland als zweitwichtigsten Wirtschaftspartner abgelöst (vgl. Europäische Kommission 2019a, S. 4). Die EU sieht zwar die starke Abhängigkeit zentralasiatischer Staaten von China kritisch (Kirgisistan ist mit 40% seiner Auslandskredite gegenüber China verschuldet und Tadschikistan sogar zu 50%), gesteht aber auch ein, dass sie nicht die gleichen finanziellen Mittel zur Verfügung habe für den dringend benötigten Infrastrukturausbau in der Region und daher eher auf Komplementarität bei der Konnektivitätsstrategie für Zentralasien setze (vgl. ebd., S. 8 u. 11).

Seit der Eskalation des Ukraine-Kriegs im Februar 2022 und dem Wirtschaftskrieg zwischen der EU und Russland rückt Zentralasien, trotz infrastruktureller Herausforderungen und – je nach Route – deutlich häufigerer Grenzquerungen, verstärkt in den Fokus des Ausbaus der Seidenstraßen-Routen. Zur Umgehung Russlands werden Schiffsverladungen über das kaspische Meer aus Kasachstan nach Aserbaidschan und über das Schwarze Meer von Georgien nach Rumänien vorgenommen bzw. Umverladungen in Georgien auf LKW für den Transport über die Türkei nach Europa (vgl. Eldem 2022). Die Reisezeiten steigen je nach Spedition und Reiseweg durch die plötzliche Überlastung der zuvor kaum nachgefragten Kapazitäten und mehrfache Wartezeiten an Verladepunkten um einige Tage bis zu mehreren Wochen (vgl. Kloss 2022). Die Alternativrouten durch Zentralasien können erst mittelfristig ausgebaut werden, so z.B. ab 2023 ein 280 Kilometer langer Abschnitt von China über Kirgisistan nach Usbekistan, für den 4,1 Milliarden US-Dollar investiert werden (vgl. The Economist, 06.09.2022).

Auch die Seewege der „maritimen Seidenstraße“ weisen vulnerable neuralgische Punkte auf, die im Krisen- oder Konfliktfall eine Blockade des gesamten Seehandelsverkehrs bedeuten könnten (s. Abb. 32). Aus diesem Grund investiert China nicht nur in die Aufrüstung der Marine zur Sicherung seiner Handelsrouten von Dschibuti bis ins Ostchinesische Meer, sondern auch in den Ausbau alternativer Transportkorridore (Pipeline, Schiene, Straße) in Richtung Indochina, Myanmar und Pakistan. Die rund ein Fünftel kürzere „Polare Seidenstraße“ (Grosch 2022, S. 155) durch die Beringstraße über das nördliche Eismeer nach Europa erschließt China in Partnerschaft mit Russland. Durch diverse Alternativkorridore können somit im Konfliktfall angesichts deutlich verstärkter US-Marine-Präsenz (vgl. Orzechowski 2016, S. 263) leicht zu blockierende Seewege wie das Südchinesische Meer⁴², die Taiwanstraße oder die Straße von Malakka umgangen werden (vgl. The Diplomat, 09.04.2020).

Doch eine verlässliche Absicherung der Handelswege ist weder zu See noch zu Land möglich. Chinas und Russlands partnerschaftlich vorangetriebenes Vorhaben der eurasischen BRI-Schienenvernetzung wurde durch den langfristigen Aufbau der Spannungen durch die absprachewidrigen NATO-Osterweiterungen (vgl. Generalmajor a. D. der Bundeswehr Schultze-Rhonhoff 2022, S. 15) und den Ukraine-Krieg seit 2014 sowie mit der Eskalation 2022 gestoppt. Doch die relativen Geländegewinne der USA und der EU im geopolitischen Wettbewerb um die Integration Eurasiens dürften nur von mittelfristiger Dauer sein. Denn mit dem Ausbau alternativer Transportkorridore durch Zentralasien und den Iran werden neue wettbewerbsfähige Alternativrouten entstehen und zudem das Netz der

⁴² Allein durch das Südchinesische Meer werden rund 30% des Volumens des weltweit gehandelten Rohöls – 42% davon mit Ziel China – transportiert (vgl. Vessel Finder, 29.08.2018).

BRI-Entwicklungachsen in den Ausweichräumen dichter werden. Das BRI-Gesamtnetz dürfte somit langfristig an Resilienz gewinnen, indem Passagen durch regionale Konfliktgebiete zukünftig flexibel über Alternativkorridore mit Bypass-Funktion entlastet werden können.

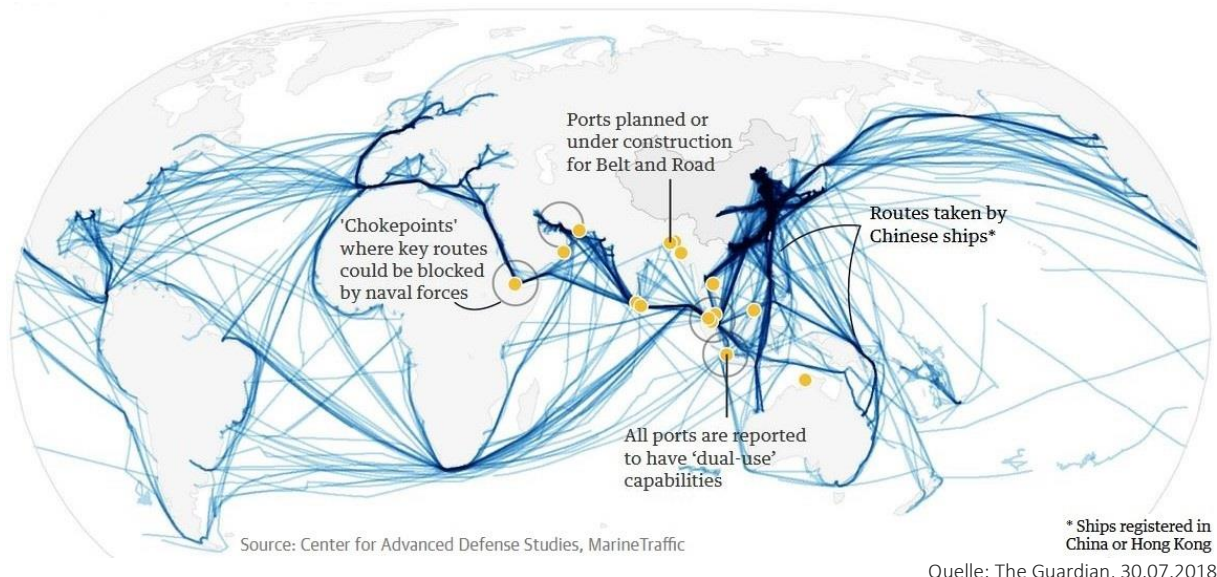
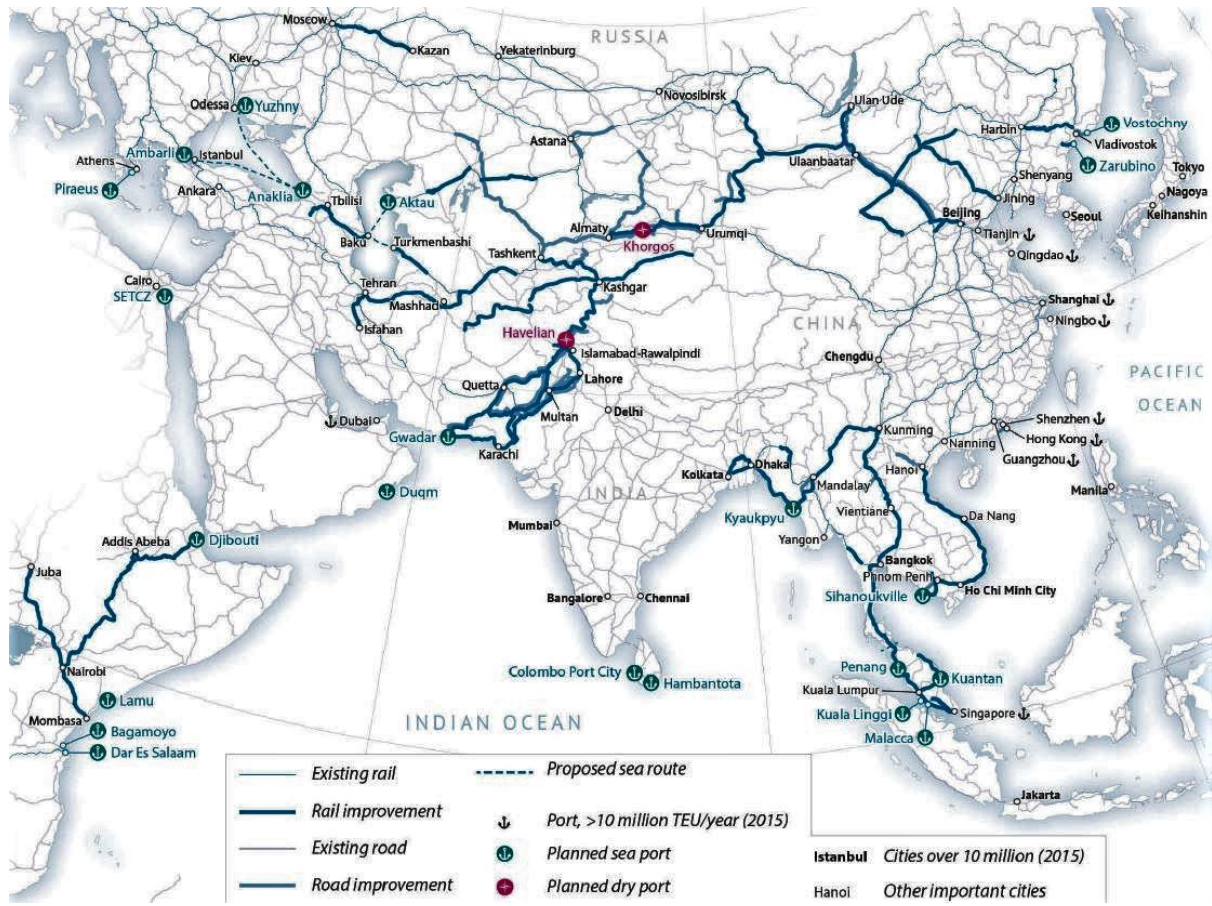


Abb. 32: Weltweite Routen in China und Hongkong registrierter Schiffe und strategische Punkte entlang der maritimen BRI

Rolland (2019, S. 5) verweist auf den weit über Transportinfrastruktur hinausgehenden, seitens China intendierten gesamtheitlichen BRI-Ansatz der weit gefassten „Five Connectivities“ hin: 1.) Politik-Koordination; 2.) Infrastruktur; 3.) Freihandel; 4.) Finanzkooperation; 5.) personenbezogene Austauschprogramme. Die linienhafte Transportinfrastruktur zur Herstellung räumlicher Verbindungen steht bei der öffentlichen Wahrnehmung der BRI-Initiative zwar im Vordergrund. Doch die BRI-Investitionsvolumina verteilen sich auf unterschiedliche Wirtschaftssektoren wie Energie (37%), Transport (27%), Produktion (12%), Baugewerbe (5%) sowie digitale Konnektivität (vgl. Welt Nachrichtensender, 26.10.2022). In Bezug auf den Energiesektor unterstreichen Westphal, Pastukhova & Pepe (vgl. 2022, S. 5) die häufig unterschätzte geostrategische Bedeutung der nahezu unumkehrbaren Setzung divergierender technologischer Standards, die mit dem räumlichen Ausbau und der Integration von Elektrizitätsnetzwerken seitens China im Rahmen der BRI-Initiative einhergeht.

Insbesondere für chinesische Unternehmen stellen die vielfältigen BRI-Infrastrukturprojekte (s. Abb. 33) ein massives Konjunkturprogramm dar. Sie waren bis 2021 kumuliert in mehr als 5.500 BRI-Infrastrukturprojekten im Ausland involviert.⁴³ In Europa konzentrieren sich diese vor allem auf Südosteuropa und in etwas geringerem Maße auf Mitteleuropa (vgl. Holz 2022). Allein bis 2017 hatten sich chinesische Baufirmen bereits Aufträge für BRI-Projekte im Umfang von 340 Milliarden US-Dollar gesichert und damit ein um mehr als 50% größeres Volumen als zeitgleich BRI-Finanzmittel aus China geflossen waren (vgl. The Guardian, 30.07.2018). Die neu unterzeichneten Bauverträge beliefen sich für chinesische Firmen 2020 auf ein Volumen von insgesamt 140 Milliarden US-Dollar (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.08.2021). Nicht umsonst stellt China heute bereits 27 der weltweit größten 100 Baukonzerne, während es im Jahr 2000 nur neun waren. Europäische Bau-firmen dominieren aber nach wie vor global mit 37 (früher 41) unter den Top-100, während die US-Baukonzerne mit sieben (früher 19) innerhalb von zwei Jahrzehnten deutlich zurückgefallen sind (vgl. Brautigam & Rithmire 2021).

⁴³ Für einen tagesaktuellen Überblick zu Fortschritten bei den BRI-Projekten siehe die Sammlung der (Medien-) Berichte unter folgendem Link: https://eng.yidaiyilu.gov.cn/info/iList.jsp?cat_id=10058



Quelle: World Bank 2019, S. 46

Abb. 33: Verkehrsinfrastrukturprojekte (Auswahl) der Belt and Road-Initiative (BRI) Stand Anfang 2019

Die chinesische Regierung betont regelmäßig, dass nicht sie „top-down“ die BRI-Projekte bestimme, sondern im Sinne von „shared growth through discussion and collaboration“ (Xinhua, 24.10.2017) Kooperationsvereinbarungen mit interessierten Partnerländern gesucht würden. Je nach nationaler Gesetzgebung des Landes, in dem die Projekte umgesetzt werden sollen, müssen sich auch chinesische Firmen als Bieter den jeweils gültigen Ausschreibungsregeln unterwerfen. Die bei pionierartiger Infrastrukturerschließung stets mit einer gewissen Unsicherheit behaftete Frage der Rentabilität der Projekte birgt für die staatliche chinesische Finanzierung das Risiko des Kreditausfalls und für den Staat des Umsetzungsstandorts das Risiko des Verlusts der operativen Kontrolle über die Infrastruktur und zudem das Risiko politischer Abhängigkeiten im Zuge von Überschuldung.

Die Tatsache, dass es China bis Januar 2021 gelungen war, mit bereits 147 Staaten (vgl. South China Morning Post, 12.03.2022; s. Abb. 34), darunter 18 EU-Staaten, und mit 32 internationalen Organisationen Kooperationsabkommen bzw. Absichtserklärungen (MOU) zur Umsetzung der BRI-Infrastrukturprojekte zu unterzeichnen, ist ein Indikator für die insgesamt recht positive Resonanz, die der chinesische Vorstoß für ein Upgrade der globalen Infrastruktur und Konnektivität allgemein erfahren hat (vgl. South China Morning Post, 12.03.2021).

Internationales bezeichnet die japanisch-indische Initiative in einer Studie von Taniguchi (2020, S. 4) als eine „vision without concrete achievement“ und geht davon aus, dass diese ohne Kurswechsel irrelevant werden und in Vergessenheit geraten würde. Pant & Mattoo (2022) von der Observer Research Foundation bewerten den „much-hyped Asia-Africa Growth Corridor“ auch zwei Jahre später ähnlich vernichtend als „notable disappointment[]“, da er beim bilateralen Gipfeltreffen zwischen Indien und Japan nicht einmal mehr Gesprächsthema war. Die Zielsetzung der gegen Chinas Einfluss im Indo-Pazifik gerichteten militärischen Partnerschaft (vgl. Grosch 2022, S. 154) – der Economist (24.11.2022) nennt sie „diplomatic network“ – der Staatengruppe USA, Australien, Japan und Indien im Rahmen des „Quadilateral Security Dialogue“ (Quad), ihren diplomatischen Einfluss in der Region durch vertrauensbildende Maßnahmen mittels Befriedigung dringlicher Infrastrukturbedarfe entlang Asiens Küsten zu vergrößern, sei somit durch zwei der vier Quad-Staaten bereits eindeutig verfehlt worden.

Fünf Jahre nach Xi Jinpings Ankündigung der BRI lancierte die Europäische Union eine „EU-Asien-Konnektivitätsstrategie“. Die Außenwirtschaftsagentur der Bundesregierung Germany Trade and Invest (2021, zit. in Kronauer 2022, S. 125) kam in ihrer Analyse der EU-Initiative drei Jahre später zur Schlussfolgerung, dass „in keiner der drei Dimensionen [...] nennenswerte Erfolge erzielt“ worden waren. Schließlich legte die EU-Kommission 2021 nach und verkündete die „Global Gateway“-Initiative „to boost smart, clean and secure links in digital, energy and transport and strengthen health, education and research systems across the world [...] fully aligned with the UN's 2030 Agenda and its Sustainable Development Goals (SDGs) and the Paris Agreement“ (Europäische Kommission 2021b; vgl. hierzu auch Germany Trade and Invest 2022a).

Die angekündigten 300 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2021 bis 2027 setzen sich jedoch fast ausschließlich aus bereits zuvor existierenden und lediglich als „Global Gateway“ umetikettierten Fördervolumina zusammen (vgl. Politico, 30.11.2021), die in einem wohlklingenden „Team Europe approach“ (Europäische Kommission 2021b) von den verantwortlichen EU-Stellen koordiniert und durch erst einzuwerbende private Investitionsgelder ergänzt werden sollten. The Economist (01.12.2021) kommentierte dieses Vorgehen abschätzig mit „bullshit rules in Brussels“ und das Handelsblatt (01.12.2022) kanzelte das globale Vorhaben nach einem Jahr ohne messbare Ergebnisse als „Etikettenschwindel“ und „Europas Milliardenbluff“ ab.

Auch die G7-Staaten boten den Entwicklungsländern weltweit Ende 2021, also gut acht Jahre nach der Ankündigung der Belt and Road Initiative, eine unter US-Präsident Bidens Slogan vermarktete „Build Back Better World“-Initiative (B3W) als Alternative zur chinesischen Infrastrukturinitiative an (vgl. Kronauer 2022, S. 125). Aus der Sicht der Zielgruppe der zu begünstigenden Staaten wurde angemahnt, dass die G7 und China beide Initiativen doch in Synergien erzeugender Abstimmung entwickeln sollten, zumal B3W einen komplementären Ansatz verfolge zur stark Projekt- und Output-fokussierten und mit chinesischen Finanzmitteln versorgten BRI-Initiative (Chaziza 2021): „The B3W initiative aims to mobilize bilateral and multilateral as well as private-sector capital for investment in climate, health and health security, modernized digital technology, gender equity, and equality.“

Zum 50. Jahrestag der Wiederaufnahme erster diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und China durch Richard Nixon und Mao Zedong 1971 erklärte der bis Ende 2022 amtierende Außenminister Wang Yi die Bereitschaft Chinas zur Mitwirkung in B3W und lud im Gegenzug die USA zur Partnerschaft in BRI ein (vgl. Reuters, 28.02.2022). Doch schon beim nächsten G7-Gipfel im Juni 2022 stellte sich heraus, dass B3W mit seinem Anspruch, einen substanziellen Beitrag zur Schließung der Infrastrukturfinanzierungslücke in den Entwicklungsländern von insgesamt 40 Billionen US-Dollar bis 2035 zu leisten, nach nur einem Jahr und ganzen sechs Millionen (sic) US-Dollar an Infrastrukturinvestitionen bereits gefloppt war.

Unter neuer Verpackung sollte die G7-Initiative schließlich als „Partnership for Global Infrastructure and Investment“ (PGII) vermarktet werden (Xinhua, 03.09.2022). Trotz der diesmal angekündigten 600 Milliarden US-Dollar bis 2027 - „[a]nd this will only be the beginning“ (White House 2022a) –, 200 Milliarden davon aus den USA und 400 Milliarden von der EU und den übrigen G7-Staaten, scheint keiner der G7-Akteure in größerem Umfang zusätzliche eigene Mittel aufbringen zu können, da neben – wahrscheinlich wie bei Global Gateway der EU eh schon zuvor anderweitig eingeplanten – staatlichen Fördermitteln und Krediten wieder auf erst zu mobilisierende Privatinvestitionen verwiesen werden musste (vgl. ebd.).

BRI als Entwicklungsprogramm oder Schuldenfalle?

Chinas Kreditvergabe an Entwicklungs- und Schwellenländer wurde seit 2008 stark ausgeweitet. Die Volksrepublik überholte als größter Geber öffentlicher Kredite 2013 die 21 Industrie- und Schwellenländer des Pariser Club und 2014 die Weltbank (vgl. BBC, 06.01.2022). Besonders ausgeprägt war das Wachstum des Kreditvolumens in Subsahara-Afrika und in Südasien (s. Abb. 35). AidData zufolge gibt es über 40 Entwicklungsländer weltweit, deren Verschuldung gegenüber China über 10% ihres BIP ausmacht. Bei Djibouti, Laos, Sambia und Kirgisistan liegt die auf China bezogene Verschuldungsquote bei über 20% ihres BIP (vgl. BBC, 06.01.2022). Von den gesamten Auslandsschulden afrikanischer Staaten Ende 2020 in Höhe von insgesamt 696 Milliarden US-Dollar entfielen 12% auf Kreditgeber aus China, 52% auf bilaterale und multilaterale Geber der Entwicklungszusammenarbeit und 35% auf Kredite privatwirtschaftlicher Banken (vgl. Germany Trade and Invest 2022b). Der Anteil afrikanischer Kredite mit hohem Ausfallrisiko ist von 2013 bis 2022 von etwas über 20% auf über 60% angestiegen und wird sich mit der Zinswende noch verschärfen (vgl. Scherer 2022). Im Kontext der rasch anwachsenden US-Staatsverschuldung und ähnlicher Entwicklungen in zahlreichen westlichen Industrienationen scheint sich jenseits der afrikanischen eine gefährliche Weltschuldenkrise anzubahnen.

Für Afrika bedeuteten die chinesischen Kredite mit durchschnittlich 2,7% Zinsniveau⁴⁵ im Jahr 2020 einen massiven Schub in der Infrastrukturentwicklung. Offiziellen chinesischen Angaben zufolge wurden über 10.000 Kilometer Eisenbahnverbindungen, fast 100.000 Kilometer Schnellstraßen, 1.000 Brückenbauwerke und 100 Häfen allein im Bereich Transportinfrastruktur finanziert (vgl. Mission of the People's Republic of China to the EU 2022). Anfang November 2022 wurde der Bau des mit 20 Millionen TEU größte Hafen Afrikas in Bagamoyo – kapazitätsstärker als Europas größter Hafen in Rotterdam – zwischen China und Tansania vereinbart. Für den afrikanischen Epochenwandel symbolisch war Bagamoyo bis 1873 noch Hafen für den arabischen Sklavenhandel⁴⁶ und von 1888 bis 1891 Hauptstadt der Kolonie Deutsch-Ostafrika gewesen. Bagamoyo soll als Import- und Exporthafen⁴⁷ verschiedene afrikanische Volkswirtschaften enger an China binden und Ausgangspunkt für

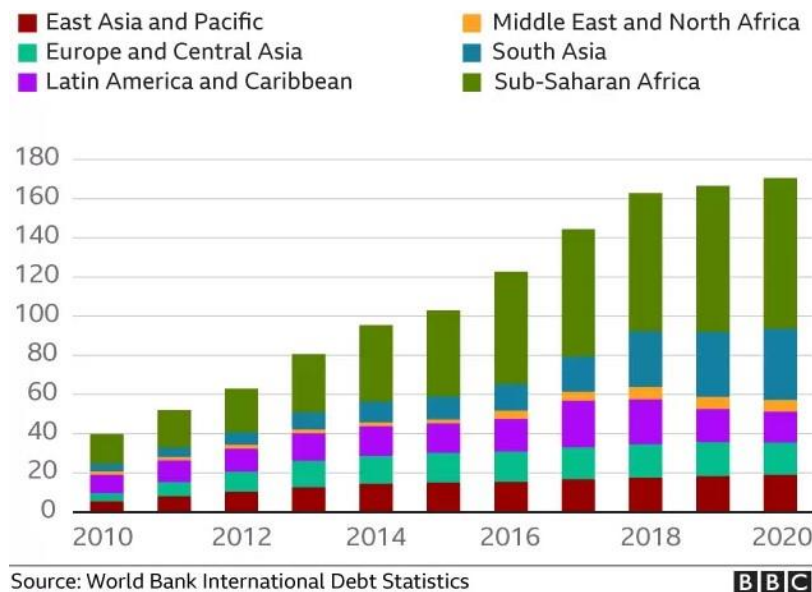
⁴⁵ Die Zinssätze chinesischer Kredite für Afrika lagen 2020 etwa halb so hoch wie bei sonstigen Privatkrediten an afrikanische Nehmer und fast doppelt so hoch wie die durchschnittlich 1,4% Zinsniveau bei bilateralen und multilateralen Gebern der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika (vgl. Germany Trade and Invest 2022b).

⁴⁶ Der Ortsname „Bagamoyo“ kommt von „Bwaga-Moyo“ und bedeutet auf Swahili „Leg dein Herz nieder“, weil die dort verschifften Sklaven ihre Heimat niemals wiedersahen. Insgesamt wurden durch islamische Händler im Zeitraum 650 bis 1920 über 17 Millionen Sklaven aus Schwarzafrika deportiert, während dem europäischen transatlantischen Sklavenhandel zwischen 1450 und 1870 insgesamt 11,5 Millionen Afrikaner zum Opfer fielen (vgl. Flaig 2009, S. 149).

⁴⁷ Der 2021 verstorbene Präsident John Magufuli hatte das unter seinem Vorgänger vereinbarte 10 Milliarden Dollar-Projekt als „exploitative and awkward“ (Asia Times, 09.11.2022) kritisiert und 2019 gestoppt. China hat Tansania im Zuge der Neuauflage des Hafenprojekts einen Teilschuldenerlass gewährt, der sich einreicht in eine Serie von insgesamt 23 chinesischen Kreditabschreibungen zugunsten 17 afrikanischer Staaten in Höhe von 610 Millionen US-Dollar (vgl. Daily News Tanzania, 04.11.2022).

die geplante kontinentale Schienenquerung nach Angola werden (vgl. Asia Times, 09.11.2022 und Breuer 2017, S. 3).

Über Projekte für Transportinfrastruktur hinaus tätigt China in Afrika umfangreiche Investitionen in Kraftwerke, Krankenhäuser und Schulen. Schon 2018 hatten mehr als 10.000 chinesische Unternehmen einen Sitz in Afrika (vgl. Otte 2020, S. 88). Entsprechend bewerten 63% der Afrikaner in Umfragen den wirtschaftlichen und politischen Einfluss Chinas in ihrem Land positiv (60% im Hinblick auf die USA; vgl. Afrobarometer 2021, S. 2).



Quelle: BBC, 06.01.2022

Abb. 35: Entwicklung der Volumina der offiziellen Kreditvergabe der Volksrepublik China nach Regionen von 2010 bis 2020

Kritiker der Seidenstraßen-Initiative werfen China eine Politik der bewussten Überschuldung schwächerer Partnerländer („modern-day colonialism“ und in den Worten des ehemaligen US-Justizministers William P. Barr (2020) „dept trap diplomacy“)⁴⁸ vor, während andere Analysten die Vorwürfe als „debt-trap myth“ (The Atlantic, 06.02.2021) zurückweisen: „Our research shows that Chinese banks are willing to restructure the terms of existing loans and have never actually seized an asset from any country“. Selbst BBC (06.01.2022) stellt in einem Faktencheck fest: „there are no cases, among the hundreds of loan arrangements studied by AidData and some other researchers, of Chinese state-owned lenders actually seizing a major asset in the event of a loan default“.

Nag (vgl. 2021, S. 96) zeigt an konkreten Beispielen auf, wie China seine strategische Position gegenüber Indien unter anderem bei der baulichen Umsetzung und operativen Kontrolle von Infrastrukturprojekten im indischen Ozean systematisch ausbaut. Als prominentestes Beispiel zum Belegen des Vorwurfs der gezielten Überschuldung durch den chinesischen Staat wird häufig der Tiefwasserhafen „Hambantota International Port“ an der Südspitze Sri Lankas angeführt. In dem Inselstaat im Indischen Ozean spielen chinesische Firmen auch beim Bau von Kraftwerken, eines Flughafens und zahlreicher weiterer Infrastrukturprojekte eine herausragende Rolle. Derzeit entsteht auf bereits 2018 im Meer neu aufgeschütteten und zu 40% an China für 99 Jahre geleasten Flächen die „Port City of Colombo“, geplant als zukünftiges Finanzzentrum vom Range Singapurs und Dubais für den gesamten wirtschaftlichen Großraum des Indischen Ozeans (vgl. BBC, 17.01.2022).

⁴⁸ Perkins (vgl. 2007) führt als Veteran des US-amerikanischen Entwicklungsapparats sehr detailreich aus, wie diese Methodik seitens der USA jahrzehntelang in der sogenannten Dritten Welt systematisch eingesetzt wurde, um Volkswirtschaften abhängig und Regierungen in ihrer internationalen Politik beeinflussen zu können.

Im BRI-Konzept Chinas spielt nicht nur Colombo, sondern auch der Hafen von Hambantota mit seinen weitläufigen Erweiterungsflächen für Industriebetriebe aufgrund seiner vorteilhaften Lage entlang der „maritimen Seidenstraße“ eine geostrategisch bedeutsame Rolle (s. Abb. 36). Indien sieht durch das chinesische Engagement seine geopolitischen Interessen bedroht (vgl. Menon 2021). Als Anfang August 2022 ein Kriegsschiff der chinesischen Marine im Hafen von Hambantota anlegte, sahen sich die Warner vor Chinas wachsendem globalen Einfluss mittels BRI-Infrastruktur bestätigt: Diese solle – über die gezielt erzeugte wirtschaftliche Abhängigkeit von China hinaus – in Wahrheit langfristig dem Aufbau eines weltweiten Netzwerks chinesischer Militärbasen dienen (vgl. NRP, 19.08.2022).



Quelle: Menon 2021

Abb. 36: Der Hafen von Hambantota in Sri Lanka als Knotenpunkt der maritimen Seidenstraße im Indischen Ozean

Doch zunächst zu den Hintergründen: Der Hafen von Hambantota wurde bereits 2001 im Wahlkampf der sri-lankischen Parlamentswahlen als neues Industriezentrum des Landes versprochen und entsprechend der dänischen Ramboll-Studie ab 2008 mit chinesischer Unterstützung gebaut. Die USA und Indien hatten ein Kooperationsangebot Sri Lankas zuvor ausgeschlagen (vgl. Brautigam & Rithmire 2021). Der Bau begann somit fünf Jahre bevor die chinesische BRI-Initiative 2013 erstmals angekündigt wurde.

Mit der verfrühten Erweiterung des Hafens bereits 2012 – entgegen der Ramboll-Empfehlung, bevor die erste Ausbaustufe Gewinne abwerfen konnte –, setzte sich der damalige Premierminister Mahinda Rajapaksa mit dem nach ihm benannten Hafen ein Baudenkmal (vgl. ebd.). Obwohl der Hafen trotz zu raschen Ausbaus bereits 2016 schwarze Zahlen schrieb, entschied sich die Regierung angesichts schlechter Rentabilitätsprognosen für eine Privatisierung. Sie verkaufte 2017 mittels 99-jährigem Leasingvertrag 70% der Hafenanteile an „China Merchants Port“. Mit den seitens Sri Lanka erzielten Einnahmen sollten Kredite bedient werden, die mit dem Hafen nicht in Verbindung standen. Von den insgesamt 4,5 Milliarden US-Dollar an Schuldendienst, die Sri Lanka 2017 zu finanzieren hatte, entfielen nur 5% auf den Hafen von Hambantota (vgl. ebd.). Sri Lanka ist zu über 90% bei internationalen, multilateralen, staatlichen und privaten Geldgebern verschuldet, die nicht aus China stammen (vgl. Mission of the People's Republic of China to the European Union 2022).

Sri Lanka liegt strategisch bedeutsam an der zentralen Schifffahrtsroute zwischen Ostasien und dem Persischen Golf bzw. dem Suez-Kanal mit jährlich 36.000 Frachtschiffen, davon 4.500 Öltanker (vgl. Menon 2021). Im Zuge des geopolitischen Ringens um die Kontrolle der geostrategisch bedeutsamen Insel sahen sri-lankische Analysten schon 2019 erste Anzeichen der Vorbereitung einer Farbenrevolution (vgl. Daily Mirror Sri Lanka, 21.01.2019) – kennzeichnend für eine weltweite Serie von Regierungsumstürzen unter strategischer und finanzieller Steuerung global einflussreicher Netzwer-

ke. Im Zuge der Eskalation des Ukraine-Kriegs Ende Februar 2022 kam es auf der Insel zu Treibstoff-Engpässen, Blackouts und massiven Preiserhöhungen bei Flüssigerdgas (LNG), von dem der Inselstaat Sri Lanka besonders abhängig ist (vgl. NPR 19.08.2022). Die autokratische Regierung des „Rajapaksa-Clan[s]“ hatte jedoch schon zuvor durch „[e]igenes politisches Versagen“ das „einst boomende südasiatische Land in eine schwere Wirtschaftskrise hineinmanövriert“ (Neue Zürcher Zeitung, 15.04.2022).

Es genügte ein externer Schock als „Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt“ (Finanzmarkt Welt, 07.07.2022): Im Zuge der Entscheidung, den europäischen Gasmarkt abrupt von der russischen Versorgung über Pipelines abzuschneiden, hatte Europa begonnen „jeden verfügbaren LNG-Tanker“ (ebd.) aufzukaufen. Damit wurden vor allem ärmere südasiatische, aber auch afrikanische Länder preislich vom Markt verdrängt. In diesen Ländern ist Gas nicht nur für die Industrie, sondern auch für Hunderte von Millionen von Haushalten als Energiequelle zum Kochen von essenzieller Bedeutung. Nicht nur in Sri Lanka schossen die Energiepreise in die Höhe, auch Staaten wie Myanmar und Bangladesch gerieten in Schwierigkeiten. Die Zahlungsfähigkeit des fast 230 Millionen Einwohner zählenden Pakistan war ebenso massiv unter Druck geraten (vgl. ebd.). Am 15. März kochten die Proteste auf Colombos Straßen hoch, am 9. Mai musste Premierminister Rajapaksa seinen Rücktritt erklären und das Militär einschreiten, um die mittlerweile gewalttätigen Proteste unter Kontrolle zu bringen (Neue Zürcher Zeitung, 10.05.2022).

Sri Lanka kann unter Auslassung der komplexeren Hintergründe des Geschehens leicht als Lehrbeispiel politisch-medial gegen die chinesische Entwicklungs- und Infrastrukturpolitik instrumentalisiert werden. Faktisch sind jedoch alle Staaten der Welt starken Interdependenzen in jeweils spezifischen Bereichen ausgesetzt. Insbesondere schwächere Volkswirtschaften sind sehr vulnerabel bei jeglichen externen Schocks. Entsprechend leicht können sie aber auch durch gezielte Eingriffe von außen – möglicherweise aus verborgenem geostrategischen Kalkül heraus – in Krisen gestürzt und unliebsame Regierungen ausgetauscht werden (vgl. Heiducoff 2022, S. 172 und Perkins 2007). Solche Vorkommnisse scheinen sich vor allem dann zu häufen, wenn Regierungen sich zu sehr auf die Kooperation mit nicht-westlichen Staaten wie China oder Russland eingelassen haben und damit die westliche Hegemonie in Frage stellen (vgl. die Recherchen von Salazar Torreón & Plagakis 2022 für den Congressional Research Service über die 251 US-Militärinterventionen seit 1991).

3. Chinas interne Konfliktlinien: christliche Minderheiten, uigurischer Separatismus und Taiwan-Frage

Neben den Han-Chinesen, die knapp 92% der Bevölkerung Chinas ausmachen, gibt es 55 weitere registrierte nationale Minderheiten mit insgesamt nur etwas über 8% Bevölkerungsanteil, deren primäre Siedlungsgebiete aber rund zwei Drittel des gesamten chinesischen Territoriums von 9,6 Millionen Quadratkilometern ausmachen (vgl. Noesselt 2016, S. 43f.). China definiert sich in der Verfassung als Vielvölkerstaat und gewährt den fünf offiziell anerkannten Religionsgemeinschaften formal Religionsfreiheit. An oberster Stelle staatlicher Doktrin steht aber die Verteidigung der Souveränität und der territorialen Integrität Chinas unter der herrschenden Ideologie des vom Einparteiensystem umzusetzenden „Sozialismus chinesischer Prägung“ (Xi Jinping, zit. in Peters 2017, S. 1299). Den in der Bevölkerung respektive im Territorium Chinas auszumachenden „Sollbruchstellen“ kultureller Differenzen bzw. territorialer Spannungen und Dispute widmet die Staatsführung daher besondere Aufmerksamkeit.

Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping hat erst im September 2022 die Mitglieder der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) erneut vor Volksaufständen und Einmischung in innere politische Angelegenheiten durch ausländische Akteure gewarnt (Spiegel, 16.09.2022): „Wir müssen ausländische Kräfte daran hindern, ‚Farbrevolutionen‘ anzuzetteln“. In der 1997 von Großbritannien unter chinesische Hoheit rückübertragenen ehemaligen Kolonie und nun Sonderverwaltungszone Hongkong war es 2019 zu umfangreichen Protesten gegen die Einschränkung demokratischer Rechte gekommen wegen des Vorwurfs, dass sich „China [...] nicht mehr an die Vereinbarungen mit Großbritannien über Hongkong“ gehalten habe (Dohnanyi 2022, S. 42). Chinesische Analysten sahen bei den involvierten Akteursgruppen neben einer authentischen Protestbewegung aus dem Volk auch Überschneidungen mit Kräften, die dem transnational vernetzten Akteursspektrum der „Color Revolution[s]“ zuzuordnen sind und möglicherweise im Auftrag der USA einen „Hybrid War“ gegen China in Hongkong führten (Sha 2020 und Jingxiang 2019).

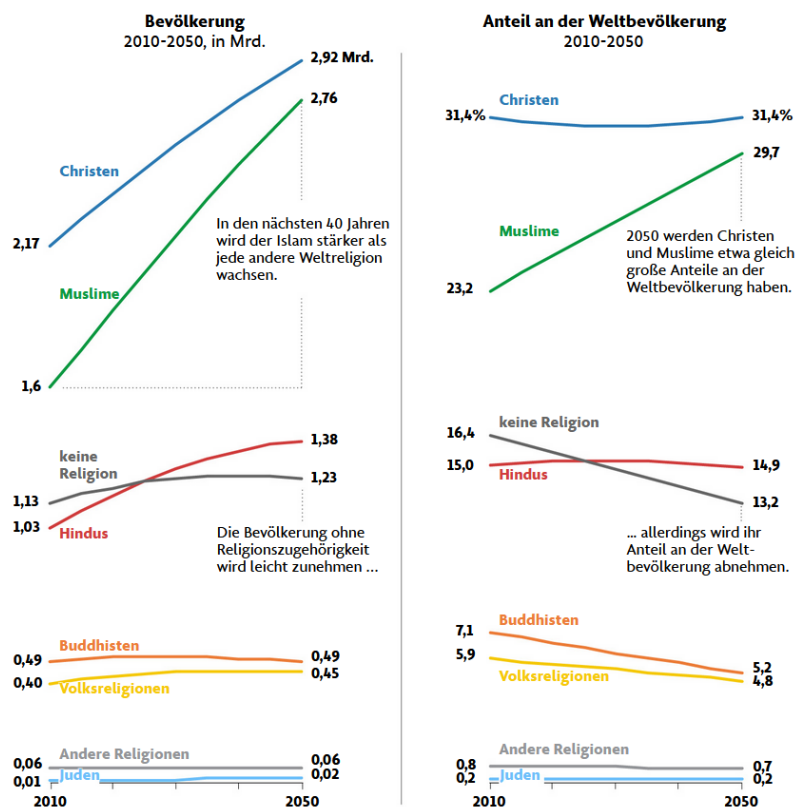
Aus Sicht der chinesischen Regierung ist angesichts der zunehmend offen ausgetragenen Großmächterivalität zwischen den USA und China und den über Jahrzehnte hinweg belegbaren historischen Beispielen externer Destabilisierungsversuche westlicher Kräfte gegen unliebsame Regime die Gefährdungseinschätzung durchaus plausibel, dass sowohl über die rasch wachsende Gruppe der christlichen Minderheit im Land, als auch über die weltweit beachtete Frage uigurischer Menschenrechte und Sezessionsbestrebungen sowie über die von wachsenden Spannungen geprägte Taiwanfrage in unterschiedlichem Grade Potenziale für eine empfindliche, möglicherweise extern befeuerte Destabilisierung bis hin zu einer kriegerischen Auseinandersetzung um Taiwan gegeben sind.

Chinas Umgang mit religiösen Minderheiten am Beispiel der Christen

Die weltweite Entwicklung der Anzahl von Anhängern christlicher Glaubensgemeinschaften weist – ähnlich wie im Falle der in Xinjiang, im Nordwesten Chinas, stark vertretenen religiösen Minderheit der Muslime – eine bedeutende Wachstumsdynamik auf (s. Abb. 37). Professor Schirrmacher (vgl. 2008, S. 21), Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz, stellt angesichts einer Verdreifachung des Christentums seit 1970 in Asien eine Verbindung zu politischen Machtkämpfen in den betreffenden Ländern her: „Das enorme Wachstum der nichtwestlichen Christenheit löst weltweit Spannungen aus“. Aufgrund der atheistischen und damit prinzipiell anti-religiösen Fundierung der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) werden besonders rasch wachsende Glaubensgemeinschaften aufgrund damit verbundener möglicher politischer Implikationen als „Sicherheitsrisiko“ (Kolonko 2017, S. 167) bzw. als Bedrohung durch „feindliche Einflüsse“ (Kolonko 2018, S. 386) und „Infiltration

durch das Ausland“ (Kolonko 2017, S. 167) für die politische Stabilität und die Absicherung des herrschenden Systems bewertet (vgl. Delius 2020, S. 157 und Wenzel-Teuber 2018, S. 381). Es besteht regierungsseitig die Sorge, dass Religion zum Lancieren sogenannter Farbrevolutionen oder zum Verbreiten von „ideas about Western-style democracy“ (Madsen 2020, S. 29) instrumentalisiert werden könnte. So warnte Staatspräsident Xi Jinping bei einer Rede im April 2016: „We must resolutely guard against overseas infiltrations via religious means“ (zit. in Freedom House 2017, S. 23).

Das Christentum wird demnach nicht nur als „threat of ‚Western‘ values“ (ebd., S. 15 u. 22) bewertet, was die Notwendigkeit begründe, die Religionen an die Werte des „Sozialismus chinesischer Prägung“ (Xi Jinping, zit. in Peters 2017, S. 1299) anzupassen und damit die seit 2015 von Präsident Xi Jinping propagierte „Sinisierung“ des Christentums voranzutreiben (Wenzel-Teuber 2018, S. 381; zur „Sinicization of Chinese religions“ vgl. Madsen 2020, S. 26ff). Christliche Gemeinden werden regierungsseitig auch als trojanisches Pferd westlicher Einflussnahme zur Destabilisierung Chinas beargwöhnt (vgl. Albert 2015, S. 5; Delius 2020, S. 157; Kolonko 2017, S. 167 u. 2018, S. 386 und Open Doors 2022, S. 132f.). Umso erstaunlicher ist, dass China die weltweit größte Bibeldruckerei, die Amity Bible Printing Co. Ltd. in Nanjing, beherbergt (vgl. Albert 2015, S. 1). Der Geschäftsführer Qiu Zhonghui gibt an, dass es seit dem Beginn der Druckarbeiten im Jahr 1987 keine Einflussnahme der Regierung auf die Arbeit der Firma gab.⁴⁹ Mit den jährlich gedruckten 13 Millionen Exemplaren (bis heute in Summe eine Viertel Milliarde) wird der chinesische Markt versorgt und zudem weltweit exportiert (vgl. Welt, 24.12.2014).



Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.10.2019

Abb. 37: Prognose der absoluten und relativen Entwicklung der Religionszugehörigkeit weltweit von 2010 bis 2050

⁴⁹ Dies wäre zumindest ein indirektes Zeichen einer gewissen Akzeptanz der Bibel seitens der KPC, da die chinesische Regierung angesichts zunehmender, aus dem Ausland einströmender Medien bereits 2008 ankündigte Filme, Musikstücke, Videospiele etc. zu zensieren bzw. zu verbieten. So berichtet Rupold (2020, S. 191) vom staatlich gesteuerten Zensieren von Inhalten „zum Schutz der Bevölkerung“, die als „geistige Verschmutzung“ oder „schädlich für die Gesellschaft“ bewertet würden (z.B. sexualisierte Inhalte, Szenen mit Monstern oder Dämonen).

Entwicklung des Christentums von der Kolonialzeit bis zur Reform- und Öffnungsphase

Bekel (2013, S. 15) weist darauf hin, dass das besonders skeptische Religionsverständnis der herrschenden KPC vorkommunistische Wurzeln in der Qing-Dynastie (ab Mitte des 17. Jahrhunderts) habe und sogar bis in die Ming-Dynastie (bis ins 14. Jahrhundert)⁵⁰ zurückreiche (ebd.): „Religiöse Praktiken standen unter Beobachtung und wurden verboten, wenn Grund zur Sorge bestand, dass sie die Staatsmacht bedrohen könnten. Insofern sieht sich der chinesische Staat in einer historischen Kontinuität, da er traditionell immer versucht hat, die Kontrolle über religiöse Angelegenheiten zu bewahren, auch zur Sicherung der staatlichen Einheit.“

Neben den – chinesischen Souveränitätsansprüchen zuwiderlaufenden – imperialistischen Handelsinteressen Großbritanniens und Frankreichs im 19. Jahrhundert, die zu den beiden Opium-Kriegen (1839-1842 und 1856-1860) und der kolonialen Demütigung Chinas führten, wurde das Christentum in dieser Epoche auch selbst zur „mobilizing political force“ (Albert 2015, S. 1): Christliche Lehre inspirierte Rebellenführer Hong Xiuquan, die „Taiping-Rebellion“ gegen das Kaiserhaus anzustiften. Wie Shu (vgl. 2020, S. 85ff) und Manthorpe (vgl. 2019, S. 172f.) aufzeigen, war Hong Xiuquan nach vier erfolglosen Versuchen, bei den sehr anspruchsvollen Aufnahmeprüfungen als kaiserlicher Beamter angenommen zu werden, in eine schwere Depression gefallen. Er gab an einen Traum gehabt zu haben, dass er von Gott berufen sei, das Böse in der Welt auszurotten. Hong brachte diese Wahnvorstellung nachträglich in Verbindung mit dem christlichen Glauben als er eine Broschüre über die Lehren der Bibel studierte. Er gründete eine Gemeinde („Congregation of God Worshipers“; Shu 2020, S. 85) und begann mit seinen Nachfolgern 1851 in Guangxi einen blutigen Aufstand gegen das durch den ersten Opium-Krieg der Briten (vgl. Baron & Yin-Baron 2020, S. 91ff) bereits destabilisierte und militärisch geschwächte Qing-Kaiserreich.

Mit der Ausrufung des „Taiping Heavenly Kingdom“ begann der „deadliest civil war in human history“ (Xu & Yang 2018, S. 2), der mindestens 20 Millionen Todesopfer forderte und über ein Drittel der Bevölkerung der Kontrolle der Qing-Dynastie entriss (vgl. Albert 2015, S. 1; Baron & Yin-Baron 2020, S. 94; Manthorpe 2019, S. 173; Shu 2020, S. 86 und Xu & Yang 2018, S. 8). Während Albert (2015, S. 1) feststellt, dass die blutige Rebellion auch Missionare anzog, um das Christentum in den eroberten Gebieten weiter zu verbreiten, relativiert Shu (2020, S. 102) deren Rolle: „western missionaries also felt insulted because their sacred religion was ‚kidnapped‘ for a political purpose instead of being used to purify people’s minds and persuade the following of God“. Nach 13 Jahren endete das „Himmlische Reich des Großen Friedens“ 1864 mit der von westlichen Söldnergruppen zum Schutz eigener Handelsinteressen unterstützen Rückeroberung des „Königreichs“ und schließlich seiner Hauptstadt Nanjing. In der historischen Retrospektive bleibt jedoch im kollektiven Bewusstsein vieler Chinesen eine tiefe Skepsis zurück, was die destruktive Rolle westlicher Kolonialmächte in den Opiumkriegen und der mit ihnen in Verbindung gebrachten, für politische Zwecke missbrauchten christlichen Lehre für China historisch bedeutete (vgl. Evers 2011, S. 34). Besonders im Hinblick auf die Einstellung der Kommunistischen Partei Chinas in Bezug auf das Christentum stellt Manthorpe (2019, S. 173) fest: [D]ie Vorstellung, dass das Christentum ein Werkzeug ist, das von westlichen Ländern benutzt wird, um das Land zu unterwandern, bleibt in der KPCh lebendig.“

Bereits nach dem Sturz der Qing-Dynastie und der Ausrufung der Republik China herrschte „grundsätzlich ein feindliches Klima gegenüber Religionen“ (Delius 2021, S. 401). Seit dem 1949 von den Kommunisten unter Mao Zedong gewonnenen chinesischen Bürgerkrieg begann in der auf dem

⁵⁰ Der auf China spezialisierte Kirchenhistoriker Bays (2003, S. 186) weist darauf hin, dass eine staatliche Registrierung aller religiösen Gemeinschaften sogar seit dem 7. Jahrhundert als „organized reality of religious life“ nachweisbar ist. Delius (2021, S. 400) sieht in China gar eine „Jahrtausende alte Tradition der Intoleranz des Staates gegenüber Religionsgemeinschaften“.

Festland neu ausgerufenen kommunistischen Volksrepublik China eine lange, sich bereits 1954 weiter verschärfende Phase der behördlichen Repression gegen Christen (vgl. Delius 2021, S. 401f.). Die von den damaligen chinesischen Christen unterstützten Kuomintang-Nationalisten (vgl. Evers 2011, S. 35) flohen nach Taiwan, wo sie die Republik China aufrecht erhielten.

Während der sogenannten „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ unter Mao Zedong von 1966 an – 1969 wurde sie zwar offiziell für beendet erklärt, dauerte aber bis 1976 an – wurden je nach Berechnungen bzw. Schätzungen zwischen 1,1 und 1,6 Millionen (vgl. Wang 2017, S. 3) bis hin zu 20 Millionen Menschen (vgl. The Washington Times, 17.07.1994) aus ideologischen Gründen getötet. Die noch verbliebenen Kirchen wurden zerstört oder geschlossen und christliche Praktiken verboten (vgl. Albert 2015, S. 1). Die christlichen Glaubensgemeinschaften erlebten erst seit der 1978 unter dem Motto „Reform und Öffnung“ begonnenen Liberalisierungspolitik des Mao-Nachfolgers Deng Xiaoping (vgl. Peters 2017, S. 1299) ab den 1980er Jahren ein starkes Wachstum (vgl. Albert 2015, S. 1 und Freedom House 2017, S. 22). Insbesondere die Gruppe der Protestanten zeigte ab 1980 jährliche Wachstumsraten von durchschnittlich 10%, freilich von einem relativ niedrigen Niveau von insgesamt 6 Millionen Christen ausgehend (vgl. Albert 2015, S. 3f. und Pittman 2020a).

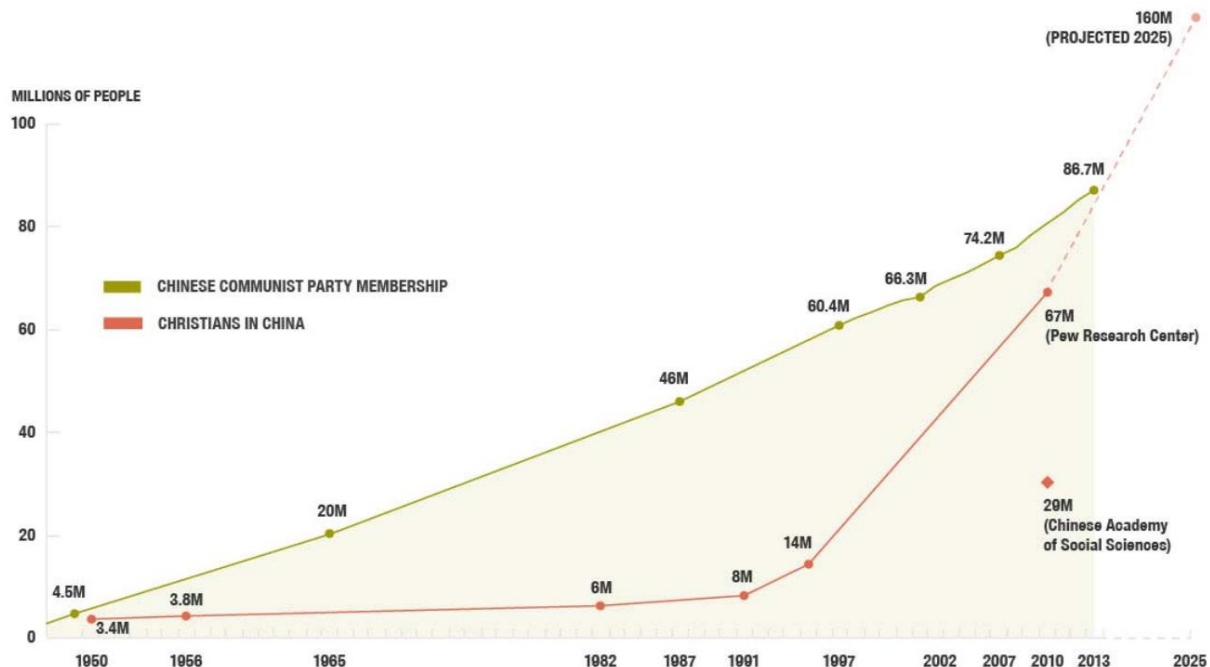
Quantitative Entwicklung des Christentums im modernen China

In China wird das Wachstum der Religionsgemeinschaften aufgrund der von 1979 bis 2016 durchgesetzten Ein-Kind-Politik nicht so sehr durch religionsspezifische Fruchtbarkeitsraten bestimmt (Pew Research Center 2019, S. 9), sondern in erster Linie durch Missionierung bzw. Glaubenswechsel, was in China allerdings aus politischen Gründen gezielt erschwert wird. Über die tatsächliche Zahl von Gläubigen in den verschiedenen anerkannten Religionsgemeinschaften herrscht Unklarheit. Der Grund liegt einerseits darin, dass diese Zahlen für die Regierung und ihr Anliegen der Kontrolle gesellschaftlicher Entwicklungen Brisanz besitzen und somit auch Religionswissenschaftler in China unter Druck stehen, veröffentlichte Zahlen zu tief anzusetzen (vgl. Vala, zit. in Pittman 2020b). Dies würde eine generelle Manipulation offizieller Zahlen zur Religionszugehörigkeit in China nach unten erklären (vgl. Madsen 2011, S. 18). Andererseits ist es rational nachvollziehbar, dass auch seitens der Gläubigen kein Interesse besteht, möglicherweise viel höhere reale Zahlen offenzulegen, da die Religionsausübung in einem überwachten, teilweise existenzbedrohend repressiven Rahmen stattfindet und somit kein Interesse besteht, zu viel Aufmerksamkeit staatlicher Behörden auf die Gemeinden zu lenken. Aus der Perspektive der politischen Kontrolle und Herrschaftssicherung handelt es sich bei den in weltanschaulicher Konkurrenz zur KPC gesehenen christlichen Gemeinschaften um einen Wettlauf um Einfluss in der chinesischen Gesellschaft.

Die KPC verbietet aufgrund ihrer atheistischen Verfasstheit ihren Mitgliedern irgendeiner Religion anzugehören (vgl. Bekel 2013, S. 20 und Wenzel-Teuber 2018, S. 381). Trotzdem wird der KPC ein „insgesamt [...] offeneres Verhältnis zur Religion als früher“ (Bekel 2013, S. 20) attestiert. Sie sehe – entgegen der angesichts starker Wachstumsraten nicht mehr haltbaren „These der natürlichen Säkularisierung“ – Religion mittlerweile als ein „normales kulturelles Phänomen“ (ebd.) an, das allerdings unter staatliche Kontrolle und Steuerung zu bringen sei. In einer Stichprobenerhebung unter Parteimitgliedern aus dem Jahr 2007 gaben trotz des tendenziell verzerrenden demoskopischen Effekts sozial erwünschter Antworten (vgl. Bogner & Landrock 2015) lediglich 16% der Befragten an, Atheisten zu sein. Eine Gruppe von 17% fühlten sich einer Religion zugehörig und überwältigende 65% glaubten an „gewisse religiöse Vorstellungen“ (Bekel 2013, S. 20; vgl. hierzu auch Buchholz 2021, S. 65).

Als Machtbasis des herrschenden Systems in China lag die Mitgliederzahl der KPC 2021 bei 96,71 Millionen (vgl. Statista, 01.07.2022). Nach den letzten verfügbaren offiziellen Zahlen des chinesischen

Staatsrats von 2018 betrug die Anzahl der Protestanten in der Volksrepublik 38 Millionen und die der Katholiken sechs Millionen Mitglieder, also insgesamt 44 Millionen Personen (vgl. Pittman 2020a und Wenzel-Teuber 2022, S. 29f.). Schätzungen zahlreicher Wissenschaftler und Insider sehen in der Entwicklung der Zahlen für christliche Gemeinden in China jedoch einen deutlich höheren Trend⁵¹ (s. Abb. 38).



Source: *Religion in China*, Chinese Academy of Social Sciences, Pew Research Center, Fenggang Yang, *People's Daily*, *Chinatoday.com*, Xinhua News Agency, Bloomberg, Charles Neuhauser, *China: A Country Study* (1987) Credits: Eleanor Albert, Julia Ro

COUNCIL on FOREIGN RELATIONS

Quelle: Albert 2015, S. 4

Abb. 38: Entwicklung der Anzahl der Mitglieder der KPCh im Vergleich zur Gesamtheit der Bürger christlichen Glaubens 1950 – 2013 und Projektion bis 2025

Open Doors schätzt die Anzahl christlicher Gläubiger aus den offiziell anerkannten Kirchen und den informellen bzw. „illegalen“ Hausgemeinden in China auf aktuell 96,7 Millionen bzw. 6,8% der Gesamtbevölkerung. Damit hätten die christlichen Kirchen mit der KPC bereits 2021 gleichgezogen (vgl. Open Doors 2022, S. 131 und Statista, 01.07.2022). Bekel (2013, S. 16) führte schon vor fast zehn Jahren Schätzungen von 70 bis 120 Millionen Christen an und relativierte die amtlichen Statistiken für Religionszugehörigkeit in China generell: „Die Angaben zur tatsächlichen Anzahl der Gläubigen in China basieren überwiegend nur auf Schätzungen. [...] Der Zuwachs der anerkannten fünf Religionen findet größtenteils außerhalb der staatlichen ‚Patriotischen Vereinigungen‘ statt.“

Wenzel-Teuber (vgl. 2022, S. 29f.) hält eine Bandbreite von Schätzungen zur Gesamtzahl gläubiger Protestanten von 50 Millionen bis zu 116 Millionen „practising believers“ (Fenggang, zit. in Pittman 2020a) und von weiteren 10 Millionen⁵² Katholiken – also insgesamt von 60 bis 126 Millionen Christen – für plausibel. Sie gibt aber zu bedenken, dass einzelne Kirchenvertreter regional auch schon ein leichtes Absinken der Zahl der Gemeindemitglieder festgestellt haben. So gingen in den offiziell anerkannten CPA-Gemeinden die katholischen Taufen von durchschnittlich 90.000 bis

⁵¹ Zu erwähnen ist, dass die von Pew Research Center (2011, S. 11) angenommene und der Abb. 38 zugrunde gelegte Zahl von 58 Millionen Protestanten und insgesamt 67.070.000 chinesischen Christen für 2011 zu tief liegt, da bei Umfragen tendenziell die Neigung von Befragten besteht, wegen befürchteter Nachteile den christlichen Glauben zu verheimlichen (vgl. Vala, zit. in Pittman 2020b).

⁵² Kolonko (vgl. 2017, S. 164) schätzt die Gesamtzahl der Katholiken, die in der staatstreuen CPA bzw. in der vatikantreuen „Untergrundkirche“ organisiert sind, auf insgesamt 12 bis 13 Millionen Mitglieder.

100.000 zwischen 2004 und 2010 auf etwa 35.000 in den Folgejahren zurück. Die katholischen Priesterweihen hätten aufgrund Nachwuchsmangels teilweise stark abgenommen (vgl. Kolonko 2017, S. 167f.). Von Pittman (vgl. 2020c) befragte Kirchenvertreter aus China selbst halten eine Bandbreite der Anzahl der christlichen Gläubigen in China insgesamt von 50 bis 90, maximal 100 Millionen für realistisch. Bezüglich der Anzahl existierender Kirchenbauten unter staatlicher Steuerung sind gemäß United States Department of State (vgl. 2022a, S. 23f.) nur Zahlen der „State Administration for Religious Affairs“ (SARA) aus dem Jahr 2014 verfügbar: Unter der protestantischen „Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung“ waren zu diesem Zeitpunkt 60.000 und unter der „Chinesischen Katholisch-Patriotischen Vereinigung“ 6.000 Kirchen registriert.

Wie sich die Wachstumsdynamik chinesischer Christen in den kommenden Jahren weiterentwickeln wird, ist schwer vorhersehbar. Nach Projektionen von Fenggang (zit. in Albert 2015, S. 1 u. 3) wird China 2025 bereits 160 Millionen und 2032 sogar 247 Millionen Christen zählen. Im Jahr 2030 solle China bereits das Land mit der größten christlichen Bevölkerung weltweit sein, obwohl es 2011 laut den – freilich von vielen Forschern als zu niedrig kritisierten – 67 Millionen des Pew Research Center (vgl. 2011, S. 11) noch auf Rang sieben lag: hinter den USA (247 Mio.), Brasilien (176 Mio.), Mexiko (108 Mio.), Russland (105 Mio.), Philippinen (87 Mio.) und Nigeria (81 Mio.). Wichtige förderliche bzw. beschränkende Faktoren für das Wachstum christlicher Gemeinden in China lassen sich in den unterschiedlichsten Bereichen ausmachen:

- *Staatliche Repression*: Die Bindung jüngeren Nachwuchses wird erschwert, indem Kindern und Jugendlichen per staatlicher Verordnung der Zugang zu religiöser Bildung sowie zu Gottesdiensten – selbst in Begleitung ihrer Eltern – verboten ist. Die Einschränkung von Berufschancen für junge Gläubige hat ebenfalls eine hemmende Wirkung (vgl. Open Doors 2022, S. 134). Gleichzeitig machen verfolgte christliche Gemeinden in China wie in anderen Teilen der Welt mit eingeschränkter Religionsfreiheit die Erfahrung, dass sie in Zeiten verstärkter Repression sogar besonders stark wachsen können (vgl. Schirmacher 2008, S. 19). Dies ist der Fall, wenn ihre Leiter mutige Anpassungsstrategien entwickeln (vgl. White 2012, S. 145), da die Menschen sich in ihrer Sinnsuche und in persönlichen und Gewissensfragen offensichtlich nicht bevormunden lassen wollen.
- *Sinnstiftendes Christentum*: Im immer materialistischeren gesellschaftlichen Umfeld des modernen China (vgl. Freedom House 2017, S. 4), in dem der Glaube an den Kommunismus aufgrund gravierender Einkommensunterschiede, de facto-Kapitalismus, weit verbreiteter Vetternwirtschaft, Willkür und Korruption⁵³ „eher gering“ ist (Delius 2020, S. 162; vgl. auch Evers 2011, S. 38 und Wenzel-Teuber 2018, S. 381), suchen spirituell veranlagte Menschen verstärkt nach einem tieferen Sinn des Lebens, nach Gemeinschaft und Zusammenhalt, aber auch nach internationaler Verbundenheit (vgl. Albert 2015, S. 2f. und Madsen 2011, S. 21).
- *Gesellschaftlicher Wandel durch Urbanisierung*: Gerade traditionell katholische ländliche Gemeinden leiden unter dem Zerreißen von Familienbanden durch das arbeits- bzw. ausbildungsbedingte Abwandern der Eltern bzw. ihrer Kinder in die Städte. Die Teilhabe am Gemeindeleben und die (oft einzige) Möglichkeit der innerfamiliären Glaubensvermittlung an die junge Generation werden dadurch beeinträchtigt (vgl. Bekel 2013, S. 27 und Kolonko 2017, S. 167f.). Zugleich bilden sich jedoch aufgrund der Entwurzelung durch die Land-Stadt-Wanderung zahlreiche neue, vor allem protestantische (Hauskirchen-)Gemeinden, die neue soziale Bindungen bieten und häufig auch gut ausgebildete Akademiker und Unternehmer, so genannte „Kulturchristen“ (Evers 2011, S. 38) bzw. „Boss-Christen“ (Bekel 2013, S. 18), die

⁵³ In der Wahrnehmung der Bevölkerung hat sich die Problematik seit Xi Jinpings Amtsantritt 2013 nach einer umfassenden Kampagne der Korruptionsbekämpfung deutlich verbessert.

auf der Suche „nach Ersatz für die verbrauchten marxistisch-kommunistischen Ideen“ (ebd.) sind, anziehen (vgl. Bays 2003, S. 498f. und Bekel 2013, S. 27f.).

Strukturen und Prozesse staatlicher Steuerung und Repression christlicher Gemeinden

Der Faktor der staatlichen Repression bis hin zur systematischen, wenngleich unterschiedlich intensiven Verfolgung von (Teilen der) Religionsgemeinschaften bedarf einer eingehenderen Analyse. Wie Freedom House (vgl. 2017, S. 7) aufzeigt, variiert die Intensität der Repressionen, der die unterschiedlichen Religionsgemeinschaften und ethno-religiösen Gruppen in China ausgesetzt sind, sehr stark (s. Abb. 39). Religionsgemeinschaften, die eine starke Wachstumsdynamik aufweisen, wie etwa die Protestanten („hoher“ Grad an Repression) oder ethno-religiöse Gruppen, die im Verdacht stehen, separatistische Bestrebungen zu hegen wie die tibetischen Buddhisten im Westen oder die muslimischen Uiguren im Nordwesten Chinas (s. Abb. 50) sowie die 1999 durch öffentliche Massendemonstrationen ins Fadenkreuz der Sicherheitsapparate geratene Falun Gong-Bewegung, sind einem „sehr hohen“ Grad der Repression ausgesetzt.

Very Low	Low	Moderate	High	Very High
Taoists	Chinese Buddhists Hui Muslims	Catholics	Protestants	Tibetan Buddhists Uighur Muslims Falun Gong

Quelle: Freedom House 2017, S. 7

Abb. 39: Grad der Einschränkung der Religionsfreiheit für religiöse Minderheiten in China 2017

Offiziell herrscht in China laut Artikel 36 der 1982 erneuerten Verfassung⁵⁴ Religionsfreiheit: „Die Bürger der Volksrepublik China genießen die Glaubensfreiheit. Kein Staatsorgan, keine gesellschaftliche Organisation und keine Einzelperson darf Bürger dazu zwingen, sich zu einer Religion zu bekennen oder nicht zu bekennen, noch dürfen sie jene Bürger benachteiligen, die sich zu einer Religion bekennen oder nicht bekennen“. Es werden fünf Religionen staatlich anerkannt, zugleich aber unter rigide Kontrolle und den Druck der „Sinisierung“ der zu vermittelnden Werte gestellt: Buddhismus, Daoismus, Islam, Katholizismus und Protestantismus, letztere beiden als separat anerkannte Religionsgemeinschaften (vgl. Albert 2015, S. 2 und Bekel 2013, S. 15).

Da die Kommunistische Partei Chinas das Land als atheistischen bzw. laizistischen Staat definiert und eine Gefahr der gesellschaftlichen und politischen Destabilisierung durch (möglicherweise aus dem Ausland gesteuerte) religiöse Bewegungen sieht, werden für die Religionsausübung in der Verfassung (Art. 36, Satz 3 u. 4) Grenzen gesetzt, die situations- und gruppenspezifisch Interpretationsspielräume lassen: „Der Staat schützt normale religiöse Tätigkeiten. Niemand darf eine Religion dazu benutzen, Aktivitäten durchzuführen, die die öffentliche Ordnung stören, die körperliche Gesundheit von Bürgern schädigen oder das Erziehungssystem des Staates beeinträchtigen. Die religiösen Organisationen und Angelegenheiten dürfen von keiner ausländischen Kraft beherrscht werden.“⁵⁵

Zur Steuerung und Überwachung offiziell anerkannter religiöser Aktivitäten in China wurde die Behörde „State Administration for Religious Affairs“ (SARA)⁵⁶ gegründet (vgl. Albert 2015, S. 2). Mit einem neuen Religionsdekret wurde SARA als bisherige Regierungsinstitution 2018 der direkten Kontrolle des „United Front Work Department“ (UFWD) und damit der Kommunistischen Partei

⁵⁴ Quelle: www.verfassungen.net/rc/verf78-i.htm

⁵⁵ Quelle: a.a.O.

⁵⁶ Ursprünglich 1951 als „Religious Affairs Bureau“ gegründet. Unter der Aufsicht von SARA operieren sogenannte „Inspektionsteams für religiöse Überwachung“ (Pro Christliches Medienmagazin, 11.01.2019).

Chinas untergeordnet (vgl. Buchholz 2021a, S. 64; Open Doors 2019, S. 297 und United States Department of State 2022a, S. 7). Damit wurden alle staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften einer noch direkteren ideologischen Kontrolle und auch Manipulation ausgesetzt. Die durch die UFWD gesteuerten, staatlich anerkannten fünf religiösen Dachorganisationen Chinas sind die „Buddhistische Vereinigung Chinas“, die „Chinesische Daoistische Gesellschaft“, die „Chinesische Islamische Vereinigung“, die „Chinesische Katholisch-Patriotische Vereinigung“ (CPA)⁵⁷ und die protestantische „Patriotische Drei-Selbst-Bewegung“ (TSPM)⁵⁸. Evers (2011, S. 38) zufolge ist die „rigorose Kontrolle aller religiösen Aktivitäten [...] nur Ausdruck der generellen Angst der chinesischen Regierung und der Kommunistischen Partei, ihre Alleinherrschaft auf allen Gebieten des gesellschaftlichen, politischen und vor allem ideologischen Wirkens verlieren zu können“.

Die TSPM ist als Unterorganisation der zur KPC gehörenden UFWD dem protestantischen „Chinesischen Christenrat“ (CCC)⁵⁹ übergeordnet. Dieser koordiniert die innerkirchlichen Aufgaben der staatlich anerkannten Kirchen, insbesondere die Pastorenausbildung und den Druck christlicher Literatur. Die TSPM wiederum hält den Kontakt zu staatlichen Stellen. Sowohl die katholische CPA als auch die TSPM stehen unter staatlichem Druck die theologische Lehre für alle Mitgliedsgemeinden an die sozialistischen Ziele der KPC und an die chinesische Kultur anzupassen. Beide Organisationen haben bereits einen „5-Jahresplan über Maßnahmen zur ‚Sinisierung‘ ihrer Gemeinschaft“ vorgelegt (Open Doors 2022, S. 133; vgl. hierzu auch Delius 2020, S. 156f.; Kolonko 2018, S. 385 und Wenzel-Teuber 2018, S. 381). Als Leitvorgaben der Sinisierung der Religionen lassen sich folgende Schwerpunkte ausmachen, die im Mai 2021 durch neue „Vorschriften für religiöse Einrichtungen“ (Open Doors 2022, S. 136) erweitert und konkretisiert wurden (vgl. ebd.; ebd. 2019, S. 297; Kolonko 2013, S. 384f.; United States Commission on International Religious Freedom 2022, S. 1 und Wenzel-Teuber 2018, S. 381):

- Anpassung der theologischen Lehre an sozialistische Ziele und Ideale;
- Anpassung der Lehre und Gebräuche an die chinesische Kultur;
- Unterstützung und Akzeptanz der Führung durch die Kommunistische Partei;
- Verhinderung ausländischer Einflüsse und Förderung der nationalen Unabhängigkeit der Kirchen;
- Heranziehen eines patriotischen religiösen Nachwuchses;
- Lehrveranstaltungen für Gemeindeleiter über ideologische und politische Theorien;
- Neue Bibelübersetzungen und -kommentare aus sozialistischer Sicht;
- Höheres Hissen der chinesischen Nationalflagge im Kirchenraum als das Kreuz.

Obwohl die CPA den Vatikan nicht als oberste religiöse Autorität anerkennt bzw. anerkennen darf und auf der von Rom unabhängigen Ernennung von Bischöfen beharrt, wurde in den vergangenen Jahren verstärkt der Dialog zwecks nachträglicher wechselseitiger Anerkennung gesucht (vgl. Evers 2011, S. 36 und Kolonko 2017, S. 166). Im September 2018 wurde in dieser Streitfrage ein „Provisorisches Abkommen“ mit China geschlossen und 2020 erstmals verlängert (vgl. Open Doors 2022, S. 133). Beobachter sehen trotz der Absprachen und der erfolgten wechselseitigen Anerkennung einiger Bischöfe (vgl. Kolonko 2017, S. 166) eine Verschärfung der Repressalien des chinesischen Staates gegenüber den offiziell anerkannten katholischen Kirchengemeinden in China (vgl. Kath.net 2020, S. 242).

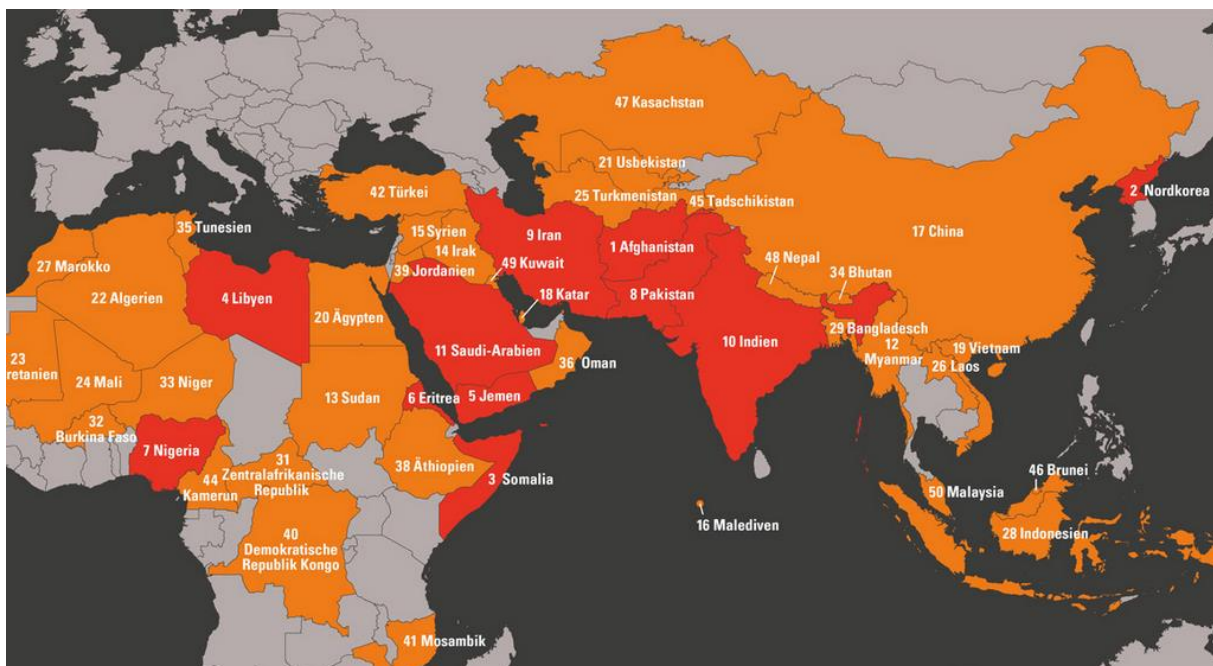
Neben den staatlich „anerkannten“ und gesteuerten Religionsgemeinschaften, die Fenggang (2006, S. 93ff) als „red market of religion“ bezeichnet, macht er den „black market“ der informellen bzw.

⁵⁷ „Catholic Patriotic Association“

⁵⁸ „Three-Self Patriotic Movement“

⁵⁹ „China Christian Council“

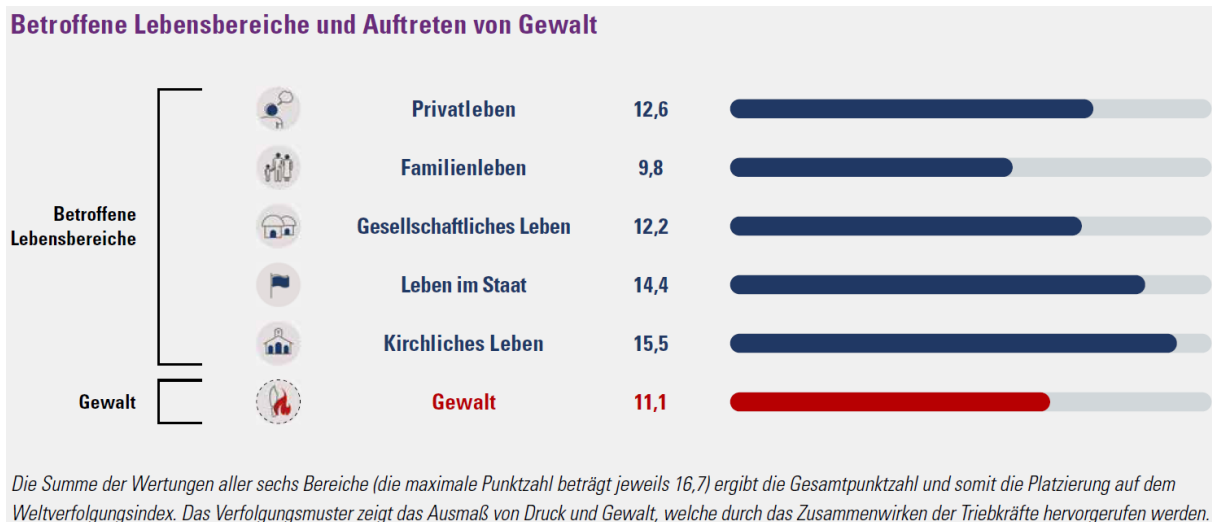
aus Regierungssicht „illegalen“ Hausgemeinden und Untergrundkirchen aus. Im „grey market of religion“ verortet er nicht staatlich anerkannte Gemeinden, die es geschafft haben, durch (unsichere) Arrangements und Absprachen mit lokalen Behörden eine informelle Duldung innerhalb gewisser Grenzen und Handlungsspielräume zu erwirken. Buchholz (vgl. 2021a, S. 63f.) betont, dass die Unterscheidung zwischen den staatlich anerkannten und den nicht anerkannten Gemeinden auch aus der Perspektive wichtig sei, mit welchen Behörden sich diese konfrontiert sähen. Während staatlich anerkannte Gemeinden immerhin ein Existenzrecht haben und sich der Kontrolle und Steuerung der staatlichen Dachorganisationen TSPM oder CPA sowie möglicherweise auch der Repression durch die „Einheitsfront“ UFWD der KPC ausgesetzt sehen, werden alle nicht anerkannten Gemeinden als illegale Zusammenschlüsse im Falle der Entdeckung direkt mit Strafverfolgung durch Polizei und Inlandsgeheimdienst konfrontiert (vgl. Evers 2011, S. 36).



Quelle: Open Doors 2022a

Abb. 40: Weltverfolgungsindex 2022 von Open Doors: Rangfolge der 50 Staaten weltweit, in denen Christen am stärksten Repression und Verfolgung ausgesetzt sind

Unter Xi Jinpings Regierungszeit hat der Druck auf christliche Glaubensgemeinschaften in China nach einer seit den 1980er Jahren andauernden Phase der ansatzweisen Öffnung wieder deutlich zugenommen. Diese Entwicklung drückt sich im Weltverfolgungsindex (WVI) von Open Doors (vgl. 2022, S. 137) aus durch ein Vorrücken Chinas vom 43. Rang im Jahr 2018 auf Platz 17 in 2021 (74,08 von 100 Indexpunkten) und 2022 (75,66 Punkte) unter jenen 50 Staaten weltweit, die Christen am intensivsten unterdrücken bzw. verfolgen. Die Methodik des WVI stützt sich auf jährlich durch ein Expertennetzwerk vor Ort erfasste Informationen über aktuelle regierungsseitige Maßnahmen und gesellschaftliche Vorkommnisse der Unterdrückung. Der WVI unterscheidet in einem 100-Punktesystem Repressalien in den Lebensbereichen „Privatleben“, „Familienleben“, „gesellschaftliches Leben“, „Leben im Staat“ und „kirchliches Leben“ von der separaten Querschnittskategorie der „Gewalt“ gegen Christen und gewichtet alle sechs Kategorien bei der Errechnung des Weltverfolgungsindex gleich (vgl. Open Doors 2019, S. 293ff).



Quelle: Open Doors 2022a, S. 134

Abb. 41: Einschränkung der Religionsfreiheit von Christen in China: Betroffene Lebensbereiche und der Faktor Gewalt

Auch wenn die staatlichen Maßnahmen zur Repression von Christen oft nicht mehr die Schwelle zur sichtbaren Gewalt in Form von Verhaftungen oder Kirchenabbrissen überschreiten, so ist es doch wichtig ihre Manifestation in den von Open Doors kategorisierten „betroffenen Lebensbereichen“ (s. Abb. 41) einer eingehenderen Betrachtung zu unterziehen. Denn die aktuell weltweit festzustellenden autoritären Trends in hochtechnologisierten Gesellschaften gehen tendenziell in Richtung einer lückenlosen KI-gestützten Überwachung zentraler Lebensbereiche mit daraus abgeleiteten punktuellen Benachteiligungen und Einschränkungen unterhalb der Schwelle öffentlicher Sichtbarkeit. Meist wird dieser Trend begleitet von einem tendenziell auch im globalen Westen immer intoleranteren gesellschaftlichen Umfeld, das seinerseits staatlichen Druck verstärkt und die Linientreue etwaiger „Abweichler“ mittels sozialer Kontrolle kollektiv erzwungen (besonders ausgeprägt im zeitgenössischen Kontext von Corona-Maßnahmen und Klimaschutz). Das weltweit zu beobachtende verstärkte und auch im Westen politisch-medial forcierte Aufkommen einer voraufklärerischen gesellschaftlichen „Kultur der Linientreue“ kann nicht Chinas Einfluss angelastet werden.

Folgende Instrumente und Vorgänge von Diskriminierung und Repression gegen die christliche Minderheit in China in den fünf von Open Doors (vgl. 2019) für den Weltverfolgungsindex definierten relevanten Bereichen religiösen Lebens sowie Vorkommnisse von religiös motivierter Gewalt gegen Sachen und Menschen lassen sich zur Verdeutlichung der Lage zusammenfassen:

- **Repressalien im Privatleben:** Die Regierung blockiert zunehmend christliche Online-Inhalte und sperrt z.B. Bibel-Apps. Der Verkauf von Bibeln über Online-Händler wie Amazon.cn wurde blockiert (vgl. Wenzel-Teuber 2018, S. 380) um das Monopol des Bibelverkaufs über die „staatlich genehmigten, kirchlichen Verkaufsstellen“ (vgl. Open Doors 2019, S. 298) zu wahren. Zugängliche christliche Online-Inhalte werden von der KPC streng überwacht, was durch die digitale Technologierevolution in China deutlich erleichtert wurde (Meserole 2020, S. 4): „[D]igital technologies have [...] made it easier to monitor the religious beliefs an individual expresses and engages with. The smartphone in particular has revolutionized state surveillance of religious belief.“ Viele Christen praktizieren in der alltäglichen Kommunikation mit Familie und Freunden zunehmend Selbstzensur, da sie die KI-gesteuerte Überwachung und behördliche Hausdurchsuchungen fürchten, wie sie aus mehreren Regionen berichtet wurden. Insbesondere christliche Konvertiten mit muslimischem oder buddhistischem Hintergrund bzw. mit Partei- oder Militärzugehörigkeit, halten aus Furcht vor behördlicher Sanktionierung ihren Glauben geheim (vgl. Open Doors 2022, S. 134).

- *Repressalien im Familienleben:* Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ist seit dem Inkrafttreten neuer „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ (Open Doors 2019, S. 297) am 1. Februar 2018 die Teilnahme an religiösen Veranstaltungen und Gottesdiensten, selbst in Begleitung ihrer Eltern, untersagt (vgl. Wenzel-Teuber 2018, S. 380). Gemeinden werden gezwungen, entsprechende Verbotsschilder an ihren Kirchen anzubringen. Seit der Einführung des staatlichen Plans „Kinder sprechen im Einklang“ (Open Doors 2022, S. 135) hat sich der Druck auf Schüler weiter erhöht, sich von religiösen Aktivitäten als angeblich illegalem Handeln zu distanzieren, die Religion ihrer Eltern preiszugeben und nach verschiedenen Berichten sogar Erklärungen zu ihrer Areligiosität zu unterzeichnen.
- *Repressalien im gesellschaftlichen Leben:* Auf christliche Schüler wird häufig Druck ausgeübt mit der Drohung, den Schulabschluss zu verweigern bzw. keine Möglichkeit eines Studiums zu erhalten (vgl. Open Doors 2022, S. 134f.), was in der bildungsbeflissenen chinesischen Gesellschaft großes Gewicht hat. Besonders gesellschaftlichen Druck sind christliche Konvertiten muslimischer und buddhistischer Herkunft ausgesetzt, die häufig auch von der Familie genötigt werden zum ursprünglichen Glauben zurückzukehren (vgl. ebd., S. 135).
- *Repressalien beim Leben im Staat:* Die staatliche Überwachung der christlichen Bevölkerung mit konventionellen Mitteln, wie etwa durch Nachbarschaftsausschüsse (vgl. Open Doors 2022, S. 135) und durch Sicherheitskräfte, hat in China eine lange Tradition. Neue technologische Möglichkeiten durch Überwachungskameras, verknüpft mit Sozialkreditsystemen und KI, worin China weltweit führend ist (vgl. Strittmatter 2020, S. 164ff), helfen den „Überwachungsstaat“ (Grzanna 2020) zu perfektionieren, nicht zuletzt zulasten der religiösen Minderheiten – in dem Maße wie sie als Bedrohung für den Staat angesehen werden (vgl. Open Doors 2019, S. 296). Die Welt (vgl. 20.07.2022) sah 2022 die Schwelle von einer Milliarde Überwachungskameras in China überschritten. Es ist jedem Christen und jedem Pastor bewusst, dass er beim Gang zum Gottesdienst oder sonstigen Verabredungen jederzeit identifiziert werden kann. Folge ist, dass potenzielle Interessenten sich von Gemeinden aus Angst vor staatlicher Repression fernhalten und „Kirchenleiter [...] häufig zu Verhören auf örtliche Polizeistationen vorgeladen“ (Open Doors 2022, S. 135) werden. Wer als Christ bekannt ist, wird bei der Stellenvergabe für Behördenpositionen, die eine Parteimitgliedschaft erfordern, ausgeschlossen.
- *Repressalien im kirchlichen Leben:* Die Kameraüberwachung hat neben der traditionellen Überwachungsmethode durch im Gottesdienst anwesende verdeckte Ermittler (vgl. Open Doors 2020, S. 136) auch das kirchliche Leben voll erfasst. Überwachungskameras sind auf behördliche Anordnung über den Eingängen zu jeder staatlich anerkannten Kirche anzubringen, um die Kirchgänger zu identifizieren (vgl. Pro Christliches Medienmagazin, 18.12.2019) sowie in den Gottesdiensträumen. Delius (2020, S. 160) berichtet von Drohungen an kameraüberwachte Kirchen aus der Provinz Shandong im Bezirk Yi’nan, die Religionsbehörde „werde die Bilder regelmäßig auswerten, um festzustellen ob sich die Gemeinde gesetzestreu verhalte.“ Zudem sei ein Pastor einer offiziell anerkannten Kirche in Nanyang City in der Provinz Henan festgenommen und die Kirchenräume gesperrt sowie die Güter der Gemeinde beschlagnahmt worden, weil eine Überwachungskamera aufgrund eines gezogenen Steckers nicht mehr funktionierte (vgl. ebd.). Delius (S. 157) zufolge werden Kirchengemeinden in Pilotregionen der Regulierung per Sozialkreditsystem unterworfen. Gemeinden, die trotz Verbots weiterhin ein (zu großes) Kreuz auf dem Kirchengebäude tragen oder „nicht regelmäßig die chinesische Flagge hissen“ erhalten Punktabzug. Liegt der Punktestand in zwei aufeinanderfolgenden Jahren unter 50, unterhält die Kirche Kontakte ins Ausland oder beteiligt sich die Gemeinde gar an öffentlichen Protesten, würden alle Punkte und damit die Kirchenlizenz entzogen. Privatpersonen, die Berichte über „illegale religiöse

Aktivitäten“ abgeben, würden mit Bonuspunkten im Sozialkreditsystem belohnt. Das monetäre Belohnungs- und Bestrafungssystem wurde seit den verschärften Religionsvorschriften 2018 drastisch ausgebaut, um das kirchliche Leben in China zu steuern: Organisatoren von „illegalen religiösen Versammlungen“ können mit Strafen von umgerechnet 35.000 Euro belegt werden (vgl. Kolonko 2018, S. 387) und für das Vermietern von Räumen für nicht genehmigte Gottesdienste drohen bis zu 4.000 Euro Strafe (vgl. Delius 2020, S. 158 und Wenzel-Teuber 2018, S. 380). Mit 1.500 Euro belohnt hingegen werden Informanten in Guangzhou für Hinweise an die Sicherheitsbehörden, die zur Verhaftung illegal tätiger ausländischer Geistlicher führen und mit rund 750 Euro, wenn nicht genehmigte Hauskirchen geschlossen und deren einheimische Pastoren festgenommen werden können (vgl. Manthorpe 2019, S. 176). Delius (vgl. 2020, S. 157) berichtet von bis zu 25.000 Euro Belohnung für Geistliche, die sich bereit erklären, ihre Gemeinde einer der beiden offiziell anerkannten und staatlich gesteuerten Religionsgemeinschaften zu unterstellen. Insbesondere „illegale“ Hauskirchen, die entdeckt werden, sind intensiver Überwachung und Schikane ausgesetzt und müssen mit ständigen Ortswechseln und Aufspaltung reagieren. Interessanterweise wagten es 2018 – entgegen allem staatlichen Druck zur Formalisierung ihrer Existenz und Akzeptanz staatlicher Regulierung – 48 „illegale“ Hauskirchen aus Beijing in einer gemeinsamen Erklärung gegen die Beschneidung der verfassungsmäßig garantierten Religionsfreiheit zu protestieren (vgl. Freedom House 2017, S. 23 und Pro Christliches Medienmagazin, 01.09.2018). Die Hilfsorganisation International Christian Concern (20.07.2022) berichtet aus der hauptstadtnahen Provinz Hebei, dass in der Diözese Zhengding alle über 100 „illegalen“ Priester zur Eingliederung in die staatlich gesteuerte CPA-Struktur gebracht wurden und die Zeltstruktur der letzten, Widerstand leistenden „Untergrundkirche“ von Bischof Dong Baolu, abgerissen wurde.

- *Anwendung bzw. Androhung von Gewalt gegen Sachen und Menschen:* Manthorpe (vgl. 2019, S. 175) führt Zahlen der texanischen Hilfsorganisation für Christen „China Aid“ an, denen zufolge nach der Verschärfung der Religionsverordnung 2018 (vgl. Open Doors 2019, S. 297) mehr als 5.000 Christen verhaftet und 500 zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden, was einem Anstieg von 40% gegenüber dem Vorjahr entspräche. Ein Beispiel aus 2021 ist die Verurteilung von vier Angestellten einer Firma, die Bibel-Audiogeräte verkauft hatte zu Haftstrafen zwischen 15 Monaten und sechs Jahren wegen „illegaler Geschäftstätigkeit“ (vgl. Human Rights Watch 2022, S. 12). Radio Free Asia⁶⁰ (21.04.2021) gab Berichte von Opfern über sogenannte „transformation facilities“ wieder, in denen Verantwortliche und Mitglieder protestantischer Haus- und katholischer Untergrundkirchen sowie der Falun Gong-Bewegung über mehrere Monate bis hin zu zehn Jahren festgehalten und psychologischem Druck, Gehirnwäsche und Gewalt bis hin zu Folter ausgesetzt worden seien. Die Einrichtungen operierten über ganz China verstreut in kleinen dezentralen Einheiten. Im April 2014 sorgte die Zerstörung der Kathedrale von Sanjiang (s. Abb. 42), die der staatlich anerkannten Patriotischen Drei-Selbst Bewegung (TSPM) unterstand, für internationale Schlagzeilen. Selbst 3.000 Protesierende, die sich den Abrissarbeiten in der als „Jerusalem des Ostens“ bekannten Küstenstadt Wenzhou mit ihrer großen christlichen Einwohnerschaft entgegen stellten, konnten die Provinzverwaltung von Zhejiang nicht zum Einlenken bewegen (vgl. Asia Times, 29.04.2014). Zudem war es in der Provinz zu „massenhaften Kreuzabrissen von Kirchendächern“ (Wenzel-Teubner 2018, S. 379) gekommen. Kirchenkreuze seien in der Provinz nicht grundsätzlich verboten, unterlägen aber strikten Behördenauflagen bezüglich

⁶⁰ Berichte von Radio Free Asia sind bei sensiblen Themen mit gewisser Vorsicht zu bewerten. Das Medium steht im Verdacht, ähnlich wie Radio Free Europe (vgl. Meyer 2000, S. 127 ff), in Auftrag bzw. Abstimmung mit dem US-Auslandsgeheimdienst CIA und dessen geostrategischen Zielen zu arbeiten.

Größe, Position und Farbe (vgl. Open Doors 2019, S. 298). Anfang 2015 vermeldete The Telegraph (20.03.2015), dass auf Anordnung der Zentralregierung in Peking an die Provinzverwaltung von Zhejiang die Kampagne von Kirchenabrissen beendet werden konnte. Die Union of Catholic Asian News (vgl. 30.06.2020) berichtet jedoch aus der östlichen Provinz Anhui, dass allein im 2. Quartal 2020 rund 500 Kreuze von Kirchengebäuden abgerissen wurden. Delius (vgl. 2020, S. 158) gibt für das Jahr 2019 an, dass in mindestens neun Provinzen Chinas Kirchen auf behördliche Anordnung hin vollständig abgerissen wurden. Ein Schwerpunkt bilde die hauptstadtnahe Provinz Hebei, wo seit 2008 insgesamt „24 offiziell genehmigte Gotteshäuser“ (ebd.) zerstört worden seien. Anfang 2021 gelangten Berichte von der Anordnung zur Räumung und Abriss der staatlich anerkannten Sacred Heart Church in Yining, Yili Distrikt im Westen der Provinz Xinjiang, in die Medien (vgl. Asia News, 19.02.2021). Dienen schon bei offiziell anerkannten Kirchen Verweise auf angebliche Verstöße gegen das Baurecht als Grund für den Abriss, so sind die Handlungs- und Entfaltungsspielräume für informelle, aus staatlicher Sicht „illegale“ Haus- und Untergrundkirchen noch geringer. Allerdings haben sie den Vorteil, dass sie eher bestrebt sind, „unter dem Radar“ staatlicher Religionsbehörden und der öffentlichen Wahrnehmung zu agieren, so dass sie möglichst wenig Angriffsfläche bieten, um ihre Eigenständigkeit entgegen dem Regulierungsinteresse des Staates möglichst weitgehend zu wahren. Open Doors (vgl. 2022, S. 136) berichtet von der Verhaftung am 21.05.2021 des vom Vatikan 1991 geweihten, aber nie von der CPA anerkannten „Untergrund“-Bischofs Joseph Zhang Weizhu in der Provinz Henan gemeinsam mit 10 Priestern und einer unbekannten Zahl von Theologiestudenten, die ohne staatliche Genehmigung ein verlassenes Fabrikgelände für die Priesterausbildung genutzt hatten. Während die Priester und Studenten nach zwei Monaten aus der Haft entlassen wurden, gibt es keine Informationen über den Verbleib des Bischofs (vgl. United States Department of State 2022a, S. 40).

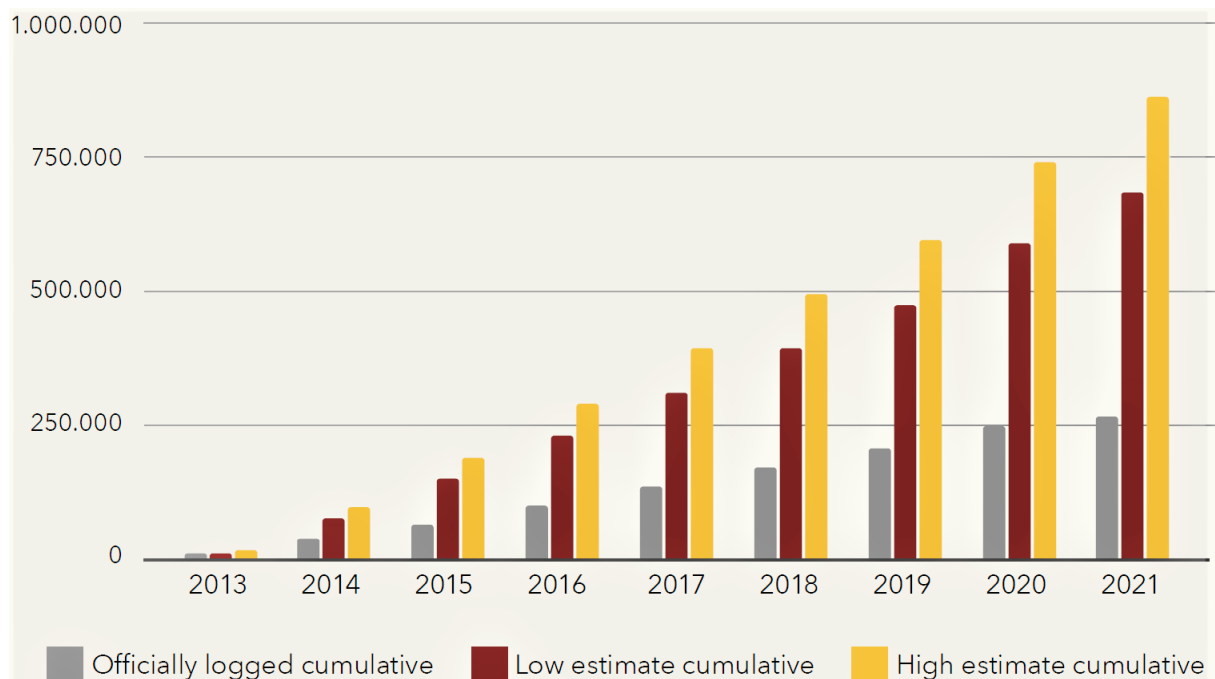


Quelle: Freedom House 2017, S. 23

Abb. 42: Die staatlich anerkannte TSPM-Kirche Sanjiang vor und nach ihrer Zerstörung 2014 durch die Provinz Zhejiang

Jenseits der geschilderten Methoden der Steuerung religiöser Gruppierungen mittels „Sinisierung“ bzw. Sanktionierung bei „Fehlverhalten“ bis hin zu regulärer Inhaftierung von Gemeindeleitern bzw. der Zerstörung von Kirchengebäuden bedient sich der Staat weiterer Methoden der Disziplinierung, die in unterschiedlichem Maße die Glaubensgemeinschaften und auch politische Oppositionelle oder Menschenrechtsaktivisten betreffen können. Zu erwähnen wäre hier das Instrument der „Residential Surveillance“ bzw. des gerichtlich oder auch irregulär behördlich angeordneten und polizeilich überwachten Hausarrests. Diese niederschwellige Form des Freiheitsentzugs ist gemäß offiziellen Statistiken allein 2014 (28.704 Fälle) gegenüber dem ersten Regierungsjahr Xi Jinpings 2013 (5.549 Fälle) um das Fünffache angewachsen und erreichte 2020 bereits 40.184 offiziell erfasste Fälle. Die

Menschenrechts-NGO Safeguard Defenders (vgl. 2022a, S. 8) geht davon aus, dass die tatsächliche Anzahl verhängter Hausarreste noch um 100 bis 150% höher liegen könnte. Werden die Fälle kumulativ betrachtet, so erwartet die NGO, dass die Schwelle von einer Million Fällen Hausarrest als Bestrafungsmaßnahme spätestens 2025 erreicht sein könnte (s. Abb. 43).



Quelle: Safeguard Defenders 2022a, S. 9

Abb. 43: Schätzung der kumuliert verhängten Hausarrest-Strafen nach gesetzlichen Vorgaben (ohne illegale Fälle) zwischen 2013 und 2021

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Interpretationsspielräume für die verfassungsmäßig garantierte Religionsfreiheit in der Regierungszeit von Staatspräsident Xi Jinping generell verengt wurden. Am stärksten betroffen sind Gemeinschaften, die eine starke Wachstumsdynamik aufweisen wie die Protestanten und solche, die zudem für öffentliche Massenproteste mobilisiert haben wie die Falun Gong-Bewegung 1999 mit 10.000 Demonstranten in der Nähe des Regierungsgeländes Zhongnanhai in Peking (vgl. Delius 2021, S. 407).

Besonders im Fadenkreuz befinden sich jedoch ethno-religiöse Gemeinschaften, die mit Separatismus-Bestrebungen wie die tibetischen Buddhisten bzw. zudem mit Extremismus und Terrorismus in Verbindung gebracht werden müssen wie die muslimischen Uiguren in der Provinz Xinjiang. Generell lässt sich daraus das primäre Handlungsmotiv der KPC und der chinesischen Regierung in Bezug auf religiöse Gemeinschaften ableiten: Es geht grundsätzlich um das Ziel der Wahrung der ideologischen Vorherrschaft und besonders rigide um die Wahrung der gesellschaftlichen und territorialen Einheit des Landes als höchste Priorität der chinesischen Staatsführung.

Xinjiang als Chinas geopolitisch unverzichtbares eurasisches Tor zum Westen

Bereits im zweiten Jahrhundert vor Christus, also vor über 2.000 Jahren, wurden unter dem chinesischen Kaiser Han Wudi Städte in der heutigen Provinz Xinjiang (chinesisch für „neue Grenze“) an persische Handelswege an- und damit in das eurasische Fernhandelsnetz der „Seidenstraße“ eingebunden. Nach einer wechselhaften Geschichte und nur vorübergehender chinesischer Herrschaft im siebten Jahrhundert nach Christus in der Tang-Dynastie wurde die Region Xinjiang während der Qing-Dynastie 1757 – bei weiterhin wiederkehrenden Unruhen – in den chinesischen Herrschaftsbereich integriert (vgl. Millward 2004, S. 2ff) und durch Besiedlungsprogramme und Infrastrukturinvestitionen seit Anfang des 19. Jahrhunderts in das Kaiserreich eingebunden. Kurzzeitige und auf relativ kleine Teilgebiete begrenzte Abspaltungsversuche in Form eines islamischen Emirats von 1864 bis 1877 im Tarimbecken, der Islamischen Republik Ostturkestan⁶¹ von 1933 bis 1934 und der vom damaligen geopolitischen Wettbewerber Sowjetunion unterstützten Republik Ostturkestan von 1944 bis 1949 endeten endgültig mit der Machtergreifung der Kommunistischen Partei unter Mao Zedong und der unter ihrer Herrschaft herbeigeführten Wiedereingliederung Xinjangs in die neu ausgerufene Volksrepublik China.

Bereits 1955 erhielt die Region aufgrund ihrer besonderen ethnischen Struktur Autonomiestatus⁶² als „Uigurische Autonome Region Xinjiang“. Aufgrund des Status als ethnische Minderheit waren die Uiguren und weitere, überwiegend muslimische Enthien in der Region nie der chinesischen Ein-Kind-Politik⁶³ unterworfen (vgl. Noesselt 2016, S. 44), die im restlichen China von 1979 bis 2016 herrschte. Es wurde zweisprachiger Schulunterricht⁶⁴ praktiziert (vgl. Wu 2013, S. 156) und mit dem Autonomiegesetz von 1984 auch Sonderrechte für den Zugang zu den staatlichen Hochschulen eingeräumt (vgl. Noesselt 2016, S. 44).

Chinas Streben nach Entwicklung und Integration der autonomen Provinz Xinjiang

Während Vertreter einer uigurischen Unabhängigkeit auf die historischen Separationsbestrebungen (vgl. Human Rights Watch 2005, S. 13) und das Selbstbestimmungsrecht der Völker verweisen, sieht die chinesische Regierung mit Verweis auf die über 2.000 Jahre währende Geschichte der zumindest vorübergehenden Einbindung unter drei verschiedenen Dynastien die Provinz Xinjiang dem Artikel 4

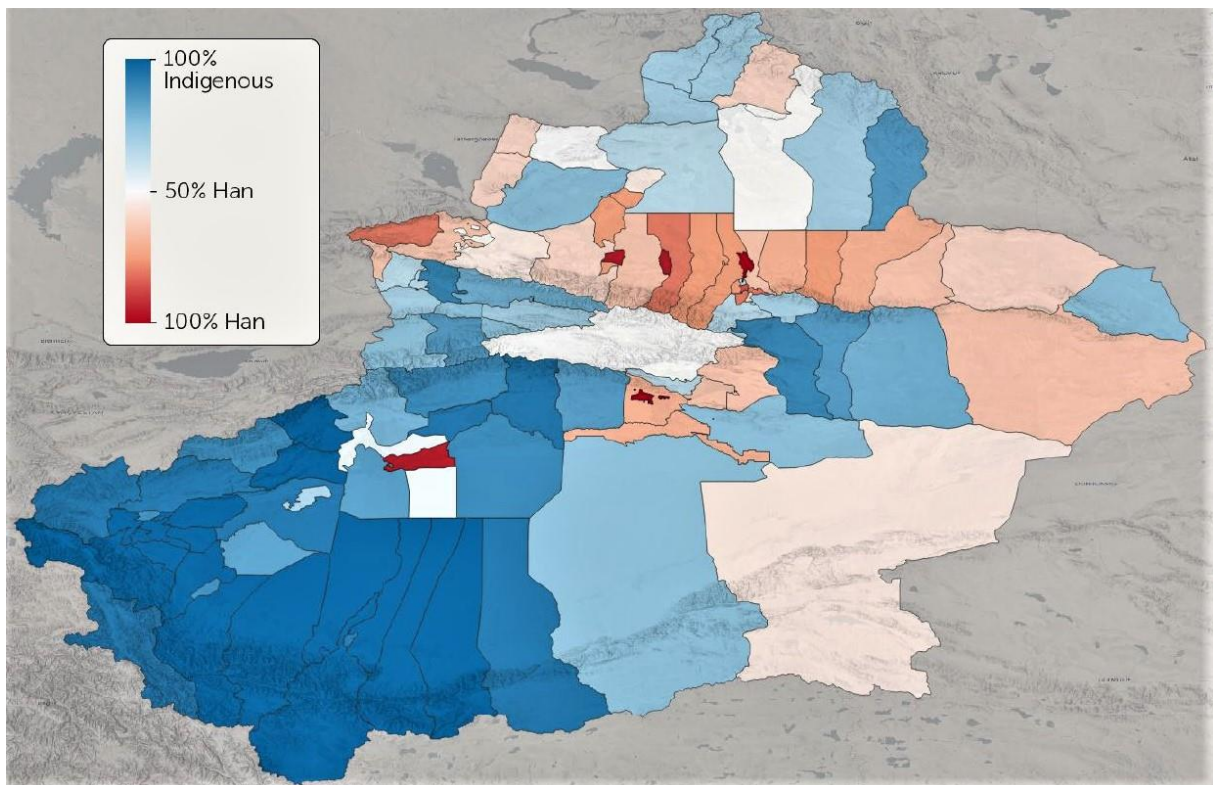
⁶¹ Der in München ansässige separatistische World Uyghur Congress nutzt noch heute das Emblem dieser Sezessionsrepublik, die ein kleines Gebiet im Osten Xinjangs umfasst hatte (vgl. German Foreign Policy, 24.10.2022)

⁶² Die Verfassung (www.verfassungen.net/rc/verf78-i.htm) definiert „Regionen mit nationaler Autonomie“ in Artikel 4: „Die Volksrepublik China ist ein einheitlicher Nationalitätenstaat. Alle Nationalitäten sind gleichberechtigt. Die Nationalitäten müssen ihre Einheit und Brüderlichkeit wahren, sich gegenseitig helfen und voneinander lernen. Die Diskriminierung oder Unterdrückung jedweder Nationalität ist verboten, desgleichen jede Handlung, welche die Einheit der Nationalitäten untergräbt. Der Großnationalitäten-Chauvinismus und der Lokalnationalismus müssen bekämpft werden. In geschlossenen Siedlungsgebieten nationaler Minderheiten gilt Gebietsautonomie. Alle Regionen mit nationaler Autonomie sind unabtrennbare Bestandteile der Volksrepublik China.“

⁶³ Familien, die ethnischen Minderheiten angehören, wie die Uiguren, durften bereits vor 2016 zwei Kinder haben, wenn sie in der Stadt lebten und drei Kinder, wenn sie im ländlichen Raum siedelten (vgl. United Nations High Commissioner for Human Rights 2022, S. 33).

⁶⁴ Kadeer (2009, S. 6), ehemalige Vorsitzende des World Uyghur Congress, spricht jedoch von praktizierter „monolingual language-planning policy“ zwecks Assimilation und Eliminierung der uigurischen Identität. Gemäß Artikel 37 des chinesischen Regionalautonomie-Gesetzes müssen in Gebieten, wo eine Mehrheit der Schüler eine Minderheitensprache spricht, der Unterricht in dieser Sprache abgehalten und die Schulbücher übersetzt werden. Dieser gesetzliche Anspruch wurde aufgrund häufig wechselnder Schulbücher nicht immer für alle fünf Minderheitensprachen in Xinjiang und in allen Fächern erfüllt (vgl. Dwyer 2005, S. 35f.).

der Verfassung entsprechend als „unabtrennbare[n] Bestandteil[] der Volksrepublik China“⁶⁵ an. Um separatistischen Bestrebungen, befeuert durch sozioökonomische Benachteiligung und strukturelle räumliche Disparitäten im Vergleich zu den viel entwickelteren Landesteilen im Osten den Nährboden zu entziehen, initiierte die chinesische Regierung unter Präsident Jiang Zemin 1999 – nicht zuletzt unter dem Eindruck des durch interethnische Konflikte getriebenen Zerfalls der Sowjetunion und Jugoslawiens – das regionale Entwicklungsprogramm „Great Leap West“ (Liu & Peters 2017, S. 266). In den 1990er Jahren waren in Xinjiang Erdöl- und Erdgasvorkommen entdeckt worden, was die abgelegene Provinz zusätzlich in den Fokus der internationalen Geopolitik rückte. Zeitgleich begann eine Welle der Aktivitäten des separatistisch orientierten islamistischen Terrorismus in Xinjiang (s. Abb. 47).



Quelle: Ruser & Leibold 2021, S. 11

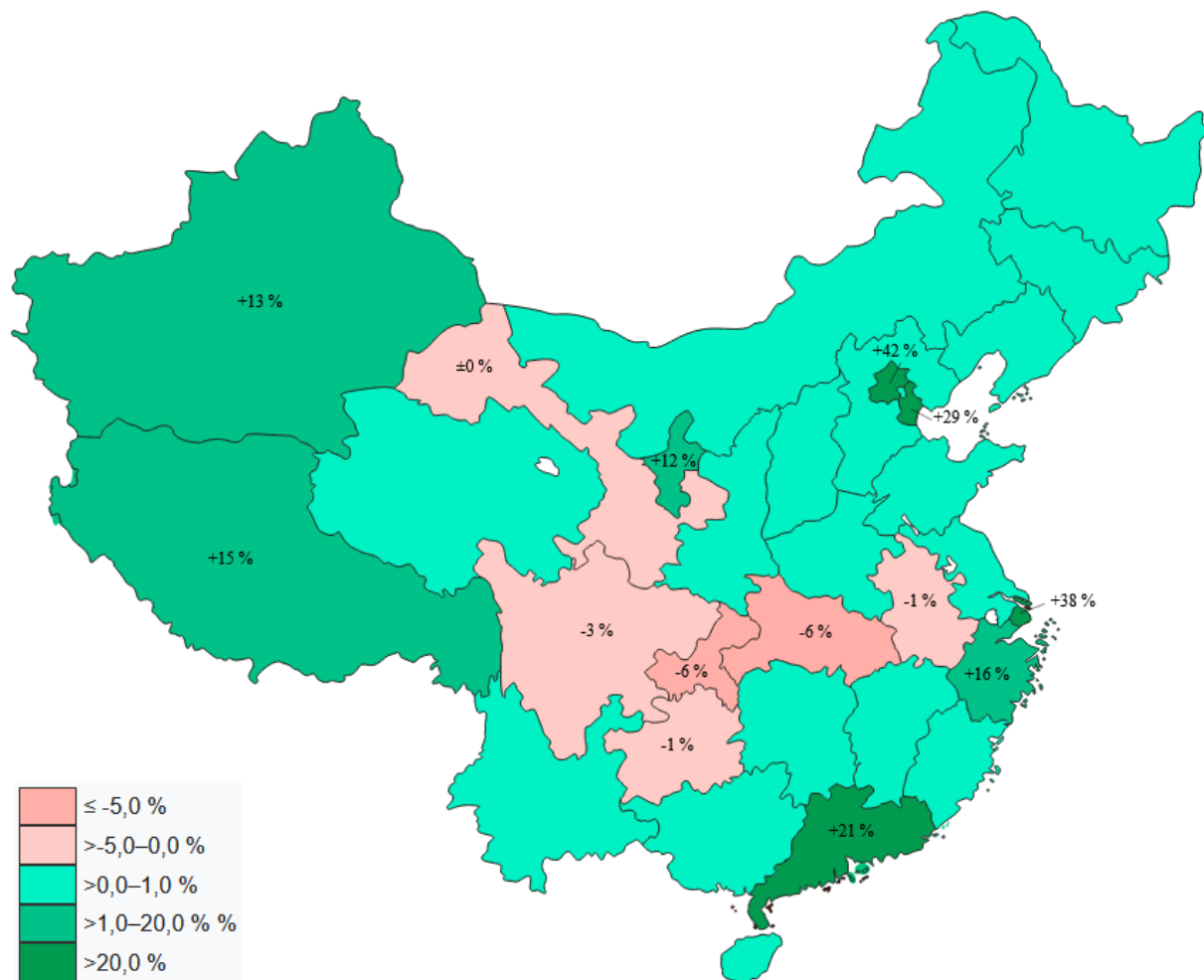
Abb. 44: Bevölkerungsanteile indigener muslimischer Minderheiten und Han-Chinesen in Xinjiang 2018 in Prozent

Während die Regierung durch die massive Wirtschaftsförderung und Infrastrukturinvestitionsprogramme die Legitimation der Einbindung Xinjangs in die Volksrepublik gesteigert sieht, bewerten viele Uiguren das regionale Konjunkturförderprogramm „Großer Sprung nach Westen“ als „evidence of continuing colonialism“ (ebd., S. 267) unter selektiver Begünstigung der Han-Siedler. Gemäß Angaben vom 11.10.2019 der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua wurden in Xinjiang zwischen 2014 und 2018 insgesamt 2,3 Millionen Menschen aus extremer Armut befreit. Aus dem vor allem von muslimischen Minderheiten besiedelten Süden der traditionell besonders armen Provinz Xinjiang sollen allein 1,9 Millionen davon stammen. Zwischen 2015 und 2020 wurden in Xinjiang Investitionen im Bereich verkehrlicher und kommunaler Infrastruktur in Höhe von 640 Milliarden US-Dollar getätigt. Es wurden 30.000 Kilometer Straßen, 1.530 Kilometer Eisenbahnstrecken und 22 Flughäfen gebaut. Seit 2016 entstanden 1,4 Millionen neue Arbeitsplätze in der Autonomen Region Xinjiang (vgl. Behrens 2022, S. 140). Gemäß Regierungsangaben vom 30.01.2022 verzeichnete Xinjiang 2021

⁶⁵ Artikel 4: a.a.O.

mit 7% ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum und das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der ländlichen Bevölkerung stieg um 10,8% (vgl. United Nations High Commissioner for Human Rights 2022, S. 4)

Zur Zeit des ersten Zensus für die Provinz Xinjiang 1953 war die Zusammensetzung der Bevölkerung noch sehr stark durch die überwiegend dem sunnitischen Islam angehörenden Uiguren bestimmt. Während sie 75% der Bevölkerung ausmachten, entfielen auf die Han-Chinesen nur 7%. Die anderen überwiegend muslimischen Ethnien, wie die Hui, Kasachen, Kirgisen, Mongolen und Tadschiken kamen auf insgesamt 18% (vgl. United Nations High Commissioner for Human Rights 2022, S. 4). Durch eine gezielt geförderte Ansiedlungspolitik (s. Abb. 44) hatte sich trotz der für die muslimischen Minderheiten entschärften Ein-Kind-Politik bei einer Verfünffachung der Gesamtbevölkerung von knapp fünf im Jahr 1953 auf über 25 Millionen Einwohner 2021 die demographische Struktur stark verändert. So gehören heute laut offiziellen Statistiken nur noch 45% der Bevölkerung Xinjangs der Ethnie der muslimischen Uiguren an, 42% entfallen auf die Han-Chinesen und die übrigen 13% auf die kleineren indigenen Gruppen (vgl. ebd.). Der muslimische Bevölkerungsanteil von Xinjiang beträgt aktuell noch 58%, allerdings mit fallender Tendenz (vgl. United States Department of State 2022, S. 86). Christliche Konvertiten muslimischer Abstammung werden auf etwa 6.000 geschätzt (vgl. Open Doors 2019, S. 298).



Quelle: Wikipedia, 07.06.2021

Abb. 45: Bevölkerungsveränderung in China von 2000 bis 2010 nach Provinzen in Prozent

Die Bevölkerungskarte in Abb. 45 zeigt die regionalen Trends der Bevölkerungsveränderung auf Provinzebene zwischen 2000 und 2010. Darin wird erkennbar, dass nicht nur die großen urbanen Wirtschaftszentren in Küstennähe im Osten und Süden Chinas mit fortschreitender Industrialisierung

starke Zuwächse durch arbeitsbedingte Land-Stadt-Migration zu verzeichnen hatten, sondern auch die beiden westlichen Provinzen mit Autonomiestatus, Tibet und Xinjiang. Neben den im Landesvergleich lange Zeit deutlich höheren Geburtenraten aufgrund der für ethnische Minderheiten gültigen und in weiten Teilen nicht durchgesetzten Zwei- bzw. Drei-Kind-Politik⁶⁶ ist für diese Entwicklung primär die strategisch motivierte Umsiedlungspolitik der Zentralregierung mit Han-Chinesen verantwortlich, um die von Separatismus-Tendenzen geprägte autonome Provinz Xinjiang zu assimilieren und möglichst unumkehrbar ins chinesische Staatsgebiet zu integrieren.⁶⁷ Das „Hanification-of-Xinjiang“-Narrativ (Liu & Peters 2017, S. 279) wurde – dem chinesischen Integrationsziel zuwider laufend – zu einem der Haupttreiber für die separatistischen Bestrebungen der Uiguren.

Chinas massives Interesse an einer verlässlichen und dauerhaften Integration der Provinz Xinjiang unter die zentralstaatliche Herrschaft liegt nicht allein am immensen mineralischen und energetischen Ressourcenreichtum (vgl. Lum & Weber 2022, S. 1 und Wu 2013, S. 155) der mit 17,3% Flächenanteil⁶⁸ bei 25,85 Millionen Einwohnern (vgl. United Nations High Commissioner for Human Rights 2022, S. 3) und damit nur 1,8% Bevölkerungsanteil weiterhin äußerst dünn besiedelten Region. Ein erst seit 2013 mit Xi Jinpings Seidenstraßen-Initiative evident gewordener Hauptgrund liegt in der geostrategisch bedeutsamen Schlüssellage für die wichtigsten westwärts führenden Landkorridore der eurasischen „Belt and Road Initiative“ (BRI; vgl. Clarke & Rexton 2017, S. 10 und Lum & Weber 2022, S. 1). Als größter Warenproduzent der Welt liegt Chinas einzige, durch eine relativ flache Topographie begünstigte Möglichkeit der landgestützten infrastrukturellen Anbindung an die westlich gelegenen Märkte vor allem Europas, in der Provinz Xinjiang. Im Norden grenzt China an die dünn besiedelte Mongolei bzw. an die russische Peripherie Sibiriens und des fernen Ostens. Im Südwesten bildet die Himalaya-Gebirgskette in der autonomen Provinz Tibet eine nahezu unüberwindbare topographische und politisch instabile Barriere für Verkehrs- und damit Handelsrouten. Geostrategisch bedeutsame BRI-Investitionen in Höhe einiger Hundert Milliarden Euro können somit nur gesichert werden, wenn die Landpassage von den Industriegebieten an Ostchinas Küsten über die „Achillesferse“ (Behrens 2022, S. 141) Xinjiang nach Kasachstan und Russland gen Westen und über Pakistan an den Indischen Ozean unter verlässlicher Kontrolle Chinas bleiben. Für die chinesische Regierung stellen daher jegliche Separatismusbestrebungen, vor allem wenn ihnen mit Terrorakten und transnationaler Vernetzung Nachdruck verliehen wird, eine existenzielle Bedrohung dar, auf die systematisch und teilweise mit brachialer Härte reagiert wird (vgl. Maizland 2022, S. 5).

⁶⁶ Die bis 2016 erlaubte Anzahl von zwei Kindern bei urbanen Familien ethnischer Minderheiten und von drei bei im ländlichen Raum lebenden (vgl. United Nations High Commissioner for Human Rights 2022, S. 33), wurde in der Praxis oft nicht eingehalten. Dies zeigt das Beispiel der in die USA emigrierten ehemaligen Vorsitzenden des World Uyghur Congress, Rebiya Kadeer, die elf Kinder hat (vgl. BBC, 03.08.2009). Prof. Jianying (zit. in Ruser & Leibold 2021, S. 6f.) berichtet nach Feldforschungen im Jahr 2014 im südlichen Xinjiang von häufig 7 bis 8, teilweise auch 10 Kindern je Familie.

⁶⁷ Viele Tausend Soldaten wurden in Xinjiang als Bauern angesiedelt, vor allem um Baumwolle zu kultivieren. Sie müssen sich als Reservisten bereithalten, um im Bedarfsfall der Verteidigung der Sicherheit und territorialen Integrität des Staatsgebiets dienen zu können (vgl. Wocomodocs, 15.02.2018).

⁶⁸ Die „Uigurische Autonome Region Xinjiang“ ist mit 1,64 Millionen Quadratkilometern fast fünfmal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland.

Uigurischer Separatismus und Terrorismus als Herausforderung für die staatliche Integrität

Um die entsprechende Gefährdungseinschätzung seitens der chinesischen Regierung einordnen zu können, sollen zunächst die transnational vernetzten separatistischen Bewegungen in Xinjiang, einschließlich Aufständen bis hin zu terroristischen Aktivitäten uigurisch-muslimischer Gruppierungen beleuchtet werden. Unter den Uiguren existiert keine einheitliche Sicht bezüglich der Zielsetzung der Unabhängigkeit. Die Bandbreite reicht a) vom mit terroristischen Methoden zu verfolgenden Ziel der Sezession und Gründung eines eigenen Staates über b) gewaltfreie bis zumindest nicht direkt militante Separatismus-Bewegungen⁶⁹ und c) die Forderung nach Sicherung der kulturellen Unabhängigkeit der turksprachigen muslimischen Bevölkerung im Rahmen des Autonomiestatus innerhalb Chinas bis hin zu d) einer verstärkten Assimilation und Integration in das chinesische System (vgl. Xu, Fletcher & Bajoria 2014, S. 2).

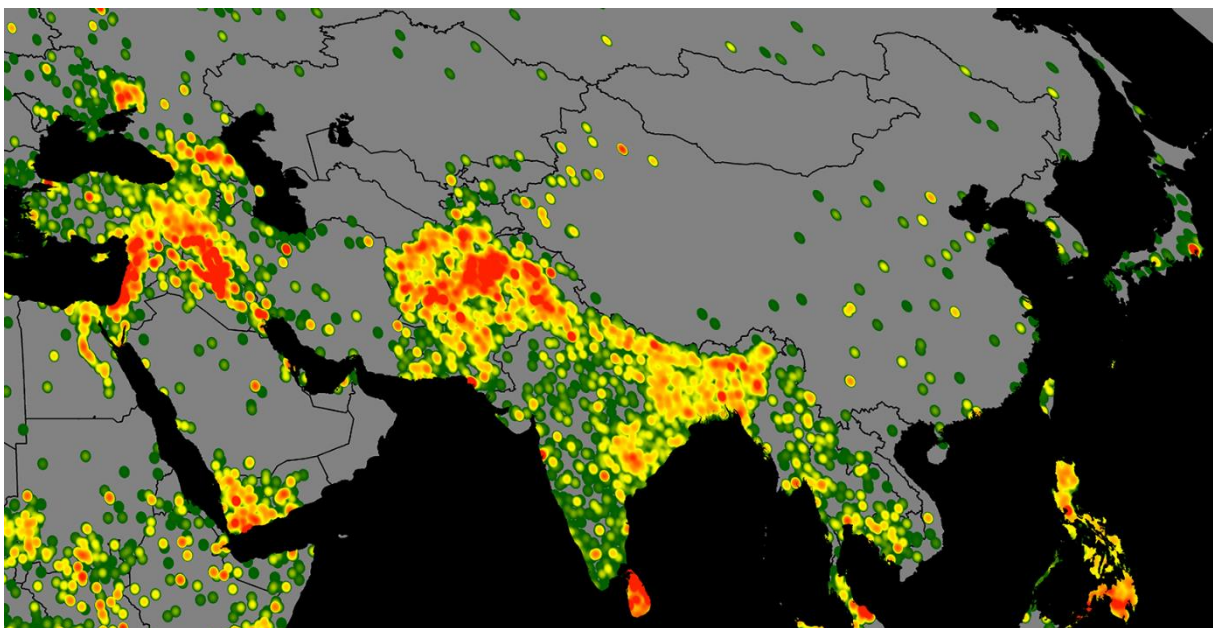
Separatistische Bestrebungen wurden von verschiedenen Organisationen innerhalb der Provinz Xinjiang und unter Exil-Uiguren verfolgt. Teilweise wird die Idee einer Abspaltung und Eingliederung des Gebiets „unter dem Namen ‚Ostturkestan‘ in ein großtürkisches Reich“ (Kronauer 2019, S. 73) propagiert, das verschiedene zentralasiatische Staaten und Gebiete bis ans Mittelmeer in Westasien umfassen solle. Unter den separatistischen Bewegungen am prominentesten⁷⁰ wurde das nach der Niederschlagung des Baren-Aufstands in Xinjiang von nach Pakistan geflüchteten Kämpfern gegründete „East Turkestan Islamic Movement“ (ETIM; vgl. Kronauer 2019, S. 76), das 2002 vom State Department der USA und dem UN-Sicherheitsrat auf die Liste terroristischer Organisationen gesetzt wurde. Ende 2003 teilte die chinesische Regierung mit, dass ETIM im Verlauf von sechs Jahren zehn Ausbildungslager für Terroristen aufgebaut habe (vgl. Giglio 2004, S. 15). Die USA strichen Ende 2020 ETIM jedoch – unter Protest der chinesischen Regierung wegen befürchteter erleichterter Anschläge gegen chinesische Einrichtungen im Ausland (vgl. South China Morning Post, 07.11.2020) – von ihrer „Terrorism Exclusion List“ mit dem Hinweis, dass es keine Evidenz mehr für die Existenz von ETIM gäbe (vgl. Radio Free Asia, 05.11.2020).

Die islamistische Organisation „Turkistan Islamic Party“ (TIP) wird als dominierende separatistische Organisation angesehen, die seit 2006 von ihrer Basis in Afghanistan und Pakistan aus verstärkt in Erscheinung trat (vgl. Xu, Fletcher & Bajoria 2014, S. 1). Ob TIP in Xinjiang selbst Strukturen unterhält oder nur im benachbarten Ausland und inwieweit ihre radikalen Ziele Unterstützung in der uigurischen Bevölkerung finden, ist unklar. Während die chinesischen Sicherheitsbehörden von der Fortexistenz von ETIM überzeugt sind, vertreten andere Analysten die These, dass TIP informell die Nachfolge von ETIM angetreten habe. Der 2013 bis 2014 amtierende TIP-Anführer Abdullah Mansour rief 2014 aus seinem Versteck in Pakistan zu einem „holy war against the Chinese“ (ebd., S. 3) auf. Bereits im Vorfeld der Olympischen Sommerspiele 2008 in Beijing hatte er noch in seiner Funktion als Herausgeber des TIP-Magazins „Islamic Turkistan“ in einem Video-Statement mit vorgehaltenem Sturmgewehr biologische, chemische und konventionelle Anschläge (vgl. McGregor 2010, S. 7f.) ankündigend gesagt: „We, members of the Turkestan Islamic Party, have declared war against China. We oppose China's occupation of our homeland of East Turkestan, which is a part of the Islamic World“ (New York Times, 07.08.2008).

⁶⁹ Zu nennen wären hier 1.) die in Washington ansässige Organisation „East Turkistan Government-in-Exile“, 2.) der „World Uyghur Congress“ (von der chinesischen Regierung seit 2003 als Terrororganisation gelistet und bezichtigt, die Urumqi-Aufstände 2009 mit rund 200 Todesopfern orchestriert zu haben; vgl. BBC, 03.08.2009) mit Hauptsitz in München und Finanzierung von der berüchtigten, laut ihren Kritikern CIA-nahen NGO „National Endowment for Democracy“ und 3.) das in Washington ansässige „East Turkistan National Awakening Movement“, das gegen die chinesische „Besatzung“ länderübergreifend die östlichen Turkvölker in einem unabhängigen Staat vereinen will (vgl. Rasheed & Kidwai 2021).

⁷⁰ Giglio (vgl. 2004, S. 15ff) beschreibt 13 weitere separatistische und terroristische Organisationen im Xinjiang-Kontext, Reed & Raschke (2010, S. 35ff) sogar weitere 25 Gruppierungen.

Die dschihadistische TIP-Ideologie wird auch aus folgendem Video-Statement Mansours aus dem Jahr 2009 deutlich: „We have to conquer our own country and purify it of all infidels. Then, we should conquer the infidels’ countries and spread Islam. The infidels who are usurping our countries have announced war against Islam and Muslims, forcing Muslims to abandon Islam and change their beliefs“ (zit. in McGregor 2010, S. 9). Hinzu kommen Drohungen gegen China seitens uigurischer Terroristen in Videos des Islamischen Staats (IS), denen zufolge „rivers of blood“ fließen sollen im Kampf gegen die „evil Chinese communist infidel lackeys“ als „retaliation for the tears that flow from the eyes of the oppressed“ (Financial Times, 02.03.2017, zit. in Clerke & Rexton 2017, S. 4). Solche Erklärungen und religiös konnotierten Drohungen weisen auf einen zugrundeliegenden, religiös-kulturell getriebenen „Bruchlinienkonflikt“ im „Streit um die Kontrolle von Gebieten“ (Huntington 1996, S. 411) hin, die üblicherweise durch besondere Grausamkeit, Terror und Folter auf beiden Seiten gekennzeichnet sind (vgl. ebd.).



Quelle: Global Terrorism Database 2017

Abb. 46: Karte terroristische Anschläge in Asien von 1970 bis 2015 nach Anzahl und Intensität

Sowohl ETIM als auch TIP hingen seit ihrer Gründung stark von bereits in den 1990er Jahren vor chinesischer Strafverfolgung ins benachbarte Pakistan und Afghanistan – beides seit Jahrzehnten Hochburgen des islamistischen Terrorismus (s. Terrorkarte in Abb. 46) – geflohenen Akteuren und von der Unterstützung dort ansässiger islamistischer Terrororganisationen wie Al-Qaida und den Taliban ab. China unterhält daher seit 1996 ein Kooperationsabkommen mit den an Xinjiang grenzenden Nachbarstaaten Russland, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan, das diese verpflichtet ihre uigurischen ethnischen Minderheiten von der Unterstützung separatistischer Bewegungen in Xinjiang abzuhalten und Uiguren, die aus China vor Strafverfolgung fliehen, auszuliefern (vgl. Xu, Fletcher & Bajoria 2014, S. 2).

Die Kooperation mit international operierenden Terrororganisationen und die Entsendung uigurischer Kämpfer zu den Kriegsschauplätzen Afghanistan und Irak, außerdem zu islamistischen Terrororganisationen in Indonesien, Thailand und Malaysia, erreichte erst im Syrien-Konflikt – oft über die Drehscheibe und jahrelang auch Schutzmacht Türkei⁷¹ (vgl. Morning Star, 15.10.2019) – ihren

⁷¹ Von einer dezidiert pro-separatistischen Haltung ausgehend hat sich die Positionierung der Türkei in der Uiguren-Frage nach einer im Rahmen der Organisation für Islamische Kooperation (OIC) 2019 auf Einladung der

größten Umfang (vgl. Clarke & Rexton 2017). Nach syrischen Regierungsangaben gab es bis zu 5.000 uigurische Söldner, die aufseiten des Islamischen Staats und weiterer Terrororganisation in Idlib kämpften (vgl. Reuters, 11.05.2017). Die chinesische Regierung war 2014 noch von lediglich 300 uigurischen Kämpfern ausgegangen, die für diverse islamistische Terrororganisationen gegen die syrische Regierung kämpften (vgl. Clarke & Rexton 2017, S. 3). Behrens (vgl. 2021, S. 187) hingegen berichtet von 50.000 türkischen Pässen, die die Türkei uigurischen Kämpfern ausgestellt haben soll, bevor diese Syrien infiltrierten um für diverse islamistische Terrororganisationen gegen die syrische Regierung ins Feld zu ziehen.

Nach Zerschlagung des IS sollen 10.000 bis 20.000 uigurische Söldner mit ihren Familien im weiterhin überwiegend islamistisch kontrollierten Idlib verblieben sein (vgl. ebd.), allein 3.500 davon in der uigurischen Dorfgründung Az-Zanbaqi (vgl. Morning Star, 15.10.2019). Während die syrische Armee die islamistischen Terrororganisationen im Land zurückgedrängte, nahmen chinesische Behörden 2017 gegenüber dem Vorjahr sechzehnmal mehr „trained jihadists“ (South China Morning Post, 02.04.2018), vor allem uigurischer Abstammung, beim Versuch der Wiedereinreise nach China fest.

Afghanistan fiel nach dem überstürzten Abzug westlicher Militärkontingente unter der Führung der USA im August 2021 trotz der Machtübernahme durch die Taliban als sichere Unterstützungsbasis für ETIM bzw. TIP und weitere uigurische Separatisten-Bewegungen weg. Wie Rasheed & Kidwai (vgl. 2021) aufzeigen, konnte China aufgrund seiner raschen Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf höchster Ebene mit den Taliban und Dank umfangreicher Hilfsleistungen zwar nicht die Festnahme und Auslieferung uigurischer Separatisten durchsetzen, aber zumindest die Aufforderung durch die neue Taliban-Regierung an die Kämpfer zum Verlassen Afghanistans erwirken. Damit erzielte China nach rund drei Jahrzehnten einen bedeutenden Erfolg in der Stabilisierung des an Xinjiang angrenzenden Gebiets und es bestätigt sich in Bezug auf das Afghanistan-„Disaster“ (CNN, 16.08.2021) zumindest sicherheitspolitisch für China die allgemein gefasste geopolitische Bewertung von Fischer & Stanzel (2021, S. 6): „Russland und China profitieren auf globaler Ebene von der Schwächung, die der Westen nach dem Abzug aus Afghanistan erfahren hat.“

Terroranschläge im Kontext uigurischen Separatismus‘ und islamischen Extremismus‘

Bei Terroranschlägen in Xinjiang, im übrigen China und gegen chinesische Einrichtungen im Ausland, die mit militantem uigurischen Separatismus in Verbindung gebracht werden, ist die Urheberschaft oft nicht abschließend zu klären. Sowohl die mediale Berichterstattung als auch offizielle Regierungsangaben über Terroranschläge sind ein Politikum per se und daher mit gewisser Vorsicht zu bewerten: Die terroristischen Organisationen wollen ihrerseits politische Ziele kommunizieren und Furcht im Land verbreiten sowie Unterstützung internationaler Terrornetzwerke akquirieren. Die chinesische Regierung auf der anderen Seite argumentiert mit den Berichten über Anschläge und terroristisches Bedrohungspotenzial ihre repressive Sicherheits- sowie ihre rigide Kultur- und Religionspolitik in Xinjiang. Berichte über die folgende Auswahl der wichtigsten ethnischen Zusammenstöße, separatistischen Aufstände und dezidierten Terroranschläge wurden seit den 1990er Jahren öffentlich (vgl. BBC, 03.08.2009; Giglio 2004, S. 10ff; Kadeer 2009, S. 1ff; Millward 2004, S. 10ff; Wikipedia⁷² und Xu, Fletcher & Bajoria 2014, S. 2ff):

Volksrepublik hin erfolgten Inspizierung der Lage vor Ort deutlich geändert. Die türkische Regierung setzte ETIM daraufhin auf ihre Liste terroristischer Organisationen (vgl. Behrens 2021, S. 184f.), vermutlich auch im Hinblick auf ähnliche separatistische Bestrebungen kurdischer Gruppierungen im Südosten des eigenen Landes.

⁷² Quellen: https://en.wikipedia.org/wiki/Xinjiang_conflict und https://en.wikipedia.org/wiki/Category:Terrorist_incidents_in_China_by_year

- 1990 – 2001: 1990 mobilisierten Hunderte bewaffnete und in Al-Qaida-Lagern im Kampf gegen die Sowjetunion ausgebildete uigurische Kämpfer in Baren, nahe der Grenze zu Afghanistan für den „Dschihad gegen die Volksrepublik“ (Behrens 2021, S. 186). Die chinesische Regierung macht u.a. ETIM in elf Jahren für über 200 Terroranschläge in Xinjiang (Bombenanschläge auf Busse, Märkte und staatliche Einrichtungen, Ermordung lokaler Beamter, muslimischer Geistlicher und von Zivilisten);
- 2008: direkt vor den olympischen Spielen wurde ein LKW in eine Gruppe 70 joggender Polizisten gelenkt und anschließend mit Handgranaten und Macheten insgesamt 16 Polizisten getötet. Zudem wurden in Kunming zwei Bomben in Stadtbussen gezündet mit zwei Todesopfern. Obwohl sich TIP zu den Anschlägen bekannte, erklärte die chinesische Regierung, dass es keine terroristischen Motive gegeben habe;
- 2009: Nach Kämpfen, in die uigurische Arbeiter in der südlichen Provinz Guangdong wegen des Protests gegen rassistische Gewalt verwickelt waren, kam es in der Hauptstadt Urumqi zu Protesten⁷³ von über 1.000 Personen, die in gewaltsame Aufstände umschlugen und 192, möglicherweise sogar über 200 Todesopfer forderten. Die Urumqi-Aufstände stellen somit die tödlichsten Zusammenstöße in China seit der Niederschlagung der Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 dar. Zwei Tage nach dem Aufstand warfen Unbekannte nach einer Demonstration von Exil-Uiguren einen Brandsatz auf das chinesische Generalkonsulat in München, wo auch der Hauptsitz des separatistischen World Uyghur Congress⁷⁴ liegt;
- 2011: Angriffe auf eine Polizeistation in Hotan mit vier Todesopfern und eine Serie von Bombenanschlägen und Messerattacken in Kashgar mit mindestens 12 Toten und über 40 Verletzten;
- 2012: Sechs Uiguren versuchten Flug 7554 der Tianjin Airlines in ihre Gewalt und mit dem Motiv „Dschihad“ außer Landes zu bringen. Die Entführer wurden von Personal und Passagieren überwältigt, wobei zwei Terroristen starben. Zudem gab es einen Anschlag in Yecheng auf Han-Chinesen und Polizeibeamte, bei dem je nach Quelle zwischen acht und zwölf uigurische Angreifer und zwischen einem und sieben Polizeibeamte getötet wurden;
- 2013: Bei einem mittels PKW verübten Terroranschlag auf dem politisch symbolträchtigen Platz des Himmlischen Friedens in Beijing kam es zu fünf Todesopfern und 40 Verletzten. TIP bekannte sich zum Anschlag. Zudem kam es in Bachu in Xinjiang bei Polizeikontrollen wegen illegalen Waffenbesitzes zu 21 Todesopfern, darunter 15 Polizeibeamte und lokale Behördenvertreter. Zwei Monate später ereignete sich ein Angriff auf eine Polizeistation, bei dem zwei Polizisten und 22 Zivilisten getötet wurden sowie elf der uigurischen Angreifer. Das TIP-Magazin gratulierte den Angreifern und ehrte sie als „Mujahideen“;
- 2014: Bei einer Messerattacke von acht uigurischen Angreifern im Bahnhof von Kunming wurden 31 Zivilisten getötet und 140 verletzt. Ebenfalls auf dem Bahnhof griffen drei uigurische Kämpfer in Urumqi Zivilisten mit Messern und Bomben an und töteten drei Personen und verletzten 79. Zu weiteren 43 Toten und 90 Verletzten kam es bei einem Angriff von fünf uigurischen Terroristen in zwei SUV-Fahrzeugen, die durch die Menge einer belebten Einkaufsstraße rasten, Sprengsätze warfen und sich schließlich selbst in die Luft sprengten. In Elixku und Huangdi, in der Region Kashgar, wurden 215 bewaffnete uigurische Angreifer festgenommen und 59 getötet als sie eine Polizeistation und ein Regierungsgebäude stürmten. 37 Zivilisten kamen bei dem Terrorangriff ums Leben. Zwei Tage später wurde ein gemäßigter Imam einer staatlich anerkannten Moschee in Kashgar ermordet. In

⁷³ Laut Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung (zit. in Behrens 2021, S. 184) hatten exil-ugurische Gruppierungen über das Internet zu den Unruhen aufgerufen (vgl. hierzu auch Kronauer 2019, S. 75).

⁷⁴ Die Organisation nutzt das Emblem der Islamischen Republik Ostturkestan, die sich 1933 kurzzeitig von China abgespalten hatte (vgl. German Foreign Policy, 24.10.2022).

Luntai, nahe Urumqi, wurden bei einer Serie von Bombenanschlägen und Gefechten 54 Menschen getötet, darunter sechs Zivilisten, vier Polizisten und 44 Angreifer. In Kashgar wurden bei einem Angriff mit Messern und Sprengsätzen auf einen Bauernmarkt 22 Menschen getötet, darunter Polizisten und die Angreifer. In Shache wurden 15 Menschen getötet, darunter 11 uigurische Kämpfer, 14 weitere Personen wurden verletzt.

- 2015: Angreifer mit Messern töteten 50 Arbeiter einer Kohlemine in Aksu im Schlaf. Die TIP bekannte sich zum Terrorangriff. Nach fast zweimonatiger Verfolgungsjagd in Berggebieten Xinjiangs töteten chinesische Sicherheitskräfte 28 der Angreifer und einer ergab sich.
- 2016: Drei islamistische Angreifer lenkten ihr Fahrzeug in ein Regierungsgebäude in Karakax, im Süden der Provinz Xinjiang, detonierten Sprengsätze und töteten zwei Personen bevor sie von der Polizei erschossen wurden.
- 2017: Bei einem Messerangriff in Pishan im Süden der Provinz Xinjiang kamen fünf Personen ums Leben und fünf wurden verletzt, bevor die drei Angreifer von der Polizei getötet wurden.

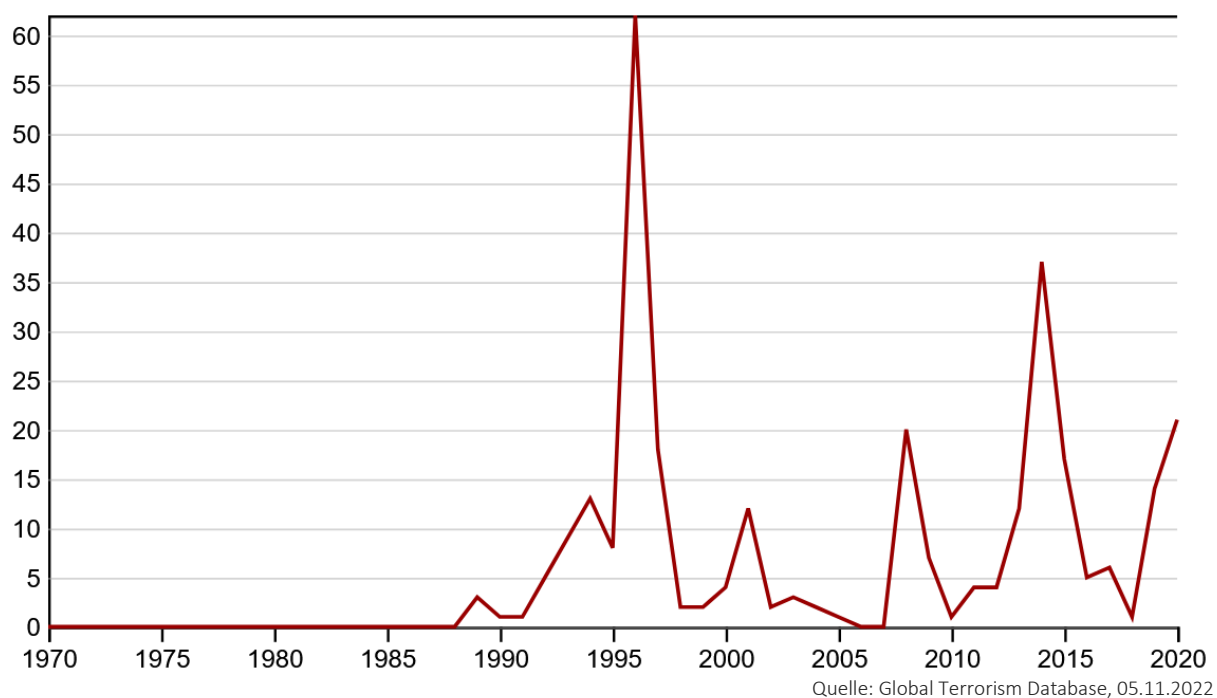


Abb. 47: Terroranschläge gemäß Global Terrorism Database in China von 1970 bis 2020

Die Grafik in Abb. 47 zeigt im Verlauf von 1970 bis 2020 die für China registrierten Anschläge der Global Terrorism Database (abgerufen am 05.11.2022). Der „moderne“ Terrorismus in China begann demnach in den 1990er Jahren, kulminierte 1996 bezüglich der Anzahl der Anschläge und verzeichnete 2014 einen weiteren Höhepunkt, verbunden mit deutlich gesteigerten Opferzahlen. Der erneute Anstieg 2020 ist nicht auf die Provinz Xinjiang zurückzuführen, sondern auf gewaltsame Anti-Regierungs-Proteste in Hongkong.⁷⁵

⁷⁵ Laut Kampfmittelexperte Alick McWhirter (zit. in Sieren 2021, S. 140) wurden etwa beim Wah Yan College in Honkong zwei mit Nägeln gespickte Bomben mit zehn Kilo Sprengstoff entschärft, die „Menschen im Umkreis von 50 bis 100 Metern töten und verletzen“ sollten.

Chinas Anti-Terror-Kampf und Politik der erzwungenen Assimilierung in Xinjiang

Im Terror-Krisenjahr 2014 lancierte die chinesische Regierung die „Strike Hard campaign“ um „terrorism, separatism and religious extremism“ (Lum & Weber 2022, S. 1) in Xinjiang zu bekämpfen. Religiöser Extremismus⁷⁶ und uigurischer Separatismus werden dabei als sich wechselseitig bedingende Strömungen gesehen (vgl. United Nations High Commissioner for Human Rights 2022, S. 3). Die mit der Kampagne in Xinjiang verstärkten Menschenrechtsverletzungen sind seit Jahren zentraler Gegenstand der internationalen Kritik an der chinesischen Regierung und zentraler Bestandteil der politischen Rechtfertigung der Sanktionsmaßnahmen vor allem westlicher Staaten gegen China. Das Europäische Parlament (2021, S. 4) bezichtigte China der „systematische[n] Verfolgung der Uiguren“ und stoppte nach einer Sanktionierung Chinas und prompt erfolgten Gegensanktionen den Ratifizierungsprozess für ein umfangreiches beidseitiges Investitionsschutzabkommen, das seit 2013 verhandelt und Ende 2020 vereinbart worden war.

Die Maßnahmen der „Strike Hard“-Kampagne lassen sich unter drei Hauptkategorien subsumieren: 1.) Freiheitsentzug aufgrund von Strafverfolgung bzw. niederschwellige Einweisung in „Umerziehungseinrichtungen“; 2.) Zerstörung von Moscheen und 3.) Eingriffe in die natürliche Bevölkerungsentwicklung muslimischer Minderheiten einschließlich Sterilisationskampagnen. Gemäß dem chinesischen „White Paper“ vom März 2019 zu „Fight against Terrorism and Extremism and Human Rights Protection in Xinjiang“ (zit. in United Nations High Commissioner for Human Rights 2022, S. 5) wird Separatismus als „Brutstätte“ gesehen, in dessen Rahmen „terrorism and extremism take root in Xinjiang“. Seit der uigurischen Extremisten zugeschriebenen Terrorwelle 2014 sollen die chinesischen Sicherheitsbehörden im Rahmen der Antiterrorkampagne „Strike Hard“ insgesamt 1.588 „violent and terrorist gangs“ zerschlagen, 12.995 „terrorists“ festgenommen⁷⁷, 2.052 Sprengsätze sichergestellt, 30.645 Personen wegen „illegal religious activities“ bestraft und 345.229 Exemplare von „illegal religious materials“ konfisziert haben (vgl. United Nations High Commissioner for Human Rights 2022, S. 13).

Selbst wenn noch keine Straftaten begangen wurden, werden Angehörige der muslimischen Volksgruppen in Xinjiang in beträchtlichem Umfang in geschlossene staatliche „Vocational Education and Training Centers“ (VETC; ebd.) eingeliefert. Neben möglicherweise einer Berufsbildung werden sie Berichten Betroffener zufolge so lange der Umerziehung in loyale chinesische Staatsbürger, die jeglichem Separatismus und Extremismus abschwören, unterzogen, bis für die maßgeblichen Behörden kein Verdacht mehr besteht, dass die Personen problematische Bewegungen unterstützen könnten. Das United States Department of State (2022a, S. 88) beschreibt, was die gemäß chinesischer Verordnungen von 2018 ausgeführte „antiextremist ideological education“ offiziell beinhalten soll: „training sessions on the common national language, laws and regulations, and vocational skills, [...] antiextremist ideological education, and psychological and behavioral correction to promote thought transformation of trainees and help them return to the society and family.“

Im Oktober 2018 hatte die chinesische Regierung erstmals die Existenz solcher geschlossenen Einrichtungen zugegeben und 2019 bestätigt, dass diese dem Zweck dienten „to eradicate the breeding ground and conditions for the spread of terrorism and extremism“ (United Nations High Commissioner for Human Rights 2022, S. 12). Personen können entweder a) auf Gerichtsbeschluss nach Verbüßen einer Haftstrafe aufgrund terroristischer oder extremistischer Straftaten eingewiesen

⁷⁶ Freedom House (2017, S. 24) bestätigt für die chinesischen Muslime einen wachsenden Einfluss des „ultra-conservative“, allgemein als extremistisch anerkannten Salafismus, der Strömung des radikalen politischen Islam, die auch dem Islamischen Staat (IS) zugrunde liegt.

⁷⁷ Laut Chinese Human Rights Defenders (vgl. 2018) machten die Verhaftungen in Xinjiang wegen „krimineller“ Delikte 2017 weit überproportionale 21% (in den Jahren 2013 bis 2016 nur 1,6 bis 4%) aller Verhaftungen in China aus (Xinjiangs nationaler Bevölkerungsanteil liegt bei 1,8%).

werden oder b) auf polizeiliche Anordnung hin, wenn Personen verleitet wurden sich terroristischen oder extremistischen Aktivitäten anzuschließen, aber noch keine kriminelle Straftat begangen hatten bzw. c) auf Entscheidung der Staatsanwaltschaft hin, wenn sich Personen gefährlichen terroristischen oder extremistischen Aktivitäten angeschlossen hatten, aber Reue zu erkennen ist und noch keine terroristische Straftat begangen wurde. Durch die Einweisung kann dann eine reguläre Haftstrafe umgangen werden (vgl. ebd.). Delius (vgl. 2021, S. 404f.) gibt an, dass es mindestens 48 pauschale Kriterien in der „Karakax-Liste“ (United Nations High Commissioner for Human Rights 2022, S. 15 u. 35 und Zenz 2020) gibt, die zur Internierung führen können und die noch keine kriminellen Handlungen darstellen oder als Evidenz einer extremistischen Einstellung interpretiert werden könnten: Überschreiten der maximal zulässigen Kinderzahl (vgl. Ruser & Leibold 2021, S. 17 und Zenz 2021, S. 10), Barttragen oder Tragen eines Schleiers, Alkohol-Abstinenz, religiöses Fasten, Moscheegang, Beantragung eines Reisepasses, Weigerung der Abgabe einer DNA-Probe bei polizeilichen Kontrollen, Besitz eines Zelttes oder Kompasses etc.



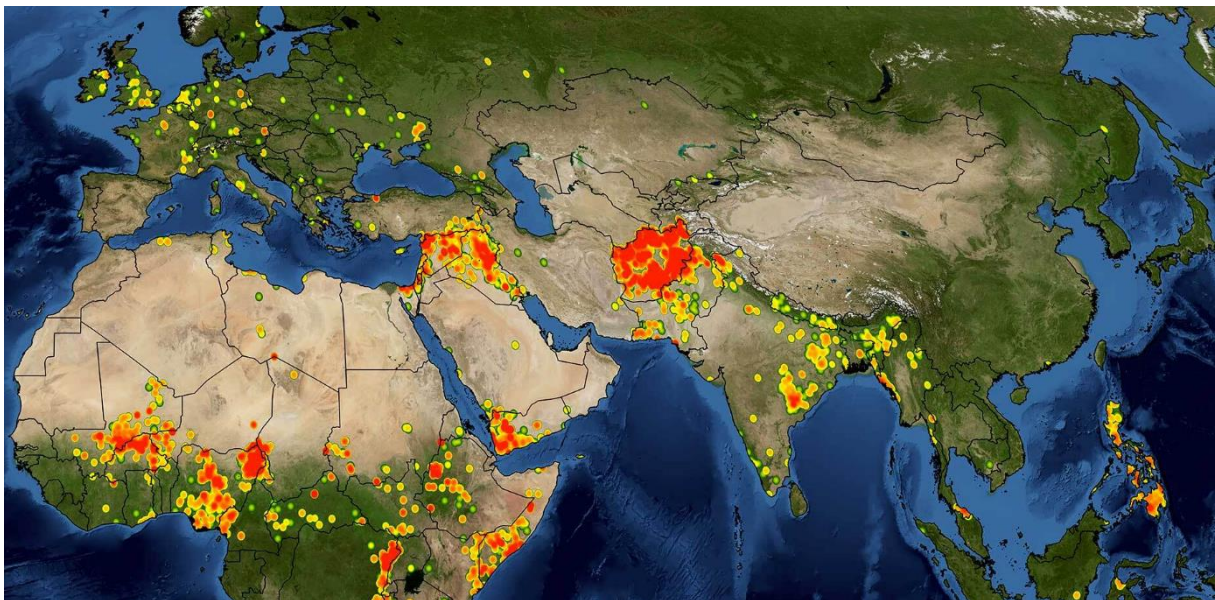
Quelle: United Nations High Commissioner for Human Rights 2022, S. 20

Abb. 48: Gefängnis Nr. 3 in Dabancheng, Urumqi: 2018 bis 2020 um 130% erweitert

Zwischen 2017 und 2020 wurden in Xinjiang zwischen mehreren Hunderttausend und 1,8 Millionen Muslime, also rund 10% der erwachsenen Bevölkerung uigurischer Abstammung, teilweise aber auch ethnische Kasachen, Kirgisen und Hui sowie vereinzelt christliche Konvertiten mit muslimischem Hintergrund, in die bis Ende 2021 errichteten 385 bis 1.200 VETC-Einrichtungen eingewiesen (vgl. Clarke & Rexton 2017, S. 4; Delius 2020, S. 163; Delius 2021, S. 403; Lum & Weber 2022, S. 1f.; Open Doors 2019, S. 298; United States Department of State 2022a, S. 84 und Zenz 2018). Behrens (vgl. 2021, S. 189f.) kritisiert jedoch schwere methodische Mängel beim Zustandekommen der Zahl von einer Million oder gar mehr Internierter. Er weist darauf hin, dass diese Zahl erstmals von „Chinese Human Rights Defenders“ in Umlauf gebracht wurde, eine NGO, die u.a. vom laut ihren Kritikern CIA-nahen „National Endowment for Democracy“ unterstützt wird. Die NGO hat nach Recherchen von Behrens (ebd. S. 189) „in acht Dörfern jeweils acht Personen gefragt, ob und wie viele ihnen bekannte Personen in Lagern interniert seien“. Die auf die Dorfbevölkerung umgerechneten 12,8% Betroffener rechnete die NGO, abgerundet auf 10%, auf die uigurische Gesamtbevölkerung hoch, womit die Anzahl von 1,1 Million bislang Internierter kreiert wurde. Weitere 1,3 Millionen seien der NGO zufolge zu Tages- oder Abend-„re-education courses“ (Batke 2019) gezwungen worden. Ähnlich

hohe Internierungsquoten errechnete Zenz (vgl. 2018, S. 102) auf der Grundlage angeblich glaubwürdiger, geleaketer Regierungsstatistiken.

In den VETC kann es neben der von Regierungsstellen behaupteten und auch internationalen Medien vorgeführten Berufsausbildung (gemäß Behrens, vgl. 2022, S. 137, zeitweise sogar von der Weltbank gefördert und evaluiert), Chinesisch-Kursen, Sport-, Tanz- und Musikangeboten sowie uigurischer Kulturpflege (vgl. BBC, 18.06.2019) nach Berichten ehemaliger Internierter zu folgenden Situationen und Menschenrechtsverletzungen kommen: Zwangsarbeit in Fabriken, Isolationshaft, Essensentzug, unhygienische Bedingungen, psychologischer Druck bis hin zu sexuellem Missbrauch, erzwungene Injektionen, undefinierbare Medikamentengaben, Blutprobenentnahmen, Gewaltanwendung, Schlafentzug und Folter (vgl. Amnesty International 2021a u. 2021b; Human Rights Watch 2021; Lum & Weber 2022, S. 2 und United Nations High Commissioner for Human Rights 2022, S. 21ff). Neben bzw. ergänzend zur Internierung in den VETC berichteten Lum & Weber (2022, S. 1) dem US-amerikanischen Kongress von „forced family separations“, indem fast eine halbe Million Kinder aus muslimischen Familien in Xinjiang in staatliche Internate eingewiesen wurden.



Quelle: Global Terrorism Database 2022

Abb. 49: Karte terroristische Anschläge in Europa, Afrika und Asien von 2020 nach Konzentration und Intensität

Die chinesische Regierung verteidigt ihre „Strike Hard“-Kampagne gegen Separatismus und religiösen Extremismus in Xinjiang mit dem Verweis auf ihren Erfolg: Die früheren Wellen terroristischer Anschläge mit uigurischem Hintergrund konnten chinaweit, aber insbesondere in der autonomen Provinz seit 2016 auf nahezu null gebracht werden (s. Abb. 47). Während die Terrorismuskarte in Abb. 46 die nordwestliche Provinz Xinjiang für die Jahre 1970 bis 2015 noch als regionales Schwerpunktgebiet terroristischer Anschläge in China ausweist, zeigt die Karte von 2020 in Abb. 49, dass sich China trotz der erwiesenen internationalen Vernetzung der uigurischen Separatismus- und Terrororganisationen deutlich vom Trend seiner süd- und zentralasiatischen Nachbarn absetzen konnte. Dass dieser positive Trend in puncto Sicherheit auch 2021 stabil blieb, belegt die Platzierung Chinas im „Global Terrorism Index 2022“ (Institute for Economics & Peace 2022, S. 8): China ist dort als Land in der Kategorie „sehr geringe Auswirkung des Terrorismus“ zwischen den Niederlanden und Belgien auf Platz 67 des weltweiten Rankings gelistet – weit hinter den deutlich gefährdeten Ländern USA auf Platz 28 und Deutschland auf Platz 33. China verzeichnete 2021 nach Laos den

größten Fortschritt an Sicherheit vor terroristischen Anschlägen in der gesamten Region Asien-Pazifik (vgl. ebd. S. 39).

Es ist aus Perspektive der universellen Menschenrechte weitgehend unbestritten, dass sich China die seit rund fünf Jahren verbesserte Sicherheit vor terroristischen Anschlägen für einen sehr hohen Preis des Verstoßes gegen Menschenrechte und auch grundlegende Freiheitsrechte erkaufte hat. Doch zu bedenken ist, dass klassischerweise „Sicherheit als Staatszweck“ (Schachtschneider 2017, S. 50) und zugleich primäre Staatsaufgabe zu werten ist und die Bürger ein „Recht auf Sicherheit“ (ebd.) auch vor separatistisch motiviertem Terrorismus extremistischer Verbände einer bestimmten Volksgruppe eines Landes haben. Unbestritten ist in der völkerrechtlichen Abwägung, dass das Selbstbestimmungsrecht der Völker keinen Terrorismus seitens separatistischer Bewegungen gegen die übrige Zivilbevölkerung rechtfertigt.

Jenseits der harten Maßnahmen des Freiheitsentzugs schätzen Lum & Weber (vgl. 2022, S. 1), dass die chinesische Regierung in ihren Assimilationsbestrebungen in Xinjiang landesweit eine Anzahl von einer Million Personen rekrutiert hat, die vorübergehend in uigurischen Familien lebten um sie auf Extremismusverdacht zu überprüfen. Aber auch die „high technology surveillance against Uyghurs“ (United States Department of State 2022a, S. 46) ist eines der Instrumente, die mittels Millionen Überwachungskameras, Überwachungs-Apps, Tracking-Systemen und Künstlicher Intelligenz (KI) in Xinjiang optimiert wurden. Es wird berichtet, dass muslimische Minderheiten Überwachungs-Apps auf ihren Smartphones installieren müssen, die automatisch extremismusverdächtige Inhalte melden. In fast ausschließlich von Uiguren besiedelten Städten wie Kashgar weisen Lausprecherdurchsagen auf Märkten und an Straßenkreuzungen permanent auf das mit Gefängnisstrafen bewehrte Verbot des Verbreitens extremistischer Inhalte hin und an Kontrollposten inspiziert die Polizei Handys regelmäßig auf verdächtige Inhalte (vgl. Wocomodocs, 15.02.2018).

Anfang 2017 mussten alle Fahrzeughalter in Xinjiang BeiDou-Satellitennavigations-Systeme in ihren Fahrzeugen installieren, um eine Echt-Zeit-Überwachung ihrer Bewegungen zu ermöglichen (vgl. Meserole 2020, S. 5 und New York Times, 24.02.2017, zit. in Clarke & Rexton 2017, S. 12). Wie weit die KI-gesteuerte Kameraüberwachung in Xinjiang schon Anfang 2019 gediehen war, zeigte das Daten-Leak des „Weltmarktführer[s] im Bereich KI-basierter Gesichtserkennung“ (Sieren 2021, S. 134) SenseNets aus Shenzhen. So ließ sich nachvollziehen, dass bei Überwachungsdaten von mehr als 2,5 Millionen Einwohnern Xinjiangs Namen und Ausweisnummern sowie insgesamt 6,7 Millionen Positionsdaten in nur 24 Stunden, möglicherweise von KI-Kameras und getrackten Smartphones oder Fahrzeugen, zugeordnet waren (vgl. Strittmatter 2020, S. 193). Im innerchinesischen Vergleich liegt die Kameradichte in Urumqi jedoch nicht auf den vordersten Plätzen. Anfang 2020 hatte Chongqing, die Stadt mit der höchsten Kameradichte weltweit mit 168 Kameras pro 1.000 Einwohner eine 14 mal so hohe Dichte wie Urumqi mit 12, womit die Hauptstadt Xinjiangs nur Platz 14 des internationalen Rankings belegte. Auch die übrigen sieben chinesischen Städte unter den Top-10 mit der höchsten Kameradichte weltweit hatten mindestens dreimal so viele Kameras je Einwohner installiert wie Urumqi (Beijing: 40 je 1.000; vgl. Handelsblatt, 18.03.2020).

KI soll zudem eingesetzt werden, um extremismusverdächtige Personen bereits an Kleidung und Gesicht per Überwachungskamera zu erkennen. Die Gesichtserkennungssoftware der chinesischen Firma CloudWalk informiert Sicherheitsbehörden, wenn per KI detektierte, als „extremistisch“ eingeordnete Personen auf Überwachungskameras erscheinen (vgl. Meserole 2020, S. 3). Delius (2021, S. 406) zufolge soll Gesichtserkennungssoftware in Verbindung mit KI in VETC-Einrichtungen verwendet werden, um automatisierte Einschätzungen zu treffen, ob die „politische Gleichschaltung und Gehirnwäsche“ bereits die intendierten Erfolge erzielt habe und somit die Voraussetzung für die Freilassung gegeben sei.



Quelle: Freedom House 2017, S. 19

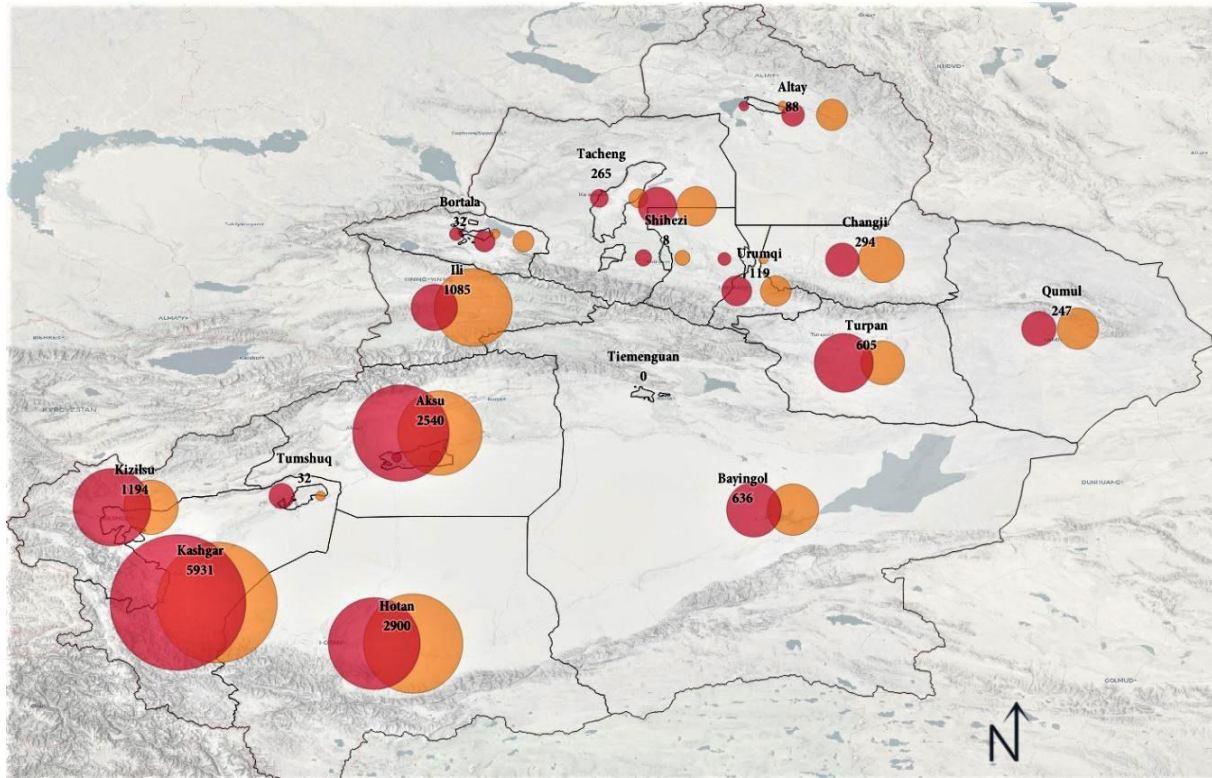
Abb. 50: Grad der Repression religiöser Minderheiten in Chinas Provinzen 2012 bis 2016

Freedom House (s. Abb. 50; vgl. 2017, S. 7) bewertete den Grad religiöser Repression und Verfolgung für die Falun Gong-Bewegung, die tibetischen Buddhisten und die uigurischer Muslime als „sehr hoch“. Während für Falun Gong bis 2016/17 im Trend ein leichtes Nachlassen der Unterdrückung konstatiert wurde, sahen sich die tibetischen Buddhisten einem leichten Ansteigen und die uigurischen Muslime einem starken Anstieg der Repression ausgesetzt. Aus zentralstaatlicher Sicht begründet sich die harte Hand gegenüber dominanten religiösen Glaubensgemeinschaften in Tibet und Xinjiang durch separatistische Tendenzen in den beiden autonomen Gebieten und im Falle Xinjians zusätzlich durch die seit den 1990er Jahren währende und 2014 erneut aufgeflamte Herausforderung des Terrorismus, erwiesenermaßen mit transnationaler Vernetzung und Unterstützung.

Neben dem bereits geschilderten Versuch der rigiden Überwachung und Umerziehung muslimischer Ethnien in Xinjiang greift die Regierung seit Jahren verstärkt zum Mittel der Zerstörung von Moscheen. Ruser, Leibold, Munro & Hoja (vgl. 2020, S. 3ff) kommen aufgrund von Vergleichsanalysen von Satellitenbildern zu der Schätzung, dass seit Beginn der Kampagne 2016, überwiegend aber seit 2017 rund 16.000 Moscheen und damit ca. 65% des Bestands in Xinjiang zerstört wurden. Insgesamt 8.500 Moscheen wurden komplett planiert und die übrigen beschädigt. Zudem stellten sie fest, dass 30% der heiligen Orte des Islam wie Schreine, Friedhöfe und Pilgerstätten in der Provinz zerstört und weitere 28% beschädigt oder manipuliert wurden. 17,4% aller zerstörten Komplexe waren gemäß chinesischem Denkmalrecht geschützt.

Auffallend ist bei Betrachtung der geographischen Verteilung der Schwerpunkte der Moscheezerstörung, dass diese mehrheitlich in Gemeinden in der westlichen Grenzregion zu Kirgisistan, Tadschikistan, Afghanistan und Pakistan liegen (s. Abb. 51), wo auch die größte Gefahr durch grenzüberschreitende separatistische und terroristische Bewegungen gegeben ist. Dem Forschungsteam des Australian Strategic Policy Institute wurde von Augenzeugen berichtet, dass rund 75% aller noch bestehenden Moscheen zudem geschlossen worden sei. Behrens (vgl. 2021, S. 188) berichtet allerdings von einer selbst organisierten und von staatlichen Aufsehern unbegleiteten Reise durch

Xinjiang einschließlich der ländlichen uigurischen Siedlungsgebiete im südlichen Kunlun-Gebirge, bei der die Moscheen generell allen Muslimen offen gestanden haben sollen. Die in Xinjiang in nur geringer Anzahl vorhandenen christlichen Kirchen und buddhistischen Tempel waren gemäß den von Ruser, Leibold, Munro & Hoja (vgl. 2020) erhobenen Daten nicht Gegenstand der Zerstörungskampagne. Asia News (19.02.2021) berichtete allerdings vom Abriss der staatlich anerkannten Sacred Heart Church in Yining, Yili Distrikt im Westen der Provinz Xinjiang.



Quelle: Ruser, Leibold, Munro & Hoja 2020, S. 9

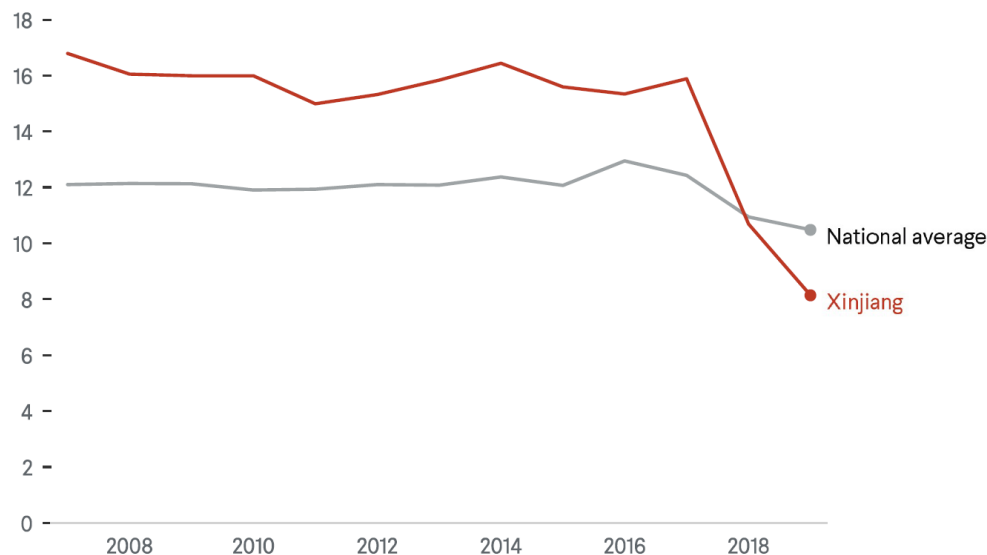
Abb. 51: Gesamtzahl der durch chinesische Behörden zerstörten (rot) und beschädigten (orange) Moscheen in Xinjiang nach Präfektur

Im Zuge der natürlichen und der migrationsbedingten Bevölkerungsentwicklung in Xinjiang hat sich zwar der uigurische Bevölkerungsanteil seit 1954 von 75 auf 45% reduziert. In absoluten Zahlen haben sich die Uiguren aufgrund der in Xinjiang bis 2016 privilegierten Stellung bezüglich der zulässigen Kinderzahl für Familien nationaler Minderheiten, bzw. wegen dem staatlich tolerierten Ignorieren der Regulierung, aber ungefähr verdreifacht (seit Juni 2021 gilt die Drei-Kinder-Politik, wie im gesamten Land, so auch für alle Ethnien in Xinjiang gleichermaßen; vgl. United Nations High Commissioner for Human Rights 2022, S. 33).

Maßnahmen zur Geburtenkontrolle als Bestandteil ethno-religiöser Steuerung

Im Zuge der regierungsseitig mit der erneuten Terrorwelle 2014 argumentierten „Strike Hard“-Kampagne hat die chinesische Regierung die Aktivitäten zur Geburtenkontrolle ab 2017 stark intensiviert und zu einem integralen Bestandteil ihrer „counter-terrorism“ und „counter-extremism“-Politik in Xinjiang gemacht (vgl. United Nations High Commissioner for Human Rights 2022, S. 35; Ruser & Leibold 2021, S. 4 und Zenz 2021, S. 8 u. 14). In ihrem „White Paper“ Bevölkerungsdynamik in Xinjiang stellt die Regierung eine klare Verbindung her zwischen lokal hohen Geburtenraten und religiösem Extremismus. Zum flächendeckenden Melden und Erfassen überhöhter Kinderzahlen

wurden monetäre Belohnungssysteme („mass supervision“) in Verbindung mit Denunziationshotlines eingeführt, um Mitbürger zu motivieren ihre Nachbarn oder Kollegen wegen zu hoher Kinderzahl anzuzeigen (vgl. Ruser & Leibold 2021, S. 17).

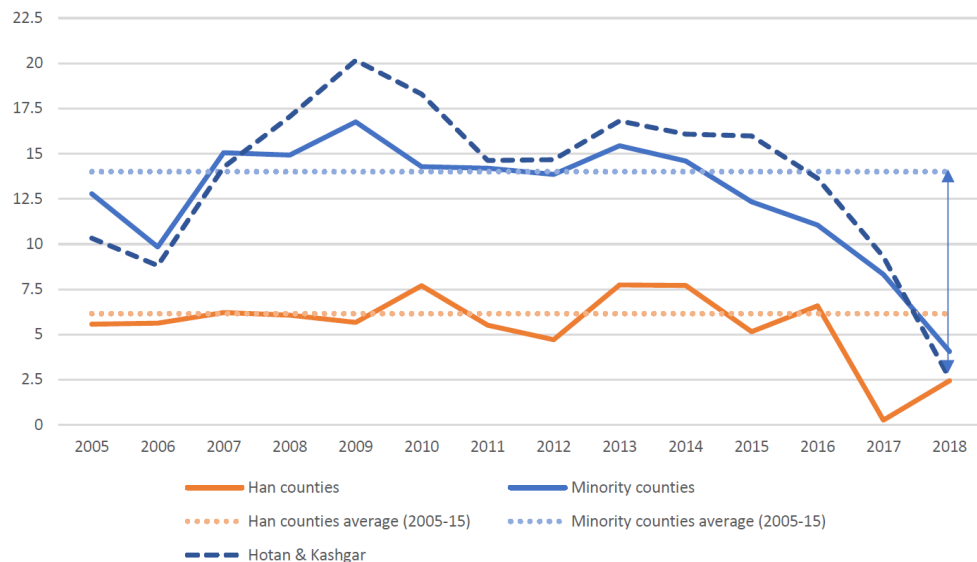


Quelle: Maizland 2022, S. 10

Abb. 52: Geburtenrate (Geburten pro Jahr je 1.000 Einwohner) 2007 bis 2019 in China und der Provinz Xinjiang

Seit 2017 verzeichnete die Geburtenrate in der Provinz Xinjiang einen ungewöhnlich scharfen Absturz (s. Abb. 52) um 48,7% (sogar 56,5% in Bezirken mit mindestens 90% indigenen muslimischen Minderheiten). Es kam also im Mittel der Provinz Xinjiang fast zu einer Halbierung von 15,88 Geburten je 1.000 Einwohner in 2017 auf 8,14 in 2019 (vgl. Ruser & Leibold 2021, S. 4 und United Nations High Commissioner for Human Rights 2022, S. 33f.). Der direkte Vergleich der scharf abfallenden Geburtenrate Xinjiangs mit der nur leicht abfallenden Gesamtchinas in Abb. 52 ist zwar statistisch nicht ganz korrekt, da die Daten für den nationalen Durchschnitt auch die stark abfallenden Werte für die 1,8% Bevölkerungsanteil in Xinjiang enthalten. Differenziert man aber innerhalb Xinjiangs die Geburtenraten nochmals nach Präfekturen, dann wird das Bild eines Absinkens spezifisch uigurischer Geburtenraten deutlich: So fielen die Geburtenraten in Hotan (96% uigurische Bevölkerung) und Kashgar (92,6%) im Südwesten Xinjiangs, wo geographisch auch der Fokus der Kampagne der Moscheezerstörungen lag, von 20,94 bzw. 18,19 jährlichen Geburten je 1.000 Einwohner in 2016 auf 8,58 bzw. 7,94 im Jahr 2018.

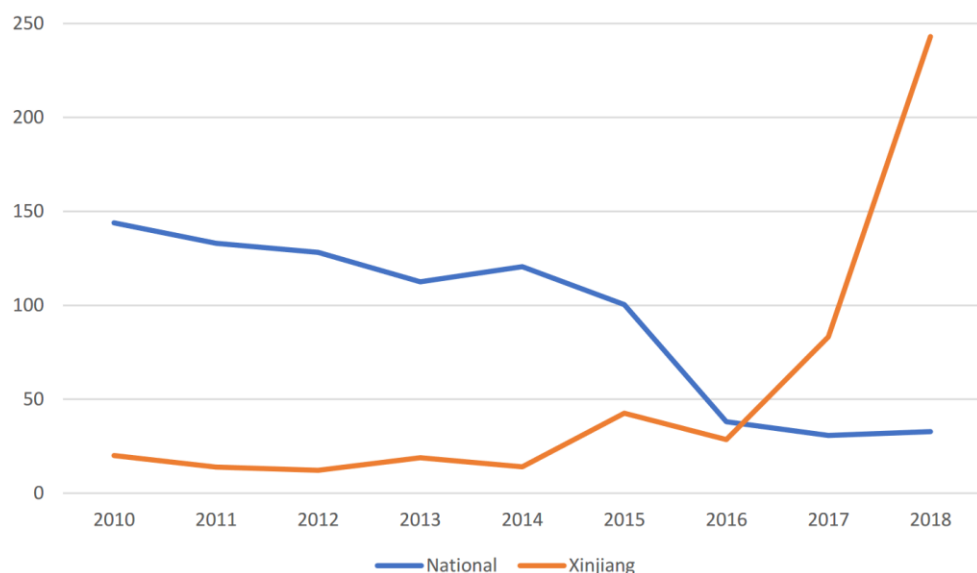
In Abb. 53 hat Zenz (vgl. 2021, S. 8) die natürlichen Wachstumsraten (d.h. durch Geburten) für die fast ausschließlich uigurischen Präfekturen Hotan und Kashgar sowie die mehrheitlich von muslimischen Minderheiten besiedelten Kreise (blau) einerseits und auf der anderen Seite die mehrheitlich von Han-Chinesen bewohnten Gebiete (orange) gegenübergestellt. Hervor stechen dabei die rund doppelt so hohe Wachstumsrate mehrheitlich muslimischer gegenüber Han-Kreisen vor der intensivierten staatlichen Intervention. Das Absinken der Wachstumsrate beginnt 2015 und verschärft sich massiv 2017. In einer Vergleichsanalyse aller Staaten weltweit stellen Ruser & Leibold (vgl. 2021, S. 20) fest: Kein Land der Welt – auch nicht im Zustand von Krieg oder Bürgerkrieg – wies jemals seit 1950 einen annähernd drastischen Abfall der Geburtenrate auf wie Xinjiang im betreffenden Zeitraum. Der nächststärkste landesweite Geburtenrückgang weltweit über eine Zweijahresperiode hinweg betrug bisher 28% gegenüber den für Xinjiang festgestellten 48,7%.



Quelle: Zenz 2021, S. 8

Abb. 53: Natürliches Bevölkerungswachstum (durch Geburten) in Promille von 2005 bis 2018 in überwiegend von Han-Chinesen bzw. muslimischen Minderheiten besiedelten Gebieten der Provinz Xinjiang

Analog zum drastischen Absinken der natürlichen Wachstumsraten der Bevölkerung in mehrheitlich muslimisch besiedelten Gebieten lässt sich ab 2017 ein abruptes Ansteigen der Sterilisationen in Xinjiang auf das Fünf- bis Zehnfache der Vorjahreswerte feststellen (s. Abb. 54). Diese Entwicklung widerspricht dem in der Grafik gezeigten chinesischen Durchschnittstrend jährlicher Sterilisationen, der 2015 leicht und 2016 deutlich abfiel, nachdem die seit 1979 geltende Ein-Kind-Politik wie im Oktober 2015 beschlossen ab 2016 gelockert und auf zwei Kinder ausgeweitet wurde (Tagesspiegel, 29.10.2015). Sterilisationen wurden in China folglich nicht mehr so stark nachgefragt.



Quelle: Zenz 2021, S. 17

Abb. 54: Sterilisationen pro Jahr je 100.000 Einwohner 2010 bis 2018 in China und der Provinz Xinjiang im Vergleich

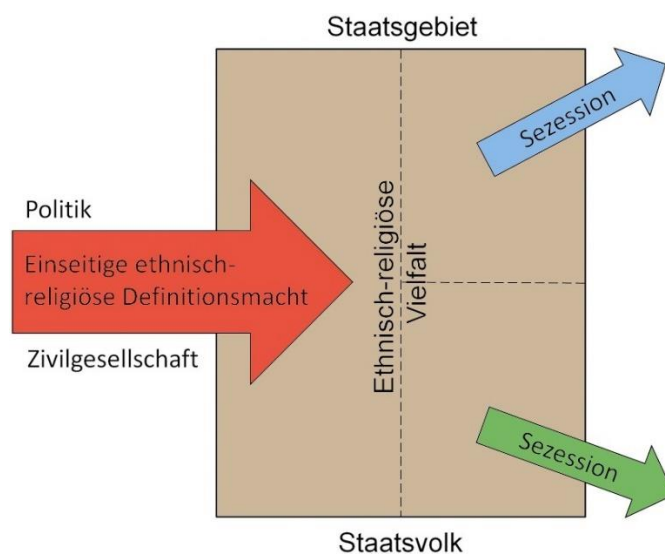
Die Sterilisationen in Xinjiang überstiegen 2018 mit einem Wert von 243 je 100.000 Einwohnern den Durchschnitt ganz Chinas mit 32,1 um mehr als das 7,5-fache (vgl. United Nations High Commissioner for Human Rights 2022, S. 34). Alarmierend ist zudem die Anzahl der in Xinjiang aufgrund staatlichen Drucks verstärkt eingesetzten und nur operativ zu entfernenden Intrauterinpressare als Mittel der dauerhaften Empfängnisverhütung. Zwischen 2015 und 2018 wurden in Xinjiang netto 7,8 mal mehr

Spiralen je Einwohner eingesetzt als im gesamtchinesischen Durchschnitt. 2018 wurden netto sogar 80% aller Intrauterinpressare ganz Chinas allein in der Provinz Xinjiang eingesetzt, obwohl ihr nationaler Bevölkerungsanteil nur 1,8% ausmacht (vgl. Zenz 2020, S. 14). In manchen besonders stark von muslimischen Minderheiten besiedelten Gebieten konnte eine Quote von bis zu 73,5% von verheirateten Frauen mit Intrauterinpressar nachgewiesen werden und bei Frauen mit erst einem Kind von über 50% (vgl. ebd., S. 13).

Ob der völkerrechtlich äußerst schwerwiegende Vorwurf von „genocide and crimes against humanity against Uyghurs“ (United States Department of State 2022a, S. 3) des ehemaligen US-Außenministers Mike Pompeo und erneut der Regierung Biden (vgl. Lum & Weber 2022, S. 2) gerechtfertigt ist, kann die vorliegende Studie nicht beantworten. Während de Zayas & Falk (2021) die Verwendung des Begriffs „Genozid“ zur Bewertung des Umgangs der chinesischen Regierung mit den Uiguren für „crassly instrumentalized to beat the drums of Sinophobia“ halten, fordern Ruser & Leibold (vgl. 2021, S. 25f.) die Überprüfung ob die beschriebenen Maßnahmen staatlich erzwungener Geburtenkontrolle dem Tatbestand „Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind“ in Artikel 2 (4) der UN-Genozidkonvention entsprechen und dem Ziel dienen, eine „ethnische [...] oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“ (UNO 1948b).

Separatismusbewegungen: Territoriale Integrität durch Assimilationsdruck

Um die in Xinjiang entbrannten Konflikte zwischen dem chinesischen Staat und ethnoreligiösen Minderheiten samt den zugrundeliegenden kulturellen Bruchlinien theoretisch einordnen zu können, soll eine Betrachtung im Kontext des Druck-Sezessions-Modells erfolgen, das der Autor der vorliegenden Studie anhand von Feldforschung zur 2011 nach langjähriger Unterstützung der USA vollzogenen Abspaltung des Südsudan vom Sudan entwickelt hat (vgl. Rothfuß 2013). Gibt es in einem Staatsgebiet räumlich relativ homogene und klar abgrenzbare Siedlungsgebiete in peripherer Lage, deren Bewohner sich einem anderen Wertesystem als dem der zentralstaatlichen Autorität verbunden fühlen, so entstehen Instabilitätslinien, die ein mögliches Auseinanderbrechen des Staatsgebildes durch Sezession begünstigen können.



Quelle: Rothfuß 2013, S. 197

Abb. 55: Gefahr der Sezession durch zentralstaatlich gesteuerte ethnisch-religiöse Repression gegen regionale Minderheiten

Üben zentralstaatliche Stellen samt dominanter Mehrheitsgesellschaft des Landes im Sinne einer „einseitige[n] ethnisch-religiösen Definitionsmacht“ (s. Abb. 55) zu starken bzw. repressiven Assimilationsdruck auf Teilgebiete mit eigenständiger Identität aus, so werden Akteure, die aus einer Sezession Vorteile für ihre Machtstellung erwarten, die durch den Druck aufseiten der Bevölkerung entstandene Unzufriedenheit als Legitimation nutzen, um durch separatistische Bestrebungen eine Sezession herbeizuführen. Diese kann zur Gründung eines neuen Staatsgebildes führen (Beispiel Abspaltung und Staatsgründung des Südsudan am 09.07.2011; vgl. Zeit Online, 09.07.2011) oder zum Anschluss an einen Staat in direkter Nachbarschaft, sofern zu diesem geringere Differenzen bezüglich der etablierten Werte und der gepflegten Kultur vorhanden sind und bzw. oder für die Sezessionsgebiete verbesserte ökonomische Entwicklungsperspektiven zu erwarten sind (Beispiel Krim-Anschluss an Russland 2014; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.04.2014).

Die chinesische Regierung übt mittels „einseitiger ethnisch-religiöser Definitionsmacht“ (Rothfuß 2013, S. 197) – manifestiert in ihrer massiven und teilweise repressiven Assimilationspolitik gegenüber den indigenen muslimischen Minderheiten in Xinjiang – gemäß der Logik des Druck-Sezessions-Modells seit Jahrzehnten erheblichen Druck auf die ethnokulturell und geographisch determinierten Sollbruchstellen des Landes aus. Zugleich aber versucht die Regierung die gemäß Modell zu erwartenden Sezessionsmechanismen durch systematische Gegenmaßnahmen – in der Bandbreite von dezidiert entwicklungsfördernd bis menschenrechtswidrig – einzuhegen, um das Ziel territorialer Integrität und staatlicher Einheit abzusichern:

- Finanzierung umfangreicher regionaler Entwicklungsförderungsprogramme zur Stärkung der nationalen Kohäsion und Verminderung regionaler Disparitäten;
- Siedlungsprogramme zum Verwischen ethnographischer Grenzlinien an der „Sollbruchstelle“ zwischen Xinjiang und dem übrigen China;
- Maßnahmen zur gezielten Kontrolle der Fruchtbarkeit in tendenziell separatismusaffinen Bevölkerungsgruppen zum Zweck der Bevölkerungskontrolle bzw. -reduktion;
- Umfangreiche Maßnahmen einschließlich „Umerziehungseinrichtungen“ zum Ausmerzen separatistischer Tendenzen und extremistischen Denkens;
- Aufbau eines perfektionierten Überwachungssystems zum Kontrollieren und gegebenenfalls Neutralisieren separatistischer und terroristischer Bewegungen;
- Überwachung und Unterbindung ausländischer Einflussnahme auf Separatismus-Bewegungen.

Unbestritten ist, dass die Region Xinjiang aus geostrategischer Sicht für die Volksrepublik gerade angesichts des Seidenstraßenprojekts eine solch immense Bedeutung besitzt, dass das autoritär regierte China trotz des hohen Preises von Imageverlust und Wirtschaftssanktionen aufseiten der westlichen Staatengemeinschaft nicht bereit sein wird, Kompromisse einzugehen, die aus Sicht der Zentralregierung die staatliche Einheit und Sicherheit gefährden könnten. Für die Provinz Xinjiang sollten daher auch seitens der internationalen Gemeinschaft dringend neue Wege gesucht werden, wie langfristig ein für alle Seiten tragfähiger Kompromiss gefunden werden kann, der die Rechte der Minderheiten achtet und zugleich das Interesse Chinas an Sicherheit und nationaler Einheit wahrt. Da selbst die 56 Staaten umfassende Organisation islamischer Staaten OIC Zurückhaltung in der Beurteilung der Uiguren-Frage übt (vgl. Wani 2022), die Türkei in einer politischen Kehrtwende die uigurische Separatismus-Bewegung ETIM nach einem OIC-Besuch in Xinjiang auf die Terrorliste gesetzt hat (vgl. Behrens 2021, S. 184f.) und muslimische Staaten wie Indonesien, Kasachstan, Pakistan, Qatar, Vereinigte Arabische Emirate, Usbekistan, Libyen und Malaysia die Volksrepublik China im UN-Menschenrechtsrat in der Uiguren-Frage unterstützten (vgl. Delius 2021, S. 415 und Radio Free Asia, 07.10.2022), ist die Frage, aus welchen Motiven gerade der Westen mit einer kompromisslosen Haltung die Verbesserung der China-Beziehungen aufs Spiel setzen sollte.

Taiwan als „Sprengfalle“ im geopolitischen Wettbewerb zwischen USA und China

„Die Taiwan-Frage ist die wichtigste, empfindlichste Kernfrage in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen“ bekräftigt der Staatsrat der Volksrepublik China (2004, S. 6) aus chinesischer Perspektive. Da dieser Streitpunkt auch auf US-Seite spätestens seit Obamas „Pivot to Asia“ 2012 höchste Priorität genießt (vgl. Heiducoff 2022, S. 89), liegt auf der Hand, dass es bei der Positionierung der USA einschließlich ihrer westlichen Verbündeten zur Frage nach Wiedervereinigung versus Unabhängigkeit Taiwans nicht allein um Differenzen bei Menschenrechten oder demokratischen Grundrechten geht, sondern um essenzielle geoökonomische und geopolitische Interessen und Einfluss-sphären der beiden rivalisierenden Supermächte. Auch die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (2021, S. 6) verweisen auf die Bedeutung der geopolitischen Interessenlage der USA als relevantem Analyserahmen für das Verstehen der China-Taiwan-Beziehungen: „Bei der Betrachtung des Verhältnisses zwischen der Volksrepublik China und Taiwan müssen daher auch immer die Verhältnisse beider zu den USA und die aktuellen Interessen der USA in der Region betrachtet werden“. Von Dohnanyi (2022, S. 54) warnt Europa angesichts der divergierenden Interessenlage davor, sich an der „ebenso vergeblichen wie gefährlichen Politik der USA zu beteiligen“ in ihrem „Weltmachtkonflikt mit dem erstarkenden China“ (ebd., S. 46).

Geschichtliche Hintergründe zum Taiwan-Konflikt

Zur Einordnung der Taiwan-Frage bedarf es eines kurzen historischen Abrisses der Geschichte der Insel „Formosa“. Diese stand zwischen 1624 und 1662 teilweise unter niederländischer und spanischer Kolonialherrschaft (vgl. Kronauer 2019, S. 81). Die durch China von den europäischen Kolonialmächten befreite Insel gelangte 1683 unter die Verwaltung der Qing-Dynastie, wo ihr nach etwas über 200 Jahren schließlich 1885 der administrative Status als 22. Provinz des Kaiserreichs zuerkannt wurde (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2021, S. 4). Bereits ein Jahrzehnt später, nach dem Sieg Japans gegen China im japanisch-chinesischen Krieg, wurde das Kaiserreich China gezwungen, den „ungleichen Vertrag von Shimonoseki zu unterzeichnen“ (Staatsrat der VR China 2004, S. 1). Das japanische Kaiserreich kolonialisierte Taiwan und beging bei der Unterdrückung chinesischer Unabhängigkeitsbestrebungen auf der Insel verschiedene Massaker. Im Süden Taiwans wurde 1915 allein bei einer militärischen Strafaktion der Japaner die gesamte Bevölkerung eines Dorfes von 5.000 bis 6.000 Menschen ermordet (vgl. Kronauer 2019, S. 82). In den Deklarationen von Kairo 1943 und Potsdam 1945 der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs wurde China die Rückgabe der japanischen Kolonialgebiete zugesichert, was nach der Kapitulation Japans durch die chinesische Wiedereingliederung Taiwans in die seit 1912 bestehende Rechtsnachfolgerin des Qing-Kaiserreichs, die Republik China, am 25. Oktober 1945 erfolgte (vgl. ebd.).

Als die mit Hilfe der UdSSR aufgebaute Kommunistische Partei unter Mao Zedong nach insgesamt 22 Jahren Bürgerkrieg um die politische Vorherrschaft in China Chang Kai-sheks nationalistische Kuomintang-Regierung – trotz deren intensiver US-Unterstützung (vgl. Baron & Yin-Baron 2020, S. 99 und Kronauer 2019, S. 82) – bezwungen hatte, wurde von den Kommunisten am 1. Oktober 1949 die Volksrepublik China ausgerufen. Chiang Kai-sheks Kuomintang-Nationalisten flüchteten mit ihren vielfach der Bildungsschicht angehörenden Unterstützern und 500.000 Soldaten, insgesamt zwei bis 2,5 Millionen Menschen (vgl. Statista, 13.01.2021), nach Taiwan um dort die „Republik China“ mit bis heute – zumindest formal – aufrecht erhaltenem Alleinvertretungsanspruch für Gesamtchina fortzuführen.

Aufgrund der bereits in den 1950er Jahren einsetzenden intensiven Militärhilfe der USA (vgl. Heiducoff 2022, S. 89) und der diplomatischen Unterstützung vor allem westlicher Staaten (vgl. Kronauer 2019, S. 82 u. 84) konnte das seinerzeit ca. um den Faktor 100 kleinere Taiwan seinen

internationalen Anerkennungsstatus weitgehend verteidigen und die Vertretung Chinas in den Vereinten Nationen samt ständigem Sitz im Sicherheitsrat weiterhin wahrnehmen. Erst mit Hilfe einiger, zwischenzeitlich entkolonialisierter und zu UNO-Mitgliedern gewordenen Staaten Afrikas, gelang es Beijing die Vertretungsbefugnis im Rahmen der UNO-Resolution 2758 mittels Zwei-Drittel-Mehrheit in der Generalversammlung an die Volksrepublik China übertragen und Taiwan, das weiterhin unter der Bezeichnung „Republik China“ firmiert, aus dem System der Vereinten Nationen ausschließen zu lassen (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2022, S. 2).

Taiwans strategische Bedeutung für die USA als „militärischer Brückenkopf“ (vgl. Heiducoff 2022, S. 88) in der sogenannten „ersten Inselkette“ zwischen dem Südchinesischen und dem Ostchinesischen Meer (s. Abb. 56 und Abb. 58) hatte sich bereits 1950 gezeigt, als diese im Zuge des Korea-Kriegs US-Truppen auf Taiwan stationierten. Nach der Entkolonialisierung Koreas mit der Kapitulation des faschistischen Japan zum Ende des Zweiten Weltkriegs waren – in einer ähnlichen Konstellation wie im Nachkriegsdeutschland – auf der koreanischen Halbinsel eine nördliche Besatzungszone unter Kontrolle der UdSSR und eine südliche unter amerikanischer Kontrolle entstanden. Der „erste heiße Krieg im globalen Kalten Krieg“ wurde auch zum „erste[n] Verteidigungskrieg der Volksrepublik“ (Heiducoff 2022, S. 92).



Quelle: Hilpert, Sakaki & Wacker 2022, S. 8

Abb. 56: Karte Taiwans mit der geostrategisch bedeutsamen ersten und zweiten Inselkette

In Überdehnung des UNO-Mandats der Sicherheitsrats-Resolution 85, aber mit der UNO als „Part des kriegführenden Bündnisses“ (Ploppa 2019, S. 123) war die US-geführte Militärkoalition – mit dem geopolitischen Ziel der Eindämmung des Einflusses des Kommunismus – bis zur chinesischen Grenze im Norden vorgerückt. In genozidalen Flächenbombardements, einschließlich dem Einsatz illegalen Napalms und Chemiewaffen⁷⁸, waren 18 der 22 größten Städte Nordkoreas von der US-Luftwaffe

⁷⁸ General Douglas MacArthur konnte sich mit seinem Plan insgesamt 34 Atombomben im Norden Koreas abzuwerfen, um einen für China für 60 Jahre – so seine Intention – wegen atomarer Verseuchung unüberwindbaren Gürtel des Todes zu schaffen, nicht durchsetzen (vgl. The Irish Times, 20.09.2017).

teilweise vollständig vernichtet worden. Drei bis viereinhalb Millionen Menschen⁷⁹ starben, darunter 900.000 Soldaten (vgl. The Irish Times, 20.09.2017, Heiducoff 2022, S. 91 und Ploppa 2019, S. 124). Große chinesische Freiwilligenbataillone drängten die US-geführten Streitkräfte schließlich von der Grenze Chinas zurück. Fast 200.000 chinesische Kämpfer starben bis der heute noch bestehende Waffenstillstand – weiterhin ohne Friedensvertrag zwischen Nord- und Südkorea – entlang dem 38. nördlichen Breitengrad durchgesetzt war (vgl. ebd., S. 90f.). Blaine Harden von der Washington Post (2015) ordnete den Korea-Krieg der USA nicht als frühen Unfall, sondern als Teil einer jahrzehntelang andauernden Serie „illegale[r] Kriege“ ein (Ganser 2017; vgl. hierzu auch die 251 Militärinterventionen seit 1991 umfassende Auflistung des US-Congressional Research Service durch Salazar Torreon & Plagakis 2022): „Since World War II, the United States has engaged in an almost unbroken chain of major and minor wars in distant and poorly understood countries“.

In der Taiwan-Frage erkannten die USA erst acht Jahre nach der 1971 erfolgten Übertragung des Sicherheitsratssitzes im Jahr 1979 die „Regierung der Volksrepublik“ als „einzige rechtmäßige Regierung Chinas“ an (U.S.-PRC Joint Communiqué 1979; zit. in Overhaus 2022, S. 30). Zeitgleich mit der Entwicklung der „Richtlinie für die friedliche Wiedervereinigung“ Chinas (Staatsrat der VR China 2004, S. 2) durch den Reformator und Mao-Nachfolger Deng Xiaoping verabschiedete der US-Kongress den „Taiwan Relations Act“, der neben der Regelung der Taiwan-Beziehungen in unterschiedlichen Politikfeldern bis heute als Grundlage für eine „de facto bestehende[] militärische[] Zusammenarbeit“ (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2021, S. 6) dient.

Mit ihrer militärischen Aufrüstung Taiwans widersprachen die USA ihrer formellen Anerkennung des „Ein China“-Prinzip[s]“ (Staatsrat der VR China 2004, S. 1ff), dass die Insel Taiwan völkerrechtlich als Teil der Volksrepublik zu werten sei. „A new cold war“ (Deng Xiaoping 1991, zit. in Huntington 1993, S. 33) zwischen den USA und China waren für Insider bereits in den 1990er Jahren erkennbar. Pentagon-Berater Thomas Barnett (2005, S. 226f.) berichtete über entsprechende interne Priorisierungen in der US-Verteidigungsstrategie: „the entire Pentagon strategic planning community was refocussing most of its vast energy to contemplating and preparing for war with China in some distant future scenario. [...] All our war games [...] had to involve some unnamed large Asian land power with an unhealthy interest in a small island off its coast, otherwise they wouldn't get approved. [...] inside the Pentagon they were deep into planning the next Cold War. [...] the Pentagon dreamed of long-distance push-button missile wars with China“.

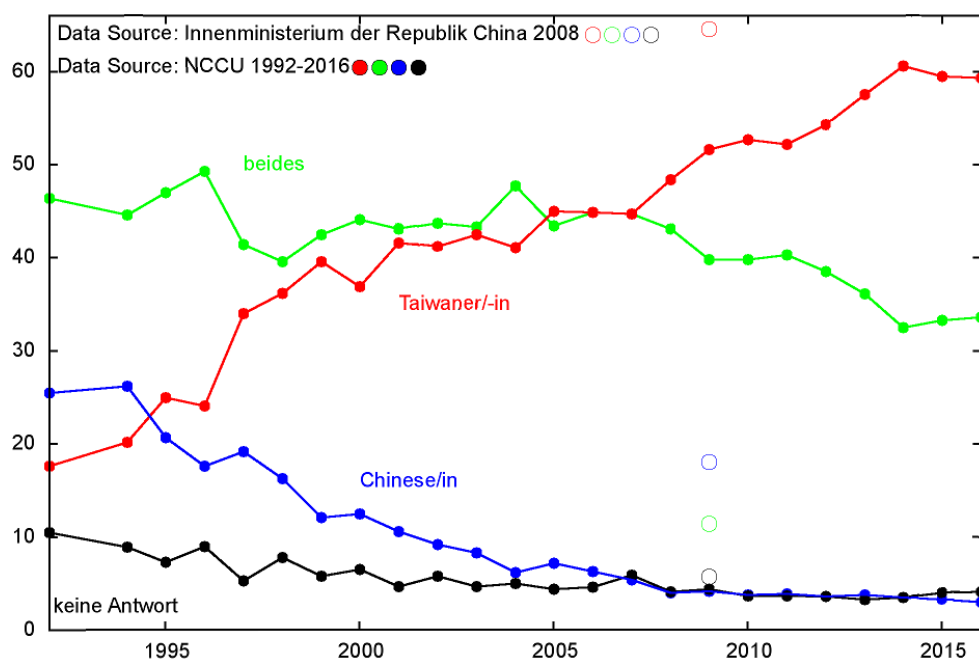
Die Bundesrepublik Deutschland unterhielt nie offizielle diplomatische Beziehungen zu Taiwan und erkannte die Volksrepublik China bereits 1972 an, was Deutschland zu einer guten Startposition im Verlaufe des späteren wirtschaftlichen Öffnungsprozesses der Volksrepublik und der Platzierung deutscher Auslandsinvestitionen in China verhalf. Deutschland wie auch die Europäische Union hatten sich – im Gegensatz zu den USA – stets am völkerrechtlichen Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten fremder Staaten orientiert und keine Rüstungsgüter an Taiwan geliefert, außer einiger Sondergenehmigungen für auch zivil nutzbare „Dual Use“-Güter; vgl. Stanzel 2022b, S. 81 u. 83). Seit dem Waffenembargo wegen des Massakers auf dem Tian'anmen-Platz 1989 (vgl. Berkofsky 2004, S. 97) hatten beide aber auch jegliche Waffenlieferungen an die Volksrepublik China ausgesetzt (vgl. Stanzel 2022b, S. 83).

⁷⁹ General Curtis LeMay, der die US-Air Force im Koreakrieg befehligte, schätzt die Anzahl der Todesopfer auf 20% der Gesamtbevölkerung, was ca. zwei Millionen Tote bedeuten würde (vgl. The Irish Times, 20.09.2017).

Taiwans Schwenk vom Alleinvertretungsanspruch zu indirekten Sezessionsbestrebungen

Erst in den 1980er Jahren leitete die durch weitgehende diplomatische Isolierung geschwächte, auf Militärgewalt gestützte und des „Weißen Terrors“ (vgl. Diefenbach 2017) mit notorischen Menschenrechtsverletzungen bezichtigte (vgl. Deutsche Welle, 27.08.2009; Deutschlandfunk, 14.07.2012 und Diefenbach 2017, S. 78ff) Ein-Parteien-Diktatur der Kuomintang eine schrittweise demokratische Öffnung Taiwans ein, um international wieder anschlussfähig zu werden. Die Regierung von Taiwan begann 1981 auch gegenüber der Volksrepublik von ihrer „bisherigen Politik des ‚dreifachen Nein‘ (kein Kontakt, keine Verhandlung, kein Kompromiss) abzurücken“ (Huntington 1996, S. 275) und hob 1987 das Reiseverbot für Taiwaner zur Ermöglichung von Familienbesuchen in und sonstige Reisen nach Festlandchina auf.

Der Anspruch der Republik Taiwan, ganz China zu repräsentieren, wurde zwar formal nie aufgegeben, aber man begann nun aktiv eine eigene taiwanische Identität in der Bevölkerung zu verankern, um die Langfristperspektive einer Unabhängigkeitserklärung von der Volksrepublik vorzubereiten. Verschiedene Gruppierungen betonten „zunehmend die kulturelle Identität Taiwans“ (Huntington 1996, S. 278) und versuchten im Sinne einer „Kultur-Raum-Identitätskonstruktion“ (Reuber 2012, S. 233), die „taiwanische Gesellschaft als eine nichtchinesische und daher legitimerweise von China unabhängige zu definieren“ (Huntington 1996, S. 278).



Quelle: Wikipedia, 10.01.2014

Abb. 57: Identitätsentwicklung in der Bevölkerung Taiwans nach Selbstbezeichnung der Bürger von 1992 bis 2016

Erst im Jahr 1991 wurde der Ausnahmezustand und damit das Kriegsrecht und die militärisch gestützte Diktatur auf Taiwan offiziell beendet. Drei vorübergehende Perioden der diplomatischen Annäherung und boomender wirtschaftlicher Beziehungen zwischen China und Taiwan von 1993 bis 1995, von 2000 bis 2005 sowie von 2008 bis 2016 (vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2021, S. 7) vertieften die wechselseitigen wirtschaftlichen Verflechtungen. Sie konnten jedoch den politisch beförderten Trend einer langfristigen eigenständigen Identitätsentwicklung und Entfremdung der taiwanischen Bevölkerung von Festlandchina – trotz der gemeinsamen ethnischen

und kulturellen Wurzeln⁸⁰ – nicht aufhalten (s. Abb. 57). Eine treibende politische Kraft hinter dieser Entwicklung war die 1986 als Opposition zur Militärdiktatur der Kuomintang-Partei gegründete Democratic Progressive Party (DPP), seitens Chinas kritisiert als „tool for anti-China forces in the United States“ (China Global Television Network, 02.08.2022). Diese stand von Beginn an für eine Unabhängigkeitserklärung Taiwans und engere Beziehungen zu den Haupttrivalen Chinas, insbesondere den USA und Japan (vgl. Huntington 1996, S. 276). Sie rückte ihre Sezessionsabsicht aber aufgrund klarer und stabiler Präferenzen in der Bevölkerung für die Beibehaltung des Status Quo im Verhältnis zu China aus taktischen Erwägungen zeitweise in den Hintergrund.

Propagiert wurde die staatliche Unabhängigkeit Taiwans allerdings erstmals von der Kuomintang-Partei, die zuvor immer die chinesische Einheit mit taiwanischem Alleinvertretungsanspruch propagiert hatte. Lee Teng-hui, der als Kuomintang-Vorsitzender und Diktator seit 1988, dann ab 1996 als erstmals demokratisch gewählter Präsident Taiwans bis ins Jahr 2000 im Amt war, propagierte als erster Regierungschef – im Zusammenhang mit einer vom Protest der Volksrepublik begleiteten USA-Reise – ab 1995 die „Zweistaatentheorie“⁸¹. Lee Teng-huis Feststellung „Taiwan ist bereits ein souverän unabhängiger Staat“ war offene Provokation für Beijing (Staatsrat der VR China 2004, S. 3f.). Zur Demütigung Chinas forderte er in seinem 1999 in Taipeh in chinesischer Sprache erschienenen Buch „Die Ansichten Taiwans“ sogar die Auflösung, Aufteilung und damit Schwächung der Volksrepublik China „in sieben Zonen, die jeweils ‚völlige Souveränität‘ genießen sollten“ (ebd., S. 4). Angesichts solcher Ideen und der völkerrechtswidrigen US- und NATO-„Regime Change“-Kriege in Jugoslawien 1999 und im Irak 2003 irritierte die chinesische Regierung die ebenfalls 2003 erfolgte Aufwertung Taiwans zum „wichtigen Nicht-NATO-Verbündeten (Major Non-NATO Ally)“ (Overhaus 2022, S. 33).

Eine abermalige Verschlechterung der Beziehungen mit Taiwan ging 2005 von Beijing aus als ein „Antisezessionsgesetz“ (Haase 2005) festschrieb, dass „militärische Konsequenzen“ (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2021, S. 7) drohten, sollten Taiwan oder dritte Kräfte eine friedliche Wiedervereinigung mit der Volksrepublik auf Dauer unmöglich machen. Mit der Wahl der aktuellen Präsidentin Taiwans Tsai Ing-wen im Jahr 2016 endete auch die dritte und bislang letzte Tauwetterperiode in den chinesisch-taiwanischen Beziehungen. Die spätere Vorsitzende der „traditionell für eine Unabhängigkeit Taiwans eintretenden Demokratischen Fortschrittspartei“ (ebd.) hatte sich geweigert, öffentlich ein Bekenntnis zum „Ein-China-Grundsatz“ abzugeben und sieht bis heute in ihrer Positionierung „no room for compromise‘ over the self-ruled island’s sovereignty“ (CNN, 27.10.2022). Tsai Ing-wens DPP hatte in den Jahren vor ihrer ersten Wahl im Zuge der Sonnenblumenbewegung von 2014, in deren Zuge über drei Wochen lang das Parlament in Taipeh von Studenten besetzt worden war, vor allem im akademischen Spektrum der Bevölkerung Taiwans breiten Rückhalt gewonnen. Die Protestbewegung richtete sich gegen ein Dienstleistungsabkommen der Kuomintang-Regierung zur Erweiterung des 2010 im Zuge der Annäherung an China abgeschlossenen „Rahmenabkommens über wirtschaftliche Zusammenarbeit“.

Die amtierende Präsidentin Tsai Ing-wen trat zwar nach den verlorenen landesweiten Kommunalwahlen am 26.11.2022 vom Parteivorsitz zurück. Doch Beobachter gehen davon aus, dass die DPP trotzdem gute Chancen haben dürfte, auch nach der Präsidentschaftswahl 2024 ihren auf Erhalt des

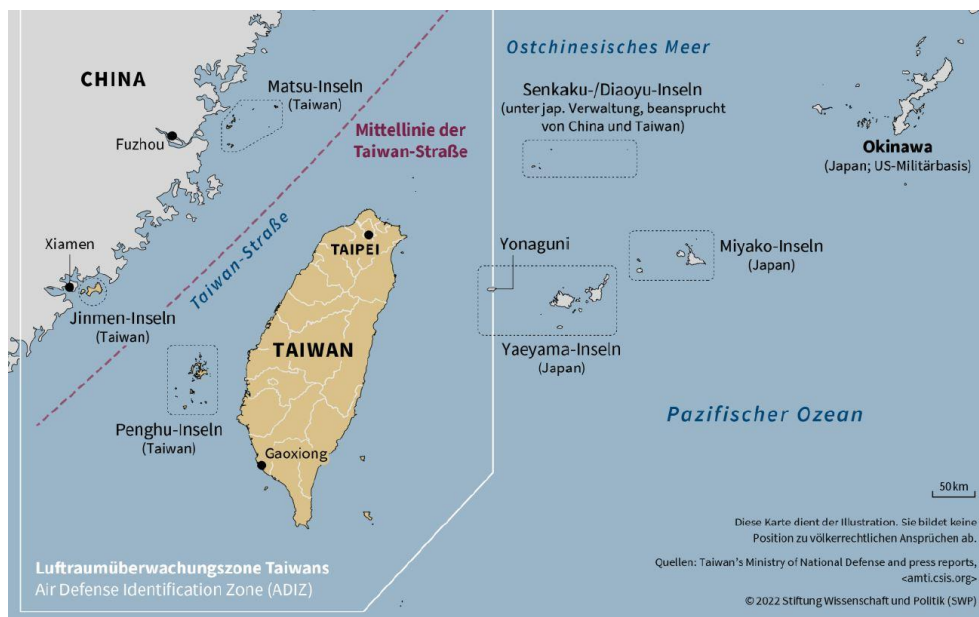
⁸⁰ Die These Huntingtons (1996, S. 275) „Blut ist dicker als Wasser“, in Anspielung auf die einende ethnokulturelle Verflechtung Chinas mit Taiwan einerseits und die trennende Wasserstraße von Taiwan andererseits, bewahrheitete sich im Hinblick auf die langfristige Identitätsentwicklung der Inselbewohner nicht.

⁸¹ Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (2022, S. 3) stützen diese These zumindest in einer aktuellen Analyse, indem die Regierung Taiwans „seit Jahrzehnten ein stabilisiertes de-facto-Regime“ mit einer „Art völkerrechtliche[m] ‚Schutzpanzer‘“ (ebd.) darstelle und nicht nur eine „Taiwan-Behörde“ (Staatsrat der VR China 2004, S. 1ff) einer abtrünnigen Provinz als Relikt des chinesischen Bürgerkriegs von 1927 bis 1949.

Status Quo mit der Tendenz zur Unabhängigkeit zielenden Partei-Kurs fortsetzen zu können (vgl. Tagesschau, 27.11.2022a). Für transnationale NGO-Unterstützung in Richtung Sezession wird gesorgt sein: Nachdem die US-NGOs „National Democratic Institute“ und das „International Republican Institute“ mit ihrem Sponsor „National Endowment for Democracy“, der seinerseits Gelder vom US-Kongress erhält, im Dezember 2019 wegen angeblicher Unterstützung der Anti-China-Proteste in Hongkong seitens der Volksrepublik China sanktioniert worden waren, kündigten die beiden Organisationen im November 2020 die Eröffnung von Büros in Taipeh an (vgl. Global Times, 09.11.2020).

Aufbau tektonischer Spannungen für einen verheerenden Stellvertreterkrieg in Taiwan?

Der Staatsrat der VR China (2004, S. 1) betrachtet die Regierung Taiwans in Taipeh als „regionale Behörde auf dem chinesischen Territorium“ und verweigert daher Staaten, die Taiwan als souveränen Staat anerkennen, jegliche diplomatischen Beziehungen. Weltweit sind dies nur noch 14 Klein- und Kleinststaaten einschließlich dem Vatikan (vgl. Heiducoff 2022, S. 87). In die WTO wurde Taiwan kurz nach China am 01.01.2022 als Vollmitglied nur unter der Bezeichnung „Separate Customs Territory of Taiwan, Penghu, Kinmen and Matsu“ aufgenommen (The Diplomat, 25.05.2022; vgl. auch Hilpert 2022, S. 25). In der Bundesrepublik Deutschland darf Taiwan seine Repräsentanz nur unter Verwendung der die Nicht-Staatlichkeit unterstreichenden Bezeichnung „Taipeh Vertretung“ führen, wenngleich die Webdomain auf www.taiwanembassy.org⁸² lautet und damit den Status der Botschaft eines souveränen Staates suggeriert.



Quelle: Hilpert, Sakaki & Wacker 2022, S. 6

Abb. 58: Karte des Ostchinesischen Meeres mit Taiwan, Luftraumüberwachungszone und umliegenden Inseln

In der für China als „rote Linie“ geltenden Unabhängigkeitsfrage lehnen – aus Sorge vor einem dann drohenden, wohl opferreichen Krieg – relativ stabil 85% der Bevölkerung Taiwans eine Veränderung des Status Quo ab (vgl. German Foreign Policy, 24.10.2022, S. 3; in einer Umfrage Mitte 2022 betrug die Ablehnung sogar 87,2%; vgl. Statista, 25.07.2022). Statusveränderungen finden nur äußerst geringe Unterstützung, egal ob in Richtung einer Chinas militärisches Eingreifen provozierenden Unabhängigkeitserklärung (5,2%; vgl. ebd.) oder einer Wiedervereinigung mit dem Festland (1,3%;

⁸² Der Webauftritt bezeichnet die weltweiten Auslandsvertretungen als „Republic of China Embassies and Missions Abroad“

vgl. ebd.) nach dem unter Chinas Präsident Deng Xiaoping beschlossenen verfassungsmäßigen Prinzip „friedliche Wiedervereinigung; ein Land, zwei Systeme“⁸³ (Staatsrat der VR China 2004, S. 4).

Unvertretbar im Hinblick auf den völkerrechtlichen Gedanken der Selbstbestimmung – hier im Sinne der klaren Präferenz der taiwanischen Bevölkerung für eine Beibehaltung des Status Quo – und rücksichtslos im Hinblick auf die Gefahr einer kriegerischen Eskalation ist es, dass Taiwan im Zuge der jüngst verschärften westlichen Eindämmungspolitik gegenüber China (vgl. die jüngste Nationale Sicherheitsstrategie der USA; White House 2022) zunehmend leichtsinnig als geopolitische Waffe eingesetzt wird. Die Regierung in Taipeh verschärft aber auch selbst den Konflikt mit der Volksrepublik, indem sie von den USA und der EU fordert, die Sanktionen gegen China durch akut wirksame Instrumente zu verschärfen (vgl. Asia Times, 16.09.2022).

Beobachter rätseln, ob sich die USA in der Taiwan-Frage wohl nicht länger hinter der von der Fraktion der Falken zunehmend kritisierten „Strategic Ambiguity“ (The Atlantic, 22.09.2022) der vergangenen Jahrzehnte verstecken wollen: Joe Biden antwortete im Interview auf die Frage, ob das US-Militär bereit wäre, die Insel im Falle eines chinesischen Angriffs selbst zu verteidigen, mit einem klaren „Yes“ (CBS News, 18.09.2022; das Weiße Haus dementierte jedoch, dass es einen Strategiewechsel gegeben habe). Auch die chinesische Regierung hatte im Juni 2022 ihre Positionierung angesichts regelmäßiger Querungen der nur knapp 150 km breiten Taiwanstraße (s. Abb. 58) durch US-Kriegsschiffe nochmals verschärft und klar gemacht, diese sei kein internationales Gewässer, sondern „unterliege als Ausschließliche Wirtschaftszone Chinas Souveränität“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.06.2022). Die „Gefahr von Fehlkalkulationen“ (ebd.) beim „Spiel mit dem Feuer“ (German Foreign Policy, 06.10.2022) mit weltweitem Eskalationspotenzial nimmt somit weiter zu.

Taiwan ist, so fassen es Hilbert, Sakai & Wacker (2022) zusammen, geopolitisch „von immenser Bedeutung: geostrategisch als Teil der ersten Inselkette [s. Abb. 56], die den Zugang der VR China zum Pazifik einschränkt, und wirtschaftlich-technologisch als führender Produzent von Mikrochips. Im globalen Systemkonflikt zwischen liberal-demokratischen und autoritären Gesellschaftsordnungen besitzt Taiwan als konsolidierte, pluralistische Demokratie und politisches Gegenmodell zum autoritären System der VR China eine herausragende Stellung.“ Angesichts dieser Schlüsselrolle des für den Westen im Abstiegskampf der USA gegen China so zentrale Taiwan hat „Washington Taiwans Aufrüstung und die Ausbildung seiner Streitkräfte intensiviert“ (German Foreign Policy, 06.10.2022 vgl. hierzu auch Overhaus 2022, S. 33).

Doch angesichts der massiven Waffenlieferungen⁸⁴ an die Ukraine als „Testing Ground for Weapons“ (The New York Times, 15.11.2022) im US-„Stellvertreterkrieg“ (vgl. The Washington Post, 10.05.2022) gegen Russland kämpft Washington jetzt schon gegenüber Taiwan mit einem Lieferverzug an Rüstungsgütern in Höhe von 18,7 Milliarden US-Dollar (vgl. The Wall Street Journal, 27.11.2022). Das kleine Taiwan war 2020 mit Waffenkäufen im Umfang von 11,8 Milliarden US-Dollar sogar zum weltgrößten Rüstungsabnehmer Washingtons aufgestiegen (vgl. Overhaus 2022, S. 33). Offensichtlich stellt sich die Biden-Administration auf eine militärische Konfrontation zwischen China und Taiwan ein: Washington drängt Taipeh aktuell, sich auf eine Strategie der asymmetrischen Kriegsführung und Vorbereitung auf einen für die Invasionsarmee maximal verlustreichen „Untergrundkrieg“ gemäß dem „Resisting Operating Concept“ (German Foreign Policy, 18.10.2022, S. 2f.) bzw. der „Porcupine

⁸³ Für Hongkong allerdings bereits 2020 faktisch außer Kraft gesetzt (vgl. Stanzel 2022b, S. 87) nach Unruhen, in denen auch westlichen Akteuren eine bedeutende Rolle im Sinne des Vorwurfs einer von außen gesteuerten „Farbenrevolution“ zugeschrieben wurde (vgl. Jingxiang 2019 und Sha 2020).

⁸⁴ Die BBC (vgl. 15.12.2022) berichtet von fast 30 Milliarden US-Dollar an Waffenlieferungen aus über 30 Staaten weltweit an die Ukraine im Jahr 2022 bis Ende November. Zudem belegen von Judicial Watch (2022) freigelegte Dokumente von der US-Regierung finanzierte illegale Biowaffenprogramme in der Ukraine (z.B. Anthrax).

Strategy“ (The India Times, 19.09.2022 und The Wall Street Journal, 27.11.2022) mit flexibel einsetzbaren und leicht zu verbergenden kleineren Waffen umzustellen. Die Abwehrwaffen, die gemäß einem umfangreichen Rüstungspaket von bis zu 10 Milliarden US-Dollar Umfang verstärkt geliefert werden sollen (Harpoon, Javelin und Stinger), zielen auf einen aufreibenden Partisanenkampf nach einer möglichen chinesischen Invasion. Doch der ehemalige Generalleutnant der taiwanischen Luftwaffe Chang Yan-ting warnt vor einer Überschätzung der Wehrhaftigkeit der Armee Taiwans: „Wir sind nicht bereit, insbesondere in Sachen militärische Moral“ (German Foreign Policy, 18.10.2022).

Der taiwanische Milliardär Robert Tsao hat dieselbe Schwachstelle für einen Krieg zur Abwehr einer von ihm bis 2027 erwarteten chinesischen Invasion ausgemacht: „Der Schwachpunkt liegt nicht bei den Waffen, sondern im Denken der Bevölkerung. Viele Menschen spüren keine Gefahr und das ist gefährlich“ (ZDF, 03.08.2022). Er hat aus privaten Mitteln 100 Millionen Dollar an das Verteidigungsministerium gespendet für ein Programm, das 300.000 (vgl. BBC, 13.10.2022) „zivile Krieger“ (ZDF, 03.08.2022) an der Waffe als paramilitärische Partisanenarmee für einen opferreichen Verteidigungskrieg im Falle einer chinesischen Okkupation der Insel ausbilden soll.

Auch seitens offizieller Vertreter Taiwans ist eine Verschärfung der Positionierung gegenüber der Volksrepublik China festzustellen. So forderte der „ranghöchste Vertreter Taiwans in Deutschland, Jhy-Wey Shieh, der Bundestag solle [...] seine Präsidentin Bärbel Bas nach Taipei entsenden“ (German Foreign Policy, 06.10.2022). Nachdem der vom ehemaligen Premierminister von Neuseeland John Key als „reckless, provocative and dangerous“ (zit. in Global Times, 07.08.2022) bewertete Taiwan-Besuch Nancy Pelosi Anfang August 2022 – als Sprecherin des Repräsentantenhauses die dritthöchste Staatsvertreterin der USA –, als geplante US-Provokation Chinas so wirksam funktioniert hatte, will die taiwanische Regierung nun offensichtlich mit der Inhaberin des zweithöchsten deutschen Staatsamts eine gefährliche Neuaufgabe initiieren.

Während Deutschland im Rahmen einer auf Ausgleich bedachten Außenpolitik traditionell stets „bemüht [war], Peking keinen Anlass zu der Behauptung zu geben, Deutschland unterstütze taiwanische Unabhängigkeitsbestrebungen“ (Stanzel 2022b, S. 82), dominiert seit dem Regierungswechsel Ende 2021 eine provokantere Tonlage, die Deutschland vom Vermittler zum Hilfsprovakteur in der US-Taiwan-Strategie macht. Mit Baerbocks Aussage „Wir akzeptieren nicht, wenn das internationale Recht gebrochen wird und ein größerer Nachbar völkerrechtswidrig seinen kleineren Nachbarn überfällt – und das gilt natürlich auch für China“ (Spiegel, 02.08.2022) postuliert die selbst ernannte Völkerrechtlerin als deutsche Außenministerin, dass Taiwan bereits ein souveräner Staat sei. Sie schließt sich damit dem Völkerrechtsverständnis der Süddeutschen Zeitung (22.10.2022) an, die die Geschichte Chinas erst 1949 beginnen lässt: „Taiwan war immer eigenständig regiert und hat nie zur Volksrepublik gehört“. Baerbock bricht so faktisch mit dem „Ein-China-Prinzip“, das seit Jahrzehnten Grundlage einer friedlichen deutschen und europäischen China-Politik⁸⁵ und damit einer äußerst erfolgreichen Wirtschaftskooperation mit dem einwohnermäßig größten Land der Erde war.

Mit dem Verweis auf den Ukraine-Krieg macht Baerbock zudem klar, dass in Taiwan ein weiterer globaler Stellvertreterkrieg mit Unterstützung der amtierenden Bundesregierung aufgemacht und – sofern die USA dies von ihren NATO-Verbündeten oder einer „Allianz der Willigen“ wieder fordern sollten – vermutlich auch mittels Waffenlieferungen möglichst opferreich geführt und in die Länge gestreckt werden würde. Unterstützung für ihre konfliktischürende Position erhält die grüne Außenministerin von Peter Heide, FDB-Obmann im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe,

⁸⁵ Die Europäische Kommission (2016) bestätigt den Grundsatz ihrer „neue[n] China-Strategie der EU“ in einer Mitteilung an das Parlament und den Rat: „Die EU bekräftigt ihre ‚Ein-China-Politik‘. [...] Dementsprechend wird die EU jeden zur Verfügung stehenden Kanal nutzen, um Initiativen zu fördern, die dem Dialog, der Zusammenarbeit und der Vertrauensbildung über die Taiwanstraße hinweg dienen.“

der im Oktober 2022 eine Bundestagsdelegation nach Taiwan anführte und feststellte, die „Insel sei ein vollgültiger ‚Staat‘“ (German Foreign Policy, 24.10.2022). Anklänge an den Ukraine-Krieg werden aber insbesondere klar angesichts martialischer Formulierungen offizieller Taiwan-Vertreter wie die Zusicherung, „[wir w]erden uns bis zum letzten Mann verteidigen“ (NTV, 02.08.2022). Der 68-jährige Germanist und Taipeh-Vertreter in Berlin Prof. Dr. Jhy-Wey Shieh erinnert mit solchen Parolen erschreckend an den von Doug Bandow kritisierten verlustreichen ukrainischen US-Stellvertreterkrieg „to the last Ukrainian“ (The American Conservative, 14.04.2022), der von den Waffen liefernden USA samt Verbündeten, einschließlich Taiwan⁸⁶, gegen Russland geführt wird und erneut eine bipolare Spaltung der Weltgemeinschaft einzuleiten scheint.

Kann die Thukydides-Falle der US-China-Rivalität in Taiwan zuschnappen?

Entsprechend der These der sogenannten „Thukydides Trap“ (Allison 2015), dass die drohende Ablösung eines Hegemons durch einen erstarkenden Herausforderer zwangsweise zu Krieg führt, steht die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts um das sowohl für die USA als auch für China geostrategisch besonders bedeutsame Taiwan im Raum. Im bipolaren geopolitischen Kräftefeld zwischen China und den USA ist „Taiwan als Spieler Teil der Mannschaft der globalen US-Hegemonie“ (Kaiser 2022, S. 43), wenngleich die taiwanische Bevölkerung aufgrund ihrer historischen Verbindungen als Teil des chinesischen Kulturraums durchaus eigene Standpunkte vertritt. Ein Taiwan-Krieg würde eine enorme Bedrohung für die gesamte Weltwirtschaft bedeuten aufgrund der gravierenden Abhängigkeit großer Teile der Industrie weltweit von der Belieferung mit taiwanischen Hochleistungschips. Im Abstiegskampf der USA gegen den Haupttrivalen China (s. Abb. 8) könnte es von US-Geostrategen durchaus als rational erachtet werden, nach einem erfolgreichen (Wieder-)Aufbau der heimischen US-Chipindustrie einen Einmarsch Chinas in Taiwan durch fortschreitende Bewaffnung Taiwans seitens der USA zu provozieren bzw. mittels Unabhängigkeitserklärung durch Taipeh – aus chinesischer Sicht – zu erzwingen. Für China wäre die dann notwendige, mit mehrfachem Abstand größte Landungsoperation der Weltgeschichte (bis zu eine Million Soldaten könnten nötig sein; vgl. CNN, 01.06.2022) relativ riskant angesichts des bergigen Terrains, der modernen Bewaffnung und der Befestigung Taiwans. Hinzu kommt die Gefahr der Zerstörung wertvollster High Tech-Industrieanlagen, die das Rückgrat des taiwanischen Wohlstands bilden.

Ein wahrscheinlich sehr verlustreicher Krieg würde sowohl Taiwan als Chiplieferant ausschalten und auch den weltweit führenden Industrieproduzenten China durch zu erwartende rigide Sanktionen (vgl. Politico, 12.08.2022) aus wichtigen Märkten ausschließen: „United States and its allies would begin to decouple economically from China“ (O’Hanlon, Sisson & Talmadge 2022, S. 6). Gewinner wäre die Chipindustrie in den USA, die „zweifelloos sämtliche fähigen Wissenschaftler aus Taiwan abziehen“ (Konrad 2022) würden und die zu dann sprunghaft gestiegenen Preisen nur noch ihre Partner beliefern könnten, die bereit sind, den hegemonialen US-Führungsanspruch weiterhin zu stützen. Hauptverlierer in einem eskalierenden Sanktionskrieg gegen China wäre auf westlicher Seite, angesichts der engen Investitions- und Handelsverflechtungen, Deutschland.

Die USA selbst würden im Konfliktfall wohl aus Opportunitätsgründen versuchen, sich aus einer direkten militärischen Konfrontation herauszuhalten, da weder die Kriegsbereitschaft der amerikanischen Öffentlichkeit, noch die militärische Überlegenheit der USA ein direktes militärisches Risiko dieser Tragweite als freiwillige Option nahelegen (O’Hanlon, Sisson & Talmadge 2022, S. 5): „the outcome of any U.S.-China fight over Taiwan is and will remain very difficult to forecast; victory for the United States and its allies cannot be presumed“. Trotzdem lässt sich im Indopazifik und im

⁸⁶ Taiwan liefert hochmoderne Kampfdrohnen über Polen an die Ukraine (vgl. Business Insider, 25.08.2022).

nördlichen Australien der massive Ausbau strategischer US-amerikanischer Militärinfrastruktur erkennen. So wurde Ende Oktober 2022 im Kontext der wachsenden Spannungen mit China in der Taiwan-Frage seitens der USA der Ausbau der Spionage-Kapazitäten in Nordaustralien und die Erweiterung des 4.000 Kilometer südlich von Taiwan gelegenen Militärflughafens Tindal zur Stationierung nuklearfähiger B52-Langstreckenbomber bis 2026 angekündigt (vgl. Australian Broadcasting Corporation, 30.10.2022).

Ein gefährliches Szenario für einen möglichen Taiwan-Stellvertreterkrieg im Zeitfenster der 2020er Jahre nimmt Konturen an, wenn die sich in Taiwan räumlich zuspitzende geopolitische Wettbewerbssituation zwischen den USA und China umfassend betrachtet wird. Aus der Analyseperspektive der „Kritischen Geopolitik“ (Albert, Reuber & Wolkersdorfer 2003, S. 505 und Reuber 2012, S. 163) dekonstruiert, scheint eine verborgene geoökonomische Interessenlage hinter dem politisch-medial verbreiteten Narrativ auf, die westliche Staatenallianz unter Führung der USA stehe aufgrund gemeinsamer Werte und einer intrinsisch motivierten Verantwortungsethik für ein freies und demokratisches Taiwan ein – notfalls auch mit militärischer Gewalt, wie von Präsident Biden öffentlich angekündigt. Erstens bedeuten die US-Rüstungslieferungen an Taiwan in der Realität ein dauerhaft lukratives Exportgeschäft angesichts des gefährlich anwachsenden Handelsbilanzdefizits der USA von 799 Milliarden US-Dollar 2016 in nur fünf Jahren um fast 50% auf 1,183 Billionen im Jahr 2021 (vgl. Statista, 14.04.2022).

Aus historischer Perspektive könnte China in den US-Handelsbeziehungen eine Parallele fürchten zum von Großbritannien aufgrund eines immensen Handelsbilanzdefizits mit China begonnenen Ersten Opiumkriegs 1839. Zweitens laufen die USA Gefahr im wirtschaftlichen Wettbewerb mit China unaufhaltsam zurückzufallen, sollte Chinas bislang weitgehend stabiler und krisenresilienter Entwicklungstrend nicht gestoppt werden können. Besonders stark ins Gewicht fällt hierbei die für eine Wahrung der US-Vormachtstellung bedrohliche Aussicht auf eine mit Hilfe der taiwanischen Industrie sich noch weiter vertiefende und sich langfristig auch autonom in China entwickelnde Fähigkeit zur Produktion von Hochleistungschips für strategisch entscheidende KI-, Supercomputing- und Militär-anwendungen.

China unternimmt seit Jahren große Anstrengungen zum Aufholen in der Entwicklung und Produktion leistungsfähigerer Chips. Die Volksrepublik hat hierfür ein 143 Milliarden US-Dollar umfassendes Programm aufgelegt (vergleichbare Förderprogramme der USA belaufen sich auf 52,7 und der EU auf 43 Milliarden US-Dollar; vgl. ElektronikNet.de, 14.12.2022). Huawei hat seine Entwicklungskompetenzen bei neuartigen hocheffizienten und energiesparenden Photonik-Chips und Graphen-Transistoren enorm ausgebaut (vgl. Elektronikpraxis, 20.06.2022). Photonik-Chips sollen in China erstmals 2023 produziert werden und den jährlich um rund 15% wachsenden Inlandsmarkt versorgen (vgl. Global Times, 18.10.2022). Bis 2030 wird erwartet, dass die Volksrepublik rund 60% des weltweiten Wachstums in der Halbleiter-Industrie auf sich konzentrieren wird (vgl. Investment Monitor, 25.07.2022).

Würde die faktische Sicherheitsgarantie für Taiwan, das sogenannte „silicon shield“ (Hilpert 2022, S. 24) in Form einer überwältigenden Abhängigkeit der Weltwirtschaft von der dort angesiedelten Hochleistungs-Chip-Industrie das Land weiterhin verlässlich schützen? Die Interdependenz-Theorie der internationalen Beziehungen (vgl. Spindler 2003, S. 89ff) würde diese Annahme stützen – auch in Anbetracht der intensiven Investitionsverflechtungen zwischen Taiwan und China: 55% der kumulierten taiwanischen FDI bis 2020 waren dem Lohngefälle und Marktpotenzial folgend nach China gegangen (192,4 Milliarden US-Dollar), woher aber nur 1,3% der nach Taiwan geflossenen FDI stammten. Im Kriegsfall wären auf Taiwan mit 25,7% doppelt so hohe aus der EU stammende FDI gefährdet wie die aus den USA investierten 13,1% und die 12,4% aus Japan (vgl. Hilpert 2022, S. 21).

Ein Schlüsselfaktor im geopolitischen Ringen um die Kontrolle Taiwans ist ganz spezifisch der qualitative wie quantitative Vorsprung der Inselökonomie in der Halbleiterproduktion: So konzentrierte Taiwan 2020 ganze 77,3% des weltweiten Umsatzes in der Chipfertigung auf sich. Mit Abstand größter Importeur und Weiterverarbeiter von Mikrochips ist China mit einem Weltimportanteil von 75% im Jahr 2021 (vgl. German Foreign Policy, 20.10.2022, S. 3), wobei die eigenen Produktionskapazitäten nur rund 15% der Weltproduktion ausmachen. Von der weltweiten Chipproduktion entfielen 55% allein auf die taiwanische Firma TSMC, die erste weltweit mit Hochleistungs-Chips von nur fünf Nanometern Strukturbreite (fast konkurrenzlose TSMC-Marktdominanz ab der Klasse der 10-nm-Chips abwärts von 92%; vgl. Finanzen100, 05.08.2022 und Hilpert 2022, S. 22f.).

Auf Druck der USA investiert TSMC nun im Zeitraum 2020 bis 2029 rund zwölf Milliarden US-Dollar in Arizona, um die US-Chip-Produktion auf dem neuesten Level von drei Nanometern Strukturbreite zu stärken (vgl. CNN, 21.11.2022). Als Finanzspritze dient das mit über 50 Milliarden Dollar dotierte Förderprogramm des „Chip Act“ (vgl. Forbes Kasachstan, 29.11.2022). Ein Zwillingssziel dieser US-Repatriierungsmaßnahmen der Hochleistungs-Chipindustrie ist die Schwächung des Konkurrenten China mittels des am 7. Oktober 2022 von der Biden-Administration geführten „Enthauptungsschlag[s]“ für die chinesische High-Tech-Industrie“ (German Foreign Policy, 20.10.2022): Das bereits im Mai 2020 seitens Trump verfügte Lieferverbot von Hochleistungschips an den chinesischen Mobilfunkkonzern Huawei und das im Dezember 2020 zusätzlich verhängte Lieferverbot von Produktionsanlagen für Halbleiter dieser Qualitätsstufe an den chinesischen Chiphersteller SMIC (vgl. Hilpert 2022, S. 24f.) wurde erweitert um ein Exportverbot aller für KI-, Supercomputing- und Militäranwendungen benötigten Chips an chinesische Firmen sowie von US-Apparaturen (einschließlich Beschäftigungsverbote von US-Spezialisten) für deren autonome Herstellung in China.

Der Kampf zwischen den Supermächten China und USA um die Sicherung der geoökonomischen und geopolitischen Vorherrschaft in der Welt ist definitiv im „Zeitalter der digitalen Geopolitik“ (Bendiek, Godehardt & Schulze 2019) angekommen. Im Wettbewerb der Weltmächte spielt die Insel Taiwan eine zentrale Rolle. Wenn die „Thucydides Trap“ (Allison 2015) zuschnappen und ein Krieg zur Schwächung des Wettbewerbers ausbrechen sollte, dann geschähe dies mit hoher Wahrscheinlichkeit in Taiwan. Im bereits 2022 eskalierten Stellvertreter-Weltkrieg zwischen Ost und West käme zur Front in der Ukraine gegen Russland noch eine Front in Taiwan gegen China hinzu. Eine Integration der taiwanischen High Tech-Ökonomie – ohne Krieg und somit in völlig unversehrtem Zustand – in die chinesische Volkswirtschaft im Zuge einer friedlichen Wiedervereinigung wäre die Besiegelung des weiteren (relativen) Bedeutungsverlusts der jahrzehntelang unangefochtenen Weltmacht USA in einer faktisch multipolar gewordenen, restrukturierten Weltordnung.

4. Geopolitische Perspektiven, Risiken und Chancen für eine China-Kooperation Europas

Um eine tragfähige Strategie für die Ausgestaltung der zukünftigen Kooperationsbeziehungen zwischen Deutschland, Europa und China im Rahmen des eurasischen Integrationsprozesses entwickeln zu können, müssen die wichtigsten Rahmenbedingungen und aktuell ablaufenden Entwicklungsprozesse Berücksichtigung finden. In den vergangenen Kapiteln wurde aufgezeigt, wie China aus der Phase kolonialer Demütigung und aus chaotischen Prozessen der Konsolidierung der Volksrepublik durch Öffnungs- und Reformprozesse zu einer Wirtschaftsmacht aufgestiegen ist, deren Gewicht auf die über viele Jahrhunderte innegehabte historische Dimension zusteuert. Das zeitgenössische China erhebt in dieser Epoche aber auch den Anspruch auf eine führende Rolle in der Umgestaltung der bislang von den USA mit Unterstützung der Europäischen Union bzw. der NATO dominierte Weltordnung. Sein Potenzial zur Ablösung der bislang unangefochtenen Weltmacht USA lässt China als Machtpol in regionalen und internationalen Organisationen erkennen wie der wachsenden SCO, dem weltgrößten Freihandelsabkommen RCEP, der Vertiefung und Öffnung der BRICS-Partnerschaft, der weltumspannenden Belt and Road-Initiative sowie durch den wachsenden Einfluss der Volksrepublik innerhalb des UN-Systems.

Im Zuge der Eskalation des Ukraine-Kriegs Anfang 2022 hat sich der globale Machtkampf im Sinne einer sich abzeichnenden erneut bipolaren Weltordnung („Neuer Kalter Krieg“) gefährlich intensiviert. Europa hat sich weitgehend einseitig entschieden die USA in ihrem Abstiegskampf zu unterstützen. Anhand der Zurückhaltung der Mehrheit der Staaten weltweit bezüglich der Unterstützung des gegen Russland gerichteten Wirtschaftskriegs des ökonomisch den Zenit der Wirtschaftsentwicklung voraussichtlich überschritten habenden Westens lässt sich erkennen, dass die Ökonomien mit starkem demografischen und wirtschaftlichen Wachstumspotenzial im globalen Süden und in Eurasien sich zunehmend um das Machtdreieck China-Russland-Indien formieren werden. Auch die Türkei versucht sich aus der Abhängigkeit von der Perspektive eines Beitritts zur Europäischen Union zu lösen und forciert die Anstrengungen, sich über die Organisation der Turkstaaten (OTS)⁸⁷ in Zentralasien einen eigenen Einflussraum zu sichern, der als letztes attraktives und relativ offenes Expansionsgebiet der EU-Einflusssphäre in Eurasien galt.

Die Analyse des Umgangs Chinas mit seinen großen drei Herausforderungen, den christlichen Minderheiten, den Separatismusbestreben der Uiguren und der Frage der Wiedervereinigung mit Taiwan, zeigte Chinas Resilienz gegenüber den Versuchen westlicher Einflussnahme über Sanktionen, Medienkampagnen und politische Initiativen eine Regelung nach westlichen Vorstellungen zu erzielen. In Anbetracht der wachsenden Gefahr, dass die USA versucht sein könnten, über einen weiteren Stellvertreterkrieg, diesmal mittels Taiwan, seinen wichtigsten Konkurrenten China zu schwächen und somit die eigene Vormachtstellung mit Hilfe dienstbarer europäischer und weiterer westlich orientierter Staaten erneut abzusichern, sollte Europa dringend geostrategische Orientierungsalternativen prüfen.

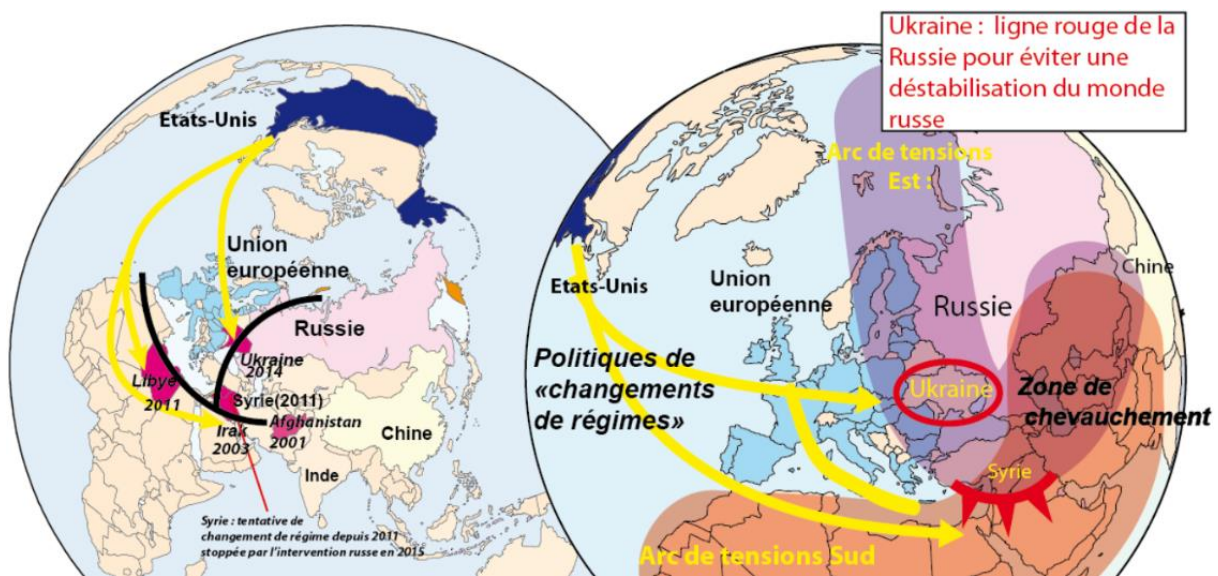
Die transatlantische Partnerschaft hat ihre Berechtigung, sollte jedoch angesichts bevorstehender wirtschaftlicher Krisenjahre – bei Fortsetzung des aktuellen Abkopplungsprozesses von Russlands Rohstoffreichtum – im Kontext einer multilateralen Partnerschaft im Rahmen einer sich abzeichnenden multipolaren Weltordnung relativiert und damit die europäische Handlungsautonomie erweitert werden. Die mittel- und osteuropäischen Staaten, die derzeit im US-Interesse ein Bollwerk gegen eine fortschreitende Integration Eurasiens aufbauen, müssten als Mitgewinner in einer multilateralen Partnerschaft berücksichtigt werden. Die auf globaler Ebene drohende Tendenz zum Aufbau

⁸⁷ Gegründet 2009 als „Kooperationsrats der turksprachigen Länder“ und transformiert 2021 in die OTS.

digitaler, autoritärer Überwachungs- und Steuerungssysteme – unter dem Vorwand der Abwehr von Pandemien, des Klimawandels oder zukünftiger Finanzkrisen – stellen die aktuell größte Bedrohung für eine freie, demokratische und durch souveräne Nationalstaaten demokratisch repräsentierte Menschheit dar. Dieser Trend zu einer Digital-Diktatur ist in China weltweit am weitesten fortgeschritten, weswegen diese Gefahr bei der Beurteilung von Kooperationsperspektiven besondere Berücksichtigung verdient.

Europas sinkender Stern in einer transatlantischen „Partnerschaft“

In der Nachkriegsordnung war Europa – zunächst nur der westliche Teil und seit der Auflösung des Warschauer Pakts sukzessive auch der überwiegende Teil Mittel- und Südosteuropas – fest in eine politische, wirtschaftliche und militärische Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika eingebunden. Über Jahrzehnte hinweg waren die USA seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall der Sowjetunion die unangefochtene globale Führungsmacht. Doch der US-amerikanische Einfluss in der Welt schwindet, wie im August 2021 das Afghanistan-„Disaster“ (CNN, 16.08.2021) symbolisch zeigte und im Oktober 2022 das „fistbump ‚disaster‘“ (WION, 07.12.2022), dem der Abschluss einer strategischen Partnerschaft zwischen der aufstrebenden Supermacht China und dem über ein halbes Jahrhundert engsten US-Verbündeten in der arabischen Welt, Saudi-Arabien, Anfang Dezember 2022 folgte.

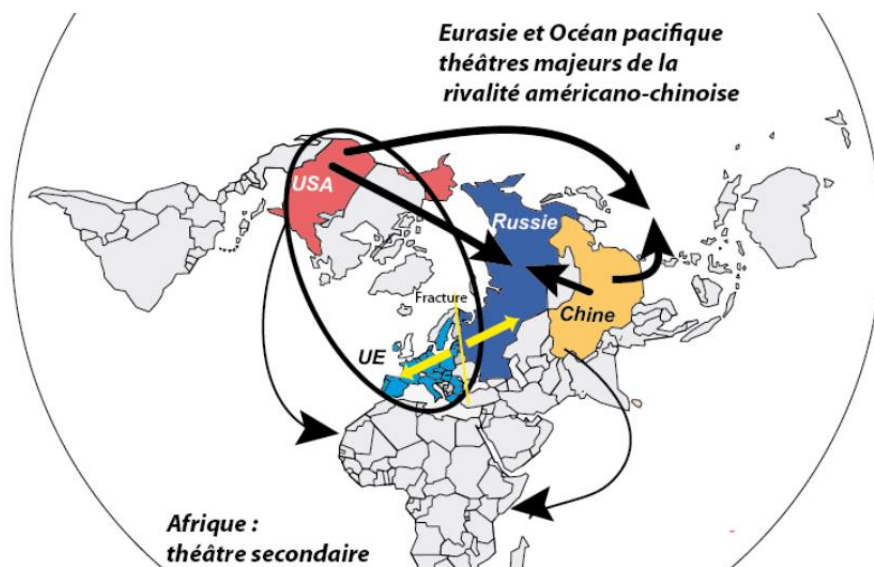


Quelle: Thomann 2022b

Abb. 59: Destabilisierung der europäischen Nachbarschaft durch US-geführte völkerrechtswidrige Militärinterventionen

Die transatlantischen Kooperationspotenziale, die Deutschland als wichtigstem Wirtschaftsmotor Europas Wiederaufbau, Aufschwung und Wohlstand beschert hatten, scheinen nun weitgehend ihren Grenznutzen erreicht zu haben und spätestens mit dem „Inflation Reduction Act“ der Biden-Administration in einen kannibalisierenden Verdrängungswettbewerb der USA gegen Europa übergegangen zu sein (vgl. Politico, 24.11.2022 und 25.11.2022). Das heißt, eine noch engere Partnerschaft, eine noch willfährigere Unterordnung („dienende Führungsrolle“; Vizekanzler Robert Habeck, zit. in Focus Online, 02.03.2022) unter die dominanten Weltmacht-Interessen der USA, bringt keinen weiteren Zuwachs an Wohlstand, Stabilität und Handlungsautonomie, weder für Deutschland, noch für das „Europe américanisée“ (Thomann 2022b).

Vielmehr lässt sich seit dem Jugoslawienkrieg 1999 ein langfristiger Trend beobachten, der sich 2003 im Irak, 2011 in Libyen und 2014 mit der US-Unterstützung des Umsturzes einer russlandfreundlichen Regierung in der Ukraine fortsetzte (vgl. Schultze-Rhonhoff 2022, S. 22): Die völkerrechtswidrigen Interventionen unter Führung der USA haben nicht die Sicherheit Europas gefestigt – aus der Sicht der Europäer der wichtigste Mehrwert der NATO-Mitgliedschaft –, sondern sie erodiert. Diese wiederholte Destabilisierung der europäischen Nachbarschaft mittels US-geführter (verdeckter) Militärinterventionen⁸⁸ (s. Abb. 59; vgl. Salazar Torreon & Plagakis 2022 und Thomann 2021 u. 2022c) lässt die Frage aufkommen, ob der Einsatz der „Massenmigration als Waffe“ (Greenhill 2016, S. 12 f.) möglicherweise sogar gezielt zur Schwächung des geopolitischen Wettbewerbers Europa erfolgt sein konnte. Jedenfalls akkumulierte sich für Europa ein gefährliches Level an Bedrohung und Bürden: Neben dem Versäumnis der Vereinbarung einer ausgewogenen Sicherheitspartnerschaft mit Russland wirken sich langfristig vor allem die sich wiederholenden massiven Flucht- bzw. Migrationswellen⁸⁹ mit ihren immensen langfristigen Folgelasten negativ für die aufnehmenden Gesellschaften aus (vgl. Rothfuß 2020; die USA sind aufgrund ihrer räumlichen Distanz weniger betroffen).



Quelle: Thomann 2022b

Abb. 60: Globale geopolitische Allianzbildung EU – USA (NATO) bei erzwungener Abkapselung gegen Russland und China

Den Kulminationspunkt der Gefährdung eigener Interessen erlebte die deutsche Volkswirtschaft samt Privatverbrauchern⁹⁰ mit der Sprengung der Nord Stream-Pipelines – eine geostrategisch essenzielle Absicherung für eine kostengünstige und umweltfreundliche Energieversorgung für deutsche Haushalte und die Industrie, deren Wettbewerbsfähigkeit auch auf der jahrzehntelang verlässlichen Energieversorgung aus Russland beruht hatte. Statt einer partnerschaftlichen Aufklär-

⁸⁸ Wie aus Dokumenten des US-Verteidigungsministeriums zum Irak aus der Zeit vor Entstehen des Islamischen Staats hervorgeht (veröffentlicht durch Judicial Watch 2015), setzen die USA zunehmend auf indirekte Interventionen („Proxy War“; ebd., S. 5, Stellvertreterkrieg), in denen extremistische oder Rebellengruppen unterstützt werden, um Regierungen zu destabilisieren und zu stürzen: „[...] es besteht die Möglichkeit der Gründung eines [...] salafistischen Fürstentums [...] und das ist exakt, was die Unterstützermächte der Opposition wollen, um das syrische Regime zu isolieren“ [...] Dies schafft die ideale Atmosphäre um [...] den Dschihad unter [...] den Sunniten [...] der arabischen Welt zu vereinen [...]. ISI könnte einen Islamischen Staat ausrufen mithilfe der Vereinigung mit anderen Terrororganisationen (ebd.).

⁸⁹ Nach Flüchtlingswellen im Zuge des Jugoslawienkriegs und des Irakkriegs mit der Folge der Entstehung des Islamischen Staats erlebt Europa aktuell eine massive Fluchtbewegung aus der Ukraine, woher bis Oktober 2022 bereits über 7,7 Millionen Menschen flüchteten (vgl. Statista, 28.10.2022).

⁹⁰ Im Oktober 2022 hatten Privathaushalte bei den Energiekosten mit einer Inflationsrate von 41,5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu kämpfen (vgl. Eurostat 2022).

ung durch die westlichen Verbündeten wurden die Untersuchungsergebnisse seit dem Angriff auf die systemrelevante deutsch-russische Infrastruktur geheim gehalten (vgl. Spiegel, 14.10.2022). Offenbar meint man, die deutsche Öffentlichkeit nicht von der „tremendous opportunity“ überzeugen zu können, die US-Außenminister Anthony Blinken den Europäer anpreisen will (United States Department of State 2022b): „It’s a tremendous opportunity to once and for all remove the dependence on Russian energy“.

Fakt ist, Nord Stream und damit die energetische Souveränität auf der Grundlage einer selbst in Zeiten des Kalten Krieges verlässlichen Partnerschaft mit Russland bzw. der damaligen Sowjetunion (vgl. Backerra 2022, S. 51) wurde sowohl aus Brüssel⁹¹ als auch aus Washington jahrelang bekämpft, von Biden sogar die finale Unterbindung des Projekts vorab angekündigt (Forbes, 07.02.2022): „there will be no longer a Nord Stream 2“. Westliche Politik und Medien weisen bei der Verantwortung für den militärischen Sabotageakt auf Russland und Russland auf den Westen (RT, 29.10.2022): „Royal Navy operatives ‚took part in planning, supporting and implementing‘ the plot to blow up the infrastructure“. Die Bundesregierung schweigt zur Verletzung der eigenen Interessen wie der russische Präsident Putin (zit. in Boerse.de, 14.12.2022) feststellt: „Der Regierungschef der BRD hat [...] nicht erklärt, warum Berlin so schamhaft und feige von der Untersuchung der Sabotage an den Pipelines Nord Stream 1 und [...] 2 abgesehen hat, die die deutsche Wirtschaft vom billigen russischen Erdgas abgeschnitten hat“. Die für die Absicherung US-amerikanischer Hegemonie notwendige Kappung europäisch-russischer Verbindungen – gemäß Mackinders noch heute für amerikanische Geostrategen relevanter Hypothese (vgl. Dohnanyi 2022, S. 36) – ist durch den Ukraine-Krieg auf absehbare Zeit erzielt („Fracture“, Thomann 2022b; s. Abb. 60) und mittels der Sprengung der Nord Stream-Pipelines symbolisch sichtbar gemacht worden.

Die wohl aus politischem Kalkül vertuschten, teilweise aber auch unverblümt ausgesprochenen⁹² hochbrisanten Hintergründe des militärischen Angriffs auf Nord Stream spornen westliche Medien zu keinerlei seriösen Recherchen an.⁹³ Fakt ist aber, dass die Europäische Union und insbesondere Deutschland als wichtigster Wirtschaftsmotor der EU gut beraten sind, ihre strategische Autonomie, die in bislang unkritischer Gefolgschaft der USA empfindlich geschwunden ist, wieder konsequent zu steigern, indem erneut auch eurasische Kooperations- und langfristig erschließbare Partnerschaftspotenziale eruiert und mobilisiert werden. Welche Potenziale und Risiken eine verstärkte Kooperation und Integration mit eurasischen Partnerländern birgt, hängt nicht zuletzt davon ab, wie der Entwicklungsweg Europas, aber auch jener der übrigen, geopolitisch besonders einflussreichen Player, wie die USA, China, Indien und Russland, weiter verlaufen wird.

Aus geostrategischer Perspektive ist es nicht wahrscheinlich, dass die USA ohne ein verschärftes Gegensteuern dem bis 2050 prognostizierten massiven Geländegewinn Chinas (s. Abb. 61) im Ringen um die globale geoökonomische Vormachtstellung zusehen werden. Die Biden-Administration hat in

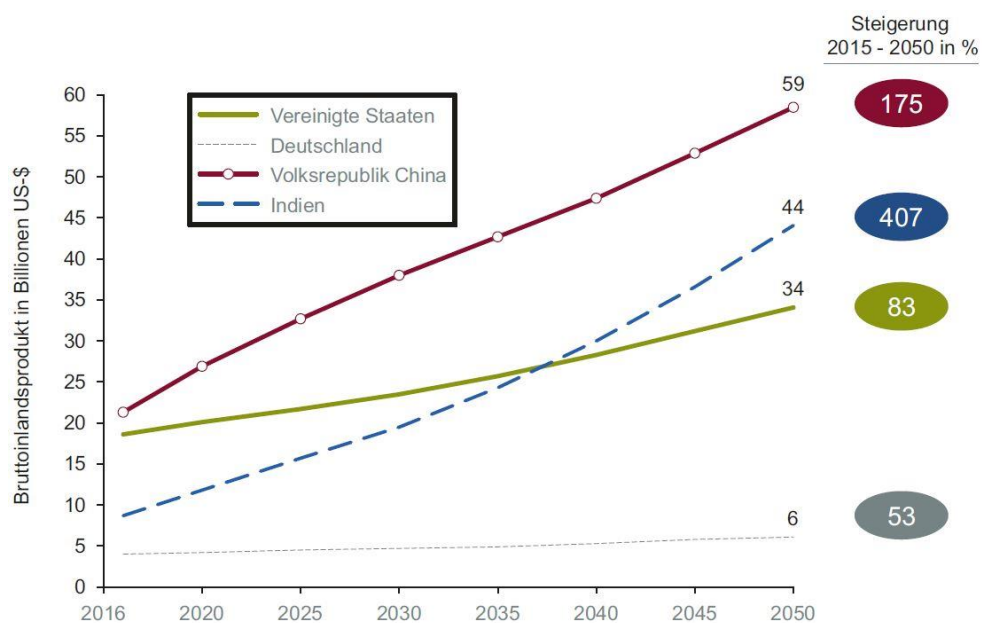
⁹¹ Einen Stopp des elf Milliarden Euro teuren Pipeline-Projekts Nord Stream 2 forderten nicht nur jahrelang die Grünen, sondern sogar der CSU-Spitzenkandidat und eigentliche Anwärter auf den Posten des Kommissionspräsidenten Manfred Weber (Tagesschau, 23.04.2019): „Als Chef der EU-Kommission werde ich alle Vorschriften anwenden, um Nord Stream 2 zu blockieren“.

⁹² Die EU-Abgeordnete Cramon-Taubadel (vgl. Phoenix, 16.10.2022) berichtete beim Bundesparteitag der Grünen über ihr persönliches Erlebnis in Washington nach der Sprengung der Nord Stream-Pipelines am 26.09.2022: „[...] als Robert [Habeck] dann der Nord Stream 2-Pipeline endlich den Garaus gemacht hat, hatte ich am nächsten Morgen beim Betreten des Aufzugs ein ‚High Five‘ von meinen polnischen Kollegen. Das muss man sagen, dass polnische Kolleginnen und Kollegen, inklusive der PiS, uns feiern, uns Grüne in Deutschland feiern, uns sagen: ‚Vielen Dank, ihr habt es endlich verstanden. Ihr macht das möglich, was 16 Jahre zuvor nicht möglich gemacht wurde!‘ Auch dafür ganz herzlichen Dank an diese Bundesregierung, an Robert und Annalena [Baerbock]“.

⁹³ Eine Analyse öffentlich zugänglicher Untersuchungsergebnisse lieferte CompactTV (vgl. 17.12.2022).

ihrer jüngsten „National Security Strategy“ vom Oktober 2022 klargemacht (White House 2022b, S. 8 u. 23): „[China], by contrast, is the only competitor with both the intent to reshape the international order and, increasingly, the economic, diplomatic, military, and technological power to advance that objective. [...] Beijing has ambitions [...] to become the world's leading power“. Die USA haben den Kampf gegen eine geopolitische Vormachtstellung Chinas bereits unter der Regierung Trump als Wirtschaftskrieg mittels „Strafzollschlachten“ (Kronauer 2022, S. 92) und „Sanktionsgefechten“ (ebd., S. 94) begonnen, der unter der Biden-Administration weiter verschärft wurde („Enthauptungsschlag“ für die chinesische High-Tech-Industrie“; German Foreign Policy, 20.10.2022).

Der bis Ende 2022 amtierende chinesische Außenminister Wang Yi stellte als unmittelbare Antwort auf das US-Strategiepapier unmissverständlich klar, dass China keine Einhegung seitens der USA mehr akzeptieren und in enger Partnerschaft mit Russland – Präsident Xi Jinping selbst bewertet die Beziehung als „strategic partnership of the new era“ (RT, 27.10.2022) – die gesteckten Entwicklungsziele durchsetzen werde (Global Times, 28.10.2022): „China and Russia have legitimate rights to realize their own development [...]. Any attempt to stop China and Russia from marching forward is doomed to fail“.



Quelle: Bunte 2020, S. 15

Abb. 61: Langfristige Wachstumsprognose in PPP-BIP für China, Indien, USA und Deutschland bis 2050

Der russische Präsident Wladimir Putin bekräftigte seinerseits bei einer Ansprache auf dem Valdai-Forum die Entschlossenheit, den anstehenden Umbruch durch Ablösung des Westens als dominante Kraft in der internationalen Ordnung, mitzugestalten (Botschaft der Russischen Föderation 2022): „Diese historische Periode der ungeteilten Vorherrschaft des Westens im Weltgeschehen geht nun zu Ende, die unipolare Welt gehört der Vergangenheit an. Wir stehen an einem historischen Wendepunkt, vor dem wahrscheinlich gefährlichsten, unvorhersehbarsten und doch wichtigsten Jahrzehnt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Der Westen ist nicht in der Lage, die Menschheit alleine zu regieren, aber er versucht es verzweifelt, und die meisten Nationen der Welt sind nicht mehr bereit, das zu dulden“.

Doch auch innerhalb des im Ukraine-Krieg als starke Einheit dargestellten westlichen Blocks wird in den sich verstärkt abzeichnenden Krisenzeiten die viel beschworene Allianz der westlichen Wertegemeinschaft brüchiger. Für viele Beobachter war der sich in der zweiten Jahreshälfte 2022 anbahnende „Wirtschaftskrieg zwischen Europa und den USA“ (WirtschaftsWoche, 05.12.2022) in Form massiver US-Subventionen, unter anderem mit dem Ziel, industrielles Innovations- und Investitions-

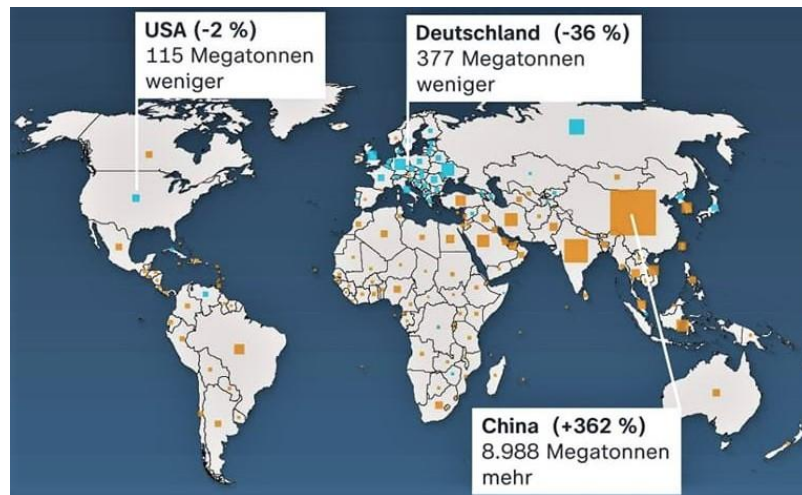
potenzial aus Europa abzuwerben, eine Überraschung. Die transatlantisch orientierte Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik hatte im Hinblick auf gemeinsame Anstrengungen des Westens zum Einhegen des erstarkenden China noch im September 2021 gefordert (Rühlig 2021, S. 53): „Durch ihre Zustimmung [zur Konfrontation Chinas] soll die EU verdeutlichen, dass die USA nicht aus machtpolitischen Partikularinteressen heraus handeln“. Doch Mitte 2022 entfachte die Biden-Administration einen Subventionswettkampf, der wie ein „Staubsauger für Investitionen“ (German Foreign Policy, 23.11.2022) aus der EU wirken wird und aufseiten der Europäer schon die Frage nach einem „Handelskrieg“ (Handelsblatt, 29.11.2022) aufkommen ließ. Industrien, die in der EU angesichts im weltweiten Vergleich gefährlich überhöhter Energiepreise ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren drohen, könnten nun im Rahmen des „Inflation Reduction Act“ der Biden-Administration mittels eines 394 Milliarden US-Dollar umfassenden Subventionsprogramms (vgl. McKinsey, 24.10.2022) in die USA gelockt bzw. von der hochsubventionierten US-Industrie mit Zugang zu deutlich günstigerer Energieversorgung vom Markt gefegt werden. „Is Washington still our ally or not?“ (Politico, 24.11.2022) lautet die derzeitige europäische Kernfrage in Richtung USA.

Doch wie sollte es bei wechselseitiger Kannibalisierung der Wirtschaftskraft dem Westen gelingen, eine zunehmend global vernetzte, dynamisch aufstrebende Wirtschaftsmacht wie China in die „Schranken“ zu weisen? Der gemäß Abb. 61 prognostizierte weiterhin steile wirtschaftliche Aufstieg Chinas, hier gemessen am kaufkraftbereinigten BIP, geht von ähnlichen Rahmenbedingungen aus, wie sie für den bisherigen Entwicklungsweg maßgeblich waren. Mögliche Schockereignisse, wie etwa ein Krieg um den Status von Taiwan, könnten die Verläufe erheblich verändern. Dass die Europäische Union aber auf einem ähnlich gedämpften Entwicklungspfad wie Deutschland (grau gestrichelte, flachste Linie in Abb. 61) ihre Wirtschaftskraft nicht nur vergleichsweise leicht ansteigen, sondern sogar absinken sehen könnte, muss in die Bewertung der geopolitischen Partnerschaftsperspektiven mit China einkalkuliert werden. Europas zukünftige Wachstumspotenziale hängen stark von der 2020 eingeleiteten Energiekrise ab, die mit der angestrebten vollständigen Abkehr von russischen Energieträgern noch vor dem Jahr 2030 einen riskanten weiteren Verlauf nehmen könnte („REPowerEU“-Plan; Europäische Kommission 2022a). In den ersten neun Monaten des Jahres 2022 ließ sich zwar eine Reduktion der europäischen Gasimporte aus Russland über Pipelines um 80% feststellen, doch die Flüssiggasimporte stiegen um 50% an, teilweise auch durch ganz neu hinzu gekommene Kunden wie Spanien (Deutschland verfügt noch nicht über die nötigen LNG-Terminals; vgl. High North News, 26.10.2022).

Der Anteil der EU an der Weltwirtschaftsleistung hat schon unter deutlich günstigeren Wettbewerbsbedingungen über Jahrzehnte hinweg abgenommen (vgl. Statista, 17.05.2022b): So sank der EU-Anteil (ohne Großbritannien) am kaufkraftbereinigten globalen Bruttoinlandsprodukt von fast 26% im Jahr 1980 auf knapp 15% 2021 und wird gemäß aktueller Prognosen bis 2027 auf unter 14% gefallen sein. In Asien wird der seit der Eskalation des Ukraine-Kriegs akut beschleunigte Bedeutungsverlust Europas im transatlantischen Doppelgespann westlicher Mächte durchaus wahrgenommen: „the EU's international status is declining as the euro has fallen sharply compared with the US dollar“ (Asia Times, 16.09.2022).

Die globale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie am Standort Deutschland litt 2022 unter um 65% gestiegenen Einkaufskosten gegenüber dem Vorjahr. Der Preissprung bei Energie (Gas und Strom), zusätzlich verschärft durch den Kursverlust des Euro gegenüber dem US-Dollar, beträgt sogar 115% (Focus Online, 29.10.2022). Die aktuelle Sanktions- und Energiepolitik der Europäischen Union und insbesondere der deutschen Bundesregierung führt demnach in den beschleunigten wirtschaftlichen Abstieg Europas, dem kulturelle Verfallserscheinungen als Vorbote seit Jahren vorausgehen (vgl. Krall 2021, S. 61f.). Darüber mögen sich „Klimaschützer“ angesichts sinkender CO₂-Emissionen in den sich rasch deindustrialisierenden Volkswirtschaften des frühindustrialisierten globalen Nordens freuen (s.

Abb. 62). Diese befinden sich bereits in der Transformationsphase zu emissionsarmen Dienstleistungsökonomien, während energie- und arbeitsplatzintensive Produktionsbereiche in einem globalökologischen Nullsummenspiel in die industriell aufstrebenden Regionen des globalen Südens verlagert werden. Doch bei einer verstärkten Außenabhängigkeit unter verschlechterten Wettbewerbsbedingungen und einer erhöhten Arbeitslosigkeit im Rahmen des Deindustrialisierungsprozesses des Westens wird sicher keine gestärkte Ausgangsposition erzielt werden für das gleichberechtigte Verhandeln globaler Partnerschaften und Regelsetzungen in der sich bereits abzeichnenden multipolaren Weltordnung unter asiatischer Führung.



Quelle: ZDF, 21.11.2022

Abb. 62: Entwicklung der CO₂-Emissionen weltweit zwischen 1990 und 2021 (Abnahme = blau, Zunahme = orange)

Erschwerend hinzu kommt für Europa die Problematik des demographischen Wandels. Aufgrund eines „natürlichen“ Bevölkerungsrückgangs durch sinkende Geburtenraten (7% Rückgang von Januar bis August 2022 in Deutschland im Vergleich zum Vorjahreszeitraum; vgl. Statistisches Bundesamt 2022d) empfiehlt die UNO (vgl. 2000) aufgrund des starken zu erwartenden Bevölkerungs- und auch Arbeitskräfterrückgangs in Europa verstärkte Zuwanderung im Sinne von „Replacement Migration“ (UNO 2001) oder „Bestandserhaltungsmigration“. Nur weil die Europäische Union auf starke Zuwanderung von außen baut, sehen die Prognosen ein Absinken der Gesamtbevölkerung erst ab dem Jahr 2048 (vgl. Eurostat 2019). Doch die seit Jahren anhaltende Immigration durchschnittlich geringer qualifizierter Personen (vgl. Heinsohn 2019, S. 70) belastet vor allem die zukünftige globale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Denn ein Unterangebot an Arbeitskräften ist im Zuge digitaler Transformations- und Automatisierungsprozesse langfristig vor allem im Segment der hochqualifizierten Fachkräfte zu erwarten, während Arbeitsplätze für geringer qualifiziertes Personal zunehmend Rationalisierungsprozessen zum Opfer fallen werden (vgl. OECD 2021, S. 2).

Beziehungen zwischen der Europäischen Union und China in der Sackgasse

Im Zuge der sich in den 1970er Jahren durchsetzenden sukzessiven internationalen Anerkennung der Volksrepublik als legitime Vertretung Chinas nahm auch die Europäische Gemeinschaft 1975 diplomatische Beziehungen zu Beijing auf. Die EU und China vertieften – nach der 1994 erzielten Institutionalisierung eines politischen Dialogs und des Beginns regelmäßiger Gipfeltreffen 1998 – ihre Beziehungen erneut 2003 durch die Einleitung einer „EU-China Comprehensive Strategic Partnership“ (Europäische Kommission 2003): Die EU setzte sich hoch gesteckte Ziele wie „supporting China's

transition to an open society“ (ebd., S. 12ff) und „promoting China’s economic opening at home and abroad“ (ebd., S. 15ff). Beide Seiten einigten sich auf die 2013 gemeinsam verabschiedete „EU-China 2020 Strategic Agenda for Cooperation“ (Europäische Kommission 2013) mit der grundlegenden „Funktion als übergeordnetes gemeinsames Dokument und Richtschnur für die umfassende strategische Partnerschaft zwischen der EU und China“ (Europäische Kommission 2016, S. 2). Neben der 2013 erstmals definierten Zielsetzung eines gemeinsamen Investitionsschutzabkommens sollte die Kooperationsstrategie vier Schwerpunktgebiete umfassen: 1.) Frieden und Sicherheit; 2.) Wirtschaft und Infrastruktur; 3.) nachhaltige Entwicklung und 4.) Austauschprogramme in den Bereichen Kultur, Bildung und Jugend (vgl. Europäische Kommission 2013).

Um die gemeinsam verabschiedete EU-China-Kooperationsagenda für die Europäische Union weiter zu konkretisieren, erarbeitete die Europäische Kommission (2016, S. 2) eine „eigene Strategie“, die „auf einer positiven Partnerschaftsagenda beruht und gleichzeitig den konstruktiven Umgang mit Meinungsverschiedenheiten erleichtert“. Mit dem 2013 erstmals anvisierten Investitionsabkommen verhandelte die EU Reformfortschritte aufseiten der Volksrepublik im Sinne der Liberalisierung der Wirtschaft und der Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen, die in China Marktchancen wahrnehmen wollten. Ehrgeiziges Folgeziel sollte ein Freihandelsabkommen sein, das sich vom Anspruch her an den EU-Handelsbeziehungen zu Japan, Kanada und den USA messen lassen sollte (vgl. Europäische Kommission 2016, S. 7). Im Rahmen der Vereinten Nationen wollte die EU verstärkt mit China kooperieren, um gemeinsam einen Beitrag zu einer „Weltordnungs-politik“ auf der Grundlage eines „effektiven Multilateralismus“ zu leisten (ebd., S. 16).

Mit dem 2019 verabschiedeten Strategiepapier „EU-China – A strategic outlook“ bekräftigte die Europäische Kommission (2019, S. 1) ihre Absicht des zeitnahen Abschlusses des Investitionsschutzabkommens. Sie differenzierte aber zugleich ihre Sicht auf und ihren Umgang mit China entsprechend den über zehn Jahre nach der Weltfinanzkrise erkennbaren Realitäten aus: „China can no longer be regarded as a developing country. It is a key global actor and leading technological power“. Entsprechend umreißt das Papier die Bandbreite der Beziehungen in unterschiedlichen Feldern, die zwischen der EU und China zum Tragen kommen:

- 1.) *China als Partner*: in einigen Gebieten solle durch Verhandlung und Kooperation das Erzielen gemeinsamer Interessen ermöglicht werden;
- 2.) *China als Wettbewerber*: jenseits der Funktion einer verlängerten Werkbank sei China bereits Wettbewerber im Ringen um technologische Führerschaft im High Tech-Bereich;
- 3.) *China als Systemrivale*: die EU sieht China als weltweiten Förderer eines autoritären „Governance“-Modells und sieht sich als Gegenkraft.

Um den Wettbewerb für europäische Investoren auf dem chinesischen Markt fairer zu gestalten, setzte sich die Europäische Kommission (vgl. 2019, S. 6) zum Ziel, das seit 2013 verhandelte beidseitige Investitionsschutzabkommen („Comprehensive Agreement on Investment“ – CAI) bis Ende 2020 abzuschließen. Der Zugang zum chinesischen Markt, zu chinesischen Subventionsprogrammen und zu öffentlichen Ausschreibungen sollte für europäische Firmen leichter und fairer gestaltet werden. Wechselseitige Investitionssicherheit sowie vergleichbare Sozial- und Umweltstandards sollten für Unternehmen in beiden Märkten sichergestellt werden. Die Volksrepublik China und der Europäische Rat (2020) einigten sich am 30.12.2020 auf den Abschluss des CAI-Abkommens Dank der „aktive[n] Rolle des deutschen Ratsvorsitzes und insbesondere von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die besonderes Gewicht auf die Beziehungen zwischen der EU und China gelegt und die Verhandlungen der EU mit China uneingeschränkt unterstützt hat“.

Bevor jedoch der Ratifizierungsprozess starten konnte, baute sich Druck aus Washington auf: Die Biden-Administration kritisierte die angeblich zu laxen Regelungen der Frage chinesischer Zwangsarbeit

und zudem, dass die USA nicht vorab um Einverständnis gebeten worden seien. Ein Übergehen beklagt ihrerseits die EU angesichts des noch unter Präsident Trump zwischen den USA und China vereinbarten „Phase 1“-Handelsabkommens, das aber – angesichts nicht erreichter höherer US-China-Exportquoten – zum Scheitern verurteilt scheint (vgl. The Diplomat, 26.03.2022). Es ist unklar, ob der politische Druck aus Washington dazu führte, dass die EU nur wenige Wochen nach dem Abschluss der CAI-Verhandlungen im März 2021 Sanktionen gegen China – von US-Außenminister Biden gelobt als „united transatlantic response“ (Politics Today, 24.06.2021) – wegen der Uiguren-Frage verhängte, die ersten EU-Sanktionen gegen Beijing seit 1989.

In jedem Fall entsprach die politische Reaktion einem rasant verschlechterten China-Bild⁹⁴, das sich in den westlich orientierten Staaten schon bei Befragungen Anfang 2021 deutlich abgezeichnet hatte (s. Abb. 63). Dieses lässt sich mit einer vermehrt negativen, meist mit Hilfe von „territorial gebundene[n] [d.h. Dichotomie Westen / China; Anm. d. Verf.] Freund-Feind-Bilder[n]“ (Albert, Reuber & Wolkersdorfer 2003, S. 519) arbeitenden Medienberichterstattung in Verbindung bringen (vgl. hierzu auch die Medienstudie von Changbao, Leutner & Minxing 2021, S. 60). Die von Freedom House (vgl. 2022, S. 7 u. 28f.) kritisierte konzertierte Beeinflussung der China-Berichterstattung in Europa und weiten Teilen der Welt, scheint ihre Wirkung weitgehend zu verfehlen. China reagierte auf den Beschluss des EU-Parlaments mit Gegensanktionen, unter anderem gegen EU-Abgeordnete (vgl. ZDF, 22.03.2021), was zum prompten Einfrieren des Ratifizierungsprozesses durch das Europäische Parlament (vgl. 2021) führte (vgl. hierzu auch Huotari & Jean 2022, S. 6).



Quelle: Statista, 09.02.2022

Abb. 63: Anteil der Befragten mit negativem China-Bild in Prozent nach Ländern

Auch bei den Verhandlungen des EU-China-Investitionsschutzabkommens erweist sich die Eskalation des Ukraine-Kriegs als „game changer“ und für die Außenbeziehungen der EU als neue geopolitische Trennlinie für eine mögliche neue bipolare Weltordnung (s. Abb. 60) nach Huntingtons Schnittmuster „the West Against the Rest“ (The New York Times, 06.06.1993). Die Annahme eines dauerhaften Bruches in den europäisch-chinesischen Beziehungen stützt die Europäische Kommission (2022b) in der Wiedergabe der Begründung für den Stopp des CAI-Abkommens durch das Europäische Parlament: „The broader political context is currently not favourable for a ratification of the Comprehensive Agreement on Investment“ (CAI). The Diplomat (26.03.2022) bewertet das CAI unumwunden als „finally dead after China’s refusal to condemn the Russian invasion of Ukraine“. China als ökonomisches und politisches Gravitationszentrum Asiens reagierte entsprechend mit einer Refokussierung auf das geographisch näher liegende weltgrößte Freihandelsabkommen „Regional Comprehensive Economic Partnership“ (RCEP). Premierminister Li Keqiang würdigte – anders als in den vergangenen Jahren – die beiden mit den USA und Europa verhandelten Abkommen keines Wortes in seinem jüngsten Jahresbericht an die Legislative (vgl. The Diplomat, 26.03.2022).

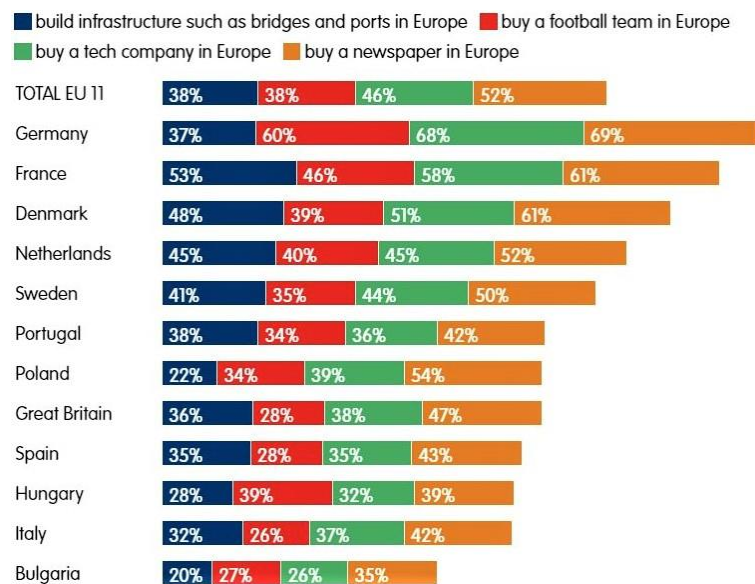
⁹⁴ Laut Umfragen des Pew Research Center (vgl. Ntv, 30.09.2022) hatten 2005 nur 37% der Deutschen ein negatives China-Bild. Bei der neuesten Umfrage 2022 hatte sich dieser Wert bereits auf 74% verdoppelt.



Quelle: Einecke 2021

Abb. 64: Widersprüchliche China-Strategie des Europäischen Parlaments nach einer Entschließung vom September 2021

Die im September 2021 vom Europäischen Parlament (vgl. 2021) verabschiedete „neue China-Strategie“, die den Ratifizierungsprozess des europäisch-chinesischen Investitionsschutzabkommens CAI auf unbestimmte Zeit gestoppt hat (vgl. ebd., S. 8f.), versucht die bisherige eher pragmatisch-konstruktive Haltung der EU-Kommission gegenüber China zu korrigieren und auf eine neue Basis von sechs Säulen (vgl. ebd., S. 5) zu setzen (s. Abb. 64). Der 21-seitige Bericht stellt China in einem sehr kritischen, ja negativen Licht dar mit dem Verweis auf Menschenrechtsverletzungen, Behinderung des freien Wettbewerbs, Diebstahl von geistigem Eigentum, Chinas Ausweitung des Einflusses in internationalen Organisationen sowie seine Machtpolitik im südchinesischen Meer und gegen Taiwan. Er betont zusammenfassend eine verstärkte Systemrivalität und ruft die EU zum engeren Schulterschluss mit „gleichgesinnten Partnern“ – sprich westlich orientierten China-Gegnern – in der Welt auf, um die „Fähigkeiten der EU zur Verwirklichung des Ziels der globalen Führungsmacht [zu] stärken“. Zusammenfassend lässt sich die „China-Strategie“ eher als „europäische Selbstfindungsstrategie“ interpretieren angesichts der Widersprüchlichkeit der Zielsetzungen des Sechs-Säulen-Eklektizismus (s. Abb. 64).



Quelle: Oertel 2021

Abb. 65: Umfrage vom Januar 2021: Welche Aktivitäten chinesischer Firmen wären nicht akzeptabel in Europa?

Mit der china-kritischen Festlegung des Europäischen Parlaments dürfte in der aktuellen geopolitischen sowie demoskopischen Polarisierungssituation (s. Abb. 65) ein an die einseitige Aufhebung chinesischer Gegensanktionen gekoppeltes Investitionsabkommen längerfristig zum Scheitern verurteilt sein. Die Forderung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI 2019, S. 12) an die EU nach „coherent and long-term China strategies“ wurde somit schon ein Jahr nachdem sie erhoben wurde, eklatant und wohl auch dauerhaft konterkariert. Wie das Beispiel des seit 2014 währenden Sanktionskonflikts mit Russland zeigt, ist es nicht zu erwarten, dass China seinerseits die gegen die EU verhängten Sanktionen zurücknehmen wird, die als direkte Antwort auf zuvor gegen China beschlossene EU-Sanktionen erlassen worden waren. Damit stecken die EU-China-Beziehungen auf unabsehbare Zeit in der Sackgasse politisch wirkungsloser Sanktionsgefechte fest, die allenfalls den nicht unbedingt intendierten Zweck erfüllen, im transatlantischen Interesse des geopolitischen Partners, zunehmend aber auch Wettbewerbers USA eine vertiefte eurasische Integration und damit ein gestärktes Europa mit geopolitischer Handlungsautonomie dauerhaft zu verhindern.

Regionale Kooperationsinitiativen als Instrument des Machtkampfes um Osteuropa

Entsprechend der Kernthese der Heartland-Theorie von Sir Halford Mackinder kommt der Kontrolle Osteuropas als geopolitischer Bruchlinie im europäischen Teil Eurasiens eine besondere Bedeutung zu: „Who rules East Europe commands the Heartland: Who rules the Heartland commands the World-Island: Who rules the World-Island commands the World“ (Mackinder 1919, S. 106). Entsprechend hoch eingeschätzt werden muss die geopolitische Bedeutung des seit 2014 virulenten und 2022 eskalierten Ukraine-Kriegs. Entsprechend alarmiert reagierten westliche Geostrategen auf die 2012 gestartete chinesische Initiative eines Dialogformats für die geopolitisch in der Geschichte stets umkämpfte Region, welcher mit der 2013 lancierten Belt and Road-Initiative eine langfristige Integrationsperspektive im eurasischen Kontext offeriert wurde.

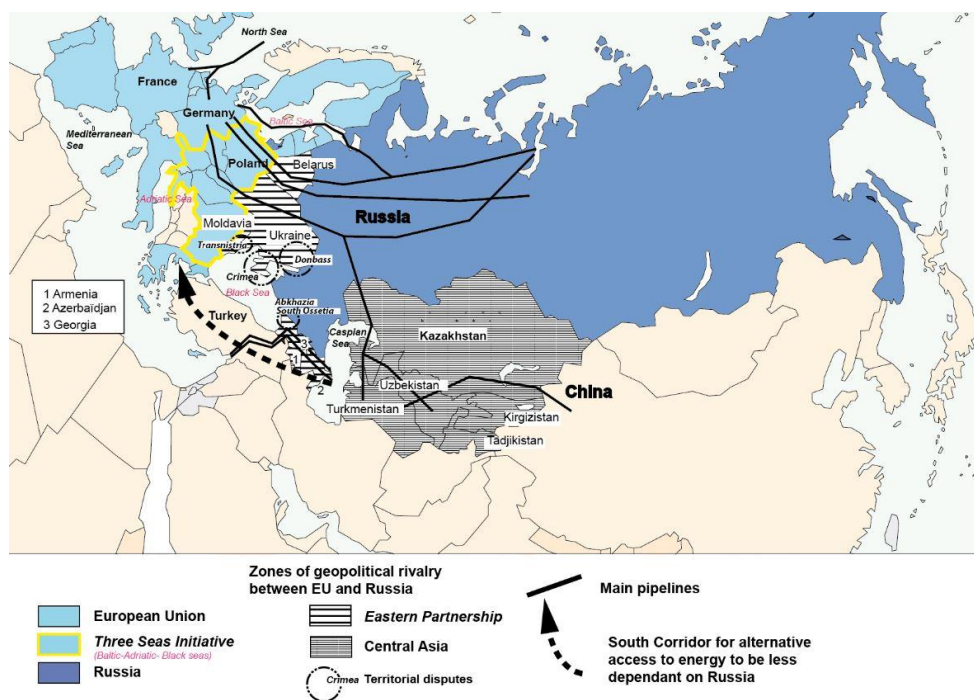
Die chinesische Dialog- und Kooperationsinitiative 17+1 (Cooperation between China and Central and Eastern European Countries)⁹⁵ mit den 17 für die Umsetzung der Belt and Road-Initiative besonders wichtigen mittel- und osteuropäischen Staaten, wurde seit 2012 vorangetrieben. Auch wenn sich einige Teilnehmerstaaten trotz jährlicher Treffen (mit Ausnahme 2020 und 2022) der Staats- bzw. Regierungschefs mehr konkrete Vorteile und chinesische Investitionen erhofft hatten, so ist doch festzustellen, dass sich die chinesischen Investitionsprojekte in Europa vor allem auf Südosteuropa und in etwas geringerem Maße auch auf Mitteleuropa konzentrieren – also auf den Raum des Kooperationsmechanismus 17+1 (für eine europaweite Liste der Infrastrukturprojekte mit chinesischer Beteiligung vgl. Holz 2022). Die Europäische Kommission (2016, S. 4) hatte in ihrer Mitteilung „Elemente für eine neue China-Strategie der EU“ darauf gedrängt, dass Mitgliedstaaten in bilateralen Verhandlungen und auch im Forum 17+1 mit China darauf achten sollten, dass Vereinbarungen der Politikziele der EU entsprechen und „der EU als Ganzes zuträglich“ sein sollen (vgl. entsprechend auch den „Strategic Outlook“ der Europäischen Kommission 2019b, S. 2).

In der Entschließung des Europäischen Parlaments (2021, S. 10) für eine „neue China-Strategie der EU“ war der Tonfall schon deutlich ablehnender gegenüber 17+1 geworden: Das chinesisch-osteuropäische Dialog- und Kooperationsforum wurde als eine der „von China ausgehenden politischen, wirtschaftlichen, sozialen und technologischen Bedrohungen“ eingeordnet. Auch Hamilton & Ohlberg (2022, S. 377) überzeichnen das Dialogforum als „Parallelstruktur“ und damit eine „Herausforderung für die auf der EU beruhende etablierte Ordnung“. Chinas Einfluss spalte die EU: Angeblich „[u]nter

⁹⁵ Aktualisierte Informationen unter www.china-ceec.org/eng

chinesischem Druck verhinderten Ungarn und Griechenland im Juli 2016 eine gemeinsame Stellungnahme der EU zum Konflikt im Südchinesischen Meer“ (ebd. und vgl. Grosch 2022, S. 157) und boykottierten EU-Erklärungen zur Menschenrechtslage in China. In Ungarn entspann sich ein regelrechter öffentlicher Kulturkampf um ein Abkommen zum Bau eines Campus der Shanghai Fudan-Universität in Budapest (vgl. Radio Free Europe, 08.06.2022) – ein an sich unspektakulärer Vorgang, so sollte man annehmen, angesichts über 80 US-Universitäten in Ländern rund um den Globus.

Litauen überwarf sich mit der Volksrepublik nach einer Entschließung des Parlaments, die Behandlung der Uiguren in Xinjiang als Genozid zu deklarieren. Hinzu kam die litauische Ankündigung, nach intensiviertem bilateralen Austausch die Taipeh- in Taiwan-Vertretung umzubenennen. China berief daraufhin seinen Botschafter aus Vilnius ab und forderte Litauen auf, das gleiche in Beijing zu tun. Zudem untersagte die Volksrepublik jeglichen Außenhandel mit Litauen und selbst die Einfuhr von Produkten, die nur litauische Komponenten enthalten (vgl. Stanzel 2022b, S. 79). Schließlich zogen sich nach Litauens Austritt im Mai 2021 auch Estland und Lettland im August 2022 aus dem Dialogformat zurück, so dass derzeit faktisch nur noch von 14+1 gesprochen werden kann. Als Begründung führte Estland die Haltung Chinas gegenüber Russland im Ukraine-Krieg und Lettland anderweitige außen- und handelspolitische Prioritäten an (vgl. Deutscher Bundeswehrverband 2022). Vermutlich wird sich das Dialogforum angesichts der Verwerfungen im Rahmen des Ukraine-Kriegs weiter verkleinern und möglicherweise zukünftig nur noch bilateral geführten Verhandlungen mit China weichen.



Quelle: Thomann 2018

Abb. 66: Die „Three Seas Initiative“ (3SI) als geopolitischer Wall zur Ost-West-Fragmentierung des europäischen Kontinents

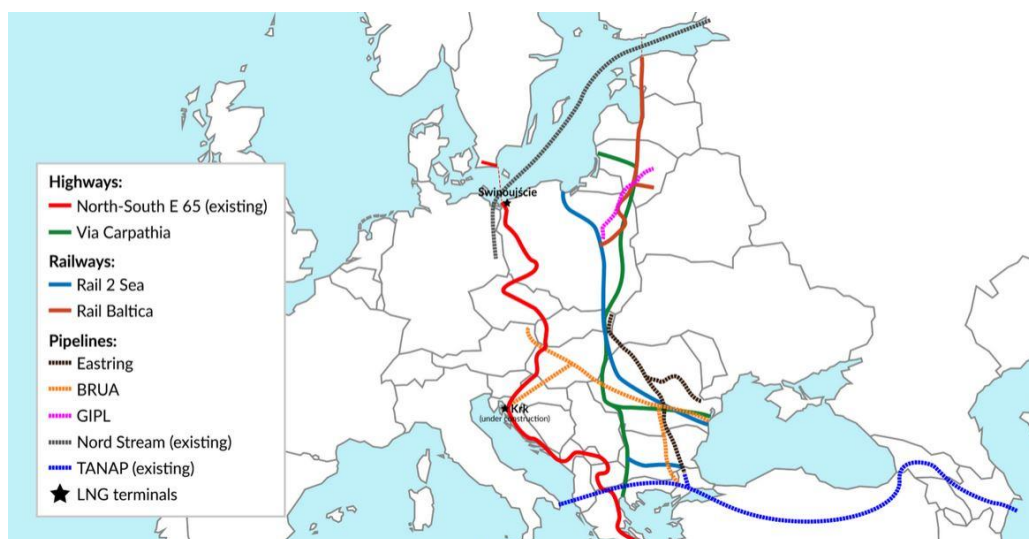
Die eher US-konforme, 2015 von Polen lancierte „Three Seas Initiative“ (3SI)⁹⁶ als „geopolitical wegde between Germany and Russia“ (Kurečić 2018, S. 109) bietet den aufgrund ihrer geographischen Lage für die Eindämmung Russlands und Chinas im Rahmen der Seidenstraßeninitiative besonders wichtigen Staaten Mittel- und Osteuropas eine in der EU ideologisch anschlussfähigere Grundlage (s. Abb. 66; vgl. hierzu auch Ploppa 2019, S. 340ff). In der Region hatten sich bereits 1992 die 18 mittel- und (süd-)osteuropäische Staaten umfassende Central European Initiative (CEI) sowie die 1991 gegründete und 1993 erweiterte Visegrad-Gruppe zwischen Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn formiert (vgl. Soroka & Stępniewski 2019, S. 16ff). Der US-amerikanische Atlantic Council skizzierte

⁹⁶ Nähere Informationen: <https://3seas.eu>

gemeinsam mit einem Lobbyverband ost- und südosteuropäischer Energieunternehmen die 3SI-Partnerschaft in den Jahren 2013 bis 2014 um Ost- und Südosteuropa in einen weiteren Absatzmarkt für verflüssigtes US-Frackinggas zu transformieren (German Foreign Policy, 27.10.2022).

In seiner Antrittsrede am 6. August 2015 kündigte der polnische Präsident Andrzej Duda schließlich die Bildung einer regionalen Allianz der mittel- und osteuropäischen Staaten in Anlehnung an das Modell des „Intermarium“ des zwischen den beiden Weltkriegen herrschenden polnischen Marschall Józef Piłsudski an (allerdings ohne Finnland, Weißrussland und erst unter nachträglicher Aufnahme der Ukraine als de facto-Mitglied am 20.06.2022; vgl. ebd., S. 4). Mit 3SI verfolgen die teilnehmenden 12+1 Staaten⁹⁷ jedoch weder die Formierung einer suprastaatlichen Parallelstruktur zur EU, noch eine staatliche Verschmelzung wie es seinerzeit das Modell des Intermarium skizziert hatte (vgl. Wycisk 2019, S. 16). Piłsudski verfolgte mit seinem Konzept das Ziel, große Teile der Staatsengebiete zwischen der Baltischen See, der Adria und dem Schwarzen Meer zu vereinen. Neben der geopolitischen Stärkung des mittel- und osteuropäischen Raumes gegenüber Deutschland im Westen und Russland im Osten formulierte er zudem das Ziel, das Russische Reich bzw. die neu entstandene Sowjetunion zu schwächen und perspektivisch sogar aufzuteilen.

Bereits 2018 machte Kurečić (vgl. 2018, S. 122) die Tendenz der 3SI aus, sich besonders stark auf die NATO und die USA als Schutzschirm gegen Russland zu beziehen, in variierendem Grade anti-russische Rhetorik zu bedienen und das Ziel verminderten Gasbezugs aus Russland zu verfolgen. Kurečić (ebd., S. 123) zufolge, dient 3SI „U.S. geopolitical and geo-economic interests“, indem die weitere Integration der Europäischen Union im Osten und die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschland und Russland eingeengt würden. Aus französischer Perspektive warnt Thomann (2018) vom Institut Français de Géopolitique der Université Paris VIII angesichts der 3SI-Initiative vor einer für Europas Zusammenhalt bedrohlichen „fragmentation of the European continent between East and West“. Damit stellt 3SI aus transatlantischer und NATO-Perspektive ein wertvolles geopolitisches Instrument zum Kontern der rivalisierenden eurasischen Integrationsprozesse dar, die seitens Russland mittels der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU)⁹⁸ seit dem Jahr 2000 und seitens China im Rahmen der Belt and Road-Initiative seit 2013 vorangetrieben werden.



Quelle: Vondra 2018

Abb. 67: Infrastrukturprojekte der „Three Seas Initiative“ (3SI) zum Ausbau der Nord-Süd-Verbindungen und die (mittlerweile sabotierten) Nord Stream-Pipelines

⁹⁷ Vollmitglieder: Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Österreich, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn; seit Juni 2022 ist die Ukraine 3SI-Partner (vgl. EuroIntegration, 21.06.2022)

⁹⁸ Die EAWU (vgl. Grosch 2022, S. 199ff) ging 2015 aus der im Jahr 2000 gegründeten Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft hervor.

Entsprechend bestätigt der Congressional Research Service „strong backing for the 3SI“ (Garding & Mix 2021, S. 1) vonseiten der US-Regierung in den Bemühungen der Initiative „to increase energy independence and infrastructure connectivity thereby strengthening the United States [...] national security“ (parteiübergreifende Resolution des US-Repräsentantenhauses vom November 2020; ebd.). Die 3SI mit ihren aus EU-Mitteln und einem speziellen 3SI-Investitionsfonds finanzierten Infrastrukturprojekten (s. Abb. 67; vgl. Vondra 2018 und Wycisk 2019, S. 14ff) wurde bereits im April 2021 vom Congressional Research Service als interessantes Instrument der US-Kooperation in der Region gelobt. Schließlich war nicht nur der Bau von aus den USA per Flüssiggastankern belieferten LNG-Terminals (Polen und Kroatien), sondern auch die Verbesserung der Nord-Süd- statt der bisher dominanten Ost-West-Verbindungen (vgl. Vondra 2018) von besonderem geopolitischen Interesse für die USA im Abwehrkampf gegen die sich abzeichnende Intensivierung der eurasischen Integration. Zweck der 3SI-Initiative könne sein, der „potential Russian aggression and perceived malign influence in Europe“ sowie „China’s financial investments and diplomatic engagement in the region“ (Garding & Mix 2021, S. 2) entgegen zu wirken.

Chinas widersprüchliche Rolle im entstehenden globalen digitalen „COVID-Regime“

Eine entscheidende Perspektive für die Analyse der geopolitischen Kooperationspotenziale und Risiken für ein freiheitliches und demokratisches Europa im Hinblick auf China ist die Frage nach der Gefahr der Stärkung und globalen Ausbreitung des Modells eines autoritären digitalisierten Überwachungsstaats, möglicherweise unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung. China hatte bereits Jahre vor dem Ausbruch des Corona-Virus das weltweit am weitesten entwickelte digitale Überwachungssystem aufgebaut. Unter den weltweit zehn Städten mit den meisten Überwachungskameras pro Einwohner rangierten Anfang 2020 acht chinesische und nur jeweils eine britische (London, Platz 6) und eine amerikanische Stadt (Atlanta, 10. Rang; vgl. Handelsblatt, 18.03.2020).

Das KI-gestützte Überwachungssystem Chinas basiert mittlerweile auf über einer Milliarde Kameras⁹⁹ (Welt, 20.07.2022), deren Datenflut mit Hilfe von Gesichtserkennungssoftware ausgewertet wird. In einigen Städten wurde die Kameraüberwachung bereits verknüpft mit Sozialkreditsystemen (vgl. Sieren 2021, S. 168ff und Strittmatter 2020, S. 164ff). Vor dem Hintergrund massenhaft durchgeführter PCR-Tests im Zuge der Covid-Lockdowns verdient zudem die Tatsache Aufmerksamkeit, dass China noch weit vor den USA und der EU die umfangreichste menschliche Gen-Datenbank der Welt mit 68 Millionen (vgl. Bernot 2020, S. 639) oder nach anderen Quellen sogar mit 100 bis 140 Millionen genetischen Profilen, vor allem für forensische Zwecke, unterhält (vgl. China Digital Times, 17.06.2020 und Dirks & Leibold 2020, S. 4).

Die Schnelligkeit, mit der bereits im Corona-Frühjahr 2020 in China digitale Zugangskontrollsysteme auf Basis des per App nachzuweisenden Gesundheitsstatus etabliert waren, deutet darauf hin, dass an solchen Systemen schon vor Ausbruch der Pandemie gearbeitet worden sein muss. Schließlich konnten selbst in den bei digitalen Technologien und Softwareentwicklung nach wie vor führenden USA ähnliche Systeme trotz der Beteiligung von Microsoft erst gut ein Jahr später eingeführt werden (vgl. Forbes, 14.01.2021). Aus China berichtete das Handelsblatt (18.03.2020) schon knapp drei Monate nach der anfangs verschwiegenen Verbreitung des Virus in Wuhan von mit dem Zahlungsdienst Alipay verknüpften obligatorischen „Health Code“-Apps für das Smartphone, die einen nur bei

⁹⁹ Strittmatter (vgl. 2020, S. 170) bestätigte die Existenz von 349 Millionen Überwachungskameras im öffentlichen Raum Chinas bereits für das Jahr 2018. Der Standard (vgl. 22.06.2022) nannte für 2020 den Stand von 620 Millionen Kameras.

Status „grün“ autorisierten, den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen oder Geschäfte und Restaurants zu betreten. Die Kontrollmaßnahmen und Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Bürger ging in manchen Städten so weit, dass ohne den grünen Status der Covid-App faktisch keine Teilnahme am öffentlichen und Erwerbsleben und keine Bewegung im öffentlichen Raum zwischen Städten oder sogar zwischen – mittels Kontrollbarrieren separierten – Stadtteilen derselben Stadt mehr möglich war.

Jenseits des digitalen Covid-Überwachungssystems hatte China bereits zuvor neue, mit Hilfe der WHO rasch weltweit verbreitete Standards in der Pandemiebekämpfung gesetzt durch brachiale, hausarrestartige Lockdown-Maßnahmen für insgesamt 57 Millionen Bewohner der Provinz Hubei. Die WHO überschlug sich mit Lob für die strikte Lockdown-Methode (WHO zit. in Senger 2020): „China’s uncompromising and rigorous use of non-pharmaceutical measures to contain transmission of the COVID-19 virus in multiple settings provides vital lessons for the global response“. In einer 18.000 Studien umfassenden Meta-Analyse wurde jedoch die medizinische Wirkungslosigkeit der extrem wirtschafts- und gesellschaftsschädigenden Lockdowns entgegen verfrühten und allein auf das Beispiel China rekurrierenden WHO-Behauptungen festgestellt (Hanke, Johns Hopkins University, zit. in Stark 2022): „While this meta-analysis concludes that lockdowns have had little to no public health effects, they have imposed enormous economic and social costs where they have been adopted. In consequence, lockdown policies are ill-founded and should be rejected as a pandemic policy instrument“.

Chinas anfänglich zu spätes Reagieren, das strikte Zensieren von Informationen (vgl. Asia Democracy Network 2022, S. 70) und das anschließende Überreagieren mit brachialen Lockdowns wurde von der WHO nie kritisiert, was ihrem Anspruch als neutrale globale Gesundheitsinstitution widerspricht (vgl. The Diplomat, 09.04.2020). Senger (vgl. 2020) konnte zudem nachweisen, dass Lockdowns und „Social Distancing“ als in China entwickelte Methoden der Pandemiebekämpfung mittels Social Media-Kampagnen unter Einsatz ganzer Bot-Armadas chinesischen Ursprungs zunächst erfolgreich in Italien verbreitet wurden. Zudem berichtete aus den USA FBI-Direktor Christopher Wray über Kampagnen zum Promoten chinesischer Pandemie-Maßnahmen (zit. in Senger 2020): „[W]e have heard from federal, state, and even local officials that Chinese diplomats are aggressively urging support for China’s handling of the COVID-19 crisis“.

Es ist aus gesundheitspolitischer Sicht nicht zu begründen, warum die Regierung um Xi Jinping trotz der Erkenntnis der medizinischen Unwirksamkeit bei immenser ökonomischer Schädlichkeit von Lockdowns an dieser Methode festhält. Schließlich beruht die Stabilität des politischen Herrschaftssystems Chinas darauf, dass der Staat den Bürgern die Voraussetzung zur Entwicklung von Wohlstand, verbunden mit freiem Konsum garantiert und die Bürger im Gegenzug die Politik allein der Kommunistischen Partei überlassen. Dieser ungeschriebene chinesische Gesellschaftsvertrag wird in den Augen der Privatwirtschaft und der Bürger – von der Gruppe der besonders Covid-Verängstigten abgesehen – durch die freiheitsberaubende Lockdown-Politik gebrochen.

Betrachtet man die Anzahl der seit dem Beginn des Ausbruchs erfassten und Covid zugeschriebenen Todesfälle in China von 17.826 (Stand 07.06.2022; vgl. Statista, 14.07.2022) bei einer Gesamtbevölkerung von 1,4 Milliarden, so ist eine medizinische Rechtfertigung solch drastischer Politikmaßnahmen angesichts anderer, viel relevanterer Sterbeursachen, nicht gegeben. Die Sterblichkeit¹⁰⁰ lag bei den in offiziellen Statistiken erfassten, nur drei Millionen Infizierten seit Ende 2019 (vermutlich gab es ein Vielfaches an unerkannten Fällen) bei 0,58% (vgl. ebd.; bzw.

¹⁰⁰ Eine von der WHO veröffentlichte Metastudie von Professor Ioannidis ergab für die früheren gefährlicheren Virusvarianten einen Medianwert der Sterblichkeitsraten aus 61 Studien von nur 0,23% (vgl. Merkur, 31.10.2020), also vergleichbar mit einer mittelschweren regulären Virusgrippe.

entsprechend niedriger unter Berücksichtigung der unerkannten Infektionen). Die fast sechsmal so hohe Sterblichkeitsquote von 3,4%, die Anfang 2020 aus China kommuniziert worden war (vgl. Merkur, 31.10.2020) und die die gesamte Welt in Schockstarre angesichts des „neuartigen Killervirus“ versetzt hatte, bestätigte sich demnach auch nicht annähernd.

Trotz der aktuell noch geringeren Gefährdung – in Anbetracht der deutlich ansteckenderen, aber viel weniger gefährlichen derzeitigen Virusvarianten – setzten einige Provinzen auch 2022 noch harsche und durch unterbrochene Lieferketten weltweit folgenschwere Lockdownmaßnahmen für ganze Städte durch, wie im Falle der funktional bedeutsamen Industrie- und Handelsmetropole Shanghai mit 26 Millionen Einwohnern. Wohnblöcke mit Hunderten von Bewohnern wurden ohne Vorwarnung und Versorgungsmöglichkeiten¹⁰¹ unter Quarantäne gestellt, sollte auch nur ein positives Testergebnis angefallen sein. Anfang November 2022 geriet der 600.000 Einwohner umfassende Industriedistrikt von Zhengzhou, in dem der taiwanische iPhone-Hersteller Foxconn mit 200.000 Mitarbeitern sein Werk betreibt, nach gerüchteweise bis zu mehreren Zehntausend Ansteckungsfällen¹⁰² in einen totalen Lockdown. Alle Bewohner wurden zu täglichen PCR-Tests verpflichtet (vgl. 02.11.2022). Mittlerweile intensiviert Apple aufgrund der Lockdown-bedingten Produktionsschwierigkeiten in China seine Pläne zur teilweisen Verlagerung der iPhone-Produktion nach Vietnam und Indien (vgl. Manager Magazin, 09.12.2022).

Eine historisch für die Volksrepublik einmalige Situation entwickelte sich Ende November 2022: Nach dem durch einen Brand verursachten Tod von zehn, angeblich wegen Quarantäne in ihrem Wohnblock eingeschlossenen Personen in Urumqi, brachen synchron in 15 unterschiedlichen Städten des Landes verbotene Demonstrationen gegen die Lockdownmaßnahmen mit Hunderten, teilweise sogar mit über 1.000 Teilnehmern aus (vgl. CNN, 03.12.2022 und Tagesschau, 27.11.2022). Trotz staatlicher Zensur- und Polizei-Maßnahmen zur Eindämmung der Proteste breiteten sich die teilweise gewaltsamen (Test-Stationen und Absperrungen wurden verwüstet) und nicht nur ein Ende der Lockdowns, sondern auch den Rücktritt Xi Jinpings fordernden Demonstrationen Tausender, überwiegend junger Menschen auf insgesamt 28 Orte (acht davon Universitäten, wo die sogenannte „White Paper Revolution“ als Zeichen gegen Zensur entstand) in 19 Städten des Landes aus (vgl. CNN, 03.12.2022 und Radio Free Asia, 08.12.2022).

Im Vergleich zur gewaltsamen Niederschlagung der Proteste 1989 auf dem Platz des Himmlischen Friedens, folgte die chinesische Führung bei den Covid-Protesten einer völlig anderen Logik. Der Einsatz der Polizei erfolgte, selbst im Vergleich zu ähnlichen Protest-Situationen um die Corona-Beschränkungen in Deutschland, überwiegend moderat, defensiv und deeskalierend. Der Jura-Professor und Regierungsberater Jiang Mingan aus Beijing gibt eine Erklärung für das Phänomen: Die Zentralregierung stehe nicht hinter der immer wieder vorkommenden Eskalation bezüglich der Striktheit und sogar Gewalt in der Durchsetzung von Corona-Bestimmungen. Beijing habe die lokalen Verantwortlichen jüngst vermehrt öffentlich und auch namentlich kritisiert. In China sei die Verantwortung für die Pandemiebekämpfung weitgehend auf der kommunalen Ebene angesiedelt, was angesichts teilweise unklarer Vorgaben verschiedentlich zu Wildwuchs an Maßnahmen und Interpretationen überengagerter Lokalregierungen und Einsatzkräfte geführt habe (vgl. South China Morning Post, 10.12.2022).

¹⁰¹ Das teilweise existenzbedrohende Leid angesichts fehlender medizinischer Versorgung bis hin zum Verhungern, wurde von der Cyberspace Administration of China akribisch zensiert und als „Fake News“ gekennzeichnet, sobald Berichte auf Social Media auftauchten und sich teilweise rasant verbreiteten (vgl. Merkur, 07.10.2022).

¹⁰² Die Spitze registrierter Neuinfektionen in China lag am 03.12.2022 mit einer 7-Tages-Inzidenz von 20 um ein Elffaches niedriger als in Deutschland und halbierte sich rasch bis zum 12.12. trotz gelockerter Maßnahmen. Trotzdem berichtet die Tagesschau (vgl. 12.12.2022) reißerisch von „Covid-Chaos“ in Chinas Krankenhäusern.

Die Antwort der Politik – direkt als solche offiziell bestätigt zumindest von der „Youth League“ der KPC (vgl. Radio Free Asia, 08.12.2022) – auf die ungewöhnlich umfangreichen, aber doch nur einen relativ kleinen Anteil der Bürger umfassenden Proteste, erfolgte bereits nach wenigen Wochen. Gleichzeitig vermieden jedoch die staatlichen Medien jegliche Berichte über die Proteste, „framing the policy adjustment as following the science“ (CNN, 05.12.2022). Faktisch wurden rasch die Testvorschriften gelockert und die Isolation Erkrankter mit milden Symptomen zu Hause erlaubt, statt die Internierung in Massen-Quarantänelagern weiterhin durchzusetzen. Während die Regierung sich für eine Ausweitung der Infektionen¹⁰³ oder eine gefährlichere Virusvariante mit dem Aufbau zusätzlicher Gesundheitsinfrastruktur zu rüsten schien, schaffte sie am 12. Dezember 2022 die staatlich betriebene landesweite Covid-Tracking-App unvermittelt ab (vgl. United Press International, 12.12.2022).

Die Covid-App hatte die Funktion zu melden, ob sich der Nutzer in Hochrisikogebieten aufgehalten oder infizierte Personen getroffen bzw. selbst ein positives Testergebnis hatte. Sie war für alle Chinesen die zentrale Eintrittskarte ins tägliche Leben im öffentlichen Raum. Vereinzelt gab es Berichte über den staatlichen Missbrauch der App, um Demonstrationen zu verhindern (vgl. Tagesschau 17.07.2022). Das offensichtlich prompte Nachgeben der Regierung entsprechend den Forderungen der Demonstranten (vgl. Radio Free Asia, 08.12.2022) setzt ein unmissverständliches, ermutigendes Signal für die Menschen (Äußerung eines Demonstranten; CNN, 05.12.2022): „I feel like everyone’s hard work is paying off“. Das Signal könnte sich ins Bewusstsein der chinesischen Jugend einbrennen und den Boden für zukünftige Ansprüche demokratischer Mitbestimmung bereiten nach dem Motto: „Gemeinschaftlich Dissens zu äußern wirkt, riskanter illegaler öffentlicher Protest lohnt, die Regierung ist gezwungen auf die Wünsche des Volkes zu reagieren“.

China kommt als international einflussreicher Führungsnation mit starkem Einfluss auf die WHO mit seiner bislang äußerst autoritären nationalen Strategie der digital gestützten Pandemiebekämpfung eine besondere Bedeutung und Verantwortung zu. Aber welche Rolle beim Etablieren eines illiberalen digitalen Covid-Überwachungsregimes spielten und spielen westliche bzw. transnationale und internationale Akteure? Dies ist der relevante Punkt im Hinblick auf die aktuellen Prozesse der Evolution der politischen und gesellschaftlichen Steuerungssysteme im global sich entfaltenden High Tech-Zeitalter. Wie sind die Wechselwirkungen zwischen Chinas autoritärem Covid-Regime und dem Trend zur Herausbildung globaler High Tech-basierter Regime der Gesundheitssteuerung, der Überwachung, der Kontrolle sowie der Beschneidung der Freiheitsrechte der Bürger in der gesamten Welt? Akut wurde dieser gefährliche Trend deutlich, als sich die G20-Staaten beim Bali-Gipfel im November 2022 auf ein einheitliches digitales Überwachungsinstrument zur Feststellung des Gesundheits- und Impfstatus für internationale Reisen während zukünftiger Pandemien einigten (vgl. CBN News, 18.11.2022 und Times of Oman, 19.11.2022). Der Trend zum Digital-Autoritarismus hat längst nicht nur China erfasst (Bloomberg, 12.09.2022): „even in the West, the arc of the digital revolution is bending toward tyranny“.

Nicht nur in China, sondern in diesem beispielgebenden Fall in Deutschland muss Amnesty International Deutschland (vgl. 2021) klagen: „Neues BND-Gesetz ermöglicht anlasslose Massenüberwachung“. Es ist nicht China, sondern Indien, das über das weltweit „größte biometrische digitale ID-Programm“ (Guérot 2022, S. 96) namens Aadhaar „Tür und Tor zu digitaler Kontrolle, social-scoring- und social-credit-Systemen“ geöffnet hat. Es ist nicht China, sondern es sind westliche Regierungen, die EU-Kommission, die Weltbank, die UNO und transnationale Konzerne, die seit Jahren die

¹⁰³ Chinesische Mediziner gehen von einer unaufhaltsamen Durchseuchung von bis zu 60% der Bevölkerung mit den aktuell kursierenden, deutlich ansteckenderen Virusvarianten aus (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.12.2022). Mit dem strikten Überwachungssystem der Covid-Tracking-App wäre das Land vermutlich zum Erliegen gekommen.

Entwicklung und Einführung digitaler Identitäten nicht nur für die Bürger eines Landes, sondern auch abseits der von nationalen Einwohnermeldeämtern vergebenen Identitäten kommerzielle digitale IDs¹⁰⁴ für die gesamte Menschheit forcieren („to s]hape the market [...] for good digital identity“, ID2020 2018, S. 1). Seit dem Aufkommen der Corona-Pandemie setzten sich diese Institutionen massiv dafür ein, dass das an sich begrüßenswerte Recht auf eine Persönlichkeitsrechte wahren helfende Identität auch dem Zweck der Gesundheits- und Impfstatuskontrolle untergeordnet wird. Genau an diesem Punkt wird klar, dass Initiativen wie „Identity for Development“ (ID4D; bereits erweitert um digitale Zahlungsmöglichkeiten im Rahmen der „[d]igitizing government-to-person (G2P) payments programs“; World Bank 2021) unter Führung der Weltbank (vgl. World Bank 2017) oder ID2020 (vgl. 2018) auf Initiative global tätiger Konzerne und ihrer Stiftungen (s. Abb. 68), eben nicht nur Persönlichkeitsrechte stärken.



Quelle: ID2020 2021

Abb. 68: Initiatoren und Partner der globalen digitalen Identitätsinitiative „ID2020“

Vielmehr ermöglichen sie es, den Menschen diese Rechte mittels einer „längst in Europa angekommen[en...] Politik der Verbannung“ (Guérot 2022, S. 97) rigoros abzusprechen, sollte der Träger der ID im Einklang mit seinen unveräußerlichen Grundrechten – hier z.B. auf körperliche Unversehrtheit – sich gegen allfällig vorgeschriebene Impfungen aussprechen, die sich im Falle der experimentellen, gentechnischen mRNA-Covid-Impfstoffe später nicht nur als wirkungslos, sondern als hochgefährlich erweisen sollten.¹⁰⁵ Ärmere Menschen in Entwicklungsländern sind üblicherweise beliebte Versuchsgruppe für neu entwickelte Pharmazeutika und Technologie-Instrumente. So hatte ID2020 im Rahmen von Kinderimpfungen bis Februar 2020 bereits 100 Millionen „good digital IDs“ in Bangladesch verliehen (vgl. Wagner 2020). Der G20-Gipfel in Bali im November 2022 bewies nun die Wirksamkeit

¹⁰⁴ ID2020 beruft sich in seiner Mission auf die Agenda 2030 der Vereinten Nationen (vgl. <https://id2020.org/digital-identity>): „In September 2015, all United Nations member states adopted the 2030 Sustainable Development Goals, including their commitment to ‚provide legal identity for all, including birth registration‘ by 2030“.

¹⁰⁵ Ein Bericht der Kassenärztlichen Bundesvereinigung vom 16.06.2022 gibt an, dass allein in Deutschland im Jahr „2021 insgesamt 2.487.526 Patienten mit Impfnebenwirkungen ärztlich vorstellig wurden“ (Bundesärztekammer 2022). Damit läge die Schadensquote mindestens zehn Mal so hoch wie die vom Paul-Ehrlich-Institut im Auftrag der Bundesregierung erfassten Nebenwirkungen der Covid-Impfungen (vgl. ebd.).

der einflussreichen ID2020-Lobbyisten für den „Good Health Pass“ – wie beispielsweise der britische Ex-Premierminister Tony Blair (zit. in ID2020 2021, S. 4) mit seiner zuvor dezidiert an die G20 gerichteten Forderung: „Allowing international travel to resume safely [... w]e urgently require an internationally-recognised system of health passes enabling travellers to quickly and easily prove their health status“.

Auch die Europäische Kommission entwickelt neben dem seit 2021 eingeführten „EU Digital COVID Certificate“ (vgl. Europäische Kommission 2022d) eine einheitliche digitale Identität für alle EU-Bürger (EUid; vgl. Europäische Kommission 2021c), die „Schluss mache mit den zahllosen virtuellen Identitäten im Netz“ (SWR2, 28.02.2022). Sie vermarktet diese – wie es alle anderen Initiativen auch tun – mit dem Argument, dass man selbst bestimme, wer seine zentral in einer Cloud gespeicherten Daten einsehen dürfe. Doch durch die am 1. Juli 2021 eingeführten digitalen Impfausweise auf Basis der GreenPass App als „global vaccine passport“, konzipiert als Zugangs- und Teilnahmevoraussetzung für Reisen innerhalb der EU und das öffentliche Leben schlechthin, beweisen digitale ID-Projekte ihre Gefährlichkeit als unausweichliche Marker für – ihren Trägern auf der Grundlage körperlicher Merkmale zu- oder abgesprochene – Grundrechte. Die digitalen Identitätsprojekte bauen generell auf die fälschungssichere Blockchain-Technologie. Diese bedeutet aber auch, dass Daten selbst auf Verlangen des Inhabers der Identität nie wieder gelöscht werden können – ein klarer Verstoß gegen die EU-Datenschutz-Grundverordnung DSGVO (vgl. SWR, 28.08.2022).

Mit den digitalen Identitäten und ihrer Verknüpfung von individuellen körperlichen Merkmalen wie dem Impfstatus und der konditionalisierten Vergabe von Grundrechten wurde das Tor zur „[e]rzwungene[n] Freiwilligkeit“ (Schwarzbach 2021) weit aufgestoßen und es wird kaum je wieder zu schließen sein. In China war der Grundrechtsentzug durch digitale Tracking-Apps schon engmaschiger und unausweichlicher durchgesetzt als in der Europäischen Union. Doch die Trendrichtung war bisher die gleiche. Auch in Europa werden „angesichts einer erfolgreichen Nutzung des Sozialkreditsystems in China“ (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2020, S. 123) digitalisierte gesellschaftliche Steuerungsinstrumente mit erzieherischem Zweck für die Zukunft in Erwägung gezogen.

In ersten Sozialkredit-Testregionen wie im Falle der „Smart Citizen Wallet“ in Bologna (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.04.2022) oder beim „Öko-Token“ in Bayern oder dem „Kultur-Token“ in Wien (Der Standard, 11.07.2022) wird das chinesische Modell lediglich an die Öko-Ziele und (vorläufigen) Akzeptanzgrenzen der zu gewinnenden europäischen Nutzer angepasst. Doch diese Grenzen liberaler Demokratien werden auch in Europa zunehmend verletzt, wenn es um vermeintliche „Klimarettung“ geht. So promoten UNO (vgl. United Nations Climate Change 2021) und WEF (vgl. World Economic Forum 2022) mittlerweile einmütig das freiheitsberaubende Konzept der „15 Minute City“. Oxford will nun in die radikale Umsetzung gehen und die Stadt mittels intelligenter Straßenabsperungen in sechs Versorgungszonen unterteilen, die die Bewohner auf Antrag (sic) nur an maximal zwei Tagen pro Woche (sic) mit ihrem privaten PKW verlassen dürfen (vgl. Oxford Mail, 24.10.2022).

Allein China als Treiber eines globalen digitalen Überwachungs- und Steuerungssystems zu brandmarken, greift somit zu kurz. Die Freiheit als Grundlage eines würdigen Lebens aller Menschen ist global von im Gleichschritt ablaufenden Entwicklungen bedroht und muss im euphorischen „Zeitalter der Digitalisierung“ an allen Fronten, in allen Lebensbereichen und in allen Staaten verteidigt werden. Digitalisierung hat dem freien Menschen zu dienen und nicht der Mensch sich einem von Regierungen und Konzernen definierten „Diktat der Digitalisierung“ zu unterwerfen.

5. China und Europa: Kooperationsstrategie des eurasischen Friedens

Die vorliegende Studie mit der eingehenden Analyse relevanter Strukturen und Prozesse in Bezug auf China und seine Rolle in Eurasien und der Welt bildet die Grundlage für eine Debatte um Deutschlands und Europas zukünftige Positionierung gegenüber der aufstrebenden eurasischen Supermacht. Geopolitische Positionierungen und daraus abgeleitete Strategien betreffen in ihren Konsequenzen tiefgreifend Wirtschaft und Gesellschaft, weswegen ein Ansatz der „Geopolitik von unten“ zum Tragen kommen sollte. Daher ist eine breite Debatte jenseits geschlossener außen- und sicherheitspolitischer Strategiezirkel von fundamentaler Bedeutung (vgl. Rothfuß 2011, S. 37) für eine konsistente geostrategische Positionierung Europas in Eurasien und in einer faktisch bereits multipolaren Welt. Es gilt, folgenschwere Fehlentscheidungen für Europa aufgrund politischen Drucks von außen (US-Interessen) oder aufgrund von Fehleinschätzungen im Innern zu vermeiden.

„Verantwortungsethik manifestiert sich in der Methode des ‚Friedens durch Ausgleich‘, dessen Instrument die Diplomatie ist“ (Jacobs 2003, S. 49). Diese Grundlage für eine tragfähige, langfristige angelegte Kooperationsstrategie mit China beruft sich auf das Verständnis des oberfränkisch-jüdischstämmigen Begründers der Schule des Klassischen Realismus im politikwissenschaftlichen Feld der Internationalen Beziehungen, Hans Joachim Morgenthau¹⁰⁶, der aufgrund der Machtübernahme der Nationalsozialisten in die USA emigrieren musste. Morgenthau fordert im Sinne der Verantwortungsethik nach Max Weber eine „verantwortungsbewusste[], d.h. moralisch fundierte Diplomatie“ als den „einzig wirkungsvollen Weg zur Wahrung von Frieden und Stabilität in der internationalen Politik“ (ebd.). Übertragen auf die für Deutschland und Europa zu entwickelnde geopolitische Strategie für den Umgang mit China im eurasischen Integrationskontext einer multipolaren Welt bedeutet dies, dass nicht die Ansprüche und Interessen dominanter bisheriger Bündnispartner prioritärer Leitstern für die Wahl der zukünftigen Marschroute sein sollten, sondern die Verantwortung, für unsere Völker den Frieden auf der Grundlage von Freiheit und Wohlstand wirksam zu sichern.

Mit dem Modell des „*Friedens durch Ausgleich*“ (a.a.O.) haben wir bereits Leitziel und Hauptmethode zur Erreichung desselben umrissen. Unerlässlich ist es jedoch, zuvor das Fundament eines erstrebenswerten „Friedens“ aufzuzeigen. Zumindest aus europäischer Sicht – hier vertreten aus der Warte einer christlich-konservativen, mit den in allen Kulturräumen der Welt dominierenden konservativen Gesellschaftsmodellen weitgehend kompatiblen Geisteshaltung, verankert im Modell des demokratischen Nationalstaats gleichberechtigter souveräner Nationen – sollen die folgenden Voraussetzungen als unantastbare Grundlagen eines tragfähigen Friedens auch in engerer Kooperation mit China für Europa gewahrt bleiben:

- 1.) Achtung vor und Entfaltungsfreiraum für ein Europa seit Jahrhunderten prägendes, aber zu entschlackendes christliches Wertesystem für die Konstitution von Gesellschaft und Staat;
- 2.) Respektierung der unveräußerlichen Grundfreiheiten des Individuums hinsichtlich geistiger Orientierung und körperlicher Unversehrtheit;
- 3.) Verhinderung der Etablierung omnipotenter und omnipräsenter digitaler Überwachungs- und Steuerungssysteme in Wirtschaft und Gesellschaft.

An diesen drei Grundlinien, die für uns unveräußerliche Voraussetzung für einen lebenswerten „*Frieden in Freiheit*“ darstellen, wird bereits klar, dass die zu schützende freiheitliche „Verteidigungslinie“ nicht allein zwischen Europa und China verläuft, sondern mitten durch ein in chaotischer und orientierungsloser Transformation, Selbstfindung und auch Selbstbeschäftigung befindliches Europa. Europa dürfte – trotz des jahrzehntelangen Integrationsprozesses im Rahmen der Europäischen

¹⁰⁶ Nicht zu verwechseln mit dem Urheber des Morgenthau-Plans des ebenfalls deutsch-stämmigen US-Finanzministers Henry Morgenthau zur Umwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat nach dem Zweiten Weltkrieg.

Union – aktuell die in sich zerrissenste und über Grundwerte und Entwicklungsziele uneinigste Weltregion überhaupt sein. Dies lässt sich bereits an der gesellschaftlichen Umstrittenheit der oben genannten Grundlinien festmachen: Das christliche Menschenbild wird durch eine oftmals unethische westliche Außenpolitik seit Jahrzehnten, sogar Jahrhunderten, konterkariert und nun durch eine neomarxistisch-liberale Zersetzung des Familienbildes im Innern angegriffen. Das jahrzehntelang unumstrittene Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit wurde im überhitzten politisch-medialen Diskurs um eine fragwürdige „Corona-Pandemie“ in Form unerträglicher Hetze, Spaltung und Gesellschaftsausschluss von Ungeimpften hinweg erodiert. Ein totalitärer Überwachungsapparat ist bzw. war (Abschaffung der chinesischen Covid-Tracking-App am 12.12.2022) zwar technologisch und politisch in China bereits Realität, doch europäische, transnationale und globale Akteure wie die WHO mit ihrem von der EU unterstützten „Pandemievertrag“ (Europäischer Rat 2022b) arbeiten ebenfalls an diversen freiheitsgefährdenden Überwachungs- und Steuerungsinstrumenten für die europäische Gesellschaft: KI-gestützte Netzzensur und Social Media-Manipulation, digitaler Covid-Impfpass, 15-Minutes City, e-ID, Ablösung des Bargelds durch Zentralbank-Digitalwährungen etc. Stets erfolgt ihre Propagierung unter dem Deckmantel versprochener Wohltaten wie „Gesundheitsschutz“, „Datenschutz“, „Klimaretter“, „Sicherheit“ und mit den Zentralbank-Digitalwährungen zukünftig auch „Korruptions- und Verbrechensbekämpfung“ sowie „Finanzkrisenbewältigung“.

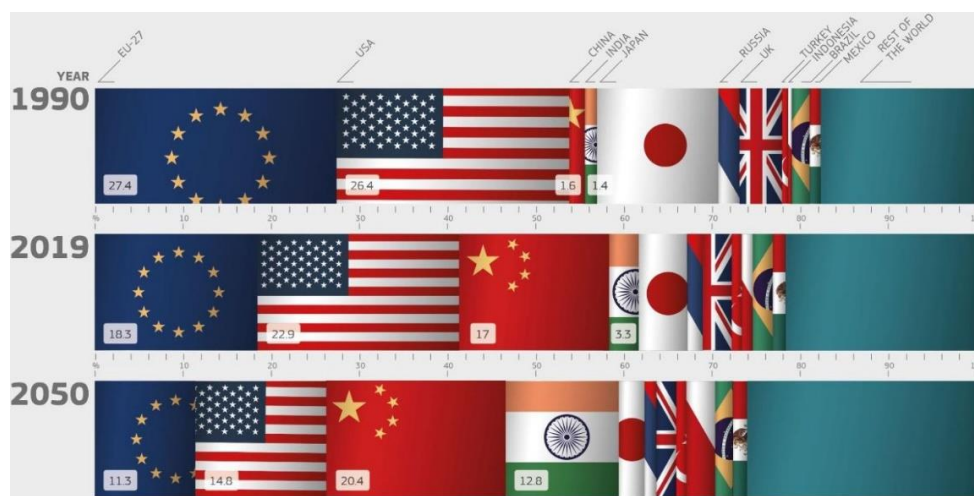
Sind die unverhandelbaren Grundlinien der Freiheit in christlich-konservativ-europäischem Sinne einmal klar definiert, so können wir uns dem zweiten Teil des Modells „Frieden durch Ausgleich“ widmen. Einen zwischenstaatlichen Ausgleich zur Friedenssicherung bei widerstreitenden Interessen mittels Diplomatie statt militärischem Niederzwingen zu erzielen, war über lange Zeiten nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa die einzig anerkannte und moralisch vertretbare Methode der Konfliktbewältigung. Mittlerweile herrscht aber auch hierin keine innereuropäische Einigkeit mehr, da der Methode des „militärischen Niederzwingens“ seitens des politisch-medialen Komplexes seit der Eskalation des Ukraine-Kriegs die öffentliche Diskurshoheit verschafft wurde. Abgesichert wurde diese einseitige Diskursmanipulation durch das dem europäischen Freiheitsgedanken und dem deutschen Grundgesetz diametral zuwiderlaufende Verbannen jeglicher russischer Auslandssender aus dem EU-Raum. Waffenlieferungen an die ukrainische Front gegen Russland wurden zum einzig ethisch vertretbaren Weg im Umgang mit den seit zwei Jahrzehnten durch die einseitige Ausdehnung der westlichen Sphäre militärischer Dominanz gen Osten ausgelösten Spannungen propagiert. Dem Ansatz „Frieden durch Ausgleich“ sollte nach jüngsten Aussagen Merkmals zur versteckten Hinhaltetaktik der Minsker Abkommen (Merkur, 10.12.2022) niemals eine wirkliche Chance eingeräumt werden. Die bereits fortgeschrittene eurasische Integration wurde 2022 gestoppt und zurückgedreht. Die „Kurskorrektur“ für den eurasischen Integrationsgewinner Westeuropa – zurück in den Schoß einer asymmetrischen transatlantischen „Partnerschaft“ – ist in vollem Gange. Wirtschaft und Bürger haben alleine die Lasten zu tragen, was sicherlich nicht in ihrem Interesse ist.

Umso notwendiger ist es, vor der Formulierung einer zukunftsfähigen und für beide Seiten glaubwürdigen Kooperationsstrategie mit China im eurasischen Kontext eine umfassende Definition deutscher und europäischer *Interessen* unter Berücksichtigung unserer historischen Verantwortung, der aktuellen Herausforderungen und der sich abzeichnenden zukünftigen Gefahren für Europa auszuformulieren – als Orientierungsgrundlage für das Anstreben eines akzeptablen „Ausgleichs“:

- 1.) Sicherung des Friedens und der Stabilität innerhalb Europas und in der direkten östlichen, südöstlichen und südlichen Nachbarschaft;
- 2.) Gewährleistung einer krisensicheren, umweltfreundlichen und kostengünstigen Energieversorgung für Haushalte und Industrie: Differenzierung nach geographischen Voraussetzungen;
- 3.) Trotz Offenheit für intensiviertere, regelbasierte Investitionsbeziehungen: Wahrung und Ausbau des Arbeitsplatzangebots zur Sicherung der ökonomischen Teilhabe der Bevölkerung;

- 4.) Wahrung der eigenen Kapazitäten in industrieller Forschung und Entwicklung und Schutz vor unfairer Transfer bzw. Diebstahl geistigen Eigentums;
- 5.) Sicherung des Zugangs zu eurasischen und weltweiten Märkten auf sicheren, kostengünstigen und umweltfreundlichen Transportkorridoren;
- 6.) Gleichberechtigte Rolle eines Europas souveräner, demokratischer Nationalstaaten in einer zukünftig ausgeglicheneren, hegemoniebefreiten multipolaren Weltordnung;
- 7.) Schutz und Wiederbelebung der Wurzeln und Potenziale christlich-europäischer kultureller Vielfalt und Besonderheiten in Partnerschaft mit dem (süd-)östlich gelegenen christlich orthodoxen Kulturraum Eurasiens (vgl. Sikojev 2021, S. 71ff);
- 8.) Schutz Europas vor und Umkehrung von massenhaften irregulären Migrationsprozessen aus kulturell besonders distanten Herkunftsgebieten unter Beachtung des Prinzips der „Hilfe nach dem ‚Proximitätsprinzip‘“ (Rothfuß 2019, S. 108);
- 9.) Intensivierung der Kooperationsbeziehungen zu migrantischen Herkunftsländern im Zuge europäisch-chinesischer Investitionen entlang von BRI-Entwicklungsachsen zur Ansiedlung produktiver Investitionen für Remigrationsförderung (vgl. Rothfuß 2020, S. 189ff);
- 10.) Vereinbarung erweiterter bzw. neuer Sicherheitspartnerschaften für die gesamte nördliche Hemisphäre (vgl. Rothfuß 2018, S. 85f.) unter der Prämisse von Transparenz und Interessenausgleich innerhalb Eurasiens und mit weiteren Weltregionen.

Den aktuellen Trend zur erneut bipolaren Teilung der Welt im Sinne eines „neuen Kalten Krieges“ in ein von den USA, unter Mithilfe des „Junior-Partners“ EU, angeführtes „westlich“ orientiertes System und ein weiteres, von China und Russland dominiertes, lehnen wir aufgrund der zahlreichen neu aufreißenden, lediglich geopolitischem Taktieren und der Steigerung von Rüstungsverkäufen dienenden Konfliktlinien entschieden ab. Die im Wirtschaftsbereich verstärkt diskutierte „Geopolitik der Lieferketten“ mit dem als „Friend-Shoring“ (Maihold 2022) bezeichneten Kappen von Zuliefererverbindungen aus Russland und China und der Verlagerung in westlich orientierte Volkswirtschaften befördert die von den USA propagierte neue Zweiteilung der Welt. Die resultierende Spaltung verläuft erneut durch Europa und bedroht Wohlstand und Sicherheit: „[E]in befriedetes Europa [ist] nur mit Russland zu haben“ (Backerra 2022, S. 50, ehemaliger Chefdozent an der Führungsakademie der Bundeswehr). Frieden ist für Europa essenziell, da seine Völker „für Kriege und selbst für begrenzte militärische Konflikte mittlerweile zu alt und insgesamt auch zu wohlhabend geworden“ sind (Miegel 2007, S. 222): „Sie können gar keine Kriege mehr führen – physisch nicht und erst recht nicht psychisch“.



Quelle: Europäische Kommission 2021d, S. 8

Abb. 69: Schrumpfender Anteil der Weltwirtschaftsleistung der EU in einer zunehmend multipolaren Welt (OECD-Daten)

Deutschland ist innerhalb Europas prädestiniert für eine Rolle als „Vermittler und Brücke zwischen Ost und West“ (Rothfuß 2018, S. 85). Europa ist gerufen, sich in der Welt aufgrund seiner vielfältigen

historischen kolonialen Verbindungen für einen fairen Ausgleich zwischen den Kulturräumen einzusetzen (Europäische Kommission 2021d, S. 27): „Als ein vielfach verbundener globaler Pol in einer multipolaren Welt wird [die EU] ständig ihre engen internationalen Partnerschaften nutzen, um Frieden, Stabilität und Wohlstand zu fördern“. Das europäische außenpolitische Handeln sollte aus dem unzeitgemäßen transatlantischen Diktat gelöst werden, das dem auch von der EU mitgetragenen Leitbild einer multipolaren Weltordnung widerspricht. Es sollte transformiert werden in von beidseitigem Respekt und Nichteinmischung geprägten Beziehungen auf Augenhöhe zwischen unterschiedlichen Völkern mit ihren eigenständigen Entwicklungswegen und Wertegerüsten.

Um die „Weichen für die Politik von morgen“ so zustellen, damit sich Europa in einer durch Verschiebungen der Weltwirtschaftsanteile langfristig zunehmend multipolaren Welt (s. Abb. 69) weiterhin behaupten kann, hat die Europäische Kommission (2021d, S. 25) eine Leitlinie zur Wahrung und Vergrößerung der internationalen strategischen „Handlungsfähigkeit und Handlungsfreiheit“ erstellt: „Die aufkommende Weltordnung ist zunehmend multipolar und umkämpft. Wir können zwar nicht sicher sein, was die Zukunft für uns bereithält, aber es ist an uns, auf ein möglichst günstiges Szenario hinarbeiten, um die Handlungsfähigkeit und Handlungsfreiheit der EU gestützt auf ein klares Verständnis von Megatrends, Unsicherheiten und Chancen zu bewahren.“ Um entsprechend dieser Zielsetzung die Handlungsautonomie Europas langfristig zu wahren und sogar wieder zu vergrößern, bedarf es unterschiedlicher, mit den China-Beziehungen in Zusammenhang stehender Schritte, die teilweise in zeitlicher Abfolge, teilweise miteinander verzahnt eingeleitet werden sollten:

- 1.) *Transatlantische Abhängigkeiten*: Sofortige Emanzipierung und Loslösung aus den asymmetrischen US-EU-Beziehungen, die im Zuge des „Inflation Reduction Act“, kombiniert mit über- und unterbewerteten LNG-Frackinggas-Lieferungen nach der „Nord Stream“-Pipeline-Sabotage, die wirtschaftliche Zukunft und – im Zuge des per Waffenlieferungen angeheizten Ukraine-Kriegs – die Sicherheitsinteressen Europas essenziell bedrohen;
- 2.) *Eurasische Friedenskonferenz*: Der Schlüssel für die Rückgewinnung von Soft Power mit globaler Strahlkraft liegt in der umgehenden Initiierung eines glaubwürdigen Friedensprozesses zur Heilung des akuten Ost-West-Konflikts, der Eurasien zerreißt und Europa schwächt. Da die deutsche Bundesregierung nicht fähig und willens scheint, hätte die Europäische Union die Chance, diese „Pole Position“ einzunehmen, um rasch positive Wachstumsaussichten für die europäische Wirtschaft mittels gesicherter Energie- und Rohstoffversorgung zu erzielen;
- 3.) *Gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur*: Vor dem Hintergrund faktisch unteilbarer, gemeinsamer Sicherheitsinteressen Aufbau einer – schrittweise auch die gegnerischen Konfliktparteien einbeziehenden – europäischen Sicherheitsarchitektur im Rahmen einer erneuerten Europäischen Verteidigungsunion: Diese sollte resilient sein gegen eine etwaige Instrumentalisierung durch die NATO für US-amerikanische Interessen und zugleich sicherstellen, dass die Souveränität der Mitgliedsstaaten in ihren Außenbeziehungen gewahrt bleibt;
- 4.) *Ratifizierung des EU-China-CAI*: Dem Beispiel der Organisation islamischer Staaten (OIC) folgend, sollte die EU umgehend mit China den Dialog aufnehmen und eine Mission zur Inspektion der Situation der Uiguren in Xinjiang entsenden. Sobald Einigkeit erzielt werden kann, sollte der EU-seitig begonnene Sanktions-Zwist beendet und der Ratifizierungsprozess des „EU-China Comprehensive Agreement on Investment“ abgeschlossen werden, um der wirtschaftlichen Kooperation und den europäischen Investitionen in China eine gleichberechtigte Grundlage zu geben und die Beziehungen auf Augenhöhe zu normalisieren;
- 5.) *Seidenstraßen-Partnerschaft*: Die infrastrukturelle Integration Eurasiens hat grundsätzlich das Potenzial den Frieden und den Wohlstand im gesamten Doppelkontinent zu fördern. Dieses Ziel kann jedoch nur dann störungsfrei erreicht werden, wenn sich die europäischen Akteure von Mackinders Fluch eines geopolitischen Leitbilds der eurasischen Spaltung lösen, dem die

US-Geostrategie für unseren Doppelkontinent nach wie vor erlegen ist. Daher sollte die Global Gateway-Initiative der EU wieder aus der G7-Abhängigkeit gelöst und in direkter Abstimmung mit Chinas Belt and Road-Initiative und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) in Form einer permanenten Seidenstraßenkonferenz auf politischer und fachlicher Ebene vorangetrieben werden. Die Belange der weniger einflussreichen Staaten in eurasischer Brückenlage, sei es in Osteuropa (Drei-Meeres-Initiative – 3SI) oder Zentralasien (Organisation der Turkstaaten – OTS), sind so zu berücksichtigen, dass diese durch ihre Lage entlang unterschiedlicher Transport- und Entwicklungsachsen wirtschaftlich zu Profiteuren werden;

- 6.) *Taiwan-Konflikt entschärfen*: Alle vorgenannten Schritte könnten unkontrollierbar sabotiert werden, wenn es nicht gelingt, den Taiwan-Konflikt dauerhaft zu befrieden. Die EU sollte hier als Mediator umgehend die USA ablösen, die durch eine gezielte Provokation einen Taiwan-Krieg mit verheerenden Folgen für Frieden und Wohlstand in der Welt auslösen könnten, um ihre bisherige globale Führungsposition durch das Schwächen aller Wettbewerber abzusichern. China sollte unterstützt werden in der Ausarbeitung einer Taiwan-Verfassung im Sinne des chinesischen Ansatzes „Ein Land – zwei Systeme“. Dieses robuster auszugestalten als für die Sonderverwaltungszone Hongkong und Macau durch Konstituierung einer mit besonderen Rechten ausgestatteten „Autonomen Republik Taiwan“ im Kontext der Volksrepublik China, wäre der einzige Weg, taiwanische Bedenken gegen eine Wi(e)dervereinigung auszuräumen und die offene Flanke für geostrategisch motivierte Angriffe von außen zu schließen, die eine unkalkulierbare Gefahr für den Weltfrieden darstellen;
- 7.) *Europa – China: „Eine Partnerschaft, zwei (transformierte) Systeme“*: Nicht in erster Linie China mit seiner außenpolitischen Tradition der Nichteinmischung, sondern die Europäische Union angesichts ihrer Neigung zum „Welt-Werte-Lehrmeister“ steht vor der Lernaufgabe, auch Partnerschaften mit Gesellschaften mit anders gelagerten autochthonen Wertesystemen aushalten zu können. Wenn China es schafft, die Freiheitsrechte des Individuums zu stärken und Europa es schafft, sich von der geostrategischen Logik der interessengetriebenen Spaltung zu lösen, können beide Pole an den westlichen und östlichen Randpunkten Eurasiens eine stabile Partnerschaft eingehen, die als Anker für Frieden und Wohlstand nicht nur Eurasiens, sondern der gesamten Welt dienen wird.

Die Beziehungen zwischen Europa und den USA sowie zu Lateinamerika werden auch in Zukunft Bedeutung haben für die Stärkung und Zukunftssicherung des anteilmäßig wirtschaftlich und demographisch weltweit immer schwächeren christlich-europäisch geprägten Kulturraums. Um jedoch die Toxizität aus den asymmetrischen US-EU-Beziehungen – symbolisch repräsentiert durch die Nord Stream-Sabotage – nehmen zu können, sollte das geschwächte Europa sich aus der transatlantischen Umklammerung lösen, „über Bande spielen“ und mittels Überwindung des fremdbestimmten Grabens des neuen Ost-West-Konflikts seine eigene Position in der entstehenden multipolaren Weltordnung einnehmen. Die sich seit Anfang 2022 manifestierende „Eurasische Triade“ Russland – China – Indien sollte mit Deutschland und Europa zur „Eurasischen Quadriga“ erweitert werden.

Sollte die EU zu einem solchen Schritt nicht bereit oder fähig sein und „Spielball US-amerikanischer Weltmachtinteressen“ (Uhle-Wettler 2022, S. 72) bleiben (wollen), so wäre ein umgehender BRICS-Beitritt eines patriotisch regierten Deutschlands zur Steigerung der strategischen Autonomie zumindest des wirtschaftlichen Motors und damit Überlebens-Garanten Europas anzustreben. Das weltweit Frieden und Harmonie stiftende „Bye Bye Empire“ (Escobar 2022b) wäre nicht das – schon nach der Auflösung der bipolaren Weltordnung erwartete – „End of History“ (Fukuyama 1989), sondern Voraussetzung für ein „Welcome Partner!“ seitens der Europäer an die Amerikaner in einer für sie angemessenen und auch dauerhaft durchzuhaltenden Rolle als *Mitspieler* in einer gerechteren und friedlicheren multipolaren Weltordnung.

Zum Autor der Studie

Dr. Rainer Rothfuß wurde 1971 in Freudenstadt geboren. Er ist verheiratet und Vater zweier Töchter. An den Universitäten von Tübingen, Stuttgart und Mérida (Venezuela) studierte er mit Förderung der Studienstiftung des deutschen Volkes Geographie der Entwicklungsländer (Diplom), Politikwissenschaft sowie Raumordnung und Entwicklungsplanung. Rothfuß promovierte an der Geowissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen über kommunale Entwicklungszusammenarbeit in transnationalen Städtenetzwerken zwischen Europa und Lateinamerika.

Berufliche Stationen führten ihn vom Außenwirtschaftsbereich eines global tätigen mittelständischen südwestdeutschen Industrieunternehmens über die Verwaltung europäischer Förderprogramme in kommunaler Entwicklungszusammenarbeit (URB-AL II für Städte, Unternehmen, NGOs und Forschungseinrichtungen in Europa und Lateinamerika) und innereuropäischer regionaler Zusammenarbeit (INTERREG III B für Partnerinstitutionen aus sieben Staaten des Alpenraums) bis hin zur selbständigen Tätigkeit seit 2004 als Berater für transnationales Projektmanagement und Geopolitik-Analyse.

Zwischen 2009 und 2015 hatte Rothfuß eine Professur für Politische Geographie und Entwicklungsforschung an der Universität Tübingen inne. Arbeitsschwerpunkte im Rahmen zahlreicher Forschungsprojekte und von ihm betreuter Promotionsvorhaben von Doktoranden aus Afrika, Lateinamerika, den USA und verschiedenen Ländern Europas bildeten die Themenfelder nachhaltige Entwicklung, innovative Verkehrskonzepte, partizipative Raumplanung, Geopolitik und interreligiöse Konflikte im Kontext von Flucht, Vertreibung, Migration und Entwicklung. Während seiner aktiven Professorentätigkeit gewannen die von ihm betreuten Absolventen insgesamt ein Drittel aller von der Universität Tübingen fächerübergreifend vergebenen Nachhaltigkeitspreise für Bachelor-, Master-, und Diplomabschlüsse.

Forschungsreisen führten Rainer Rothfuß in Konfliktregionen und Flüchtlingslager in Nigeria, Südsudan, Marokko, den Balkanstaaten, Türkei, Irak, Timor-Leste, Thailand, Brasilien, Kolumbien und Venezuela. Als Geopolitikanalyst ist Rothfuß regelmäßiger Gast in internationalen TV-Sendungen zu Konflikten weltweit. Als selbständiger Berater hat er unter anderem innovative Hilfsprojekte für verfolgte christliche Minderheiten und Flüchtlinge entwickelt und geleitet, die einen Ansatz der Hilfe vor Ort bzw. in herkunftsnahen Nachbarregionen verfolgen. Aufgrund seines ehrenamtlichen Engagements für die Völkerverständigung zwischen Deutschland, Europa und Russland wurde Rothfuß 2018 zum 1000-jährigen Jubiläum des europäischen Friedensvertrags von Bautzen zeitgleich mit dem Theologen Eugen Drewermann mit dem Bautzener Friedenspreis ausgezeichnet.

Abkürzungsverzeichnis

17+1	17+1 Dialog- und Kooperationsforum Chinas mit 17 osteuropäischen Staaten
3SI	Three Seas Initiative (Drei-Meere-Initiative 12 mittel- und osteuropäischer Staaten)
AIIB	Asian Infrastructure Investment Bank
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation (Asien-Pazifik-Forum)
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
ASEM	Asia-Europe Meeting (interregionales Gesprächsforum mit 51 Mitgliedstaaten)
AUKUS	Militärbündnis zwischen Australien (A), Großbritannien (UK) und USA (US)
B3W	Build Back Better World (gegen BRI gerichtete frühere Initiative der G7, heute PGII)
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BRI	Belt and Road Initiative (Neue Seidenstraße)
BRICS	BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika
CAI	EU-China Comprehensive Agreement on Investment (im Mai 2021 vom EP gestoppt)
CBDC	Central Bank Digital Currency (digitale Zentralbankwährung)
CCC	China Christian Council (Chinesischer Christenrat: protestantische Dachorganisation)
CEI	Central European Initiative (Dialogforum 18 mittel- und (süd-)europäischer Staaten)
CIA	Central Intelligence Agency (Auslandsgeheimdienst der USA)
CIPS	Cross-Border Interbank Payment System (China; mögl. SWIFT-Alternative in BRICS)
CNAPS	China National Advanced Payment System (China)
CPA	Catholic Patriotic Association (Chinesische Katholisch-Patriotische Vereinigung)
CPEC	China–Pakistan Economic Corridor (BRI-Route)
CPTPP	Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership
CRA	BRICS Contingent Reserve Arrangement (Schutz gegen Liquiditätsengpässe; statt IWF)
DPP	Democratic Progressive Party (Taiwan)
DSGVO	Datenschutz-Grundverordnung der EU
EAWU	Eurasische Wirtschaftsunion
e-CNY	„elektronischer chinesischer Yuan“ (digitale Zentralbankwährung Chinas)
EP	Europäisches Parlament
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
ETIM	East Turkistan Islamic Movement
EU	Europäische Union
EUid	Europäische digitale Identität
EUV	Vertrag über die Europäische Union; Vertrag von Maastricht; EU-Vertrag
FDI	Foreign Direct Investment (ausländische Direktinvestitionen)
FOCAC	Chinesisch-Afrikanisches Kooperationsforum
G7	Gruppe der Sieben (bedeutendste Industriestaaten der westlichen Welt)
G77	Gruppe der 77 (Lobbygruppe von 134 Entwicklungsländern innerhalb der UNO)
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Vorgänger-Abkommen zur WTO)
GPS	Global Positioning System (US-amerikanisches System der Satelliten-Navigation)
HDI	Human Development Index
INSTC	International North-South Transport Corridor (neue BRI-Achse: Iran – Aserbaidschan)
IPEF	Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity (US-Gegenentwurf zu RCEP)
IWF	Internationaler Währungsfonds
IS	Islamischer Staat (auch ISIS)
KI	Künstliche Intelligenz
KPC	Kommunistische Partei Chinas
LAC	Line of Actual Control, umstrittene de facto-Grenze zwischen China und Indien
LNG	Liquefied Natural Gas (Flüssigerdgas)
MOU	Memorandum of Understanding (zwischenstaatliche Absichtserklärung)

NAFTA	North American Free Trade Agreement
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NDB	New Development Bank oder BRICS Development Bank
NGO	Non-Governmental Organisation
OBOR	One Belt, One Road-Initiative (ältere Bezeichnung für BRI)
OIC	Organisation for Islamic Cooperation
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OTS	Organisation der Turkstaaten
OVKS	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (Russland und fünf GUS-Staaten)
PGII	Partnership for Global Infrastructure and Investment (Folgeinitiative der G7 für B3W)
PPP	Purchasing Power Parity (Kaufkraftparität)
Quad	Quadrilateral Security Dialogue (Sicherheitspartnerschaft im Indo-Pazifik USA-AU-JP-IN)
R2P	Responsibility to Protect (Konzept der „internationalen Schutzverantwortung“)
RATS	Regional Anti-Terrorist Structure der SCO mit Sitz in Bischkek, Kirgisistan
RCEP	Regional Comprehensive Economic Partnership (Asien-Pazifik-Freihandelsabkommen)
SARA	State Administration for Religious Affairs (heute Religionsaufsicht übertragen an UFWD)
SCO	Shanghai Cooperation Organization (Shanghai Organisation für Zusammenarbeit)
SFMS	Structured Financial Messaging System (Indien; mögl. SWIFT-Alternative in BRICS)
SPFS	System for Transfer of Financial Messages (Russland; mögl. SWIFT-Alternative in BRICS)
SWIFT	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
TEU	Twenty-foot Equivalent Unit (Zwanzig-Fuß-Standardcontainer als Maßeinheit)
TIP	Turkistan Islamic Party
TPP	Trans-Pacific Partnership (durch US-Rückzug gescheitertes Freihandelsabkommen)
TSPM	Three-Self Patriotic Movement (Patriotische Drei-Selbst-Bewegung unter der UFWD)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Sowjetunion)
UFWD	United Front Work Department (KPC-Abteilung u.a. für Religionsaufsicht)
UN / UNO	Vereinte Nationen
UNFPA	United Nations Population Fund (Nebenorgan der UN-Generalversammlung)
VETC	Vocational Education and Training Centers
VR	Volksrepublik (China)
WEF	World Economic Forum
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
WTO	World Trade Organization
WVI	Weltverfolgungsindex für Christen (Open Doors)

Literaturverzeichnis

- Abb, Pascal; Swaine, Robert & Ilya Jones (2021): Road to Peace or Bone of Contention? The Impact of the Belt and Road Initiative on Conflict States. PRIF Report 1/2021, Frankfurt am Main: Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
[\[www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/Report0121.pdf\]](http://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_publicationen/Report0121.pdf); 10.10.2022]
- Afrobarometer (2021): Africans welcome China's influence but maintain democratic aspirations. In: Afrobarometer Dispatch, 489, 15.11.2021 [\[www.afrobarometer.org/publication/ad489-africans-welcome-chinas-influence-maintain-democratic-aspirations\]](http://www.afrobarometer.org/publication/ad489-africans-welcome-chinas-influence-maintain-democratic-aspirations); 14.12.2022]
- Akolkar, Bhushan (2022): CBDC's have an expiry date where you have to spend your money – Focus on Bitcoin and Stellar Lumens. In: Crypto News Flash, 12.12.2022 [\[www.crypto-news-flash.com/cbdcs-have-an-expiry-date-where-you-have-to-spend-your-money-focus-on-bitcoin-and-stellar-lumens\]](http://www.crypto-news-flash.com/cbdcs-have-an-expiry-date-where-you-have-to-spend-your-money-focus-on-bitcoin-and-stellar-lumens); 13.12.2022]
- Albert, Mathias; Reuber, Paul & Günter Wolkersdorfer (2003): Kritische Geopolitik. In: Schieder, Siegfried & Manuela Spindler (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen: Leske u. Buderich – UTB, S. 505-529
- Ambos, Kai (2022): Völkerrecht: Zur Doppelmoral des Westens. In: Korinth, Stefan; Schreyer, Paul & Ulrich Teusch (Hrsg.): Multipolar [\[https://multipolar-magazin.de/artikel/doppelmoral-des-westens\]](https://multipolar-magazin.de/artikel/doppelmoral-des-westens); 19.10.2022]
- Amnesty International (2021a): China 2021. Berlin & London: AI [\[www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/china-2021\]](http://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/china-2021); 05.10.2022]
- Amnesty International (2021b): „Like we are prisoners of war“. China's mass internment, torture and persecution of Muslims in Xinjiang. London: AI [\[www.amnesty.de/sites/default/files/2021-06/Amnesty-Bericht-China-Uiguren-Xinjiang-Internierungslager-Juni-2021.pdf\]](http://www.amnesty.de/sites/default/files/2021-06/Amnesty-Bericht-China-Uiguren-Xinjiang-Internierungslager-Juni-2021.pdf); 05.10.2022]
- Amnesty International Deutschland (2021): Deutschland: Neues BND-Gesetz ermöglicht anlasslose Massenüberwachung. Berlin: AI [\[www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/deutschland-bnd-gesetz-massenueberwachung\]](http://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/deutschland-bnd-gesetz-massenueberwachung); 12.12.2022]
- ASEAN (2022a): Plan of Action to Implement the ASEAN-China Strategic Partnership for Peace and Prosperity (2021 – 2025). Jakarta: Association of Southeast Asian Nations [\[https://asean.org/plan-of-action-to-implement-the-asean-china-strategic-partnership-for-peace-and-prosperity-2021-2025\]](https://asean.org/plan-of-action-to-implement-the-asean-china-strategic-partnership-for-peace-and-prosperity-2021-2025); 25.11.2022]
- ASEAN (2022b): ASEAN-U.S. Leaders' Statement on the Establishment of the ASEAN-U.S. Comprehensive Strategic Partnership. Jakarta: Association of Southeast Asian Nations [\[https://asean.org/asean-u-s-leaders-statement-on-the-establishment-of-the-asean-u-s-comprehensive-strategic-partnership-2\]](https://asean.org/asean-u-s-leaders-statement-on-the-establishment-of-the-asean-u-s-comprehensive-strategic-partnership-2); 25.11.2022]
- Asia Democracy Network (2022): Rise Under the Lense: China's Democracy and Human Rights at Risk. Seoul: ADN [\[https://adnasia.org/wp-content/uploads/2022/06/ADN-China-Under-the-Lens-FINAL.pdf\]](https://adnasia.org/wp-content/uploads/2022/06/ADN-China-Under-the-Lens-FINAL.pdf); 10.10.2022]
- Asseburg, Muriel (2018): Konflikt- und Krisenlandschaft in Europas Nachbarschaft. Naher und Mittlerer Osten. In: Mair, Stefan; Messner, Dirk & Lutz Meyer (Hrsg.): Deutschland und die Welt 2030. Was sich verändert und wie wir handeln müssen. Berlin: Ullstein, S. 58-67
- Auswärtiges Amt (2021): UN-Friedensmissionen und deutsches Engagement. Berlin: Auswärtiges Amt [\[www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/internationale-organisationen/uno/04-friedensmissionen-un/205586\]](http://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/internationale-organisationen/uno/04-friedensmissionen-un/205586); 23.11.2022]
- Backerra, Manfred (2022): Europa – selbstbestimmt? In: Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft (Hrsg.): Deutschland-Journal 2022, Der Russland-Ukraine-Konflikt: Ursachen, Hintergründe und Verlauf. Hamburg: SWG, S. 43-54
- Baisch, Anna & Leah Lynch (2020): Wie China mit Auslandshilfe Einfluss nimmt: Was ist chinesische Entwicklungszusammenarbeit und wie ist sie organisiert? Die neue Agentur CIDCA soll für mehr Transparenz sorgen. In: Welternährung 10/2020 [\[www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/entwicklungspolitik-agenda-2030/wie-china-mit-auslandshilfe-einfluss-nimmt\]](http://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/entwicklungspolitik-agenda-2030/wie-china-mit-auslandshilfe-einfluss-nimmt); 10.10.2022]
- Banas, Monika (2017): New Silk Road and Its Cultural Implications for Europe in the 21st Century. [\[www.researchgate.net/publication/320624542_New_Silk_Road_and_Its_Cultural_Implications_for_Europe_in_the_21st_Century\]](http://www.researchgate.net/publication/320624542_New_Silk_Road_and_Its_Cultural_Implications_for_Europe_in_the_21st_Century); 10.10.2022]

- Bardenhagen, Klaus (2019): Die Kuomintang und die Nazis. [<https://intaiwan.net/2019/04/23/die-kmt-und-die-nazis>; 12.11.2022]
- Barnett, Thomas P.M. (2005): The Pentagon's New Map. War and Peace in the Twenty-First Century, New York: Berkley Books
- Baron, Stefan & Guangyan Yin-Baron (2020): Die Chinesen. Psychogramm einer Weltmacht. Berlin: Econ Ullstein
- Barr, William P. (2020): Transcript of Attorney General Barr's Remarks on China Policy at the Gerald R. Ford Presidential Museum, Grand Rapids, MI, 17.07.2020. Washington, DC: U.S. Department of Justice [www.justice.gov/opa/speech/transcript-attorney-general-barr-s-remarks-china-policy-gerald-r-ford-presidential-museum; 27.11.2022]
- Batke, Jessica (2019): Where Did the One Million Figure for Detentions in Xinjiang's Camps Come From? In: Center on U.S.-China Relations at Asia Society (Hrsg.): ChinaFile. New York: Asia Society [www.chinafile.com/reporting-opinion/features/where-did-one-million-figure-detentions-xinjiangs-camps-come; 10.11.2022]
- Bauer-Hailer, Ursula & Sebastian Debes (2020): Die EU, USA und China – drei Kraftzentren der Weltwirtschaft im Vergleich In: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 5/2020. Stuttgart: [www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Monatshefte/PDF/Beitrag20_05_01.pdf; 04.12.2022]
- Bays, Daniel H. (2003): Chinese Protestant Christianity Today. In: The China Quarterly, 174, S. 182-198 [<https://library.fes.de/libalt/journals/swetsfulltext/17041748.pdf>; 30.10.2022]
- Beer, Sonja (2022): Chinas Immobiliensektor: Wie groß ist die Krise? Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): IW-Report 19. Köln: IW [www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2022/IW-Report_2022-China-Immobilienmarkt.pdf; 04.10.2022]
- Behrens, Uwe (2021): Feindbild China. Was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen. Berlin: Eulenspiegel Edition Ost
- Bekel, Ulla (2013): China. In: Zehetmair, Hans (Hrsg.): Die weltweite Situation der christlichen Minderheiten. Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit. Reihe: Argumente und Materialien der Entwicklungszusammenarbeit, 8, S. 15-22. München: HSS [https://china.hss.de/fileadmin/user_upload/Projects_HSS/China/171012_Migration/HSS_China_Zur_Situation_der_Christen.pdf; 04.10.2022]
- Bendiek, Annegret; Godehardt, Nadine & David Schulze (2019): Das Zeitalter der digitalen Geopolitik: Europa droht zum Schauplatz eines technologischen Stellvertreterkrieges zwischen den USA und China zu werden. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): IPG-Journal, 05.07.2019 [www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/das-zeitalter-der-digitalen-geopolitik-3579; 20.12.2022]
- Berkofsky, Axel (2004): Das EU-Waffenembargo gegen China – ein Ende (vorerst) nicht absehbar. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Auslandsinformationen, 30.08.2004. Berlin: KAS, S. 97-123 [www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=0a6fa757-e0e7-1f80-d13d-aef002757902&groupId=252038; 02.12.2022]
- Bernot, Ausma (2020): Building of the World's Largest DNA Database: The China Case. In: Shrivastava, Pankaj; Ranjan Dash, Hirak; Lorente, Jose A. & Jahangir Imam (Hrsg.): Forensic DNA Typing: Principles, Applications and Advancements. Singapur: Springer Nature [www.researchgate.net/publication/346968181_Building_of_the_World's_Largest_DNA_Database_The_China_Case; 11.12.2022]
- Bertelsmann Stiftung (2016): China 2030. Szenarien und Strategien für Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann [www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_DA_China_2030_Szenarien_und_Strategien_fuer_Deutschland.pdf; 04.10.2022]
- Bhalla, Madhu (2020): India Should Revive the Mausam Initiative – But Not as it Stands Now. India has to offer its oceanic neighbours a deeper and more significant partnership in the revival of an Indian Ocean culture. New Delhi: The Wire [<https://thewire.in/diplomacy/mausam-initiative-indian-ocean-world>; 26.11.2022]
- Biedermann, Jochen & Juan Gutierrez (2022): CBDC Article Series – The Chinese digital yuan. In: Digital Euro Association Blog, 28.09.2022 [<https://blog.digital-euro-association.de/the-chinese-digital-yuan>; 13.12.2022]
- Birjukow, Sergej (2019): Die SOZ – innere Dynamik und Perspektiven. In: WeltTrends – außenpolitisches Journal, 27 (147), S. 38-43

- Bogner, Kathrin & Uta Landrock (2015): Antworttendenzen in standardisierten Umfragen. In: Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (Hrsg.): GESIS Survey Guidelines. Mannheim: GESIS
[\[www.gesis.org/fileadmin/upload/SDMwiki/Antworttendenzen Bogner Landrock 08102015 1.1.pdf\]](http://www.gesis.org/fileadmin/upload/SDMwiki/Antworttendenzen_Bogner_Landrock_08102015_1.1.pdf); 31.10.2022]
- Bordjuscha, Nikolai (2010): Die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit – ein kurzer Überblick. In: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Hrsg.): Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), 2010. Baden-Baden: Nomos, S. 379-391 [\[https://ifsh.de/file-CORE/documents/jahrbuch/10/Bordyuzha-dt.pdf\]](https://ifsh.de/file-CORE/documents/jahrbuch/10/Bordyuzha-dt.pdf); 20.12.2022]
- Botschaft der Russischen Föderation (2022): Ansprache von Präsident Putin auf dem Valdai-Forum, 27. Oktober 2022 [\[https://russische-botschaft.ru/de/2022/10/28/valdai-international-discussion-club-meeting\]](https://russische-botschaft.ru/de/2022/10/28/valdai-international-discussion-club-meeting); 07.12.2022]
- Braunsdorf, Felix (2019): Wie ein Neustart der Debatte um Fluchtursachen gelingen kann. In: ifo Schnelldienst 72 (23), S. 6-8 [\[www.ifo.de/DocDL/sd-2019-23-klingholz-et-al-migrationsursachen-bekaempfen-2019-12-05.pdf\]](http://www.ifo.de/DocDL/sd-2019-23-klingholz-et-al-migrationsursachen-bekaempfen-2019-12-05.pdf); 07.10.2022]
- Breuer, Julia (2017): Two Belts, One Road? The role of Africa in China's Belt & Road initiative. In: Blickwechsel, 07/2017 [\[www.asienhaus.de/uploads/tx_news/Blickwechsel OBOR-Afrika Maerz2018 03.pdf\]](http://www.asienhaus.de/uploads/tx_news/Blickwechsel_OBOR-Afrika_Maerz2018_03.pdf); 14.12.2022]
- Brown, Alexander; Gunter, Jacob & Max J. Zenglein (2021): Course correction: China's shifting approach to economic globalization. In: Marcator Institute for China Studies (Hrsg.): MERICS China Monitor, 19.10.2021. Berlin: MERICS [\[https://merics.org/sites/default/files/2021-10/MERICS-ChinaMonitor Globalization 2021-10-13.pdf\]](https://merics.org/sites/default/files/2021-10/MERICS-ChinaMonitor_Globalization_2021-10-13.pdf); 17.11.2022]
- Brzezinski, Zbigniew (1997): Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Deutsche Übersetzung 2015. Rottenburg: Kopp
- Buchholz, Meiken (2021a): Global categories and local realities: Some thoughts on the WWL Country Dossier on China and its use of WCD-categories. In: International Journal of Religious Freedom, 14 (1/2), S. 53-67 [\[https://ijrf.org/index.php/home/article/view/114/142\]](https://ijrf.org/index.php/home/article/view/114/142); 30.10.2022]
- Buchholz, Meiken (2021b): Neu entstandene urbane Kirchen in China und ihr Verhältnis zum Parteistaat. Eine Besprechung aktueller Monographien zum Thema. In: Schirmacher, Thomas; Warnecke, Martin & Uwe Heimowski (Hrsg.): Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2021. Bonn: IIRF, S. 62-78 [\[https://iirf.global/wp-content/uploads/Jahrbuch/cv_2021_web.pdf\]](https://iirf.global/wp-content/uploads/Jahrbuch/cv_2021_web.pdf); 03.10.2022]
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2021): Chinas neue Wege der Spionage. In: SPOC Magazin, 1, S. 30-34 [\[www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/wirtschafts-wissenschaftsschutz/2021-11-spoc-wirtschaft-und-wissenschaft-schuetzen.pdf\]](http://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/wirtschafts-wissenschaftsschutz/2021-11-spoc-wirtschaft-und-wissenschaft-schuetzen.pdf); 18.11.2022]
- Bundesärztekammer (2022): Gemeinsame Stellungnahme der Bundesärztekammer und der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft zum Antrag der Fraktion der AfD „Impfnebenwirkungen aufklären und ernst nehmen“, In: Bundestags-Drucksache 20/2567 vom 05.07.2022, Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Gesundheit am 12.10.2022. Berlin: Deutscher Bundestag
[\[www.bundestag.de/resource/blob/914950/49bab64137d2f547ad94bd49ea741f67/20_14_0056-6-Bundesaerztekammer-und-Arzneimittelkommission-der-deutschen-Aerzteschaft Stellungnahme-zur-Anhoerung-Einrichtungsbezogene-Impfpflicht-data.pdf\]](http://www.bundestag.de/resource/blob/914950/49bab64137d2f547ad94bd49ea741f67/20_14_0056-6-Bundesaerztekammer-und-Arzneimittelkommission-der-deutschen-Aerzteschaft_Stellungnahme-zur-Anhoerung-Einrichtungsbezogene-Impfpflicht-data.pdf); 13.12.2022]
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2020): Zukunft von Wertvorstellungen der Menschen in unserem Land. Berlin: BMBF, Strategische Vorausschau, Partizipation, Soziale Innovationen
[\[www.vorausschau.de/SharedDocs/Downloads/vorausschau/de/BMBF_Foresight_Wertestudie_Langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=2\]](http://www.vorausschau.de/SharedDocs/Downloads/vorausschau/de/BMBF_Foresight_Wertestudie_Langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=2); 07.10.2022]
- Bundesverband der Deutschen Industrie (2019): Partner and Systemic Competitor – How Do We Deal with China's State-Controlled Economy? Berlin: BDI [\[https://english.bdi.eu/publication/news/china-partner-and-systemic-competitor\]](https://english.bdi.eu/publication/news/china-partner-and-systemic-competitor); 08.12.2022]
- Bundeszentrale für politische Bildung (2021): China: Zahlen und Karten. Bonn: bpb
[\[www.bpb.de/themen/asien/china/334195/zahlen-und-karten\]](http://www.bpb.de/themen/asien/china/334195/zahlen-und-karten); 20.10.2022]
- Bundeszentrale für politische Bildung (2022): Deutschland: Entwicklung des Außenhandels. Bonn: bpb
[\[www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/globalisierung/52842/deutschland-entwicklung-des-aussenhandels\]](http://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/globalisierung/52842/deutschland-entwicklung-des-aussenhandels); 16.11.2022]

- Bünthe, Claudia (2020): Die chinesische KI-Revolution. Konsumverhalten, Marketing und Handel: Wie China mit Künstlicher Intelligenz die Wirtschaftswelt verändert. Wiesbaden: Springer Gabler
[<https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-29795-4>; 10.10.2022]
- CEIC Data (2022): China Monatliches Einkommen: 2000 – 2021
[www.ceicdata.com/de/indicator/china/monthly-earnings; 15.11.2022]
- Changbao, Jia; Leutner, Mechthild & Xiao Mingxing (2021): Die China-Berichtserstattung in den deutschen Medien im Kontext der Corona-Krise. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung
[www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Studien_12-21_China-Berichterstattung_web.pdf; 03.10.2022]
- Chakraborty, Debashis (2022): Will India trade the East for the West? In: Economics, Politics and Public Policy in East Asia and the Pacific. Acton, Australian Capital Territory: East Asia Forum
[www.eastasiaforum.org/2022/04/06/will-india-trade-the-east-for-the-west; 24.11.2022]
- Chaziza, Mordechai (2021): The „Build Back Better World“: An Alternative to China’s BRI for the Middle East? Washington, DC: Middle East Institute [www.mei.edu/publications/build-back-better-world-alternative-chinas-bri-middle-east; 27.11.2022]
- Chinese Human Rights Defenders (2018): Criminal Arrests in Xinjiang Account for 21% of China’s Total in 2017. China’s Counter-Terror Campaign Indiscriminately Targets Ethnic & Religious Minorities in Xinjiang
[www.nchr.org/2018/07/criminal-arrests-in-xinjiang-account-for-21-of-chinas-total-in-2017; 22.11.2022]
- Chirot, Daniel (1996): Modern Tyrants: The Power and Prevalence of Evil in Our Age. Princeton University Press
[<https://kurzelinks.de/rg6r>; 13.11.2022]
- Chossudovsky, Michel (2022): The Worldwide Corona Crisis: Global Coup d’État against Humanity. Montreal: Global Research [www.globalresearch.ca/new-pdf-ebook-the-worldwide-corona-crisis-global-coup-detat-against-humanity-by-michel-chossudovsky/5791054; 17.11.2022]
- Clarke, Colin P. & Paul Rexton Kan (2017): Uighur Foreign Fighters: An Underexamined Jihadist Challenge. In: International Centre for Counter-Terrorism (Hrsg.): ICCT Policy Brief. Den Haag: ICCT
[<https://icct.nl/app/uploads/2017/11/ClarkeKan-Uighur-Foreign-Fighters-An-Underexamined-Jihadist-Challenge-Nov-2017-1.pdf>; 02.11.2022]
- Comolli, Virginia & Natasha Rose (2021): China’s New Silk Road. Navigating the organized crime risk. Genf: Global Initiative Against Transnational Organized Crime [<https://globalinitiative.net/wp-content/uploads/2021/03/Chinas-New-Silk-Road-Navigating-the-Organized-Crime-Risk-GITOC.pdf>; 10.10.2022]
- Congressional Research Service (2022): Instances of Use of United States Armed Forces Abroad, 1798-2022. Washington, DC: CRS [<https://crsreports.congress.gov/product/pdf/R/R42738>; 18.10.2022]
- Cordesman, Anthony H. (2014): Russia and the „Color Revolution“: A Russian Military View of a World Destabilized by the US and the West. In: Center for Strategic and International Studies (Hrsg.): Report, 28.05.2014. Washington, DC: CSIS [https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/legacy_files/files/publication/140529_Russia_Color_Revolution_Full.pdf; 28.10.2022]
- Dalio, Ray (2020): The Changing World Order. Chapter 8: The Archetypical Cycle of Internal Order and Disorder
[www.linkedin.com/pulse/archetypical-cycle-internal-order-disorder-ray-dalio; 10.10.2022]
- Delius, Ulrich (2020): Religionsfreiheit in China massiv unter Druck. In: Schirrmacher, Thomas; Warnecke, Martin & Uwe Heimowski (Hrsg.): Jahrbuch Religionsfreiheit 2020. Bonn: IIRF, S. 156-164
[<https://iirf.global/publications/reports/jahrbuch-religionsfreiheit-2020/>; 03.10.2022]
- Delius, Ulrich (2021): Religionsfreiheit: Die menschenrechtliche Lage religiöser Minderheiten in China. Schriftliche Stellungnahme von Ulrich Delius zum Fragenkatalog der Anhörung „Religionsfreiheit: Die menschenrechtliche Lage religiöser Minderheiten in China“ am 8. Mai 2019 im Ausschuss des Deutschen Bundestages für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Ausschussdrucksache 19(17)51. In: Schirrmacher, Thomas; Warnecke, Martin & Uwe Heimowski (Hrsg.): Jahrbuch Religionsfreiheit 2021. Bonn: IIRF, S. 400-422 [<https://iirf.global/wp-content/uploads/Jahrbuch/rf-2021-web.pdf>; 03.10.2022]
- Demers, John C. (2018): China’s non-traditional espionage against the United States: The threat and potential policy responses. Washington DC: US Department of Justice
[www.judiciary.senate.gov/imo/media/doc/12-12-18%20Demers%20Testimony.pdf; 03.10.2022]
- Desjardins, Jeff (2017): 2,000 Years of Economic History in One Chart. In: Visual Capitalist, 08.09.2017
[www.visualcapitalist.com/2000-years-economic-history-one-chart; 05.12.2022]

- Deutsche Bischofskonferenz (2008): Solidarität mit verfolgten und bedrängten Christen in unserer Zeit. Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz
[www.dbk.de/fileadmin/redaktion/veroeffentlichungen/arbeitshilfen/AH_226.pdf; 04.10.2008]
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (2021): UNFPA-Weltbevölkerungsbericht 2021: Mein Körper gehört mir. Das Recht auf Autonomie und Selbstbestimmung einfordern. Hannover & New York: DSW & UNFPA
[www.dsw.org/wp-content/uploads/2021/04/UNFPA-Weltbevoelkerungsbericht_2021_web.pdf; 14.11.2022]
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (2022): UNFPA-Weltbevölkerungsbericht 2022: Verborgenes sehen. Die Krise der unbeabsichtigten Schwangerschaften. Hannover & New York: DSW & UNFPA
[www.dsw.org/wp-content/uploads/2022/03/UNFPA-Weltbevoelkerungsbericht_2022.pdf; 14.11.2022]
- Deutscher Bundeswehrverband (2022): Estland: Rückzug aus 17+1 auch wegen Chinas Haltung in Ukraine-Krieg. Berlin: DBWV
[www.dbwv.de/ticker-zurueck-zur-startseite/estland-rueckzug-aus-17-1-auch-wegen-chinas-haltung-in-ukraine-krieg-1; 09.12.2022]
- Diefenbach, Thilo (2017): Der Weiße Terror in Taiwan – Schlüsselbegriffe und Erfahrungsberichte. In: Asien, 145, S. 78-99
[<https://hasp.ub.uni-heidelberg.de/journals/asien/article/view/14850/14480>; 05.12.2022]
- Dieter, Heribert (2022): Die Irrtümer der Sanktionsbefürworter. In: Internationale Politik, 2022 (6), S. 70-43
[<https://internationalepolitik.de/de/was-bringen-die-sanktionen-gegen-russland>; 09.11.2022]
- Digital Monetary Institute (2022): Future of Payments 2022: Turning the Cross-Border Payments Roadmap into Reality. London: Official Monetary and Financial Institutions Forum
[www.omfif.org/wp-content/uploads/2022/12/Future-of-Payments-2022-1.pdf; 13.12.2022]
- Dirks, Emile & James Leibold (2020): Genomic surveillance: Inside China's DNA dragnet. In: Australian Strategic Policy Institute (Hrsg.): Policy Brief Report, 34. Barton: ASPI
[https://ad-aspi.s3.ap-southeast-2.amazonaws.com/2020-06/Genomic%20surveillance_1.pdf?VersionId=QhPFyrNVaSjvblmFT24HRXSuHyRfhpm1; 11.12.2022]
- Dwyer, Arianne M. (2005): The Xinjiang Conflict: Uyghur Identity, Language Policy, and Political Discourse. In: East-West Center Washington (Hrsg.): Policy Studies, 15. Washington, DC
[www.files.ethz.ch/isn/26109/PS015.pdf; 02.11.2022]
- Easton, Ian (2022): The final struggle. Inside China's global strategy. Manchester: Eastbridge Books.
- Effenberger, Wolfgang (2016): Geo-Imperialismus. Die Zerstörung der Welt. Rottenburg: Kopp.
- Effenberger, Wolfgang & Willy Wimmer (2015): Wiederkehr der Hasardeure. Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure 1914 und heute. Höhr-Grenzhausen: Zeitgeist
- Einecke, Katja (2021): Deutschland im Spannungsfeld: 2. China. In: Infoport 11/2021. Berlin: Ostdeutscher Bankenverband
[<https://ostbv.de/portfolio/mittelstand-wirtschaftsentwicklung-deutschland-im-spannungsfeld-2-china>; 10.10.2022]
- Eldem, Tuba (2022): Russia's War on Ukraine and the Rise of the Middle Corridor as a Third Vector of Eurasian Connectivity: Connecting Europe and Asia via Central Asia, the Caucasus, and Turkey. In: SWP Comment No. 64. Berlin: SWP
[www.swp-berlin.org/publications/products/comments/2022C64_MiddleCorridor.pdf; 17.12.2022]
- Eleanor, Albert (2015): Christianity in China. In: Council on Foreign Relations: CFR Backgrounder
[www.files.ethz.ch/isn/190636/Christianity%20in%20China%20-%20...pdf; 07.10.2022]
- Elsner, Wolfram (2022): China und der Westen: Aufstiege und Abstiege. Vom alten Reich der Mitte zum gegenwärtigen Konflikt. Köln: PapyRossa
- Escobar, Pepe (2022a): Everybody wants to hop on the BRICS Express. Eurasia is about to get a whole lot larger as countries line up to join the Chinese and Russian-led BRICS and SCO, to the detriment of the west. In The Cradle, 27.10.2022
[<https://thecradle.co/Article/Columns/17447>; 07.12.2022]
- Escobar, Pepe (2022b): Berlin Goes to Beijing: The Real Deal. In: Strategic Culture Foundation, 04.11.2022
[<https://strategic-culture.org/news/2022/11/04/berlin-goes-to-beijing-the-real-deal>; 08.12.2022]
- Europäische Akademie Berlin (2020): Beziehungsstatus: Schwierig – die EU und China. 2. Unterrichtsmodul der Europäischen Akademie Berlin. Berlin: EAB
[www.eab-berlin.eu/system/files/2021-06/FINAL_modul2_schulungsunterlagen_210601.pdf; 10.10.2022]
- Europäische Kommission (2003): A maturing partnership - shared interests and challenges in EU-China relations. Commission Policy Paper for Transmission to the Council and the European Parliament.

- COM(2003) 533 final, 10.09.2003. Brüssel: EU [<https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2003:0533:FIN:EN:PDF>; 04.12.2022]
- Europäische Kommission (2013): EU-China 2020 Strategic Agenda for Cooperation. Brüssel & Beijing: European Union External Action, Delegation of the European Union to the People's Republic of China [www.eeas.europa.eu/sites/default/files/20131123.pdf; 04.12.2022]
- Europäische Kommission (2016): Elemente für eine neue China-Strategie der EU. Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat. JOIN(2016) 30 final, 22.06.2016. Brüssel: Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik [<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016JC0030&from=EN>; 04.12.2022]
- Europäische Kommission (2019a): The EU's new Central Asia strategy. In: European Parliamentary Research Service (Hrsg.): Briefing, PE 633.162, 01/2019. Russell, Martin. Brüssel: [[www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/633162/EPRS_BRI\(2019\)633162_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2019/633162/EPRS_BRI(2019)633162_EN.pdf); 28.11.2022]
- Europäische Kommission (2019b): EU-China – A strategic outlook. European Commission and HR/VP contribution to the European Council. JOIN(2019) 5 final. Brüssel: Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik [<https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/communication-eu-china-a-strategic-outlook.pdf>; 03.12.2022]
- Europäische Kommission (2021a): EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum. Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat. JOIN(2021) 24 final, 16.09.2021. Brüssel: EU [<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021JC0024&from=EN>; 05.10.2022]
- Europäische Kommission (2021b): Global Gateway: up to €300 billion for the European Union's strategy to boost sustainable links around the world. Brüssel: EU [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_6433; 27.11.2022]
- Europäische Kommission (2021c): Kommission schlägt vertrauenswürdige und sichere digitale Identität für alle Europäerinnen und Europäer vor [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_2663; 12.12.2022]
- Europäische Kommission (2021d): Strategische Vorausschau 2021: Die Handlungsfähigkeit und Handlungsfreiheit der EU. Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat. COM(2021) 750 final, 08.09.2021. Brüssel: EU [<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC0750&from=FI>; 19.12.2022]
- Europäische Kommission (2022a): REPowerEU: Joint European action for more affordable, secure and sustainable energy [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_1511; 04.12.2022]
- Europäische Kommission (2022b): EU China Relations. In: Factsheet, 01.04.2022. Brüssel: EU [www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/EU-China_Factsheet_01Apr2022.pdf; 03.12.2022]
- Europäische Kommission (2022c): Rede von Präsidentin von der Leyen am Europakolleg in Brügge, 4. Dezember 2022. Brüssel: EU [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_22_7487; 06.12.2022]
- Europäische Kommission (2022d): EU Digital COVID Certificate [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/coronavirus-response/safe-covid-19-vaccines-europeans/eu-digital-covid-certificate_en#map; 12.12.2022]
- Europäischer Rat (2020): Internationales Gipfeltreffen: Videokonferenz der Führungsspitzen der EU und Chinas, 30. Dezember 2020. Brüssel: EU [www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2020/12/30/; 05.12.2022]
- Europäischer Rat (2022a): Ukraine: Rat beschließt einstimmig vorübergehenden Schutz für Kriegsflüchtlinge. Pressemitteilung, 04.03.2022. Brüssel: EU [www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2022/03/04/ukraine-council-introduces-temporary-protection-for-persons-fleeing-the-war; 28.10.2022]
- Europäischer Rat (2022b): Internationaler Vertrag zur Pandemieprävention und -vorsorge. Brüssel: EU [www.consilium.europa.eu/de/policies/coronavirus/pandemic-treaty; 19.12.2022]
- Europäisches Parlament (2021): Eine neue China-Strategie der EU: Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. September 2021 zu einer neuen China-Strategie der EU (2021/2037(INI)), P9_TA(2021)0382. Brüssel: EP [www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0382_DE.pdf; 04.12.2022]

- European Union Chamber of Commerce in China (2020): The Road less travelled: European Involvement in China's Belt and Road Initiative [www.europeanchamber.com.cn/en/publications-archive/762/The_Road_Less_Travelled_European_Involvement_in_China_s_Belt_and_Road_Initiative; 03.10.2022]
- Eurostat (2019): Statistik über regionale Bevölkerungsprognosen. Brüssel: EU [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Archive:Statistics_on_regional_population_projections/de&oldid=458916; 04.12.2022]
- Eurostat (2022): Flash estimate November 2022: Euro area annual inflation down to 10.0%. In: Euroindicators, 132. Brüssel: EU [<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/15265536/2-30112022-AP-EN.pdf/bbfcf655-d7fb-c928-3f54-29b9c808209c>; 02.12.2022]
- Evers, Georg (2011): Zur Situation der christlichen Kirchen in der Volksrepublik China. Ist die chinesische Religionspolitik gleichbedeutend mit Christenverfolgung? In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Die Politische Meinung, 497 [www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_22395_1.pdf/52aef210-93d5-a34e-65f5-60b0b3bc086b; 04.10.2022]
- Feltman, Jeffrey (2020): Chinas's Expanding Influence at the United Nations – and How the United States Should React. Washington, DC: Brookings Institution [www.brookings.edu/wp-content/uploads/2020/09/FP_20200914_china_united_nations_feltman.pdf;
- Fenggang, Yang (2006): The Red, Black, and Gray Markets of Religion in China. In: Sociological Quarterly, 47, S. 93-122 [www.globaleast.org/wp-content/uploads/2006/05/Yang3Markets.pdf; 31.10.2022]
- Feuchtwang, Stephan (Hrsg.) (2020): Handbook on Religion in China. Handbooks of Research on Contemporary China series. Cheltenham & Northampton, MA: Edward Elgar Publishing [www.elgaronline.com/view/edcoll/9781786437952/9781786437952.xml; 29.10.2022]
- Fischer, Sabine & Angela Stanzel (2021): Afghanistan: Der Westen scheitert – China und Russland gewinnen? In: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.): SWP-Studie 59. Berlin: SWP [www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2021A59_MoskauPeking_Afghanistan.pdf; 08.12.2022]
- Flaig, Egon (2009): Weltgeschichte der Sklaverei. München: C. H. Beck
- Frankopan, Peter (2022): Die Neuen Seidenstraßen. Gegenwart und Zukunft unserer Welt. Hamburg: Rowohlt
- Freedom House (2017): The Battle for China's Spirit. Religious Revival, Repression, and Resistance under Xi Jinping. Washington, DC: Freedom House [https://freedomhouse.org/sites/default/files/2020-02/FH_ChinasSprit2017_Abridged_FINAL.pdf; 07.10.2022]
- Freedom House (2022): Beijing's Global Media Influence: Authoritarian Expansion and the Power of Democratic Resilience. Washington, DC: Freedom House [https://freedomhouse.org/sites/default/files/2022-09/BGMI_final_digital_090722.pdf; 25.10.2022]
- Fukuyama, Francis (1989): The End of History? In: The National Interest, 16, S. 3-18 [www.jstor.org/stable/24027184; 19.12.2022]
- Gallup (2022): China [<https://news.gallup.com/poll/1627/china.aspx>; 10.10.2022]
- Ganser, Daniele (2017): Illegale Kriege: Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien. Zürich: Orell Füssli
- Garding, Sarah E. & Derek E. Mix (2021): The Three Seas Initiative. In: Congressional Research Service (Hrsg.): In Focus, 26.04.2021. Washington, DC: CRS [<https://sgp.fas.org/crs/row/IF11547.pdf>; 09.12.2022]
- Germany Trade and Invest (2022a): Europas Konnektivitätsstrategie heißt Global Gateway. Berlin & Bonn: GTAI – Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH [www.gtai.de/de/trade/eu/specials/europas-konnektivitaetsstrategie-heisst-global-gateway-599692; 21.11.2022]
- Germany Trade and Invest (2022b): www.gtai.de/de/trade/afrika-uebergreifend/wirtschaftsumfeld/chinas-schuldenerlass-fuer-afrika-in-der-kritik-899932; 21.12.2022]
- Giglio, Davide (2004): Separatism and the War on Terror in China's Xinjiang Uighur Autonomous Region. Thesis, Peace Operations Training Institute. Williamsburg, VA: POTI [<https://cdn.peaceopstraining.org/theses/giglio.pdf>; 02.11.2022]

- Glawe, Linda & Helmut Wagner (2016): The Middle-Income Trap: Definitions, Theories and Countries Concerned – A Literature Survey. Comparative Economic Studies, 58 (4), S. 507-538
[<https://link.springer.com/article/10.1057/s41294-016-0014-0>; 17.11.2022]
- Global Firepower (2022): 2022 Military Strength Ranking. Virgin, UT: GlobalFirepower.com
[www.globalfirepower.com/countries-listing.php; 07.12.2022]
- Global Terrorism Database (2017): GTD World Map: 45 years of Terrorism displays terrorist violence that occurred worldwide between 1970 and 2015. Concentration and Intensity. College Park, MD: University of Maryland
[www.start.umd.edu/gtd/images/START_GlobalTerrorismDatabase_TerroristAttacksConcentrationIntensityMap_45Years.png; 05.11.2022]
- Global Terrorism Database (2022): 2020 GTD Heat Map: Terrorist Attacks 2020. Concentration and Intensity. College Park, MD: University of Maryland [www.start.umd.edu/gtd/images/START_GTD-Heatmap_2020.jpg; 05.11.2022]
- Godehardt, Nadine (2020): Wie China Weltpolitik formt. Die Logik von Pekings Außenpolitik unter Xi Jinping.
- Godement, François; Rudolf, Moritz; Julianne, Marc; Schwoob; Marie-Hélène & Kata Isenring-Szabó (2018): The United Nations of China: A Vision of the World Order. In: European Council on Foreign Relations (Hrsg.): China Analysis, 252. Berlin: ECFR [https://ecfr.eu/wp-content/uploads/the_united_nations_of_china_a_vision_of_the_world_order.pdf; 22.11.2022]
- Gohmert, Louie (2018): In The News: Chinese company reportedly hacked Clinton's server, got copy of every email in real-time [<https://gohmert.house.gov/news/documentsingle.aspx?DocumentID=398652>; 19.10.2022]
- Government of India (2021): Atmanirbhar Bharat Abhiyan: Vocal for Local. New Delhi: National Cadet Corps [<https://indiancc.mygov.in/wp-content/uploads/2021/08/mygov-9999999991472470021.pdf>; 24.11.2022]
- Government of India Ministry of Information and Broadcasting (2021): PM GatiShakti National Master Plan. New Delhi: MIB
[<https://static.pib.gov.in/WriteReadData/specificdocs/documents/2021/oct/doc2021102511.pdf>; 24.11.2022]
- Grabowski, Wolfgang (2019): Eine Gegenkraft zum neoliberalen Westen. In: WeltTrends – außenpolitisches Journal, 27 (147), S. 28-31.
- Greenhill, Kelly M. (2016): Massenmigration als Waffe. Vertreibung, Erpressung und Außenpolitik. Dt. Übers. der Originalausgabe 2010 „Weapons of Mass Migration: Forced Displacement, Coercion, and Foreign Policy“, Cornell University Press. Rottenburg: Kopp
- Grosch, Martin (2022): Geopolitische Machtspiele: Wie China, Russland und die USA sich in Stellung bringen und Europa immer stärker ins Abseits gerät. Reinbek: Lau
- Grzanna, Marcel (2020): Eine Gesellschaft in Unfreiheit. Ein Insiderbericht aus China, dem größten Überwachungsstaat der Welt. München: Goldmann
- Guérot, Ulrike (2022): Wer schweigt, stimmt zu. Über den Zustand unserer Zeit und darüber, wie wir leben wollen. Frankfurt am Main: Westend
- Guo, Yingjie (2021): Klasse und soziale Ungleichheit in China. Bundeszentrale für politische Bildung
[www.bpb.de/themen/asien/china/344711/klasse-und-soziale-ungleichheit-in-china; 28.10.2022]
- Haase, Holger (2005): Das Antisessionsgesetz der VR China und die Aufhebung des EU-Waffenembargos. In: Internationales Asienforum, 36 (1-2), S. 5-23 [<https://hasp.ub.uni-heidelberg.de/journals/iaf/article/download/401/395>; 06.12.2022]
- Halver, Robert (2022): Kalter Krieg 2.0 als neue Herausforderung für Konjunktur und Finanzmärkte
[www.roberthalver.de/Der-Markt-unter-der-Lupe-311?news_id=1513; 10.10.2022]
- Hamer, Eberhard (Hrsg.) (2016): Visionen 2050. Wohin steuern wir? Trends und Prognosen für Deutschland und Europa. Rottenburg: Kopp
- Hamilton, Clive & Mareike Ohlberg (2022): Die lautlose Eroberung. Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet. München: Pantheon
- Heiducoff, Jürgen (2022): Die neue Militärmacht: Welche Pläne verfolgt Peking? Berlin: Eulenspiegel
- Heinrich, Michael (2003): Imperialismustheorie. In: Schieder, Siegfried & Manuela Spindler (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen: Leske u. Buderich – UTB, S. 279-307

- Heinsohn, Gunnar (2019): Wettkampf um die Klugen. Kompetenz, Bildung und die Wohlfahrt der Nationen. Zürich: Orell Füssli
- Hennig, Rainer (2017): Neue Seidenstraße: Run auf die Schiene. Schienennetz Asien-Europa wird immer enger. In: Deutsche Verkehrs-Zeitung, 28.08.2017 [www.dvz.de/rubriken/land/schiene/detail/news/neue-seidenstrasse-run-auf-die-schiene.html]; 28.11.2022]
- Hillman, Jonathan E. (2018): How Big Is China's Belt and Road? Washington, DC: Center for Strategic and International Studies [www.csis.org/analysis/how-big-chinas-belt-and-road]; 28.11.2022]
- Hilpert, Hanns G. (2022): Handels- und Technologiepartner Taiwan. In: Hilpert, Hanns G.; Sakaki, Alexandra & Gudrun Wacker (Hrsg.): Vom Umgang mit Taiwan. In: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.): SWP-Studie 4. Berlin: SWP, S. 19-29 [www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2022S04_Taiwan.pdf]; 11.10.2022]
- Hilpert, Hanns G.; Sakaki, Alexandra & Gudrun Wacker (Hrsg.) (2022): Vom Umgang mit Taiwan. In: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.): SWP-Studie 4. Berlin: SWP [www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2022S04_Taiwan.pdf]; 11.10.2022]
- Hilpert, Hanns G.; Sakaki, Alexandra & Gudrun Wacker (2022): Einleitung: Taiwans Zwangslage. In: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.): SWP-Studie 4. Berlin: SWP, S. 5-10 [www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2022S04_Taiwan.pdf]; 11.10.2022]
- Hirn, Wolfgang (2006): Herausforderung China: Wie der chinesische Aufstieg unser Leben verändert. Frankfurt a.M.: Fischer
- Holz, Sebastian (2022): Wo baut China in Europa? Die neue Seidenstraße führt auch nach Europa. Gerade auf dem Balkan zeigen chinesische Baukonzerne zunehmend Präsenz. Berlin & Bonn: GTAI – Germany Trade and Invest - Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH [www.gtai.de/de/trade/china/specials/wo-baut-china-in-europa--723274]; 21.11.2022]
- Human Rights Watch (2005): Devastating Blows: Religious Repression of Uighurs in Xinjiang. HRIC Special Report, 17, 2(C). New York: HRW [www.hrw.org/reports/china0405.pdf]; 02.11.2022]
- Human Rights Watch (2022): China: Events of 2021. New York: HRW [www.hrw.org/world-report/2022/country-chapters/china-and-tibet]; 02.11.2022]
- Hund, Markus & Nuria Okfen (2002): Collective Identities in East Asia Pacific. Schlussbericht und Ergebnisse. In: Maull, Hanns W. (Hrsg.): DFG-Projekt „Asiatisierung Asiens?“ Teilprojekt: Politische Regionalisierungsprozesse in Ostasien-Pazifik: Manifestation kollektiver Identitäten oder Chimäre? Trier: Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Außenpolitik, Universität Trier [www.uni-trier.de/fileadmin/fb3/POL/Projekte/collide.pdf]; 25.11.2022]
- Huntington, Samuel P. (1993): The Clash of Civilizations? In: Foreign Affairs, (3), S. 22-49 [Reprint, S. 3-27: www.foreignaffairs.com/system/files/c0007.pdf]; 15.11.2022]
- Huntington, Samuel P. (1996): Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München, Wien: Siedler Europa
- Huotari Mikko & Sébastien Jean (2022): Bolstering Europe's Economic Strategy vis-à-vis China In: French Council of Economic Analysis (Hrsg.): Les notes du conseil d'analyse économique, no 72, July 2022. Paris: CAE [www.cae-eco.fr/en/renforcer-la-strategie-economique-de-leurope-vis-a-vis-de-la-chine]; 03.12.2022]
- ID2020 (2018): ID2020 – At a Glance [<https://id2020.org/uploads/files/Alliance-Overview-Dec-2018.pdf>]; 11.12.2022]
- ID2020 (2021): ID2020 – Overview [<https://id2020.org/uploads/files/ID2020-Alliance-Overview-Oct-2021.pdf>]; 11.12.2022]
- Ifo-Institut (2022): Geopolitische Herausforderungen und ihre Folgen für das deutsche Wirtschaftsmodell. Hg. von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. München: VBW [www.ifo.de/DocDL/Studie_Geopolitische_Herausforderungen_Folgen_deutsches_Wirtschaftsmodell.pdf]; 04.10.2022]
- Institute for Economics & Peace (2022): Global Terrorism Index 2022: Measuring the Impact of Terrorism, Sydney: IEP [www.visionofhumanity.org/wp-content/uploads/2022/03/GTI-2022-web.pdf]; 05.11.2022]
- Institute for Security and Development Policy (2018): Made in China 2025. In: Backgrounder 6/2018. Stockholm: ISDP [<https://isdp.eu/content/uploads/2018/06/Made-in-China-Backgrounder.pdf>]; 04.10.2022]

- Institute of International and European Affairs (2022): A New Silk Road or a Long and Winding Road to Strategic Autonomy? The EU's Global Gateway Programme. Dublin: IIEA [www.iiea.com/blog/a-new-silk-road-or-a-long-and-winding-road-to-strategic-autonomy-the-eus-global-gateway-programme; 04.10.2022]
- Institut für Medizinische Anthropologie und Bioethik (2021): Genderzid: Millionen Mädchen werden wegen „falschen Geschlechts“ abgetrieben. Wo bestimmten Personengruppen das Lebensrecht entzogen wird, entstehen gefährliche Machtgefälle. Wien: IMABE [www.imabe.org/bioethikaktuell/einzelansicht/genderzid-millions-maedchen-werden-wegen-falschen-geschlechts-abgetrieben; 21.11.2022]
- Jacobs, Andreas (2003). Realismus. In: Schieder, Siegfried & Manuela Spindler (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen: Leske u. Buderich – UTB, S. 35-59
- Jingxiang, Su (2019): „Color Revolution“ in Hong Kong and U.S. „Hybrid War“ against China. Hong Kong: China-United States Exchange Foundation [www.chinausfocus.com/society-culture/color-revolution-in-hong-kong-and-us-hybrid-war-against-china; 21.11.2022]
- Judicial Watch (2015): Department of Defence Information Report, Not Finally Evaluated Intelligence. Country: (U) Iraq (IRQ). Pgs. 287-293 (291) JW v DOD and State 14-812 [www.judicialwatch.org/documents/pgs-287-293-291-jw-v-dod-and-state-14-812-2; 10.12.2022]
- Judicial Watch (2022): Defense Department Records Reveal U.S. Funding of Anthrax Laboratory Activities in Ukraine. Washington, DC: Judicial Watch [www.judicialwatch.org/dod-records-anthrax-lab; 10.12.2022]
- Kadeer, Rebiya (2009): Statement by Ms. Rebiya Kadeer, Uyghur democracy leader. Brüssel: Europäisches Parlament [www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/droi/dv/droi_20090831_8speechkadeer_/droi_20090831_8speechkadeer_en.pdf; 04.11.2022]
- Kaim, Markus & Angela Stanzel (2022): Der Aufstieg Chinas und das neue strategische Konzept der Nato. Prioritäten setzen – Platz definieren – Partnerschaften vertiefen. In: SWP-Aktuell 5/2022. Berlin: SWP [www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A05_china_nato_konzept.pdf; 04.10.2022]
- Kaiser, Benedikt (2022): China, Taiwan und wir. In: Sezession, 110, S. 42-45 [<https://sezession.de/sezession-110-oktober-2022>; 21.11.2022]
- Kappel, Robert (2022): Chinas Investitionen auf dem afrikanischen Kontinent – Kein Heilsbringer. Berlin: Table Media [<https://table.media/china/standpunkt/chinas-investitionen-auf-dem-afrikanischen-kontinent-kein-heilsbringer>; 10.10.2022]
- Karásková, Ivana et al. (2020): Empty shell no more: China's growing footprint in Central and Eastern Europe. Prag: Association for International Affairs [https://chinaobservers.eu/wp-content/uploads/2020/04/CHOICE_Empty-shell-no-more.pdf; 05.10.2022]
- Karásková, Ivana (2022): Wie China Mittel- und Osteuropa verlor. Berlin: MERICS [www.merics.org/de/kurzanalyse/wie-china-mittel-und-osteuropa-verlor; 05.10.2022]
- Kath.net (2020): China: Starker Anstieg der Christenverfolgung nach Vatikanabkommen? In: Schirmmacher, Thomas; Warnecke, Martin & Uwe Heimowski (Hrsg.): Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2020. Bonn: IIRF, S. 241-243 [https://iirf.global/wp-content/uploads/Jahrbuch/jb_cv_2020_web.pdf; 03.10.2022]
- Kipp, Janne Jörg (2016): Vereinigte Staaten von Europa. Die geheimen Pläne von CIA, Nationalsozialisten und einer globalen Wirtschafts- und Finanzelite. Rottenburg: Kopp
- Kliman, Daniel M. & Richard Fontaine (2012): Global Swing States Brazil, India, Indonesia, Turkey and the Future of International Order. In: Center for a New American Security (Hrsg.): Research Report, 01.11.2012 Washington, DC: CNAS [www.jstor.org/stable/pdf/resrep06364.pdf; 28.11.2022]
- Kloss, Kerstin (2022): Zeitenwende auf der Seidenstraße. Die Häfen am Kaspischen Meer sind das Nadelöhr auf der mittleren Seidenstraße. In: Deutsche Verkehrs-Zeitung, 04.07.2022 [www.dvz.de/rubriken/land/detail/news/zeitenwende-auf-der-seidenstrasse.html; 28.11.2022]
- Kolonko, Petra (2017): Katholische Kirche in China: Jesus Christus, Marx und Xi Jinping. In: Schirmmacher, Thomas & Max Klingberg (Hrsg.): Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2017. Bonn: IIRF, S. 163-168 [https://iirf.global/wp-content/uploads/Jahrbuch/jahrbuch_cv_2017.pdf; 03.10.2022]
- Kolonko, Petra (2018): Auf Chinesisch Glauben. In: Schirmmacher, Thomas; Klingberg, Max & Martin Warnecke (Hrsg.): Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2018. Bonn: IIRF, S. 384-387 [https://iirf.global/wp-content/uploads/Jahrbuch/2018_jahrbuch_cv.pdf; 03.10.2022]

- Konrad, Ernst (2022): Mythos Thukydides-Falle: Warum das Muskelspiel zwischen China und den USA nicht im Krieg endet. In Börse München (Hrsg.): Märkte, 26.10.2022 [[www.boerse-muenchen.de/suedseiten/18642/Mythos-Thukydides-Falle -Warum-das-Muskelspiel-zwischen-China-und-den-USA-nicht-im-Krieg-endet](http://www.boerse-muenchen.de/suedseiten/18642/Mythos-Thukydides-Falle-Warum-das-Muskelspiel-zwischen-China-und-den-USA-nicht-im-Krieg-endet); 10.12.2022]
- Krall, Markus (2021): Was macht Europa wieder stark? In: Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft (Hrsg.): Deutschland-Journal 2021, Dokumentation zum 16. Seminartag. Europa muss sich behaupten – Aber wie? Hamburg: SWG, S. 61-70
- Kratz, Agatha; Zenglein, Max J. & Gregor Sebastian (2021): Chinese FDI in Europe 2020 update. Investment falls to 10-year low in an economically and politically challenging year. Berlin & New York: MERICS, Rhodium Group [<https://rhg.com/wp-content/uploads/2021/06/MERICSRhodium-GroupCOFDIUpdate2021.pdf>; 05.10.2022]
- Kratz, Agatha; Barkin, Noah & Lauren Dudley (2022): The Chosen Few: A Fresh Look at European FDI in China. New York: Rhodium Group [<https://rhg.com/research/the-chosen-few>; 18.11.2022]
- Kronauer, Jörg (2019): Der Rivale: Chinas Aufstieg zur Weltmacht und die Gegenwehr des Westens. Hamburg: KVV konkret
- Kronauer, Jörg (2022): Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg. Russland, China und der Westen. Köln: PapyRossa
- Kurečić, Petar (2018): The Three Seas Initiative: geographical determinants, geopolitical foundations, and prospective challenges. In: Hrvatski Geografski Glasnik, 80 (1), S. 99-124 [[www.researchgate.net/publication/326073180 The Three Seas Initiative geographical determinants geopolitical foundations and prospective challenges](http://www.researchgate.net/publication/326073180_The_Three_Seas_Initiative_geographical_determinants_geopolitical_foundations_and_prospective_challenges); 09.12.2022]
- Lam, Shing-hon & Courtney J. Fung (2021): Mapping China's Influence at the United Nations. In: The Political Economy of International Organization – PEIO Conference Paper [www.peio.me/wp-content/uploads/PEIO14/PEIO14_paper_140.pdf; 22.11.2022]
- Leonard, Mark (2009): Unrestricted Warfare: China is using a creative and unorthodox strategy to undermine its adversary. In East and West, 79 [https://web.archive.org/web/20090313111504/http://www.adbusters.org/magazine/79/unrestricted_warfare.html; 22.11.2022]
- Lippert, Barbara & Volker Perthes (Hrsg.) (2020): Strategische Rivalität zwischen USA und China. Worum es geht, was es für Europa (und andere) bedeutet. In: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.): SWP-Studie 1. Berlin: SWP [www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2020S01_lpt_prt_WEB.pdf; 10.10.2022]
- Liu, Amy H. & Kevin Peters (2017): The Hanification of Xinjiang, China: The Economic Effects of the Great Leap West. In: Studies in Ethnicity and Nationalism, 17 (2), S. 265-280 [<https://onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.1111/sena.12233>; 03.11.2022]
- Liu, Zongyuan Zoe & Mihaela Papa (2022): Can BRICS De-dollarize the Global Financial System? Cambridge: Cambridge University Press [www.cambridge.org/core/elements/can-brics-dedollarize-the-global-financial-system/0AEF98D2F232072409E9556620AE09B0; 28.11.2022]
- Lum, Thomas & Michael A. Weber (2022): China Primer: Uyghurs. In: Congressional Research Service (Hrsg.): In Focus, 11.01.2022. Washington, DC: CRS [<https://crsreports.congress.gov/product/pdf/IF/IF10281>; 02.11.2022]
- Mackinder, Halford J. (1904): The Geographical Pivot of History. In: The Geographical, 23 (4), S. 421-444; Nachdruck 2004 in: The Geographical Journal, 170 (4), S. 298-321 [www.iwp.edu/wp-content/uploads/2019/05/20131016_MackinderTheGeographicalJournal.pdf; 07.10.2022]
- Mackinder, Halford J. (1919): Democratic Ideals and Reality: A Study in the Politics of Reconstruction. London & Washington: Constable Publishers & National Defence University Press [www.files.ethz.ch/isn/139619/1942_democratic_ideals_reality.pdf; 10.12.2022]
- Madsen, Richard (2010): The upsurge of religion in China. In: Journal of Democracy, 20 (4), S. 58-71 [www.journalofdemocracy.org/wp-content/uploads/2012/01/Madsen-21-4.pdf; 29.10.2022]
- Madsen, Richard (2011): Religious Renaissance in China Today. In: Journal of Current Chinese Affairs, 40 (2), S. 17-42. [<https://journals.sagepub.com/doi/epdf/10.1177/186810261104000202>; 29.10.2022]
- Madsen, Richard (2020): Religious policy in China. In: Feuchtwang, Stephan (Hrsg.): Handbook on Religion in China. Handbooks of Research on Contemporary China series. Cheltenham & Northampton, MA: Edward

- Elgar Publishing, S. 17-33
[www.elgaronline.com/view/edcoll/9781786437952/9781786437952.00007.xml; 29.10.2022]
- Mahbubani, Kishore (2021): Hat China schon gewonnen? Chinas Aufstieg zur neuen Supermacht. Kulmbach: Plassen
- Maihold, Günther (2022): Die neue Geopolitik der Lieferketten: „Friend-shoring“ als Zielvorgabe für den Umbau von Lieferketten. In: SWP-Aktuell 45/2022. Berlin: SWP [www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A45_geopolitik_lieferketten.pdf; 17.12.2022]
- Mair, Stefan; Messner, Dirk & Lutz Meyer (Hrsg.) (2018): Deutschland und die Welt 2030. Was sich verändert und wie wir handeln müssen. Berlin: Ullstein
- Maizland, Lindsay (2022): China's Repression of Uyghurs in Xinjiang. In: Council on Foreign Relations (Hrsg.): Backgrounder [www.cfr.org/backgrounder/china-xinjiang-uyghurs-muslims-repression-genocide-human-rights; 02.11.2022]
- Manthorpe, Jonathan (2019): Chinas schreckliches Vorgehen gegen die Religionsfreiheit. In: Schirrmacher, Thomas; Klingberg, Max & Martin Warnecke (Hrsg.): Jahrbuch Religionsfreiheit 2019. Bonn: IIRF, S. 171-176 [https://iirf.global/wp-content/uploads/Jahrbuch/jb_rf_2019_online.pdf; 03.10.2022]
- McGregor, Andrew (2010): Will Xinjiang's Turkistani Islamic Party Survive the Drone Missile Death of its Leader? In: The Jamestown Foundation (Hrsg.): Terrorism Monitor. In-Depth Analysis of the War on Terror, 8 (10), S. 7-10
[https://web.archive.org/web/20160304042941/http://www.jamestown.org/uploads/media/TM_008_04.pdf; 04.11.2022]
- McKinsey Global Institute (2019): China and the world. Inside the dynamics of a changing relationship.
[www.mckinsey.com/~media/mckinsey/featured%20insights/china/china%20and%20the%20world%20in%20side%20the%20dynamics%20of%20a%20changing%20relationship/mgi-china-and-the-world-full-report-feb-2020-en.pdf; 04.10.2022]
- Menon, G. Shreekumar (2021): Chinese managed Hambantota Port of Sri Lanka: Emerging new threat for India. In: Newsroom 24x7, 19.06.2021 [<https://newsroom24x7.com/2021/06/19/chinese-managed-hambantota-port-of-sri-lanka-emerging-new-threat-for-india>; 08.12.2022]
- Meserole, Chris (2020): Technological surveillance of religion in China. Washington, DC: Brookings Institution
[www.brookings.edu/testimonies/technological-surveillance-of-religion-in-china; 01.11.2022]
- Meuthen, Jörg & Rainer Rothfuß (Hrsg.) (2019): Europa. Zukunft sichern. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Max Otte. Bad Schussenried: Gerhard Hess Verlag
- Meyer, Cord (2000): The CIA and Radio Free Europe. In: Georgetown Journal of International Affairs, 1 (1), S. 127-130 [www.jstor.org/stable/43134017; 10.11.2022]
- Miegel, Meinhard (2007): Epochenwende. Gewinnt der Westen die Zukunft? Berlin: List
- Millward, James (2004): Violent Separatism in Xinjiang: A Critical Assessment. In: East-West Center Washington (Hrsg.): Policy Studies, 6. Washington, DC
[www.eastwestcenter.org/system/tdf/private/PS006.pdf?file=1%26type=node%26id=32006; 02.11.2022]
- Mission of the People's Republic of China to the EU (2022): The so-called China's debt trap is a narrative trap. Brüssel: Botschaft der VR China [http://eu.china-mission.gov.cn/eng/mh/202208/t20220826_10754334.htm; 27.11.2022]
- Mitschka, Jochen (2019): Deutschlands Angriffskriege: Der verlorene Geist des Grundgesetzes. Rottenburg a.N.: Kopp
- Mitschka, Jochen & Tim Anderson (2018): Die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg. Die verlorene Unschuld der Menschenrechtler – Syrien, Deutschland und der Angriffskrieg. Rottenburg a.N.: Kopp
- Montag, Karsten (2022): Die Nord-Stream-Story. In: Korinth, Stefan; Schreyer, Paul & Ulrich Teusch (Hrsg.): Multipolar [<https://multipolar-magazin.de/artikel/die-nord-stream-story>; 19.10.2022]
- Mordor Intelligence (2022): China-Europe Rail Freight Transport Market - Growth, Trends, COVID-19 Impact, and Forecasts (2022 - 2027): Market Snapshot. Hyderabad: Mordor Intelligence
[www.mordorintelligence.com/industry-reports/china-europe-rail-freight-transport-market; 28.11.2022]
- Morgan Stanley (2018): Inside China's Plan to Create a Modern Silk Road. New York: Morgan Stanley Research
[www.morganstanley.com/ideas/china-belt-and-road; 27.11.2022]
- Nag, Kingshuk (2021): A New Silk Road. India, China and the Geopolitics of Asia. Neu-Delhi: Rupa

- National Intelligence Council (2018): Die Welt im Jahr 2035: Gesehen von der CIA und dem National Intelligence Council. Das Padox des Fortschritts. München: C.H.Beck
- National Intelligence Council (2021): Foreign Threats to the 2020 US Federal Elections. Washington, DC: [\[www.dni.gov/files/ODNI/documents/assessments/ICA-declass-16MAR21.pdf\]](http://www.dni.gov/files/ODNI/documents/assessments/ICA-declass-16MAR21.pdf); 19.10.2022]
- NATO (2022): NATO 2022 Strategic Concept. Brüssel: North Atlantic Treaty Organization [\[www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2022/6/pdf/290622-strategic-concept.pdf\]](http://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2022/6/pdf/290622-strategic-concept.pdf); 28.11.2022]
- Noesselt, Nele (2016): Chinesische Politik. Nationale und globale Dimensionen. Baden-Baden: Nomos
- Norov, Vladimir (2019): „Ein neues globales Machtzentrum in einer multipolaren Welt“. WeltTrends-Interview mit Vladimir Norov, Generalsekretär der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). In: WeltTrends – außenpolitisches Journal, 27 (147), S. 22-27
- OECD (2018): China's Belt and Road Initiative in the Global Trade, Investment and Finance Landscape. In: OECD Business and Finance Outlook 2018. Paris: OECD [\[www.oecd.org/finance/Chinas-Belt-and-Road-Initiative-in-the-global-trade-investment-and-finance-landscape.pdf\]](http://www.oecd.org/finance/Chinas-Belt-and-Road-Initiative-in-the-global-trade-investment-and-finance-landscape.pdf); 10.10.2022]
- OECD (2021): What happened to jobs at high risk of automation? In: Policy Brief on the Future of Work, January 2021. Paris: OECD [\[www.oecd.org/future-of-work/reports-and-data/what-happened-to-jobs-at-high-risk-of-automation-2021.pdf\]](http://www.oecd.org/future-of-work/reports-and-data/what-happened-to-jobs-at-high-risk-of-automation-2021.pdf); 10.12.2022]
- Oertel, Janka (2021): US-China confrontation and repercussions for the EU. In: European Council on Foreign Relations (Hrsg.): Commentary, 25.03.2021 [\[https://ecfr.eu/article/us-china-systemic-rivalry-repercussions-for-the-eu\]](https://ecfr.eu/article/us-china-systemic-rivalry-repercussions-for-the-eu); 09.12.2022]
- O'Hanlon, Michael E.; Sisson, Melanie W. & Caitlin Talmadge (2022): Managing the Risks of US-China War: Implementing a Strategy of Integrated Deterrence. In: Global China – Assessing China's Growing Role in the World, Policy Brief, Sept. 2022. Washington, DC: Brookings Institution [\[www.brookings.edu/wp-content/uploads/2022/09/FP_20220926_nds_china.pdf\]](http://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2022/09/FP_20220926_nds_china.pdf); 07.12.2022]
- Open Doors (2019): Weltverfolgungsindex. In: Schirmmacher, Thomas; Klingberg, Max & Martin Warnecke (Hrsg.): Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2019. Bonn: IIRF, S. 290-322 [\[https://iirf.global/wp-content/uploads/Jahrbuch/jb_cv_2019_online.pdf\]](https://iirf.global/wp-content/uploads/Jahrbuch/jb_cv_2019_online.pdf); 03.10.2022]
- Open Doors (2022a): Weltverfolgungsindex 2022: Wo Christen am stärksten verfolgt werden. Kelkheim: Open Doors [\[www.opendoors.de/sites/default/files/copyright_open_doors_2022_wvi_bericht_signiert.pdf\]](http://www.opendoors.de/sites/default/files/copyright_open_doors_2022_wvi_bericht_signiert.pdf); 03.10.2022]
- Open Doors Analytical (2022b): China: Internal and external control. [\[https://opendoorsanalytical.org/china-internal-and-external-control\]](https://opendoorsanalytical.org/china-internal-and-external-control); 04.10.2022]
- Orzechowski, Peter (2016): Durch globales Chaos in die Neue Weltordnung. Rottenburg: Kopp.
- Otte, Max (2020): Weltsystem-Crash. Krisen, Unruhen und die Geburt der neuen Weltordnung. München: FBV
- Overhaus, Marco (2022): Die Taiwan-Politik der USA – Balanceakt unter erschwerten Bedingungen. In: Hilpert, Hanns G.; Sakaki, Alexandra & Gudrun Wacker (Hrsg.): Vom Umgang mit Taiwan. In: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.): SWP-Studie 4. Berlin: SWP, S. 30-37 [\[www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2022S04_Taiwan.pdf\]](http://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2022S04_Taiwan.pdf); 11.10.2022]
- Panda, Jagannath P. (2017): What the Inclusion of BRI in the Chinese Constitution Implies. New Delhi: Manohar Parrikar Institute for Defence Studies and Analyses [\[https://idsa.in/idsacomments/what-the-inclusion-of-bri-in-the-chinese-constitution-implies_jpanda_071117\]](https://idsa.in/idsacomments/what-the-inclusion-of-bri-in-the-chinese-constitution-implies_jpanda_071117); 25.11.2022]
- Pant, Harsh V. & Shashank Mattoo (2022): India & Japan take recent shifts in their stride. New Delhi: Observer Research Foundation [\[www.orfonline.org/research/india-japan-take-recent-shifts-in-their-stride\]](http://www.orfonline.org/research/india-japan-take-recent-shifts-in-their-stride); 26.11.2022]
- Pany, Thomas (2021): Iran: Bald Vollmitglied beim „Gegenpol zur Nato“. In: Telepolis, Heise Online, 15.09.2021 [\[www.heise.de/tp/features/Iran-Bald-Vollmitglied-beim-Gegenpol-zur-Nato-6193027.html\]](http://www.heise.de/tp/features/Iran-Bald-Vollmitglied-beim-Gegenpol-zur-Nato-6193027.html); 24.11.2022]
- Peters, Michael A. (2017): The Chinese Dream: Xi Jinping thought on Socialism with Chinese characteristics for a new era. In: Educational Philosophy and Theory, 49 (14), S. 1299-1304 [\[www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/00131857.2017.1407578\]](http://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/00131857.2017.1407578); 30.10.2022]
- Perkins, John (2007): Bekenntnisse eines Economic Hit Man: Unterwegs im Dienst der Wirtschaftsmafia. München: Goldmann
- Pew Research Center (2011): Global Christianity – A Report on the Size and Distribution of the World's Christian Population. Washington, DC [\[www.pewresearch.org/religion/2011/12/19/global-christianity-exec\]](http://www.pewresearch.org/religion/2011/12/19/global-christianity-exec); 31.10.2022]

- Pew Research Center (2019): Religion and Living Arrangements Around the World: Muslims and Hindus have larger households than Christians and religious 'nones,' in patterns influenced by regional norms. Washington, DC [www.pewforum.org/wp-content/uploads/sites/7/2019/12/PF_12.12.19_religious.households.FULL.pdf; 19.10.2022]
- Pew Research Center (2020): Unfavorable Views of China Reach Historic Highs in Many Countries. Majorities say China has handled COVID-19 outbreak poorly. Washington, DC [www.pewresearch.org/global/2020/10/06/unfavorable-views-of-china-reach-historic-highs-in-many-countries; 10.10.2022]
- Pew Research Center (2022a): Negative Views of China Tied to Critical Views of Its Policies on Human Rights. Large majorities in most of the 19 countries surveyed have negative views of China, but relatively few say bilateral relations are bad. Washington, DC [www.pewresearch.org/global/2022/06/29/negative-views-of-china-tied-to-critical-views-of-its-policies-on-human-rights; 10.10.2022]
- Pew Research Center (2022b): How Global Public Opinion of China Has Shifted in the Xi Era. Washington, DC [www.pewresearch.org/global/2022/09/28/how-global-public-opinion-of-china-has-shifted-in-the-xi-era; 31.10.2022]
- Pittman, Joann (2020a): How Many Christians in China? Preferred Estimates, Part 1. In: China Source, 24.02.2020 [www.chinasource.org/resource-library/blog-entries/how-many-christians-in-china-preferred-estimates-part-1; 29.10.2022]
- Pittman, Joann (2020b): How Many Christians in China? Preferred Estimates, Part 2. In: China Source, 02.03.2020 [www.chinasource.org/resource-library/blog-entries/how-many-christians-in-china-preferred-estimates-part-2; 31.10.2022]
- Pittman, Joann (2020c): How Many Christians in China? Preferred Estimates, Part 3. In: China Source, 09.03.2020 [www.chinasource.org/resource-library/blog-entries/how-many-christians-in-china-preferred-estimates-part-3; 31.10.2022]
- Ploppa, Hermann (2019): Der Griff nach Eurasien. Die Hintergründe des ewigen Krieges gegen Russland. Marburg: Liepsen
- Poita, Yurii; Legarda, Helena; Tonchev, Plamen & Jakub Jakóbowski (2022): EU-China Opinion Pool: Key lessons for the EU from China's position on the Ukraine war. Berlin: MERICS [www.merics.org/de/kommentar/eu-china-opinion-pool-key-lessons-eu-chinas-position-ukraine-war; 05.10.2022]
- Pricewaterhouse Coopers (2014): Capital project and infrastructure spending Outlook to 2025. London: PwC [www.pwc.com/gx/en/capital-projects-infrastructure/publications/cpi-outlook/assets/cpi-outlook-to-2025.pdf; 25.11.2022]
- Rasheed, Adil & Saman A. Kidwai (2021): The ETIM Question: Taliban's Moment of Truth. New Delhi: Manohar Parrikar Institute for Defence Studies and Analyses [www.idsa.in/idsacomments/etim-question-taliban-rasheed-kidwai-291121; 04.11.2022]
- Reed, J. Todd & Diana Raschke (2010): The ETIM: China's Islamic Militants and the Global Terrorist Threat. Reihe: James J. F. Forest (Hrsg.): PSI Guides to Terrorists, Insurgents and Armed Groups. Santa Barbara, Denver & Oxford: Praeger [<https://kurzelinks.de/sh9n>; 05.11.2022]
- Reents, Jan (2022): Zur Immobilienkrise in China. In: Institut für Weltwirtschaft Kiel (Hrsg.): Kiel Insight 2022.09. Kiel: IfW [www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/-ifw/IfW_Box/2022/Box_2022-09_Welt_Herbst.pdf; 09.12.2022]
- Reggentin, Lisa (2019): Neue Seidenstraße: Fluch oder Segen? Die ÖBB-Tochter Rail Cargo Group würde mit am stärksten von den neuen Verkehrsnetzen profitieren. In: Deutsche Verkehrs-Zeitung, 18.06.2019 [www.dvz.de/rubriken/politik/infrastruktur/detail/news/neue-seidenstrasse-fluch-oder-segen.html; 28.11.2022]
- Reuber, Paul (2012): Politische Geographie. Paderborn: Schöningh
- Rockefeller Foundation (2022): Getting to and Sustaining the Next Normal: A Roadmap for Living with COVID [www.rockefellerfoundation.org/wp-content/uploads/2022/03/Getting-to-and-Sustaining-the-Next-Normal-A-Roadmap-for-Living-with-Covid-Report-Final.pdf; 27.10.2022]
- Rolland, Nadège (2019): A Concise Guide to the Belt and Road Initiative. Backgrounder from Political and Strategic Implications of China's Belt and Road Initiative. Washington, DC: National Bureau of Asian Research [www.nbr.org/publication/a-guide-to-the-belt-and-road-initiative; 25.11.2022]

- Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.) (2019a): Atlas der Migration. Daten und Fakten über Menschen in Bewegung. Berlin: RLS [www.rosalux.de/publikation/id/40425/atlas-der-migration; 07.10.2022]
- Rothfuß, Rainer (2011): Geographische Konfliktforschung und Geopolitik: Zukunftsaufgabe Friedenssicherung. In: Jahresheft Geopolitik 2010, 4 (1), S. 36-45 [www.rainer-rothfuss.de/wp-content/uploads/ROTHFUSS_2011_Geogr.Konfliktforschung-Geopolitik_S.36-45.pdf; 18.12.2022]
- Rothfuß, Rainer (2013): Religiös begründete Unterdrückung im Sudan: Die Abspaltung des Südsudan als Korrektur erzwungener Nationalstaatlichkeit. In: Schirmacher, Thomas; Klingberg, Max & Ron Kubsch (Hrsg.): Das Jahrbuch zur Verfolgung und Diskriminierung von Christen heute - 2013. Reihe: Studien zur Religionsfreiheit, Bd. 22, Bonn: Verlag für Kultur und Wissenschaft, S. 183-199 [www.rainer-rothfuss.de/wp-content/uploads/ROTHFUSS_2013_Sudan-Suedsudan.pdf; 18.12.2022]
- Rothfuß, Rainer (2018): Europa: Vielfalt und Bürgerdemokratie statt Superstaat und Migrationsmekka. In: Steinbach, Erika & Max Otte (Hrsg.): Nachdenken für Deutschland. Wie wir die Zukunft unseres Landes sichern können. Schriftenreihe der Desiderius-Erasmus-Stiftung, S. 69-88 [www.rainer-rothfuss.de/wp-content/uploads/ROTHFUSS_2018_DES_Europa_Buergerdemokratie-statt-Migrationsmekka.pdf; 18.12.2022]
- Rothfuß, Rainer (2019): Europa braucht eine Re-Migrationsagenda In: Meuthen, Jörg & Rainer Rothfuß (Hrsg.): Europa. Zukunft sichern. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Max Otte. Bad Schussenried: Gerhard Hess Verlag, S. 103-114 [www.rainer-rothfuss.de/wp-content/uploads/ROTHFUSS_2019_Europa_Remigrations-Agenda_Cover.pdf; 18.12.2022]
- Rothfuß, Rainer (2020): Wege aus der Migrationskrise. Leitlinien für ein exterritoriales Schutz- und Entwicklungskonzept und eine Remigrationsagenda für Europa. Fraktion Identität & Demokratie im Europäischen Parlament. Brüssel, Bad Schussenried: Gerhard Hess Verlag [https://de.idgroup.eu/wege_aus_der_migrationskrise]
- Rothfuß, Rainer & Yakubu Joseph (Hrsg.) (2013): The Political Geography of Religious Radicalism. A compendium of selected case studies from around the globe. Reihe: Global Studies Working Papers, Bd. 15, Tübingen: Universität [https://tobias-lib.uni-tuebingen.de/xmlui/bitstream/handle/10900/49985/pdf/20131118_publication_radical.pdf; 30.10.2022]
- Rudolf, Moritz (2018): China's perspective on reforming the UN system. In: Godement, François et al. (Hrsg.): The United Nations of China: A Vision of the World Order. In: European Council on Foreign Relations (Hrsg.): China Analysis, 252. Berlin: ECFR [https://ecfr.eu/wp-content/uploads/the_united_nations_of_china_a_vision_of_the_world_order.pdf; 22.11.2022]
- Rühlig, Tim (2021): Aktionsplan China und Außenpolitik: Was Deutschland tun muss, um im Systemwettbewerb mit China zu bestehen. In: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hrsg.): DGAP-Bericht, 20.09.2021, S. 47-56 [<https://dgap.org/de/forschung/publikationen/aktionsplan-china-und-aussenpolitik>; 08.12.2022]
- Rui, Zhang (2022): Report: China is opening up more to the world. In: China Internet Information Center, 07.11.2022. Beijing: State Council Information Office [www.china.org.cn/business/2022-11/07/content_78506133.htm; 07.12.2022]
- Rupold, Hermann (2020): Supermacht China – die chinesische Weltmacht aus Asien verstehen. Geschichte, Politik, Bildung, Wirtschaft und Militär. Wroclaw: Expertengruppe
- Ruser, Nathan; Leibold, James; Munro, Kelsey & Tilla Hoja (2020): Cultural erasure: Tracing the destruction of Uyghur and Islamic spaces in Xinjiang. In: Australian Strategic Policy Institute (Hrsg.): Policy Brief Report, 38. Barton: ASPI [www.aspi.org.au/report/cultural-erasure; 02.11.2022]
- Ruser, Nathan & James Leibold (2021): Family de-planning: The coercive campaign to drive down indigenous birth-rates in Xinjiang. In: Australian Strategic Policy Institute (Hrsg.): Policy Brief Report, 44. Barton: ASPI [www.aspi.org.au/index.php/report/family-deplanning-birthrates-xinjiang; 03.11.2022]
- Rutz, Eveline (2022): Schweiz - China: Wenn zwei, die voneinander profitieren, sich gegenseitig irritieren. In: Schweizer Revue, 2, S. 6-9 [www.swisscommunity.org/fileadmin/revue/Ausgaben/2022/02/SRV_2202_DE.pdf; 24.10.2022]
- Safeguard Defenders (2022a): Home as prison. The increasing use of house arrest in China. [<https://safeguarddefenders.com/sites/default/files/pdf/HOME%20AS%20PRISON%20EN.pdf>; 04.10.2022]
- Safeguard Defenders (2022b): 110 overseas: Chinese transnational policing gone wild. [<https://safeguarddefenders.com/sites/default/files/pdf/110%20Overseas%20%28v5%29.pdf>; 21.12.2022]

- Salazar Torreon, Barbara & Sofia Plagakis (2022): Instances of Use of United States Armed Forces Abroad, 1798-2022. In: Congressional Research Service (Hrsg.): R42738, Updated March 8, 2022 [<https://crsreports.congress.gov/product/pdf/R/R42738>; 07.12.2022]
- Schachtschneider, Karl Albrecht (2015): Souveränität: Grundlegung einer freiheitlichen Souveränitätslehre. Ein Beitrag zum deutschen Staats- und Völkerrecht. Berlin: Duncker & Humblot
- Schachtschneider, Karl Albrecht (2017): Die nationale Option. Plädoyer für die Bürgerlichkeit des Bürgers. Rottenburg a.N.: Kopp
- Schaefer, Brett D. (2022): Countering China's U.N. Influence: A Blueprint for the United States. In: The Heritage Foundation (Hrsg.): Backgrounder, 3726. Washington, DC: The Heritage Foundation [www.heritage.org/sites/default/files/2022-09/BG3726.pdf; 22.11.2022]
- Schäfer, Carsten (2022): Chinas Diasporapolitik unter Xi Jinping. Inhalte, Grenzen und Herausforderungen. In: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.): SWP-Studie 9. Berlin: SWP [www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2022S09_ChinasDiasporapolitik.pdf; 05.10.2022]
- Scherer, Katja (2022): Afrikas Schulden: Warum die Zinswende für viele Staaten ein Problem ist. In: Wirtschaft in Afrika, 11.10.2022 [<https://wirtschaftinafrika.de/afrika-schulden>; 21.12.2022]
- Schirmmacher, Thomas (2008): Christenverfolgung heute. Die vergessenen Märtyrer. Holzgerlingen: Hänssler
- Schladebach, Marcus (2019): Wem gehört der Weltraum? Grundlagen des Weltraumrechts. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 69 (29-30), S. 26-32 [https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2019-29-30_online_v2_0.pdf; 09.12.2022]
- Schmitt, Stefanie (2020): China treibt Unabhängigkeit vom Ausland voran: Mit der „Strategie des doppelten Wirtschaftskreislaufs“ soll China gegenüber globalen Unwägbarkeiten widerstandsfähiger werden. Dies hat Folgen auch für deutsche Firmen. Berlin & Bonn: GTAI – Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH [www.gtai.de/de/trade/china/wirtschaftsumfeld/china-treibt-unabhaengigkeit-vom-ausland-voran-575080; 21.11.2022]
- Schultze-Rhonhof, Gerd (2022): Der Ukraine-Russland-Konflikt: Das andere Narrativ. In: Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft (Hrsg.): Deutschland-Journal 2022, Der Russland-Ukraine-Konflikt: Ursachen, Hintergründe und Verlauf. Hamburg: SWG, S. 13-42
- Schwab, Klaus (2016): Die Vierte Industrielle Revolution. Aus dem Englischen Patra Pyka und Thorsten Schmidt. München: Pantheon
- Schwab, Klaus & Thierry Malleret (2020): Covid-19: Der große Umbruch. Genf: World Economic Forum
- Schwarzbach, Marcus (2021): Sozialkredite als Zukunftstrend? In: Telepolis, Heise Online, 28.06.2021 [www.heise.de/tp/features/Sozialkredite-als-Zukunftstrend-6120666.html?seite=all; 07.10.2022]
- Senger, Michael P. (2020): China's Global Lockdown Propaganda Campaign: Inside the CCP's use of social media bots and other disinformation tactics to promote its own response to the coronavirus pandemic and attack its critics. In: Tablet Magazine, 15.09.2020 [www.tabletmag.com/sections/news/articles/china-covid-lockdown-propaganda; 11.12.2022]
- Sha, Yuan (2020): Hong Kong is not the place for a „color revolution“. Beijing: China Institute of International Studies [www.ciis.org.cn/english/ESEARCHPROJECTS/Commentaries1/202007/t20200715_3242.html; 21.11.2022]
- Shanghai Cooperation Organization (2002): Charter of the Shanghai Cooperation Organization – Translation. In: UNO (Hrsg.): Treaty Series: Treaties and international agreements registered or filed and recorded with the Secretariat of the United Nations, 2013-2896, I-50517, S. 245-255 [<https://treaties.un.org/doc/Publication/UNTS/Volume%202896/v2896.pdf>; 23.11.2022]
- Shu, Ai (2020): Envision of the Land-after-death and Expectations for "This Life": Translation and Reconfiguration of "Kingdom of Heaven" in Taiping Rebellion Movement. In: Journal of Languages, 4, S. 84-105 [www.nottingham.ac.uk/research/groups/languagestextsociety/documents/lts-journal/issue-4/lts-issue-4-article-shu-a.-taiping-rebellion-movement.pdf; 29.10.2022]
- Sieren, Frank (2013): Angst vor China: Wie die neue Weltmacht unsere Krise nutzt. Berlin: Ullstein
- Sieren, Frank (2021): Shenzen. Zukunft Made in China. Zwischen Kreativität und Kontrolle – die junge Megacity, die unsere Welt verändert. München: Penguin

- Sikojev, André (2021): Russland – der eurasische Partner. In: Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft (Hrsg.): Deutschland-Journal 2021, Dokumentation zum 16. Seminartag. Europa muss sich behaupten – Aber wie? Hamburg: SWG, S. 71-85
- Sommer, Theo (2022): China First. Die Welt auf dem Weg ins chinesische Jahrhundert. München: C.H.Beck
- Soroka, George & Tomasz Stępniewski (2019): The Three Seas Initiative: Geopolitical Determinants and Polish Interests. In: Yearbook of the Institute of East-Central Europe, 17 (3), S. 15-29 [https://ies.lublin.pl/wp-content/uploads/2020/08/riesw_2019-3-02.pdf; 09.12.2022]
- Spindler, Manuela (2003): Interdependenz. In: Schieder, Siegfried & Manuela Spindler (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen: Leske u. Buderich – UTB, S. 89-116
- Springmann, J. Michael (2016): Die CIA und der Terror. Wie über US-Konsulate Terrornetzwerke aufgebaut werden. Der Insiderbericht eines US-Diplomaten. Rottenburg a.N.: Kopp
- Spykman, Nicholas J. (1944): The Geography of the Peace. New York: Harcourt Brace and Company [<https://ia904502.us.archive.org/34/items/the-geography-of-the-peace-nichoals-spykman-1943-questia/THE%20Geography%20of%20the%20Peace%20-%20Nichoals%20Spykman%20-%201943%20-%20Questia.pdf>; 03.11.2022]
- Staatsrat der VR China (2004): Das „Ein China“-Prinzip und die Taiwan-Frage. Beijing: Amt des Staatsrats für die Angelegenheiten Taiwans und Presseamt des Staatsrats der VR China [http://de.china-embassy.gov.cn/det/zt/zgzfbps/200404/t20040429_3130683.htm; 29.11.2022]
- Stanzel, Angela (2021): Chinas Weg zur Geopolitik. Fallstudie zur chinesischen Iran-Politik an der Schnittstelle zwischen regionalen Interessen und globaler Machtrivalität. In: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.): SWP-Studie 26. Berlin: SWP [www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2021S26_China-Iran.pdf; 27.10.2022]
- Stanzel, Volker (2022a): Chinas Lehren aus dem Ukraine-Krieg. In: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.): Kurz gesagt, 04.03.2022. Berlin: SWP [www.swp-berlin.org/en/publication/chinas-lehren-aus-dem-ukraine-krieg; 29.11.2022]
- Stanzel, Volker (2022b): Europäisch-taiwanische Beziehungen (EU, ausgewählte Mitgliedstaaten und Großbritannien). In: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.): SWP-Studie 4. Berlin: SWP, S. 77-88 [www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2022S04_Taiwan.pdf; 11.10.2022]
- Stark, Roger (2022): Comprehensive Research Finds That Lockdowns Don't Work. In: Washington Policy Center, 03.02.2022 [www.washingtonpolicy.org/publications/detail/comprehensive-research-finds-that-lockdowns-dont-work; 12.12.2022]
- Statistisches Bundesamt (2022a): China 2021 im sechsten Jahr in Folge Deutschlands wichtigster Handelspartner
- Statistisches Bundesamt (2022b): Gini-Koeffizient zur Einkommensverteilung. Wiesbaden: Destatis [www.statistikportal.de/de/nachhaltigkeit/ergebnisse/ziel-10-weniger-ungleichheiten/gini-koeffizient-zur-einkommensverteilung; 14.11.2022]
- Statistisches Bundesamt (2022c): Deutsche Exporte im 1. Halbjahr 2022: +13,4 % zum Vorjahreszeitraum. Wiesbaden: Destatis [www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/08/PD22_341_51.html; 15.11.2022]
- Statistisches Bundesamt (2022d): Geburten: Geburtenrückgang von Januar bis August 2022. Wiesbaden: Destatis [www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Geburten/geburten-aktuell.html; 04.12.2022]
- Steinbach, Erika & Max Otte (Hrsg.) (2018): Nachdenken für Deutschland. Wie wir die Zukunft unseres Landes sichern können. Schriftenreihe der Desiderius-Erasmus-Stiftung
- Stimmer, Gernot (2019): Chinas geopolitische Strategie der „Neuen Seidenstraße“ in Lateinamerika: Eine Herausforderung für die Außenpolitik der EU. Wien: Österreichische Gesellschaft für Europapolitik [www.oegfe.at/wp-content/uploads/2019/08/OEGfE_Policy_Brief-2019.18-1.pdf; 10.10.2022]
- Strittmatter, Kai (2020): Die Neuerfindung der Diktatur. Wie China den Überwachungsstaat aufbaut und uns damit herausfordert. München: Piper
- Stückelberger, Hansjürg (2019): Europas Aufstieg und Verrat. Wie Gott Geschichte macht. Adelberg: PJI UG
- Suberg, William (2022): Ex-Chef von Bitmex: Zentralbanken streben nach „totaler Kontrolle“. In CoinTelegraph, 06.11.2022 [<https://de.cointelegraph.com/news/buying-bitcoin-will-quickly-vanish-when-cbdc-launch-arthur-hayes>; 17.12.2022]

- Taniguchi, Takuya (2020): Should We Forget about the Asia-Africa Growth Corridor? In: Institut Français des Relations Internationales (Hrsg.): Lettre du Centre Asie, 87. Paris: IFRI [www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/taniguchi_asia_africa_growth_corridor_2020.pdf; 26.11.2022]
- Teevan, Chloe; Bilal, San; Domingo, Ennatu & Alfonso Medinilla (2022): The Global Gateway: A recipe for EU geopolitical relevance? In: ECDPM Discussion Paper 323. Maastricht: ECDPM [<https://ecdpm.org/wp-content/uploads/Global-Gateway-recipe-EU-geopolitical-relevance-ECDPM-Discussion-Paper-323-2022.pdf>; 04.10.2022]
- Thomann, Pierre-Emmanuel (2018): Three Seas Initiative: the danger of further European fragmentation. In: EuroContinent – Enjeux géopolitiques européens et mondiaux, 16.01.2018 [www.eurocontinent.eu/three-seas-initiative-the-danger-of-further-european-fragmentation; 10.12.2022]
- Thomann, Pierre-Emmanuel (2021): AUKUS, un triumvirat anglo-saxon dans l'Indo-Pacifique pour conserver l'hégémonie mondiale: quelle riposte géopolitique pour la France ? Non-alignement et Pivot vers la Russie. In: EuroContinent – Enjeux géopolitiques européens et mondiaux, 29.09.2021 [www.eurocontinent.eu/aukus-un-triumvirat-anglo-saxon-dans-lindo-pacifique-pour-conserver-lhegemonie-mondiale-quelle-riposte-geopolitique-pour-la-france; 10.12.2022]
- Thomann, Pierre-Emmanuel (2022a): La crise en Ukraine et l'émergence de l'Eurasie. In: EuroContinent – Enjeux géopolitiques européens et mondiaux, 06.03.2022 [www.eurocontinent.eu/la-crise-en-ukraine-et-lemergence-de-leurasie; 10.12.2022]
- Thomann, Pierre-Emmanuel (2022b): Guerre économique contre la Russie: première guerre mondiale menée au nom de la culture de l'annulation (« Cancel culture »). In: EuroContinent – Enjeux géopolitiques européens et mondiaux, 17.03.2022 [www.eurocontinent.eu/guerre-economique-contre-la-russie-premiere-guerre-mondiale-menee-au-nom-de-la-culture-de-lannulation-cancel-culture; 10.12.2022]
- Thomann, Pierre-Emmanuel (2022c): Ukraine: la bascule géopolitique entre Etats-Unis et Russie. In: EuroContinent – Enjeux géopolitiques européens et mondiaux, 06.04.2022 [www.eurocontinent.eu/ukraine-la-basculer-geopolitique-entre-etats-unis-et-russie; 10.12.2022]
- Uhle-Wettler, Reinhard (2022): Die USA planvoll auf dem Vormarsch. In: Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft (Hrsg.): Deutschland-Journal 2022, Sonderausgabe, Dokumentation zum 17. Seminartag: Deutschland und die deutsche Identität. Hamburg: SWG, S. 71-72
- UNCTAD (2019): World Investment Report 2019: Special Economic Zones. Genf, New York: United Nations Conference on Trade and Development [https://unctad.org/en/PublicationsLibrary/wir2019_en.pdf; 07.10.2022]
- UNDP (2019): China National Human Development Report Special Edition. In Pursuit of a More Sustainable Future for All: China's Historic Transformation over Four Decades of Human Development. Beijing: China Publishing Group [<https://hdr.undp.org/system/files/documents/nhdcnpdf.pdf>; 21.11.2022]
- UNDP (2022): Human Development Report 2021/2022: Uncertain Times, Unsettled Lives, Shaping Our Future in a Transforming World. New York: United Nations Development Programme [https://hdr.undp.org/system/files/documents/global-report-document/hdr2021-22pdf_1.pdf; 25.10.2022]
- UNFPA (2020): State of World Population 2020. Against my will: Defying the practices that harm women and girls and undermine equality [www.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/UNFPA_PUB_2020_EN_State_of_World_Population.pdf; 21.11.2022]
- United Nations Climate Change (2021): The 15 Minute City. Bonn: UNFCCC [<https://unfccc.int/blog/the-15-minute-city>; 13.12.2022]
- United Nations High Commissioner for Human Rights (2022): OHCHR Assessment of human rights concerns in the Xinjiang Uyghur Autonomous Region, People's Republic of China. Genf: OHCHR [www.ohchr.org/sites/default/files/documents/countries/2022-08-31/22-08-31-final-assesment.pdf; 02.11.2022]
- United Nations Peacekeeping (2022): Troop and Police Contributions. New York: DPKO [<https://peacekeeping.un.org/en/troop-and-police-contributors>; 22.11.2022]
- United States Commission on International Religious Freedom (2022): China: USCIRF-Recommended for Countries of Particular Concern (CPC). Washington, DC: USCIRF [www.uscifr.gov/sites/default/files/2022-04/2022%20China.pdf; 31.10.2022]

- United States Department of State (2022a): 2021 Report on International Religious Freedom: China (Includes Tibet, Xinjiang, Hong Kong, and Macau). Washington, DC: USDOS Office of International Religious Freedom [www.state.gov/wp-content/uploads/2022/05/CHINA-INCLUDES-TIBET-XINJIANG-HONG-KONG-AND-MACAU-2021-INTERNATIONAL-RELIGIOUS-FREEDOM-REPORT.pdf; 31.10.2022]
- United States Department of State (2022b): Secretary Antony J. Blinken And Canadian Foreign Minister Mélanie Joly At a Joint Press Availability, 30.09.2022 [www.state.gov/secretary-antony-j-blinken-and-canadian-foreign-minister-melanie-joly-at-a-joint-press-availability; 21.12.2022]
- UNO (2000): UNO-Abteilung für Bevölkerungsfragen: Ohne Einwanderung wird die Bevölkerung in fast allen europäischen Ländern schrumpfen. Press Release. Bonn: UNO [www.un.org/en/development/desa/population/publications/pdf/ageing/replacement-press-ger.pdf; 07.10.2022]
- UNO (2001): Replacement Migration: Is It a Solution to Declining and Ageing Populations? New York: UNO [www.un.org/en/development/desa/population/publications/pdf/ageing/replacement-cover.pdf; 07.10.2022]
- UNO (2022): OHCHR Assessment of human rights concerns in the Xinjiang Uyghur Autonomous Region, People's Republic of China. New York: UNO [www.ohchr.org/sites/default/files/documents/countries/2022-08-31/22-08-31-final-assesment.pdf; 05.10.2022]
- US China Embassy (2022a): Falsehoods Spread by the U.S. on the Ukraine Issue: A Reality Check [http://us.china-embassy.gov.cn/eng/zmgx/zxxx/202205/t20220503_10681306.htm; 20.12.2022]
- US China Embassy (2022b): China's FDI inflow up 16.4 pct in first eight months [http://us.china-embassy.gov.cn/eng/zggs/202210/t20221013_10782578.htm; 04.12.2022]
- Viet Anh, Dang & Nguyen Le Quynh Chi (2021): Vietnam: CDR – The Belt and Road Initiative. Connection to Belt and Road projects. In: Commercial Dispute Resolution, 21.09.2021 [<https://iclg.com/cdr-essential-intelligence/1100-cdr-the-belt-and-road-initiative-2021/vietnam>; 07.12.2022]
- Vinokurov, Evgeny & Arman Ahunbaev (2021): The International North–South Transport Corridor: Promoting Eurasia's Intra- and Transcontinental Connectivity. In: Eurasian Development Bank (Hrsg.): Reports and Working Papers, 21/5. Almaty: EDB [www.researchgate.net/publication/357310308_The_International_North-South_Transport_Corridor_Promoting_Eurasia's_Intra-_and_Transcontinental_Connectivity; 23.11.2022]
- Volksrepublik China (2021): 14th Five-Year Plan for National Informatization. Translation 24.01.2022: DigiChina. Stanford: Cyber Policy Center [<https://digichina.stanford.edu/wp-content/uploads/2022/01/DigiChina-14th-Five-Year-Plan-for-National-Informatization.pdf>; 04.10.2022]
- von der Leyen, Ursula (2019): Politische Leitlinien für die künftige Europäische Kommission 2019-2024: Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa. Von der Kandidatin für das Amt der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen [https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/political-guidelines-next-commission_de.pdf; 07.10.2022]
- von Dohnanyi, Klaus (2022): Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche. München: Siedler
- Vondra, Alexandr (2018): Regional integration at the Three Seas summit. In: Geopolitical Intelligence Services (Hrsg.): Economy, 09.10.2018. Schaan: GIS [www.gisreportonline.com/r/three-seas-initiative; 10.12.2022]
- Wagner, Christian (2013): The Indian Ocean Rim – Association for Regional Co-operation (IOR–ARC): the futile quest for regionalism? In: Journal of the Indian Ocean Region, 9 (1), S. 6-16 [www.researchgate.net/publication/271936313_The_Indian_Ocean_Rim_-_Association_for_Regional_Co-operation_IOR-ARC_the_futile_quest_for_regionalism; 26.11.2022]
- Wagner, Eric (2020): Über Impfstoffe zur digitalen Identität? In: Telepolis, Heise Online, 01.05.2020 [www.heise.de/tp/features/Ueber-Impfstoffe-zur-digitalen-Identitaet-4713041.html; 11.12.2020]
- Wang, Yuhua (2017): For Whom the Bell Tolls: The Political Legacy of China's Cultural Revolution [https://scholar.harvard.edu/files/yuhuaawang/files/cultural_revolution_0.pdf; 30.10.2022]
- Wani, Ayjaz (2022): Is OIC silently endorsing the suppression of Uyghur Muslims? In: Observer Research Foundation (Hrsg.): Raisina Debates, 25.03.2022. New Delhi: ORF [www.orfonline.org/expert-speak/is-oic-silently-endorsing-the-suppression-of-uyghur-muslims; 15.12.2022]

- Wenzel-Teuber, Katharina (2018): China: Neue Attacken auf religiöse Vielfalt. In: Schirrmacher, Thomas; Klingberg, Max & Martin Warnecke (Hrsg.): Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2018. Bonn: IIRF, S. 378-383 [https://iirf.global/wp-content/uploads/Jahrbuch/2018_jahrbuch_cv.pdf; 03.10.2022]
- Wenzel-Teuber, Katharina (2022): Statistik zu Religionen und Kirchen in der Volksrepublik China und in Singapur. Ein Update für das Jahr 2021. In: China heute, 19 (1), S. 26-40 [www.china-zentrum.de/fileadmin/PDF-Dateien/China_heute/2022/China_heute_213_Themen_Wenzel-Teuber_-_Statistik_zu_Religionen_und_Kirchen_in_der_Volksrepublik_China_und_in_Singapur._Ein_Update_fuer_das_Jahr_2021.pdf; 31.10.2022]
- Westphal, Kirsten; Maria Pastukhova & Jacopo Maria Pep (2022): Geopolitics of Electricity: Grids, Space and (political) Power. In: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.): SWP Research Paper 6. Berlin: SWP [www.swp-berlin.org/publications/products/research_papers/2022RP06_GeopoliticsOfElectricity.pdf; 08.12.2022]
- White House (2022a): FACT SHEET: President Biden and G7 Leaders Formally Launch the Partnership for Global Infrastructure and Investment. Washington, DC: The White House [www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/06/26/fact-sheet-president-biden-and-g7-leaders-formally-launch-the-partnership-for-global-infrastructure-and-investment; 27.11.2022]
- White House (2022b): National Security Strategy, October 2022. Washington, DC: The White House [www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022/10/Biden-Harris-Administrations-National-Security-Strategy-10.2022.pdf; 20.10.2022]
- White, John E. (2012): Suffering and Persecution. Growth Amidst Persecution: A Comparison of the Evangelical Church in Communist China and the Soviet Union. In: International Journal of Frontier Missiology, 29 (3), S. 139-147 [www.ijfm.org/PDFs_IJFM/29_3_PDFs/IJFM_29_3-White.pdf; 31.10.2022]
- Whitney, Mike (2022): The Crisis in Ukraine Is Not About Ukraine. It's About Germany. Montreal: Center for Research on Globalization [www.globalresearch.ca/crisis-ukraine-not-about-ukraine-about-germany/5770269; 04.10.2022]
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2018): Sanktionen der Bundesrepublik Deutschland gegen Drittstaaten. In: Sachstand WD 2 – 3000 – 094/18 (09.07.2018). Berlin: Deutscher Bundestag [www.bundestag.de/resource/blob/568274/257a1eb646467e1e33d595696f61c3e1/WD-2-094-18-pdf-data.pdf; 07.10.2022]
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2020a): Die Haltung der Volksrepublik China zum Konzept der internationalen Schutzverantwortung. In: Sachstand WD 2 – 3000 – 094/20 (20.11.2020). Berlin: Deutscher Bundestag [www.bundestag.de/resource/blob/814848/f21b86dc9ae77851fa5b69c42aa963b8/WD-2-094-20-pdf-data.pdf; 22.11.2022]
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2020b): 14. Fünfjahresplan der Volksrepublik China. In: Sachstand WD 5 – 3000 – 127/20 (25.11.2020). Berlin: Deutscher Bundestag [www.bundestag.de/resource/blob/815806/715fc6323a399f045ef33c19a0896899/WD-5-127-20-pdf-data.pdf; 04.10.2022]
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2021): Xi Jinping und das Verhältnis der Volksrepublik China zu Taiwan. In: Sachstand WD 2 - 3000 - 015/21 (15.03.2021). Berlin: Deutscher Bundestag [www.bundestag.de/resource/blob/841956/c33eb8c61e474ad7c0eaf2cad85ea287/WD-2-015-21-pdf-data.pdf; 29.11.2022]
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (2022): Zum Herrschaftsanspruch der Volksrepublik China über Taiwan. In: Kurzinformation WD 2-3000 -063/22 (30.08.2022). Berlin: Deutscher Bundestag [www.bundestag.de/resource/blob/913192/5449ed870b974dd3543e235bda193df5/WD-2-063-22-pdf-data.pdf; 29.11.2022]
- World Bank (2017): ID4D – Identification for Development. 2017 Annual Report. Washington, DC: World Bank Group [https://id4d.worldbank.org/sites/id4d/files/2021-10/2017_ID4D_Annual_Report.pdf; 11.12.2022]
- World Bank (2019): Belt and Road Economics. Opportunities and Risks of Transport Corridors. Washington, DC: World Bank Group [<https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/31878/9781464813924.pdf>; 27.11.2022]

- World Bank (2021): ID4D – Identification for Development. 2021 Annual Report. Washington, DC: World Bank Group [<https://documents1.worldbank.org/curated/en/436051643089705385/pdf/Identification-for-Development-ID4D-and-Digitalizing-G2P-Payments-G2Px-2021-Annual-Report.pdf>; 11.12.2022]
- World Economic Forum (2022): Cities and Urbanization: The surprising stickiness of the “15-minute city”. Chamberlain, Lisa [www.weforum.org/agenda/2022/03/15-minute-city-stickiness; 13.12.2022]
- World Intellectual Property Organization (2021): Innovation Perseveres: International Patent Filings via WIPO Continued to Grow in 2020 Despite COVID-19 Pandemic. Genf: WIPO [www.wipo.int/pressroom/en/articles/2021/article_0002.html; 29.10.2022]
- World Population Review (2022a): China Population 2022 (Live). Walnut, CA: WPR [<https://worldpopulationreview.com/countries/china-population>; 25.10.2022]
- World Population Review (2022b): Military Size by Country 2022. Walnut, CA: WPR [<https://worldpopulationreview.com/country-rankings/military-size-by-country>; 07.12.2022]
- Wu, Shengjian (2013): Is the Global Counter-Terrorism a Complex or a Paradox? Inspirations from the ETIM issue in China. In: Rothfuß, Rainer & Yakubu Joseph (Hrsg.): The Political Geography of Religious Radicalism. A compendium of selected case studies from around the globe. Reihe: Global Studies Working Papers, Bd. 15, Tübingen: Universität, S. 154-163 [https://tobias-lib.uni-tuebingen.de/xmlui/bitstream/handle/10900/49985/pdf/20131118_publication_radical.pdf?sequence=1&isAllowed=y; 30.10.2022]
- Wycisk, Martin (2019): Die Drei-Meeres-Initiative und die EU. Zum jüngsten Gipfel der 3SI-Initiative in Bukarest. In: WeltTrends – außenpolitisches Journal, 27 (147), S. 13-16
- Xu, L. Colin & Li Yang (2018): Stationary Bandits, State Capacity, and the Malthusian Transition: The Lasting Impact of the Taiping Rebellion. In: World Bank Group (Hrsg.): Development Economics, Development Research Group, Policy Research Working Paper 8620. Washington, DC: World Bank [<https://documents1.worldbank.org/curated/en/970791540230641485/pdf/WPS8620.pdf>; 29.10.2022]
- Xu, Beina; Fletcher, Holly & Jayshree Bajoria (2014): The East Turkestan Islamic Movement (ETIM). The Muslim separatist group, based in the Xinjiang province in northwest China, presents a heightening security challenge for Beijing. In: Council on Foreign Relations (Hrsg.): Backgrounder [www.cfr.org/backgrounder/east-turkestan-islamic-movement-etim; 02.11.2022]
- Yuanhong, Hu & Xin Li (2019): Die ökonomische Kooperation in der SOZ und ihre Perspektiven. In: WeltTrends – außenpolitisches Journal, 27 (147), S. 32-37
- Zenz, Adrian (2018): ‘Thoroughly reforming them towards a healthy heart attitude’: China’s political re-education campaign in Xinjiang. In: Central Asian Survey, 38 (1), S. 102-128 [www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/02634937.2018.1507997; 10.11.2022]
- Zenz, Adrian (2020): The Karakax List: Dissecting the Anatomy of Beijing’s Internment Drive in Xinjiang. In: Journal of Political Risk, 8, (2) [www.jpolrisk.com/karakax; 08.11.2022]
- Zenz, Adrian (2021): Sterilizations, IUDs, and Mandatory Birth Control: The CCP’s Campaign to Suppress Uyghur Birthrates in Xinjiang. Washington, DC: The Jamestown Foundation [<https://jamestown.org/wp-content/uploads/2020/06/Zenz-Internment-Sterilizations-and-IUDs-REVISED-March-17-2021.pdf>; 02.11.2022]
- Zimmermann, Thomas (2015): The New Silk Roads: China, the U.S., and the Future of Central Asia. New York: Center in International Cooperation [https://cic.nyu.edu/sites/default/files/zimmerman_new_silk_road_final_2.pdf; 04.10.2022]

Quellenverzeichnis Medien- und Kurzberichte

- Aljazeera (26.09.2022): EU, US question Serbia's EU commitment after Russia deal: West questions Belgrade after signing a deal with Moscow pledging long-term consultations on foreign policy [www.aljazeera.com/news/2022/9/26/eu-us-question-serbias-eu-commitment-after-russia-deal; 25.10.2022]
- AP News (27.05.2022): Ex-Malaysia PM: US-led trade group intended to isolate China. Yamaguchi, Mari [<https://apnews.com/article/biden-japan-united-states-asia-0535517f60722276423788ba26f585e7>; 24.11.2022]
- Asia News (29.04.2014): Wenzhou: authorities begin to tear down Sanjiang Church [www.asianews.it/news-en/Wenzhou:-authorities-begin-to-tear-down-Sanjiang-Church-30943.html; 31.10.2022]
- Asia News (28.09.2020): Xinjiang: 16 thousand mosques destroyed or damaged in the last three years [www.asianews.it/news-en/Xinjiang:-16-thousand-mosques-destroyed-or-damaged-in-the-last-three-years-51146.html; 02.11.2022]
- Asia News (19.02.2021): Yining's Sacred Heart church to be torn down. Zhicheng, Wang [www.asianews.it/news-en/Yining%E2%80%99s-Sacred-Heart-church-to-be-torn-down-52395.html; 02.11.2022]
- Asia Times (16.09.2022): US-China at a weaponized breaking point over Taiwan: Beijing says bilateral relations will disintegrate if Washington passes 2022 Taiwan Policy Act that aims to fortify island's defenses. Pao, Jeff [<https://asiatimes.com/2022/09/us-china-at-a-weaponized-breaking-point-over-taiwan>; 26.10.2022]
- Asia Times (09.11.2022): Tanzania is China's gateway to Africa. Beijing has long understood the value of strong ties with the East African country. Kasonta, Adriel [<https://asiatimes.com/2022/11/tanzania-is-chinas-gateway-to-africa>; 14.12.2022]
- Asia Times (24.11.2022): China's gold stockpiling is dollar warning sign: Beijing is quietly dumping dollars for gold as greenback strength looks increasingly illusionary. Pesek, William [<https://menafn.com/1105226383/Chinas-Gold-Stockpiling-Is-Dollar-Warning-Sign>; 01.12.2022]
- Australian Broadcasting Corporation (30.10.2022): US Air Force to deploy nuclear-capable B-52 bombers to Australia as tensions with China grow. Grigg, Angus; Robinson, Lesley & Meghna Bali [www.abc.net.au/news/2022-10-31/china-tensions-taiwan-us-military-deploy-bombers-to-australia/101585380; 14.12.2022]
- BBC (03.08.2009): Xinjiang arrests 'now over 1,500' [<http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/8181563.stm>; 05.11.2022]
- BBC (07.02.2014): Ukraine crisis: Transcript of leaked Nuland-Pyatt call. Marcus, Jonathan [www.bbc.com/news/world-europe-26079957; 07.02.2014]
- BBC (26.10.2018): China 'creates two billionaires a week' [www.bbc.com/news/business-45989908; 14.11.2022]
- BBC (18.06.2019): Inside China's 'thought transformation' camps - BBC News. Sudworth, John [<https://youtu.be/Wmld2ZP3h0c>; 05.11.2022]
- BBC (17.09.2021): Aukus: China denounces US-UK-Australia pact as irresponsible [www.bbc.com/news/world-58582573; 24.11.2022]
- BBC (06.01.2022): Reality Check China: Is it burdening poor countries with unsustainable debt? Wang, Kai [www.bbc.com/news/59585507; 27.11.2022]
- BBC (17.01.2022): Colombo Port City: A new Dubai or a Chinese enclave? Ethirajan, Anbarasan [www.bbc.com/news/world-asia-59993386; 09.12.2022]
- BBC (14.06.2022): Henan: China Covid app restricts residents after banking protests. Wong, Tessa [www.bbc.com/news/world-asia-china-61793149; 25.10.2022]
- BBC (13.10.2022): China-Taiwan: Can a tech billionaire create a civilian fighting force? Mao, Frances [www.bbc.com/news/world-asia-63196623; 01.12.2022]
- BBC (23.10.2022): China congress: Xi cements power by packing top team with loyalists. McDonnell, Stephen & Tessa Wong [www.bbc.com/news/world-asia-china-63362548; 25.10.2022]
- BBC (13.12.2022): India and China troops clash on Arunachal Pradesh mountain border [www.bbc.com/news/world-asia-63953400; 13.12.2022]

BBC (15.12.2022): Ukraine weapons: What military equipment is the world giving? [www.bbc.com/news/world-europe-62002218; 20.12.2022]

Bild (22.10.2019): Überwachung und Umerziehung: China will die digitale Weltherrschaft. Tiede, Peter [www.bild.de/politik/ausland/politik-inland/ueberwachung-und-umerziehung-china-will-die-digitale-weltherrschaft-65501262.bild.html; 14.10.2022]

Bild (02.11.2022): Niederlande machen China-„Polizeistationen“ dicht. Was macht Deutschland? [www.bild.de/politik/inland/politik-inland/niederlande-machen-china-polizeistationen-dicht-zieht-deutschland-nach-81807638.bild.html; 15.11.2022]

Bloomberg (12.09.2022): China's Surveillance State Will Be the West's Future, Too: Under Xi Jinping, business and government are together weaving a web of surveillance that no Chinese citizen can escape. But even in the West, the arc of the digital revolution is bending toward tyranny. Wooldridge, Adrian [www.bloomberg.com/opinion/articles/2022-09-12/china-s-surveillance-state-will-be-the-west-s-future-too?; 15.11.2022]

Boerse.de (14.12.2022): Moskau spricht über Zeit nach Krieg [www.boerse.de/nachrichten/Moskau-spricht-ueber-Zeit-nach-Krieg/34414553; 16.12.2022]

Business Insider Africa (11.10.2022): LNG ships now cost a record high near \$400,000 per day as Europe scrambles to resolve its gas crisis. Glover, George [<https://africa.businessinsider.com/markets/lng-ships-now-cost-a-record-high-near-dollar400000-per-day-as-europe-scrambles-to-yzwhmzw>; 18.10.2022]

Business Insider Deutschland (03.08.2022): Nach dem Mai-Schock für die Exportnation Deutschland: Außenhandel dreht im Juni wieder ins Plus – aber Risiken bleiben [www.businessinsider.de/wirtschaft/aussenhandel-deutschland-handelsbilanz-im-juni-wieder-im-plus; 15.11.2022]

Business Insider Deutschland (25.08.2022): Taiwan liefert offenbar 800 Mörser-Drohnen an die Ukraine – das können die hochmodernen Waffen [www.businessinsider.de/politik/taiwan-liefert-offenbar-800-moerser-drohnen-an-die-ukraine-das-koennen-die-hochmodernen-waffen-a; 01.12.2022]

Capital (12.07.2022): In China gehen Bankkunden auf die Straße, Bloomberg News [www.capital.de/wirtschaft-politik/in-china-gehen-bankkunden-auf-die-strasse-32534350.html; 09.12.2022]

Capital (22.07.2022): Empörte Wohneigentümer: Warum Chinas Immobilienkäufer auf die Barrikaden gehen. Choong Wilkins, Rebecca [www.capital.de/wirtschaft-politik/empoeerte-wohneigentuemmer--warum-chinas-immobilienkaeufer-auf-die-barrikaden-gehen-32562272.html; 09.12.2022]

CBN News (18.11.2022): G20 Leaders Agree to Global Vaccination Passport System: 'Where Will It End?' Warren, Steve [www1.cbn.com/cbnnews/world/2022/november/g20-leaders-agree-to-global-vaccination-passport-to-limit-rights-of-travelers-where-will-it-end; 11.12.2022]

Chinability (16.04.2010): China's Exports & Imports, 1952-2009 [<https://web.archive.org/web/20121222004229/http://chinability.com/Trade.htm>; 15.11.2022]

China Daily Hong Kong (24.09.2021): Fact Sheet: US Interference in Hong Kong Affairs and Support for Anti-China, Destabilizing Forces [www.chinadailyhk.com/article/239986#Full-text:-Fact-sheet-on-US-interference-in-HK-affairs-and-support-for-anti-China-forces; 21.11.2022]

China Digital Times (17.06.2020): ASPI: Inside China's Nationwide DNA Collection Program. Rudolph, Josh [<https://chinadigitaltimes.net/2020/06/aspi-inside-chinas-nationwide-dna-collection-program>; 11.12.2022]

China Global Television Network (02.08.2022): CPC Taiwan Work Office: DPP collusion with U.S. will lead to disaster [<https://news.cgtn.com/news/2022-08-02/CPC-Taiwan-Work-Office-DPP-collusion-with-U-S-will-lead-to-disaster-1cb400E8d8s/index.html>; 30.11.2022]

China Internet Information Center (15.07.2019): Chinas Produktion bei mehr als 100 Gütern der Leichtindustrie weltführend [http://german.china.org.cn/txt/2019-07/15/content_74994403.htm; 15.11.2022]

CBS News (18.09.2022): President Joe Biden: The 2022 60 Minutes Interview. Pelley, Scott [www.cbsnews.com/news/president-joe-biden-60-minutes-interview-transcript-2022-09-18; 01.12.2022]

CNBC (31.10.2017): China wrote Belt and Road Initiative into the party constitution. That makes it riskier than ever. Tan, Huileng [www.cnn.com/2017/10/31/china-wrote-belt-and-road-initiative-into-the-party-constitution.html; 25.11.2022]

CNBC (02.11.2022): Here's what the Federal Reserve's fourth 0.75 percentage point interest rate hike means for you. Dickler, Jessica [www.cnn.com/2022/11/02/what-the-feds-fourth-0point75-percentage-point-rate-hikes-means-for-you.html]; 03.12.2022]

CNN (16.08.2021): Biden's botched Afghan exit is a disaster at home and abroad long in the making. Collinson, Stephen [<https://edition.cnn.com/2021/08/16/politics/afghanistan-joe-biden-donald-trump-kabul-politics/index.html>]; 04.11.2022]

CNN (01.06.2022): China has the power to take Taiwan, but it would cost an extremely bloody price. Lendon, Brad & Ivan Watson [<https://edition.cnn.com/2022/05/31/asia/china-taiwan-invasion-scenarios-analysis-intl-hnk-ml/index.html>]; 07.12.2022]

CNN (26.06.2022): Never mind China's new aircraft carrier, these are the ships the US should worry about. Lendon, Brad [<https://edition.cnn.com/2022/06/25/asia/china-navy-aircraft-carrier-analysis-intl-hnk-ml-dst/index.html>]; 15.11.2022]

CNN (27.10.2022): Xi's 'action men' now lead China's military. Here's what that means for Taiwan. Lendon, Brad [<https://edition.cnn.com/2022/10/27/china/china-central-military-commission-taiwan-intl-hnk-mic-ml/index.html>]; 16.12.2022]

CNN (29.11.2022): China could have 1,500 nuclear warheads by 2035: Pentagon report. Liebermann, Oren [<https://edition.cnn.com/2022/11/29/politics/china-nuclear-arsenal-military-power-report-pentagon/index.html>]; 14.12.2022]

CNN (03.12.2022): How a deadly fire ignited dissent over China's zero-Covid policy. Yeung, Jessie; Dotto, Carlotta & Henrik Pettersson [<https://edition.cnn.com/2022/12/02/china/china-covid-lockdown-protests-2022-intl-hnk-dst/index.html>]; 11.12.2022]

CNN (03.12.2022): Protesters win a partial victory as Chinese cities start to loosen Covid controls. Gan, Nectar [<https://edition.cnn.com/2022/12/05/china/china-protests-loosen-restrictions-intl-hnk-mic/index.html>]; 11.12.2022]

Daily Mirror Sri Lanka (21.01.2019): Black: Signs of Sri Lankan colour revolution? Kurukulasuriya, Lasanda [www.dailymirror.lk/Opinion/Black-Signs-of-Sri-Lankan-colour-revolution/172-161322]; 27.11.2022]

Daily News Tanzania (04.11.2022): China waives Tanzania's debt worth 31.4bn [<https://dailynews.co.tz/china-waives-tanzanias-debt-worth-31-4bn>]; 14.12.2022]

Der Standard (22.06.2022): Chinas Überwachungsstaat weitreichender als gedacht. Mattheis, Philipp [www.derstandard.de/story/2000136787294/chinas-ueberwachungsstaat-weitreichender-als-gedacht]; 01.11.2022]

Der Standard (11.07.2022): Sozialkreditsystem. Belohnung für umweltfreundliches Verhalten: Was bringen Öko-Token? Pallinger, Jakob [www.derstandard.de/story/2000137200820/belohnung-fuer-umweltfreundliches-verhalten-was-bringen-oekotokens]; 12.12.2022]

Deutsche Verkehrs-Zeitung (28.08.2017): Neue Seidenstraße: Run auf die Schiene. Hennig, Rainer [www.dvz.de/rubriken/land/schiene/detail/news/neue-seidenstrasse-run-auf-die-schiene.html]; 10.10.2022]

Deutsche Verkehrs-Zeitung (27.04.2021): UIC-Studie: Neue Wege auf der Seidenstraße notwendig [www.dvz.de/rubriken/land/schiene/detail/news/uic-studie-neue-wege-auf-der-seidenstrasse-notwendig.html]; 10.10.2022]

Deutsche Verkehrs-Zeitung (12.10.2021): Wie China Entwicklungsländer mit der Neuen Seidenstraße finanziell von sich abhängig macht. Link, Oliver [www.dvz.de/rubriken/politik/infrastruktur/detail/news/wie-china-entwicklungslaender-mit-der-neuen-seidenstrasse-finanziell-von-sich-abhaengig-macht.html]; 10.10.2022]

Deutsche Welle (27.08.2009): Schatten der Vergangenheit über Taiwan. Bardenhagen, Klaus [www.dw.com/de/schatten-der-vergangenheit-%C3%BCber-taiwan/a-4602156]; 02.12.2022]

Deutsche Welle (20.03.2018): Nationaler Volkskongress in China: Chinas Präsident Xi schlägt scharfe nationalistische Töne an [www.dw.com/de/chinas-pr%C3%A4sident-xi-schl%C3%A4gt-scharfe-nationalistische-t%C3%B6ne-an/a-43045441]; 03.10.2022]

Deutsche Welle (07.05.2018): Chinas Aufstieg zur Weltmacht: Xi Jinping und der "Chinesische Traum" [www.dw.com/de/xi-jinping-und-der-chinesische-traum/a-43545156]; 03.10.2022]

Deutsche Welle (29.10.2020): Was steckt hinter Pekings Politik der zwei Kreisläufe? Mit der Strategie der „Dual Circulation“ zieht China die Lehren aus dem Handelskonflikt mit den USA. Kohlmann, Thomas

- [www.dw.com/de/peking-stellt-weichen-f%C3%BCr-politik-der-zwei-kreislaufe/a-54930330; 22.11.2022]
- Deutsche Welle (03.08.2022): Der China-Taiwan-Konflikt in Grafiken. Casey, Ruairi [www.dw.com/de/der-china-taiwan-konflikt-in-grafiken/a-62692557; 28.11.2022]
- Deutsche Welle (15.09.2022): Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit: Putin und Xi üben Schulterchluss [www.dw.com/de/putin-und-xi-%C3%BCben-schulterchluss/a-63140396; 03.10.2022]
- Deutsche Welle (06.10.2022): Europäische Politische Gemeinschaft: Familientreffen im XL-Format [www.dw.com/de/europ%C3%A4ische-politische-gemeinschaft-familientreffen-im-xl-format/a-63349641; 06.10.2022]
- Deutsche Wirtschaftsnachrichten (19.09.2021): China nicht mehr größtes Land der Welt: Regierung gerät in Panik, fälscht Volkszählung. Fuxian, Yi [<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/514240/China-nicht-mehr-groesstes-Land-der-Welt-Regierung-geraet-in-Panik-faelscht-Volkszaehlung>; 25.10.2022]
- Deutsche Wirtschaftsnachrichten (02.12.2021): NATO des Ostens? Russland und China sind keine Freunde, sondern Rivalen. Yilmaz, Cüneyt [<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/516090/NATO-des-Ostens-Russland-und-China-sind-keine-Freunde-sondern-Rivalen>; 24.11.2022]
- Deutschlandfunk (14.07.2012): Vorzeigedemokratie mit dunkler Vergangenheit. Aldrovandi, Martin [www.deutschlandfunk.de/vorzeigedemokratie-mit-dunkler-vergangenheit-100.html; 02.12.2022]
- Deutschlandfunk (06.05.2022): Eine EU-Richtlinie und ihre Auswirkungen: Unmut über ungleiche Behandlung von Kriegsflüchtlingen. Sammann, Luise [www.deutschlandfunk.de/zwei-klassen-gefluechtete-100.html; 28.10.2022]
- Development Reimagined (26.09.2019): Countries along the Belt and Road – What does it all mean? [<https://developmentreimagined.com/2019/09/26/countries-along-the-belt-and-road-what-does-it-all-mean>; 27.10.2022]
- Diplomatisches Magazin (01.11.2019): Interview mit dem Botschafter der Volksrepublik China S.E. Wu Ken: „China ist heute die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und größter Handelspartner für mehr als 130 Länder und Regionen“ [www.diplomatisches-magazin.de/artikel/interview-mit-dem-botschafter-der-volksrepublik-china-se-wu-ken-china-ist-heute-die-zweitgroesste; 16.11.2022]
- Economist (02.01.2021): China: The fruits of growth. Extreme poverty is history in China, officials say. Inequality is a different matter [www.economist.com/china/2021/01/02/extreme-poverty-is-history-in-china-officials-say; 28.10.2022]
- Electronic Identification (11.08.2022): Die europäische digitale Identität und die eID-Karte [www.electronicid.eu/fr/blog/post/die-europaeische-digitale-identitaet-und-die-eid-karte/de; 07.10.2022]
- Elektroniknet.de (14.12.2022): Chipkrieg USA gegen China: Peking bereitet 143-Milliarden-Dollar-Paket vor. Higgelke, Ralf [www.elektroniknet.de/halbleiter/peking-bereitet-143-milliarden-dollar-paket-vor.201078.html; 21.12.2022]
- Elektronikpraxis (20.06.2022): „Goldene Ära“ für Lichtwellen-Chips: China setzt auf hochintegrierte Photonik-ICs. Bork, Henrik [www.elektronikpraxis.de/china-setzt-auf-hochintegrierte-photonik-ics-a-77ff4ca285e075b6ac76cc8f88905835; 21.12.2022]
- Euractiv (26.09.2022): Brussels warns Serbia not to reinforce ties with Russia [www.euractiv.com/section/politics/short_news/brussels-warns-serbia-not-to-reinforce-ties-with-russia; 25.10.2022]
- EuroIntegration (21.06.2022): Україна отримала статус партнера-учасника ініціативи Тримор'я [www.eurointegration.com.ua/news/2022/06/21/7141676; 21.12.2022]
- Financial Times (02.03.2017): Isis Uighurs threaten 'rivers of blood' in China. Hornby, Lucy [www.ft.com/content/ddeb5872-ff1f-11e6-96f8-3700c5664d30?mhq5j=e1; 05.11.2022]
- Finanzen100 (05.08.2022): Inselland dominiert Halbleiter-Fertigung Taiwan-Streit bedroht zentrale Lieferkette: „Dann sind wir alle Verlierer“ [www.finanzen100.de/finanznachrichten/boerse/taiwan-streit-bedroht-zentrale-lieferkette-dann-sind-wir-alle-verlierer H793178303 129422785; 01.12.2022]
- Finanzmarkt Welt (07.07.2022): In Pakistan gehen die Lichter aus – Europa kauft jeden verfügbaren LNG-Tanker: Europas Jagd nach Flüssiggas bedroht die Existenz armer Länder. Hartz, Thomas [<https://finanzmarktwelt.de/in-pakistan-gehen-die-lichter-aus-europa-kauft-jeden-verfuegbaren-lng-tanker-239231>; 27.11.2022]

- Focus Online (13.11.2013): Chinas Devisenreserven auf 3,2 Billionen US-Dollar
[www.focus.de/finanzen/news/chinas-devisenreserven-auf-3-2-billionen-us-dollar-finanzen_id_2185160.html; 08.12.2022]
- Focus Online (24.04.2018): China schafft Joint-Venture-Zwang ab. Neue Regeln: Wie deutsche Autobauer von Chinas Automarkt profitieren. Viehmann, Sebastian [www.focus.de/auto/china-schafft-joint-venture-zwang-ab-was-wirklich-hinter-chinas-oeffnung-steckt-und-warum-es-auch-deutschen-autobauern-hilft_id_8791406.html; 17.11.2022]
- Focus Online (24.08.2022): Fast 10 Milliarden Euro seit 1979. 630 Millionen Euro: Warum Deutschland Entwicklungshilfe an Weltmacht China zahlt. [www.focus.de/politik/ausland/630-millionen-euro-allein-im-jahr-2017-fast-10-milliarden-euro-seit-1979-darum-zahlt-deutschland-entwicklungshilfe-an-china_id_10817274.html; 20.12.2022]
- Focus Online (02.03.2022): Besuch in den USA: Habeck sieht Deutschland in einer „dienenden Führungsrolle“ [www.focus.de/politik/deutschland/besuch-in-den-usa-habeck-sieht-deutschland-in-einer-dienenden-fuehrungsrolle_id_61552626.html; 04.12.2022]
- Focus Online (29.10.2022): BASF investiert in China: Wenn Deutschland nicht gegensteuert, flieht die Industrie ins Ausland [www.focus.de/finanzen/news/basf-investiert-in-china-wenn-deutschland-nicht-gegensteuert-flieht-die-industrie-ins-ausland_id_172633199.html; 29.10.2022]
- Forbes (14.01.2021): A New Coalition Forms To Make Digital Vaccine ID Cards A Reality. Rosenbaum, Leah [www.forbes.com/sites/leahrosenbaum/2021/01/14/a-new-coalition-forms-to-make-digital-vaccine-id-cards-a-reality; 12.12.2022]
- Forbes (21.07.2022): BRICS In The New World Energy Order: Hedging In Oil Geopolitics. Doshi, Tilak [www.forbes.com/sites/tilakdoshi/2022/07/21/brics-in-the-new-world-energy-order-hedging-in-oil-geopolitics; 28.11.2022]
- Forbes (16.08.2022): Follow The Yellow BRIC Road (To A New Digital Reserve Currency?), Birch, David G.W. [www.forbes.com/sites/davidbirch/2022/08/16/follow-the-yellow-bric-road-to-a-new-digital-reserve-currency; 28.11.2022]
- Forbes Kasachstan (29.11.2022): The False Promise of America's CHIPS Act: The US Congress recently approved the CHIPS and Science Act, which allocates over \$50 billion to strengthen the semiconductor industry in the hope of making the United States self-sufficient. Krueger, Anne O. [https://forbes.kz/life/opinion/the_false_promise_of_americas_chips_act; 01.12.2022]
- Fox Business (01.02.2022): Soros calls China's Xi Jinping 'the greatest threat that open societies face today'. Soros says China will use Olympics to 'score propaganda victory for its system of strict controls'. Singman, Brooke [www.foxbusiness.com/politics/soros-china-xi-jinping-greatest-threat-open-societies-face; 25.10.2022]
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (08.04.2014): Die Krim und das Völkerrecht : Kühle Ironie der Geschichte. Merkel, Reinhard [www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-krim-und-das-voelkerrecht-kuehle-ironie-der-geschichte-12884464.html; 15.12.2022]
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (10.05.2019): Zölle und Technologie: Amerika erhöht den Druck auf China [www.faz.net/aktuell/wirtschaft/der-handelsstreit/handelsstreit-mit-china-amerika-erhoeht-zoelle-auf-25-prozent-16179965.html; 17.11.2022]
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (15.08.2021): Neue Seidenstraße: Die Schattenseiten der chinesischen Investitionen. Hein, Christoph [www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/neue-seidenstrasse-schattenseiten-chinesischer-investments-17484369.html; 10.10.2022]
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (21.04.2022): Sozialkreditsystem: Tugendpunkte in Bologna. Kaube, Jürgen [www.faz.net/aktuell/feuilleton/bologna-testet-punktesystem-fuer-soziales-wohlverhalten-17970037.html; 12.12.2022]
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (14.06.2022): China erklärt die Taiwan-Straße zum eigenen Gewässer. Böge, Friederike [www.faz.net/aktuell/politik/ausland/china-erklaert-die-taiwan-strasse-zum-eigenen-gewaesser-18102837.html; 28.11.2022]
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (10.11.2022): Top-Manager zur Globalisierung : „Ein Rückzug aus China schneidet uns ab“. [www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/dax-manager-zu-globalisierung-rueckzug-aus-china-schneidet-uns-ab-18448754.html; 14.11.2022]

- Frankfurter Allgemeine Zeitung (09.12.2022): Chinas Wende: Als habe es die Null-Covid-Lehre nie gegeben. Böge, Friederike [www.faz.net/aktuell/politik/ausland/corona-lockerungen-in-china-als-haette-es-null-covid-nie-gegeben-18520122.html]; 11.12.2022]
- Geo-Ref.net (22.05.2022): Landkarte - Verwaltungsstruktur - Bevölkerungsdichte von China. [www.geo-ref.net/pdf/china.pdf]; 20.10.2022]
- German Foreign Policy (06.10.2022): Spiel mit dem Feuer: Der Besuch einer Bundestagsdelegation auf Taiwan verschärft den Konflikt mit China. Der Westen sucht Taipei gegen Beijing in Stellung zu bringen – auch militärstrategisch. In: Informationen zur Deutschen Außenpolitik [www.german-foreign-policy.com/news/detail/9043]; 06.10.2022]
- German Foreign Policy (18.10.2022): Spiel mit dem Feuer (II): Die USA bereiten Taiwan auf ein Kriegsschicksal wie dasjenige der Ukraine vor und rüsten Taipei dazu passend auf. Deutschland beteiligt sich an einer Kampagne, die einen Krieg um Taiwan riskiert. In: Informationen zur Deutschen Außenpolitik [www.german-foreign-policy.com/news/detail/9055]; 18.10.2022]
- German Foreign Policy (19.07.2022): Deutschland als Führungsmacht: Bundeskanzler Olaf Scholz will die EU als „geopolitischen Akteur“ in der Weltpolitik positionieren. SPD-Vorsitzender sieht Deutschland als „Führungsmacht“. In: Informationen zur Deutschen Außenpolitik [www.german-foreign-policy.com/news/detail/8981]; 28.10.2022]
- German Foreign Policy (21.09.2022): „Bereit zu führen“: Einflussreiche deutsche Tageszeitung betreibt Manöverkritik an den anschwellenden Berliner Forderungen nach „deutscher Führung“ in Europa und „europäischer Führung“ in der Welt. In: Informationen zur Deutschen Außenpolitik [www.german-foreign-policy.com/news/detail/9029]; 06.10.2022]
- German Foreign Policy (20.10.2022): „China niederkonkurrieren“: Neue US-Sanktionen gegen China könnten ernste Folgen für die deutsche Industrie mit sich bringen. Washington sucht mit ihnen zentrale chinesische High-Tech-Branchen zu zerstören. In: Informationen zur Deutschen Außenpolitik [www.german-foreign-policy.com/news/detail/9059]; 20.10.2022]
- German Foreign Policy (24.10.2022): Spiel mit dem Feuer (III): Bundestagsdelegation reist nach Taiwan, will dessen „Selbständigkeit“ fördern und erklärt die Insel – völkerrechtlich ein Teil Chinas – zum „Staat“. Washington maximiert den Druck auf Beijing. In: Informationen zur Deutschen Außenpolitik [www.german-foreign-policy.com/news/detail/9061]; 24.10.2022]
- German Foreign Policy (27.10.2022): Machtkämpfe hinter der Front: Der transatlantische Machtkampf um die Dominanz in Ost- und Südosteuropa spitzt sich zu – mit Blick auf die Aufrüstung, die Energieversorgung und den Wiederaufbau der Ukraine [www.german-foreign-policy.com/news/detail/9065]; 13.12.2022]
- German Foreign Policy (10.11.2022): Einflusskampf am Nil: Deutsche Bahn AG erhält Milliardenauftrag in Ägypten und betreibt dort ein von Siemens errichtetes Hochgeschwindigkeitsnetz. In: Informationen zur Deutschen Außenpolitik [www.german-foreign-policy.com/news/detail/9079]; 08.12.2022]
- German Foreign Policy (23.11.2022): Im „Systemwettbewerb“ mit den USA: Handelsstreit zwischen EU und USA um US-Investitionsprogramme, die Zukunftsindustrien aus Europa abwerben, weitet sich aus. Manager warnen vor „Standortflucht“ in die USA [www.german-foreign-policy.com/news/detail/9091]; 13.12.2022]
- German Foreign Policy (06.12.2022): Berlin und das „asiatische Jahrhundert“: Außenministerin Baerbock bemüht sich in New Delhi um eine engere deutsch-indische Kooperation – auch, um Indien von seiner Zusammenarbeit mit Russland und China abzubringen. In: Informationen zur Deutschen Außenpolitik [www.german-foreign-policy.com/news/detail/9103]; 10.12.2022]
- Global Terrorism Database (05.11.2022): China search results: 288. [www.start.umd.edu/gtd]; 05.11.2022]
- Global Times (09.11.2020): DPP collusion with hostile US ‘NGOs’ open as ever. Xiaoyi, Lin [www.globaltimes.cn/content/1206145.shtml]; 01.12.2022]
- Global Times (02.12.2021): GT Investigates: US wages global color revolutions to topple govts for the sake of American control. True colors of ‘democracy’ [www.globaltimes.cn/page/202112/1240540.shtml]; 28.10.2022]
- Global Times (12.05.2022): China’s FDI use surges 26.1% in Jan-Apr, a strong rebuttal to ‘capital withdrawal’ hype. Figure shows China’s key role for multinationals, global economy [www.globaltimes.cn/page/202205/1265524.shtml]; 04.12.2022]
- Global Times (07.08.2022): Pelosi’s provocative Taiwan visit lashed out by mainstream US media, intl politicians. Ball in US court to make sincere moves to improve ties, otherwise bilateral relations risk escalation: experts [www.globaltimes.cn/page/202208/1272408.shtml]; 01.12.2022]

- Global Times (18.10.2022): China's first photonic chip production line to be ready in 2023
[www.globaltimes.cn/page/202210/1277405.shtml; 21.12.2022]
- Global Times (28.10.2022): Chinese FM informs Russia about 20th CPC National Congress: 'Any attempt to stop two countries from marching forward' doomed to fail. Sheng, Yang
[www.globaltimes.cn/page/202210/1278201.shtml; 31.10.2022]
- Handelsblatt (29.03.2019): Chinas Marsch nach Westen: Wie gefährlich die „Neue Seidenstraße“ wirklich ist. Hanke, Thomas; Hoppe, Till; Koch, Moritz; Riecke, Torsten & Thomas Sigmund
[www.handelsblatt.com/politik/international/welthandel-chinas-marsch-nach-westen-wie-gefaehrlich-die-neue-seidenstrasse-wirklich-ist/24155726.html; 10.10.2022]
- Handelsblatt (18.03.2020): Chinas Code-System: Wie die Coronakrise zu noch mehr Überwachung führte. Im Kampf gegen das Coronavirus setzt China auf Software-Programme, die massiv persönliche Daten sammeln. Experten kritisieren eine neue Stufe der Überwachung. Heide, Dana
[www.handelsblatt.com/technik/digitale-revolution/digitale-revolution-chinas-code-system-wie-die-coronakrise-zu-noch-mehr-ueberwachung-fuehrte/25653166.html; 11.12.2022]
- Handelsblatt (29.11.2021): Global Gateway. Der 300-Milliarden-Euro-Plan: Die EU stemmt sich gegen Chinas Seidenstraße. Koch, Moritz [www.handelsblatt.com/politik/international/global-gateway-der-300-milliarden-euro-plan-die-eu-stemmt-sich-gegen-chinas-seidenstrasse/27843896.html; 10.10.2022]
- Handelsblatt (21.09.2022): BMW-Deal verzerrt Bilanz: Chinas Ruf als Investitionsstandort „erodiert“: Ohne Großinvestitionen von BASF und BMW wären die deutschen Direktinvestitionen rückläufig. Die europäische Handelskammer warnt, dass der wichtige Markt immer unberechenbarer wird. Gusbeth, Sabine [www.handelsblatt.com/unternehmen/management/auslandsgeschaef-bmw-deal-verzerzt-bilanz-chinas-ruf-als-investitionsstandort-erodiert/28692338.html; 18.11.2022]
- Handelsblatt (29.11.2022): Transatlantischer Streit. Der fremde Freund: Droht ein Handelskrieg zwischen den USA und der EU? Holtermann, Felix; Meiritz, Annett; Münchrath, Jens; Koch, Moritz & Christoph Herwartz [www.handelsblatt.com/politik/international/transatlantischer-streit-der-fremde-freund-droht-ein-handelskrieg-zwischen-den-usa-und-der-eu/28823558.html; 08.12.2022]
- Handelsblatt (01.12.2022): Global Gateway: Europas Milliardenbluff im Systemwettbewerb mit China. Die Antwort der EU auf Chinas Seidenstraße ist bislang nichts als ein Etikettenschwindel – Europa wird seinem geopolitischen Anspruch nicht gerecht. Koch, Moritz
[www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-global-gateway-europas-milliardenbluff-im-systemwettbewerb-mit-china/28843076.html; 17.12.2022]
- Headlines & Global News (18.03.2021): China Interference in US Elections Is a Fact - Intelligence Report. Forster, Ed [www.hngn.com/articles/234996/20210318/china-interference-elections.htm; 19.10.2022]
- Heise Online (31.08.2022): China: Datenbank mit 800 Millionen Gesichtern und Nummernschildern im Netz. Knop, Dirk [www.heise.de/news/China-Datenbank-mit-800-Millionen-Gesichtern-und-Nummernschildern-im-Netz-7249130.html; 01.11.2022]
- High North News (26.10.2022): EU Imports of Russian LNG Sore to Record Highs; Supply Mostly from Arctic. Humpert, Malte [www.highnorthnews.com/en/eu-imports-russian-lng-sore-record-highs-supply-mostly-arctic; 31.10.2022]
- ING (22.06.2022): BRICS: The new name in reserve currencies
[<https://think.ing.com/downloads/pdf/opinion/brics-the-new-name-in-reserve-currencies>; 28.11.2022]
- International Christian Concern (20.07.2022): Underground Catholic Church Demolished in China's Hebei
[www.persecution.org/2022/07/20/underground-catholic-church-demolished-chinas-hebei; 02.11.2022]
- Internationale Politik und Gesellschaft (13.10.2022): Diplomatie mit der Nadel: In der Pandemie hat sich in vielen Entwicklungsländern Chinas Narrativ als „Ersthelfer“ festgesetzt. Die EU muss strategisch kontern. Rudolf, Moritz [www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/diplomatie-mit-der-nadel-6247; 25.10.2022]
- Internationale Politik und Gesellschaft (24.10.2022): Chinas neue Ära: Xi Jinping will die Volksrepublik zurück an die Weltspitze führen. Sergio Grassi in Peking über den 20. Parteitag der Kommunistischen Partei.
[www.ipg-journal.de/interviews/artikel/chinas-neue-aera-6270; 25.10.2022]
- International Republican Institute (09.09.2019): Russia Stirs Fear of Color Revolutions. Bušs, Krišjānis
[www.iri.org/news/russia-stirs-fear-of-color-revolutions; 28.10.2022]
- Investment Monitor (25.07.2022): China to take lead in global semiconductor growth: China will lead the global semiconductor industry by 2030 due to its growing market size and domestic production capacity.

- Williams, Lara [www.investmentmonitor.ai/features/china-lead-global-semiconductor-growth-2030; 21.12.2022]
- Jungle World (27.10.2022): Die USA verhängen Sanktionen gegen die chinesische Mikrochipindustrie: Sicherheit geht vor Export. Simon, Paul [<https://jungle.world/artikel/2022/43/sicherheit-geht-vor-export>; 31.10.2022]
- Le Monde (08.06.2022): Les preuves existent: Pékin a enfermé de façon arbitraire au moins un million de Ouïgours dans des camps et des prisons [www.lemonde.fr/idees/article/2022/06/08/les-preuves-existent-pekina-enferme-de-facon-arbitraire-au-moins-un-million-de-ouigours-dans-des-camps-et-des-prisons_6129312_3232.html; 06.10.2022]
- Le Monde (13.10.2022): The EU wants to push Serbia to break with Russia: Brussels is putting pressure on President Aleksandar Vucic to choose his side more clearly as the country faces challenges in joining the EU. Chastand, Jean-Baptiste [www.lemonde.fr/en/international/article/2022/10/13/the-eu-wants-to-push-serbia-to-break-with-russia_6000239_4.html; 25.10.2022]
- Le Monde Diplomatique (07.03.2019): Bleierne Zeit in Xinjiang: Folter, Umerziehungslager, digitale Kontrolle: Die muslimische Minderheit der Uiguren in China wird brutal unterdrückt. Castets, Rémi [<https://monde-diplomatique.de/artikel/!5576876>; 06.10.2022]
- Manager Magazin (18.10.2018): Krawall in Shanghai und anderen Städten: Chinesen protestieren gegen sinkende Immobilienpreise. Kaiser, Arvid [www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/china-protest-wegen-sinkender-preise-fuer-immobilien-a-1233816.html; 09.12.2022]
- Manager Magazin (20.09.2022): Zahl der Millionäre in China wird sich verdoppeln [www.manager-magazin.de/finanzen/vermoegensstudie-zahl-der-millionaere-in-china-wird-sich-verdoppeln-a-48a23880-c276-44a8-b1c2-7fda33d138c3; 14.11.2022]
- Manager Magazin (09.12.2022): Probleme bei Zulieferer Foxconn: Apple beschleunigt Pläne zum China-Abzug. [www.manager-magazin.de/unternehmen/tech/foxconn-apple-beschleunigt-plaene-zum-abzug-der-produktion-aus-china-a-5e1614bc-6f3d-48c9-bdd7-a6c8bc53f499; 11.12.2022]
- Markets Insider (19.09.2022): India just purchased its most expensive LNG cargo in history as it scrambles to replace cancelled Russian gas deliveries. Sor, Jennifer [<https://markets.businessinsider.com/news/commodities/india-replace-russian-gas-lng-shipment-gazprom-germany-energy-crisis-2022-9>; 18.10.2022]
- McKinsey (24.10.2022): The Inflation Reduction Act: Here's what's in it: The Inflation Reduction Act contains \$500 billion in new spending and tax breaks that aim to boost clean energy, reduce healthcare costs, and increase tax revenues [www.mckinsey.com/industries/public-and-social-sector/our-insights/the-inflation-reduction-act-heres-whats-in-it; 08.12.2022]
- Merkur (31.10.2020): Neue Corona-Studie der WHO überrascht sogar Experten: So tödlich ist das Virus wirklich. Reich, Stefan [www.merkur.de/welt/who-corona-studie-tote-uebersterblichkeit-infektion-pandemie-zr-90073439.html; 11.12.2022]
- Merkur (07.10.2022): China geht gegen Covid-Gerüchte vor: Persönliches Leid der Einwohner streng zensiert. Rüggeberg, Stella [www.merkur.de/politik/china-geht-gegen-covid-geruechte-vor-persoennesliches-leid-der-einwohner-streng-zensiert-zr-91836389.html; 10.12.2022]
- Merkur (10.12.2022): „Unerwartet“: Kreml-Chef Putin sieht „enttäuschende“ Merkel-Aussagen zum Minsker Abkommen. Rogalla, Lukas [www.merkur.de/politik/russland-ukraine-krieg-angela-merkel-interview-zeit-minsker-abkommen-kreml-putin-sacharowa-91967216.html; 18.12.2022]
- Money Control (05.10.2022): Will the new BRICS basket 'de-dollarise' the global financial system? Dabhade, Aishwarya [www.moneycontrol.com/news/business/economy/will-the-new-brics-basket-de-dollarise-the-global-financial-system-9280581.html; 28.11.2022]
- Morning Star (15.10.2019): Turkey's state-sponsored Islamic terrorism. Syrian born Amir Darwish exposes Turkey's long history of support for Isis and other jihadist groups in the Middle East. Darwish, Amir [<https://morningstaronline.co.uk/article/f/turkeys-state-sponsored-islamic-terrorism>; 10.11.2022]
- Morning Star (14.11.2022): Saudi Arabia, Egypt and Turkey apply to join Brics [<https://morningstaronline.co.uk/article/f-2nd-saudi-arabia-egypt-and-turkey-apply-join-brics-forum>; 28.11.2022]
- Neue Zürcher Zeitung (25.04.2019): «Global Risk»: Xi Jinpings Belt-and-Road-Initiative in der Kritik – wohin steuert das Megaprojekt? Kamp, Matthias [www.nzz.ch/globalrisk/global-risk-neue-seidenstrasse-ld.1477366; 10.10.2022]

Neue Zürcher Zeitung (10.05.2022): Eigenes politisches Versagen hat Sri Lanka ins Verderben gestürzt – China spielte dabei nur eine Nebenrolle. Spalinger, Andrea [www.nzz.ch/meinung/fuer-krise-in-sri-lanka-ist-nicht-china-hauptverantwortlich-ld.1679544]; 27.11.2022]

Neue Zürcher Zeitung (10.05.2022): Die Demonstrationen in Sri Lanka werden gewalttätig. Die bisher friedlichen Proteste gegen die Regierung in Sri Lanka sind eskaliert. Sieben Personen sind bereits ums Leben gekommen. Babst, Andreas [www.nzz.ch/international/sri-lanka-proteste-gegen-die-regierung-werden-gewalttaetig-ld.1683302]; 27.11.2022]

Neue Zürcher Zeitung (28.10.2022): Chinesen wollen deutsche Chip-Fertigung kaufen – der Geheimdienst hat Bedenken. Stumpf, Rüdiger [www.nzz.ch/international/chinesen-wollen-deutschen-chip-fertigung-kaufen]; 15.11.2022]

New York Times (07.08.2008): Group Says Video Warns of Olympic Attack. Wong, Edward [www.nytimes.com/2008/08/08/sports/olympics/08china.html?_r=0]; 04.11.2022]

New York Times (24.02.2017): Western China Region Aims to Track People by Requiring Car Navigation. Wong, Edward [www.nytimes.com/2017/02/24/world/asia/china-xinjiang-gps-vehicles.html]; 05.11.2022]

NPR (19.08.2022): Why a Chinese ship's arrival in Sri Lanka has caused alarm in India and the West. Frayer, Lauren [www.npr.org/2022/08/19/1118113095/sri-lanka-china-ship-hambantota-port]; 27.11.2022]

Nspirement (21.05.2022): First Social Credit System in Europe: Rewards for Exemplary Citizens? Auctor, Armin [www.nspirement.com/2022/05/21/social-credit-system-in-europe.html]; 07.10.2022]

Ntv (30.09.2022): „Steil negativer geworden“: Präsident Xi Jinping schadet Chinas Image [www.n-tv.de/politik/Ansehen-Chinas-im-Westen-Praesident-Xi-Jinping-verschlechtert-Image-seines-Landes-article23620220.html]; 10.12.2022]

Ntv (23.10.2022): Neue Studie sorgt für Wirbel. Deutscher Forscher: Sars-CoV-2 kommt zu 99,9 Prozent aus Labor. Stoppel, Kai [www.n-tv.de/wissen/Deutscher-Forscher-Sars-CoV-2-kommt-zu-99-9-Prozent-aus-Labor-article23669036.html]; 25.10.2022]

Ntv (29.10.2022): Überraschend freundliche Töne Xi möchte mit USA jetzt den Weltfrieden sichern [www.n-tv.de/politik/Xi-moechte-mit-USA-jetzt-den-Weltfrieden-sichern-article23678393.html]; 30.10.2022]

Oxford Mail (24.10.2022): Traffic filters will divide city into „15 minute“ neighbourhoods. Norris, Miranda [www.oxfordmail.co.uk/news/23073992.traffic-filters-will-divide-city-15-minute-neighbourhoods]; 13.12.2022]

Phoenix (16.10.2022): Tag 3: Grünen-Parteitag zum Klimaschutz (1), ab Minute 57:00 [https://youtu.be/z_XXBnlc8UI]; 07.12.2022]

Politico (30.11.2021): EU makes late bid to rival China on the Silk Road. Ursula von der Leyen will unveil €300 billion spending plan on Wednesday. Lau, Stuart; Tamma, Paola & Joshua Posaner [www.politico.eu/article/eu-makes-late-bid-to-rival-china-on-the-silk-road]; 28.11.2022]

Politico (12.08.2022): Why Germany won't get tough on Beijing – even if it invades Taiwan: The German economy is even more dependent on China than it is on Russia. Karnitschnig, Matthew [www.politico.eu/article/why-germany-wont-get-tough-on-beijing-even-if-it-invades-taiwan]; 08.12.2022]

Politico (24.11.2022): Europe accuses US of profiting from war. EU officials attack Joe Biden over sky-high gas prices, weapons sales and trade as Vladimir Putin's war threatens to destroy Western unity. Moens, Barbara; Hanke Vela, Jakob & Jacopo Barigazzi [www.politico.eu/article/vladimir-putin-war-europe-ukraine-gas-inflation-reduction-act-ira-joe-biden-rift-west-eu-accuses-us-of-profiting-from-war]; 01.12.2022]

Politico (25.11.2022): Biden keeps ignoring Europe. It's time EU leaders got the message. The US president has sparked new outrage in Europe over plans to subsidize industry. Vinocur, Nicholas [www.politico.eu/article/joe-biden-ira-inflation-reduction-us-ignores-eu]; 01.12.2022]

Politics Today (24.06.2021): EU-China Trade Deal: Where Does the US Stand? The temporary freezing of the EU-China trade deal may give time to the Biden administration to shift the directions of the EU's policy on China in its favor. Sabaghi, Dario [<https://politicstoday.org/eu-china-trade-deal-where-does-the-us-stand>]; 05.12.2022]

Pro Christliches Medienmagazin (01.09.2018): Christenverfolgung: Chinas Hauskirchen protestieren gegen Regierung [www.pro-medienmagazin.de/chinas-hauskirchen-protestieren-gegen-regierung]; 20.10.2022]

Pro Christliches Medienmagazin (11.01.2019): Aus Zehn Geboten werden neun: Chinas Xi Jinping streicht das Erste Gebot. Gastbeitrag von Open Doors Deutschland [www.pro-medienmagazin.de/chinas-xi-jinping-streich-t-das-erste-gebot; 20.10.2022]

Pro Christliches Medienmagazin (18.12.2019): Begrenzte Religionsfreiheit: Die fröhlichen Christen eines Landes im Kontrollwahn. Kaul, Albrecht [www.pro-medienmagazin.de/die-froehlichen-christen-eines-landes-im-kontrollwahn; 20.10.2022]

Pro Christliches Medienmagazin (15.01.2020): Weltverfolgungsindex: „China will die Zahl der Christen klein halten“. Interview mit Markus Rode, Leiter von Open Doors Deutschland [www.pro-medienmagazin.de/china-will-die-zahl-der-christen-klein-halten; 18.10.2022]

Pro Christliches Medienmagazin (01.07.2020): Unterdrückung von Christen: China reißt 500 Kreuze von Kirchen ab. Zacharias, Swanhild [www.pro-medienmagazin.de/china-reisst-500-kreuze-von-kirchen-ab; 01.11.2022]

Radio Free Asia (05.11.2020): US Drops ETIM From Terror List, Weakening China's Pretext For Xinjiang Crackdown [www.rfa.org/english/news/uyghur/etim-11052020155816.html; 04.11.2022]

Radio Free Asia (01.04.2021): Chinese Christians Held in Secretive Brainwashing Camps: Sources. Washington, DC [www.rfa.org/english/news/china/christians-camps-04012021081013.html; 31.10.2022]

Radio Free Asia (07.10.2022): Indonesia opposes 'politicizing' UN rights body after blocking China-Uyghur debate. World's largest Muslim-majority country voted against discussing report on China's policies in Xinjiang. Dianti, Tria [www.rfa.org/english/news/uyghur/un-china-vote-10072022173135.html; 04.11.2022]

Radio Free Asia (08.12.2022): China's Youth League hints that easing COVID curbs were sparked by protests. Wei, Jing [www.rfa.org/english/news/china/china-protest-response-12082022145444.html; 09.12.2022]

Radio Free Europe (08.06.2022): What's Next For China's Fudan University Campus In Hungary? Keller-Alant, Akos & Reid Standish [www.rferl.org/a/hungary-orban-china-fudan-budapest/31888800.html; 20.12.2022]

Reuters (11.05.2017): Syria says up to 5,000 Chinese Uighurs fighting in militant groups. Blanchard, Ben [www.reuters.com/article/uk-mideast-crisis-syria-china-idUSKBN1840UP; 03.11.2022]

Reuters (28.02.2022): China willing to work with U.S. on Build Back Better World initiative [www.reuters.com/world/china/china-willing-work-with-us-build-back-better-world-initiative-2022-02-28; 27.11.2022]

Reuters (19.08.2022): German dependence on China growing "at tremendous pace" – IW [www.reuters.com/world/german-dependence-china-growing-tremendous-pace-iw-2022-08-19; 08.12.2022]

Reuters (06.10.2022): Explainer: What is NOPEC, the U.S. bill to pressure the OPEC+ oil group? Gardner, Timothy [www.reuters.com/world/us/what-is-nopec-us-bill-pressure-opec-oil-group-2022-10-05; 25.10.2022]

RND (29.05.2022): Laufzeit von mehreren Jahren. Besonders billig: Serbien schließt neuen Mega-Gasdeal mit Russland [www.rnd.de/wirtschaft/serbien-schliesst-mega-gasdeal-mit-russland-vertrag-laeuft-drei-jahre-YILS6C3V5OWDEMFIGNOS6M.html; 20.12.2022]

RND (29.07.2022): Technologie voranbringen: US-Marine will mit Drohnenschiffen wieder zu China aufschließen [www.rnd.de/wirtschaft/usa-marine-will-mit-drohnenschiffen-zu-china-aufschliessen-CIJEWXTOHZHQV5PFVVMGHXT3ZM.html; 07.12.2022]

RT (27.10.2022): Xi's third term: Here's why the Chinese leader's reelection is good news for Russia, but ominous for the US and Taiwan. The precedent-busting extra five years could see years of tensions finally come to a head [www.rt.com/news/565150-infinite-xi; 29.10.2022]

RT (29.10.2022): British navy involved in Nord Stream 2 'terrorist attack' – Russia. UK forces participated in an operation which damaged Europe's energy security, Moscow claims [www.rt.com/russia/565577-nord-stream-uk-attack; 30.10.2022]

Russische Föderation (16.09.2022): Встреча с Премьер-министром Индии Нарендрой Модди. Москва: Кремль [<http://kremlin.ru/events/president/news/69362>; 07.12.2022]

ShareCast (13.12.2022): What does China's Digital Yuan mean for Bitcoin? [www.sharecast.com/promoted/cryptocurrencies/what-does-chinas-digital-yuan-mean-for-bitcoin.html; 13.12.2022]

- Silk Road Briefing (16.09.2021): China Belt And Road Projects Value Now Exceeds US\$4 Trillion [www.silkroadbriefing.com/news/2020/11/25/china-belt-and-road-projects-value-now-exceeds-us4-trillion; 13.12.2022]
- South China Morning Post (02.04.2018): China saw 16-fold increase in returning jihadists in 2017, analyst says. Beijing must continue to tighten security as terrorist groups gain footholds close to its borders. Wu, Wendy [www.scmp.com/news/china/diplomacy-defence/article/2139983/china-saw-16-fold-increase-returning-jihadists-2017; 04.11.2022]
- South China Morning Post (07.11.2020): China could face greater terrorism threat as US 'delists' East Turkestan Islamic Movement, experts say. Zhou, Laura [www.scmp.com/news/china/diplomacy/article/3108910/china-could-face-greater-terrorism-threat-us-delists-east; 04.11.2022]
- South China Morning Post (10.10.2021): Aukus alliance: what is it, what does it have to do with China, and why is France angry? Zhu, Melissa [www.scmp.com/news/china/diplomacy/article/3151700/aukus-alliance-what-it-what-does-it-have-do-china-and-why; 24.11.2022]
- South China Morning Post (12.03.2022): How will China's Belt and Road Initiative fare when partners Russia, Ukraine are at war? Sun, Luna [www.scmp.com/economy/china-economy/article/3170142/how-will-chinas-belt-and-road-initiative-fare-when-partners; 28.10.2022]
- South China Morning Post (05.05.2022): What is the CPTPP and why is China eager to join? Wong, Kandy [www.scmp.com/economy/china-economy/article/3176487/what-cptpp-and-why-china-eager-join; 24.11.2022]
- South China Morning Post (31.10.2022): Global Impact: Now the dust has settled after the 20th party congress, where is China heading under Xi Jinping? Kwan, Daniel [www.scmp.com/economy/china-economy/article/3197836/global-impact-now-dust-has-settled-after-20th-party-congress-where-china-heading-under-xi-jinping; 08.12.2022]
- South China Morning Post (10.12.2022): 'Illicit' local Covid controls fuelling backlash in China, says government legal adviser. Chen, Stella [www.scmp.com/news/china/politics/article/3202715/illicit-local-covid-controls-fuelling-backlash-china-says-government-legal-adviser; 12.12.2022]
- South China Morning Post (12.12.2022): Bank of China offers customers e-lai see to promote retail use of digital yuan in Hong Kong [www.scmp.com/business/banking-finance/article/3203037/bank-china-offers-customers-e-lai-see-promote-retail-use-digital-yuan-hong-kong; 13.12.2022]
- Spektrum (18.10.2017): China auf dem Weg zur Weltraummacht: Das Reich der Mitte investiert kräftig in seine Raumfahrtprogramme – die Wissenschaft profitiert mittlerweile auch davon. Qiu, Jane [www.spektrum.de/news/china-auf-dem-weg-zur-weltraummacht/1512171; 16.12.2022]
- S&P Global Market Intelligence (11.04.2022): The world's 100 largest banks, 2022. Yamaguchi, Yuzo; Terris, Harry & Rehan Ahmad [www.spglobal.com/marketintelligence/en/news-insights/latest-news-headlines/the-world-s-100-largest-banks-2022-69651785; 16.12.2022]
- Spiegel (10.12.2021): Ein-China-Doktrin Nicaragua bricht diplomatische Beziehungen zu Taiwan ab. [www.spiegel.de/ausland/nicaragua-bricht-diplomatische-beziehungen-zu-taiwan-ab-a-92019664-1fa8-4cf1-8ad6-0d14cd95e60b; 10.10.2022]
- Spiegel (02.08.2022): Spannungen mit China: Baerbock sagt Taiwan Unterstützung bei möglichem Überfall zu [www.spiegel.de/ausland/annalena-baerbock-verspricht-taiwan-unterstuetzung-bei-moeglichem-ueberfall-durch-china-a-bd14bf74-dddd-4eab-9c09-f7c6d4bc2c4a; 01.12.2022]
- Spiegel (16.09.2022): Gipfeltreffen in Usbekistan Xi warnt vor Volksaufständen und »Einmischung« aus dem Ausland [www.spiegel.de/ausland/china-xi-jinping-warnt-vor-volksaufstaenden-und-einmischung-aus-dem-ausland-a-1e233793-d65d-43c4-a81e-c90d430fde7f; 07.12.2022]
- Spiegel (14.10.2022): Sabotageangriff auf Nord Stream: Schweden lässt gemeinsame Pipeline-Ermittlungen platzen [www.spiegel.de/politik/deutschland/nord-stream-schweden-lasst-zusammenarbeit-bei-pipeline-ermittlungen-platzen-a-490b359c-1508-458a-bb57-954e4ce11050; 06.12.2022]
- Spiegel (01.11.2022): Energiekrise: Jede zwölfte Industriefirma will Produktion verlagern [www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/energiekrise-jede-zwoelfte-industriefirma-will-produktion-verlagern-a-6a1d507b-fc77-4fe1-b0e1-d9029737d3d9; 07.12.2022]
- Spiegel (02.11.2022): Mehr als 600.000 Menschen betroffen: China weitert Lockdown um größte iPhone-Fabrik der Welt aus [www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/corona-ausbruch-china-weitet-lockdown-um-iphone-fabrik-von-foxconn-aus-a-96d01366-4030-4c5d-9379-ed3daf1b8301; 11.12.2022]

- Spiegel International (28.10.2022): Star Economist Nouriel Roubini on the Global Crises "World War III Has Already Effectively Begun". Interview Conducted By Tim Bartz und David Böcking
[www.spiegel.de/international/business/star-economist-roubini-on-the-global-crises-world-war-iii-has-already-effectively-begun-a-fd3126eb-4dd4-42fc-889e-27e4165f6702; 01.11.2022]
- Sputnik International (23.05.2014): 'Color Revolutions' Cause Apparent Damage to International Stability – Lavrov [<https://sputniknews.com/20140523/Color-Revolutions-Cause-Apparent-Damage-to-International-190067813.html>; 28.10.2022]
- Statista (24.09.2020): Number of Uninsured Americans on the Rebound. Buchholz, Katharina
[www.statista.com/chart/8441/number-of-americans-without-healthcare-insurance; 14.11.2022]
- Statista (17.11.2020): Mehr Güterzüge zwischen China und Europa. Janson, Matthias
[<https://de.statista.com/infografik/23522/anzahl-der-zwischen-europa-und-china-gefahrenen-gueterzuege>; 10.10.2022]
- Statista (13.01.2021): Anzahl der nach Taiwan geflohener Nationalisten im Chinesischen Bürgerkrieg im Jahr 1949. Weidenbach, Bernhard [<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1154834/umfrage/anzahl-nach-taiwan-gefloehener-nationalisten-im-chinesischen-buergerkrieg>; 30.10.2022]
- Statista (12.03.2021): Ratio of residents living below the poverty line in China from 2000 to 2020. Textor, C.
[www.statista.com/statistics/1086836/china-poverty-ratio; 29.10.2022]
- Statista (09.07.2021): China-Skepsis auf Allzeithoch. Bocksch, René
[<https://de.statista.com/infografik/25277/anteil-der-befragten-die-eine-negative-einstellung-zu-china-haben>; 28.11.2022]
- Statista (20.01.2022): Devisenreserven ausgewählter Länder weltweit im Juni 2021
[<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/866517/umfrage/devisenreserven-ausgewaehlter-laender>; 08.12.2022]
- Statista (25.01.2022): China's African Trade Takeover. Armstrong, Martin
[www.statista.com/chart/26668/main-import-countries-sources-africa/; 27.11.2022]
- Statista (09.02.2022): China: Das Reich der eingeschränkten Freiheit. Brandt, Mathias
[<https://de.statista.com/infografik/26795/anteil-der-befragten-die-ein-negatives-bild-von-china-haben>; 09.12.2022]
- Statista (01.03.2022): Anzahl der Vetos der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen im Zeitraum von 1946 bis 2022 (Stand 1. März)
[<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/322711/umfrage/vetos-der-staendigen-mitglieder-des-sicherheitsrates-der-vereinten-nationen>; 22.11.2022]
- Statista (14.04.2022): USA: Handelsbilanzsaldo von 2011 bis 2021. Muschter, René
[<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/15635/umfrage/handelsbilanz-der-usa>; 01.12.2022]
- Statista (14.04.2022): China: Export von Gütern von 2011 bis 2021. Muschter, René
[<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/15722/umfrage/export-von-guetern-aus-china>; 26.10.2022]
- Statista (26.04.2022): Anteil der Militärausgaben am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt (BIP) der 20 Länder mit den höchsten Militärausgaben im Jahr 2021
[<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/150664/umfrage/anteil-der-militaerausgaben-am-bip-ausgewaehlter-laender>; 07.12.2022]
- Statista (09.05.2022): Die 20 Länder mit dem größten Handelsbilanzüberschuss im Jahr 2021. Urmersbach. Bruno [<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/242539/umfrage/laender-mit-dem-groessten-handelsbilanzueberschuss>; 26.10.2022]
- Statista (17.05.2022a): Die 20 Länder mit dem größten kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021. Urmersbach. Bruno [<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36918/umfrage/laender-weltweit-nach-bruttoinlandsprodukt>; 26.10.2022]
- Statista (17.05.2022b): Europäische Union: Anteil am kaufkraftbereinigten globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1980 bis 2021 und Prognosen bis 2027. Urmersbach. Bruno
[<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/249045/umfrage/anteil-der-europaeischen-union-eu-am-globalen-bruttoinlandsprodukt-bip>; 04.12.2022]

- Statista (23.05.2022): Anteil der wichtigsten Exportnationen am weltweiten Außenhandel im Jahr 2021. Muschter, René <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2879/umfrage/anteil-der-wichtigsten-exportnationen-am-weltweiten-aussenhandel>; 15.11.2022]
- Statista (02.06.2022): Die 20 größten Exportländer weltweit im Jahr 2021. Urmersbach, Bruno <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37013/umfrage/ranking-der-top-20-exportlaender-weltweit>; 20.10.2022]
- Statista (01.07.2022): Number of Chinese Communist Party (CCP) members in China from 2011 to 2021. Textor, C. www.statista.com/statistics/281378/number-of-chinese-communist-party-ccp-members-in-china; 24.10.2022]
- Statista (05.07.2022): Anteile der Wirtschaftssektoren¹ am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den wichtigsten Industrie- und Schwellenländern im Jahr 2021. Urmersbach, Bruno <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37088/umfrage/anteile-der-wirtschaftssektoren-am-bip-ausgewaehlter-laender>; 16.11.2022]
- Statista (14.07.2022): Erkrankungs- und Todesfälle des Coronavirus in China (Wuhan) nach Region seit Dezember 2019. Radtke, Rainer <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1090434/umfrage/fallzahl-und-todesopfer-des-coronavirus-in-china>; 11.12.2022]
- Statista (25.07.2022): Taiwan: Umfrage in Taiwan zur Unabhängigkeit von China von 2011 bis 2022. Muschter, René <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1269803/umfrage/umfrage-in-taiwan-zum-anschluss-an-festland-china>; 28.11.2022]
- Statista (27.07.2022a): Gini index: inequality of income distribution in China from 2004 to 2020. Textor, C. www.statista.com/statistics/250400/inequality-of-income-distribution-in-china-based-on-the-gini-index; 14.11.2022]
- Statista (27.07.2022b): Staaten mit den größten militärischen Streitkräften nach Truppenstärke im Jahr 2022. Rudnicka, J. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36470/umfrage/die-groessten-armeen-weltweit-nach-aktiver-truppenstaerke>; 26.10.2022]
- Statista (27.07.2022c): Ranking der 20 Länder mit den weltweit höchsten Militärausgaben im Jahr 2021 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157935/umfrage/laender-mit-den-hoechsten-militaerausgaben>; 07.12.2022]
- Statista (09.08.2022): China: Altersstruktur von 1950 bis 2021 und Prognosen bis 2050. Muschter, René <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/166164/umfrage/altersstruktur-in-china>; 25.10.2022]
- Statista (10.08.2022): Ranking der 20 Länder mit dem größten Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021. Urmersbach, Bruno <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157841/umfrage/ranking-der-20-laender-mit-dem-groessten-bruttoinlandsprodukt>; 26.10.2022]
- Statista (20.09.2022): Daten und Fakten zur Weltwirtschaft. Muschter, René <https://de.statista.com/themen/1181/weltwirtschaft/#dossierKeyfigures>; 14.11.2022]
- Statista (29.09.2022): China: Bewertung der Innovationskraft nach dem Global Innovation Index von 2013 bis 2022. Muschter, René <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1103152/umfrage/bewertung-chinas-nach-dem-global-innovation-index>; 26.10.2022]
- Statista (30.09.2022): Household income distribution according to the Gini Index of income inequality in the United States from 1990 to 2021 www.statista.com/statistics/219643/gini-coefficient-for-us-individuals-families-and-households; 14.11.2022]
- Statista (20.10.2022): Länge der betriebenen Hochgeschwindigkeits-Schienennetze in ausgewählten Ländern. Keller, Sarah <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1129061/umfrage/laenge-der-hochgeschwindigkeits-schienennetze-nach-laendern>; 24.11.2022]
- Statista (27.10.2022): Hafen Hamburg: China dominiert den Containerhandel. Janson, Matthias <https://de.statista.com/infografik/28562/handelspartner-des-hamburger-hafens-nach-containerumschlag>; 16.11.2022]
- Statista (28.10.2022): Schätzungen der EU und UN zur möglichen Anzahl der Kriegsflüchtlinge durch den Russland-Ukraine-Krieg 2022 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1294713/umfrage/schaetzungen-zur-gesamtzahl-der-kriegsfluechtlinge-aus-der-ukraine>; 28.10.2022]
- Statista (02.11.2022): China: Staatsverschuldung von 1995 bis 2021 und Prognosen bis 2027 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Muschter, René

- [\[https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167167/umfrage/staatsverschuldung-von-china-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip\]](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167167/umfrage/staatsverschuldung-von-china-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip); 08.12.2022]
- Statista (11.11.2022a): China: Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1980 bis 2021 und Prognosen bis 2027. Muschter, René
[\[https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14560/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-china\]](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14560/umfrage/wachstum-des-bruttoinlandsprodukts-in-china); 08.12.2022]
- Statista (11.11.2022b): China: Anteil am kaufkraftbereinigten globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1980 bis 2021 und Prognosen bis 2027. Muschter, René
[\[https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167632/umfrage/anteil-chinas-am-globalen-bruttoinlandsprodukt-bip\]](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167632/umfrage/anteil-chinas-am-globalen-bruttoinlandsprodukt-bip); 15.11.2022]
- Statista (11.11.2022c): China: Inflationsrate von 1981 bis 2021 und Prognosen bis 2027. Muschter, René
[\[https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167115/umfrage/inflationsrate-in-china\]](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167115/umfrage/inflationsrate-in-china); 08.12.2022]
- Statista (15.11.2022): Die zehn Länder mit der jeweils größten Bevölkerung in den Jahren 1950, 2000 und 2021 sowie Prognosen für 2030, 2050 und 2100. Urnersbach, Bruno
[\[https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157531/umfrage/laender-mit-der-hoechsten-bevoelkerungszahl\]](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157531/umfrage/laender-mit-der-hoechsten-bevoelkerungszahl); 21.11.2022]
- Statista (01.12.2022): Die 20 Länder mit der höchsten Staatsverschuldung im Jahr 2021 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Urnersbach, Bruno
[\[https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157855/umfrage/laender-mit-der-hoechsten-staatsverschuldung\]](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157855/umfrage/laender-mit-der-hoechsten-staatsverschuldung); 08.12.2022]
- Süddeutsche Zeitung (19.03.2021): USA und China: Sechs Grad unter null [\[www.sueddeutsche.de/politik/usa-china-alaska-anchorage-1.5240256\]](http://www.sueddeutsche.de/politik/usa-china-alaska-anchorage-1.5240256); 26.10.2022]
- Süddeutsche Zeitung (22.10.2022): Besuch in Taiwan: Ärger mit Ansage [\[www.sueddeutsche.de/politik/taiwan-bundestag-china-menschenrechtsausschuss-1.5679888\]](http://www.sueddeutsche.de/politik/taiwan-bundestag-china-menschenrechtsausschuss-1.5679888); 06.12.2022]
- SWR2 (28.08.2022): Digitale Identität aller Menschen – Fortschritt oder globale Überwachung? Kruchem, Thomas [\[www.swr.de/swr2/wissen/digitale-identitaet-aller-menschen-fortschritt-oder-globale-ueberwachung-102.html\]](http://www.swr.de/swr2/wissen/digitale-identitaet-aller-menschen-fortschritt-oder-globale-ueberwachung-102.html); 11.12.2022]
- Tagesschau (23.04.2019): EVP-Spitzenkandidat Weber will Nord Stream 2 stoppen
[\[www.tagesschau.de/wirtschaft/weber-171.html\]](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/weber-171.html); 06.12.2022]
- Tagesschau (24.09.2021): Virtuelles Geld: China verbietet Kryptogeld-Handel. Wurzel, Steffen
[\[www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzen/china-kryptowaehrungen-101.html\]](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzen/china-kryptowaehrungen-101.html); 17.12.2022]
- Tagesschau.de (17.12.2021): VR China in der UN: Der Triumph der Ein-China-Politik
[\[www.tagesschau.de/ausland/asien/un-taiwan-china-101.html\]](http://www.tagesschau.de/ausland/asien/un-taiwan-china-101.html); 25.10.2022]
- Tagesschau.de (17.05.2022): Augsburger Hersteller Kuka Roboterbauer wird komplett chinesisch. Pösl, Thomas
[\[www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/kuka-china-roboter-hauptversammlung-101.html\]](http://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/kuka-china-roboter-hauptversammlung-101.html); 10.12.2022]
- Tagesschau.de (17.07.2022): Politische Kontrolle mit Corona-App. Anthony, Tamara
[\[www.tagesschau.de/ausland/asien/china-app-corona-kontrolle-101.html\]](http://www.tagesschau.de/ausland/asien/china-app-corona-kontrolle-101.html); 10.12.2022]
- Tagesschau.de (21.07.2022): Energiekrise Ungarn will mehr Gas von Russland kaufen. Verenkotte, Clemens
[\[www.tagesschau.de/ausland/europa/ungarn-russland-gas-101.html\]](http://www.tagesschau.de/ausland/europa/ungarn-russland-gas-101.html); 20.12.2022]
- Tagesschau.de (03.09.2022): Milliarden schwerer Rüstungsdeal US-Waffensysteme für Taiwan
[\[www.tagesschau.de/ausland/asien/usa-taiwan-107.html\]](http://www.tagesschau.de/ausland/asien/usa-taiwan-107.html); 25.10.2022]
- Tagesschau.de (30.10.2022): Einfluss in Deutschland: Politik fordert engere Grenzen für China
[\[www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/einflussnahme-china-begrenzung-101.html\]](http://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/einflussnahme-china-begrenzung-101.html); 31.10.2022]
- Tagesschau.de (27.11.2022a): Niederlage bei Kommunalwahlen Taiwans Präsidentin gibt Parteivorsitz ab. Erdmann, Kathrin [\[www.tagesschau.de/ausland/asien/taiwan-wahl-103.html\]](http://www.tagesschau.de/ausland/asien/taiwan-wahl-103.html); 30.11.2022]
- Tagesschau.de (27.11.2022b): Proteste gegen Null-Covid-Politik Demonstrationen in China weiten sich aus
[\[www.tagesschau.de/ausland/asien/china-null-covid-poteste-103.html\]](http://www.tagesschau.de/ausland/asien/china-null-covid-poteste-103.html); 11.12.2022]
- Tagesschau (12.12.2022): Corona-Welle in China „Covid-Chaos“ in vielen Krankenhäusern
[\[www.tagesschau.de/ausland/asien/coronavirus-china-krankenhaeuser-101.html\]](http://www.tagesschau.de/ausland/asien/coronavirus-china-krankenhaeuser-101.html); 15.12.2022]
- Tagesspiegel (29.10.2015): Update / Lockerung der Geburtenkontrolle: China schafft die Ein-Kind-Politik ab. Aus der Ein-Kind-Politik wird eine Zwei-Kind-Politik. Chinas Führung hat das Ende der seit 1979 geltenden

- Geburtenregelung verkündet. Voigt, Benedikt [www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/china-schafft-die-ein-kind-politik-ab-4436875.html]; 08.11.2022]
- Taipei Times (12.02.2022): Taiwan Asia's top democracy: report. [www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2022/02/12/2003772996]; 08.12.2022]
- The American Conservative (14.04.2022): Washington Will Fight Russia to the Last Ukrainian. Kiev faces a choice: make peace for its people or war for its supposed friends? Bandow, Doug [www.theamericanconservative.com/washington-will-fight-russia-to-the-last-ukrainian]; 01.12.2022]
- The Atlantic (06.02.2021): The Chinese 'Debt Trap' Is a Myth: The narrative wrongfully portrays both Beijing and the developing countries it deals with. Brautigam, Deborah & Meg Rithmire [www.theatlantic.com/international/archive/2021/02/china-debt-trap-diplomacy/617953]; 08.12.2022]
- The Atlantic (22.09.2022): No More 'Strategic Ambiguity' on Taiwan. Joe Biden has moved closer to providing Taipei with a security guarantee. That makes sense given China's aggressive behavior. Schuman, Michael [www.theatlantic.com/international/archive/2022/09/joe-biden-taiwan-china-strategic-ambiguity/671512]; 28.11.2022]
- The Diplomat (09.04.2020): How China Is Remaking the UN In Its Own Image. China's attempts to make the UN a tool for achieving its hegemonic ambition could end up destroying the body from within. Cheng-Chia, Tung & Alan H. Yang [<https://thediplomat.com/2020/04/how-china-is-remaking-the-un-in-its-own-image>]; 22.11.2022]
- The Diplomat (22.11.2021): The Quiet China-Africa Revolution: Chinese Investment. While loans take the lion's share of the focus, Chinese FDI in Africa has also been growing at a rapid clip. Fu, Yike [<https://thediplomat.com/2021/11/the-quiet-china-africa-revolution-chinese-investment>]; 12.10.2022]
- The Diplomat (26.03.2022): Is the EU-China Investment Agreement Dead? The 2020 deal, already on ice, might be finally dead after China's refusal to condemn the Russian invasion of Ukraine. Yuen Yee, William [<https://thediplomat.com/2022/03/is-the-eu-china-investment-agreement-dead>]; 05.12.2022]
- The Diplomat (25.05.2022): Why Was Taiwan Left Out of the US-Led IPEF? Taiwan wasn't part of the initial group of IPEF members, but there's still room for future participation. Yeh, Yao-Yuan; Wu, Charles K. S.; Chen, Fang-Yu & Austin Horng-En Wang [<https://thediplomat.com/2022/05/why-was-taiwan-left-out-of-the-us-led-ipef>]; 24.11.2022]
- The Economic Times (26.08.2020): India nudges Shanghai Cooperation Organisation to adopt English as working language. Chaudhury, Dipanjan Roy [<https://economictimes.indiatimes.com/news/politics-and-nation/india-nudges-sco-to-adopt-english-as-working-language/articleshow/77749069.cms>]; 23.11.2022]
- The Economist (17.07.2021): Joe Biden is determined that China should not displace America: His China policy is looking even tougher than Donald Trump's [www.economist.com/briefing/2021/07/17/joe-biden-is-determined-that-china-should-not-displace-america]; 16.11.2022]
- The Economist (01.12.2021): Why bullshit rules in Brussels: The €300bn Global Gateway initiative is a prime example. [www.economist.com/europe/why-bullshit-rules-in-brussels/21806565]; 27.11.2022]
- The Economist (06.09.2022): Two new railway lines could transform Central Asia: China, not Russia, stands to benefit [www.economist.com/asia/2022/09/06/two-new-railway-lines-could-transform-central-asia]; 28.11.2022]
- The Economist (24.11.2022): On foreign policy, India is reliably unreliable. The shifting balance of power obscures the continuity in India's global ambitions [www.economist.com/asia/2022/11/24/on-foreign-policy-india-is-reliably-unreliable]; 28.11.2022]
- The Exposé (27.04.2022): Italy Announces Rollout of Dystopian Social Credit System; Compliant Citizens Will Be Rewarded For „Good Behaviour“. Wilson, Rhoda [<https://expose-news.com/2022/04/27/italy-dystopian-social-credit-system>]; 07.10.2022]
- The Globe and Mail (15.11.2022): China, 14 other countries sign world's biggest trade pact. Kurtenbach, Elaine [www.theglobeandmail.com/business/international-business/article-china-14-other-countries-sign-worlds-biggest-trade-pact]; 24.11.2022]
- The Guardian (30.07.2018): What is China's Belt and Road Initiative? Kuo, Lily & Niko Kommenda [www.theguardian.com/cities/ng-interactive/2018/jul/30/what-china-belt-road-initiative-silk-road-explainer]; 27.11.2022]

- The Guardian (04.09.2020): US security adviser claims China has taken 'most active role' in election meddling. Source: Reuters [www.theguardian.com/us-news/2020/sep/04/us-security-adviser-china-elections-meddling; 19.10.2022]
- The Guardian (09.11.2022): Xi Jinping tells China's army to focus on preparation for war: President says China in an 'unstable and uncertain' security situation amid tensions over Taiwan. Yu, Verna [www.theguardian.com/world/2022/nov/09/xi-jinping-tells-chinas-army-to-focus-on-preparation-for-war; 15.11.2022]
- The Guardian (13.11.2022): Why Poland may have most to gain from a Russian defeat in Ukraine: Western democracies want Ukraine to win – but are they all happy for Europe's centre of gravity to migrate eastward? Gromada, Anna & Krzysztof Zeniuk [www.theguardian.com/commentisfree/2022/nov/13/poland-russia-defeat-ukraine-western-europe; 14.11.2022]
- The Irish Times (20.09.2017): Unknown to most Americans, the US 'totally destroyed' North Korea once before. In its Korean War bombing campaign, the US 'burned down every town in North Korea'. McNeill, David [www.irishtimes.com/news/world/asia-pacific/unknown-to-most-americans-the-us-totally-destroyed-north-korea-once-before-1.3227633; 30.11.2022]
- The Manila Times (22.07.2022): Ukraine war making China rethink Taiwan invasion – CIA [www.manilatimes.net/2022/07/22/news/world/ukraine-war-making-china-rethink-taiwan-invasion-cia/1851819; 28.11.2022]
- The Nation (15.06.2022): The Rotten Roots of the IMF and the World Bank. A conversation with Jamie Martin about the imperial origins of the world's economic governance, imagining an alternative to these institutions, and his new book, The Meddlers. Steinmetz-Jenkins, Daniel [www.thenation.com/article/culture/the-rotten-roots-of-global-economic-governance; 28.11.2022]
- The National Pulse (01.04.2022): A Social Credit System Aimed at Modifying Climate Change Behaviors is Being Deployed in Italy. By 2023, authorities will attempt to modify citizen behavior using a digital credit system. Khabayan, Wahagen [<https://thenationalpulse.com/2022/04/22/a-social-credit-system-aimed-at-modifying-climate-change-behaviors-is-being-deployed-in-italy>; 07.10.2022]
- The New Indian Express (15.02.2021): India not preferred place for firms leaving China. Taking note of this, a parliamentary standing committee has flagged administrative and regulatory hurdles in India as among the main reasons. Vikram, Kumar [www.newindianexpress.com/nation/2021/feb/15/india-not-preferred-place-for-firms-leaving-china-2264146.html; 24.11.2022]
- The New York Post (21.10.2021): NIH admits US funded gain-of-function in Wuhan — despite Fauci's denials. Crane, Emily [<https://nypost.com/2021/10/21/nih-admits-us-funded-gain-of-function-in-wuhan-despite-faucis-repeated-denials>; 21.12.2022]
- The New York Times (06.06.1993): Opinion: The Coming Clash of Civilizations Or, the West Against the Rest. Huntington, Samuel P. [www.nytimes.com/1993/06/06/opinion/the-coming-clash-of-civilizations-or-the-west-against-the-rest.html; 06.12.2022]
- The New York Times (15.05.2022): Western Allies Look to Ukraine as a Testing Ground for Weapons. Jakes, Lara [<https://archive.ph/ynKrL#selection-391.0-395.193>; 20.12.2022]
- The New York Times (25.10.2022): U.S. Officials Had a Secret Oil Deal With the Saudis. Or So They Thought. Mazzetti, Mark; Wong, Edward & Adam Entous [www.nytimes.com/2022/10/25/us/politics/us-saudi-oil-deal.html; 03.12.2022]
- The New York Times (08.12.2022): [www.nytimes.com/2022/12/08/world/middleeast/china-saudi-arabia-agreement.html; 11.12.2022]
- The Seattle Times (13.10.2022): Election firm knew data had been sent to China, prosecutors say. Thompson, Stuart A. [www.seattletimes.com/business/election-firm-knew-data-had-been-sent-to-china-prosecutors-say; 19.10.2022]
- The Telegraph (20.03.2015): China 'ends' anti-church demolition campaign. Beijing has ordered authorities in Zhejiang province "to stop demolishing" churches, bishop claims. Phillips, Tom [www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/china/11485194/China-ends-anti-church-demolition-campaign.html; 31.10.2022]
- The Times (09.12.2022): Pentagon gives Ukraine green light for drone strikes inside Russia. Evans, Michael & Marc Bennetts [www.thetimes.co.uk/article/ukraine-drone-warfare-russia-732jsshp; 10.12.2022]

- The Times of India (20.08.2022): China backs EAM Jaishankar's 'Asian century' remark
[<https://timesofindia.indiatimes.com/india/china-backs-eam-jaishankars-asian-century-remark/articleshow/93668076.cms>; 09.12.2022]
- The Times of India (19.09.2022): Explained: Taiwan's Porcupine Strategy To Deter A Possible Invasion By China. Hussain, Zoya [www.indiatimes.com/explainers/news/what-is-taiwans-porcupine-strategy-to-deter-a-possible-invasion-by-china-570168.html; 01.12.2022]
- The Times of India (21.10.2022): At village bordering China, PM Modi pitches for 'Vocal for Local'
[<https://timesofindia.indiatimes.com/india/at-village-bordering-china-pm-modi-pitches-for-vocal-for-local/articleshow/95014860.cms>; 25.11.2022]
- The Wall Street Journal (27.11.2022): U.S. Effort to Arm Taiwan Faces New Challenge With Ukraine Conflict: Flow of weapons to Kyiv taxes an already-stretched U.S. defense industrial base. Lubold, Gordon; Cameron, Doug & Nancy A. Youssef [www.wsj.com/articles/u-s-effort-to-arm-taiwan-faces-new-challenge-with-ukraine-conflict-11669559116; 01.12.2022]
- The Wall Street Journal (30.11.2022): EU Says It Can't Seize Frozen Russian Central-Bank Assets for Ukraine. Brussels hopes to set aside a portion of the funds to pay for Ukraine's reconstruction. Norman, Laurence [www.wsj.com/articles/eu-says-it-cant-seize-frozen-russian-central-bank-assets-for-ukraine-11669827828; 02.12.2022]
- The Washington Post (24.03.2015): The U.S. war crime North Korea won't forget. Harden, Blaine [www.washingtonpost.com/opinions/the-us-war-crime-north-korea-wont-forget/2015/03/20/fb525694-ce80-11e4-8c54-ffb5ba6f2f69_story.html; 30.11.2022]
- The Washington Post (10.05.2022): Russia Is Right: The U.S. Is Waging a Proxy War in Ukraine. Brands, Hal [www.washingtonpost.com/business/russia-is-right-the-us-is-waging-a-proxy-war-in-ukraine/2022/05/10/2c8058a4-d051-11ec-886b-df76183d233f_story.html; 01.12.2022]
- The Washington Times (17.07.1994): How many died? New evidence suggests far higher numbers for the victims of Mao Zedong's era. Strauss, Valerie & Daniel Southerl [www.washingtonpost.com/archive/politics/1994/07/17/how-many-died-new-evidence-suggests-far-higher-numbers-for-the-victims-of-mao-zedongs-era/01044df5-03dd-49f4-a453-a033c5287bce; 30.10.2022]
- Times of Oman (19.11.2022): G20 leaders agree to introduce COVID vaccine passports
[<https://timesofoman.com/article/123545-g20-leaders-agree-to-introduce-covid-vaccine-passports>; 10.12.2022]
- Union of Catholic Asian News (30.06.2020): Communist China continues its blitz on crosses: More than 500 crosses have been removed in Anhui province in less than three months
[www.ucanews.com/news/communist-china-continues-its-blitz-on-crosses/88601; 03.11.2022]
- United Press International (12.12.2022): China drops tracking app as it lifts more zero-COVID rules. Maresca, Thomas [www.upi.com/Top_News/World-News/2022/12/12/China-zero-COVID-tracing-app-itinerary/1271670837516; 12.12.2022]
- Unlock Media (21.01.2022): China's CBDC grows to 261 million unique users [www.unlock-bc.com/83772/chinas-cbdc-grows-to-261-million-unique-users; 13.12.2022]
- Vessel Finder (29.08.2018): Over 30% of Global Crude Oil Trade Moves Through South China Sea
[www.vesselfinder.com/news/13188-Over-30-of-Global-Crude-Oil-Trade-Moves-Through-South-China-Sea; 07.12.2022]
- Voice of America (25.10.2022): China Border Resolution Leaves Some in India Unhappy. Hussain, Bilal [www.voanews.com/a/china-border-resolution-leaves-some-in-india-unhappy-/6805279.html; 23.11.2022]
- Wallstreet Online (15.11.2022): Zentralbanken kaufen Rekordmengen: Die Nachfrage nach Gold durch Zentralbanken ist auf einen neuen Rekordstand geklettert. Was bedeutet das aktuell für den Goldpreis in Dollar und Euro? Stanzl, Jochen [www.wallstreet-online.de/nachricht/16206911-goldpreis-zentralbanken-kaufen-rekordmengen; 28.11.2022]
- Watson (26.04.2019): Die neue Seidenstrasse: Mit diesen 9 Grossprojekten will China die Welt an sich binden
[www.watson.ch/international/wirtschaft/445612743-neue-seidenstrasse-mit-diesen-9-projekten-bindet-china-die-welt-an-sich; 10.10.2022]

- Welt (24.12.2014): Weltgrößte Bibel-Fabrik sitzt im ungläubigen China. Trentmann, Nina
[www.welt.de/wirtschaft/article135713498/Weltgroesste-Bibel-Fabrik-sitzt-im-unglaeubigen-China.html;
01.11.2022]
- Welt (03.07.2021): „Social Score“ wie in China? Das Bildungsministerium spielt mit dieser Idee. Klauth, Jan
[www.welt.de/wirtschaft/plus232247921/Social-Score-Bildungsministerium-holt-sich-Anregungen-aus-China.html;
07.10.2022]
- Welt (21.07.2021): Was China aus dem Ukraine-Krieg gelernt hat
[www.welt.de/politik/ausland/article240030023/CIA-Analyse-Was-China-aus-dem-Ukraine-Krieg-gelernt-hat.html;
25.10.2022]
- Welt (22.06.2022): Hunderte Millionen deutsche Entwicklungshilfe für China. Wann ändert sich das?
Ehrenstein, Claudia [www.welt.de/politik/deutschland/plus239467759/China-Hunderte-Millionen-Entwicklungshilfe-aus-Deutschland-Wann-aendert-sich-das.html;
20.12.2022]
- Welt (20.07.2022): 1,3 Milliarden Menschen, eine Milliarde Überwachungskameras, Millionen Gefangene.
Mattheis, Philipp [www.welt.de/debatte/kommentare/plus240020491/Weltmacht-China-Das-Reich-der-eine-Milliarde-Ueberwachungskameras.html;
01.11.2022]
- Welt Nachrichtensender (26.10.2022): Geopolitische Offensive: Neue Seidenstraße – Wie China die Welt neu ordnen will [<https://youtu.be/lWuTzcVgID0>;
25.11.2022]
- Weltwoche (17.10.2022) «High five» auf den Nord-Stream-Anschlag: Deutsche Grüne feiern mit Polen die Pipeline-Sabotage [<https://weltwoche.ch/daily/wer-hat-die-nord-stream-pipelines-sabotiert-keiner-weiss-es-trotzdem-feiern-die-deutschen-gruenen-und-polen-den-anschlag-mit-high-five>;
25.10.2022]
- Wikipedia (18.05.2011): China administrative: Verwaltungsgliederung der Volksrepublik China. ASDFGH
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:China_administrative.svg;
20.10.2022]
- Wikipedia (18.11.2013): China: Trends in the Human Development Index 1970-2010. IkamuseFan
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:China_Human_Dev_SVG.svg;
20.10.2022]
- Wikipedia (10.01.2014): Zeitliche Entwicklung der Selbstbezeichnung von Bürgern der Republik China
[<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:TaiwanIdentitaet.png>;
28.11.2022]
- Wikipedia (07.12.2019): China linguistic map: Map of the languages spoken in the People's Republic of China and the Republic of China (Taiwan). Furfur
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:China_linguistic_map_de.svg;
20.10.2022]
- Wikipedia (07.06.2021): PRC Population Changes 2000-2010: Population changes in percent according to administrative units in the People's Republic of China between 2000 and 2010. Furfur
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:PRC_Population_Changes_2000-2010.svg;
20.10.2022]
- Wikipedia (07.06.2021): China sex by age: China population structure (pyramid) sex by age on 7th National Census Day 2020-11-01. Rickhy1409
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:China_sex_by_age_20201101.png;
20.10.2022]
- Wikipedia (29.05.2022): Putting his foot down: 1899 US cartoon showing European powers preparing to cut up China, while Uncle Sam objects. In: J.S. Pughe, Puck, 23.08.1899
[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Putting_his_foot_down.jpg;
20.10.2022]
- Wikipedia (01.09.2022): Shanghai Cooperation Organization after 2022 Samarkand Summit. Kulolov, Firdavs
[https://en.wikipedia.org/wiki/Shanghai_Cooperation_Organisation#/media/File:Shanghai_Cooperation_Organization_after_2022_Samarkand_Summit.png;
23.11.2022]
- Wikipedia (12.12.2022): Shanghai Cooperation Organisation: Membership, Member States. Kulolov, Firdavs
[https://en.wikipedia.org/wiki/Shanghai_Cooperation_Organisation#Membership;
17.12.2022]
- WION (07.12.2022): A New Gulf? Biden's fistbump 'disaster' vs. Saudi Arabia's grandiose welcome for Xi. Sharma, Heena [www.wionews.com/world/a-new-gulf-bidens-fistbump-disaster-vs-saudi-arabias-grandiose-welcome-for-xi-540963;
10.12.2022]
- WION (09.12.2022): World at War – Episode 32: Why is China building 1500 nuclear warheads by 2035? Saleh, Mohammed [<https://youtu.be/95YvlyYo5Lc>;
14.12.2022]
- WION (12.12.2022): European Parliament corruption: Vice President Eva Kaili arrested for accepting money from Qatar. Gambhir, Molly [<https://youtu.be/3nm6PNq8eQo>;
20.12.2022]
- WirtschaftsWoche (11.10.2020): Geldpolitik: Der digitale Euro ist ein vergifteter Apfel. Polleit, Thorsten
[www.wiwo.de/politik/konjunktur/geldpolitik-der-digitale-euro-ist-ein-vergifteter-apfel/26259546.html;
17.12.2022]

WirtschaftsWoche (09.04.2021): Superreiche: Warum die Zahl der chinesischen Milliardäre so rasant steigt. Petring, Jörn [www.wiwo.de/politik/ausland/superreiche-warum-die-zahl-der-chinesischen-milliardaere-so-rasant-steigt/27080076.html]; 14.11.2022]

WirtschaftsWoche (05.12.2022): US-Subventionen: Ein Wirtschaftskrieg zwischen Europa und den USA ist kaum mehr zu vermeiden. Wettach, Silke [www.wiwo.de/my/politik/ausland/us-subventionen-ein-wirtschaftskrieg-zwischen-europa-und-den-usa-ist-kaum-mehr-zu-vermeiden/28845714.html]; 06.12.2022]

Wocomodocs (15.02.2018): China's problems with the Uyghurs (Documentary from 2014 in HD). Darbré, Eric & Axel Royer [<https://youtu.be/sJ3fG-tnzCk>]; 05.11.2022]

Xinhua (24.10.2017): „Belt and Road“ incorporated into CPC Constitution [www.xinhuanet.com/english/2017-10/24/c_136702025.htm]; 25.11.2022]

ZDF (22.03.2021): Reaktion auf Sanktionen der EU : China verhängt Strafmaßnahmen gegen Europäer [www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/china-eu-sanktionen-100.html]; 05.12.2022]

ZDF (16.10.2022): Taiwans Milliardär Robert Tsao: Mit Millionen und markigen Worten gegen China. Groenewoud, André [www.zdf.de/nachrichten/politik/taiwan-milliardaer-tsao-china-100.html]; 01.12.2022]

ZDF (21.11.2022): ZDF heute – Klima Radar: Daten zum Klimawandel im Überblick. Hörz, Michael & Moritz Zajonz [www.zdf.de/nachrichten/politik/klimawandel-deutschland-welt-folgen-daten-100.html]; 04.12.2022]

Zeit Online (08.01.2010): Weltwirtschaft: China ist neuer Exportweltmeister [www.zeit.de/wirtschaft/2010-01/export-china-deutschland]; 07.10.2022]

Zeit Online (09.07.2011): Staatsgründung: Der Südsudan feiert seine Unabhängigkeit [www.zeit.de/politik/ausland/2011-07/suedsudan-staatsgruendung-unabhaengigkeit]; 15.12.2022]